

Herausgegeben von Karl Anderwald Peter Filzmaier Karl Hren

KÄRNTNER JAHRBUCH FÜR POLITIK – 2010



Herausgegeben von Karl Anderwald Peter Filzmaier Karl Hren



Gedruckt mit Unterstützung von:







ISBN: 978-3-7086-0583-8 Hermagoras-Mohorjeva – 2010 © der Texte bei den Autoren Satz und Layout: Satz & Design Fellner/Schöffauer, Ebentaler Straße 100, 9020 Klagenfurt. Druck: Hermagoras/Mohorjeva, Klagenfurt.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
KARL ANDERWALD Solo für Franz Pacher – Die Wirtschaftskammerwahl in Kärnten 2010	9
KARIN CVRTILA/PETER FILZMAIER/FLOOH PERLOT/ MICHAEL WEINGÄRTLER Wirtschaft und öffentliche Meinung in Kärnten: Ein Monitoring	22
KATHRIN STAINER-HÄMMERLE Die Bundespräsidentenwahl 2010 in Kärnten	51
KARL HREN Zwei Lösungsmodelle zur zweisprachigen Topographie in Kärnten	67
JÜRGEN PIRKER Wenn die Eule der Minerva ihren Flug beginnt – Zur aktuellen Entwicklung der Volksgruppenorganisationen	111
PETER PLAIKNER Kein Licht am Ende der Sonnenfinsternis – Die Parteien überstehen ihre Parteitage, die Bürgerbewegung verläuft sich im Strandbad	129
SCHWERPUNKTTHEMA VISION KÄRNTEN 2020	
REINHARD HEINISCH Von Partikularinteressen und weißen Elefanten – Ein Land auf der Suche nach einem gemeinsamen Gestaltungswillen – Ein Kommentar	147
CLAUDIA GRABNER, Die Kärntner SPÖ im Jahre 2020 oder: Die Zeit als Mahner, die Zeit als Chance	159
GEORG LUX Das rechte Lager in Kärnten 2020	169
UWE SOMMERSGUTER Zwanzig schwarze Jahre – Die Kärntner ÖVP während und nach der Ära Jörg Haider	176
GERD LEITNER 2020: Welche Rolle wollen die Grünen spielen?	184
JOHANNES MAIER Vision: Kärnten, eine Modellregion europäischer Identifikation und Identität	190

GÜNTHER RAUTZ	
Die Euregio Alpen-Adria im Jahr 2020 – Chancen und Zukunftsszenarien	209
ERHARD JURITSCH	
Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsförderung durch Entwicklung und Begleitung	221
SCHWERPUNKTTHEMA GEMEINDEN	
FRANZ STURM/DANIELA EBNER	
Ein "Konvent" zur Reform der Kärntner Kommunen	239
HEINZ ORTNER	
Beschwerdemanagement in den Kärntner Gemeinden	253
MARKUS MATSCHEK	
Erfolg und Erfolgsfaktoren in der interkommunalen	
Zusammenarbeit	265
THOMAS DÖRING/BIRGIT AIGNER	
Wirtschaftliche Standortentwicklung Kärntens – Unter besonderer Berücksichtigung der Städte Klagenfurt und Villach	286
MARIKA GRUBER	
Integrationspolitik in Kärnten?! – Stand und Perspektiven	327
MARTIN KLEMENJAK	
Politische Bildung von Jugendlichen am Beispiel der interkommunalen Lehrlingsausbildung in Kärnten	352
SONDERTHEMEN	
MARIAN WAKOUNIG	
Die Reform der österreichischen Finanzverwaltung –	
Auswirkungen auf Kärnten	373
HERBERT JANIG	
Selbsthilfegruppen als Chance für die Gesundheitspolitik und das Gesundheitssystem	388
CHRONOLOGIE	407
DIE AUTOREN	436

Vorwort der Herausgeber

Das "Kärntner Jahrbuch für Politik" erscheint zum 17. Mal in ununterbrochener Reihenfolge und ist von der publizistischen Landschaft unseres Bundeslandes nicht mehr wegzudenken. Auch heuer ist es gelungen, gesellschaftlich relevante Themen noch im selben Jahr abzuhandeln und zu dokumentieren. Bei der Auswahl der 22 Beiträge sind wir unserer Zielsetzung gefolgt, eine kritische Plattform für Analysen von Landesthemen aus den unterschiedlichsten Politikfeldern zu ermöglichen. Der "Stoff" geht in unserem Bundesland offenbar nicht aus: Dieses "Kärntner Jahrbuch für Politik" ist von der Seitenanzahl her bisher das umfangreichste.

Das Jahr 2010 stand in Kärnten im Zeichen der Feiern zum Jubiläum der Volksabstimmung 1920. Wir wollten bewusst einen anderen Weg wählen und haben uns nicht für einen Blick in die Vergangenheit, sondern mit "Visionen Kärnten 2020" für ein zukunftsorientiertes Schwerpunkthema entschieden. Schon Tradition hat das besondere Augenmerk auf die Entwicklung der Kärntner Gemeinden, denen wiederum ein eigener Abschnitt gewidmet ist.

Allen Autoren ist für die unentgeltliche Bereitstellung der engagiert geschriebenen Beiträge zu danken. Für die namentlich gezeichneten Beiträge gilt selbstverständlich das Prinzip der Freizügigkeit und der Eigenverantwortung.

Bedingt durch Umstände, auf die wir keinen Einfluss hatten, war es notwendig, mit Hermagoras/Mohorjeva einen neuen Partner zu finden. Wir danken unserem Lektor Wolbert Ebner für seine wertvollen Anregungen. Ein besonderer Dank gilt den Sponsoren für die finanzielle Unterstützung, die die jährliche Herausgabe der Publikation überhaupt erst ermöglicht.

Karl Anderwald Peter Filzmaier Karl Hren

Klagenfurt im Herbst 2010

Solo für Franz Pacher

Die Wirtschaftskammerwahl in Kärnten 2010

1. Die Ausgangssituation

Zum Unterschied von der "Mutter aller Wahlschlachten" vor fünf Jahren hielt sich die Spannung um den Ausgang der Wirtschaftskammerwahl am 1. und 2. März 2010 diesmal in Grenzen. Der erfolgreiche Abwehrkampf des ÖVP-Wirtschaftsbundes gegen ein orange-rotes Wahlbündnis hatte 2005 sogar zu einem Gewinn von 2,74 Prozent und zum Ausbau der absoluten Mehrheit geführt. Im "Kärntner Wirtschaftsparlament" gab es zwar nach wie vor keine Mehrheit für die ÖVP-Kämmerer, nach dem satten Verlust von 9,7 Prozentpunkten standen dem Ring unabhängiger und freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) in diesem Gremium nun aber nur mehr 13 von 81 Mandaten zu. Eine Koalition gemeinsam mit den Sozialdemokraten und Delegierten aus den Sparten Industrie und Banken gegen die Wiederwahl von Franz Pacher zum Kammerpräsidenten ging sich bei Weitem nicht aus. Den damals noch "orangen" Freiheitlichen war es gerade noch gelungen, für ihren Spitzenkandidaten Albert Gunzer die Position eines der Stellvertreter des Präsidenten abzusichern.

Der ohne Gegenkandidat vom "Wirtschaftsparlament" per acclamationem bestätigte Kammerpräsident war dann während der gesamten Funktionsperiode um Harmonie innerhalb der Kammerorganisation bemüht. Seinen Kontrahenten vom Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband (SWV), Leopold Sever, hatte er in das Präsidium kooptiert und damit an die Brust gezogen. Albert Gunzer stand jetzt für den RFW nicht mehr zur Verfügung, da er als Stadtrat von Klagenfurt in die Kommunalpolitik übergewechselt war. Kammerintern kam in den fünf Jahren der abgelaufenen Wahlperiode kaum Kritik am Führungsstil des Präsidenten auf. Franz Pacher segelte daher im ruhigen Fahrwasser und konnte sich als erfahrener Vertreter der Wirtschaft noch weiter profilieren. Die Turbulenzen in der Landesregierung boten mehrmals Gelegenheit, den Politikern "die Leviten zu lesen". Bei den Kärntner Medien kam die warnende Stimme des Kammerpräsidenten gut an, da er gelegentlich auch seine eigene Partei von der Kritik nicht ausnahm.

Mit dem Unfalltod Jörg Haiders kam der eigentliche Gegenspieler abhanden. Der Richtungsstreit im freiheitlichen Lager und die FPK-ÖVP-Koalition auf Landesebene schlossen eine Wiederholung einer gegen den Wirtschaftsbund gerichteten gemeinsamen Aktion von RFW und SWV diesmal von vornherein aus.

2. Wahlwerbende Gruppen und Spitzenkandidaten

Wahlberechtigt waren die 26.641 Mitglieder der Wirtschaftskammer Kärnten. Da zahlreiche Unternehmen in mehreren Sparten eingetragen und daher mehrfach wahlberechtigt sind, ging es insgesamt um 34.486 Stimmen.

Die Kandidatur des "Ringes unabhängiger und freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW Kärnten)" bei der Kammerwahl war zunächst von den Diskussionen um FPÖ, BZÖ und FPK überschattet. Es gelang aber, sich aus dem Streit herauszuhalten und in Kärnten gemeinsam aufzutreten. Nicht überall war das möglich: In Wien schickte die FPÖ unter dem Namen "FPÖ pro Mittelstand" eine eigene Liste ins Rennen, während der RFW als "Fachliste der gewerblichen Wirtschaft – RFW" kandidierte. In Vorarlberg kam es auch diesmal zum Wahlbündnis mit dem Wirtschaftsbund. Bundesobmann Matthias Krenn, der österreichweit als Spitzenkandidat des RFW angetreten war, erklärte die Kärntner Wahl zur Chefsache und stellte sich auch in seinem Bundesland als Listenführer zur Verfügung. Der Besitzer eines Vier-Sterne-Hotels in Bad Kleinkirchheim konnte auf Erfahrungen in der Landes- und Kommunalpolitik verweisen. Er war Abgeordneter zum Kärntner Landtag und ist seit 1997 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde. Beruflich ist Krenn laut eigenen Angaben in seinem Hotel "für Strategie und Investitionen zuständig" (und) "... arbeitet auf vielen Schreibtischen: im Hotel, in der Gemeinde, der RFW-Zentrale, im Auto"¹. Für das operative Geschäft im Hotel sei sein älterer Bruder verantwortlich. Die Wahlvorschläge des RFW wurden offiziell als "Matthias Krenn – Ring unabhängiger und freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW Kärnten)" eingebracht.

Der "Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Kärnten (SWV)" setzte beim Spitzenkandidaten weiterhin auf Leopold Sever. Der gelernte Konditor wies auf einen 16-Stunden-Job hin: "Mindestens acht Stunden als Direktor der Tourismusschule Oberwollanig und dann noch acht Stunden für meine Betriebe."² Das "Café Sever" in Klagenfurt habe er verpachtet, das Stammhaus in Maria Saal werde er demnächst wieder selbst aufsperren. Als weitere Qualifikation führte der sozialdemokratische Spitzenkandidat ein Catering-Unternehmen ins Treffen. Mit der Listenbezeichnung "Poldi Sever – Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Kärnten (SWV)" schlug sich auch hier die Spitzenkandidatur in der Parteibezeichnung nieder.

Nachdem sie vor fünf Jahren bei ihrem ersten Antreten immerhin einen Stimmenanteil von drei Prozent und eine Vertretung im "Wirtschaftsparlament" erreichen konnten, stellten sich die Grünen wiederum zur Wahl. Die Liste nannte sich "Grüne Wirtschaft (GRÜNE)". Angeführt wurde sie

wie vor fünf Jahren von Albrecht Grießhammer. Der Diplomingenieur aus Keutschach entwickelt mit seinem Kleinbetrieb Elektromotoren für die Autoindustrie.

Der Wirtschaftsbund setzte auf den Bonus des seit 1999 im Amt befindlichen Kammerpräsidenten Franz Pacher. Der Villacher Bäckermeister begann seine politische Karriere als Stadtrat in Villach, wo er zwischen 1985 und 1997 auch Stadtparteiobmann der ÖVP war. Als seinen beruflichen Hintergrund in der Wirtschaft bezeichnet er ein Café mit angeschlossenem Backwarenverkauf im Einkaufszentrum VEZ am Villacher Stadtrand, das von seiner Frau vor Ort geführt wird. Bei den Wahlvorschlägen kam die Bezeichnung "Österreichischer Wirtschaftsbund" nur in der Abkürzung vor. Der offizielle Listenname lautete "Kärntner Wirtschaft – Franz Pacher (ÖWB)".

3. Programme und Strategien

In ihren Wahlprogrammen erhoben die Parteien in erster Linie Forderungen an die Bundes- und Landespolitik. Unterschiedliche Positionen gab es zur Struktur der Wirtschaftskammer: Gemäß seiner "feel good-Strategie" verwies Franz Pacher auf eine Mitgliederbefragung, die eine hohe Zufriedenheit ergeben habe. RFW-Spitzenkandidat Matthias Krenn forderte eine bessere rechtliche Vertretung. Die Wirtschaftstreibenden seien bei Beratungen durch die Arbeiterkammer besser aufgehoben. Leopold Sever trat für eine Verbesserung des Services durch eine "Kammer auf Rädern" ein. Der grüne Spitzenkandidat sprach sich für eine Verbesserung der Vertretung von Kleinstunternehmern und für eine Direktwahl zum "Wirtschaftsparlament" aus.

Wenig Unterschiede gab es bei den Wünschen gegenüber der öffentlichen Hand³: Franz Pacher trat für faire, einfache und unbürokratische Förderungen und gegen eine Abgabenerhöhung ein. Weiters forderte er eine bessere Zahlungsmoral, Erleichterungen beim Betriebsanlagenrecht, die Einführung eines "Handwerkerbonus" und Investitionsprämien. Matthias Krenn verlangte, bestehende Unternehmen zu sichern, statt neue zu fördern. Weitere Schwerpunkte waren eine Verbesserung der Ausbildung zur Selbstständigkeit, die Rückführung zur Arbeitslosenversicherung im Falle des Scheiterns von Jungunternehmern sowie eine Pauschalierung aller Einzelunternehmen und Selbstständigen auf niedrigem Niveau. Die Forderungen von Leopold Sever lauteten: leistbare Kredite mit öffentlicher Haftung, wegfall der Lohnnebenkosten bei der Aufnahme des ersten Mitarbeiters, kein Selbstbehalt in der Krankenversicherung, mehr Investitionen der öffentlichen Hand, Krankengeldversicherung sowie Abschaffung der Vergnügungssteuer und der AKM-Beträge. Albert Grießhammer

stellte steuerfreie Rücklagen, Kinderbetreuungseinrichtungen und pauschale Steuerabsetzbeträge für Mikro-Unternehmen in den Mittelpunkt.

Als Wahlziel nannte Matthias Krenn, zumindest einen Teil des bei der letzten Wahl eingefahrenen Minus von über 9 Prozentpunkten wieder wett zu machen. "Die absolute Mehrheit in der Kammer muss gebrochen werden." Gegen eine absolute Mehrheit im "Wirtschaftsparlament" trat auch Albert Grießhammer ein und erhoffte sich eine Steigerung des Anteils der Grünen gegenüber den drei Prozent vor fünf Jahren. Leopold Sever wollte sich auf keine Prognosen festlegen, während sich Franz Pacher "erneut ein Plus vor dem Ergebnis" ausrechnete.⁴

4. Der Verlauf des Wahlkampfes

Zu Beginn des Wahlkampfes behaupteten alle Parteien, diesmal einen sparsamen Wahlkampf zu führen. Bestrebungen, im Rahmen eines Fairnessabkommens auf eine Plakatwerbung zu verzichten, scheiterten am Widerstand des RFW. Der Wirtschaftsbund wollte die Kosten des Wahlkampfes mit 200.000 Euro begrenzen. Beim RFW wurden keine Zahlen genannt. Man wollte aber "ein Drittel weniger" ausgeben als beim letzten Mal und sich auf die Plakatwerbung beschränken. Mit 35.000 bzw. 38.000 Euro, die die GRÜNEN bzw. der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband geplant hatten, zeigte es sich, dass die Wahl auf ein Duell zwischen Wirtschaftsbund und RFW hinauslaufen würde.⁵

Diese beiden Konkurrenten wiesen auf Kandidaten hin, die das Lager gewechselt hatten. Der Wirtschaftsbund konnte sich die Mitwirkung des Solar-Industriellen Robert Kanduth sichern, der früher RFW-Vertreter in der Kammer war, nun aber von Matthias Krenn attackiert wurde: "Glaubt ihr, ein Großunternehmer wird kleine Betriebe vertreten?"

Auf einem RFW-Ticket kandidierte dafür der frühere Wirtschaftsbund-Bezirksobmann und VP-Nationalratskandidat, Flughafendirektor Hannes Gatterer. Der vom Wirtschaftsbund als Obmann der Fachgruppe "Werbung und Marktkommunikation" nicht mehr berücksichtigte Albin Dieringer wechselte als Kandidat zum RFW und wollte mit "seinen Fans" für einen freiheitlichen Fachgruppenobmann sorgen.⁷

Der RFW startete als erste Gruppierung den Wahlkampf mit einer Auftaktveranstaltung am 21. Jänner im Congress Center Pörtschach. Matthias Krenn erläuterte das Wahlprogramm, beklagte die Allmacht des Wirtschaftsbundes und die seiner Ansicht nach unzureichende Rechtsabteilung der Wirtschaftskammer.⁸ Der Steuerberater Ernst Kohlfürst wurde als RFW-Ombudsmann vorgestellt.

Am 5. Februar fand in Klagenfurt der Wahlkampfauftakt des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes statt, der gleichzeitig als Landeskonferenz für ca. 200 Funktionäre ausgerichtet war. SPÖ-Landesobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhart Rohr kritisierte die Wirtschaftspolitik der FPK, Spitzenkandidat Leopold Sever wollte sich "verstärkt der sozialen Absicherung von Unternehmern und Steuererleichterungen widmen" ⁹

Besonderen Zuspruch fand eine Diskussionsveranstaltung am 8. Februar in der Wirtschaftskammer, zu der der Spitzenkandidat der GRÜNEN geladen hatte. Ihm war es gelungen, Alexander van der Bellen und Hannes Androsch nach Klagenfurt zu bringen, die unter der Moderation von Petra Stuiber über den Wirtschaftsstandort Kärnten diskutierten. Als der ehemalige SPÖ-Finanzminister für eine Althaussanierung eintrat, lobte ihn van der Bellen: "Androsch ist doch ein Grüner!"¹⁰

Der Wirtschaftsbund setzte auf Veranstaltungen in Bezirken und auf Betriebsbesuche. Mehrmals kam dazu Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl nach Kärnten.

Anfang Februar machte der RFW seine Ankündigung wahr und stellte als einzige Partei in ganz Kärnten Großflächenplakate mit dem Bild des Spitzenkandidaten und den Slogans "Hab den Mut und sei dabei" sowie "DANKE dass Du wählst" auf. In der letzten Februarwoche wurden einige Plakate mit dem Text "Sponsored by Hypo" überklebt. Der RFW erstattete Anzeige und beschuldigte in einer Aussendung die Konkurrenten vom Wirtschaftsbund, hinter dem "Anschlag" zu stehen. Wirtschaftsbund-Direktor Markus Malle wies dies zurück. Es wäre auch kontraproduktiv gewesen, da "die übertriebene Flut von Krenn-Plakaten ein Wahlargument für den Wirtschaftsbund" sei. 11

Der Wirtschaftsbund setzte auf Einschaltungen in den Printmedien. Nachdem schon im letzten halben Jahr vor der Wahl eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Kammerorganisationen zu bemerken war, brachten Kronen-Zeitung und Kleine Zeitung noch am 6. Februar einen PR-Bericht der Wirtschaftskammer Kärnten mit einem Bild von Franz Pacher, der als "Unternehmer und Präsident der Wirtschaftskammer Kärnten" gegen die "wuchernden Einkaufszentren" protestierte und einen Widmungsstopp forderte. Auch bei den eigentlichen Inseraten des Wirtschaftsbundes stand stets Franz Pacher im Mittelpunkt. Als Slogan wurde "Im Auftrag der Kärntner Wirtschaft" gewählt. In den letzten Tagen vor der Wahl brachten noch bekannte Wirtschaftstreibende ihre Unterstützung für den Spitzenkandidaten zum Ausdruck.

Ganz auf Inserate verzichten konnte auch der RFW nicht. Er konzentrierte sich auf Einschaltungen in der WOCHE. Bescheidener dagegen die Wahl-

werbung der Sozialdemokraten und der GRÜNEN: Sie setzten ihre Hoffnungen auf Diskussionsveranstaltungen in der heißen Phase des Wahlkampfs.

Gelegenheit dazu bot zunächst eine von der "Jungen Wirtschaft" und der WOCHE veranstaltete Konfrontation der vier Spitzenkandidaten am 18. Februar in Klagenfurt im Saal des WIFI, die auch live im Internet ausgestrahlt wurde und über 150 Zuhörer angelockt hatte. Moderiert von Uwe Sommersguter und Gerd Leitner, stand auch die angespannte wirtschaftliche und politische Lage des Landes zur Debatte. Zur Situation ihrer Landesparteien angesprochen, waren sich alle vier Kandidaten darüber einig, dass das politische Umfeld in Kärnten nicht günstig sei. 12

Kurz danach stellten sich im selben Saal die Spitzenkandidaten am 22. Februar den Fragen der "Kleinen Zeitung". Diskussionsleiter Adolf Winkler fokussierte fünf Themenkreise: Jungunternehmer, Abgaben, Politische Erneuerung in Kärnten, Tourismus und Visionen für die Zukunft. Eine Woche vor der Wahl wurde bei dieser Gelegenheit versucht, den Kandidaten noch Prognosen über den Ausgang zu entlocken. Franz Pacher blieb beim Plus gegenüber der letzten Wahl, Matthias Krenn erwartete sich 30 Prozent, Leopold Sever 14 Prozent. Albrecht Grießhammer ging von einer Steigerung des Anteils der GRÜNEN von drei auf fünf Prozent aus. ¹³

Den Schlusspunkt setzte der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband. Claudia Boyneburg-Spendier, Spitzenkandidatin für die Fachgruppe Hotellerie, stellte gemeinsam mit der Klagenfurter Vizebürgermeisterin Marie-Luise Mathiaschitz und Leopold Sever am 25. Februar einen "Forderungskatalog für Kärntner Unternehmerinnen vor".¹⁴

5. "Kurienwahl" zum Wirtschaftsparlament

Das im Wirtschaftskammergesetz und in der Wirtschaftskammerwahlordnung geregelte Wahlsystem ist kompliziert. Zunächst ist eine Direktwahl der Vertretung in den einzelnen Fachgruppen vorgesehen. Davon ist wiederum die Zusammensetzung in der Spartenvertretung und die Aufteilung der von den sieben Sparten in das "Wirtschaftsparlament" zu entsendenden 66 Delegierten abhängig. Die restlichen 15 der insgesamt 81 Mandate des "Wirtschaftsparlaments" werden auf Grund des Kärntner Gesamtergebnisses auf die Parteien aufgeteilt. Dazu sind noch der Präsident und die beiden Vizepräsidenten stimmberechtigt.

In Kärnten sind den sieben Sparten 96 Fachgruppen oder Fachvertretungen wie folgt zugeordnet: Industrie: 18, Gewerbe und Handwerk: 27, Handel: 20, Bank- und Versicherungswesen: 7, Transport- und Verkehr: 8, Tourismus und Freizeit: 6 sowie Information und Consulting: 10.

Die kleineren Einheiten heißen Fachvertretungen, die größeren Fachgruppen. Für alle 96 Gruppen sind Mandate vorgesehen, deren Anzahl sich an der Zahl der Wahlberechtigten orientiert und von einem einzigen Mandat bis zur Höchstzahl von 24 reicht. Laut Wirtschaftskammerwahlordnung steht Wahlwerbern, die ein Grundmandat nur knapp verfehlt haben, ein "Minderheitenmandat" zu. Insgesamt ging es diesmal um 877 Fachgruppen-Mandate. Mit 304 Mandaten hatten die Gruppen der Sparte "Gewerbe und Handwerk" dabei den größten Anteil, gefolgt von den 225 Mandaten, die im Handel zu vergeben waren. Völlig unterschiedlich waren dabei die Zahlen der Mitglieder und damit die Relation zu den Mandaten in den Berufsklassen. In der Sparte Industrie gab es z. B. das Kuriosum, dass die Fachvertretung "Papierindustrie" nur aus einem einzigen Mitglied besteht und trotzdem den Anspruch auf ein Mandat hatte. Demgegenüber waren etwa in der Fachgruppe "Gastronomie" 3.364 Wahlberechtigte registriert, die über die Verteilung von 24 Mandaten zu entscheiden hatten. Ein weiteres krasses Ungleichgewicht gibt es dann bei der Entsendung in das "Wirtschaftsparlament": Die Sparten "Gewerbe und Handwerk", "Handel", "Tourismus- und Freizeit" sowie "Industrie" stellen je 11, die drei restlichen Sparten je 7 Delegierte. Da die Sparten "Gewerbe und Handwerk" sowie "Handel" mit 11.115 bzw. 9.369 Mitgliedern jeweils weit mehr als das Zehnfache der 708 Mitglieder der Sparte "Industrie" erreichen, ist die Wahlarithmetik so verzerrt, dass man eigentlich von einem Kurienwahlrecht sprechen könnte. Noch auffälliger ist das Missverhältnis beim Vergleich der Sparten "Information und Consulting" einerseits und "Bank und Versicherung" andererseits, die mit 4.811 gegenüber nur 94 Wahlberechtigten gleich viel Delegierte in das "Wirtschaftsparlament" entsenden.

6. Die Urwahl in die Fachgruppen

Nicht in allen Fachgruppen bzw. Fachvertretungen kam es zur Urwahl. Traditionsgemäß wird in den Untergruppen der Sparten "Industrie" sowie "Bank- und Versicherungswesen" eine von der Industriellenvereinigung bzw. von den Banken intern zusammengestellte Liste von Personen akzeptiert, die dann die vorgesehenen Mandate einnehmen. So wurde etwa Hans-Peter Haselsteiner als Vertreter der Fachgruppe "Bauindustrie" nominiert. Der zur Wirtschaftskammer kritisch eingestellte Unternehmer ist damit selbst Kammerfunktionär geworden. Eine Ausnahme von der einvernehmlichen Listenerstellung gab es diesmal bei der Fachgruppe "Film- und Musikindustrie". Hier setzten die Grünen und eine "Unabhängige Fachliste der Kärntner Film- und Tonproduzenten" die Urwahl durch. Die Fachliste kam hier auf 19 Stimmen, Grüne und Industriellenvereinigung auf je 15.

Bei den Fachgruppen und Fachvertretungen der fünf anderen Sparten war die Urwahl aber die Regel. Keine Wahl und dafür eine unter den Mitgliedern vereinbarte Vertretung gab es in "Gewerbe und Handwerk" nur bei den Hafnern und Fliesenlegern, wo man sich auf die 10 Mandate für eine "Gemeinschaftsliste Hafner" geeinigt hatte, und bei den Rauchfangkehrern, deren 10 Mandate durch eine "Fachliste Kärntner Rauchfangkehrer" beschickt wurden. Bei der Fachvertretung "Schienenbahnen" in der Sparte "Transport und Verkehr" sprachen sich die vier wahlberechtigten Mitglieder ohne Wahl für einen Kandidaten des Wirtschaftsbundes aus.

Bei den Bestattungsunternehmen traten keine Parteilisten an. Die 31 wahlberechtigten Unternehmer, von denen 27 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, konnten hier zwischen einer "Fachliste der Kärntner Bestatter" und einer "Unabhängigen Namensliste der Kärntner Bestatter" wählen. Das Stimmenverhältnis von 20:7 ergab eine Aufteilung der Mandate von 8:2. Über die Kandidatur im Rahmen der Fachliste kamen hier auch die Bürgermeisterin von Feistritz im Rosental, Sonya Feinig, und der Bürgermeister von St. Kanzian am Klopeiner See, Thomas Krainz, zu Mandatsehren in der Wirtschaftskammer.

Der Kampf um Stimmen und Mandate bei der Urwahl fokussierte sich daher auf die restlichen 67 Fachausschüsse bzw. Fachvertretungen. Mit wenigen Ausnahmen traten dazu nur Kandidaten der vier Parteien an. Lediglich bei den drei Fachgruppen "Versicherungsagenten" (Liste Trey), "Versicherungsmakler" (Liste Sylle und Liste Tschrepitsch) sowie "Gärtner und Floristen" (Liste Glantschnig) gab es zusätzliche Angebote durch Namenslisten. Zur Wahl in die Fachgruppe "Kino-, Kultur und Vergnügungsgebiete" stellten sich nur RFW und Wirtschaftsbund. Auf der Liste des Wirtschaftsbundes schienen hier auch Vertreter des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes auf. Die an zweiter Stelle gereihte St. Veiter Schaustellerin Monika Pötscher hatte daher bei der Auftaktkonferenz der Sozialdemokraten Erklärungsbedarf: "Ich war rot, bin rot und bleibe es."¹⁵

Die Mitgliedschaft bei mehr als einer Fachgruppe führte auch dazu, dass einzelne Kandidaten sich in mehreren Fachgruppen zur Wahl stellten. Dem Oberkärntner Unternehmer Walter Staudacher gelang dabei das Kunststück, als Vertreter von zwei verschiedenen Parteien zu reüssieren: Bei der Fachgruppe "Autobus-, Luftfahrt- und Schifffahrtunternehmungen" erwarb er sein Mandat auf der Liste des Wirtschaftsbundes, bei der Fachgruppe "Fahrschulen und Allgemeiner Verkehr" setzte er sich auf der Liste des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes durch.

7. Gewinner und Verlierer

Großer Sieger der Wahl war wie vor fünf Jahren der Wirtschaftsbund unter Franz Pacher. Der ÖWB erhöhte seinen Stimmenanteil von 53,12 auf 61,41 Prozent. Ein kleines Erfolgserlebnis gab es auch für die GRÜNEN, die sich von 3,0 auf 4,18 Prozent steigern konnten.

Der große Verlierer hieß wiederum RFW. Die von Matthias Krenn angeführte Liste rutschte von 28,91 auf 20,94 Prozent ab. Innerhalb von zehn Jahren wurde der Stimmenanteil, der im Jahr 2000 noch 38,2 Prozent betragen hatte, daher fast halbiert. Einen leichten Rückgang von 12,02 auf nunmehr 11,66 Prozent verzeichnete auch der SWV. Ebenso entfielen auf Namenslisten diesmal nur mehr 1,68 Prozent der Stimmen (bei der Wahl 2005 hatte der Anteil 2,42 Prozent und im Jahr 2000 noch 2,94 Prozent betragen). Die Industriellenvereinigung steuerte 0,13 Prozent zum Gesamtergebnis bei.

Auf die künftige Zusammensetzung des "Wirtschaftsparlaments" wirkt sich die Wahl wie folgt aus: Der Wirtschaftsbund nominiert in dieses für die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten zuständige Gremium nun 43 Mandatare und verfügt somit erstmals über eine eigene absolute Mehrheit. Auf Grund des Wahlsystems ist die Industriellenvereinigung mit elf Mandaten fast gleich stark vertreten wie der RFW, der nur mehr zwölf Vertreter entsenden kann. Die Banken stellen sieben, der SVW sechs und die GRÜNEN zwei Delegierte.

Der Erfolg des Wirtschaftsbundes schlägt sich bei der Verteilung der Mandate bei den einzelnen Fachgruppen nieder: 515 Mandate entfallen auf den ÖWB. Der RFW kam auf 151 (plus ein Minderheitenmandat), der SWV auf 72 (plus neun Minderheitenmandate) und die GRÜNEN auf 17 (plus acht Minderheitenmandate) Fachgruppenvertreter. 42 Mandate gingen an Namenslisten, 43 an die Industriellenvereinigung und sieben an die Vertreter der Banken.

Die Dominanz des ÖWB spiegelt sich auch im Stimmenverhältnis bei den 67 Fachgruppen wider, wo es den Wettbewerb der Parteien gab. In nicht weniger als 63 Fachgruppen brachte die Wahl eine absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten für die schwarzen Kämmerer. Bei den "Finanzdienstleistern" gab es "nur" eine relative Mehrheit an Stimmen und Mandaten, ebenso bei den "Gärtnern und Floristen". Bei der letzteren Gruppe erwies sich als stärkster Konkurrent eine Namensliste, deren Spitzenkandidat Kurt Glantschnig dann nach Stichwahl und Losentscheid zum Fachgruppenobmann gewählt wurde. Während der RFW vor fünf Jahren noch in vier Fachgruppen eine relative Mehrheit erzielen konnte, erreichte er sie diesmal nur mehr bei der Fachgruppe "Karosserietechniker, Karosserielackierer und Wagner" mit 25 Stimmen gegenüber 23 Stimmen des Wirt-

schaftsbundes, was ein Mandatsverhältnis von 2:2 ergab. Einen Gleichstand an Stimmen und Mandaten zwischen Wirtschaftsbund und RFW gab es noch im "Markt-, Straßen- und Wanderhandel". Besonders deutlich fiel der Sieg des Wirtschaftsbundes in der Fachgruppe "Werbung und Marktkommunikation" aus, wo sich der RFW durch den Parteiwechsel des bisherigen Wirtschaftsbund-Obmanns Chancen ausgerechnet hatte. Hier konnte der neue ÖWB-Spitzenkandidat Volkmar Fussi die Mandate von fünf auf neun aufstocken.

Das Übergewicht das Wirtschaftsbundes in den Fachgruppen wirkte sich auf den Einfluss in den sieben Sparten aus. Mit Klaus Peter Kronlechner (Gewerbe und Handwerk), Jürgen Mandl (Handel), Elisabeth Rothmüller-Jannach (Transport und Verkehr), Helmut Hinterleitner (Tourismus und Freizeitwirtschaft) sowie Martin Zandonella (Information und Consulting) stellte der ÖWB in allen fünf großen Sparten den Obmann. Den Spartenobmännern für Industrie bzw. für "Banken und Versicherung", Reinhard Iro und Heimo Penker, wird zumindest eine Nähe zum Wirtschaftsbund nachgesagt.

Letztlich hatte das Wahlresultat Einfluss auf die Zusammensetzung des Präsidiums. Der RFW verlor seinen Anspruch auf einen Vizepräsidenten. Die zwei Stellvertreter von Franz Pacher, der am 18. Mai mit 69 von 71 Stimmen durch das "Wirtschaftsparlament" als Präsident bestätigt wurde, sind nun Silvia Wostal (ÖWB) und der Präsident der Industriellenvereinigung, Otmar Petschnig. Gegen die Wiederwahl des Villacher Unternehmers sprachen sich nur die GRÜNEN aus, die einen eigenen Wahlvorschlag für ihren Obmann Albrecht Grießhammer eingebracht hatten.

8. Wahlbeteiligung und Frauenanteil

Eine Woche vor der Wahl hatte Peter Filzmaier analysiert, dass das "politische Vertrauen am Nullpunkt" sei, und sich Sorgen um die Wahlbeteiligung gemacht. Hier war schon beim letzten Mal mit nur 46 Prozent ein Rückgang um zehn Prozent verzeichnet worden. 16 Diesmal sollte es noch schlimmer kommen: Mit einem Anteil von nur 35,9 Prozent gab es die geringste Wahlbeteiligung in der Geschichte der Kärntner Wirtschaftskammer. Fast zwei Drittel der wahlberechtigten Wirtschaftstreibenden machten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch. Wahlsieger Franz Pacher sprach von einem "Wermutstropfen": "Kein Zweifel, dass die Politik im Land bei der Kammerwahl ihren Niederschlag gefunden hat." Ähnlich äußerte sich Leopold Sever. Matthias Krenn kommentierte das so: "Dem Ring freiheitlicher Wirtschaft waren die politischen Umstände in diesem Land nicht gerade dienlich." Nicht hilfreich während des Wahlkampfes war wohl auch eine Äußerung von Landeshauptmann Gerhard

Dörfler, der sein Gehalt mit dem Stundenlohn eines Fliesenlegers bei der Nachbarschaftshilfe verteidigt hatte. Ganz anders sah es der Klubobmann der FPK, Kurt Scheuch: "Die Wahlbeteiligung ist ein Misstrauen für den Wirtschaftsbund, das sich gewaschen hat. Pacher soll nun überhaupt die Sinnfrage der Institution Wirtschaftskammer stellen."¹⁹ Peter Filzmaier vermutete hingegen, dass RFW-Wähler "ob der Turbulenzen der letzten Zeit" zu Hause geblieben sind. Bei Interessensvertretungswahlen sei die Wahlbeteiligung tendenziell niedrig und die "Hochschülerschaft wäre froh, wenn sie 36 Prozent hätte".²⁰

Einen wesentlichen Anteil an der niedrigen Wahlbeteiligung hatten die drei Sparten "Gewerbe und Handwerk", "Handel" und "Industrie", die noch unter dem Landesschnitt blieben. Etwas höher lag die Wahlbeteiligung bei den Sparten "Tourismus- und Freizeitwirtshaft" sowie "Information und Consulting". Bei der Sparte "Transport und Verkehr" gaben immerhin 43,05 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Unbefriedigend blieb der Frauenanteil: Unter den 847 gewählten Vertretern in den Fachgruppen finden sich nur 96 Frauen. Das entspricht einer Quote von 14,9 Prozent. Besondere Männerdomänen sind die Fachgruppen der Sparten "Banken" (Frauenanteil null Prozent) sowie "Transport und Verkehr" (Frauenanteil 5,7 Prozent). Als Kompensation wurde hier Elisabeth Rothmüller-Jannach zur Spartenobfrau gewählt. Etwas höher ist der Anteil in den Fachgruppen der Sparte "Tourismus und Freizeit", wo 27,6 Prozent der Mandate von Frauen besetzt sind. In der Kammerspitze wurde das Problem erkannt und ein entsprechendes Signal bei der Wahl der Vizepräsidenten gesetzt: Mit der 44-jährigen Ärzteberaterin Sylvia Wostal bekleidet erstmals in der Geschichte der Kärntner Wirtschaftskammer eine Frau diese wichtige Funktion. Sie will sich besonders für Frauen und Ein-Personen-Unternehmen einsetzen.²¹ Einen Teilerfolg gab es auch auf der Bundesebene: Der Gmünderin Elisabeth Faller wurde auf Intervention von Bundesobmann Christof Leitl ein Sitz im bundesweiten Wirtschaftsparlament als Vertreterin der Volksbanken eingeräumt.²²

9. Ausblick

Die Wirtschaftskammer Kärnten bleibt weiterhin fest in schwarzen Händen. Der Wirtschaftsbund hat sich über seine Interessensvertreter in den einzelnen Fachgruppen ein dichtes Netz an bewährten Funktionären und neu rekrutierten jungen Unternehmern aufgebaut. Ein auf die einzelnen Berufsgruppen maßgeschneiderter Wahlkampf war für den Erfolg ausschlaggebend. Das Kärntner Resultat glich Verluste in anderen Bundesländern aus und trug mit dazu bei, dass der ÖWB österreichweit um 0,83 Prozent auf 70,91 Prozent zulegen konnte. Der Wähleranteil von 61,7 Pro-

zent in Kärnten ist allerdings nach wie vor der niedrigste in allen Bundesländern mit Ausnahme von Wien.

Der Anteil an Wählerstimmen ist gleichzeitig wohl der einzige Trost für den RFW, der außerhalb von Kärnten nur in Oberösterreich mit 11,2 Prozent die 10-Prozent-Marke übertreffen konnte. In Kärnten einen Führungsanspruch zu erheben, erwies sich nun schon ein zweites Mal als Utopie. Im protestorientierten Wahlkampf fehlte es an attraktiven Gegenvorschlägen zum Wirtschaftsbund. Die hohen Kosten der Wahlwerbung standen in keinem Verhältnis zum Resultat. Der auf den Plakaten geforderte "Mut zum Mitmachen" schlug sich weder in der Wahlbeteiligung noch beim Stimmenanteil nieder. Frei nach Friedrich Schiller hielten Kärntens Wirtschaftstreibende in ihrer Mehrheit offenbar wenig von einem "Drachentöter" Matthias Krenn und folgten der Ansicht, dass zwar "Mut auch der Mameluck" hat, der Gehorsam zum Wirtschaftsbund aber Pflicht sei.

Mit einem Anteil von 11,66 Prozent lag der Sozialdemokratische Wirtschaftverband diesmal geringfügig unter dem Österreich-Ergebnis von 11,79 Prozentpunkten. Trotz der Gewinne traf das auch für die GRÜNEN zu, die bundesweit 5,74 Prozent erreichen konnten. Mit Ausnahme von Niederösterreich schnitt man in allen Bundesländern besser ab als in Kärnten

Franz Pacher, der kurz nach der Wahl den 60. Geburtstag feierte, dürfte mit einigem Optimismus auf die nächsten fünf Jahre blicken. "Sein" Wirtschaftsbund hat die Kammerorganisation fest in Griff. Seine Stimme für die Kärntner Wirtschaft in der Landespolitik ist noch gewichtiger geworden. Eine Woche nach der Wahl teilte er gleich kräftig in Richtung KWF, Parteiförderungen und Brüder Scheuch aus und trat für eine Trennung zwischen Regierung und Opposition in der Landesregierung ein. Ob er in fünf Jahren noch einmal antreten wird, ließ er offen. "Ich werde rechtzeitig übergeben – ich sehe einige gute Nachfolger."²³

Der nächste Urnengang zur Wirtschaftskammer verspricht noch weniger spektakulär und aufregend zu werden.

Anmerkungen

- 1 Kleine Zeitung vom 21. Februar 2010, S. 25.
- 2 Kleine Zeitung vom 21. Februar 2010, S. 24.
- 3 Vgl. WOCHE vom 20. Jänner 2010, S. 26.
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. Thomas Cik/Elisabeth Tschernitz-Berger: 70 Zweikämpfe in der zweiten Kammer-Reihe, in: Kleine Zeitung vom 5. Feber 2010, S. 30.
- 6 Kleine Zeitung vom 23. Jänner 2010, S. 34.
- 7 WOCHE vom 3. Februar 2010, S. 32 f.

- 8 Kleine Zeitung vom 23. Jänner 2010, S. 34.
- 9 Kleine Zeitung vom 6. Februar 2010, S. 36
- 10 Waltraud Dengel in der Kärntner Krone vom 10. Feber 2010, S. 12.
- 11 Kleine Zeitung vom 24. Februar 2010, S. 18.
- 12 WOCHE vom 24. Februar 2010, S. 32 f.
- 13 Kleine Zeitung vom 24. Februar 2010, S. 31.
- 14 Kleine Zeitung vom 26. Februar 2010, S. 32.
- 15 Kleine Zeitung am 6. Februar 2010, S. 36.
- 16 WOCHE vom 24. Februar 2010, S. 19.
- 17 Kleine Zeitung vom 4. März 2010, S. 20.
- 18 Kleine Zeitung vom 4. März 2010, S. 21.
- 19 Kleine Zeitung vom 4. März 2010, S. 20.
- 20 Kleine Zeitung vom 5. März 2010, S. 33.
- 21 Kleine Zeitung vom 18. Mai 2010, S. 13.
- 22 Kleine Zeitung vom 21. Juni 2010, S. 20.
- 23 WOCHE vom 10. März 2010, S. 20.

Wirtschaft und öffentliche Meinung in Kärnten: Ein Monitoring

1. Einleitung

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigt seit 2008 Politik und Öffentlichkeit. Auch in Kärnten. Von ihren Folgen sind in unterschiedlicher Art und Weise alle Ebenen der öffentlichen sowie privaten Wirtschaft betroffen. Das gilt für Staaten gleichermaßen wie für Regionen und Gemeinden. Die Konsequenzen der Krise und versuchte Gegenmaßnahmen haben Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung mehr als sonst in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt. Gerade in Kärnten, wo die Landesbank vom Bund gerettet werden musste und das Land – wie auch andere Bundesländer, doch mit besonders starker Ausprägung – am Rande eines kapitalen Finanzdebakels lebt.

Dabei ging und geht es nicht nur um mögliche Pleiten, steigende Defizite oder die Stabilität von Banken und ganzen Staaten, die in Zahlen und volkswirtschaftlichen Statistiken ausgedrückt werden. Von zentraler Bedeutung ist auch die Stimmung in der – erwerbstätigen oder als Unternehmer, Bauern, Freiberufler usw. selbstständigen – Bevölkerung. Ihre Sichtweise der Zukunft und ihre Erwartungen bilden das generelle Meinungsklima und münden in eine Frage: Geht es bald aufwärts oder weiter abwärts?

Dass die naturgemäß sehr subjektive Einschätzung der Menschen eine wichtige Rolle für die Wirtschaft und ihre Entwicklung spielt, findet sich in verkürzter Darstellung in vielen Debatten zum Thema: Erwartet man persönlich eine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage und geht davon aus, dass einem in den nächsten Monaten bzw. Jahren mehr Geld zur Verfügung steht? Wenn ja, so steigt die Bereitschaft, dieses Geld zu investieren. Man treibt damit als Nebeneffekt den Konsum an, und die Ausgabefreudigkeit wirkt sich ihrerseits günstig auf die Wirtschaft und deren Umsätze aus. In weiterer Folge kann das durch steigende Arbeitsplatzsicherheit und höhere Löhne wiederum auf die gefühlte Situation der Bevölkerung rückwirken.

Obwohl eine solche Beschreibung die vielschichtige Verbindung von Einstellungen und wirtschaftlicher Entwicklung stark vereinfacht, so existieren ausreichend Beispiele für das Gewicht der öffentlichen und veröffent-

lichten Meinung in diesem Kontext. Angefangen vom Aktienkurs – der nicht nur durch reale Ergebnisse, sondern auch durch die Ankündigung von positiven oder negativen Unternehmensprognosen beeinflusst wird – bis hin zu konkreten Maßnahmen. Dazu zählt etwa die politische Entscheidung, die Einlagensicherung bei Banken zu erhöhen. Letztgenannter Schritt wurde in Österreich 2009 gesetzt, um die Sparguthaben der ÖsterreicherInnen zu garantieren. Hauptfunktion war freilich, das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Kreditinstitution und deren Verlässlichkeit zu steigern. Dem zugrunde lag die Annahme, dass eine gefühlte Bedrohung des eigenen Geldes Kunden dazu veranlassen könnte, ihre Guthaben von den Banken abzuziehen und diese damit in noch ernsthaftere wirtschaftliche Probleme zu stürzen. Die Beteuerung von guten Unternehmensdaten schien dafür nicht ausreichend zu sein.

Ein anderes Beispiel am Schnittpunkt politischer Kommunikation und wirtschaftlicher Probleme wurde sogar bildlich festgehalten: Als die Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) 2006 in Turbulenzen geriet, gab nicht nur der Staat in Form der Bundesregierung eine Bundeshaftung ab. Es erschienen zugleich als mediale Inszenierung Politiker unterschiedlicher Parteien – vom Bundeskanzler abwärts – zur Sparbucheröffnung in einer Filiale. Durch den gemeinsamen Auftritt wollten sie neben dem populistischen Eigennutz zugleich symbolisieren, dass das Geld in der Bank sicher sei. So sollte eine größere Krise durch die Abwendung von Kunden verhindert werden.

Der Punkt ist, wie deckungsgleich die öffentliche Meinung mit dem jeweils realen Zustand eines Unternehmens oder der gesamten Wirtschaft ist. Man kann davon ausgehen, dass Optimismus und Pessimismus des einzelnen Bürgers nicht auf einer fundierten Analyse der allgemein zugänglichen Wirtschaftsdaten basieren. Im Gegenteil – die Komplexität von wirtschaftlichen Prozessen macht es für den Großteil der Bevölkerung schwierig bis unmöglich, eine auf harten Fakten fußende Analyse der privaten Meinung zugrunde zu legen. Mehr noch: Ein derartig rationales Vorgehen entspricht sicher nicht dem Ablauf der Meinungsbildung. Analog zu allen komplexen Fragestellungen dominieren Gefühle und Erfahrungen.

Ein Exkurs als Vergleichsbeispiel: Wer zum Arzt gehen muss, hat im Normalfall nicht genug medizinisches Wissen, um zu beurteilen, ob seine Behandlung richtig und sinnvoll ist. Er oder sie muss sich von seinen Eindrücken, der Wahrnehmung und auch vom Vergleich mit Anderen leiten lassen. Die tatsächliche Gefährlichkeit der mittlerweile für beendet erklärten Schweinegrippe-Pandemie ist für viele Menschen selbst rückblickend nicht einzuschätzen. Sie verlassen sich auf Experten, doch parallel dazu auch auf ihre Sichtweise, die von vielen Aspekten abhängt. Persönliche Erfahrungen mit einer schweren Erkrankung sind dabei wesentlich prä-

gender als die eindeutigste Statistik über das Nicht-Risiko einer Ansteckung.

Ähnlich ist es in wirtschaftlichen Belangen: Eine Arbeitslosenquote von zehn Prozent findet man vielleicht bedauerlich und bedrückend. In abstrakter Form. Denn solange der eigene Arbeitsplatz und die Jobs von Familienangehörigen, Freunden und Bekannten davon nicht betroffen sind, wird sich die Angst um die eigene Zukunft mangels konkreter Betroffenheit in Grenzen halten. Lautet umgekehrt der Befund Vollbeschäftigung – was in Österreich einer realen Arbeitslosenquote von unter 3,5 Prozent entspricht – und man selbst hat trotzdem gerade seine Anstellung verloren, so hat man vermutlich trotz der erfreulichen Gesamtperspektive kaum eine positive Zukunftseinstellung.

Eine Rolle in diesem Zusammenhang spielt die Abstraktheit großer Zahlen und die Unverständlichkeit von Statistiken (vgl. zum Phänomen der Innumeracy Paulos 2001; Gigenzer 2004). Beträge wie 10, 100 oder 1.000 Euro sind für jeden nachvollziehbar und entsprechend bewertbar. Die Unterscheidung zwischen 10 Millionen und 10 Milliarden beschränkt sich – zugespitzt ausgedrückt – auf die Feststellung, dass letzteres mehr ist als ersteres. Fassbar ist das ebenso wenig wie die exakten Literangaben des Öls, das 2010 aus dem Bohrloch im Golf von Mexiko ins Meer geflossen ist. Ein Budgetdefizit von 100 Milliarden Euro klingt beeindruckend und löst trotzdem selten eine emotionale Betroffenheit bei dem/der einzelnen BürgerIn aus. Es fehlen die Fassbarkeit der Zahl sowie die Wahrnehmung konkreter und im jeweiligen Lebensumfeld unmittelbar wirksam werdender Konsequenzen.

Die öffentliche Meinung zu Wirtschaftsfragen wird in unterschiedlichen Studien immer wieder und auch als Zeitreihen abgefragt. So untersucht beispielsweise das Eurobarometer – eine periodisch in allen Mitgliedsstaaten der Union durchgeführte Umfrage der EU-Kommission – regelmäßig das Meinungsbild in der Bevölkerung in den 27 Mitgliedstaaten zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Die dort gewonnenen Daten spiegeln ein optimistisches oder pessimistisches Klima wider, welches einerseits auf realen Veränderungen beruht und diese umgekehrt genauso beeinflussen kann.

Die jüngsten Daten wiesen für Österreich eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit – die naturgemäß stark mit der wirtschaftlichen Situation zusammenhängt – aus, die über dem EU-Durchschnitt lag (siehe Abbildung 1). Dieser Befund findet sich bereits seit längerer Zeit und ist kein aktuelles Krisenphänomen.

Abbildung 1: Lebenszufriedenheit in EU-Staaten im Vergleich

	sehr/ziemlich zufrieden	nicht sehr/ überhaupt nicht zufrieden	weiß nicht
Dänemark	98	2	0
Luxemburg	96	4	0
Schweden	96	4	0
Niederlande	95	5	0
Finnland	95	5	0
Großbritannien	91	9	0
Belgien	89	11	0
Slowenien	86	14	0
Irland	85	14	1
Deutschland	85	14	1
Österreich	85	15	0
Frankreich	82	18	0
Tschechien	82	18	0
Zypern	81	19	0
EU-27	78	22	0
Polen	75	24	1
Spanien	74	26	0
Estland	73	27	0
Malta	72	27	1
Slowakei	72	28	0
Italien	71	28	0
Griechenland	58	42	0
Lettland	57	43	0
Litauen	55	45	0
Portugal	53	47	0
Rumänien	47	52	1
Ungarn	42	58	0
Bulgarien	38	61	1

Fragestellung: "Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?"

Angaben in Prozent.

Quelle: Europäische Kommission 2009, 10.

Konkret auf die Wirtschaft bezogen fragt das Eurobarometer regelmäßig nach der Einschätzung der Bevölkerung hinsichtlich der aktuellen Lage. Hier zeigt sich ebenfalls ein größerer Optimismus in Österreich – sowohl hinsichtlich der Beurteilung des eigenen Landes als auch die gesamte Entwicklung betreffend (siehe Abbildung 2). Allerdings überwog zuletzt die Meinung, dass die Situation mehrheitlich negativ sei. Die persönliche Haushalts- und Jobsituation beurteilten die ÖsterreicherInnen hingegen zu rund drei Viertel als positiv. Das ist ebenfalls ein Wert, der deutlich über den Ergebnissen in Gesamt-EU-ropa lag (siehe Abbildung 3).

Abbildung 2: Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in Österreich und der EU

	gut		schlecht	
	Österreich	EU 27	Österreich	EU 27
Nationale Wirtschaft	48	22	50	77
Europäische Wirtschaft	27	22	71	70
Weltwirtschaft	25	20	71	71

Fragestellung: "Wie würden Sie die aktuelle Lage im jeweiligen Bereich einschätzen?" Angaben in Prozent. Rest auf 100 weiß nicht/keine Angabe.

Quelle: Europäische Kommission 2010, 1.

Abbildung 3: Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in Österreich und der EU

	gut		schlecht	
	Österreich	EU 27	Österreich	EU 27
Die finanzielle Situation im eigenen Haushalt	74	64	24	34
Die persönliche Jobsituation	71	52	19	30

Fragestellung: "Wie würden Sie die aktuelle Lage im jeweiligen Bereich einschätzen?" Angaben in Prozent. Rest auf 100 weiß nicht/keine Angabe.

Quelle: Europäische Kommission 2010, 1.

Für Österreich untersucht unter anderem das Consumer Confidence Barometer (GfK 2010) grundlegende Indikatoren wie die Sichtweise der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit. Nach deutlichen Ausschlägen im Negativbereich, die in Verbindung mit der Finanzkrise gebracht werden

können, lässt sich hier zuletzt nach dem Schulnotensystem eine Verbesserung der Stimmung ablesen (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Entwicklung der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit in Österreich

	Wirtschaftslage	Arbeitslosigkeit
Jänner 2007	2,70	3,13
Jänner 2008	3,08	3,00
Jänner 2009	3,77	1,80
Jänner 2010	2,94	2,28

Angaben als Mittelwert auf einer Skala von a) Wirtschaftslage zwischen "1" (wird sich wesentlich verbessern) bis "5" (wird sich wesentlich verschlechtern), und b) Arbeitslosigkeit ebenfalls von "1" (wesentlich mehr) bis "5" (wesentlich weniger).

Quelle: GfK 2010.

Auf Basis dieser Daten lässt sich überblicksartig eine allererste Einschätzung über die Einstellungen der Bevölkerung in Wirtschaftsfragen gewinnen. Einzelne Bundesländer können aufgrund der zu geringen Fallzahl allerdings meist nicht herausgerechnet werden. Dabei existieren viele differenzierende Details auf Bundesländerebene, und es kann nicht von einer homogenen Situation in ganz Österreich ausgegangen werden - weder wirtschaftlich noch auf das Meinungsklima bezogen. Kärnten ist dafür ein gutes Beispiel. Inwieweit das Land und die Einstellungen seiner Bevölkerung von anderen Regionen abweichen, das wurde bereits bei anderer Gelegenheit versucht zu erörtern (vgl. Filzmaier/Perlot 2009). Besonderheiten lassen sich jedoch auch in wirtschaftlichen Fragen ausmachen. Kärnten hat beispielsweise die niedrigste Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Bewohner (Statistik Austria 2010) und die Pro-Kopf-Verschuldung ist höher als im Rest Österreichs (OENB 2010). Gleichzeitig hat die drohende Pleite der Hypo-Alpe-Adria-Bank bis hin zum notwendigen Eingreifen des Bundes die gesamtösterreichische Finanzwelt beschäftigt.

1.1 Wirtschaftsmonitor Kärnten

Wie ist es nun um die Wirtschaft in Kärnten bestellt und welche Einschätzung hat die dortige Bevölkerung? Das Projekt Wirtschaftsmonitor Kärnten, aus dessen Basisstudie Ergebnisse im vorliegenden Artikel dargestellt werden, versucht mittels volkswirtschaftlicher Analysen und sozialwissenschaftlicher Markt- und Meinungsforschung darauf Antworten

zu geben. Projektziel ist es, die öffentliche Meinung zu Wirtschaft, Wirtschaftsthemen und Wirtschaftsentwicklung in Kärnten zu erfassen und in Relation zum Ist-Zustand zu stellen. Der Wirtschaftsmonitor, der vom Institut für Strategieanalysen (ISA) in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Marketing (OGM) und mit Unterstützung des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) durchgeführt wird, nimmt dabei einige Differenzierungen vor. Zunächst unterscheidet er zwischen volkswirtschaftlicher Realsituation und öffentlichem Meinungsbild. Er nimmt eine Analyse unterschiedlicher ökonomischer Faktoren ebenso vor wie eine Befragung der Bevölkerung durchgeführt wird.

Letztgenannte Befragung, die sowohl telefonisch als auch online im Internet als regelmäßiges Panel abgewickelt wird, hat als Grundgesamtheit der Befragungspersonen nicht die Bevölkerung als solche, sondern trennt angestellt Erwerbstätige von selbstständigen UnternehmerInnen. Dies erlaubt einen Vergleich der Arbeitgeber- mit der Arbeitnehmersichtweise. Gerade in wirtschaftlichen Belangen kann man als Hypothese davon ausgehen, dass es Unterschiede gibt, da die Interessen zwangsläufig unterschiedlich gelagert sind. Im Rahmen der vierteljährlichen Befragungen werden jeweils rund 900 unselbstständig Beschäftigte und 300 Wirtschaftstreibende – insgesamt also eine Stichprobe von 1.200 Personen – befragt.

Der Wirtschaftsmonitor Kärnten wird zunächst in vier Wellen bis Mitte 2011 durchgeführt. In der Folge wird zunächst die wirtschaftliche Situation Kärntens vor dem Hintergrund der Krise dargestellt, wobei ein Hauptaugenmerk auf der Konjunkturentwicklung und Arbeitsmarktdaten liegt. Anschließend werden die Hauptergebnisse der ersten Befragungswelle und auffällige Charakteristika vorgestellt, bevor im Fazit der Versuch eines Vergleichs unternommen wird.

2. Volkswirtschaftliche Situation in Kärnten 2009/2010 im ausgewählten Österreichvergleich

Die Kärntner Wirtschaft entwickelte sich in den vergangenen Jahrzehnten dynamisch. Das Bruttoregionalprodukt (BRP) konnte seit Mitte der neunziger Jahre von 10,3 auf 15,6 Milliarden Euro im Jahr 2007 gesteigert werden (aktuellere Daten liegen derzeit noch nicht vor, siehe Abbildung 5). Das BRP pro Einwohner liegt in Kärnten mit 27.800 Euro etwas unter dem Österreichdurchschnitt von 32.600 Euro. Allerdings zeigte sich, dass die Wirtschaft im Bundesland in der Periode von 2004 bis 2007 mit plus 22,1 Prozent geringfügig stärker wachsen konnte als in Österreich insgesamt (plus 21,3 Prozent). Die Kehrseite der Medaille ist freilich die Pro-Kopf-Verschuldung: Hier ist Kärnten wie erwähnt Spitzenreiter.

Abbildung 5: Entwicklung des Bruttoregionalprodukts (BRP) in Österreich und Kärnten

	1995	2003		2007	
Österreich		Absolut	Veränderung in Prozent	Absolut	Veränderung in Prozent
BRP, absolut (in Mio. Euro)	174.613	223.302	+27,9	270.782	+21,3
BRP, je Einwoh- ner (in Euro)	22.000	27.500	+25,0	32.600	+18,5
Kärnten					
BRP, absolut (in Mio. Euro)	10.306	12.741	+23,6	15.563	+22,1
BRP, je Einwoh- ner (in Euro)	18.400	22.800	+23,9	27.800	+21,9

Ouelle: Statistik Austria 2010.

Das BRP ist die regionale Entsprechung des Bruttoinlandsprodukts; das BRP absolut bezieht sich auf die gesamte Bevölkerung im jeweiligen Gebiet, das BRP je Einwohner gibt den Wert pro Kopf im Bundesgebiet bzw. im Bundesland wieder.

Abweichungen der Prozentzahlen aufgrund von Rundungsfehlern.

Kärnten hängt als Teil von Österreich stark von den Entwicklungen im gesamten Land ab, die noch unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise stehen. Die Wirtschaftsentwicklung verläuft über die Regionen betrachtet sehr heterogen. Der Bundesländerbericht des WIFO (Fritz u. a. 2010) zeigt, dass die Wirtschaftskrise zu stärkeren regionalen Unterschieden führte. Die Bundesländer waren von der Krise zu unterschiedlichen Zeitpunkten betroffen und weisen daher derzeit unterschiedliche Konjunkturmuster auf.

Seit dem Frühjahr 2010 mehren sich allerdings insgesamt die Anzeichen für einen Wirtschaftsaufschwung. Wesentliche Impulse gehen dabei von der Belebung des internationalen Handels aus, der zu den wichtigsten Wachstumstreibern der österreichischen Wirtschaft zählt. Dieser gewinnt seit der zweiten Jahreshälfte 2009 stetig an Dynamik und konnte mittlerweile wieder das Niveau vor der Krise erreichen. Die österreichische Wirtschaft, die als kleine offene Volkswirtschaft sehr stark von der Entwicklung seiner Handelspartner abhängt, kann davon wesentlich profitieren.

Das WIFO geht in seiner Sommerprognose (WIFO 2010a) davon aus, dass im Jahr 2010 das Volumen der realen Warenexporte um 5,8 Prozent zunehmen wird. Davon konnte vor allem die Sachgüterindustrie profitieren, die voraussichtlich um 3,5 Prozent wachsen wird. Allerdings gibt es

auch einige konjunkturdämpfende Faktoren. Die Unsicherheiten an den Finanzmärkten, unter anderem aufgrund der hohen Staatsverschuldung einiger EU-Staaten, führen zu einer allgemeinen Verunsicherung über die künftige Entwicklung. Darüber hinaus sind die Produktionskapazitäten noch nicht ausgelastet. Dies führt zu einer entsprechend verhaltenen Entwicklung der Investitionen, die für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mitentscheidend wären. Die Bruttoanlageinvestitionen sind somit derzeit noch rückläufig – für das Jahr 2010 wird ein Minus von 3,2 Prozent erwartet. Vom schwachen privaten Konsum, der voraussichtlich um 0,9 Prozent steigen wird, gehen ebenfalls kaum Wachstumsimpulse aus. In Folge kann in Österreich nur ein reales Wachstum von etwa 1,2 Prozent im Jahr 2010 erwartet werden.

2.1 Entwicklungen in unterschiedlichen Branchen

Die Kärntner Wirtschaft entwickelte sich Anfang 2010 in einigen Bereichen sehr dynamisch. Insbesondere der produzierende Bereich konnte überdurchschnittlich hohe Zuwächse erzielen. Im ersten Quartal 2010 stieg der Produktionswert in der Sachgüterproduktion um 18,3 Prozent und somit wesentlich stärker als im Österreichdurchschnitt (plus 0,8 Prozent). Dies hängt allerdings unter anderem auch damit zusammen, dass die Kärntner Industrie, insbesondere im ersten Quartal 2009, von der Krise überdurchschnittlich stark betroffen war und daher die Wachstumsraten von einem niedrigen Niveau ausgingen. Dennoch ist die Kärntner Industrie sehr wettbewerbsfähig. Aktuelle Daten der Statistik Austria (2009a) zeigen, dass die Produktivität, gemessen am Produktionswert pro Beschäftigten, mit 154.000 Euro in den Kärntner Unternehmen am höchsten ist. Bei der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten pro Beschäftigten liegt Kärnten mit 56.000 Euro an zweiter Stelle und wurde nur vom Bundesland Salzburg übertroffen.

Neben dem kräftigen Anstieg in der Industrieproduktion zeichnet sich in Kärnten eine positive Entwicklung im Bereich des Handels ab. Die realen Einzelhandelsumsätze entwickelten sich mit einem Zuwachs von 3,3 Prozent leicht über dem Wachstum im gesamten Bundesgebiet (plus 3,1 Prozent). Der Trend im Tourismus verlief im Vergleich zur Industrie verhaltener. Die Nächtigungszahlen lagen in Kärnten wie auch österreichweit unter den Erwartungen. Die Zahl der Übernachtungen konnte zwar im ersten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahr ausgebaut werden, allerdings fiel der Zuwachs im Frühjahr mit 0,4 Prozent in Kärnten deutlich geringer aus als in Österreich insgesamt (plus 2,5 Prozent). Ein wichtiger Impuls ging vor allem von der Inlandsnachfrage aus, wobei Kärnten davon kaum profitieren konnte, da die Nächtigungszuwächse vor allem in Ostösterreich verzeichnet wurden – mit Gästen aus Süd- und Westösterreich. Zudem sanken die Nächtigungszahlen der beiden wichtigsten Länder –

Deutschland und Holland – um 10 bzw. 8,5 Prozent; von neuen Märkten, wie etwa den GUS-Staaten, konnte Kärnten bisher nur wenig profitieren. Nach der schwachen Entwicklung im ersten Quartal 2010 folgte im zweiten ein starker Rückgang im Tourismussektor. In Kärnten sank die Anzahl der Nächtigungen um minus 9,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Rückgang fiel doppelt so stark aus wie in Österreich (minus 4,4 Prozent) und führte daher zu einer rückläufigen Nächtigungsentwicklung im ersten Halbjahr 2010.

Das Bauwesen stellt mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Euro (technische Gesamtproduktion ohne Baunebengewerbe) einen weiteren wichtigen Wirtschaftsfaktor in Kärnten dar. Gleichzeitig zählt es zu jenen Bereichen, die von der Rezession am stärksten betroffen sind. So verringerte sich der Produktionswert im Bauwesen in Kärnten um 9,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das betrifft fast alle Bereiche des Bauwesens, sowohl den privaten Sektor als auch öffentliche Auftragsvergaben.

Im ersten Quartal 2010 sank die Bauproduktion in Kärnten um 10 Prozent (siehe Abbildung 6). Die Gesamtauftragsbestände verzeichneten mit minus 30,5 Prozent einen deutlichen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, der wesentlich stärker ausfiel als im Rest von Österreich (minus 0,9 Prozent). Nach dem Einbruch im Bauwesen im Jahr 2009 ist für das Jahr 2010 somit vorerst keine Erholung in der Kärntner Bauwirtschaft absehbar. Einziger Lichtblick waren die öffentlichen Auftragseingänge im Hochbau im Frühjahr 2010, die allerdings die Produktionsrückgänge im Bauhaupt- als auch im Baunebengewerbe noch nicht ausgleichen konnten.

Abbildung 6: Regionale Konjunkturindikatoren

	Kärnten	Österreich
	Veränderung	zum Vorjahr
Sachgütererzeugung		
Produktionswert	+18,3	+0,8
Bauwesen (Produktionswert)	-9,3	-1,9
Einzelhandel (Umsatz, real)	+3,3	+3,1
Tourismus (Übernächtigungen)	+0,4	+2,5
Arbeitsmarkt		
Unselbstständig Beschäftigte	-0,8	-0,3
Arbeitslose	+5,0	+3,3

Angaben in Prozent.

Quelle: Statistik Austria. WIFO 2010a.

2.2 Außenhandel

Die dennoch insgesamt positive Konjunkturentwicklung Kärntens im Frühjahr 2010 kann im Zusammenhang mit der Außenhandelsverflechtung gebracht werden. Das Bundesland konnte am Konjunkturaufschwung im Euro-Raum – insbesondere an der kräftigen Wachstumsentwicklung Deutschlands – partizipieren. Mittelfristig zeigte die Außenhandelsentwicklung Kärntens einen positiven Trend. Seit dem Jahr 2000 konnten die Umsätze mit dem Ausland kontinuierlich gesteigert werden und haben ein Volumen von über fünf Milliarden Euro. Die Direktinvestitionen im Ausland wurden ebenfalls stark ausgeweitet und liegen über dem Österreichdurchschnitt.

Die Exportquote, gemessen in Prozent des Bruttoregionalprodukts, betrug im Jahr 2006 knapp 38 Prozent. Damit liegt sie nur geringfügig unter dem Österreichdurchschnitt von rund 40 Prozent. Eine Studie von Joanneum Research (Aumayr u. a. 2008) zeigte, dass die beiden bedeutendsten Handelspartner Kärntens Deutschland und Italien mit einem Anteil von rund 35 Prozent bzw. 17 Prozent sind. Zu den weiteren wichtigen Exportländern gehören die Vereinigten Staaten, Slowenien, Ungarn, Frankreich, Malaysia, Schweiz und Singapur. Diese Länder weisen am oberen Ende Exportanteile von vier Prozent im Fall der Vereinigten Staaten und am unteren Ende zwei Prozent (Singapur) auf. Diese Studie analysierte überdies die wichtigsten Absatzmärkte Kärntens in den zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten. Es zeigte sich, dass die Länder Slowenien und Ungarn mit je 30 Prozent die höchsten Exportanteile in dieser Region haben, gefolgt von der Tschechischen Republik und Polen mit Anteilen von knapp über 10 Prozent. Die Absatzmärkte in Bulgarien, Litauen, Estland, Lettland, Zypern und Malta sind hingegen für Kärnten von geringer Bedeutung.

Zu den wichtigsten Exportprodukten mit einem Exportanteil von je 20 Prozent zählen Industriemaschinen sowie der Bereich Büromaschinen, EDV-Geräte, Feinmechanik und Optik. Metalle und Halbzeug nehmen einen Exportanteil von knapp 10 Prozent ein, jener der Kärntner Fahrzeugindustrie liegt knapp darunter, gefolgt von der chemischen Industrie. Die Holzindustrie (ohne Möbelerzeugnisse) trägt ebenfalls wesentlich zum Kärntner Außenhandel bei. Hingegen haben die Nahrungsmittelindustrie, Glas-, Keramik und Papierindustrie mit Exportanteilen von unter fünf Prozent einen geringeren Einfluss. Vor allem die Kärntner Holzindustrie wie auch die Glas- und keramische Industrie weisen im Vergleich zu Österreich überdurchschnittliche Exportanteile auf (Aumayr u. a. 2008). Neben der Sachgüterindustrie trägt auch der Dienstleistungsbereich wesentlich zur Außenhandelsentwicklung bei. Die Umsatzsteuerstatistik (Statistik Austria 2010) zeigt, dass etwa 75 Prozent der Exportumsätze im Dienstleistungsbereich getätigt werden.

2.3 Der Arbeitsmarkt in Kärnten: Struktur und Entwicklung

In Kärnten waren 2009 etwa 27.700 Personen selbstständig sowie rund 204.600 Personen unselbstständig beschäftigt. Das Bundesland weist einen ausgeprägten Dienstleistungssektor auf, in dem drei Viertel der ArbeitnehmerInnen tätig sind. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigung lag gemäß der Lohnsteuerstatistik (Statistik Austria 2009) mit 48,2 Prozent über dem Österreichdurchschnitt. Kärnten zählt neben Wien und Salzburg zu jenen Bundesländern, in denen die Vollzeitbeschäftigung der Frauen über dem Niveau von Österreich liegt. Die Entwicklung der Zeitarbeitsverhältnisse weicht nicht stark von der Entwicklung in Österreich ab (Riesenfelder-Wetzel 2007). Anderseits sind mehr als 60.000 Personen nicht ganzjährig beschäftigt (Höferl-Hauenschild 2007).

Die meisten Beschäftigungsverhältnisse gab es im Bereich der öffentlichen Verwaltung, dem Unterrichts- und Gesundheitswesen. Hier waren 2009 knapp 47.950 Personen beschäftigt – das entsprach 23,4 Prozent der unselbstständig Beschäftigten Kärntens. Im Vergleich dazu ist in der Industrieproduktion (Sachgütererzeugung und Bergbau) etwa jede/r sechste KärntnerIn tätig. Insgesamt sind 34.616 Personen in Industriebetrieben beschäftigt. Auf das Bauwesen entfallen 8,1 Prozent (16.490 Personen, siehe Abbildung 7).

Abbildung 7: Unselbstständig Beschäftigte in Kärnten 2009

	Anzahl in Personen	Anteil in Prozent	Österreich: Anteil in Prozent
Land- und Forstwirtschaft	1.315	0,6	0,6
Sachgütererzeugung und Bergbau	34.616	16,9	18,2
Energie- und Wasserwirtschaft	3.093	1,5	1,3
Bauwesen	16.490	8,1	7,7
Handel	31.763	15,5	16,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	13.576	6,6	5,6
Verkehr und Nachrichtenermittlung	9.981	4,9	5,2
Kredit- und Versicherungswesen	7.097	3,5	4,0
Öffentliche Verwaltung, Unterricht und Gesundheitswesen	47.948	23,4	20,1
Sonstige Dienstleistungen	38.710	18,9	21,0
Insgesamt	204.589	100	100

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger 2010.

Aufgrund der starken Dienstleistungsorientierung kann Kärnten vom Anstieg der Industrieproduktion in Folge der Exportzuwächse nicht so stark profitieren. Dennoch entspannt sich seit Jahresanfang die Arbeitsmarktsituation kontinuierlich. Der Rückgang der unselbstständig Beschäftigten fiel im ersten Quartal 2010 mit minus 0,8 Prozent (ohne Personen mit Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld und ohne Präsenzdienst) moderat aus und lag nur geringfügig unter dem Österreichdurchschnitt von minus 0,3 Prozent. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen konnte in Kärnten ein Beschäftigungswachstum von 5,9 Prozent erzielt werden. Der Dienstleistungsbereich insgesamt verlief mit einem Anstieg der Beschäftigung von 1,3 Prozent sehr positiv. Im Frühsommer 2010 konnte die Beschäftigung seit der Krise zum ersten Mal um 0,5 Prozent ausgeweitet werden. Dies ist unter anderem auf den starken Anstieg der geringfügig Beschäftigten von 7,9 Prozent zurückzuführen.

Überdies betraf die Zunahme der Erwerbstätigen unterschiedliche Wirtschaftssektoren. Im zweiten Quartal 2010 stiegen in Kärnten vor allem die Beschäftigungsverhältnisse in Installationsunternehmen von Anlagen und Maschinen (plus 35,8 Prozent), in der chemischen Industrie (plus 21,3 Prozent) sowie bei elektrischen Ausrüstungsunternehmen (plus 11,4 Prozent) deutlich. Im Dienstleistungsbereich gab es auch in den Bereichen Personalvermittlung, Forschung und Entwicklung, der Unternehmensberatung, Abfallwirtschaft und Veterinärwesen zweistellige Wachstumsraten. Der Beschäftigungszuwachs im Bereich der Forschung mit einem Plus von 33,8 Prozent ist dabei besonders zu erwähnen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Kärnten im Gegensatz zu Österreich ebenfalls rückläufig und konnte im zweiten Quartal um 7,9 Prozent gesenkt werden. Hier spielten vor allem zwei Faktoren eine wesentliche Rolle: Einerseits gibt es im Gegensatz zu Österreich ein leicht rückläufiges Arbeitskräfteangebot (minus 0,2 Prozent), anderseits stieg die Zahl der Personen, die Schulungen besuchen, um 41,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote im zweiten Quartal 2010 lag dennoch gemäß den Daten des Arbeitsmarktservice mit 9,1 Prozent in Kärnten etwas über dem Österreichdurchschnitt (6,9 Prozent).

Die KärntnerInnen hatten 2008 mit 18.196 Euro einen etwas geringeren durchschnittlichen Jahresnettobezug als der Rest von Österreich. Die Bruttobezüge der Frauen mit Vollzeitbeschäftigung lagen um 25 Prozent niedriger als jene der Männer – der Anteil der Frauen betrug in dieser Stichprobe knapp ein Drittel (Statistik Austria 2009c). Im Jahr 2008 gab es mehr als 70.000 Personen in Kärnten, die über kein ganzjähriges Einkommen verfügten. Der Jahresnettobezug dieser Männer lag bei etwa 9.500 Euro. Bei den Frauen ohne ganzjähriges Einkommen lag der Jahresnettobezug mit 5.200 Euro deutlich darunter. Das Erwerbseinkommen war in dieser

Gruppe bereits deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Deren Erwerbseinkommen erhöht sich meistens durch Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Deshalb liegt die Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe bei 16 Prozent (Höferl-Hauenschild, 2007). In Kärnten dürften somit etwa 11.000 Personen im Jahr 2008 armutsgefährdet sein, alleine aus dem Umstand, dass sie nicht ganzjährig beschäftigt waren.

2.4 Konjunkturelle Perspektive

Die Abschätzung der künftigen konjunkturellen Entwicklung in Kärnten lässt sich anhand des Konjunkturtests des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO 2010b) abgeben, der bereits seit 1964 durchgeführt wird. Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Lage. Ziel der Erhebung ist es, die aktuelle und bevorstehende Entwicklung der Konjunktur zu erfassen, und zwar mit einem deutlichen Zeitvorsprung gegenüber der amtlichen Statistik. Grundidee ist, durch Fragen, die von den Unternehmen möglichst schnell und einfach zu beantworten sind, Indikatoren für die Entwicklung der Konjunktur zu erhalten. Es gibt nur drei Antwortmöglichkeiten (die Produktionsentwicklung steigt, bleibt gleich oder sinkt). Im Zuge der Auswertung werden Salden ermittelt – es wird vom Anteil der positiven Antworten jener der negativen Antworten abgezogen. In der Praxis zeigen die so ermittelten Werte eine hohe Korrelation mit den tatsächlichen Wachstumsraten des von der Statistik Austria ermittelten Produktionsindex. Die Höhe der Salden hat per se keine Aussagekraft, da diese selbst in der Hochkonjunktur negativ ausfallen können. Somit ist nur die Entwicklung der Salden für die Einschätzung von Relevanz.

Auf Basis des Konjunkturtests zeichnet sich ein Aufschwung im zweiten Quartal 2010 in Österreich ab. In Kärnten ist die Entwicklung ebenfalls positiv, sie fällt allerdings etwas schwächer aus (siehe Abbildung 8). Während in Österreich die Produktionserwartungen bereits im Jänner mit plus 6,0 einen positiven Saldo hatten, lag dieser in Kärnten noch bei minus 4,4. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch hinsichtlich der Erwartungen zur Entwicklung der Auftragsbestände. Diese wurden zwar von den Kärntner Unternehmen im Juli 2010 wesentlich positiver eingeschätzt als noch im Jänner zuvor, dennoch bleiben die Erwartungen hinter jenen in Österreich. Beispielsweise wird die Geschäftslage in der Sachgüterindustrie als auch im Bauwesen tendenziell besser eingeschätzt, im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern bleibt der Ausblick der Kärntner Unternehmen eher pessimistisch.

Abbildung 8: Konjunktureinschätzung der Unternehmen in der Sachgüterindustrie in Kärnten und Österreich/WIFO-Konjunkturtest (saisonbereinigte Salden)

	Kärı	nten	Österreich		
	Jänner 2010	Juli 2010	Jänner 2010	Juli 2010	
Auftragsbestände	-51,3	-39,7	-47,8	-24,1	
Produktion, insgesamt	-4,4	+7,6	+6,0	+12,4	
Geschäftslage, Sachgüter	-12,8	+2,5	+0,4	+5,5	

Saldo: Differenz von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.

Quelle: WIFO in Kooperation mit der EU 2010.

3. Wirtschaftsmonitor Kärnten: Ausgewählte Ergebnisse der Basisstudie

Die erste Erhebungswelle unter der Bevölkerung wurde im Mai 2010 durchgeführt. Telefonisch befragt wurden 298 UnternehmerInnen und 892 Erwerbstätige aus Kärnten, wobei die Fragebögen aneinander angeglichen waren, um die Vergleichbarkeit zu garantieren. Vorwegnehmen kann man an dieser Stelle: Große, elementare Unterschiede zwischen Arbeitgeberund Arbeitnehmerseite hat die Studie nicht ergeben. Die KärntnerInnen, ob selbst- und unselbstständig tätig, sind sich bei den meisten Themen einig. Ein Grund mag die Unternehmensstruktur in Kärnten sein: Der Großteil der befragten Unternehmen hat bis zu vier MitarbeiterInnen, Großunternehmen gibt es nur wenige.

3.1 Einstellungen zur aktuellen Wirtschaftslage in Kärnten

Nach rund zwei Jahren Krise, wie geht es den Kärntner Unternehmen heute? Zwei Drittel der Kärntner Unternehmen waren 2010 mit der wirtschaftlichen Situation ihres eigenen Unternehmens sehr oder etwas zufrieden. Ein Drittel zeigte sich weniger oder gar nicht zufrieden. Angesichts der krisenbedingt schwierigen Phase und der wirtschaftlichen Gesamtsituation Kärntens ein durchaus gutes Verhältnis der Werte. Unter ArbeitnehmerInnen war die Zufriedenheit noch größer: 72 Prozent gaben an, mit ihrer privaten wirtschaftlichen Situation zufrieden zu sein, nur ein Viertel war unzufrieden (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Öffentliche Meinung zur eigenen wirtschaftlichen Situation im Jahresvergleich

	Unternehmen: Die Gewinnentwicklung wird 2010			ArbeitnehmerInnen: Die eigene wirtschaftliche Situation wird 2010		
	Alle	derzeit Zufrie- dene	derzeit nicht Zu- friedene	Alle	derzeit Zufrie- dene	derzeit nicht Zu- friedene
besser	13	15	9	18	19	17
schlechter	40	31 59		34	30	43
gleich gut	43	49	31	45	48	39
weiß nicht/ keine Angabe	3	5	0	3	3	0

Fragestellung ArbeitnehmerInnen: "Was glauben Sie, wird das Jahr 2010 wirtschaftlich besser, schlechter oder in etwa gleich wie das vergangene Jahr?"

Fragestellung UnternehmerInnen: "Was glauben Sie, wird das Jahr 2010 hinsichtlich der Gewinnentwicklung besser, schlechter oder in etwa gleich wie das vergangene Jahr?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM-Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

Der Blick in die Zukunft fiel zum Befragungszeitpunkt im Mai 2010 allerdings neutral bis pessimistisch aus. Die UnternehmerInnen Kärntens prognostizierten für das weitere Jahr großteils (43 Prozent) eine gleichbleibende Gewinnentwicklung. Das galt auch für 31 Prozent der Unternehmen, die bereits mit der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Unternehmens nicht zufrieden waren – somit sahen diese in der derzeit schlechteren finanziellen Lage nicht nur ein kurzes Intermezzo. Hinzu kamen 40 Prozent, die definitiv eine schlechtere Entwicklung ihres Betriebes für 2010 und vermutlich auch die Folgejahre erwarteten. Gar 59 Prozent waren es bei den ohnehin bereits Unzufriedenen. Lediglich 13 Prozent der Kärntner UnternehmerInnen gingen im ersten Halbjahr von einer besseren Gewinnentwicklung für 2010 als bisher aus.

Tendenziell ähnlich, jedoch etwas erfreulicher gestaltete sich das Bild bei den ArbeitnehmerInnen: 45 Prozent glaubten, dass ihre wirtschaftliche Situation 2010 besser sein werde als im krisengeschüttelten Vorjahr. 34 Prozent erwarteten eine weitere Verschlechterung. Auch in der letztgenannten Gruppe fanden sich überdurchschnittlich mehr Personen, die schon zum Befragungszeitpunkt mit ihrer Situation unzufrieden waren. Immerhin 18 Prozent erwarteten, dass es 2010 privatwirtschaftlich aufwärts gehen werde.

Alles in allem ergaben die Ergebnisse somit einen wenig vielversprechenden Blick der KärntnerInnen in die Zukunft. Geht man vom Werbeslogan "Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut!" aus, so droht sich dieser ins Gegenteil zu drehen. Die angespannte wirtschaftliche Situation des Landes könnte auf die Unternehmen und somit auch auf die Bevölkerung abfärben.

3.2 Kärnten und die Krise

Der etwas düstere Blick in die Zukunft scheint letztlich wenig überraschend ein Ergebnis der weltwirtschaftlichen Krise 2009/10 zu sein. Während auf ganz Österreich bezogene Umfragen eher zeigen, dass die Bevölkerung von der Krise kaum etwas gemerkt hat bzw. das Motto gilt "Welche Krise?" (OGM 2009/2010), zeigte sich in Kärnten ein etwas differenziertes Bild: Lediglich 22 Prozent der Kärntner Unternehmen fühlten sich 2009/10 von der Krise gar nicht betroffen, bei den Erwerbstätigen waren es 27 Prozent (siehe Abbildung 10). Der Großteil der UnternehmerInnen (60 Prozent) und der ArbeitnehmerInnen (58 Prozent) sahen sich hinsichtlich der Wirtschaftskrise etwas betroffen. 17 Prozent der Unternehmen waren nach eigenen Angaben stark von der Krise betroffen, 13 Prozent der ArbeitnehmerInnen sagten dasselbe von sich.

Überraschenderweise sahen jüngere Befragungspersonen (bis 30-Jährige) subjektiv weniger starke Auswirkungen als ältere Personen, obwohl man umgekehrt mehr Probleme für Berufseinsteiger vermuten könnte. Der Grund mag darin liegen, dass in der vorliegenden Studie aufgrund der Definition der Grundgesamtheit als "erwerbstätig" jüngere KärntnerInnen mit Job befragt wurden – anders würden vielleicht die Meinungen bei Jugendlichen, die sich erstmals oder wiederholt auf Jobsuche befinden, ausfallen. Hinzu kommt, dass ältere Personen in Kärnten sich mit der Krise mehr auseinandergesetzt und über diese informiert haben: In der Altersgruppe ab 30 Jahren werden grundsätzlich häufiger Medien konsumiert.

Eine bessere Bildung ist kein Allheilmittel gegen die Krise, jedoch zeigt die Studie, dass die negativen Auswirkungen der Krise mit steigender Bildung abnehmen. Während sich 20 Prozent der Personen mit Pflichtschulabschluss subjektiv von der Krise stark betroffen fühlten, waren es bei MaturantInnen und Akademikern nur elf Prozent. Anstrengungen im (Weiter-)Bildungsbereich machen sich demnach für die Bevölkerung bezahlt und werden auch – siehe unten – gemäß den Ergebnissen des Wirtschaftsmonitors massiv eingefordert. Gleichzeitig wurden die aktuellen Möglichkeiten als unzureichend empfunden.

Abbildung 10: Subjektive Betroffenheit der KärntnerInnen durch die Wirtschaftskrise

	Unterneh- men	Arbeitneh- merInnen	bis 30 Jahre	bis 50 Jahre	50 Jahre und älter
sehr	17	13	10	14	14
etwas	60	58	55	59	59
gar nicht	22	27	33	26	25
weiß nicht keine Angabe	2	1	2	1	1

Fragestellung: "Fühlen Sie sich von der Wirtschaftskrise sehr, etwas oder gar nicht betroffen?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM-Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

3.3 Der Arbeitsmarkt in Kärnten aus Sicht der Betroffenen

Über die nackten Arbeitslosenzahlen hinaus sahen sich 2010 viele KärntnerInnen indirekt von der Krise betroffen. Das ist etwa der Fall, wenn ein Familienmitglied im Haushalt den Arbeitsplatz verloren hat. 23 Prozent der Erwerbstätigen in Kärnten fürchteten in der ersten Jahreshälfte 2010, dass jemand aus ihrem unmittelbaren Umfeld seinen Job verlieren könnte. Um den eigenen Arbeitsplatz bangten 19 Prozent. Vergleicht man diese Zahlen mit der Zukunftsprognose der Unternehmen, so scheinen die Sorgen um den Arbeitsplatz nicht ganz unberechtigt zu sein: Sie zeugten somit nicht von einer unbegründeten Angst auf Seiten der ArbeitnehmerInnen.

Drei Viertel der Unternehmen meinten, dass der Beschäftigungsstand im eigenen Betrieb in den nächsten zwölf Monaten gleich bleiben wird. Neun Prozent rechneten mit mehr MitarbeiterInnen, 13 Prozent jedoch mit weniger Beschäftigten. Auf den ersten Blick mag diese Differenz von minus vier Prozentpunkten nicht viel erscheinen, umgerechnet auf die Arbeitslosenstatistik ist sie trotzdem erheblich. Korrekterweise muss in dieser Frage zwischen kleineren und größeren Unternehmen unterschieden werden. Wenn Kleinstunternehmen vier Prozent ihrer Belegschaft abbauen, so sind das im Summendurchschnitt viel weniger Personen als bei Großunternehmen. Letztere wollten im Vergleich dazu sogar eher weitere Mitarbeiter aufnehmen.

Die KärntnerInnen – sowohl UnternehmerInnen als auch ArbeitnehmerInnen – empfanden die Situation am Arbeitsmarkt in ihrem Bundesland sehr kritisch: Die Mehrheit (bei Unternehmen 65 Prozent und unter ArbeitnehmerInnen 57 Prozent) war der Meinung, dass die Lage vor Ort schlechter sei als im Rest von Österreich (siehe Abbildung 11). Wiederum zeigten

sich jüngere Befragungspersonen (bis 30 Jahre) optimistischer als Ältere. Pessimistischer waren zugleich verständlicherweise Personen, die Sorgen hatten, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Abbildung 11: Sichtweise des Arbeitsmarktes in Kärnten im Bundesländervergleich

	Unterneh- men	Arbeitneh- merInnen	bis 30 Jahre	bis 50 Jahre	50 Jahre und mehr
besser	3	6	13	4	3
schlechter	65	57	50	63	53
in etwa gleich	22	30	31	27	37
weiß nicht/ keine Angabe	10	7	7	6	8

Fragestellung: "Wie beurteilen Sie die Beschäftigungsmöglichkeiten bzw. die Chancen am Arbeitsplatz in Kärnten im Vergleich zu anderen Bundesländern? Besser, schlechter oder in etwa gleich?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM-Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

Interessanterweise schätzten Personen mit formal niedrigem Bildungsgrad die Arbeitsmarktsituation in Kärnten besser ein, obwohl solche Gruppen von der Krise stärker betroffen sind und eher um den eigenen Arbeitsplatz fürchten. 15 Prozent glaubten, dass die Chancen in Kärnten am Arbeitsmarkt vorteilhafter sind als in anderen Bundesländern. Bildung und Weiterbildung wurden von den Kärntner Erwerbstätigen als wichtig angesehen, lediglich fünf Prozent negierten die Bedeutung dieses Themas. Hier werden jedoch die Schwierigkeiten beim Thema Weiterbildung sichtbar: Personen mit niedrigerer Bildung beurteilten häufiger die Fort- und Weiterbildung als weniger wichtig als Personen, die bereits eine höhere Bildung besitzen.

Ebenso zeigte sich eine Diskrepanz zwischen den Altersgruppen: Jüngere KärntnerInnen können sich weniger für das Thema Weiterbildung erwärmen als ältere Personen, die bereits am Ende ihres Arbeitslebens stehen. Jene Gruppen, die Weiterbildung am ehesten in Anspruch nehmen sollten, sind damit am wenigsten dazu bereit. Bei allen Angaben zur subjektiven Bedeutung der weiteren Qualifikation ist zu beachten, dass es sich dabei auch um ein sozial erwünschtes Verhalten handelt, Befragte also aufgrund der öffentlich-medialen Anerkanntheit von Bildung tendenziell zur Überdeklaration neigen.

Die arbeitenden KärntnerInnen empfanden das Weiterbildungsangebot im eigenen Bundesland als mäßig gut (siehe Abbildung 12). Für 39 Prozent war es 2010 eher oder sehr schlecht, weitere acht Prozent konnten dazu keine Angabe machen. Vor allem Personen mit bereits höherer Bildung (d. h. Matura oder Universitätsabschluss) schätzten das derzeitige Weiterbildungsangebot in Kärnten als eher bzw. sehr schlecht (47 Prozent) ein. Diese Gruppe war einerseits sicher kritischer in der Beurteilung von Weiterbildungsmaßnahmen, andererseits jedoch auch weit besser darüber informiert.

Abbildung 12: Einstellungen zum Weiterbildungsangebot in Kärnten

	Arbeitneh- merInnen	Pflichtschul- abschluss	Lehre, Fach- oder Han- delsschule	Matura oder Universitäts- abschluss
Sehr gut	9	13	9	6
Eher gut	44	44	46	41
Eher schlecht	33	24	31	42
Sehr schlecht	6	6	6	5
Weiß nicht, keine Angabe	8	12	7	6

Fragestellung: "Wie würden Sie das Weiterbildungs-Angebot in Kärnten einschätzen? Sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

3.4 Aktuelle Probleme Kärntens

Grundsätzlich zeigt die Studie, dass UnternehmerInnen mehr Wünsche an die Politik haben bzw. ihre Probleme vielfältiger sind als jene von ArbeitnehmerInnen. Viele Forderungen von Arbeitgeberseite betreffen finanzielle Punkte: So war das am häufigsten genannte Anliegen (38 Prozent spontane Nennungen) eine Reduzierung von Steuern und Abgaben. Da in der vorliegenden Studie hauptsächlich Kleinunternehmen befragt wurden, ist der Wunsch nach mehr Förderungen für Klein- und Mittelbetriebe (30 Prozent) wenig überraschend auf dem zweiten Platz. Hinzu kommen weitere 15 Prozent, die auch eine stärkere Förderung für Familienbetriebe anregten. Neben dem Förderwesen erwarteten sich die Unternehmen jedoch auch einen leichteren Zugang zu Krediten.

28 Prozent der UnternehmerInnen plädierten für Bürokratieabbau und generell mehr Service von Bundes- und Landesstellen. In diesem Zusammenhang wurden auch rechtliche Rahmenbedingungen erwähnt: 14 Pro-

zent wünschten sich mehr Rechtssicherheit und weitere 12 Prozent generell mehr Transparenz bei gesetzlichen Vorgaben. An das Land selbst wurde der Wunsch nach Standortsicherung und nach einem weiteren Standortausbau formuliert. Auch hier schlug die Krise durch: 16 Prozent sprachen sich für Maßnahmen am Arbeitsmarkt aus, weitere 13 Prozent für generelle Aktionen gegen die Wirtschaftskrise.

Während die Unternehmerseite ein weites Spektrum an Aktivitäten forderte, sind die Probleme auf Arbeitnehmerseite klar und deutlich: Es geht vor allem um Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, für 30 Prozent das Hauptanliegen. Daneben wurden – allerdings weit abgeschlagen – die Steigerung der eigenen Kaufkraft, eine Reduzierung von Steuern (hier hauptsächlich der Lohnsteuer) und Bürokratieabbau als Wünsche an die Politik genannt. Das Steuerthema sorgte somit UnternehmerInnen mehr als angestellt Erwerbstätige.

Etwaige bereits in Umsetzung begriffene Maßnahmen seitens der Politik wurden von den Betroffenen kaum wahrgenommen. Lediglich 22 Prozent der UnternehmerInnen und einem Drittel der ArbeitnehmerInnen waren zum Befragungszeitpunkt in den letzten Wochen und Monaten wirtschaftspolitische Maßnahmen oder Aktivitäten aufgefallen. Für die KärntnerInnen klaffen also Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander: Sie empfinden nicht das Gefühl, dass in wirtschaftspolitischer Hinsicht genug getan wird, wiewohl sie klare Wünsche und Vorstellungen diesbezüglich haben.

3.5 Erwartungen an Bund und Land

Die Erwartungshaltung von Seiten der KärntnerInnen an Bund und Land, was diese tun könnten – nämlich um bei wirtschaftlichen Problemen bzw. durch ihre Wirtschaftspolitik Hilfe zu leisten – waren gering. Überraschenderweise wurde vom Bund noch mehr erwartet als vom eigenen Bundesland, was indirekt Schlüsse über die Einschätzung der Wichtigkeit der regionalen Politik zulässt. Dennoch: Auf die Frage, wer die besten Konzepte für die Wirtschaftspolitik in Österreich hat, antworteten insgesamt 41 Prozent der UnternehmerInnen mit "niemand" bzw. "weiß ich nicht". Bei den ArbeitnehmerInnen waren es mit 54 Prozent gar mehr als die Hälfte.

Am ehesten wurde den Unternehmen selbst zugetraut, brauchbare Konzepte für die Wirtschaftspolitik vorzulegen. Dieses Zutrauen bestand sowohl von Wirtschaftstreibenden als auch von den Erwerbstätigen. Das brachte eine starke Politik- und Institutionenverdrossenheit zum Vorschein. Die KärntnerInnen fühlten sich hier offenbar allein gelassen. Deutlich wird auch der Wunsch nach Lösungen aus der Praxis anstelle von

politisch verhandelten Konzepten. Wenn Wirtschaftspolitik schon nicht unmittelbar von Unternehmen entwickelt werden soll, dann liegen die Arbeitgebervertreter – allen voran die Wirtschaftskammer – vor der Bundesregierung. Auch in dieser Frage unterschieden sich die UnternehmerInnen in ihrem Antwortverhalten kaum von den ArbeitnehmerInnen.

Ein ähnliches Bild ergab sich in der Beurteilung der Landesebene: 49 Prozent der UnternehmerInnen trauten "niemandem" zu bzw. "wissen es nicht", wer ein gutes Konzept für die Wirtschaftspolitik in Kärnten hat. Bei den ArbeitnehmerInnen waren es 57 Prozent, die dazu keine Antwort wussten. Auch unter den ArbeitnehmerInnen könnten, laut Meinung der Befragten, am ehesten die Unternehmen selbst Konzepte für die Wirtschaftspolitik entwickeln. Die Wirtschaftskammer lag in der Kompetenzzuschreibung auch im Land vor der Landesregierung. Jedoch – während die Wirtschaftskammer als Lösungsbringer auf Landesebene ebenso häufig genannt wurde wie auf Bundesebene – nannten nur zehn Prozent die Landesregierung als kompetent. Die Bundesregierung schaffte immerhin noch 22 Prozent (auf ArbeitnehmerInnenseite jeweils weniger).

3.6 Beziehungen von Politik und Wirtschaft - ein Widerspruch?

Geht es um die Frage, welches Verhältnis Politik und Wirtschaft zueinander pflegen sollen, so waren sich UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen 2010 weitgehend einig: Die Mehrheit wünscht sich, dass die Politik möglichst gute Rahmenbedingungen schafft, sich aber sonst in das Wirtschaftsgeschehen nicht einmischt (siehe Abbildung 13). Die zweite Ansicht, die immerhin noch von einem Viertel der Unternehmen und einem Drittel der ArbeitnehmerInnen vertreten wurde: Die Politik soll regulierend eingreifen, um die Richtung vorzugeben und falsche Entwicklungen abzufangen – der Staat müsse quasi als Notbremse in heiklen Situationen fungieren. Die Einstellung, dass die Politik in die Wirtschaft gar nicht eingreifen solle oder dürfe, wurde nur von einer Minderheit geteilt.

Diese Ergebnisse scheinen von der Wirtschaftskrise zumindest beeinflusst zu sein: Der Staat hat in der heiklen Phase gehandelt und lenkend eingegriffen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Umfragen während der Krise haben gezeigt, dass die staatliche Regulierung in der Bevölkerung sehr gut aufgenommen wurde (OGM 2009/2010). Aber auch der Hypo-Alpe-Adria-Skandal in Kärnten und die darauf folgende Verstaatlichung der Landesbank haben das Vertrauen der Bevölkerung in einen aktiven Staat verbessert. Es gilt das Motto: Wenn der Markt versagt, dann hat der Staat einzugreifen. Allerdings nur dann. Prinzipiell glauben die KärntnerInnen durchaus an Marktmechanismen als Selbstregulativ.

Die beschriebene Einschätzung schwankte je nach Unternehmensgröße. Je kleiner das Unternehmen – d. h. je weniger Mitarbeiter beschäftigt werden –, desto eher wurde die Meinung vertreten, der Staat solle sich aus der Wirtschaft vollkommen heraushalten. Mit steigender Unternehmensgröße wurden möglichst gute Rahmenbedingungen vom Staat erwartet, was mit der stärkeren und unmittelbareren Betroffenheit durch staatliche Maßnahmen zu erklären ist. Bei den ArbeitnehmerInnen waren es 2010 eher Männer und ältere Personen, die ein möglichst zurückhaltendes Agieren des Staates befürworteten.

Abbildung 13: Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft

	Unter- nehmerInnen	Arbeit- nehmerInnen
Die Politik soll möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen, sich aber sonst nicht einmischen	55	46
Die Politik versteht nichts von Wirtschaft und soll sich möglichst heraushalten	14	15
Die Politik soll regulierend in die Wirtschaft ein- greifen, um die Richtung vorzugeben und falsche Entwicklungen abzufangen	27	33
Weiß nicht, keine Angabe	3	6

Fragestellung: "Ganz allgemein gesprochen, wie sehen Sie die Beziehung von Politik und Wirtschaft? Welche der folgenden Aussagen trifft für Sie am ehesten zu?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

Wenn nun der Staat nach Meinung der KärntnerInnen in die Wirtschaft gemäßigt eingreifen soll, indem er Rahmenbedingungen schafft bzw. die Richtung vorgibt, wer ist dann der entscheidende Akteur? Der Bund oder das Land? Auch in dieser Frage herrschte Einigkeit zwischen den beiden befragten Gruppen: Zwei Drittel meinten, Bund und Land sollen sich gemeinsam um die Wirtschaft kümmern. Ein Viertel sah dies als eindeutige Aufgabe des Bundes, während nur sieben Prozent für das Land als Gestalter in Wirtschaftsfragen plädierten. Ein Zusammenspiel zwischen Bund und Land ist also für die Bevölkerung unerlässlich.

Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Bundeslandes fällten die KärntnerInnen allerdings ein ernüchterndes Urteil: 77 Prozent der ArbeitnehmerInnen und 80 Prozent der UnternehmerInnen waren der Meinung, dass in der Wirtschaftspolitik Kärntens wenig bzw. gar nichts

weitergeht. Bei diesen Antworten schlugen vermutlich die generell durch die Krise geprägte Wirtschaftslage und Skandale wie die Affäre um die Hypo-Alpe-Adria-Bank durch, die das Bundesland im vergangenen Jahr beschäftigt haben und weiterhin beschäftigen. Die KärntnerInnen scheinen sich insgesamt ihrer Lage sehr bewusst zu sein, sie legen ein relativ realistisches Selbstbild an den Tag. Ebenso wurde die wirtschaftliche Lage in der Region im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechter eingeschätzt (siehe Abbildung 14).

Abbildung 14: Perspektiven der Wirtschaft in Kärnten im Vergleich zu anderen Bundesländern

	UnternehmerInnen	ArbeitnehmerInnen
besser	2	4
schlechter	74	68
gleich gut	16	18
weiß nicht/keine Angabe	8	10

Fragestellung: "Im Vergleich zu anderen Bundesländern: Steht Kärnten da wirtschaftlich besser, schlechter oder gleich gut da?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

3.7 Der Blick über die Landesgrenzen

Die Europäische Union, welche im Wesentlichen der dominierende Gestaltungsraum für Österreichs Wirtschaft ist, spaltet die in Kärnten befragten Gruppen: Die ArbeitnehmerInnen sahen 2010 eher EU-Nachteile für die heimische Wirtschaft. Die UnternehmerInnen gaben sich ausgewogen. Fast ein Drittel war der Meinung, dass die EU gar keinen Einfluss auf das eigene Unternehmen hat. Ein Drittel der UnternehmerInnen sah für den eigenen Betrieb klar Vorteile durch den Beitritt zur EU, während 29 Prozent eher Nachteile empfanden. Insgesamt ist das Ergebnis überraschend, widerspricht es doch dem Klischeebild einer EU-freundlichen Wirtschaft deutlich. Auch die Meinung, dass die EU keinerlei Einfluss auf die eigene Tätigkeit habe, deutet auf eine relativ große Distanz und einen gewünschten Abstand zu EU-ropa hin. Die Ablehnung ist zudem höher als EU-weite Umfragen hinsichtlich der Auswirkungen der Mitgliedschaft auf die Wirtschaft vermuten lassen würden. Beispielsweise gefragt nach den Konsequenzen aus dem gemeinsamen Markt überwogen die positiven bis neutralen Ansichten,

negative Folgen wurden kaum gesehen (vgl. Europäische Kommission 2006a/2006b).

Es handelt sich dabei um kein Kärntner Phänomen: Österreichweit hielten 2010 bloß 36 Prozent der ÖsterreicherInnen die EU für "eine gute Sache" (Europäische Kommission 2010). Verglichen mit diesen Ergebnissen sind die Erwerbstätigen in Kärnten freilich noch kritischer: Nur 37 Prozent sahen "eher Vorteile", und das bei einer Fragestellung, die sich auf das Kerngebiet der EU – nämlich die Wirtschaft – bezog. Skeptisch gegenüber der EU waren vor allem Personen, die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz hatten, aber auch KärntnerInnen in Teilzeitbeschäftigung (siehe Abbildung 15). Der Wert und die kritischere Grundhaltung deckten sich mit Vergleichen zwischen der Gesamtbevölkerung im Bundesland und in Österreich (Filzmaier/Perlot 2009, 23).

Keine guten Perspektiven für die künftige Entwicklung der Einstellung zu EU-ropa zeigte zudem die Auswertung nach Altersgruppen: Die Studie ergab, dass unter den Erwerbstätigen in Kärnten im Gegensatz zum nationalen Trend die Zustimmung zur EU mit dem Alter steigt. Unter jüngeren Befragungspersonen (bis 30 Jahre) sahen nur 32 Prozent – also nicht einmal ein Drittel – mehr Vorteile als Nachteile für die heimische Wirtschaft in der EU. Bei Älteren (ab 50 Jahren) überwog knapp die Zustimmung zur Union: 48 Prozent sahen mehr Vorteile, 45 Prozent mehr Nachteile. Interessanterweise hatte jedoch unter den ArbeitnehmerInnen Kärntens so gut wie jeder eine Meinung zur EU: Nur vier Prozent vertraten den Standpunkt, die EU hätte gar keinen Einfluss auf die heimische Wirtschaft, was ein gänzlich anderes Bild als jenes bei den UnternehmerInnen ergab.

Abbildung 15: Die Rolle der EU in Kärnten aus Sicht der Erwerbstätigen und Selbstständigen

	UnternehmerInnen	ArbeitnehmerInnen
mehr Vorteile	33	37
mehr Nachteile	29	49
keinen Einfluss	31	4
weiß nicht/keine Angabe	7	9

Fragestellung: "Welche Rolle spielt für Sie die Europäische Union? Hat diese und die österreichische Mitgliedschaft für Ihr Unternehmen/für die heimische Wirtschaft mehr Vorteile, mehr Nachteile oder so gut wie keinen Einfluss?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

Die EU-Skepsis der KärntnerInnen hat jedoch weniger mit einer etwaigen abwehrenden Haltung gegenüber anderen Ländern zu tun, als man meinen könnte. Zu den meisten EU-Ländern besteht keinerlei Realbezug. Der Einfluss der EU wurde bisher zu wenig kommuniziert, die Bevölkerung selbst erlebt die EU nicht im täglichen Leben. Das zeigt der Vergleich mit der Einstellung der KärntnerInnen zum Alpe-Adria-Raum. Die Nähe zu diesen Ländern und somit die höhere Betroffenheit und der Wissensgrad führen dazu, dass dem Gebiet eine sehr hohe Bedeutung für die Wirtschaft Kärntens zugeschrieben wird. Verkürzt lässt sich feststellen: Die EU ist weit weg, der Alpe-Adria-Raum jedoch in unmittelbarer Nachbarschaft, er wird daher positiver gesehen. Dieses Phänomen der analog zur Distanz wachsenden Skepsis lässt sich auch auf anderer Ebene für Kärnten finden (vgl. Filzmaier/Perlot 2009).

Insgesamt 83 Prozent der befragten UnternehmerInnen, aber auch 85 Prozent der ArbeitnehmerInnen beurteilten den Alpe-Adria-Raum als sehr oder eher wichtig für die Wirtschaft des Landes (siehe Abbildung 16). Bei den Unternehmen verwundert dieses Ergebnis nicht: 64 Prozent von ihnen haben bereits mit Ländern des Alpe-Adria-Raums geschäftlich zu tun. Dieser hohe Wert bleibt den ArbeitnehmerInnen nicht verborgen. Jedoch zeigte sich auch in dieser Frage eine Diskrepanz zwischen den Altersgruppen: Die Wichtigkeit des Alpe-Adria-Raums wurde mit steigendem Alter höher eingeschätzt.

Abbildung 16: Die Sichtweise des Alpe-Adria-Raums in Kärnten

	UnternehmerInnen	ArbeitnehmerInnen
sehr wichtig	55	44
eher wichtig	28	41
weniger wichtig	12	7
gar nicht wichtig	2	2
weiß nicht/keine Angabe	4	6

Fragestellung: "Wie wichtig ist der Alpe-Adria-Raum für die Wirtschaft Kärntens?"

Angaben in Prozent, n ArbeitnehmerInnen = 892 (max. Schwankungsbreite +/-3,3), n UnternehmerInnen = 298 (max. Schwankungsbreite +/-5,8).

Quelle: ISA/OGM Wirtschaftsmonitor Kärnten, Basisstudie 2010.

Man sollte meinen, dass diese hohe Zustimmung zum Alpe-Adria-Raum kaum mehr zu steigern ist. Dennoch glaubt rund die Hälfte der Befragten – 51 Prozent der UnternehmerInnen und 47 Prozent der ArbeitnehmerIn-

nen –, dass diese Region in Zukunft für die Wirtschaft Kärntens noch an Bedeutung gewinnen wird. Weitere 35 Prozent schätzten die künftige Bedeutung als gleich bleibend ein, in diesem Fall bedeutet dies "gleich hoch". An einen Bedeutungsverlust des Alpe-Adria-Raums glaubte nur eine Minderheit, nämlich sieben Prozent der UnternehmerInnen, neun Prozent der ArbeitnehmerInnen.

5. Fazit

Mit dem Wirtschaftsmonitor gibt es erstmals als systematischen Vergleich eine Erforschung der wirtschaftlichen Einstellungen sowohl von UnternehmerInnen als auch von deren Angestellten. Der Wirtschaftsmonitor wird künftig neben stets gleich bleibenden Fragen für Zeitreihen auch wechselnde Schwerpunktthemen enthalten, um aktuelle Ereignisse und Entwicklungen einbeziehen zu können. Der Fokus der Herbststudie 2010 wurde beispielsweise auf Budget und Finanzen gelegt. Zusätzlich sind weiterhin volkswirtschaftliche Analysen vorgesehen, um den subjektiven Wahrnehmungen den realen Ist-Stand gegenüberzustellen. Der Ansatz bleibt gleich: Wirtschaft funktioniert nicht ausschließlich über harte Fakten, sondern diese sind stets mit psychologischen Faktoren der eigenen Wahrnehmung vermengt. Beides ist zu analysieren.

Interessant ist, dass Wirtschaftstreibende und Beschäftige viele Dinge ähnlich einschätzen. Kärntner UnternehmerInnen und Erwerbstätige sind trotz Betroffenheit von der Wirtschaftskrise überwiegend zufrieden mit ihrer Situation, wünschen sich jedoch eine verstärkte Förderung von Innovation und Modernisierung, von Forschung und Entwicklung zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts sowie von Weiterbildungsprogrammen.

Eine recht einhellige Meinung in der Bevölkerung und eine realitätsnahe Einschätzung der Wirtschaft in Kärnten, so lassen sich also die Ergebnisse der Basisstudie des Wirtschaftsmonitors zusammenfassen. Die Erwerbstätigen nehmen die real etwas schlechter gelagerten Chancen am Arbeitsmarkt im Bundesland im Vergleich zu Österreich wahr und haben zudem keine Illusionen über die Wirtschaftssituation. Diese wird ebenso von UnternehmerInnen als schlechter beurteilt als im Rest von Österreich. Zu beachten sind diverse Zwischentöne in den Resultaten: Die Einschätzung der Befragten, dass der Alpen-Adria-Raum ein sehr wichtiger Handelspartner für Kärnten ist, deckt sich zumindest teilweise mit den Wirtschaftsdaten. Für die Rolle, die die Europäische Union in dieser grenzüberschreitenden Kooperation spielt, existiert hingegen kein besonders ausgeprägtes Bewusstsein.

Die Struktur der Wirtschaft ist ebenso bemerkenswert. Anders als das selbst gepflegte Image des Tourismuslandes vermuten lassen könnte, sind die KärntnerInnen nur zu einem vergleichsweise geringen Teil in dieser Branche direkt beschäftigt. Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit und die Erzeugung von Sachgütern sind wesentlich wichtigere Sektoren, die mehr Arbeitsplätze bieten. Der Faktor Bildung wird in seiner Wichtigkeit von der Bevölkerung anerkannt, inwieweit er auch gelebt wird, ist ein anderes Thema. Kärnten steht hier freilich vor einem weiteren Problem: Es geht nicht nur um die Schaffung von möglichst guten Bildungschancen und um die Investition in die Qualifizierung der Menschen, sondern auch darum, die so ausgebildeten Personen im eigenen Bundesland zu halten. Die Chancen dafür hängen wiederum mit der Wirtschaftsentwicklung und der Modernisierung von Kärnten zusammen.

In der Theorie besteht Innovationsbereitschaft: Von Förderungen erwarten sich UnternehmerInnen, wie erwähnt, insbesondere Unterstützung bei Modernisierungen und entsprechenden Investitionen. Hinzu kommt speziell bei Klein- und Mittelbetrieben (KMUs) eine generelle Hilfe für den eigenen Betrieb. Aber auch Innovationen sollen gezielt gefördert werden. Voraussetzung für den Bezug von Unterstützungen bzw. Förderungen sollte für die Mehrheit der Befragten sein, dass es sich um ein innovatives und zukunftsträchtiges Unternehmen handelt. Forschung und Entwicklung (F&E) wird von knapp 90 Prozent der Unternehmer und der Erwerbstätigen als sehr oder eher wichtig für den Wirtschaftsstandort Kärnten gesehen. Die Wichtigkeit im eigenen Unternehmen weicht davon allerdings ab. Gegen Forschung spricht sich niemand aus, sie selbst umzusetzen ist aber ein anderes Kapitel.

Insgesamt verdichtet sich durch den Vergleich das Bild einer großteils pragmatischen Bevölkerung, die in Wirtschaftsfragen einen nüchternen Blick auf ihr Bundesland pflegt – der sich von den zumindest in der jüngeren Vergangenheit verbreiteten Positivbotschaften der Landespolitik klar unterscheidet. Letzterer trauen die KärntnerInnen in Wirtschaftsdingen wenig zu, sie nehmen zudem wenig Bewegung und Dynamik seitens der Regierung in Klagenfurt wahr.

Alles in allem ist man neutral bis skeptisch eingestellt, was die zukünftigen Entwicklungen betrifft. Klar erscheint deshalb, dass die Wirtschaftskrise die KärntnerInnen – egal ob unternehmerisch tätig oder unselbstständig beschäftigt – weiterhin begleiten wird. Auch wenn nur vereinzelt gravierende Folgen wahrgenommen werden, so ist ein plötzlicher Aufschwung unwahrscheinlich, weder in der Realwirtschaft noch im Kärntner Meinungsklima.

Literatur

Aumayr, C./Dumrailer, A./Kurzmann, R.: Außenhandel und Direktinvestitionen Kärntens 2000–2006, Graz 2008.

Europäische Kommission: Eurobarometer 73, Factsheet Austria, Brüssel 2010.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, 1. 9. 2010

Europäische Kommission: Eurobarometer 72, Brüssel 2009,

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, 1. 9. 2010.

Europäische Kommission: Flash Eurobarometer 190. Internal Market: Opinions and experiences of Businesses in the 10 New Member States, Brüssel 2006a.

Europäische Kommission: Flash Eurobarometer 190. Internal Market: Opinions and experiences of Businesses in EU-15, Brüssel 2006b.

Filzmaier, P./Perlot, F.: Ticken KärntnerInnen anders? Politische Einstellungen zum Land, dem Bund und EU-ropa, in: P. Filzmaier/K. Anderwald/K. Hren (Hg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2009, Klagenfurt 2010, S. 8–26.

Fritz, O./Kunnert, A./Mayerhofer, P./Nowotny, K.: Die Wirtschaft in den Bundesländern, WIFO-Monographien, Wien 2010.

Gigerenzer, G.: Das Einmaleins der Skepsis, Berlin 2004.

Hauptverband der Sozialversicherungsträger, BALIweb,

http://www.dnet.at/bali/Default.aspx, 6. September 2010.

Höferl, A./Hauenschild, B.: Armut in Kärnten, Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Wien 2007.

Institut für Strategieanalysen (ISA)/Österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM), Kärntner Wirtschaftsmonitor: Ergebnisse der ersten Erhebungswelle, Wien/Klagenfurt 2010.

Österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM), Telefonische Befragungen im Auftrag von FORMAT und NEWS, Wien 2009/2010.

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Prognose für 2010 und 2011: Wirtschaft des Euro-Raumes profitiert verzögert von Abwertung und starkem Welthandel, Wien 2010a.

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), WIFO-Konjunkturerhebung: Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, Wien 2010b.

Österreichische Nationalbank (OENB), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2009, Wien 2010.

Paulos, J. A., Innumeracy. Mathematical Illiteracy and its Consequences, New York 2001.

Riesenfelder, A./Wetzel, P., Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsvolumen in Kärnten, Arbeitsmarktservice Kärnten, Klagenfurt 2007.

Statistik Austria, Statistik der Umsatzsteuer 2007, Wien 2010.

Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik 2007: Produktion einschließlich Bauwesen, Wien 2009a

Statistik Austria, Leistungs- und Strukturstatistik 2007: Dienstleistungen, Wien 2009b.

Statistik Austria, Statistik der Lohnsteuer, Wien 2009c.

Steindl, S.: "Weiterhin nur langsame Konjunkturbelebung in der EU und in Österreich", in: WIFO-Monatsberichte, Nr. 5/2010, Wien.

Taschner, R.: Der Zahlen gigantische Schatten. Mathematik im Zeichen der Zeit. Wiesbaden 2005.

Die Bundespräsidentenwahl 2010 in Kärnten

Es war die letzte Wahl zu Lebzeiten Hans Dichands. Der Zeitungsmacher im Vorhof der Macht versuchte bei der Bundespräsidentenwahl 2010 auf die Auswahl des politischen Spitzenpersonals Einfluss zu nehmen, doch seine favorisierte Kandidatin Barbara Rosenkranz fiel bei den österreichischen Wählerinnen und Wählern durch. Wohl auch wegen ihres Geschichtsverständnisses und dem Rückzug HC Straches als Unterstützer während des laufenden Wahlkampfes.

So geriet die Wahlauseinandersetzung um das Amt des Bundespräsidenten zu einem weitgehend inhaltsleeren und spannungsfreien Start-Ziel-Sieg des Amtsinhabers Heinz Fischer. Begleitet von einer Diskussion über die Sinnhaftigkeit der Möglichkeit zur Wiederwahl und überschattet von einer Debatte über die Zulässigkeit des Weißwählens. Ausgelöst von der ÖVP, die sich nicht entscheiden konnte zwischen der Aufstellung eines eigenen Kandidaten oder der Unterstützung eines anderen.

Dieser Beitrag soll die Wahl des Bundespräsidenten am 26. April 2010 aus Kärntner Sicht beleuchten.

Der Weg zur Kandidatur

Am 1. März 2010 begann der Wahlkampf rund um die Hofburg mit einer Pressekonferenz von Amtsinhaber Heinz Fischer. Ebenfalls Anfang März wurde klar, dass der Kärntner Josef Bucher (BZÖ) nicht antreten werde und die FPÖ mit ihrer Kandidatin Barbara Rosenkranz die einzige Herausforderin einer im Parlament vertretenen Partei sein wird. Rudolf Gehring gesellte sich dann noch Ende März als dritter Konkurrent hinzu und machte aus dem Duo ein Duett mit zusätzlicher leiser christlicher Oberstimme, obwohl der Kandidat der politisch unbedeutenden Christenpartei als durchaus professioneller Wahlkämpfer überraschte.

Bis 26. März blieb Zeit, die 6.000 erforderlichen Unterschriften für eine Kandidatur zu sammeln. Die ÖVP winkte bereits frühzeitig ab, der Kärntner Ulrich Habsburg-Lothringen versuchte es hingegen. Weniger um in die Hofburg einzuziehen, als vielmehr um auf ein Gesetz aufmerksam zu machen, das Mitgliedern des ehemaligen Herrscherhauses und deren

Angehörigen die Kandidatur verbietet. Weiters erfolglos Unterschriften sammelten das BZÖ-Mitglied Thomas Dolina, allerdings ohne die Unterstützung seiner Partei, der Ex-Richter Martin Wabl sowie der Unternehmer Wolfgang Pöltl.

ÖVP und Grüne hatten bereits im Vorfeld der Wahl auf die Aufstellung eines Kandidaten/einer Kandidatin aufgrund von Aussichtslosigkeit auf Erfolg verzichtet. Noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik wurde ein amtierender Bundespräsident nicht für eine weitere Amtszeit wiedergewählt – sofern er dafür antrat. Fraglich war daher bei der Bundespräsidentenwahl 2010 nicht der Sieg Heinz Fischers, sondern vielmehr, ob es ihm gelingen würde, die Jubelmarke seines Parteigängers Rudolf Kirchschläger aus dem Jahr 1980 zu knacken. Statt 79,9 Prozent wurden es dann zwar nur 79,3 Prozent, dennoch kein Grund zur Enttäuschung für Heinz Fischer.

Grund für die Enthaltsamkeit der anderen Parteien bei der Kandidatur war wohl auch die fehlende Aussicht auf Rückerstattung der Wahlkampfkosten – oder zumindest eines Teils davon. "Nur Geldverschwendung"¹ begründete daher Josef Bucher seine Entscheidung, nun doch keine unabhängige bürgerliche Plattform zu bilden und vor allem ÖVP-Wählern eine Alternative anzubieten. Nur bei Bundespräsidentenwahlen müssen die Parteien die Kosten für Meinungsforschung, Strategieberatung, Plakate, Inserate und Broschüren bzw. Direct-Mailings sowie Internetauftritt und persönliche Auftritte selbst bezahlen. Somit ist dieser Wahlgang nicht nur für die Bevölkerung eine "second order election", sondern auch für die Parteien eine "teure Zwischenwahl".²

Der Amtsinhaber

Ungewöhnlich für einen Amtsinhaber in der Hofburg war die Ankündigung der Wiederkandidatur Heinz Fischers. Via Facebook versuchte er dem Zeitgeist gerecht zu werden und online mit heifi. 2010 junge und junggebliebene Wähler anzusprechen.

Der offizielle Wahlkampfauftakt für Heinz Fischer erfolgte dann am 23. März 2010 traditioneller im Wiener Museum für angewandte Kunst und auch im Internet auf www.heinzfischer.at sowie mit einer Party für Jungwähler und der Popgruppe Heinz. Mit einem rot-weiß-roten Autobus startete der Titelverteidiger anschließend seine Tour durch die Bundesländer, wo im Vorfeld die höchsten Beliebtheitswerte für ihn in Vorarlberg und Niederösterreich abgefragt wurden. Die Kärntner und Burgenländer hingegen galt es besonders zu überzeugen.

Dies versuchte der wahlkämpfende Bundespräsident mit dem Plakat-Slogan "Unser Handeln braucht Werte" und bekam dazu postwendend die Antwort seiner Kontrahentin "Ohne Mut keine Werte". Diese Grundlinie sollte den Rest der werbenden Auseinandersetzung bestimmen. Während Heinz Fischer im Endspurt die Wahlberechtigten dazu aufforderte: "Setzen Sie heute ein klares Zeichen. Gehen Sie wählen. Für Demokratie und gemeinsame Werte." gerierte sich Barbara Rosenkranz als "starke Frau für Österreich" und versuchte es mit "negative campaigning" in Form von Inseraten, die Heinz Fischer als feig und farblos bezeichneten.

Der Kärnten-Tag der Bundesländertour im rot-weiß-roten Bus am 15. März begann am Morgen mit einem Besuch des für alle Wahlkämpfer beliebten Benediktiner-Marktes in Klagenfurt und führte weiter zur Landeskonferenz des Pensionistenverbandes in Velden, zu einem Besuch einer Lehrwerkstätte in Krumpendorf, und mit Zwischenstopp am Alten Platz in Klagenfurt ging es abends in die Schleppe-Eventarena zu einer Veranstaltung des unabhängigen Personenkomitees. Ein Tag, der dem Bundespräsidenten sichtlich Spaß machte, obwohl in einer Telefonfragestunde von den Kärntner Anrufern hauptsächlich kritische Fragen gestellt wurden.

Thema von Journalistenfragen waren unter anderem die zweisprachigen Ortstafeln, und Fischer betonte zum wiederholten Mal seinen Wunsch nach einer Lösung im 90. Jubiläumsjahr der Kärntner Volksabstimmung von 1920. Bereits in seiner ersten Amtsperiode hatte der Bundespräsident – entgegen der ihm immer wieder vorgeworfenen politischen Vorsicht bzw. Zögerlichkeit – deutlich in dieser Frage Stellung bezogen, zuletzt beispielsweise bei einem Treffen in Kärnten mit seinem slowenischen Amtskollegen Danilo Türk im Juni 2009.

Die Herausforderin

Barbara Rosenkranz stieg mit öffentlich publizierten Erwartungen von über 20 Prozent ins Hofburg-Rennen, ihr Parteichef Heinz-Christian Strache, der ebenfalls von den Plakaten lächelte, schraubte die Messlatte gleich zu Beginn noch höher auf unerreichbare 35 Prozent. Somit musste die FP-Kandidatin von Beginn des Wahlkampfes an ihr stetiges Absinken in den Umfragen rechtfertigen.

Bereits seit 1993 für die FPÖ in politischen Ämtern tätig, zuletzt als Landesrätin für Tierschutz und Baurecht in Niederösterreich, bezeichnete sich Rosenkranz gerne als Hausfrau und Mutter von zehn Kindern und versprach im Wahlkampf, sich als Präsidentin für Familien und Senioren ein-

zusetzen. Ein Stolperstein in ihrer politischen Karriere waren aber bereits früher die politischen Aktivitäten ihres Ehemannes Horst Jakob Rosenkranz, der für die heute verbotene NDP aktiv war, von denen sie sich nie deutlich distanzierte.

Barbara Rosenkranz charakterisierte sich selbst in ihren Auftritten als "wertkonservativ und heimatbewusst".³ Politisch aufgefallen war sie bisher mit ihrer EU-Kritik und im Wahlkampf schließlich mit ihrer Forderung nach Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes, die sie mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit begründete. Ihr medialer Mentor – der eingangs erwähnte Zeitungsherausgeber Hans Dichand – drängte sie schließlich dazu, diese Aussage öffentlich zu widerrufen. In einer eidesstattlichen Erklärung distanzierte sich Barbara Rosenkranz sichtlich emotionslos vom Nationalsozialismus und hatte damit zwar trotz Oscar-Nacht viel mediale Aufmerksamkeit, aber inhaltlich ein Thema gesetzt, das ihre Auftritte bis zum Schluss des Wahlkampfs prägte. Der beabsichtigte Übergriff der Freiheitlichen ins konservative Wählerlager war ab diesem Zeitpunkt endgültig misslungen. Spontan schloss Parteichef Josef Pröll von ÖVP-Seite eine Wahlempfehlung aus, weitere Volksparteigranden schlossen sich an.⁴

Prominente Unterstützung aus Kärntner Sicht erfolgte im Personenkomitee für Barbara Rosenkranz durch zwei bekannte Ex-Politiker: Herbert Haupt, früher Vizekanzler in der schwarz-blauen Koalition, und Krimhild Trattnig, ehemals Zweite Präsidentin des Kärntner Landtags. Ungewöhnlich stark war eine ungewollte Form der Unterstützung für die FP-Kandidatin – und zwar die ihrer Gegner. "Frauen gegen Rosenkranz", "Lichtertanz gegen Rosenkranz" waren nur einige Beispiele von (Internet-)Plattformen, die gegen eine Wahl von Barbara Rosenkranz aufriefen, der FP-Kandidatin damit aber ebenfalls mediale Aufmerksamkeit sicherten.

Der Kärnten-Tag der Herausforderin zeigte schließlich das parteiinterne Tauziehen. Am 8. April wurden nur Termine mit der FPK gemeinsam absolviert – begonnen mit einer Pressekonferenz an der Seite von Uwe Scheuch bis zur Parteileitungssitzung am Abend, begleitet vom FPK-Chef in Wolfsberg, Villach und Klagenfurt. Kärntens FPÖ-Chef Harald Jannach war hingegen nicht geladener Zaungast und die Spaltung des Dritten Lagers in Kärnten damit offensichtlich. Darüber konnten auch gestellte Fotos zu Dritt nicht hinwegtäuschen. Selbst Bürgermeister Christian Scheider reagierte beim Besuch im Klagenfurter Rathaus zurückhaltend; so wie der Rest der Bevölkerung.

Offen blieb im Wahlkampf auch das Verhältnis zwischen Parteichef Heinz-Christian Strache und der Präsidentschaftskandidatin. Barbara Rosenkranz bemühte sich zwar in zahlreichen Interviews die schwindende Unterstützung durch ihren Parteichef zu überspielen. Überzeugen konnte sie dennoch nicht, und die nur sporadischen Auftritte von HC Strache im Wahlkampf zeigten das Gegenteil.

Weißwählen als Alternative

Heinz Fischer nutzte den ersten Auftritt in Kärnten – offiziell noch außerhalb des Wahlkampfes – bei einer Sub auspiciis praesidentis-Promotion an der Universität Klagenfurt, um sich deutlich von den Aussagen Rosenkranz's über das NS-Verbotsgesetz zu distanzieren.⁵ VP-Chef Josef Pröll nahm die Formulierung Rosenkranz's ebenfalls zum Anlass, sich gegen eine Wahl der FP-Kandidatin auszusprechen. Sein Klubobmann Karl-Heinz Kopf schloss sich dem an, hielt aber auch Heinz Fischer für nicht wählbar und brach so eine Debatte über die Zulässigkeit des Weiß-Wählens vom Zaun.⁶

Josef Pühringer, Ernst Strasser und Martin Bartenstein bekannten sich im Laufe des Wahlkampfes dazu: Sie würden wohl weiß wählen. Neben der indirekten Empfehlung der VP-Granden rief die Initiative "Mehr Wahlrecht" öffentlich zu dieser Form des Protestes auf. Es folgte eine Diskussion in den Medien, zwischen Meinungsführern und auf den Leserbriefseiten über Sinn und Unsinn des Weißwählens bzw. den Unterschied zur prinzipiellen Wahlenthaltung. In der ÖVP selbst formte sich eine Opposition zu der dann doch nicht offiziellen Weiß-Wahlempfehlung: Der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter, der frühere EU-Kommissar Franz Fischler sowie der ehemalige Klubchef Heinrich Neisser lehnten diese Position aus demokratiepolitischen Gründen ab. Der Kärntner Parteichef Josef Martinz hielt sich hingegen bedeckt: Am Tag vor der Wahl versicherte er zwar, seine Stimme abzugeben, auf die Frage für wen, berief er sich aber auf das Wahlgeheimnis.

Die Furcht vor einer weitgehenden Wahlenthaltung und damit auch vor einer Entwertung des Amtes saß aber bei allen Parteien tief. Die Debatte darüber führte zu Vorschlägen wie einer einmaligen Amtszeit des Bundespräsidenten, der sich auch FPK-Obmann Uwe Scheuch anschloss (mit der Verkürzung der Amtszeit auf fünf Jahre), bis zu einer Verlängerung der Periode auf acht Jahre ohne Möglichkeit der Wiederwahl bzw. auch zu einer Diskussion über die Rechte und Möglichkeiten des Bundespräsidenten prinzipiell. Zufrieden mit dem Status quo zeigte sich aus Kärntner Sicht lediglich SP-Chef Peter Kaiser. Monate nach der Wahl ist es heute allerdings rund um alle Novellierungsvorschläge in den Parteien ruhig geworden.

Abb. 1: Wahlbeteiligung nach Bundesländern im Vergleich zu 2004

	Wahl- berech- tigte 2010	Wahlbeteili- gung in Prozent		Rück- gang in Prozent	Abweichung Gesamter- gebnis 2010 in Prozent	Abweichung Gesamter- gebnis 2004 in Prozent
		2010	2004			
Burgenland	231.257	67,31	88,28	-20,97	13,74	16,68
Kärnten	447.679	50,03	67,17	-17,14	-3,54	-4,43
Niederösterreich	1.267.379	64,64	83,10	-18,46	11,07	11,50
Oberösterreich	1.092.760	56,60	72,78	-16,18	3,03	1,18
Salzburg	391.142	52,91	66,97	-14,06	-0,66	-4,63
Steiermark	973.009	48,33	68,76	-20,43	-5,24	-2,84
Tirol	530.265	39,90	70,62	-30,72	-13,67	-0,98
Vorarlberg	265.026	37,73	55,30	-17,57	-15,84	-16,30
Wien	1.157.283	51,71	64,74	-13,03	-1,86	-6,86
Gesamt	6.355.800	53,57	71,60	-18,03		

Tatsächlich gingen am 26. April doch etwas mehr als die Hälfte der Österreicher zur Wahl. Es war dies zwar die erste Hofburg-Wahl ohne Wahlpflicht in allen Bundesländern, dennoch sind die Ursachen für die niedrige Beteiligung woanders zu suchen. Ausschlaggebend waren eher der bereits feststehende Ausgang, die mangelnde Alternative bei den Kandidaten und der inhaltsleere Wahlkampf. Jene Bundesländer mit der relativ höchsten Wahlbeteiligung waren das Burgenland (plus 13,7 Prozentpunkte) und Niederösterreich (plus 11,1 Prozentpunkte), die bereits 2004 eine hohe Wahlbeteiligung aufwiesen. Somit ist die Tradition ein größerer Erklärungsfaktor als die Dominanz einer bestimmten Partei im Land.

Unterdurchschnittlich hingegen war die Beteiligung in den westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg, wobei Tirol mit 30,7 Prozentpunkten den größten Rückgang österreichweit verzeichnete und Vorarlberg im Vergleich die größte durchschnittliche Abweichung mit minus 15,8 Prozentpunkten. Kärnten weist mit 50 Prozent Wahlbeteiligung und mit einem Rückgang von minus 17,1 Prozentpunkten einen eher durchschnittlichen Wert auf, wobei die Gemeinden Zell mit 66,5, St. Stefan im Gailtal mit 61,8 und das Gitschtal mit 60,8 Prozent die höchste Wahlbeteiligung aufwiesen.

Abb. 2 : Wahlbeteiligung in den Kärntner Gemeinden



Der Wahlkampf stand aber auch in den Medien nicht an erster Stelle. Die Kandidaten mussten vielmehr neben den Missbrauchsskandalen der katholischen Kirche sowie der Griechenlandhilfe in den Zeitungen Platz finden. International beherrschten die Behinderungen im Flugverkehr durch die Aschewolke eines unaussprechlichen isländischen Vulkans und der Absturz der polnischen Präsidentenmaschine die Berichterstattung. In Kärnten hingegen füllten die Skandale rund um die Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank die Seiten. So ging bereits die Ankündigung der Kandidaten und Leider-Doch-Nicht-Kandidaten Anfang März neben der Millionenabfertigung von Hypo-Chef Franz Pinkl und dem drohenden Konkurs des Fußballklubs SK Austria Kärnten in der öffentlichen Empörung unter. Es folgten landespolitische Debatten rund um eine kopflose Landes-SPÖ auf Obmann-Suche, eine zerstrittene Koalition auf Landesebene im Budgetkonvent angesichts der Finanzlage Kärntens sowie Landespolitiker unter Korruptionsverdacht und – nicht zuletzt – der Hypo-Untersuchungsausschuss.

Die umstrittene Empfehlung mancher ÖVP-Funktionäre war allerdings nicht die Wahlenthaltung, sondern das Weiß-Wählen. Dennoch wurde mit einer Quote von 3,8 Prozent an ungültigen Stimmen kein historischer Rekordwert erreicht, sondern vielmehr ein langjähriges Mittel. So gab es bei der Wiederwahl Rudolf Kirchschlägers im Jahr 1980 schon

Abb. 3: Ungültige Stimmen 2010

	Ungültige Stimmen	Ungültige Stimmen in Prozent der Wahlbe- rechtigten	Abwei- chung Gesamter- gebnis in Prozent	Ungültige Stimmen in Prozent zu abge- gebenen Stimmen	Abwei- chung Gesamter- gebnis in Prozent
Burgenland	16.498	7,1	3,3	10,6	3,5
Kärnten	16.980	3,8	0	7,3	0,2
Niederösterreich	76.548	6,0	2,2	9,3	2,2
Oberösterreich	43.745	4,0	0,2	7,1	0
Salzburg	13.993	3,6	-0,2	6,7	-0,4
Steiermark	29.08	3,0	-0,8	6,2	-0,9
Tirol	8.234	1,6	-2,2	3,9	-3,2
Vorarlberg	3.902	1,5	-2,3	3,9	-3,2
Wien	33.694	2,9	-0,9	5,6	-1,5
Gesamt	242.682	3,8		7,1	0

7,2 Prozent an ungültigen Stimmen. Dieser Wert wurde nur in jenen Ländern mit hoher Wahlbeteiligung (Burgenland 7,1 Prozent und Niederösterreich sechs Prozent) erreicht. In Tirol und Vorarlberg hingegen schienen sich die Wähler die Mühe nicht anzutun und blieben lieber gleich zu Hause. Das Ergebnis in Kärnten war auch in diesem Punkt durchschnittlich.

Am meisten Spannung bei dieser Wahl versprach das Verhalten der ÖVP-Wählerinnen und -Wähler. Würden sie in Ermangelung eines Parteikandidaten bzw. einer Parteiempfehlung zu Hause bleiben oder sich doch aus Staatsräson für Heinz Fischer entscheiden? Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Es fiel in etwa halbe-halbe aus. 46 Prozent verweigerten die Stimmabgabe, 44 Prozent wählten Heinz Fischer, sechs Prozent immerhin noch Rudolf Gehring, aber lediglich vier Prozent Barbara Rosenkranz.

Das Ergebnis

Heinz Fischer gelang es, sein Wahlziel auch in Kärnten zu erreichen. Unterlag er 2004 im südlichsten Bundesland noch seiner VP-Konkurrentin Benita Ferrero-Waldner, so schaffte er 2010 die absolute Mehrheit in

Abb. 4: Wahlergebnis nach Bundesländern

Ergebnisse in Prozent	Fischer	Abwei- chung Gesamt- ergebnis	Rosen- kranz	Abwei- chung Gesamt- ergebnis	Gehring	Abwei- chung Gesamt- ergebnis
Burgenland	79,3	0	15,3	0,1	5,4	0
Kärnten	73,8	-5,5	20,4	5,2	5,8	0,4
Niederösterreich	78,2	-1,1	16,6	1,4	5,2	-0,2
Oberösterreich	79,3	0	16,6	1,4	5,2	-0,2
Salzburg	78,3	-1,0	15,4	0,2	6,3	0,9
Steiermark	78,5	-0,8	15,6	0,4	5,9	0,5
Tirol	81,2	1,9	12,7	-2,5	6,2	0,8
Vorarlberg	81,3	2,0	8,0	-7,2	10,7	5,3
Wien	82,9	3,6	13,7	-1,5	3,4	-2,0
Gesamt	79,3		15,2		5,4	

allen Bundesländern. Mit 73,8 Prozent war das Ergebnis in Kärnten zwar das schlechteste, aber nicht mehr so konträr wie 2004. Wäre damals das Kärntner Ergebnis repräsentativ für das gesamte Bundesgebiet gewesen, so hätte die damalige ÖVP-Kandidatin Benita Ferrero-Waldner den Sieg errungen. Heinz Fischer hatte in Kärnten bei seinem ersten Antreten lediglich 47,12 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können und somit die erforderliche absolute Mehrheit von Stimmen im südlichsten Bundesland klar verfehlt.

War Kärnten 2004 in Bezug auf den SP-Kandidaten also noch ein gespaltenes Land, so gewann Heinz Fischer bei seiner Wiederkandidatur in allen Gemeinden die absolute Mehrheit. Die Zuwächse in einzelnen Gemeinden waren dabei beachtlich – wie im Lesachtal von 29 (2004) auf 71 (2010) Prozent, in Maria Rain von 36 auf 77 Prozent oder in Oberdrauburg von 36 auf 80 Prozent.

Die Kärntner Hochburgen lagen dabei für Heinz Fischer sowohl 2004 als auch 2010 vornehmlich in Südkärnten. So konnte er in einer Gemeinde (Zell: 73,8) 2004 über 70 Prozent erreichen, in sechs Gemeinden (Eisenkappel-Vellach: 65,8; St. Jakob im Rosental: 63,5; Sittersdorf: 61,9; Hüttenberg: 61,3 und Globasnitz: 60,6) immerhin noch über 60 Prozent. Auch im Jahr 2010 blieb Zell mit 89,9 Prozent die stimmenstärkste Gemeinde für Heinz Fischer. Darauf folgten auf den Plätzen und diesmal mit über 80 Prozent:

Abb. 5: Ergebnisse für Heinz Fischer 2004 und 2010

Ergebnisse in Prozent	2004	2010	Differenz	
Regionalwahlkreis				
Klagenfurt	45,42	76,70	31,28	
Villach	51,07	73,93	22,86	
Kärnten West	42,91	71,22	28,31	
Kärnten Ost	49,29	73,23	23,94	
Politischer Bezirk				
Klagenfurt Stadt	44,84	77,06	32,22	
Villach Stadt	50,70	74,09	23,39	
Hermagor	43,37	72,23	28,86	
Klagenfurt Land	46,27	76,18	29,91	
St. Veit/Glan	46,81	71,43	24,62	
Spittal/Drau	42,64	71,99	29,35	
Villach Land	51,39	73,80	22,41	
Völkermarkt	51,82	77,05	25,23	
Wolfsberg	49,87	72,05	22,18	
Feldkirchen	43,34	68,20	24,86	

 $\label{lem:prop:matrix} Quelle: Bundesministerium für Inneres, siehe unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/$

Eisenkappel-Vellach (87,4), Globasnitz (81,7), Bad Bleiberg (81,5), Feistritz im Rosental (80,8) und Sittersdorf (80,1).

Am schlechtesten schnitt der Amtsinhaber 2010 in den Gemeinden Albeck (54,3), Himmelberg (58,5), Ossiach (60,3), Gurk (60,6), Arriach und Deutsch-Griffen (jeweils 60,7) ab. 2004 waren die Flop-Gemeinden für Heinz Fischer Weißensee (27,6), Lesachtal (29,1), Pörtschach/Wörthersee (31,1), Krumpendorf/Wörthersee (32,3) und Millstatt (32,7).

Seine Mitbewerberin Barbara Rosenkranz konnte im Gegenzug in Kärnten ihr bestes Länder-Ergebnis einfahren. Mit 20,4 Prozent lag sie 5,2 Prozentpunkte über dem Österreichergebnis. Überdurchschnittlich schnitt Rosenkranz sonst nur noch in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Burgenland ab. Weit abgeschlagen landete sie hingegen in Vorarlberg mit nur acht Prozent hinter Rudolf Gehring auf dem dritten Platz.

Die besten Gemeinden lagen für die FPÖ in Oberkärnten und waren mit über 30 Prozent Albeck (37,3 Prozent), Deutsch-Griffen (35,8), Feld am

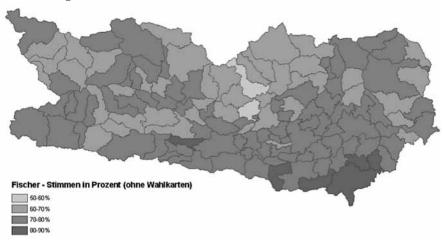


Abb. 6: Ergebnis Fischer nach Kärntner Gemeinden

See (35,4), Arriach (34,4), Fresach (34,3), Himmelberg (33,9), Gurk (32,6), Mölbling (32,4), Greifenburg (32,1), Straßburg (31,6) und Stockenboi (30,8). Unter zehn Prozent blieb die Herausforderin in Eisenkappel-Vellach (9,3 Prozent) und Zell (2). Unter 15 Prozent im Lesachtal (12,7), in Globasnitz (13,6), in Berg im Drautal und in Oberdrauburg (jeweils 14,4), in Feistritz im Rosental (14,5), in St. Margareten im Rosental (14,8) und in Feistritz ob Bleiburg (14,9). Von Rudolf Gehring geschlagen wurde Rosenkranz in den Gemeinden Lesachtal (16,3 zu 12,7 Prozent) und Zell (8,2 zu 2).

Der Vergleich zwischen den Ergebnissen der beiden FP-Kandidatinnen Barbara Rosenkranz und Heide Schmidt im Jahr 1992 zeigt, dass die Hochburg Kärnten im Wahlgang 2010 deutlich eingebrochen ist. Obwohl das bundesweite Ergebnis zwischen den beiden Kandidatinnen nicht so stark variiert (minus 1,2 Prozentpunkte für Rosenkranz), beträgt der Unterschied in ganz Kärnten bereits 8,8 Prozentpunkte. In der damals ÖVPregierten Stadt Klagenfurt konnte Heide Schmidt, trotz Antretens des VP-Kandidaten und späteren Siegers Thomas Klestil, dafür aber mit kräftiger Unterstützung von Jörg Haider, im Wahlkampf beinahe ein Drittel der Stimmen erreichen.

An dieser Unterstützung mangelte es Barbara Rosenkranz im Wahlkampf 2010 freilich. Das Kärntner Dritte Lager hatte zu Jahreswechsel auf einem Parteitag eine Zerreißprobe hinter sich. Parteichef Uwe Scheuch konnte am 16. Jänner 2010 im Klagenfurter Konzerthaus über 90 Prozent der BZÖ-Parteidelegierten für eine Abspaltung der FPK vom BZÖ sowie für eine

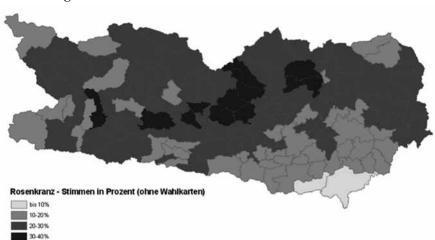


Abb. 7: Ergebnis Rosenkranz nach Kärntner Gemeinden

Quelle: Bundesministerium für Inneres, siehe unter: $\label{eq:bundesministerium} http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/$

Abb. 8: Ergebnisse der FP-Kandidatinnen Rosenkranz 2010 und Schmidt 1992

Ergebnisse in Prozent	Rosenkranz 2010	Schmidt 1992	Differenz
Österreich	15,2	16,4	-1,2
Kärnten	20,4	29,2	-8,8
Politischer Bezirk			
Klagenfurt Stadt	17,48	32,0	-14,52
Villach Stadt	20,43	29,7	-9,27
Hermagor	19,25	26,3	-7,05
Klagenfurt Land	18,50	29,1	-10,6
St. Veit/Glan	22,67	30,9	-8,23
Spittal/Drau	21,77	29,4	-7,63
Villach Land	21,06	28,9	-7,84
Völkermarkt	17,63	22,7	-5,07
Wolfsberg	21,57	27,5	-5,93
Feldkirchen	25,13	32,3	-7,17

 $\label{lem:prop:matrix} Quelle: Bundesministerium für Inneres, siehe unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/$

Kooperation mit der Bundes-FPÖ unter Heinz-Christian Strache gewinnen. Die erste real spürbare Konsequenz dieser Zusammenarbeit war die Unterstützung der FP-Kandidatin in Kärnten. Obwohl der Kooperationsvertrag noch nicht ausverhandelt war und die Details des Arbeitsübereinkommens nicht bekannt waren, hätte ein "Sitzenlassen" von Barbara Rosenkranz bei ihren Kärntner Auftritten eine deutlich schiefe Optik ergeben und die Ernsthaftigkeit der geplanten Zusammenarbeit sofort wieder infrage gestellt. Pikantes Detail am Rande: Barbara Rosenkranz hatte gemeinsam mit dem damaligen Kärntner FP-Obmann Harald Jannach im FP-Bundesparteivorstand gegen die Kooperation mit den Kärntnern gestimmt.

Die Wählerströme

Barbara Rosenkranz erreichte österreichweit mit 15,2 Prozent und 481.923 Stimmen nur etwa die Hälfte des Ergebnisses der FPÖ bei der Nationalratswahl 2008 (857.029 Stimmen). 42.130 Kärntnerinnen und Kärntner wählten Barbara Rosenkranz. Das waren zwar 16.039 Wähler mehr als jene 26.091 Stimmen für die FPÖ bei der Nationalratswahl 2008, allerdings müssen hier im Vergleich wohl auch die 132.711 BZÖ-Stimmen berücksichtigt werden.

Wie die Wählerstromanalyse zeigt, gelang es der Kandidatin nicht, ÖVP-Wähler für sich zu gewinnen. Aber auch von den FPÖ-Wählern der Nationalratswahl 2008 haben nur 25 Prozent Rosenkranz gewählt, während 63 Prozent bei dieser Wahl nicht oder ungültig gestimmt haben. Ähnlich haben sich die BZÖ-Wähler von 2008 verhalten (21 Prozent für Rosenkranz, 60 Prozent Nichtwähler).⁷ Nach soziostrukturellen Merkmalen wurde die FP-Kandidatin überdurchschnittlich von Männern und Unter-30-Jährigen gewählt, aber auch von rund ein Viertel der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Hauptgrund für die Stimmabgabe für Barbara Rosenkranz war der Ausdruck eines Protestes gegen die Regierung. Die Kontrolle von Parlament und Regierung und das Fehlen anderer wählbarer Personen waren weitere wichtige Motive.

Heinz Fischer konnte hingegen neben den SPÖ-Wählern vor allem die Grün-Wählerinnen und -Wähler für sich gewinnen,⁸ die mit 83 Prozent der offiziellen Wahlempfehlung ihrer Partei folgten (in Summe 423.000 Stimmen). Darüber hinaus konnte Heinz Fischer etwa 554.000 Stimmen von der ÖVP gewinnen. Der Wahlsieg Heinz Fischers beruhte aber auch auf einer starken Mobilisierung der SPÖ-Wähler der Nationalratswahl 2008. 1,18 Millionen SPÖ-Wähler (83 Prozent der SPÖ-Wähler von 2008) gaben Fischer ihre Stimme. Im Gegenzug zum Ergebnis von Barbara Rosen-

kranz übertraf das Ergebnis Heinz Fischers in Kärnten jenes der SPÖ bei den Nationalratswahlen: 152.798 Wähler bei der Bundespräsidentenwahl bedeuteten in absoluten Zahlen 56.096 Stimmen mehr als bei der Nationalratswahl 2008, trotz niedrigerer Wahlbeteiligung.

Reaktionen aus Kärnten

Am Tag nach der Wahl wurde das Ergebnis auch in den Kärntner Parteien analysiert. Erfreut zeigte sich die SPÖ und heftete sich – obwohl Fischer als unabhängiger Kandidat angetreten war – den Wahlsieg an die Fahnen. Parteichef Peter Kaiser ortete eine Trendumkehr zugunsten der SPÖ.

Die Freiheitlichen hingegen sahen in ihren offiziellen Stellungnahmen keinen Zusammenhang mit der Wahl und der Landespolitik und versuchten so den Erklärungsbedarf für die Halbierung der Stimmen zu umgehen. Das gesetzte Ziel von 20 bis 30 Prozent wurde in Kärnten erreicht, wenn auch nur knapp. Für Uwe Scheuch gelang es, alle Stammwähler zu mobilisieren, aber nicht die Wechsel- und Nichtwähler. Diese Wahl habe gezeigt, dass die verschränkte Zusammenarbeit FPK/FPÖ gut funktioniere, meinte der Parteichef. Konkrete Aussagen zur Art der zukünftigen Zusammenarbeit folgten dem aber nicht. Die Wahlbeteiligung hingegen wäre eine Bankrotterklärung für Heinz Fischer.

Auch VP-Parteichef Josef Martinz sah im Ergebnis aufgrund der historisch niedrigsten Wahlbeteiligung in Wirklichkeit ein Desaster und rief nach Reform des Amtsverständnisses sowie des Wahlmodus. Das Ergebnis interpretierte er als deutliche Absage an rechts und traf damit eine klare Aussage gegen seinen Koalitionspartner.

Für den Grünen Rolf Holub war die Entscheidung der Grünen, eine Wahlempfehlung für Heinz Fischer abzugeben, richtig, und BZÖ-Chef Josef Bucher erklärte erneut das Amt als reparaturbedürftig. Einzig der Kärntner FPÖ-Chef Harald Jannach widersprach Uwe Scheuch am Tag danach klar: Die Wahl war kein Erfolg für die FPÖ und für Barbara Rosenkranz, denn die Debatte um das Verbotsgesetz habe massiv geschadet.

Resümee

Kärnten lag im Trend – mit einem klaren Sieg für Heinz Fischer und der geringen Wahlbeteiligung. Das Ergebnis für Barbara Rosenkranz war zwar in Kärnten österreichweit das Beste, dennoch musste sie sich in Kärnten unter ihrem Wert geschlagen fühlen. An das Ergebnis von Heide Schmidt als FP-Kandidatin im Jahr 1992 konnte sie bei weitem nicht anschließen, obwohl Kärnten auch bei dieser Wahl das Bundesland mit den blauen

Hochburgen blieb. Beobachter und Analysten prägten den Begriff "Rosenkranz-Effekt" für die FPÖ.⁹ Die mangelnde Abgrenzung vieler Blauer zum Rechtsextremismus schade der Partei massiv, erkennbar zum Beispiel durch ihr Stagnieren bei den Gemeinderatswahlen in der Steiermark Mitte März 2010. Zu radikale Positionen machten die FPÖ für reine Protestwähler unwählbar, vor allem für jene, die sich selbst einem eher bürgerlichen Lager zurechneten. Das Kalkül der FP-Strategen, sich in diesem Wahlkampf Rückenwind für die Wien-Wahl zu holen, war gescheitert.

Die Wahlkampfunterstützung war allerdings sicherlich verhaltener als bei vergangenen Wahlgängen. Die erst zum Jahreswechsel beschlossene Kooperation von Teilen des BZÖ in Kärnten mit der FPÖ unter Heinz-Christian Strache auf Bundesebene hat die Motivation des Straßenwahlkampfs der Funktionäre abseits der Parteispitze nur auf Sparflamme köcheln lassen.

Heinz Fischer wurde von knapp 153.000 Kärntnerinnen und Kärntnern wiedergewählt – trotz oder gerade wegen seines Engagements in der Ortstafelfrage. "Die Zeit ist reif – Čas je zrel", wiederholte Heinz Fischer am 10. Oktober 2010 in seiner Festrede anlässlich des 90-Jahre-Jubiläums der Volksabstimmung am Neuen Platz in Klagenfurt eine zentrale Forderung seiner Antrittsrede als Bundespräsident.

Die gesteigerte Zustimmung für Heinz Fischer allein auf seine Haltung in der Ortstafelfrage zurückzuführen, greift allerdings zu kurz. Dennoch könnte sie ein Faktor sein. Hoffnung auf eine baldige Lösung machen jedenfalls die offenen Worte rund um das 90-Jahre Jubiläum der Volksabstimmung. Obwohl die Einigung zur Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln noch nicht in Sicht ist, scheinen die Proponenten der einzelnen Verhandlungspartner aufeinander zuzugehen.

Die Unterstützung von Hans Dichand († 17. Juni 2010) half Barbara Rosenkranz übrigens nur mäßig. Unterschiedliches Stimmverhalten zeigten die deklarierten Krone-Leser nicht wirklich: 78 Prozent wählten Heinz Fischer, 18 Prozent Barbara Rosenkranz und vier Prozent Rudolf Gehring. Bei jenen Wählern, die andere Zeitungen bevorzugen, sah das Verhältnis 79:14:6 aus.¹⁰

Sein letzter Versuch war so vergeblich wie der Wunsch nach einer Pröll-Doppelspitze in dieser Republik.

Anmerkungen

- 1 Siehe Kleine Zeitung vom 2. 3. 2010, S. 6.
- 2 Siehe Sickinger, Hubert (2009). Politikfinanzierung in Österreich, Wien, S. 411.
- 3 Siehe Interview mit der Kleinen Zeitung am 3. 3. 2010, S. 4.

- 4 Siehe Kleine Zeitung vom 10. 3. 2010, S. 4: Pröll zu Rosenkranz: "Nicht wählbar".
- 5 Siehe Berichte in der Kleinen Zeitung vom 5. 3. 2010, S. 2/3.
- 6 Siehe Interview in der Kleinen Zeitung vom 16. 3. 2010, S. 5: Kopf: "Ich werde wohl weiß wählen".
- 7 Vgl. SORA Wählerstromanalyse, http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bpw10.html (9. 10. 2010).
- 8 Vgl. SORA Wählerstromanalyse; http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bpw10.html (9. 10. 2010).
- 9 Z. B. Wolfgang Bachmayer (OGM) in der Kleinen Zeitung vom 23. 3. 2010, S. 5.
- 10 Vgl. Wahltagsbefragung ISA/SORA, http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2010_bp-wahl_grafiken.pdf (9. 10. 2010)

Zwei Lösungsmodelle zur zweisprachigen Topographie in Kärnten

1. Ausgangslage

Fast neun Jahre nach Veröffentlichung des ersten Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) zu zweisprachigen Ortstafeln und 55 Jahre nach Unterzeichung des österreichischen Staatsvertrages kam in diese unendliche Geschichte im Jahr 2010 wieder etwas Bewegung. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages war eine konkrete Einigung allerdings – auch in Ansätzen – noch nicht absehbar.

Gegenstand dieses Beitrages ist es weder Ursachenforschung zu betreiben, weswegen diese Frage so lange nicht gelöst werden konnte, noch die zahlreichen vergeblichen Lösungsversuche darzustellen, die aus unterschiedlichen Gründen in den letzten Jahren gescheitert waren. Ziel ist es vielmehr, zwei konkrete Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und auch im Detail darzustellen.

Einleitend soll auch noch darauf hingewiesen werden, dass zweisprachige topographische Aufschriften in Kärnten nichts Neues sind, zumal es solche in eingeschränkter Form für einige Gemeinden nicht erst seit der Topographieverordnung 1977 gibt. Bereits im Jahr 1850 (!) wurde nämlich im Kärntner Landesgesetzblatt verkündet, dass für sämtliche Ortschaften in Südkärnten zweisprachige topographische Aufschriften anzubringen sind. Auf Ortstafeln, Gendarmerieposten, Bahnhöfen etc. gab es durch Jahrzehnte die Praxis zweisprachiger Aufschriften. Im amtlichen Ortsrepertorium von 1910 wurden über 820 Ortschaften Kärntens mit ihren deutschen und slowenischen Namen aufgezählt, für die die zweisprachige Topographiebestimmung galt. Erst nach der Volksabstimmung 1920 wurden die zweisprachigen Schilder und Aufschriften zurückgedrängt und durch einsprachig deutsche ersetzt.¹

Grundlage für sämtliche Erkenntnisse des VfGH in dieser Angelegenheit ist der berühmte Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages vom 15. Mai 1955. In seinem dritten Absatz sieht er nämlich für die slowenischen und gemischtsprachigen Bezirke in Kärnten hinsichtlich Aufschriften topographischer Natur die Berücksichtigung der Volksgruppensprache vor. Nun war zum Zeitpunkt der Unterzeichung des Staatsvertrages wohl ganz klar, was mit diesen slowenischen und gemischtsprachigen Gebieten

gemeint war. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nämlich in Südkärnten das zweisprachige Schulwesen aufgebaut, das für alle Schüler eines bestimmten festumrissenen Gebietes den verpflichtenden zweisprachigen Unterricht vorsah. Dieses Gebiet wurde in der Folge um einige wenige Gemeinden verkleinert und schließlich dann auch nach Abschluss des Staatsvertrages durch das sogenannte Kärntner Minderheitenschulausführungsgesetz aus dem Jahr 1958 erneut festgeschrieben.³ Dieses Gebiet umfasst das gesamte untere Gailtal, das Rosental, das gesamte Sattnitzgebiet einschließlich der Gemeinden Velden und Grafenstein sowie bis auf die Altgemeinde Pustritz den gesamten Bezirk Völkermarkt. Bis heute hat sich an dieser Abgrenzung des Minderheitenschulwesens nichts geändert. Seitens der Volksgruppe wird dieses Gebiet auch häufig als "traditionelles Siedlungsgebiet" bezeichnet.4 In den letzten fünfzig Jahren hat sich allerdings die sprachliche und ethnische Zusammensetzung dieses Gebietes wesentlich geändert. Ohne auf die Ursachen für diese Assimilierung näher einzugehen, sei an dieser Stelle lediglich festgehalten, dass die Zahl der Slowenischsprachigen in Südkärnten 1951 noch über 42.000 Personen betrug und im Jahr 2001 auf unter 14.000 gesunken war. So hatten im Jahr 1955 (also zur Unterzeichnung des Staatsvertrages) von den damaligen 39 Gemeinden des Minderheitenschulwesens 30 einen slowenischsprachigen Anteil von über 40 Prozent. Aufgrund einer derartigen ethnischen und sprachlichen Situation und aufgrund der klaren territorialen Abgrenzung des Minderheitenschulwesens ist es völlig klar, dass - wie bereits gesagt - eben dieses Gebiet als Grundlage für die Topographie- und Amtssprachenbestimmungen des Staatsvertrages angesehen worden ist. Würde man die Bestimmungen des Staatsvertrages also lediglich einer historischen Interpretation unterziehen, würde ohne Zweifel der gesamte Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens zu berücksichtigen sein. Die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes folgten allerdings nicht einer derartigen historischen Interpretation, sondern bauten auf den aktuellen Volkszählungsergebnissen auf. Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass bei den Verhandlungen zum Artikel 7 seitens der Signatarmächte hinsichtlich des Volksgruppenanteils ausdrücklich die Bezeichnung "considerable", also "erheblich", bei der Topographie- und Amtssprachenbestimmung fallengelassen wurde. Dies berücksichtigte auch der VfGH, der dadurch zum Schluss kam, dass man sich im Rahmen der völkerrechtlichen Praxis (Volksgruppenanteile von 5 bis 25 Prozent) am unteren Ende dieser Skala zu orientieren hätte. Bei den weiteren Entscheidungen des VfGH wurde klar, dass der VfGH konkret einen Anteil von 10 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung bzw. einen Durchschnittswert von über 10 Prozent unter Berücksichtigung der Volkszählungen 1991 und 2001 als maßgeblich ansah.5

Das zweite wichtige Element der VfGH-Entscheidungen ist die Tatsache, dass die 10 Prozent auf eine einzelne Ortschaft zu beziehen sind. Dadurch entsteht ein völlig klares Bild: Sämtliche Ortschaften mit einem slowenischsprachigen Anteil von über 10 Prozent sind zweisprachig zu beschildern. Jegliche politische Lösung des Ortstafelstreits – soweit sie nicht im Widerspruch zur nicht nur verfassungsrechtlichen, sondern auch völkerrechtlich bindenden Bestimmung des Staatsvertrages steht - muss sich an diese Richtschnur des VfGH halten. Gleichzeitig bietet eine politische Lösung aber auch die Chance, bestimmte Härten und Unplausibilitäten auszuräumen, die durch eine 1:1-Umsetzung der Erkenntnisse des VfGH entstehen könnten, zumal ja eine Lösung auch konsistent und tragfähig sein muss. Gerade diesem Aspekt der Ortstafelfrage wurde in den letzten Jahren viel zu wenig Augenmerk beigemessen und die diversen Verhandlungsrunden verkamen zu einem Feilschen um eine bestimmte Anzahl von Ortstafeln. Hinsichtlich Plausibilität und Schlüssigkeit einer Lösung sind zumindest folgende Aspekte zu beachten:

a) die Ortschaft als Grundlage

Die Siedlungsstruktur Kärntens legt es nahe zu hinterfragen, ob tatsächlich auf einzelne Ortschaften abgestellt werden sollte. Viele Südkärntner Ortschaften haben unter 30 Einwohner. Zehn Prozent bedeuten in solchen Ortschaften zwei bis drei Bewohner. Aber auch bei Ortschaften mit bis zu 70 Einwohnern sind zehn Prozent lediglich sieben Personen. Schon Tod, Heirat oder Geburt in einzelnen Familien entscheiden darüber, ob die betreffende Ortschaft noch in die zweisprachige Topographieregelung fällt oder nicht. Mit einer plausiblen Regelung hat dies dann oft nichts mehr zu tun, zumal es der Bevölkerung völlig unverständlich ist, weswegen die eine Ortschaft noch berücksichtigt ist und die andere nicht. Auch das Ortstafelgesetz aus dem Jahr 1972, das den Ortstafelsturm auslöste, baute auf einzelnen Ortschaften auf. Das damalige Verzeichnis der Ortschaften mit zweisprachiger Topographie ist wenig bis oft gar nicht plausibel und löste sicherlich einiges an zusätzlichem Unmut aus bzw. lieferte unnötige Vorwände, um gegen zweisprachige Ortsschilder ins Feld zu ziehen.⁶ Beim Volksgruppengesetz 1976 war man dann etwas klüger und baute auf Gemeinden und Altgemeinden auf. Insbesondere das Abstellen auf Altgemeinden erwies sich als nützlich. So konnten stark zweisprachige Gegenden wie etwa die Altgemeinde Radsberg, die ansonsten in der Großgemeinde Ebenthal untergegangen wären, bei der Regelung berücksichtigt werden. Letztlich geht es dabei immer um dieselbe Frage: Wenn nicht das gesamte traditionelle Siedlungsgebiet die Grundlage bildet, sind jene Gebiete auszumachen, in denen ein überproportionaler (über 10 Prozent) Anteil an Slowenischsprachigen lebt. In der Regel sind in solchen Gebieten auch slowenische Kulturvereine aktiv, im Gemeinderat sitzen Vertreter

aus der Volksgruppe, es gibt hohe Anmeldezahlen zum zweisprachigen Unterricht, es gibt zweisprachige Gottesdienste etc. Um solche Gebiete ausmachen zu können, ist aber in vielen Fällen auch die Gemeindestruktur unzureichend, da in der selben Gemeinde – wie im Fall Radsberg/Ebenthal – Bereiche mit relativ hohem und relativ niedrigem Anteil an Slowenischsprachigen nebeneinander liegen können. Da auch das Abstellen auf (kleine) Ortschaften, wie oben dargestellt, problematisch ist, sollte überlegt werden, bei einer künftigen Topographieregelung die Gebietseinheit dazwischen aufzugreifen – nämlich die Katastralgemeinde. Alternativ könnte außerdem auf größere Ortschaften (etwa) ab 70 Einwohnern abgestellt werden, wobei man in diesem Fall eine Art Öffnungsklausel für die kleineren Ortschaften vorsehen muss.

b) der Prozentanteil

Eine messerscharfe Trennlinie bei genau 10 Prozent zu ziehen macht letztlich wenig Sinn. So kann es durchaus vorkommen, dass eine Ortschaft knapp über 10 Prozent an slowenischsprachiger Bevölkerung ausmacht und gleichzeitig die gesamte Umgebung dieser Ortschaft klar unter diesen 10 Prozent liegt. Somit empfindet man dieses Gebiet nicht als einen Siedlungsschwerpunkt der slowenischen Volksgruppe. Gleichzeitig kann auch Umgekehrtes eintreten: Die gesamte Gegend wird durchaus als Siedlungsschwerpunkt ausgemacht und darunter ist vielleicht eine Ortschaft mit knapp unter 10 Prozent. Wichtig ist es somit auf die Siedlungsschwerpunkte abzustellen und nicht in jedem Einzelfall alles über 10 Prozent einzubeziehen bzw. alles unter 10 Prozent auszuklammern. Außerdem ist es jedenfalls notwendig, bei den Volkszählungsergebnissen nicht nur die letzte zu berücksichtigen, sondern die langfristige Entwicklung in Betracht zu ziehen.

c) Aufschriften topographischer Natur

Die Diktion des Staatsvertrages ist eindeutig: Es geht nicht nur um die Ortstafeln, sondern insgesamt um Aufschriften topographischer Natur. Somit sind auch diverse Wegweiser, Flurnamen etc. in einer Regelung zu berücksichtigen. Die kreiskysche Topographieverordnung aus dem Jahr 1977 verwendete ebenfalls dieselbe Diktion wie der Staatsvertrag. Unverständlicherweise wurde bei der Änderung der Topographieverordnung 2006 anlässlich des "Ortstafelverrückens" ein anderer Zugang gewählt, der diese Frage zum Teil unbeantwortet lässt. Die Umsetzungspraxis ging in den letzten Jahrzehnten in den betroffenen Gemeinden zunehmend dazu über, auch zweisprachige Wegweiser, Aufschriften auf Gebäuden etc. zu verwenden. Im Zusammenhang mit der Topographieverordnung 2006 ist außerdem zu beachten, dass es seitens des Europarates bei Volksgrup-

penrechten ein sogenanntes "Verschlechterungsverbot" gibt; das heißt, dass jedenfalls im Fall von Unklarheiten die volksgruppenfreundlichere Variante heranzuziehen ist.

In den diversen Lösungsvorschlägen der letzten Jahre wurden die Wegweiser etc. nur am Rande und ungenügend behandelt. So führte etwa das Abstellen auf Ortschaften dazu, dass innerhalb des Ortsgebietes Wegweiser etc. zweisprachig gestaltet werden sollten, außerhalb im Umkehrschluss hingegen (vermutlich) nicht. Derartige unbefriedigende Lösungen würden etwa dazu führen, dass zentralörtliche Siedlungen (mit in der Tendenz eher niedrigen slowenischsprachigen Anteilen) konsequenter zweisprachig beschildert würden als etwa ländlich geprägte Gebiete mit höheren Anteilen an Slowenischsprachigen. Angesichts derartiger Diskussionen ist es hinsichtlich der künftigen Normierung dieser Frage, wie bereits kurz erwähnt, notwendig, auf das Verschlechterungsverbot des Europarates hinzuweisen. Somit ist für jene Gemeinden/Altgemeinden, in denen schon seit 1977 die Topographieverordnung galt, jedenfalls die klare, auf das gesamte Gemeinde- bzw. Altgemeindegebiet abstellende Diktion mit "Aufschriften topographischer Natur" anzuwenden.

Insgesamt ist in diesem Zusammenhang auch interessant, dass im heurigen Jahr die österreichische Sektion der UNESCO "Slowenische Haus- und Flurnamen" zum immateriellen Kulturerbe erklärte. Eine künftige Regelung muss daher jedenfalls den weiten Topographiebegriff des Artikels 7 berücksichtigen und kann nicht auf die Ortstafel reduziert werden. Insbesondere auch deshalb,weil die starke Fokussierung auf die Ortstafel nur deswegen zustande kam, weil sie aufgrund der Straßenverkehrsordnung die einzige Möglichkeit einer Anfechtung beim VfGH bot. Sowohl der Sinn und Zweck als auch der Wortlaut des Artikels 7 sind hingegen völlig klar.

2. die erste Möglichkeit: Gemeinden und Katastralgemeinden als Grundlage für zweisprachige topographische Aufschriften in Siedlungsschwerpunkten der Volksgruppe

Dieses Lösungsmodell baut auf folgenden Elementen auf:

- Es wird versucht, Siedlungsschwerpunkte der Volksgruppe auszumachen, wobei nicht auf einzelne Ortschaften abgestellt wird, sondern auf Gemeinden und Katastralgemeinden;
- Richtschnur sind die vom VfGH festgelegten 10 Prozent;
- es werden die Volkszählungen 1991 und 2001 berücksichtigt;
- es ist keine Öffnungsklausel vorgesehen.

Im Rahmen eines Überblicks über die Gemeinden Südkärntens von Ost nach West entsteht bei Anwendung dieses Modells folgendes Bild:

Neuhaus (einzubeziehen: KG Schwabegg, KG Heiligenstadt und KG Graditschach)

Die bereits von der Topographieverordnung 1977 erfasste Altgemeinde Schwabegg würde mit ihren Katastralgemeinden Schwabegg und Heiligenstadt auch in Zukunft von der Topographieregelung erfasst werden. Außerdem müsste jedenfalls auch die KG Graditschach einbezogen werden, da beide Ortschaften dieser KG einen über 10-Prozent-Anteil Slowenischsprachiger haben. Außerhalb dieser Katastralgemeinden gibt es im östlichen Gemeindegebiet rund um Bach zwei KGs, die klar unter den geforderten 10 Prozent liegen und somit für eine künftige Topographieregelung nicht in Frage kommen. Als Grenzfall ist hingegen die KG Neuhaus zu bezeichnen. Während der Hauptort Neuhaus die 10 Prozent nicht erreicht, liegen in dieser KG mehrere Ortschaften mit zum Teil deutlich mehr als 10 Prozent Volksgruppenanteil.

Bleiburg (einzubeziehen: gesamte Gemeinde)

Die Topographieverordnung 1977 berücksichtigte in dieser Gemeinde die Altgemeinde Moos. Angesichts der Volkszählungsergebnisse ist es völlig unverständlich, dass – auch bei Anwendung eines 25-Prozent-Anteils – die Altgemeinde Loibach 1977 unberücksichtigt blieb, da sie mehrere Ortschaften mit sogar mehr als 35 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung aufweist. Den dritten Teilbereich dieser Gemeinde bildet die ehemalige Altgemeinde Bleiburg, bestehend aus der Stadt Bleiburg selbst. Zu Bleiburg gibt es bekannterweise bereits Entscheidungen des VfGH und es stehen dort mittlerweile auch korrekte zweisprachige Ortstafeln. Angesichts derartiger Rahmenbedingungen und mit einem Anteil von 31 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung bei der letzten Volkszählung stellt die Gemeinde zweifellos einen bedeutenden Siedlungsschwerpunkt der Volksgruppe dar und muss bei einer künftigen Regelung als Ganzes berücksichtigt sein.

Feistritz ob Bleiburg und Globasnitz (einzubeziehen: beide Gemeinden)

Beide Gemeinden wurden zur Gänze bereits in der Topographieverordnung 1977 erfasst und sind daher auch in der künftigen Regelung als Ganzes zu berücksichtigen.

Sittersdorf (einzubeziehen: gesamte Gemeinde)

Diese Gemeinde wurde bei der Topographieverordnung 1977 nicht berücksichtigt. Laut Volkszählung 1991 und 2001 weist sie einen Anteil von rund 20 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung auf. Von den 19 Ortschaften mit über 30 Einwohnern weisen 16 einen Anteil von über 10 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung auf; viele Ortschaften (7) haben auch Anteile von klar über 25 Prozent. Zur Ortschaft Rückersdorf gibt es auch bereits ein positives Erkenntnis des VfGH. Aufgrund derartiger Rahmenbedingungen ist die gesamte Gemeinde bei einer künftigen Topographieregelung zu berücksichtigen.

Eisenkappel-Vellach (einzubeziehen: gesamte Gemeinde)

Diese Gemeinde entstand – wie es der Name bereits andeutet – aus den Altgemeinden Eisenkappel (ausschließlich bestehend aus dem Ort selbst) und Vellach. Die Altgemeinde Vellach war bereits bei der Topographieregelung 1977 berücksichtigt, die Altgemeinde Eisenkappel hingegen nicht. Bei der Volkszählung 2001 gab es im Ort Bad Eisenkappel einen Anteil von 23,2 Prozent Slowenischsprachigen. Außerdem gibt es zu Bad Eisenkappel auch bereits ein positives Erkenntnis des VfGH. Daher ist bei einer Neuregelung die gesamte Gemeinde Eisenkappel-Vellach einzubeziehen.

Gallizien (einzubeziehen KG Abtei)

Diese Gemeinde zählt zu jenen, bei welchen die Anwendung der gegenständlichen Methode nur teilweise befriedigende Resultate liefert. Auf Gesamtgemeindeebene liegt der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung bei knapp 10 Prozent. Innerhalb des Gemeindegebietes gibt es zwei Tendenzen: Die KG Abtei weist überdurchschnittlich hohe Anteile auf (alle Ortschaften über 10 Prozent und teilweise über 20 Prozent), die Gegend um Möchling hingegen unterdurchschnittliche Anteile, weswegen sie aus einer Topographieregelung herausfallen würde. Am schwierigsten ist es, die zentralen Teile der Gemeinde einzuschätzen, da sich Ortschaften mit zum Teil recht hohen Anteilen an Slowenischsprachigen (etwa Enzelsdorf) mit solchen mit niedrigen abwechseln (etwa Glantschach).

St. Kanzian (einzubeziehen KG St. Veit, KG Lauchenholz, KG Grabelsdorf und KG Srejach)

Die vorgeschlagene Methode lässt sich in dieser Gemeinde gut anwenden. Die Gemeinde weist nämlich sehr unterschiedliche sprachliche Verhältnisse auf. Diese können auch sehr gut mit den Katastralgemeinden erfasst werden. Am geringsten sind die Anteile der slowenischsprachigen Bevöl-

kerung rund um Stein; diese Region würde aus einer künftigen Topographieregelung herausfallen. Am höchsten – mit zum Teil über 50 Prozent – sind die slowenischsprachigen Anteile rund um den Turnersee (KG St. Veit, KG Lauchenholz, KG Grabelsdorf). Diese Region gehört zweifellos zu den Siedlungsschwerpunkten der slowenischen Volksgruppe in Kärnten und ist daher bei einer Topographieregelung jedenfalls zu berücksichtigen. Die Region rund um St. Kanzian und Klopein liegt zwischen den beiden beschriebenen Regionen, wobei einzelne Ortschaften Anteile von (geringfügig) über 10 Prozent, andere hingegen (oft geringfügig) unter 10 Prozent haben. Insgesamt ist für diesen Teilbereich der Gemeinde fraglich, inwiefern auf KG-Ebene die geforderten 10 Prozent erreicht werden – am ehesten in der KG Srejach.

Eberndorf (einzubeziehen: KG Mökriach, KG Gösselsdorf, KG Gablern, KG Edling, KG Eberndorf und KG Buchbrunn)

Ebenfalls zufriedenstellende Resultate bietet das Abstellen auf die Katastralgemeindeebene für die Gemeinde Eberndorf. Auch hier bildet der gesamte nordwestliche Gemeindebereich (rund um Kühnsdorf) eine Region mit sehr geringem Volksgruppenanteil, welcher somit nicht zu berücksichtigen wäre. Die südlichen Katastralgemeinden (Mökriach, Eberndorf, Gösselsdorf und Gablern) weisen hingegen überwiegend Ortschaften mit mehr als 10 Prozent Slowenischsprachigen auf und sind somit in eine neue Regelung einzubeziehen. Zur Ortschaft Buchbrunn mit rund 10 Prozent Slowenischsprachigen gibt es auch bereits ein positives Erkenntnis des VfGH. Der nordöstliche Bereich der Gemeinde rund um Edling ist nicht so eindeutig einzustufen und sicherlich als Grenzfall zu bezeichnen.

Völkermarkt, Griffen und Diex (einzubeziehen lediglich KG Haimburgerberg)

Die Gemeinden des Bezirks Völkermarkt nördlich der Drau weisen mittlerweile sehr geringe Anteile an Slowenischsprachigen auf. Zwar gibt es auch in dieser Region mehrere Ortschaften mit einem Volksgruppenanteil von über 10 Prozent (etwa in der Umgebung von Diex), doch ist diese Region sicherlich nicht mehr als ein Siedlungsschwerpunkt der Volksgruppe zu bezeichnen. Unter Berücksichtigung der Katastralgemeinden erzielt lediglich die KG Haimburgerberg knapp die 10 Prozent, wobei es sich hier allerdings einerseits um ein sehr knappes Überschreiten der 10-Prozent-Marke und andererseits auch um eine sehr isolierte Lage handelt.

Grafenstein, Poggersdorf, Magdalensberg (allesamt nicht einzubeziehen)

In diesen Gemeinden gab es bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts noch erhebliche Anteile slowenischsprachiger Bevölkerung. Mit ganz wenigen Ausnahmen (z. B. Zinsdorf in der Gemeinde Magdalensberg) gab es aufgrund der Volkszählung 2001 in diesem Bereich keine Ortschaften mit slowenischsprachigen Anteilen von über 10 Prozent mehr.

St. Margareten (einzubeziehen KG Niederdörfl und KG St. Margareten)

Die Gemeinde St. Margareten hatte bei der letzten Volkszählung einen slowenischsprachigen Anteil von rund 12 Prozent. Dieser Anteil ist über die Katastralgemeinden der Gemeinde recht gleichmäßig verteilt, wobei er in den KG Niederdörfl und St. Margareten etwas höher ist. Die Gemeinde stellt daher hinsichtlich einer künftigen Topographieregelung einen Grenzfall dar.

Zell (einzubeziehen: gesamte Gemeinde)

Diese Gemeinde hat mit Abstand den höchsten Anteil Slowenischsprachiger in Kärnten – rund 90 Prozent. Wie bereits in der Topographieregelung aus dem Jahr 1977 ist daher diese Gemeinde klarerweise auch bei kommenden Regelungen zu berücksichtigen.

Ferlach (einzubeziehen: KG Windisch Bleiberg, KG Loibltal, KG Waidisch und KG Glainach)

Die Großgemeinde Ferlach erstreckt sich vom Karawankenkamm bis zur Drau. Trotz dieser Großflächigkeit können die Siedlungsschwerpunkte der Volksgruppe klar abgegrenzt werden. Den einen Siedlungsschwerpunkt stellt die Altgemeinde Windisch Bleiberg dar, die bereits bei der Topographieregelung 1977 berücksichtigt wurde. Der zweite Siedlungsschwerpunkt ist die KG Waidisch, die bisher bei der zweisprachigen Topographie nicht berücksichtigt worden war, obwohl es hier einen slowenischsprachigen Anteil von über einem Drittel gibt. Im restlichen Gemeindegebiet ist die slowenische Volksgruppe nur in wenigen Ortschaften mit über 10 Prozent vertreten. Besondere Schwerpunkte lassen sich dort nur zum Teil feststellen und das übrige (zentrale) Gemeindegebiet kommt daher für eine neue Topographieregelung mit Ausnahme der Gegend um Glainach nicht in Frage.

Ebenthal (einzubeziehen: KG Lipizach, KG Radsberg, KG Hinterradsberg und KG Kreuth)

In der Gemeinde Ebenthal gibt es, wie bereits erwähnt, die Besonderheit der Altgemeinde Radsberg mit slowenischsprachigen Anteilen von zum Teil 50 Prozent. Außerhalb dieser Altgemeinde ist die Volksgruppe allerdings weit schwächer vertreten (insbesondere im nördlichen Gemeindebereich). Einzelne Ortschaften mit mehr als 10 Prozent Slowenischsprachigen gibt es auch in der Altgemeinde Mieger, wobei hier allerdings kein spezifischer Siedlungsschwerpunkt feststellbar ist und sie daher wohl aus einer künftigen Topographieregelung auszunehmen ist. Für die Gemeinde Ebenthal würde somit alles beim Alten bleiben und eine neue Regelung würde wie bereits die Verordnung aus dem Jahr 1977 lediglich die Altgemeinde Radsberg berücksichtigen.

Maria Rain (nicht einzubeziehen)

Maria Rain hat einen traditionell geringen Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung, und keine einzige Ortschaft mit mehr als 30 Einwohnern weist mehr als 10 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung auf. Die Gemeinde ist daher bei einer kommenden Regelung nicht zu berücksichtigen.

Keutschach (KG Plescherken einzubeziehen)

Recht schwierig gestalten sich die Verhältnisse in Keutschach. Hier gibt es zwar mehrere Ortschaften mit mehr als 10 Prozent an Slowenischsprachigen, doch ein spezifischer Siedlungsschwerpunkt ist lediglich in der Katastralgemeinde Plescherken auszumachen, zumal der Hauptort dieser KG (Plescherken) die 10-Prozent-Hürde klar überschreitet.

Köttmannsdorf (KG Wurdach einzubeziehen)

Die Gemeinde als Ganzes hat zwar einen Anteil von Slowenischsprachigen von unter 10 Prozent, doch einige Ortschaften weisen klar höhere Prozentanteile auf. Diese Ortschaften können zu einem guten Teil in der KG Wurdach zusammengefasst werden, wodurch ein Teil des Gemeindegebietes, also die KG Wurdach, in die Topographieregelung fallen würde.

Ludmannsdorf (gesamte Gemeinde einzubeziehen)

Diese Gemeinde stellt zweifelsohne einen Siedlungsschwerpunkt der slowenischen Volksgruppe in Kärnten dar, wobei zu betonen ist, dass diese

Gemeinde nicht nur in der Topographieverordnung 1977 zu finden ist, sondern die Bestimmungen dieser Verordnung auch vorbildlich umgesetzt werden. Diese Gemeinde ist daher jedenfalls auch in künftige Topographieregelungen einzubeziehen.

Schiefling (einzubeziehen: KG St. Kathrein)

In der Gemeinde Schiefling gibt es zwar eine Ortschaft mit einem slowenischsprachigen Anteil von über 25 Prozent (Techelweg), doch ergibt diese Ortschaft keinen Siedlungsschwerpunkt auf der Ebene einer KG. Etwas anders sieht es mit der KG St. Kathrein aus, die zwar nur etwas über den 10 Prozent liegt, doch auf KG-Ebene recht gut abgrenzbar ist von Ortschaften mit unterdurchschnittlichen Anteilen slowenischsprachiger Bevölkerung.

Velden (einzubeziehen: KG Latschach und KG St. Egyden)

Die Gemeinde Velden ist sehr weitläufig und hat auch hinsichtlich der sprachlichen Verhältnisse sehr heterogene Gemeindeteile. Den geringsten Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung gibt es im zentralen Teil rund um Velden. Ebenfalls unter die 10-Prozent-Grenze ist bei den letzten Volkszählungen der Anteil Slowenischsprachiger in der Altgemeinde Köstenberg gesunken. Für die künftige Topographieregelung kommen daher nur die südlichsten Bereiche der Gemeinde in Frage und dabei insbesondere die KG Latschach, in welcher sämtliche Ortschaften bei über 10 Prozent liegen. Einen Grenzfall stellt außerdem die KG St. Egyden dar, die der KG Latschach benachbart ist und mit ihren Ortschaften ungefähr bei 10 Prozent Slowenischsprachiger liegt.

Wernberg (nicht einzubeziehen)

Diese Gemeinde liegt zwar im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens, doch 2001 wies keine Ortschaft mit über 30 Einwohnern einen mehr als 10-Prozent-Anteil Slowenischsprachiger auf.

St. Jakob im Rosental (gesamte Gemeinde einzubeziehen)

Diese Gemeinde wurde 1977 nicht berücksichtigt, obwohl sie auch heute noch einen Siedlungsschwerpunkt der Volksgruppe darstellt. Auf Gemeindeebene gibt es einen slowenischsprachigen Anteil von rund 16,4 Prozent, und von den 20 Ortschaften mit über 30 Einwohnern haben 15 mehr als einen 10-prozentigen slowenischsprachigen Bevölkerungsanteil. Spezifische Unterschiede hinsichtlich der sprachlichen Verhältnisse sind in den einzelnen Gemeindeteilen nicht feststellbar, weswegen aufgrund

der insgesamt überdurchschnittlichen Präsenz der Volksgruppe in dieser Gemeinde die gesamte Gemeinde in eine neue Topographieregelung einzubeziehen ist.

Rosegg (einzubeziehen: KG Berg)

Im Bereich der Gemeinde Rosegg kann man einen Siedlungsschwerpunkt in deren südlichen Bereich an der Gemeindegrenze zu St. Jakob ausmachen. Dieser Siedlungsschwerpunkt kann recht gut in der Katastralgemeinde Berg zusammengefasst werden. Auch außerhalb dieser KG gibt es in der Gemeinde Rosegg Ortschaften mit mehr als 10 Prozent Slowenischsprachigen; diese vereinzelten Ortschaften können allerdings zu keinem Siedlungsschwerpunkt auf Ebene einer KG zusammengefasst werden.

Finkenstein (einzubeziehen: KG Korpitsch, KG Latschach, KG Greuth, KG Ferlach)

Diese Gemeinde zählt hinsichtlich der Bevölkerungszahl zu den größten des zweisprachigen Gebiets. Entsprechend vielfältig sind auch die sprachlichen Verhältnisse in dieser Gemeinde, wobei sich für die slowenische Volksgruppe zwei Schwerpunkte recht klar abzeichnen: zum einen der östliche Gemeindebereich und zum anderen einige wenige Ortschaften im äußersten Westen. Einen Siedlungsschwerpunkt stellt somit die KG Ferlach dar, wo es zwar auch zwei Ortschaften mit unter 10 Prozent gibt, doch alle anderen Ortschaften klar über den 10 Prozent liegen und teilweise einen Volksgruppenanteil von über 25 Prozent aufweisen. Unmittelbar südlich dieser KG liegt die KG Greuth, wo ebenfalls die betroffenen Ortschaften einen Anteil von über 10 Prozent Slowenischsprachiger aufweisen. Angrenzend daran liegt die KG Latschach, die einen Grenzfall darstellt, wobei es im Hauptort dieser KG (Latschach) 1991 etwas über und 2001 etwas unter 10 Prozent Slowenischsprachige gab.

Einen ähnlichen Grenzfall stellt auch die westlichste KG dieser Gemeinde dar: die KG Korpitsch, mit Ortschaften von klar über 10 Prozent und gleichzeitig auch Ortschaften von unter 10 Prozent.

Arnoldstein (einzubeziehen: KG Hart)

Diese Gemeinde hat mittlerweile einen sehr niedrigen Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung, doch gibt es einen gewissen Schwerpunkt im östlichsten Gemeindebereich unmittelbar angrenzend an die KG Korpitsch in der Gemeinde Finkenstein. Diese beiden KGs stellen insofern einen Sonderfall dar, als es sich in diesem Gebiet bereits um das unterste Gailtal handelt und dies eine von drei Regionen des unteren Gailtals ist, in welcher sich die slowenische Sprache überdurchschnittlich gut halten konnte. Im unteren Gailtal wird eine spezifische slowenische Mudart gesprochen, die allerdings, obwohl das Tal noch in der Zwischenkriegszeit eine weitgehend slowenischsprachige Bevölkerung aufwies, nur noch – laut Volkszählung – in wenigen Ortschaften von mehr als 10 Prozent der Bevölkerung als Umgangssprache gesprochen wird. In der KG Hart wird das Slowenische in zwei von vier Ortschaften sowohl aufgrund der Volkszählung 1991 als auch der Volkszählung 2001 von mehr als 10 Prozent der Bevölkerung als Umgangssprache verwendet.

Hohenthurn und Feistritz (einzubeziehen: KG Dreulach)

Diese beiden Gemeinden weisen ein sehr regsames slowenisches Kulturleben auf und sind zweifellos jene beiden Gemeinden des unteren Gailtales, in denen die slowenische Sprache noch am besten bewahrt wurde. Trotzdem gibt es auch hier nur eine einzige Ortschaft (Achomitz) mit einem hohen Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung – 21,8 Prozent. Diese Ortschaft bildet gemeinsam mit Dreulach (11,8 Prozent) und Göriach (unter 10 Prozent) die KG Dreulach, wobei es hier auf KG-Ebene einen über 10-Prozent-Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung gibt. Somit wäre diese KG in eine kommende Topographieregelung einzubeziehen. Die KG Dreulach liegt in der Gemeinde Hohenthurn. Die Nachbargemeinde Feistritz grenzt unmittelbar an diese KG an, doch erreicht der einzige Ort dieser Gemeinde knapp die 10-Prozent-Marke nicht.

Nötsch und St. Stefan im Gailtal (nicht einzubeziehen)

Diese beiden Gemeinden weisen mittlerweile eine weitgehend deutschsprachige Bevölkerung auf, und laut Volkszählung 2001 wird die slowenische Sprache in keinem Ort mit mehr als 30 Einwohnern von mehr als 10 Prozent der Bevölkerung gesprochen.

Hermagor (einzubeziehen: KG Nampolach)

Diese Gemeinde im äußersten Westen des zweisprachigen Gebiets Kärntens weist erstaunlicherweise mehrere Ortschaften mit über 10 Prozent Slowenischsprachigen auf. Interessant ist auch, dass aus dieser Gemeinde bzw. aus deren zweisprachigen Gemeindeteilen (Altgemeinden Egg und Görtschach) in der Vergangenheit mehrere führende Persönlichkeiten der Kärntner Slowenen (etwa der frühere Kärntner-slowenische Reichsratsabgeordnete Franc Grafenauer) kamen. Stellt man allerdings heute auf einen über 10-Prozent-Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung ab, so kommt dafür nur die KG Nampolach in Frage. Zur Ortschaft Dellach in dieser KG

gibt es auch bereits ein positives Erkenntnis des VfGH. Außerhalb der KG Nampolach gibt es in der Gemeinde Hermagor nur noch einige wenige Ortschaften mit über 10 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung, wobei diese zu keiner größeren Gebietseinheit (KG) mit über 10 Prozent zusammengeschlossen werden können.

Zusammenfassung Modell 1:

Insgesamt würden laut diesem Modell acht Gemeinden sowie 38 Katastralgemeinden in eine neue Regelung zur zweisprachigen Topographie in Kärnten einbezogen werden. Umgelegt auf die Anzahl der Ortschaften wären somit von den 747 Ortschaften im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens 216 (Ortschaften mit über 30 Einwohnern) zweisprachig beschildert. Da das Modell weitgehend den vom Verfassungsgerichtshof vorgegebenen 10 Prozent folgt, könnte eine derartige Regelung auch als Verfassungsbestimmung beschlossen werden. Obwohl, wie bei den einzelnen Gemeinden erwähnt, es auch Grenzfälle gibt, so wäre eine derartige Lösung doch systematisch und plausibel.

3. Die zweite Möglichkeit: ein Modell aufbauend auf der Regelung von 1977 sowie Ortschaften mit über 75 Einwohnern und zumindest 10 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung

Dieses Lösungsmodell baut auf folgenden Elementen auf:

- sämtliche Gebietsteile der Topographieverordnung 1977 werden übernommen;
- hinsichtlich der Gemeinden Bleiburg und Eisenkappel-Vellach wird die Topographieregelung aufgrund einschlägiger VfGH-Erkenntnisse und klarer Volkszählungsergebnisse abgerundet und nunmehr auf die gesamte Gemeinde bezogen;
- außerhalb dieser Gebietsteile werden in eine Neuregelung all jene Ortschaften einbezogen, die zumindest 75 Einwohner aufweisen und einen slowenischsprachigen Anteil von über 10 Prozent haben;
- es wird eine direktdemokratisch anzuwendende Öffnungsklausel eingebaut.

Umgelegt auf die Südkärntner Gemeinden bedeutet dies je Gemeinde Folgendes:

Gemeinde	einbezogener Gemeindebereich bzw. Anzahl der Ortschaften
Neuhaus	Altgemeinde Schwabegg/6 Ortschaften
Bleiburg	gesamtes Gemeindegebiet/23 Ortschaften
Feistritz ob Bleiburg	gesamtes Gemeindegebiet/15 Ortschaften
Globasnitz	gesamtes Gemeindegebiet/10 Ortschaften
Eisenkappel-Vellach	gesamtes Gemeindegebiet/14 Ortschaften
Gallizien	2 Ortschaften
Sittersdorf	8 Ortschaften
Eberndorf	8 Ortschaften
St. Kanzian	9 Ortschaften
Diex	1 Ortschaft
Zell	gesamtes Gemeindegebiet/7 Ortschaften
St. Margareten	4 Ortschaften
Ebenthal	Altgemeinde Radsberg/7 Ortschaften
Köttmannsdorf	3 Ortschaften
Ferlach	Altgemeinde Windisch Bleiberg + 2 Ortschaften/insgesamt 6 Ortschaften
Feistritz i. R.	4 Ortschaften
Ludmannsdorf	gesamtes Gemeindegebiet/17 Ortschaften
Keutschach	3 Ortschaften
Schiefling	2 Ortschaften
Velden	3 Ortschaften
Rosegg	1 Ortschaft
St. Jakob i. R.	13 Ortschaften
Finkenstein	7 Ortschaften
Arnoldstein	1 Ortschaft
Hohenthurn	2 Ortschaften
Hermagor	2 Ortschaften
insgesamt	178 Ortschaften

Zusammenfassung Modell 2:

Aufgrund des vom Europarat entwickelten Prinzips des Verschlechterungsverbots würde diese Regelung sämtliche Gebietsteile übernehmen, die bereits in der Topographieregelung 1977 genannt sind bzw. in den beiden Gemeinden Eisenkappel-Vellach und Bleiburg dieses Gebiet abrunden. Somit hätten wir für diese Gebietsteile eine klare Lösung, die wie bisher auch Wegweiser etc. in diesen Gebietsteilen umfassen würde.

Außerhalb dieser Gebietsteile stellt sich die Situation hingegen etwas komplexer dar. Es werden in dieser Regelung nur tendenziell größere Ortschaften berücksichtigt - eben mit zumindest 75 Einwohnern. Dadurch vermeidet man datenschutzrechtliche Probleme bzw. die bereits oben dargestellte Problematik, dass bereits Änderungen des Familienstandes eine Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung bewirken würden, wird gemildert bzw. vermieden. Das Berücksichtigen tendenziell größerer Ortschaften bewirkt aber auch, dass zum Teil kleine Ortschaften mit sehr hohen Anteilen Slowenischsprachiger aus einer künftigen Topographieregelung herausfallen würden und man sich in Einzelfällen auch dem Vorwurf einer unplausiblen Lösung aussetzt. Daher ist es jedenfalls nötig, für diese kleinen Ortschaften eine Öffnungsklausel vorzusehen, die von einem bestimmten (ev. auch mehr als 10 Prozent) Bevölkerungsanteil der betroffenen Ortschaft getragen wird. Außerdem ist bei einem Abstellen auf Ortschaften auch zu regeln, in welchem Bereich Wegweiser und andere topographische Aufschriften zweisprachig anzubringen sind, zumal der Artikel 7 ganz klar von "Aufschriften topographischer Natur" und nicht nur von "Ortstafeln" spricht. Möglich wäre etwa bei der Verwendung der betroffenen Ortsnamen auf Wegweisern immer die amtliche zweisprachige Form zu verwenden sowie einen generellen - offen formulierten -Passus zur zweisprachigen Verwendung des traditionellen Namengutes bei Haus-, Hof- und Flurnamen vorzusehen.

Im Gegensatz zu Modell 1 ist somit dieses Modell sicherlich weit komplexer und erfordert zusätzliche Regelungen hinsichtlich Wegweisern etc. sowie hinsichtlich der jedenfalls notwendigen Öffnungsklausel. Gelingt es allerdings auch diese Bereiche zu lösen, so ist durch das Abstellen auf 10 Prozent aber wohl auch weitestgehend von einer Konformität mit den Erkenntnissen des VfGH auszugehen. Jedenfalls hat das Modell 2 aber einen wesentlichen Vorteil zu Modell 1: es liegt recht nahe an den bisherigen Lösungsvorschlägen (Karner-Papier, Schüssel-Vorschlag, Gusenbauer-Vorschlag).

4. Kurze Bilanz

Aus fachlicher Sicht ist sicherlich Modell 1 der Vorzug zu geben, da es die Dinge klarer und plausibler regelt. Im Falle einer Umsetzung von Modell 2 sind die Knackpunkte nicht nur die konkrete Anzahl der einzubeziehenden Ortschaften, sondern vor allem auch die Regelung der Problematik rund um das Thema "Aufschriften topographischer Natur" sowie die genauen Bestimmungen zur "Öffnungsklausel". Beide Modelle sind aber klar den bisher kolportierten Vorschlägen überlegen, da sie einer bestimmten Systematik folgen und nicht von Willkür gesprochen werden kann. In diesem Zusammenhang sei nur erwähnt, dass zum Beispiel das Karner-Papier und der Schüssel-Vorschlag sämtliche Gemeinden und Ortschaften westlich von St. Jakob unverständlicherweise völlig ausklammerten bzw. der Gusenbauer-Vorschlag in mehreren Fällen Ortschaften mit niedrigeren Anteilen slowenischsprachiger Bevölkerung einbezog und gleichzeitig Ortschaften mit höheren Anteilen überging.

Die Akzeptanz und Dauerhaftigkeit einer Lösung wird daher ganz entscheidend von deren Qualität und Plausibilität bestimmt werden – dessen sollte man sich bei all dem Feilschen um eine konkrete Anzahl an Ortschaften bewusst sein.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu: Pavel Zdovc: Einige Aspekte zu Ortstafelfragen in Kärnten, In: Carinthia I, Klagenfurt 1974, S. 289
- 2 Außerdem natürlich auch zweisprachige topographische Aufschriften für das Burgenland.
- 3 Im Minderheitenschulausführungsgesetz waren folgende Altgemeinden der Regelung aus dem Jahr 1945 nicht mehr berücksichtigt: Techelsberg, Maria Wörth, Viktring, Hörtendorf und St. Thomas am Zeiselberg.
- 4 Das Minderheitenschulwesen folgt im Wesentlichen jener Sprachgrenze, die für die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sowohl von slowenischen als auch deutschen Autoren des Öfteren beschrieben wurde; allerdings mit einer Ausnahme: Die Gemeinden im nördlichen und zum Teil auch östlichen Umland von Klagenfurt sowie mehrere Wörtherseegemeinden waren nach 1945 in der Minderheitenschulregelung nicht mehr erhalten, da bereits damals der Anteil Slowenischsprachiger erheblich zurückgegangen war. Wenige Jahrzehnte davor wurde die slowenische Sprache auch in diesen Gebieten noch von der Bevölkerungsmehrheit gesprochen. Vgl. dazu etwa Martin Wutte: Die sprachlichen Verhältnisse in Kärnten auf der Grundlage der Volkszählung von 1900 und ihre Veränderung im 19. Jahrhudert, in: Carinthia I, 1906, S. 153.
- 5 Vgl. dazu die VfGH-Entscheidungen zu Gallizien (negativ) und Buchbrunn (positiv).
- 6 Vgl. dazu etwa: Karl Hren: Zwanzig Jahre Volksgruppengesetz. Die Grenzen unserer Rechtsstaatlichkeit, In: Klub slowenischer Studentinnen und Studenten in Wien (ed.): Der Ortstafelkonflikt in Kärnten, Wien 1998, S. 80.

Das Modell 1: über 10 Prozent Slowenischsprachiger auf der Grundlage von Gemeinden und Katastralgemeinden

Legende:

gesamte Gemeinde mit zweisprachiger Topographie

einzelne Katstralgemeinden zweisprachige Topographie

Gemeinde ohne zweisprachige Topographie

- a bis 10 Prozent
- b 10-15 Prozent
- c 15-20 Prozent
- d 20-25 Prozent
- e über 25 Prozent
- nicht ausgewertet (unter 30 Einwohner)

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
BEZIRK HERMAGOR				
Hermagor	21			
KG Nampolach		8		
Brugg			_	_
Dellach			d	16,7
Kreuth ob Mellweg			a	a
Latschach			b	a
Mellach			a	a
Mellweg			b	b
Nampolach			_	a

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Neudorf			_	_
Paßriach			8,5	_
St. Stefan an der Gail	20			
BEZIRK KLAGENFURT LA	ND			
Ebenthal	21			
KG Lipizach		1		
Lipizach			d	e
KG Radsberg		4		
Radsberg			58,4	e
Tutzach			35	30,6
Werouzach			e	e
Zwanzgerberg			1,7	_
KG Hinterradsberg		2		
Kossiach			e	e
Schwarz			9,5	11,2
KG Kreuth		1		
Kreuth			47,7	e
Feistritz i. R.	8			
KG Suetschach		1		
Suetschach			15,8	13,4
KG Matschach		2	-	
Bärental			_	_

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Matschach			16,4	16,7
KG Hundsdorf		1		
Hundsdorf			26,7	14,6
KG St. Johann (Gansdorf)		2		
Rabenberg			_	_
St. Johann			33	41,9
Ferlach	27			
KG Windisch Bleiberg		3		
Bodental			34,7	47,8
Strugarjach			_	_
Windisch Bleiberg			38,3	57,3
KG Loibltal		1		
Loibltal			e	e
KG Waidisch		2		
Rauth			_	_
Waidisch			38,2	e
KG Glainach		5		
Dörfl			_	_
Glainach			b	11,4
Otroutza			a	a
Tratten			С	b
Unterglainach			b	d
Grafenstein	31			

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Keutschach	15			
KG Plescherken			5	
Dobein			d	e
Höhe			1,4	5,9
Linden			2,4	4,1
Plescherken			14,6	22,3
St. Margarethen			a	12,1
Köttmannsdorf	23			
KG Wurdach		6		
Mostiz			a	a
Neusaß			d	e
Plöschenberg			d	e
St. Margarethen			a	d
Tschrestal			a	a
Wurdach			_	12,7
				•••
Ludmannsdorf	17	17	28,3	29,6
Bach			С	14,4
Edling			21	26,7
Fellersdorf			e	e
Franzendorf			30,8	22,6
Großkleinberg			С	e
Ludmannsdorf			44,4	48,7
Lukowitz			9,7	a

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Moschenitzen			e	e
Muschkau			b	b
Niederdörfl			С	С
Oberdörfl			26,6	22,3
Pugrad			21,2	19,7
Rupertiberg			d	e
Selkach			46,2	С
Strein			e	_
Wellersdorf			32,3	30,4
Zedras			b	_
Maria Rain	17			
Wabelsdorf	5			
Schiefling	14			
KG St. Kathrein		1		
St. Kathrein			11,5	С
St. Margareten	12			
KG Niederdörfl		5		
Gupf			b	a
Homölisch			_	_
Niederdörfl			13,1	12,5
Oberdörfl			4,9	a

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Seel			_	_
KG St. Margareten		3		
Sabosach			a	b
St. Margareten			12,7	10,2
Trieblach			e	e
Zell	7	7		
Zell Freibach			84,7	92,5
Zell Homölisch			_	_
Zell Koschuta			_	_
Zell Mitterwinkel			e	e
Zell Oberwinkel			e	e
Zell Pfarre			93,2	93,2
Zell Schaida			91,4	99
BEZIRK VILLACH STADT				
Maria Gail, Drobollach, St. Niklas	17			
BEZIRK VILLACH LAND				
Arnoldstein	21			
KG Hart		3		
Erlendorf			_	0,3
Hart			11,9	13,1
Radendorf			1,1	4

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
St. Leonhard b. Siebenbrünn			7,6	11,8
Feistritz an der Gail	1			
Finkenstein	28			
KG Korpitsch		3		
Korpitsch			3,9	8,1
Sigmontitsch			С	b
St. Job			7,4	10,6
KG Latschach		3		
Latschach			8,8	11,6
Oberaichwald			6	5,4
Unteraichwald			b	b
KG Greuth		3		
Altfinkenstein			b	a
Outschena			_	a
Untergreuth			С	d
KG Ferlach		5		
Ledenitzen			4,4	5
Mallenitzen			7,7	1,8
Oberferlach			С	d
Petschnitzen			e	e
Unterferlach			e	38,8

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Hohenthurn	6			
KG Dreulach		3		
Achomitz			21,8	30,3
Dreulach			11,8	3,1
Göriach			a	5,5
Nötsch	17			
Danas	10			
Rosegg	18	0		
KG Berg		8		
Berg			a	a
Buchheim			a	a
Dolintschach			_	_
Obergoritschach			_	b
Pirk			a	9,8
Raun			e	e
St. Johann			_	_
Untergoritschach			a	a
St. Jakob i. R.	21	21	16,4	18,7
Dragositschach			a	a
Dreilach			b	b
Feistritz			13,2	14,4
Fresnach			_	_
Frießnitz			18,2	15,5

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Gorintschach			b	d
Greuth			e	e
Kanin			d	13,7
Längdorf			10,9	14,5
Lessach			e	e
Maria Elend			13,8	12,5
Mühlbach			24,9	31,2
Rosenbach			5,9	9,1
St. Jakob			19,2	22,2
St. Oswald			6,9	8,7
St. Peter			e	65,1
Schlatten			13,8	14,1
Srajach			25,4	32,7
Tallach			9,3	9,8
Tösching			e	e
Winkl			7,1	14,8
Velden	30			
KG Latschach		3		
Dieschitz			15,6	26,2
Latschach			15,2	18
Pulpitsch			d	e
KG St. Egyden		2		
St. Egyden			7,3	7
Treffen			С	e

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991		
Wernberg	24					
BEZIRK VÖLKERMARKT	BEZIRK VÖLKERMARKT					
Bleiburg	23	23				
Aich			50,6	63,9		
Bleiburg			16,2	14,8		
Dobrowa			_	_		
Draurain			_	_		
Ebersdorf			12,4	18		
Einersdorf			43,8	41,3		
Grablach			_	_		
Kömmel			e	e		
Kömmelgupf			_	_		
Loibach			36,6	39,8		
Lokowitzen			_	_		
Moos			60,4	82,1		
Replach			С	e		
Rinkenberg			39,5	67,1		
Rinkolach			e	e		
Ruttach			e	e		
St. Georgen			e	d		
St. Margarethen			e	e		
Schattenberg			_	e		
Schilterndorf			49,7	56		
Weißenstein						

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Wiederndorf			33,7	50,9
Woroujach			С	e
Diex	7			
KG Haimburgerberg		1		
Haimburgerberg			11	19,8
Eberndorf	25			
KG Mökriach		4		
Hof			С	d
Mökriach			e	e
Oberburg			a	a
Pudab			_	_
KG Gösselsdorf		3		
Gösselsdorf			14,4	12,1
Homitzberg			_	_
Unterbergen			_	a
KG Eberndorf		2		
Buchhalm			6,3	5
Eberndorf			11,1	14,4
KG Gablern		4		
Gablern			15,2	22,6
Hart			1,5	a
Köcking			13,3	20,8
Loibegg			b	С

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
KG Edling		3		
Edling			12,6	9,9
Humtschach			2,3	0,7
Mittlern			8,7	10,1
KG Buchbrunn		2		
Buchbrunn			a	11,8
Oberburg			a	a
Eisenkappel-Vellach	14	14		
Bad Eisenkappel			23,2	23,1
Blasnitzen			e	e
Ebriach			66,4	62,3
Koprein Petzen			_	_
Koprein Sonnseite			e	e
Leppen			61,2	67,3
Lobnig			64,3	82
Rechberg			16,6	12,8
Remschenig			e	e
Trögern			e	e
Unterort			a	a
Vellach			41,5	50,7
Weißenbach			_	_
Zauchen			26,3	14,7

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Feistritz o. Bleiburg	15	15	33,2	43,9
Dolintschitschach			_	e
Feistritz o. Bleiburg			32,4	46,9
Gonowetz			21,5	22,2
Hinterlibitsch			d	e
Hof			35	57,8
Lettenstätten			37,9	44,6
Penk			13,7	17
Pirkdorf			39,3	e
Rischberg			_	_
Ruttach-Schmelz			_	_
St. Michael			39,9	54
Tscherberg			e	82,4
Unterlibitsch			d	e
Unterort			45,9	52,9
Winkel			_	_
Gallizien	20			
KG Abtei		3		
Abtei			15,8	d
Freibach			d	e
Robesch			b	С
Globasnitz	10	10	42,2	50,8
Globasnitz			37,1	41,6

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Jaunstein			44,8	68,8
Kleindorf			58,6	62,5
Pirkdorf			_	_
Podrain			_	_
St. Stefan			41,6	51,3
Slovenjach			_	_
Traundorf			27,3	46
Tschepitschach			e	e
Unterbergen			e	e
Wackendorf			58,6	57,3
Griffen	35			
Zauchen	16			
KG Schwabegg		5		
Draugegegend			_	_
Hart			a	С
Oberdorf			e	d
Schwabegg			26,6	27,7
Unterdorf			e	e
I		1		
KG Heiligenstadt				
KG Heiligenstadt Heiligenstadt				
		2	_	_
Heiligenstadt		2	e	- d

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Ruden	18			
Sittersdorf	27	27	19,6	19,3
Altendorf			14,4	16
Blasnitzenberg			_	_
Dullach			_	_
Goritschach			20,3	13,1
Hart			_	_
Homelitschach			_	_
Jerischach			a	a
Kleinzapfen			С	С
Kristendorf			e	e
Miklauzhof			a	a
Müllnern			28,3	38,1
Obernarrach			e	e
Pfannsdorf			b	С
Pogerschitzen			e	e
Polena			e	e
Proboj			21,7	21,9
Rain			_	_
Rückersdorf			17,9	22,6
Sagerberg			e	d
Sielach			15,5	17,8
Sittersdorf			15,6	20,3
Sonnegg			С	a

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Tichoja			e	e
Weinberg			7,8	9,1
Wigasnitz			_	_
Winkel			_	_
Wrießnitz			_	_
St. Kanzian	37			
KG St. Veit		2		
Horzach II			e	e
St. Veit i. J.			23,5	24,8
KG Lauchenholz		6		
Lauchenholz			e	e
Nageltschach			50,8	41,1
St. Primus			34,6	37,9
Steinerberg			a	a
Unternarrach			e	e
Vesielach			e	e
KG Grabelsdorf		5		
Grabelsdorf			30,6	40,7
Lanzendorf			_	_
Mökriach			e	e
Oberburg			_	_
Obersammelsdorf			e	e
KG Srejach		4		
Horzach I			d	e

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphiere- gelung	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 2001	Anteil Slo- wenisch- sprachiger 1991
Sertschach			3,4	2,2
Srejach			12,4	13,5
Unterburg			10,4	14,8
Völkermarkt	79			
Ortschaften insgesamt	747			
Ortschaften zweisprachig		255		
	über 30 Ei	inw.: 216		

Das Modell 2: Grundlage: die VO 1977 sowie Ortschaften mit über 75 Einwohnern und mehr als 10 Prozent an Slowenischsprachigen

Legende: a bis 10 Prozent

b 10–15 Prozent c 15–20 Prozent d 20–25 Prozent e über 25 Prozent

- nicht ausgewertet (unter 30 Einwohner)

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
BEZIRK HERMAGOR				
Hermagor	21	2		
Dellach			d	16,7
Latschach			b	a
BEZIRK KLAGENFURT I	LAND			
Ebenthal	21	7		
Lipizach			d	e
Radsberg			58,4	e
Tutzach			35	30,6
Werouzach			e	e
Kossiach			e	e
Schwarz			9,5	11,2
Kreuth			47,7	e
Feistritz i. R.	8	4		
Suetschach			15,8	13,4

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Matschach			16,4	16,7
Hundsdorf			26,7	14,6
St. Johann			33	41,9
FERLACH	27	6		
KG Windisch Bleiberg				
Bodental			34,7	47,8
Strugarjach			_	_
Windisch Bleiberg			38,3	57,3
KG Loibltal				
Loibltal			e	e
außerdem:				
Glainach			b	11,4
Waidisch			38,2	e
Köttmannsdorf	23	3		
St. Gandolf			10,7	6,5
Trabesing			13,6	14,4
Tschachoritsch			15,9	16,7
Ludmannsdorf	17	17	28,3	29,6
Bach			С	14,4
Edling			21	26,7
Fellersdorf			e	e
Franzendorf			30,8	22,6

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Großkleinberg			С	e
Ludmannsdorf			44,4	48,7
Lukowitz			9,7	a
Moschenitzen			e	e
Muschkau			b	b
Niederdörfl			С	С
Oberdörfl			26,6	22,3
Pugrad			21,2	19,7
Rupertiberg			d	e
Selkach			46,2	С
Strein			e	_
Wellersdorf			32,3	30,4
Zedras			b	-
Keutschach	15	3		
Höflein			10	10,1
Plaschischen			11,6	14,2
Plescherken			14,7	22,3
Schiefling	14	2		
Techelweg			e	37,1
St. Kathrein			11,5	С
St. Margareten	12	4		
Gupf			b	a

		1		
Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Niederdörfl			13,1	12,5
St. Margareten			12,7	10,2
Trieblach			e	e
Zell	7	7		
Zell Freibach			84,7	92,5
Zell Homölisch			_	_
Zell Koschuta			_	_
Zell Mitterwinkel			e	e
Zell Oberwinkel			e	e
Zell Pfarre			93,2	93,2
Zell Schaida			91,4	99
BEZIRK VILLACH LAND)			
Arnoldstein	21	1		
Hart			11,9	13,1
Finkenstein	28	7		
Sigmontitsch			С	b
Goritschach			b	11,8
Unteraichwald			b	b
Altfinkenstein			b	a
Oberferlach			С	d
Petschnitzen			e	e
Unterferlach			e	38,8

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Hohenthurn	6	2		
Achomitz			21,8	30,3
Dreulach			11,8	3,1
Rosegg	18	1		
Frög			d	с
St. Jakob i. R.	21	13	16,4	18,7
Feistritz			13,2	14,4
Frießnitz			18,2	15,5
Gorintschach			b	d
Greuth			e	e
Kanin			d	13,7
Längdorf			10,9	14,5
Lessach			e	e
Maria Elend			13,8	12,5
Mühlbach			24,9	31,2
St. Jakob			19,2	22,2
St. Peter			e	65,1
Schlatten			13,8	14,1
Srajach			25,4	32,7
Velden	30	3		
Dieschitz			15,6	26,2
Latschach			15,2	18

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Treffen			С	e
BEZIRK VÖLKERMARK	T			
Bleiburg	23	23		
Aich			50,6	63,9
Bleiburg			16,2	14,8
Dobrowa			_	_
Draurain			_	_
Ebersdorf			12,4	18
Einersdorf			43,8	41,3
Grablach			_	_
Kömmel			e	e
Kömmelgupf			_	_
Loibach			36,6	39,8
Lokowitzen			_	_
Moos			60,4	82,1
Replach			С	e
Rinkenberg			39,5	67,1
Rinkolach			e	e
Ruttach			e	e
St. Georgen			e	d
St. Margarethen			e	e
Schattenberg			-	e
Schilterndorf			49,7	56
Weißenstein			_	_

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Wiederndorf			33,7	50,9
Woroujach			С	e
Diex	7	1		
Haimburgerberg			11	19,8
Eberndorf	25	8		
Mökriach			e	e
Gösselsdorf			14,4	12,1
Eberndorf			11,1	14,4
Gablern			15,2	22,6
Köcking			13,3	20,8
Loibegg			b	С
St. Marxen			b	10,3
Edling			12,6	9,9
Eisenkappel-Vellach	14	14		
Bad Eisenkappel			23,2	23,1
Blasnitzen			e	e
Ebriach			66,4	62,3
Koprein Petzen				_
Koprein Sonnseite			e	e
Leppen			61,2	67,3
Lobnig			64,3	82
Rechberg			16,6	12,8

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Remschenig			e	e
Trögern			e	e
Unterort			a	a
Vellach			41,5	50,7
Weißenbach			_	_
Zauchen			26,3	14,7
Feistritz o. Bleiburg	15	15	33,2	43,9
Dolintschitschach			_	e
Feistritz o. Bleiburg			32,4	46,9
Gonowetz			21,5	22,2
Hinterlibitsch			d	e
Hof			35	57,8
Lettenstätten			37,9	44,6
Penk			13,7	17
Pirkdorf			39,3	e
Rischberg			_	_
Ruttach-Schmelz			_	_
St. Michael			39,9	54
Tscherberg			e	82,4
Unterlibitsch			d	e
Unterort			45,9	52,9
Winkel			_	_

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Gallizien	20	2		
Abtei			15,8	d
Enzelsdorf			21,7	21,2
Globasnitz	10	10	42,2	50,8
Globasnitz			37,1	41,6
Jaunstein			44,8	68,8
Kleindorf			58,6	62,5
Pirkdorf			_	_
Podrain			_	_
St. Stefan			41,6	51,3
Slovenjach			_	_
Traundorf			27,3	46
Tschepitschach			e	e
Unterbergen			e	e
Wackendorf			58,6	57,3
Neuhaus	16	6		
Draugegegend			_	_
Hart			a	С
Oberdorf			e	d
Schwabegg			26,6	27,7
Unterdorf			e	e
Heiligenstadt		_	_	_

Gemeinde im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens	Anzahl der Tafeln im Geltungs- bereich	Anzahl der Ortschaften im Rahmen der Topo- graphie- regelung	Anteil Slowenisch- sprachiger 2001	Anteil Slowenisch- sprachiger 1991
Sittersdorf	27	8	19,6	19,3
Altendorf			14,4	16
Goritschach			20,3	13,1
Müllnern			28,3	38,1
Pfannsdorf			b	С
Proboj			21,7	21,9
Rückersdorf			17,9	22,6
Sielach			15,5	17,8
Sittersdorf			15,6	20,3
St. Kanzian	37	9		
St. Veit i. J.			23,5	24,8
Lauchenholz			e	e
Nageltschach			50,8	41,1
St. Primus			34,6	37,9
Vesielach			e	e
Grabelsdorf			30,6	40,7
Obersammelsdorf			e	e
Srejach			12,4	13,5
Unterburg			10,4	14,8
Ortschaften insgesamt	747			
Ortschaften zweisprachig		178		

Wenn die Eule der Minerva ihren Flug beginnt...

Zur aktuellen Entwicklung der Volksgruppenorganisationen

Fragen der Neuausrichtung und Umstrukturierung der Volksgruppenvertretung sind seit Jahren ein "Dauerbrenner", wie Hren zur gemeinsamen Vertretung der Volksgruppe im Jahrbuch für Politik bereits 2008 feststellt.¹ Daran hat sich nach wie vor nichts geändert. Ganz im Gegenteil, der Dauerbrenner ist durch die Ereignisse innerhalb der Volksgruppenorganisationen in den letzten beiden Jahren noch einmal intensiviert worden. Insbesondere die Frage der gemeinsamen Vertretung wurde durch die Vorgänge innerhalb einer der Organisationen tatsächlich virulent, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu führen.

Die aktuellen Ereignisse werfen Fragen nach einer Zäsur in der bisherigen Frontstellung einzelner Organisationen und nach einer Veränderung der Kultur auf. Sind wir tatsächlich an einem Punkt angelangt, wo die von Hegel² beschworene – nach Hobsbawm³ den Abklang des Nationalismus schon andeutende⁴ – und Klugheit bringende Eule der Minerva ihren Flug in der Dämmerung beginnen kann? Wäre es möglich, die bisherigen Momente politischen Kalküls und nationale Kategorien innerhalb der Organisationen reflektierend zu überwinden, um zu gemeinsamen, der pluralistisch postmodernen Welt gerecht werdenden Lösungsansätzen zu gelangen?

Um diese Frage auch nur im Ansatz zu beantworten ist es notwendig, die Ereignisse im Beobachtungszeitraum 2008–2010 innerhalb der Volksgruppenorganisationen zu betrachten. Welche Entwicklung haben die Organisationen genommen? Welche Ausrichtung wurde und wird vertreten, welche Veränderungen sind sichtbar? Darauf aufbauend lassen sich skizzenhaft Momente identifizieren, die bisher dem gemeinsamen Vorgehen oder einer gemeinsamen Vertretung entgegenstehen, um letztlich auf mögliche Perspektiven einzugehen.

1. Ausrichtung und Standpunkte

Als Basis der weiteren Betrachtung werden nun die für den vorliegenden Beitrag zentralen Standpunkte der drei vereinsmäßig konstituierten

Organisationen sowie der Einheitsliste als politischer Partei am Beginn des Beobachtungszeitraumes dargestellt.

- ☐ Der Rat der Kärntner Slowenen, nach eigenen Angaben 1949 als "Sammelbecken der christlichen Bevölkerungsmehrheit"5 durch Joško Tischler gegründet, begreift sich als dem "christlichen Weltbild" verbunden und ruft als "Serviceeinrichtung" noch 2008 seine Mitglieder dazu auf, sich ihrer Rechte zu bedienen, auch "wenn Sie dann unberechtigterweise als 'Hardliner' und 'Extremist' bezeichnet werden"6. Hauptziel ist zur selben Zeit neben der Einmahnung der Minderheitenrechte die Einrichtung und Schaffung einer gemeinsamen Vertretung für die Volksgruppe.⁷ In diesem Sinne wird die dreigeteilte Organisationsstruktur vom damaligen Obmann Grilc und Stellvertreter Vouk als "überholt" begriffen, wie auch die Volksgruppenfrage nicht mehr als "ideologische Frage" interpretiert wird. Dementsprechend habe sich auch das Vorgehen des Rates gemäßigt, wenngleich die Organisation durch den Wandel in den anderen Vertretungen als die "radikalere" gilt, so das Credo 2008. Eingetreten wird jedenfalls für eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Vertretung der Volksgruppe, ihrerseits legitimiert durch demokratische Wahlen. Dem entgegen steht das Kalkül von Funktionären innerhalb der Organisationen sowie der Politik. Die vom Rat vertretene Gruppe wird schließlich als eine mit nationaler Identität betrachtet, wodurch sie sich als Volksgruppe von einer bloßen Sprachgruppe unterscheidet. Das Bekenntnis zu dieser Gruppe gilt dabei als Voraussetzung ihres Überlebens.8 Für die Zusammenarbeit mit dem Zentralverband besteht ein Koordinationsausschussübereinkommen.9
- ☐ Die Gemeinschaft der Kärntner Slowenen, gegründet 2003 infolge von Auseinandersetzungen innerhalb des Rates der Kärntner Slowenen und des Rücktritts Bernard Sadovniks als dessen Obmann, fokussiert neben den aktuellen volksgruppenpolitischen Fragen überwiegend auf den Erhalt von Sprache und Kultur, aber auch auf ökonomische und soziale Belange.¹⁰ Angesprochen werden dabei neben den Mitgliedern der Volksgruppe auch alle übrigen Personen, die der slowenischen Sprache verbunden sind und dementsprechend ihre Sprachkompetenz erhalten oder diese erst erwerben wollen. Der Forderung nach einer einheitlichen Vertretung wird mit dem Hinweis auf die Pluralität der Volksgruppe und dem Anspruch des Rates auf alleinige Vertretung entgegengetreten. Stattdessen favorisiert die Gemeinschaft das Modell eines Koordinationsausschusses aller drei Vertretungsorganisationen, um zu gemeinsamen Stellungnahmen zu gelangen, wie Sadovnik 2008 ausführt. Ein derartiger Verbindungsausschuss besteht hierfür mit dem Zentralverband Slowenischer Organisationen, an dessen Seite die Gemeinschaft auch der Konsensgruppe angehört.¹¹

- ☐ Der Zentralverband Slowenischer Organisationen, 1955 hervorgegangen aus der Demokratischen Front des Wehrtätigen Volkes (vormals Osvobodilna fronta/OF), begreift sich als "überparteilicher Dachverband der Kärntner Slowenen mit liberaler Ausrichtung". 12 Die Trennung der Organisationen wird aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Orientierung als wichtig erachtet, politische Homogenität unter Verweis auf diese Pluralität abgelehnt. Kooperationen zwischen den Organisationen gelten aber als wertvoll, so Sturm 2008. 13 Einer Ethnisierung der Volksgruppenpolitik zur Schaffung klarer kollektiver Grenzziehungen und Ausübung der sozialen Kontrolle innerhalb dieser Kollektive - wie für Rat und Einheitsliste attestiert - wird mit dem Hinweis entgegengetreten, dass diese "kongenial" zur Politik wirke.14 Gemeinsam mit der Gemeinschaft ist der Zentralverband Mitglied der Konsensgruppe und mit dieser durch den Verbindungsausschuss sowie mit dem Rat durch den erweiterten Koordinationssauschuss zur Zusammenarbeit vernetzt.
- ☐ Die Einheitsliste, 1991 hervorgegangen aus einem Zusammenschluss des "Klubs der slowenischen Gemeinderäte" und der "Kärntner Einheitsliste", befindet sich am Beginn des Beobachtungszeitraumes in einem Umbruch begriffen. Eine zentrale Forderung bildet neben der Gleichberechtigung der Volksgruppe jene nach einem gesetzlich fixierten Mandat für einen Minderheitenvertreter im Kärntner Landtag. Als innerhalb der Volksgruppe "weltanschaulich offene Sammelpartei" und Südkärntner Regionalpartei versteht sich die Einheitsliste - mit Schwerpunkten in Sprachen-, Regional- und Nachbarschaftspolitik - grundsätzlich offen für jedermann. Im Sinne einer "zweisprachigen Regionalpartei^{"15} gilt dies auch in Richtung Mehrheitsbevölkerung. ¹⁶ Entsprechend der Eigenwahrnehmung als einzig demokratisch legitimierte Vertretungsorganisation der Volksgruppe tritt die Einheitsliste dafür ein, dass die vereinsmäßig konstituierten Organisationen in einem gemeinsamen, demokratischen Wahlen unterliegenden Gremium zusammenfinden. Pluralismus ist dabei gerade innerhalb einer kleinen Volksgruppe ein diffiziles Anliegen in Bezug auf die Vertretung, da verschiedene Organisationen schon zu ihrer Legitimation unterschiedliche Standpunkte einnehmen müssen, wobei sich die entgegengerichtete Politik folglich nur mehr auf den passenden Standpunkt oder die Uneinigkeit der Organisationen berufen muss, so Landesobmann Smrtnik 2008.17

Ein Vergleich der Standpunkte legt ein breites Meinungsspektrum offen: So vertritt der Rat tendenziell engere Identitätskonzepte, wie die Wahrnehmung der repräsentierten Gruppe als einer mit nationaler Identität nahelegt. Damit verbunden ist ein intensives Beschreiten des Rechtsweges, um

auf diesem Wege Lösungen für die aktuellen Probleme in der Volksgruppenfrage zu finden. Favorisiert wird letztlich eine gemeinsame, öffentlich rechtliche Vertretung der Volksgruppe. Der Zentralverband beteiligt sich demgegenüber an der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte im Rahmen des Konsens- bzw. Dialogprozesses als Basis für gemeinsame Lösungen. Dies geschieht unter Betonung einer pluralistischen Sicht auf die Identität der vertretenen Gruppen. Der Meinungspluralismus innerhalb der Volksgruppe ist folglich auch das Hauptargument der Organisation gegen eine gemeinsame Vertretung. Die Gemeinschaft, ebenfalls beteiligt am Konsensprozess, wendet sich durch den Fokus auf Sprache und Kultur volksgruppenübergreifend an Interessierte, wie auch die Einheitsliste als Regionalpartei eine Öffnung in Richtung Mehrheitsbevölkerung vollzieht. Während die Gemeinschaft aber einen Ausschuss zur Koordination gemeinsamer Standpunkte (wie dies ebenfalls von Seiten der Einheitsliste 2009 vorgeschlagen wurde) befürwortet, tritt die Einheitsliste zu diesem Zeitpunkt für eine gemeinsame Vertretung ein. Das aufgezeigte Spektrum verdeutlicht die angesprochene Pluralität der Organisationen, obwohl deren Ziele in Bezug auf die volksgruppenpolitischen Anliegen oftmals kaum differieren.¹⁸

2. Entwicklungen 2008–2010

Vor dem Hintergrund der skizzierten Ausrichtung am Beginn des Beobachtungszeitraumes werden im Folgenden die wesentlichen Entwicklungsstränge exemplarisch herausgestrichen, um darauf aufbauend die wichtigsten Ursachen und Hindernisse dieser Entwicklungen zu identifizieren. Der Fokus liegt dabei auf jenen Ereignissen, die eine Änderung in den oben genannten Standpunkten bewirken, und ist daher am stärksten mit den Vorgängen innerhalb des Rates der Kärntner Slowenen verknüpft.

Zentrale Handlungsmomente sind dabei jedenfalls:

- Die T\u00e4tigkeit und Auszeichnungen der Konsensgruppe sowie die damit einhergehende vehemente Kritik des Rates an der Konsensgruppe;
- die Verfolgung der Strategie der Durchsetzung der Minderheitenrechte auf dem Rechtswege sowie die wiederholte Ankündigung einer Internationalisierung der Minderheitenfrage;
- die Diskussionen um eine gemeinsame Vertretung, intensiviert durch die versuchte Selbstauflösung des Rates;
- die Neustrukturierung des Rates infolge der Wahl Valentin Inzkos zum Obmann der Organisation.

a) Die Diskussion um den Konsensprozess

Betrachtet man den ersten Handlungsbereich, so gelingen der Konsensgruppe, an welcher Zentralverband und Gemeinschaft beteiligt sind, politisch und medial wohlwollend wahrgenommene Veranstaltungen, wie jene zum 10. Oktober 2008 in Ludmannsdorf. Für ihre bisherige Tätigkeit wird die Konsensgruppe folglich im Juli 2009 ausgezeichnet mit dem Europäischen Bürgerpreis des Europaparlamentes. Im Oktober würdigt die Stadt Villach die Konsensgruppe durch die Verleihung des Kulturpreises, gefolgt von der Auszeichnung mit dem "Österreichischen Verfassungspreis" durch das Forum Verfassung im Dezember 2009.

Parallel dazu werden gemeinsame Opfer-Gedenkveranstaltungen durchgeführt: Dies geschieht etwa unter Beteiligung des Kärntner Heimatdienstes an der zweisprachigen Gedenkstunde von Memorial Kärnten-Koroška im Oktober 2008 zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus sowie gemeinsam mit dem Zentralverband Slowenischer Organisationen im Mai 2009 vor dem "Denkmal der Namen" in Villach und in Leše/Liescha.

Begleitet werden diese und andere Veranstaltungen¹9 wie auch die Auszeichnungen der Konsensgruppe von scharfer Kritik prominenter Mitglieder der Volksgruppe und des Rates der Kärntner Slowenen. In diesem Sinne wird schon im Mai 2008 eine Protestkundgebung der neu ins Leben gerufenen Initiative für Rechtsstaat und Demokratie durchgeführt, welche unter anderem "gegen die neuen Zweckbündnisse mit 'Heimatverbänden' und Exponenten der fremdenfeindlichen und rassistischen Rechtsparteien in der EU″²⁰ auftritt und damit ein Signal gegen die Konsensgruppe sendet. Auch die Gewährung einer Unterstützung an die Dialogprozess-Plattform "Kärnten neu denken" in Höhe von € 200.000,− deutet der Rat im April 2009 als "Anschlag auf die autochthonen Volksgruppen in ihrem Kampf ums Überleben".²¹

Ebenso deutlich ergeht die Kritik im Oktober 2009 an einem von Zentralverband und Heimatdienst mitorganisierten Treffen der Kulturen in Marburg, wobei in einer eigens veranstalteten Pressekonferenz durch den Obmann des Rates, Karel Smolle, von Plänen, "die Germanisierung nach Slowenien zu bringen" die Rede ist.²² In einem offenen Brief an die "Kleine Zeitung" wird zudem die Teilnahme von "Angehörigen des Verbandes der Kameradschaft IV der Waffen-SS" neben jener des KHD-Vorstandsmitgliedes Andreas Mölzer beanstandet.²³

Ähnlich klingen die Aussagen Smolles in dessen Rede zur Verleihung des Einspielerpreises durch den Rat der Kärntner Slowenen an den Präsidenten der Wirtschaftskammer Kärnten, Franz Pacher, im Dezember 2009. Darin bezeichnet er die Konsensgruppe als "Feigenblatt", da sie den Dia-

log nur vorspiegle und der Heimatdienst seine vergangenen Positionen nicht widerrufen habe und sich nicht ausreichend von rechtsextremen Positionen abgrenze. Dabei spanne die Konsensgruppe "zwei naive, mit den eigenen Leuten dialogunfähige Slowenenführer vor den Kärntner Leiterwagen, und auf geht's von einer Preisverleihung zur nächsten"²⁴. Für einen solchen Dialog sei "der Rat nicht zu haben, wohl aber für einen Dialog auf Basis des Rechtsstaates"²⁵, schließt Smolle daraus und wird umgehend in der Ansprache des Preisträgers zur Anerkennung der neuen Wege, die von den Proponenten der Konsensgruppe beschritten werden, gemahnt.²⁶

Eine letzte deutliche Auseinandersetzung zwischen dem Rat der Kärntner Slowenen und dem Heimatdienst als Mitglied der Konsensgruppe ergibt sich infolge des Vorwurfes der Generalsekretärin des Rates, Angelika Mlinar, die Volksgruppe vernichten zu wollen.²⁷ Einen daraufhin angebotenen Vergleich lehnt Mlinar unter Nennung zweier Voraussetzungen ab: Der Heimatdienst habe sein Vermögen an slowenische Kultur- und Bildungseinrichtungen zu übertragen und sich anschließend aufzulösen.²⁸ Die daraufhin vom Heimatdienst eingebrachte Klage wird vom Landesgericht zurückgewiesen.

b) Durchsetzung der Minderheitenrechte und Internationalisierung der Minderheitenfrage

Ein weiterer Handlungsstrang lässt sich erblicken in der kontinuierlichen Forderung nach Umsetzung der Minderheitenrechte durch alle Organisationen – auch im Rahmen der Konsensgruppe. Der Rat verfolgt dieses Ziel auf rechtlichem Wege mittels Einleitung weiterer Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof. Zudem äußert man im August 2009 vehemente Kritik an der Staatsanwaltschaft wegen der Einstellung des Verfahrens gegen Landeshauptmann Dörfler und bringt einen Antrag auf Fortführung des Verfahrens ein. Zeitgleich kündigt Rats-Obmann Smolle medienwirksam die Europäisierung der Minderheitenfrage an.²⁹ Das zum Ausdruck gebrachte Unverständnis für die Einstellung des Verfahrens gegen Dörfler wird überdies verbunden mit der Aufforderung, die Ortstafelfrage zu einem zentralen Anliegen der Bundesregierung zu erheben. 30 Nachdem solche Aufforderungen an Bundeskanzler und Landeshauptmann jedoch ohne Erfolg bleiben, wird im September 2009 erneut die Internationalisierung in Aussicht gestellt und dabei auf die Unterstützung Sloweniens gepocht, da Präsident Türk seinerseits die Rechtsnachfolge in den Österreichischen Staatsvertrag thematisiert hat. Intendiert sind dadurch Verhandlungen der Minderheitenfrage in Europaparlament, Europarat oder UNO.31

Auf die von Landeshauptmann Dörfler im Februar 2010 zur Lösung der Problematik vorgeschlagene Anbringung dreisprachiger Aufschriften reagiert der Rat mit dem dreisprachigen Vorwurf der Dummheit/neumnost/stupiditá, da in Kärnten keine italienische Volksgruppe existiere, und fordert den Landeshauptmann ebenfalls dreisprachig zum Rücktritt auf. ³² Zur bisherigen Strategie des Rates in der Durchsetzung der Minderheitenrechte bemerkt der Obmann des Volksgruppentages, Jože Wakounig, auf dem Volksgruppentag am 29. März 2010: "Jawohl, der Rat ist radikal, er geht bis an die Wurzeln, wenn die Rechte unserer slowenischen Gemeinschaft auf der Waagschale sind."³³ In diesem Punkt dürfe man "weder Kompromissler noch Konsensler"³⁴ sein.

Erneute gerichtliche Auseinandersetzungen bewirkt schließlich das Verfahren wegen Amtsmissbrauchs gegen den Bürgermeister von St. Kanzian im Juni 2010, der sich geweigert hatte, Zahlungsbescheide für Gemeindebürger in slowenischer Sprache auszustellen. Das Verfahren endet sehr zur Enttäuschung des Rates mit einem Freispruch.³⁵

Neue Hoffnung auf eine Lösung der rechtlichen Fragen bringt jedenfalls die im Jahr 2010 in Angriff genommene Reform des Volksgruppengesetzes, an der sich Vertreter aller Organisationen beteiligen.

c) Die Selbstauflösung des Rates und die Diskussion um eine gemeinsame Vertretung

Die intensivsten Diskussionen entbrennen im ersten Halbjahr 2010 jedoch in einem dritten Handlungsbereich: um die Frage der Selbstauflösung des Rates der Kärntner Slowenen und einer damit möglicherweise verbundenen Neugestaltung aller Volksgruppenorganisationen. Diese Auflösung kündigt der Rat als Inhalt eines Volksgruppentages im März 2010 an. Damit einher geht die Aufforderung an die anderen Organisationen, sich ebenfalls aufzulösen, um eine gemeinsame Vertretungskammer zu schaffen, deren Präsident einen Sitz im Landtag bekleiden soll. Sowohl Gemeinschaft als auch Zentralverband lehnen diese gemeinsame Organisation unter Verweis auf ihre bereits angeführten Standpunkte zur Pluralität innerhalb der Volksgruppe ab. Vielmehr wird ein taktisches Manöver des Rates gegenüber Slowenien ausgemacht, das seine finanzielle Unterstützung für die Organisationen auf die Hälfte reduziert hat. Sturm ortet außerdem eine Homogenisierung auf eine politische Option "gegen Dialog und Konsens".36

Zur Gewährleistung einer gemeinsamen Vertretung beschließt nun die Gemeinschaft ihrerseits die Gründung eines Koordinationsausschusses mit dem Angebot an die Mitglieder des Rates zur Zusammenarbeit.³⁷ Der Rat jedoch versucht der eigenen Forderung nach einer einheitlichen, demo-

kratisch gewählten Vertretung durch das Festhalten an der Selbstauflösung Nachdruck zu verleihen. Dies geschehe, nach Angaben der Obleute Smolle und Vouk, aus mehreren Gründen: Einerseits würde man sowohl in Slowenien als auch in Österreich kein Gehör finden, andererseits habe Slowenien die finanziellen Mittel halbiert. Zusätzlich wäre es dadurch möglich, den Verlust des Ansehens der Verbände durch eine neue Organisation zu kompensieren und die Zuschreibung der radikalen Position an einzelne Organisationen bzw. Volksgruppenvertreter aufzubrechen.³⁸

Smolle äußert im Zuge hitziger Diskussionen im Vorfeld des entscheidenden Volksgruppentages sogar den anonymen Verdacht der "Korruption" unter Slowenenvertretern und betont – passend zum ersten Handlungsstrang –, man sei unter den Organisationen "auseinander", da der Rat von einer Kooperation mit "reaktionären Verbänden" wie dem Kärntner Heimatdienst und dessen Vorstandsmitglied Andreas Mölzer nichts wissen wolle.³⁹

Die angekündigte Auflösung des Rates erfolgt am 29. März 2010 jedoch nicht. Stattdessen wird im Zuge der Abstimmung mit 34 zu 11 Stimmen und zwei Enthaltungen der Weiterbestand des Rates beschlossen und die Fortführung durch das bisherige Präsidium bis zu Neuwahlen festgelegt.⁴⁰

Angeregt durch den erwähnten Prozess zur Reform des Volksgruppengesetzes ergeht im April 2010 nun auch seitens der Gemeinschaft der Aufruf an die Bundesregierung zur Schaffung einer demokratisch gewählten, öffentlich-rechtlichen Vertretungsorganisation für die Volksgruppe.⁴¹

d) Die Wahl Valentin Inzkos

Die Zeit bis zu den angesetzten Neuwahlen nutzt der Rat, um Valentin Inzko, Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, als Kandidaten zu gewinnen. Dies gelingt und Inzko wird nach einigem Hin und Her – bewirkt durch die finanzielle Situation des Rates – am 20. Juni 2010 zum Obmann der Organisation gewählt. Diese Wahl eines internationalen Diplomaten an die Spitze der Organisation bewirkt positive Signale aller Vertreterorganisationen und politischen Parteien. So zeigt sich auch Landeshauptmann Dörfler nun gesprächsbereit, da Inzko international "hohes Ansehen" genieße.⁴²

Spürbar wird ein neues Klima zwischen den Volksgruppenvertretern in der am 21. Juni 2010 folgenden Streitkultur in Radio Kärnten betreffend die Zukunft der Volksgruppe. So spricht etwa Bernard Sadovnik von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Memorandums und einer "Aufbruchsstimmung" neben der von allen Vertretern gewünschten Lösung auf breiter Basis. Die Frage des Gremiums bezeichnet Inzko dabei als vorerst "zweitrangig" gegenüber einer guten Koordination in zentralen

Angelegenheiten, langfristig jedoch sei eine gemeinsame Vertretung wünschenswert; die Ortstafelfrage werde als "Frage der Identität" begriffen.⁴³

Vergleicht man diese Standpunkte mit den Positionen, welche noch im Dezember 2009 in derselben Sendung zur Vertretung der Volksgruppe geäußert werden, so ergibt sich ein konträr anmutendes Bild. Dieser Eindruck entsteht im Besonderen, da Karel Smolle bei dieser Gelegenheit dem Konsensprozess eine Absage erteilt und den Wunsch nach einem kleinen Parlament zur Meinungsfindung mit demokratischen Strukturen äußert. Dabei bekräftigen alle Vertreter ihre bisherigen, einander entgegengesetzten Positionen, signalisieren jedoch auch Zustimmung für die Einrichtung eines von Vladimir Smrtnik angeregten Koordinationsausschusses mit je zehn Vertretern jeder Organisation.⁴⁴

Im Juli 2010 begrüßt nun die Gemeinschaft den mit der Wahl Inzkos einhergehenden Umschwung im Rat der Kärntner Slowenen⁴⁵ sowie die Zusammenarbeit der drei Volksgruppenorganisationen und setzt diesen Vorschlag der Einheitsliste zur Einrichtung eines gemeinsamen Koordinationsausschusses um.⁴⁶

Ebenfalls im Juli betonen Landeshauptmann Dörfler und Valentin Inzko bei einem Treffen in Bosnien-Herzegowina die gute Gesprächsbasis. Inzko wolle dementsprechend eine Klimaverbesserung in Kärnten erreichen. Die (nach wiederholten Forderungen der Konsensgruppe, Bundespräsident Fischers und des slowenischen Präsidenten Türk) durch Bundeskanzler Faymann in Aussicht gestellte Lösung der Ortstafelfrage bis 2012 goutiert Dörfler in Übereinstimmung mit Inzko. Verlierer dürfe es dabei jedoch keine geben, hält Inzko fest. In diesem Sinne beurteilt auch der Rat in neuer Rhetorik die Aufstellung dreier korrekter zweisprachiger Ortstafeln – anstelle jener mit in die Tafel hinein montierten Zusatzschildern – nun als "erfreulichen Schritt". Ähnlich lauten die Reaktionen der übrigen Organisationen.

Nach den Gesprächen Außenminister Spindeleggers mit Vertretern der Konsensgruppe und Vertretern der Kärntner Slowenen im August 2010 wird von Landeshauptmann Dörfler zudem eine baldige Lösung der Ortstafelfrage erwähnt. Basis für eine derartige Lösung könnten nach Inzkos Vorstellungen sowohl Karner-Papier, der Schüssel- und Gusenbauer-Vorschlag, die interne Vereinbarung der Volksgruppenorganisationen 2007 sowie die VfGH-Erkenntnisse sein. Kritik kommt dabei nur von der Einheitsliste wegen der Nicht-Wahrnehmung eines Gesprächstermins mit selbiger anlässlich des Außenministerbesuchs in Kärnten.⁴⁹

Diese Gespräche wie auch die Signale von Seiten der Bundesregierung und des Kärntner Landeshauptmannes für eine baldige Lösung der Ortstafelfrage bewirken eine positive Wahrnehmung der Entwicklungen. Dies gilt insbesondere auch für die Beurteilung der Zusammenarbeit zwischen den drei Volksgruppenorganisationen, welche im Vorfeld der Unterredungen ihre Positionen im Rahmen einer gemeinsamen Besprechung (ausgenommen Einheitsliste) in den Räumen des Rates akkordieren.⁵⁰

3. Ursachen und Hindernisse

Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungsstränge lassen sich nun einige bedeutsame Faktoren identifizieren, welche die beschriebenen Ereignisse und die daraus erwachsene aktuelle Situation der Volksgruppenorganisationen mit bedingen.

Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt bei der Umgestaltung der derzeit sehr breit gefächerten Volksgruppenvertretung sind dabei die individuellen Interessen auf persönlicher und organisationspolitischer Ebene. Dabei zeigt sich jedenfalls eine dreigliedrige Problematik.

- □ So sichert zumindest eine besoldete Tätigkeit⁵¹ im Rahmen der Volksgruppenorganisationen zuallererst das persönliche Auskommen. Ändern sich die Strukturen und besteht damit die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, wird diese Existenzgrundlage bedroht. Dieser Faktor ist bekannt und noch kein Spezifikum der Volksgruppenvertretung, wird jedoch in den organisatorischen Überlegungen zur Umgestaltung, Zusammenlegung oder Vereinheitlichung von Strukturen eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Zusätzlich potenziert sich dieses Moment freilich an der Spitze einer Organisation, wo es auch darum geht, Arbeitsplätze für die Mitarbeiter und "Mitstreiter" zu sichern.
- □ Ein weiterer Stolperstein für die Neuausrichtung ergibt sich aus den Überlegungen Wielingers, wonach "die Tätigkeit in solchen Organisationen in vielen Fällen als Möglichkeit zur Gewinnung von Sozialprestige angesehen wurde"52. Personen aus Berufen oder Milieus ohne besonderes Sozialprestige können demnach durch die Tätigkeit in der Volksgruppenvertretung dieses Sozialprestige, oftmals verbunden mit politischem Einfluss, erlangen. Als quasi neue Eliten innerhalb der jeweiligen Volksgruppe sind sie sodann mitunter bemüht, Konflikte am Leben zu erhalten, da mit einem Ende der Konflikte sowohl eine Reduktion der Bedeutung der jeweiligen Organisation als auch eine Minderung des vermittelten Sozialprestiges verbunden sein könnte. Die "Aufgabe" eines Konfliktes könnte demnach auch die "Aufgabe" einer persönlichen Position bedeuten. Saumindest Inzko scheint nun einer derartigen Sozialprestige vermittelnden Position als international angesehener Diplomat nicht zu bedürfen.

□ Sind damit schon auf individueller Ebene das Engagement in einem Konflikt und die Tätigkeit in Vertretungsorganisationen in vielen Fällen miteinander verknüpft, so gilt dies umso mehr für die Legitimation, welche Vertretungsorganisationen aus Konflikten beziehen. So dient ein Konflikt dem jeweiligen Kollektiv dazu, Identitätsgrenzen stärker zu ziehen und die eigene Identität – in diesem Fall entlang ethnischer und sprachlicher Grenzlinien – von einem Gegenüber klar zu unterscheiden. Der Einsatz für die Interessen des Kollektivs verleiht der Vertretungsorganisation als Gesamtheit volksgruppenpolitische Bedeutung. Überdies lassen sich über die Vorstellung eines Kampfes für die eigene Sache Mitgliederzahlen maximieren. Zumindest kurzfristig mag daher zumindest unbewusst der Eindruck entstehen, Konflikte dienen einer Organisation.

Aus diesem Grund kann sich das politische Kalkül einer Organisation, bewusst oder unbewusst, auf die Aufrechterhaltung von Konflikten – mit Gruppen außerhalb der Volksgruppe – und kontroversen Standpunkten – innerhalb der Volksgruppe – richten. Auf lange Sicht jedoch werden die Mitglieder freilich eines ewig fortdauernden und kräfteraubenden Kampfes müde, zumal eine Minderheit sich per se gegenüber der Mehrheit in einer schlechteren Ausgangslage befindet. Diese Form des kollektiven Legitimationsgewinns einer Organisation aus einem Konflikt ist daher ein zweischneidiges Schwert, das langfristig der Organisation und weit mehr der von ihr vertretenen Gruppe Schaden zufügt. Diese Auswirkungen werden in den letzten Jahrzehnten auch zunehmend von allen Konfliktparteien begriffen (obwohl zumeist der jeweils anderen Seite die Ableitung einer Existenzberechtigung aus Konflikten attestiert wird).⁵⁵

Insbesondere die letztgenannten Tendenzen wirken komplementär zum Kalkül der politischen Entscheidungsträger und eröffnen einen weiteren Problembereich, wenn man nur an die gescheiterten Lösungsversuche der letzten Jahre denkt. Im Sinne des politischen Postulats "dive et impera", dessen sich die politischen Entscheidungsträger bedienen, wenn man der Volksgruppe vorwirft, nicht "mit einer Stimme zu sprechen", wurde und wird wiederholt versucht, politischen Lösungen aus dem Weg zu gehen. Zentraler Anknüpfungspunkt dieser Argumentation sind die Differenzierung der Vertreterorganisationen und deren abweichende Standpunkte. In den virulenten Fragen hat die Volksgruppe jedoch immer wieder zu einheitlichen Standpunkten gefunden und diese auch wahrnehmbar nach außen artikuliert. Erwähnt seien nur das Memorandum der Zentralorganisationen 1955 und weitere gemeinsame Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Schüssel- (2006) oder Gusenbauer-Vorschlag (2007). Diese Argumentation ist damit zwar eine Entsprechung zur Auffächerung der Organisationen, jedoch in den zentralen Fragen lediglich ein - zumindest bisher wirksames – Ablenkungsmanöver. Die nun intensiv artikulierte Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Organisationen nach der Wahl Inzkos zum Rats-Obmann vermag, sofern konsequent umgesetzt, einer solchen Strategie den Boden zu entziehen.

Ein ähnliches politisches Kalkül ortet Wakounig in der Aufteilung der Volksgruppenorganisationen in Konsensbefürworter und Konsensgegner im Zusammenhang mit den Entwicklungen rund um den Konsensprozess. Dies hat besonders unter Smolle, aber auch schon zuvor, dazu geführt, dass der Rat gegenüber den Vertretern der Konsensgruppe als "radikal" dargestellt wurde. Auch diese Strategie würde durch die in den letzten Monaten gehäuft postulierte Verständigungsbereitschaft und Lösungssuche auf möglichst breiter Basis obsolet.

In Auflösung begriffen sind, wie von den Vertretern mehrfach festgehalten, auch die ideologischen Differenzen der Volksgruppenorganisationen als weiterer Problembereich. Gemeint ist damit insbesondere die traditionelle politische Unterscheidung des Rates als Organisation des christlichkonservativen Teiles der Volksgruppe gegenüber dem Zentralverband als liberaler bzw. linker Vereinigung.⁵⁷ Weniger gilt dies noch für die Vertretung eines ethnozentristischen Modells in Bezug auf die vertretenen Gruppen auf Seiten des Rates, während der Zentralverband ein interkulturelles Modell im Sinne von Ethno- und Sprachpluralismus vertritt.⁵⁸ Bisherige Konzepte unter Reduktion der Identität auf Sprache und / oder Ethnie, wie sie von Seiten des Rates bedient wurden, entsprechen einer "solitaristischen Identität"59 im Sinne Amartya Sens, die vielfältige Identitätskonzepte auf einzelne Elemente verengt, um anhand dieser – als Grenzen – Kollektive zu stabilisieren und Konflikte auszutragen. Das Begreifen pluralistischer Identitätsstrukturen der Postmoderne, etwa ausgedrückt im Bezeichnen der Ortstafelfrage als "Frage der Identität", indiziert zumindest darin eine Änderung. Der Zentralverband hat sich dieser Erkenntnis bereits geöffnet, wie auch die Gemeinschaft (sprachlich/kulturell) und Einheitsliste (regionalpolitisch) eine Öffnung zur Mehrheitsbevölkerung vollziehen.

Relevant ist für die Entwicklung der Volksgruppenorganisationen letztlich auch die Rolle Sloweniens, für das die Kärntner Minderheitenfrage mitunter einen Teil der eigenen Innenpolitik ausmacht. Wiederholt wurde von dieser Seite der Ruf nach einer einheitlichen Minderheitenvertretung erhoben, zuletzt im Zusammenhang mit der Selbstauflösung des Rates. Dieser Versuch war seinerseits wiederum angestoßen durch die Halbierung der finanziellen Unterstützung Sloweniens für die Kärntner Organisationen.

Umsetzbar wäre die intendierte gemeinsame Vertretung nun mit einigem guten Willen aller Seiten mit Sicherheit. Organisatorische Fragen, wie die Gewährleistung demokratischer Legitimation für eine starke gemeinsame Außenvertretung sowie Wahlen ohne den Charakter einer Minderheitenfeststellung, ließen sich auf vielfältige Weise lösen. Dennoch bleiben die dargelegten Einwände der Organisationen, jeweils ein bestimmtes Segment der Volksgruppe zu vertreten, verbunden mit dem Hinweis auf deren Pluralität, bestehen und verhindern vorerst die Errichtung einer gemeinsamen Organisation. Der Rat weiß sich dabei von jeher in der mitgliederstärksten Position, was den Ruf nach einer einheitlichen Organisation aus dieser Richtung erleichtert. Immerhin verbliebe die einflussreichste Position in einer derartigen Struktur ohnehin bei der vermeintlich größten Gruppierung. Einen wesentlichen Grund werden neben diesen Argumenten die oben angeführten Interessen spielen. Zumindest eine Kooperation und intensivere Zusammenarbeit scheinen jedoch inzwischen gelungen zu sein, was für eine Veränderung der Kultur im wechselseitigen Umgang der Volksgruppenorganisationen spricht.

4. Veränderungen und Perspektiven

Betrachtet man die Ereignisse des Beobachtungszeitraumes und dazugehörige Faktoren, so lässt sich zu diesem Zeitpunkt feststellen: Mit der Wahl Valentin Inzkos zum neuen Obmann gelingt dem Rat der Kärntner Slowenen eine Transformation der eigenen Situation wie auch des Verhältnisses zwischen den Volksgruppenorganisationen. Galt nämlich ursprünglich, insbesondere in den 1980er Jahren, der Rat unter Valentin Inzko (sen.) als dialogbereite Organisation und der Zentralverband als "radikal", so hat sich dieses Bild in der Öffentlichkeit in den 1990ern und verstärkt in der Phase des Konsensprozesses gedreht.

Das rigide wahrgenommene Vorgehen des Rates gipfelt folglich in der Amtszeit Smolles, welche – unter vehementer Abgrenzung zum Konsensprozess als öffentlich wahrgenommener Verständigungsbewegung – in die Frage der Selbstauflösung mündet. In dieser scheinbaren Krise der Organisation erreicht man einen Ausweg durch den für alle Seiten annehmbaren Kandidaten Inzko, der vermeintlich "von außen" in die Situation eintritt. Die vom Zentralverband inzwischen besetzte Dialogposition kann dabei durch die sachliche und verständigungsorientierte Herangehensweise Inkzos in seiner Wahrnehmung als internationalem Diplomaten ohne Probleme – und ohne Gleichsetzung mit dem Konsensprozess – ergänzt werden.

Das Ausweichen auf ein Bemühen um Verständigung neben dem inzwischen festgefahrenen rechtlichen Durchsetzungsmechanismus eröffnet nun zusätzlich neue Möglichkeiten⁶¹, um Lösungen für die offenen Fragen zu finden. Dies zeigt sich in der aktiven Gesprächsbereitschaft des Rates mit allen Gruppierungen und der Landespolitik, um auf möglichst breiter

Basis vorzugehen. Schließlich gehe es auch um Fragen der Identität, wie mehrfach geäußert wird.

Kollektive Identifikationen wie auch die gemeinsame Geschichte bilden die Basis der nach wie vor bestehenden und abrufbaren Ressentiments bei Teilen der Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung. Sie stellen neben dem politischen Kalkül eine wesentliche Ursache für das Scheitern der bisherigen Lösungsversuche dar.⁶² Auf dieser Ebene anzusetzen erleichtert nun die Vorarbeit für rechtliche und politische Umsetzung der gewünschten Ergebnisse. Diese Strategie erlaubt Aushandlungsprozesse, auf deren Grundlage die Umsetzung der Verfassungsgerichtshoferkenntnisse nun endlich stattfinden soll, um auch den Erfordernissen des Rechtsstaats Genüge zu tun, und kann dem Rat zugleich eine neue – um Ausgleich bemühte – Position innerhalb der Volksgruppenorganisationen verschaffen, losgelöst von der alten Frontstellung.

Wenngleich damit der Flügelschlag der Eule der Minerva da und dort schon leise durch die Dämmerung zu vernehmen sein mag, lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen, ob sie ihren Flug bereits begonnen hat. Inwieweit es nämlich gelingt, die nationalen Kategorien in der Volksgruppenvertretung und die damit verknüpften Momente politischen und persönlichen Kalküls tatsächlich zu überwinden, werden die kommenden Ereignisse in den Verhandlungen um die Umsetzung der VfGH-Erkenntnisse und eine Neuregelung der zweisprachigen Topographie sowie die Reform des Volksgruppengesetzes zeigen.

Eine Überbewertung dürfen die aktuellen Ereignisse bei aller wahrnehmbaren Euphorie zudem nicht erfahren. In diesem Sinne lehrt die Geschichte, dass etwa auch 1975 mit der Vergabe der KEL-Spitzenposition an den für Rat und Zentralverband gleichermaßen annehmbaren Pavel Apovnik die Aufbruchsstimmung in der Volksgruppe groß war, der gewünschte Erfolg bei den Landtagswahlen jedoch ausblieb. ⁶³ Inzko freilich betritt die Bühne der Kärntner Volksgruppenpolitik 2010 unter anderen Vorzeichen und aus einer Position internationalen Ranges heraus.

Der erste Schritt zumindest scheint damit, soweit man die spürbare Aufbruchsstimmung der letzten Monate teilt, getan. Nun wird sich diese auch beweisen müssen, um zu zeigen, inwieweit die Interessen an einer gemeinsamen Lösung alle hinderlichen Momente überwiegen. Werden die Zeichen der Zeit von allen Seiten erkannt, so mag es nun gelingen, das "Zeitfenster" zwischen dem 90- und 100-Jahre-Jubiläum der Volksabstimmung in Kärnten für eine neue Politik innerhalb der Volksgruppe zu nutzen. Dies eingedenk wird man sodann ebenfalls zu einer Lösung des als Identitätskonflikt in Kärnten andauernden und medial so breitenwirksam wahrnehmbaren Rechtskonfliktes um die zweisprachigen Ortstafeln gelangen.

Literatur

Filipič Hanzi, Die slowenischen politischen Parteien und Organisationen im 20. Jahrhundert (in: Drobesch Werner/Malle Augustin (Hrsg.), Nationale Frage und Öffentlichkeit, Kärnten und die nationale Frage, Band 2), Klagenfurt, 2005.

Hren Karl, Eine gemeinsame Vertretung für die slowenische Volksgruppe in Kärnten (in: Anderwald Karl/Filzmaier Peter/Hren Karl (Hrsg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2008), Klagenfurt, 2008.

Hobsbawm Eric J., Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/Main. 32005.

Obid Vida/Messner Mirko/Leben Andrej, Haiders Exerzierfeld, Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft, Wien, 2002.

Pirker Jürgen, Kärntner Ortstafelstreit – Der Rechtskonflikt als Identitätskonflikt, Baden-Baden, 2010.

Sen Amartya, Die Identitätsfalle, München, 32007.

Smrtnik Vladimir/Kulmesch Janko, Zum inneren Differenzierungsprozess des Konfliktes zwischen den beiden Zentralorganisationen der Kärntner Slowenen nach 1945. Die Sicht des "Rates der Kärntner Slowenen" (in: Karner Stefan/Moritsch Andreas (Hrsg.), Aussiedelung – Verschleppung – nationaler Kampf, Kärnten und die nationale Frage, Band 1), Klagenfurt, 2005.

Sturm Marjan, Das Verhältnis innerhalb der slowenischen Minderheit. Die Sicht des "Zentralverbandes slowenischer Organisationen" (in: Karner Stefan/Moritsch Andreas (Hrsg.), Aussiedelung – Verschleppung – nationaler Kampf, Kärnten und die nationale Frage, Band 1), Klagenfurt, 2005.

Sturm Marjan, Ein Paradigmenwechsel in den Köpfen ist notwendig (in: Anderwald Karl/Filzmaier Peter/Hren Karl (Hrsg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2005), Klagenfurt, 2005.

Wielinger Gerhart, Die Rolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksgruppen (in: Karpf Peter/Puschnig Udo (Hrsg.), Die Rolle der Volksgruppen im erweiterten Europa und bei grenzüberschreitenden Kooperationsmodellen, Kärnten Dokumentation, Band 20/21), Klagenfurt, 2006.

Anmerkungen

- 1 Hren Karl, Eine gemeinsame Vertretung für die slowenische Volksgruppe in Kärnten (in: Anderwald Karl/Filzmaier Peter/Hren Karl (Hrsg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2008), Klagenfurt, 2008, S. 54.
- 2 Hegel Georg Friedrich, Werke Band 7, Frankfurt a. M. 1979, S. 28, abrufbar unter: http://www.zeno.org/ Philosophie/M/Hegel,+Georg+Wilhelm+Friedrich/Grundlinien+der+Philosophie+des+Rechts/Vorrede [19. 8. 2010].
- 3 Hobsbawm Eric J., Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/Main, 32005, S. 221.
- 4 Hegel geht bei Verwendung dieser Metapher davon aus, dass die Philosophie die von ihr zu untersuchenden Phänomene immer erst retrospektiv, in Betrachtung der Vergangenheit und ohne Möglichkeit zur Änderung, beurteilen kann. Demnach deutet die zunehmende Erforschung des Nationalismus, so Hobsbawm a. a. O. näher, darauf hin, dass dieses Phänomen seine Blütezeit bereits überschritten hat.
- 5 Internetauftritt, abrufbar unter: http://nsks.at/deutsch/?page_id=236 [19. 8. 2010].
- 6 Internetauftritt, abrufbar unter: http://www.nsks.at/unsereziele.php [11. 11. 2008].

- 7 Ebda.
- 8 Gespräch mit Matthäus Grilc am 16. 10. 2008; Gespräch mit Rudi Vouk am 16. 10. 2008.
- 9 Internetauftritt, abrufbar unter: http://nsks.at/deutsch/?page_id=236 [19. 8. 2010].
- 10 Internetauftritt, abrufbar unter: http://www.skupnost.at/de/uber-uns-2/skupnost-sks/[19. 8. 2010].
- 11 Internetauftritt, a. a. O.; Gespräch mit Bernard Sadovnik am 20. 10. 2008.
- 12 Internetauftritt, abrufbar unter: http://www.slo.at/zso/organisation_de.php [19. 8. 2010].
- 13 Gespräch mit Marjan Sturm am 21. 10. 2008.
- 14 Sturm Marjan, Das Verhältnis innerhalb der slowenischen Minderheit. Die Sicht des "Zentralverbandes slowenischer Organisationen" (in: Karner Stefan/Moritsch Andreas (Hrsg.), Aussiedelung Verschleppung nationaler Kampf, Kärnten und die nationale Frage, Band 1), Klagenfurt, 2005, S. 250–252.
- 15 Gespräch mit Vladimir Smrtnik am 27. 10. 2008.
- 16 Internetauftritt, abrufbar unter: http://www.elnet.at/partei/C28/ [19. 8. 2010].
- 17 Gespräch mit Vladimir Smrtnik am 27. 10. 2008.
- 18 Vgl. Pirker Jürgen, Kärntner Ortstafelstreit Der Rechtskonflikt als Identitätskonflikt, Baden-Baden, 2010, S. 260.
- 19 Vgl. etwa die Kritik Peter Gstettners, ... das Gedenken an die NS-Opfer werde "für den "Dialog" (...) funktionalisiert" und "für rechtsextreme Umtriebe missbraucht", abrufbar unter: http://www.kaernoel.at/cgi-bin/kaernoel/comax.pl? page=page. std;job=CENTER:articles.single_article;ID=2673 [19. 8. 2010].
- 20 Internetauftritt, abrufbar unter: http://www.initiative-rechtsstaat.at/home_de/2/ [19. 8. 2010].
- 21 Gezielter Anschlag auf die autochthonen Volksgruppen, abrufbar unter: http://www.nsks.at/aktuelles_more.php?id=873_0_2_0_M [25. 6. 2009].
- 22 Vgl. Kleine Zeitung, 24. Oktober 2009, S. 18.
- 23 Offener Brief, abrufbar unter: http://nsks.at/deutsch/?p=599 [19. 8. 2010].
- 24 Ansprache des Obmannes des Rates der Kärntner Slowenen, Karl Smolle, anlässlich der Einspieler-Preis-Verleihung 2009, Klagenfurt, am 4. Dezember 2009, S. 3.
- 25 Smolle, a. a. O., S. 4.
- 26 Rede Franz Pachers, Klagenfurt, am 4. Dezember 2009.
- 27 ORF, Politik, abrufbar unter: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/430503/ [19. 8. 2010]
- 28 Bedingungen, abrufbar unter: http://nsks.at/deutsch/?p=729 [19. 8. 2010].
- 29 ORF, Slowenenrat kritisiert Staatsanwaltschaft, abrufbar unter: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/380828/ [19. 8. 2010].
- 30 ORF, Ortstafeln, abrufbar unter: http://kaernten.orf.at/stories/383246/[19.8.2010].
- 31 ORF, Minderheiten, abrufbar unter: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/392030/[19.8.2010].
- 32 Dummheit/neumnost/stupiditá, abrufbar unter: http://nsks.at/deutsch/?p=720 [19. 8. 2010].
- 33 Rede des Obmannes vom Volksgruppentag Wakounig, abrufbar unter: http://nsks.at/deutsch/?p=759 [19. 8. 2010].

- 34 Ebda.
- 35 Kleine Zeitung, 11. Juni 2010, S. 26.
- 36 ORF, Volksgruppe, abrufbar unter: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/428610/[19.8.2010].
- 37 ORF, Politik, abrufbar unter: http://kaernten.orf.at/stories/428327/ [19. 8. 2010].
- 38 ORF, Volksgruppe, abrufbar unter: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/428045/[19.8.2010].
- 39 Die Presse, Rat der Kärntner Slowenen für Urabstimmung, abrufbar unter: http://die-presse.com/ home/politik/innenpolitik/546934/index.do [19. 8. 2010].
- 40 ORF, Volksgruppe, abrufbar unter: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/432762/[19.8.2010].
- 41 Presseaussendung, abrufbar unter: http://www.skupnost.at/de/2010/04/presseaussendung-klagenfurtcelovec-8-4-2010/ [19. 8. 2010]
- 42 ORF, Politik, abrufbar unter: http://kaernten.orf.at/stories/437417/ [19. 8. 2010].
- 43 ORF, Radio Kärnten Streitkultur, 21. 6. 2010.
- 44 ORF, Radio Kärnten Streitkultur, 7. 12. 2010.
- 45 Der Mut des neuen Obmannes des Rates der Kärntner Slowenen, abrufbar unter: http://www.skupnost.at/de/2010/06/der-mut-des-neuen-obmannes-des-rates-der-karntner-slowenen/[19.8.2010].
- 46 Gemeinschaft begrüßt die gemeinsame Zusammenarbeit aller drei Vertretungsorganisationen, abrufbar unter: http://www.skupnost.at/de/2010/07/gemeinschaft-begrust-diegemeinsame-zusammenarbeit-aller-drei-vertretungsorganisationen/ [19. 8. 2010].
- 47 ORF, Volksgruppe, abrufbar unter: http://kaernten.orf.at/stories/453408/ [19. 8. 2010].
- 48 Erfreulicher Schritt des Landes Kärnten, http://nsks.at/deutsch/?p=853 [19. 8. 2010].
- 49 ORF, Politik, abrufbar unter: http://kaernten.orf.at/stories/463449/ [19. 8. 2010].
- 50 Vgl. Kleine Zeitung, 18. August 2010, S. 14–15.
 Einen jedoch bereits spürbaren Unsicherheitsfaktor für diese Beurteilung bilden die parteiinternen Differenzen innerhalb der FPK, wenn etwa Landeshauptmann Dörfler von einer möglichen Lösung der Ortstafelfrage ohne Minderheitenfeststellung spricht und Landesrat Dobernig daraufhin umgehend betont, dass eine Lösung nur mit einer solchen Feststellung möglich sei. Siehe hierzu: Kleine Zeitung, 22. August 2010. S. 20.
- 51 Vgl. Hren, a. a. O., S. 60.
- 52 Wielinger Gerhart, Die Rolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Volksgruppen (in: Karpf Peter/Puschnig Udo (Hrsg.), Die Rolle der Volksgruppen im erweiterten Europa und bei grenzüberschreitenden Kooperationsmodellen, Kärnten Dokumentation, Band 20/21), Klagenfurt, 2006, S. 245.
- 53 Vgl. Wielinger, a. a. O.
- 54 Hinweis Univ.-Prof. Dr. Gerhart Wielinger.
- 55 Vgl. Pirker, a. a. O., S. 256.
- 56 Wakounig Vladimir, Die Verbrüderung von Gegnern oder die Gefährlichkeit der Dialogrhetorik, Vortrag, 6. 7. 2009.
- 57 Zu den Ursachen und Begründungen dieser Entwicklung siehe insbesondere: Filipič Hanzi, Die slowenischen politischen Parteien und Organisationen im 20. Jahrhundert (in: Drobesch Werner/Malle Augustin (Hrsg.), Nationale Frage und Öffentlichkeit, Kärnten und die nationale Frage, Band 2), Klagenfurt, 2005, S. 67 ff.; Hren, a. a. O., S. 55; Smrtnik Vladimir/Kulmesch Janko, Zum inneren Differenzierungsprozess des Konfliktes

zwischen den beiden Zentralorganisationen der Kärntner Slowenen nach 1945. Die Sicht des "Rates der Kärntner Slowenen" (in: Karner Stefan/Moritsch Andreas (Hrsg.), Aussiedelung – Verschleppung – nationaler Kampf, Kärnten und die nationale Frage, Band 1), Klagenfurt, 2005, S. 225 ff.; Sturm Marjan, Ein Paradigmenwechsel in den Köpfen ist notwendig (in: Anderwald Karl/Filzmaier Peter/Hren Karl (Hrsg.), Kärntner Jahrbuch für Politik 2005), Klagenfurt, 2005, S. 221 ff.; Sturm, Das Verhältnis innerhalb der slowenischen Minderheit. Die Sicht des "Zentralverbandes slowenischer Organisationen", a. a. O., S. 243 ff.

- 58 Obid Vida/Messner Mirko/Leben Andrej, Haiders Exerzierfeld, Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft, Wien, 2002, S. 36.
- 59 Sen Amartya, Die Identitätsfalle, München, 32007, S. 8-9.
- 60 So hat etwa Hren im erwähnten Beitrag 2008, a. a. O., S. 57 ff., ein Modell zur Ausgestaltung der Wahl einer gemeinsamen Vertretung durch die Organe der slowenischen Vereine vorgestellt.
- 61 Hinweis Univ.-Prof. Dr. Franz Merli.
- 62 Vgl. Pirker, a. a. O.
- 63 Vgl. Smrtnik Vladimir/Kulmesch Janko, a. a. O., S. 236.

Kein Licht am Ende der Sonnenfinsternis¹

Die Parteien überstehen ihre Parteitage, die Bürgerbewegung verläuft sich im Strandbad

Ist da jemand? Wenn die Sonne vom Himmel fällt, beginnt die Suche nach Licht im Dunkel. Dort flimmert Orange bald heller als Rot, und in den Nischen, schwarz wie die Nacht finster, gedeiht kaum Grün. Doch gerade gewöhnt an die neue alte Farbenlehre, blüht uns ein blaues Wunder – vom Kobalt-Ton der Hypo Group bis zum Ultramarin der FPK. Ist da jemand? Von *k2020* im Internet bis zur Klagenfurter Freitag-Demo, vom Villacher *rem* bis zur Allianz für Kärnten, von *Schwarz bewegt* bis zu Josef Winkler und Egyd Gstättner reicht das plötzliche Aufbegehren. Doch die Bürgerbewegung verläuft im Sand, und der Landesfestzug verharrt im Stand. Ist da jemand? Noch strahlt kein Licht im Dunkel am Ende der Sonnenfinsternis.

*

1. Les Preludes

Da mögen sie Brücken nach ihm benennen und beim Landesfestzug seiner gedenken, doch ER ist nicht mehr – und wird immer weniger. Statt verklärenden Ruhms wächst ernüchternde Schmach. J+F+U, die Heiligen Drei Kärntner, sind auf Franz K. und Udo J. reduziert. Nicht wegen des Ablebens von Jörg H., sondern ob seines Nachlasses. Eine Gesellschaft unweit vom moralischen Ruin. Ein Land knapp vor dem Konkurs. Der untote Wahlsieger 2009 belastet nicht nur die politischen Widersacher, er gerät auch zur Hypothek seiner parteilichen Erben.

Dabei hätten sie ihn so gern ein bisschen vergessen, ihren heimlichen Spitzenkandidaten, dem sie plakativ schworen, auf sein Kärnten aufzupassen. Sie hätten es lieber gehalten wie ihre Landsleute, die der Gedenkschau im einstigen Luftschutzbunker am Kreuzbergl fern blieben. Sie hätten ihn am liebsten wie *Jack-in-the-Box* bloß bei Bedarf am Ulrichsberg und Herzogstuhl hervorgeholt, um ihn dann zwecks Selbsterhöhung rasch wieder zu versenken. Doch der Schatten des Abwesenden ist übermächtig, degradiert zu kleinen Dunkelmännern jene strahlend Großspurigen, die ihn gerade noch als Sonne vom Himmel fallen sahen.

1.1 Hier erhalten alle Geld, das keiner hat

Kärnten im Herbst 2009. Kaum die Jahrestage von Volksabstimmung und Chefverlust überstanden, trübt dem BZÖ nicht nur seine einstige Handkasse den Weltspartag und folgende. Während die Hypo Group Alpe Adria von Woche zu Woche schwankender dem Ende entgegentorkelt, hält das Land mit seiner taumelnden Hausbank Schritt. 2.254 Euro beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung jedes Kärntners. Sagt der Staatsschuldenausschuss.

Haider-Kosten. Vom Fußballstadion für einen Abstiegskandidaten bis zur Seebühne für die kulturelle B-Liga reicht die Liste an Prestigeprojekten, von Auftrittsflächen für den Mann, der elf Jahre Landeshauptmann war. Volkstribun und Feudalherr. Durch den Verkauf der Landesunternehmen karikiert er Politik zur Geldverteilungsmaschine. Eine permanente Wiederwahlhilfe vom Heizkostenzuschuss bis zum Teuerungsausgleich. Hier erhalten alle immer Geld, das keiner hat – vor allem nicht das Gemeinwesen.

Unterdessen sieht die *Kleine Zeitung* die öffentliche Gesamtbelastung jedes Kärntners bereits bei 3.902 und bis 2014 gar 6.634 Euro. Anders als der Staatsschuldenausschuss berücksichtigt die Redaktion auch abseits der Budgets versteckte Belastungen. Nicht von ungefähr leidet das Blatt unter einem Inseratenboykott des BZÖ. In anderen Gazetten bewerben Haiders orange Erben seitenweise den Teuerungsausgleich. 100 Euro bar auf die Hand für die Bedürftigen im Land. Wie Vorgänger Jörg verteilt Landeshauptmann Gerhard Dörfler die Scheine persönlich. Just als er wegen Hypo-Fiaskos und der bis 2014 geplanten Verschuldung von 3,7 Milliarden Euro bundesweit als Pleitier der Nation am Pranger steht. Wie einige Mitgliedsstaaten der EU fühlen sich die beständigen Nettozahler übervorteilt. Denn alle Österreicher zahlen die Zeche, die in Kärnten geprellt wird. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Nettokassierer im Süden ist bei diplomatischster Berechnung dreimal so hoch wie im österreichischen Länderschnitt.

1.2 Der immerwährende geistige Abwehrkampf

Schlimmer noch: Kärnten bringt durch sein Dilemma alle in die Diskussion. Offensichtlich wegen bedenklich hoher Ausfallsrisiken. Sogar das als Sparmeister geltende Vorarlberg haftet mit einem fünffachen Jahresbudget für allfällige Bankverbindlichkeiten. Doch es geht um mehr. Die Kosten des Bundesstaats, die Verwaltungsebenen der Länder stehen wieder einmal in der Kritik. Gefährliches Terrain. Denn sie sind die Hüter der regionalen Identitäten.

Provinzpatriotismus ist das Erfolgsgeheimnis der Landespolitik. Nicht nur, aber auch von Jörg Haider. Obwohl Kärnten sich vor 90 Jahren per Volksabstimmung zu Österreich reklamiert hat, huldigt es einem immerwährenden Abwehrkampf – und sei es bloß gegen geistige Eindringlinge. Die Kärntner fühlen sich missverstanden, wollen nicht so sein, wie Wiener und andere Fernkritiker sie sehen. Degradiert zu Deppen der Nation, rächen sie sich wie einst ihre Nation an Europa und halten weiterhin zur politischen Separatistentruppe des Jörg Unser.

Der Ausgang einer Volksabstimmung in Österreich zur Abstoßung des Sorgen-Bundeslandes erscheint dagegen in den letzten Herbsttagen 2009 ziemlich ungewiss. Mehr als ein Jahr nach dem Tod seines Erfinders steht das System Haider stärker in der Kritik als zu dessen Lebzeiten. Verfassungsjuristen diskutieren nicht mehr bloß, ob und wie ein Bundesland konkursfähig ist, sondern geben zumindest Antwort darauf, wie Österreich Kärnten loswerden könnte. Den Freistaat, von dem Haider nach bayerischem Vorbild mitunter träumte.

Landeshauptleute denken ganz ernsthaft über einen Amtsverwalter für den maroden Nachbarn nach. In Wien überlegen Bundespolitiker die Entsendung eines Kommissärs für die Kärntner Landesregierung. Das Bundeskriminalamt schickt eine Soko Hypo. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ermittelt. Zu spät, sie retten das Geld nicht mehr.

2. Blau, blau, blau blüht ...

Advent, Advent, die Lunte brennt ... Bis spät in die Nacht tagt am 11. Dezember 2009 der Kärntner Landtag. Dann fällt Schnee in der Stadt. Ein bitterkalter Samstagmorgen. Schritt für Schritt wird die weiße Pracht zu braunem Matsch. Kaum eine Fußspur zweigt ab zum Bergbaumuseum. Die Sonderausstellung Jörg Haider bleibt ein Ladenhüter. Das System Haider ist am Ende. Nicht wegen rechter Ausfälle, sondern wegen finanzieller Verluste.

In der Nacht haben sie gerade wieder ein Stück Zukunft verspielt, die politischen Nachlassverwalter des Volksheiligen Jörg. 150 Millionen Euro, geplant für die seit Jahrzehnten angestrebte Bahnverbindung Koralmtunnel, erhält nun die Hypo Group Alpe Adria. Das ist Teil des "monetären Abwehrkampfes", wie ihn Gerhard Dörfler beschwört.

Kärnten ist nahezu bankrott. Seine Reserven sind fast aufgebraucht, sogar Wohnbaudarlehen werden verkauft. An einst vollständigem Besitz hält das Land nur noch Minderheitsanteile – z. B. beim Energieversorger Kelag und der Hypo Group Alpe Adria. Doch es haftet für die Bank mit 18 Milliarden Euro – dem Neunfachen des regionalen Jahresbudgets. Erst die am 14. Dezember nach 17-stündiger Verhandlung, nur eine halbe Stunde vor der wahrhaftigen deadline am Montagmorgen, beschlossene Verstaatli-

chung des Geldinstituts reduziert die Zahlung des Landes auf 200 Millionen. Dörfler kommentiert das frech: "Kärnten war zweimal Sieger, einmal beim Verkauf der Hypo und auch jetzt." Doch Sieger sehen anders aus.

2.1 Der Wahlverein kehrt heim zu Strache

Also kehrt nur zwei Tage später Haiders wirklicher Wahlverein, seine BZÖ-Landespartei, zurück in den Schoß jener FPÖ, von der sie einst abgespalten wurde. Ausgerechnet zum Jörgschen Intimfeind H. C. Strache. Laut Gerhard Dörfler war das zuvor "ein großer Dampfplauderer, der ein bisschen mit dem Boot um den Wörthersee fährt und noch nichts geleistet hat". So hatte der orange Landeshäuptling im Sommer den blauen Bundesobmann vor laufender Kamera beflegelt. Aug' in Aug', mit schwerer Zunge, das Weinglas in der Linken. Die Rechte hoch erhoben, bestellt sein Gesprächspartner bekanntlich m(it)unter drei Bier.

Am 16. Dezember 2009 ist das dritte Lager wieder eins. So wollen es die Zusammen-Führer H. C. Strache in Wien und Uwe Scheuch in Kärnten. Doch die Rechnung geht nicht ganz so auf, wie der Landesparteichef es gern hätte. Er wird weder den durch den zu hohen Wahlsieg am 1. März unbeabsichtigt gestärkten Dörfler los, noch lassen die Widersacher im BZÖ und der regionalen FPÖ locker. Dessen Chef Harald Jannach ist das geringere Problem und vor allem Bundessache, doch Stefan Petzner und Josef Bucher beharren auf der orangen Identität. Während der Landeshauptmann sich arrangiert, wird hinter den Kulissen mobilisiert. Ein Monat nach Straches Verkündigung erhält Scheuch beim Umfärbungsparteitag 90 Prozent.

2.2 Der Landeshäuptling lässt sich nicht verscheuchen

Seitdem sitzt er als blaue Eminenz zwar fester denn je im Sattel, doch im Rampenlicht steht immer noch jener wendige Dörfler, der am 16. Jänner 2010 vor seiner Bestätigung als Vize durch 333 der 345 Delegierten im Klagenfurter Konzerthaus gemeint hatte, ein Oranger mit freiheitlichen Inhalten bleiben zu wollen. Die entschlosseneren Zukunftsbündler mögen das für ein seltsames Früchtchen halten, doch der in Restösterreich vielbelächelte Liebhaber der Motorsäge erweist sich in der externen Kommunikation als überraschend geschickt.

Turnusmäßig Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz im ersten Halbjahr, stilisiert sich der *outcast* Dörfler durchaus erfolgreich zum Integrator. Den Vergleich mit dem ihm folgenden Niederösterreicher Erwin Pröll als *capo di tutti capi* bzw. Regionalkaiser ohne Rechtsgrundlage hält der Kärntner jedenfalls aus. Ausgerechnet das blaurange Zünglein an der

Waage zwischen schwarzroter Provinzfürstenherrlichkeit vermittelt mehr föderalistische Einigkeit als der allzu offensichtlich machtbesessene Doch-Nicht-Bundespräsident-Kandidat. Seit der Deutsch-Griffener sich mit der roten Gabi Burgstaller gegen die Verländerung der Schulkompetenz stellt, gerät er fast schon in jene Wiener Mediendarling-Funktion, mit der bereits Josef Bucher mitunter vergessen ließ, wer da alles wie hinter ihm im BZÖ agiert.

2.3 The Good, the Bad and the Mayor

Good guy, bad guy. Das Spiel ist nicht gewollt, doch die Rollen sind klar verteilt. Der vermeintlich unbedarfte Dörfler versöhnt als Außenpolitiker immer öfter mit dem System Kärnten. Dem angeblichen FPK-Kopf Scheuch bleibt neben Zielscheibenfunktion vor allem der Gegnerschaft Hohn. Der Landeshauptmann punktet nicht nur mit seiner konsensfähigeren Lösungswilligkeit zur Ortstafelfrage, sondern auch mit ein wenig Zukunftsorientierung und Internationalität beim Festumzug zu 90 Jahre Kärntner Volksabstimmung am 10. 10. 10 in Klagenfurt. Der Bürgermeister dagegen vermeidet dabei gleich zum Start mit dem Aufruf zur Haider-Gedenkminute allzu viel eigenes Profil und kämpft sich dann durch eine weitgehend perspektivlose Rede. Sein Parteiführer und wohl Haupteinflüsterer leidet unterdessen sichtlich, dass er nichts sagen darf, wenn Präsident und Kanzler reden. Erste Reihe, wortfrei ...

Dafür amüsieren sich die Leut' nur ein paar Tage später weniger über den fraglos einfachen Stadtchef Christian Scheider als über den fragwürdig vielfältigen FPK-Boss Uwe Scheuch. Denn dessen Pressedienst unterläuft die Freudsche Fehlleistung des Jahres: "Kärnten war im Schuldbereich immer Modellregion und wird dies auch in Zukunft bleiben." Der Aussendung des Schul(d)referenten ist nichts hinzuzufügen. Sie beschreibt die sachpolitische Leistung seiner neuen Partei nahezu exakt: Noch vor dem Budgetkonvent am 21. und 22. Oktober 2010 macht die FPK klar: Teuerungsausgleich und Jugendstartgeld gibt es weiterhin. Kärnten soll schließlich im Schuldbereich auch in Zukunft eine Modellregion bleiben.

3. Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann?

Das findet in staatstragend schwarzer Kontinuität auch im Herbst 2010 der neue alte Regierungspartner schon ziemlich routiniert nicht ganz so toll, spielt aber ebenso gewohnt weiter mit. Denn Josef Martinz besetzt seit der Wahl 2009 ein Superressort für die ÖVP, das dem leidenschaftlichen Vermarkter der Genussregion alias *Der Sepp mit dem Speck* eine prallvolle Geldgießkanne sichert, mit der er landauf, landab seine Zielgruppe bedient.

Angesichts dieser komfortablen Möglichkeit zur Selbstvermarktung ficht es den begeisterten Mitmacher wenig an, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender der Landesholding wohl ein bisschen Co-Verantwortung für den Supergau Hypo Group Alpe Adria haben könnte. Wie ausgerechnet sein privater Steuerberater Dietrich Birnbacher in patriotischer Verantwortung auf die Hälfte seiner Zwölf-Millionen-Euro-Provision für den Bankverkauf nach Bayern verzichtet, passt bloß zu jenen Bildern, auf denen Martinz immer an einer Flanke lächelt. Einst mit den Totengräbern des Geldinstituts, nun neben Gerhard Dörfler und Uwe Scheuch. Das will er sich nicht nehmen lassen, auch als deren Pakt mit H. C. Strache erst ruchbar und schließlich vollzogen wird. Im Gegenteil. Der gute Mann sitzt die Krise auch dank seines Bundesparteiobmannes aus. Ende 2009 ist Finanzminister Josef Pröll aus der Raiffeisen-Hochburg Niederösterreich maßgeblich für die Notverstaatlichung der Kärntner Hypo. In den Monaten danach interpretieren der lernfähige Landesrat und seine Buberlpartie das, was ihnen längst bis zum Hals steht, unverfroren als Oberwasser: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Sie sind überall dabei, können aber nie etwas dafür.

3.1 Umfragekaiser oder: Die Maus, die brüllte

Im Frühjahr 2010 stößt diese Strategie auf ein Wettbewerbsumfeld, wie es günstiger kaum sein kann: Blau-Orange bereits zerrissen, Rot vor der Zerreißprobe einer Kampfabstimmung um die Parteiführung: Das spricht vor allem für Schwarz. Also wähnt sich die Kärntner ÖVP im Aufwind. Dieses Lüfterl unterfüttern Wirtschaftskammerwahl und Meinungsforschung. Denn zum wirklichen Erfolg mit rund 60 Prozent in der Interessensvertretung der Unternehmer kommt eine Umfrage mit über 20 Prozent, falls der Landtag jetzt gekürt würde.

Doch dem zuweilen schon zur Schau getragenen Triumphalismus fehlt jede reale Grundlage. Der Wahlsieg des Wirtschaftsbundes basiert auf bloß 7.325 Stimmen. Das legitimiert auf keiner Ebene im Lande einen wahren Führungsanspruch, sondern offenbart letztlich nur eine schwächelnde Kammer. Außerdem liegt der Wirtschaftsbund im Österreich-Schnitt zehn Prozentpunkte besser als in Kärnten. Die von der Volkspartei selbst in Auftrag gegebene Umfrage ist so ernst zu nehmen wie jene Meinungsforschung, die vor wenigen Jahren einen Absturz der VP in den einstelligen Bereich als möglich erachtete. Die Schwarzen hielten das zwar offiziell für lächerlich, beeilten sich dann aber sehr, die lange verhinderte Abschaffung der damals de facto Zehn-Prozent-Hürde für den Landtagseinstieg mitzubetreiben.

Wenn die ÖVP Kärnten laut wird, verhallt dies wie bei der Maus, die brüllte. Sie ist seit jeher im Wechsel mit Wien die schwächste schwarze Landesorganisation und liegt mit aktuell 16,9 Prozent erst seit der Wahl in der Bundeshauptstadt am 10. 10. 10 nicht mehr auf dem letzten Platz. Ihre 11,6 Prozent von 2004 waren das damals unangefochten schlechteste Landesergebnis aller Zeiten – für beide einstige Großparteien. Unterboten erst 2009 von der Vorarlberger SPÖ (10 Prozent). Die Volkspartei erscheint als Minderheit in Kärnten kaum mobilisierungsfähiger als die ungleich weniger privilegierte slowenische Volksgruppe.

Wie schwach diese Landes-VP ist bzw. auf welchem Feld sie FPK/BZÖ immer größer werden ließ, zeigt ein Vergleich mit Tirol: Dort schaffte 2008 der schwarze Parteiaussteiger und einstige Arbeiterkammerchef Fritz Dinkhauser aus dem Stand 18,4 Prozent. Das beste Landtagsergebnis einer neuen Liste in der Zweiten Republik. Sollte eine frische, im weitesten Sinne bürgerliche Gruppierung in Kärnten kandidieren, wird sie nicht gleich so viel Erfolg haben – aber vor allem jener Volkspartei schaden, deren Obmann infolge willfähriger Hilfsdienste bei der blau-orangen Landesvereinnahmung irreparabel beschädigt wirkt.

3.2 Schwarz bewegt nur einen von zehn

Doch der beste Zeitpunkt für einen solchen *Change* wird versäumt. Die ÖVP verliert das Schwung gebende Momentum nach Trennung von FPK/BZÖ zum Jahreswechsel und neuer SPÖ-Spitze im Frühjahr. Josef Martinz gerät durch den Parteitag vom 26. Juni 2010 bloß mehr denn je zum starken schwarzen Mann in Kärnten. Auch wenn die ÖVP das insgesamt selbst nicht glaubt, will der Restbestand einer Volkspartei diesen Eindruck vermitteln. Ihr Supersepp erhält 90 Prozent Zustimmung trotz Gegenkandidatur. *Schwarz bewegt* doch nicht – vor allem nicht sich selbst. Mitbewerber Klaus Auer, der viele Wochen mit seiner Plattform ein *black movement* signalisiert, unterliegt dem etablierten Apparat seiner überschaubaren Gesinnungsgemeinschaft: Er bewegt nur 41 von 439 Delegierten zu einem Kreuzchen.

Doch statt einem heißen Sommer beschert der gestärkte Parteiobmann dann seinem blauen Regierungspartner einen kaum getrübten überlangen ferragosto bis zum Landesfestumzug. Um danach etwas Theaterdonner zu fabrizieren: Erst der Schuldenausschuss und dann der Budgetkonvent, fordern die schwachbrüstigen Schwarzen, nachdem sie dem Jugendtausender zugestimmt haben, aber zwecks Haushaltssanierung keinen Teuerungsausgleich wollen. Den überreicht der Landeshauptmann persönlich. Für Josef Martinz fehlt da die Auftrittsfläche.

Kärntens starker schwarzer Mann bleibt der schwächste Volksparteichef aller Bundesländer. Sogar im halb so bevölkerungsreichen Burgenland erzielt die ÖVP 2010 mehr als jene 60.000 Stimmen, auf die Josef Martinz sich seit 2009 wirklich stützen kann. Wenn er für dieses Landtagswahlergebnis mit 90 Prozent Zustimmung belohnt wird, verraten seine Parteifreunde erschreckend niedrige politische Ansprüche. Sie geben einem alten Spiel neuen Inhalt: Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann? Niemand. Wenn er aber kommt? Dann laufen wir davon.

4. Bodennebel vor dem Morgenrot

In absoluten Zahlen wirkt die Fluchtbewegung weg von der SPÖ jedoch mindestens ähnlich desaströs wie der Aderlass der ÖVP. Während die Christlich-Sozialen seit ihrem Höhepunkt 1975 rund 40.000 Stimmen – und das Soziale in der Selbstdefinition – verloren haben, sind die Sozialdemokraten von ihrem Gipfel 1984 gar 60.000 Wähler entfernt und behaupten seit dem 1. März 2009 nur noch knapp die Sechsstelligkeit. Da kommt die vorerst vergeblich als Kernfusion gedachte Kernspaltung des dritten Lagers am Ende des Jahres gerade recht. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Doch Kärntens Landespolitik widerlegt diese Binsenweisheit nicht nur durch den fatalen schwarzen Hang zum Ministranten der Macht.

Über blauen und orangen Trümmern scheint kein Morgenrot. Im Gegenteil: Die FPK kann sich ungeschoren von den Sozialdemokraten konsolidieren. Denn ausgerechnet zu Jahresbeginn wirkt die Zerreißprobe der SPÖ kaum weniger heftig als die Implosion des freiheitlichen Zukunftsbündnisses. Innerhalb von 15 Monaten versäumen die Genossen eine zweite historische Gelegenheit zur Auferstehung. Erst Jörg Haiders Tod, dann die Spaltung seiner Partei: Wer aus solchen Schwächungen des politischen Gegners kein Kapital schlägt, dessen Mehrheitsfähigkeit steht nachhaltig auf dem Spiel.

4.1 Ein Vierteljahrhundert auf Talfahrt

Die Talfahrt dauert schon ein Vierteljahrhundert. 1970, als Kreisky Kanzler wurde, kam die Kärntner SP bei der Landtagswahl erstmals über 50 Prozent. Im Orwellschen Zukunftsjahr 1984 schafften die hinter Wien stärksten Regionalroten letztmals die Absolute. Seitdem geht es bergab. Nur Peter Ambrozy vermochte 2004 den Abwärtstrend kurz zu stoppen.

Der einzige Erfolg zeigt, woran es oberflächlich krankt: Der SP fehlt Spitzenpersonal, das einerseits sozialdemokratische Basisideologie und Kontinuität verkörpert sowie andererseits pragmatische Zukunftsfähigkeit und Modernität ausstrahlt. Rohr und Kaiser, Manzenreiter und Seiser, Sever

und all die Seifrieds, Mocks und Köfers vereint trotz aller Abstufungen vor allem eins – das Flair von Machterhalt besessener Apparatschiks. Das gilt extern wie intern. Für das System Wagner-Ambrozy waren die Ausserwinklers und Schaunigs nur Kosmetik, nicht Korrektiv – und Reinhart Rohr ist bereits vor der Landtagswahl 2009 ein fauler Kompromiss: Da halten sich die starken, aber rivalisierenden Bürgermeister einen schwachen Parteichef, um sich dann blauäugig über seine Niederlage als Spitzenkandidat zu wundern.

4.2 Von Strippenziehern und Gegenkandidaten

Die gegenseitige Blockade der wahren Granden zerstört auch das kurze Zeitfenster, um den Hauptkonkurrenten entscheidend zu schwächen, der 1979 noch bei 35.000 Stimmen lag und 30 Jahre später – in Summe von BZÖ und FPÖ – fast 175.000 Wähler überzeugte. Während H. C. Strache in Wien die neue soziale Heimatpartei propagiert, in Kärnten Uwe Scheuch den Anschluss erklärt, aber das dritte Lager hier in drei Gruppen zerfällt, übt sich die einst größte Macht im Land nicht bloß in Selbstbeschäftigung, sondern übertrumpft die innere Uneinigkeit der Konkurrenz mit einem rekordverdächtigen Angebot an Obmann-Kandidaten. Erst zwingen der Villacher Gemeindechef Helmut Manzenreiter und die Klagenfurter Vize-Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz den Landesvorsitzenden Reinhart Rohr ausgerechnet Anfang 2010 zum Rücktritt. Zwei Tage vor dem Nachfolge-Nennungsschluss legt dann Strippenzieher Manzenreiter, unfallbedingt, seine Bewerbung zurück.

Doch im Gegenzug verkündet kurz vor dem Parteitag der Spittaler Bürgermeister Gerhard Köfer sein Interesse. Das ist dann am 27. März sogar den Kummer gewohnten Delegierten zu knapp. Sie verweigern ihm die Kandidatur. Landesrat Peter Kaiser dagegen erhält mit 78 Prozent (377 Stimmen) überraschend viel Zustimmung von den 495 Parteitagsdelegierten – angesichts der Mitbewerber Klubobmann Herwig Seiser (86) und Wirtschaftskammer-Vize Leopold Sever (18). Aber auch der neue Vorsitzende taugt nur bedingt als Hoffnungsträger. Ungeachtet aller Integrität und Intellektualität fehlt ihm neben der Aura des mitreißenden Alpha-Männchens die Gnade der späten Berufung. Er ist schon zu lange bei zu viel dabei. Für die statt Rohr als einzige Frau in die Regierung entsandte Beate Prettner gilt das Gegenteil. Die Ärztin hat noch zu wenig Erfahrung und bleibt vorerst ein politisches Leichtgewicht.

4.3 Gefangen in den Zwängen des Proporzes

Kärntens SP braucht den Bruch mit jener eigenen Vergangenheit, die den Aufstieg der FP mit verursacht hat. Mit 28,7 Prozent bei der jüngsten Wahl

ist sie nur noch fünftstärkste rote Landesorganisation. Ohne radikalen Neustart muss das aber nicht die Talsohle gewesen sein. Das Festhalten an Zipfeln alter Macht ignoriert, dass diese stetig schwindet. Peter Kaiser, der innerparteilich zwar die Nachwuchsförderung fördert, erfährt das zu Herbstbeginn 2010 besonders schmerzlich: Der Gesundheitsreferent wird beim Umkrempeln der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft vom Landeshauptmann vollkommen kaltgestellt.

Der Proporz, der in die Regierung zwingt, ist lediglich eine Ausrede – geboren aus der Furcht vor den Mühen einer pfründelosen Opposition. Mitgegangen, mitgefangen – mitgehangen? Noch ist nicht sicher, ob die SPÖ bei der nächsten Wahl ihren Landesrat und -vorsitzenden als Spitzenkandidat plakatiert. Aber längst ist klar, dass jene Alternativen, die sich vorzugsweise zur Unzeit aufdrängen, keine sind. Für die allzu große Geduld mit dieser innerparteilichen Schwäche gibt es nur eine Ausrede: Der Rest der weder blauen noch orangen Parteien agiert derart armselig, dass sich daneben sogar die schwache Sozialdemokratie stark fühlen kann. Noch verhängt das schwere Parteierbe wie Bodennebel das beständig verkündete Morgenrot. So lange Josef Martinz den Kärntnern schwarz vor Augen werden lässt und Rolf Holub die grüne Humoralternative zum landesüblichen Fasching prägt, können die Sozialdemokraten auch mit Peter Kaiser antreten. Zum Mitspielen reicht das allemal. Mehr wollen sie nicht.

5. Grünes Licht unter dem Scheffel

Unterdessen fallen analog zur Landes-VP auch die Grünen ausgerechnet in ihrem Profilierungsjahr 2010 auf den vorletzten Platz im Österreich-Vergleich ihrer Regionalorganisationen. Seit der Steiermark-Wahl liegen nur noch die Burgenländer schlechter als ihre gerade noch in den Landtag zu Klagenfurt gerutschten Parteifreunde.

Ein starkes Stück Kärnten. Dieser Untertitel ist weniger in Erinnerung als die Parole darüber: Regierung unter Kontrolle. Am tiefsten eingekerbt ins Gedächtnis bleibt aber das Bild dazu: Rolf Holub hinter einer Lupe – Sherlock Holub, der Aufdecker. So wirbt er vor der Wahl 2009. Doch danach sagt auch die einzige Opposition Ja zur Erhöhung der Parteienförderung. Das beschädigt die Grünen nachhaltiger, als es ihr Sprecher bis heute wahrhaben will.

Statt der Glaubwürdigkeit von "Uns Grüne kann man nicht kaufen" – ein anderes Plakat im Wahlkampfarchiv – bleibt von "Ein starkes Stück Kärnten" nur ein starkes Stück, das der selbst ernannte Sherlock sich da geleistet hat. Ein solcher Vertrauensverlust ist in der Politik kaum auszubügeln. Wer einmal nimmt, dem nimmt man nichts mehr ab. Es sei denn, er kor-

rigiert radikal das angekratzte Image. Gelegenheit dazu hat Holub 2010 genug. Doch er verspielt vorerst Chancen und entwickelt nur langsam neues Profil. Unterdessen verschwindet seine Mit-Abgeordnete Barbara Lesjak nahezu aus der öffentlichen Wahrnehmung.

5.1 Sherlock und der Hypo-Ausschuss

Nichts wäre besser für die Grünen als der Hypo-Untersuchungsausschuss unter Leitung ihres Chefs. Also inszeniert sich Holub am politischen Aschermittwoch gemeinsam mit dem entsprechend profilierten Peter Pilz. Doch beim anschließenden Live-Interview in der ZIB2 verwechselt der Künstler sein Klagenfurter Provinztheater mit der nationalen Politikbühne. Am Abend nach der Ausstrahlung des Villacher Faschings erlebt Restösterreich bloß ein weiteres Beispiel jenes Kärntner Humors, dessen es mittlerweile etwas überdrüssig ist.

Rolf Holub twittert und bloggt, agiert via YouTube und Facebook, kommuniziert technisch auf Höhe der Zeit. Doch die Selbstdarstellung bleibt vorerst von gestern. Sein Unentschieden zwischen Stand- und Spielbein, Politik und Kabarett, verhindert eine klare Positionierung und vereitelt auch viel zu lange die Reparatur der grünen Glaubwürdigkeit. Holub erfüllt über Monate letztlich bloß die Rolle des Hofnarren, der sich etwas mehr leisten kann als andere, aber eben auch dazu gehört. Es wird Sommer, bis er endlich die eigene Plakatvorgabe erfüllt: Hypo-Aufdecker Sherlock Holub hält gnadenlos die Lupe der öffentlichen Vermarktung über den Untersuchungsausschuss des Landtags. Doch dann ist Sommerpause.

5.2 Fein sein, beinånda bleibn oder: Man mag sich

Die Zuspitzung der Grünen auf ihn erschwert ihren Aufstieg. Doch sonst ist da niemand – vor allem nicht Barbara Lesjak. Neben dem Parteichef erzielt 2010 lediglich Ulrich Habsburg-Lothringen Aufsehen. Dessen Wunsch, als Bundespräsident kandidieren zu dürfen, lenkt im Frühjahr die Aufmerksamkeit auf eine weitere Österreich-Schwäche der in Deutschland enorm erstarkenden Ökopaxe: Sie haben keinen Kandidaten für das höchste Amt im Staat. Bei ihrer Zukunftskonferenz am 20. November sollten zumindest Anwärter für niedrigere Posten in Kärnten aufzeigen. Denn die politische Großwetterlage ist hier ideal für die Grünen. Doch ihre Mitorganisation einer wöchentlichen Demonstration reicht nicht aus.

Während sie in Stuttgart zu Zigtausenden auf die Straße gehen, bleiben in Klagenfurt längst alle daheim, die noch Anfang des Jahres das Entstehen einer wehrhaften Zivilgesellschaft signalisiert haben. Im Herbst sitzen sie wieder in trauter Alternativ-Attitüde im Künstlerhaus, wo am 10. 10. 10

die Gegenveranstaltung zum offiziellen Gedenken an Volksabstimmung und Abwehrkampf so klischeebeladen abläuft, wie der Festzug ansteht. Wenn schon Protest, dann gemütlich. Gäbe es da nicht den Jazz, wäre es wie Fein sein, beinånda bleibn. Man mag sich.

Wie alle Mitbewerber brauchen auch die Grünen mittelfristig einen neuen Kopf. Ihn zu finden und zu fördern wäre die vornehmste Aufgabe für Rolf Holub. Sein freiwilliger Rücktritt in die zweite Reihe ist aber so unwahrscheinlich wie bei den meisten seiner altgedienten GesinnungsfreundInnen. Denn die Grünen haben ihr einst propagiertes Rotationsprinzip längst durch Sesselkleber ersetzt. Das bringt zumindest eine gewisse Professionalität: Nach den Wahlen in der Steiermark und Wien ist die Art der Regierungsbildung bundesweit wieder ein Thema. Rolf Holub besetzt es mit der pointierten Forderung nach Abschaffung des Proporzes für Kärnten zielsicher. Denn FPK und ÖVP reagieren gleichermaßen getroffen: Während die Blauen dem Grünen "letztklassige verbale Ausritte" attestieren, bezeichnen ihn die Schwarzen als "größten Vernaderer der Landespolitik" – um dann ihr eigenes Verlangen nach einem Ende des Proporzes zu wiederholen. Dann wären sie endlich echte Koalitionäre.

6. Wenn die Orangen mit Zitronen handeln

So wie es bis Jahreswechsel jene Rest-Orangen waren, die dann dem Zug der Lemminge Richtung blauer Freiheit Nr. 1 nicht mehr folgen mochten. Repräsentiert vor allem durch Bundesparteichef Josef Bucher und Mastermind Stephan Petzner, der nach dem Bruch von FPK und BZÖ als Generalsekretär abdankt, um als geschäftsführender Landesobmann die Heimatfront zu retten. Doch durch diesen Rückzug des per Haider-Tod zu auffällig ins Rampenlicht getretenen Strategen erhält die ohnehin brüchige Neupositionierung des Bündnis Zukunft immer tiefere Risse. Dafür sorgt einerseits das Eigenleben einer zweiten Reihe von Ewald Stadler bis Peter Westenthaler – die konterkarierenden Karikaturen eines liberalen Kurses, und sei er auch noch so rechts. Das betreibt andererseits der Heimkehrer persönlich: Denn die Freiheit, die er meint, ist nicht die Liberalität, für die Bucher steht.

6.1 Dr. Jekyll in Wien, Mr. Hyde in Kärnten

Wenn es ihm opportun erscheint, überholt Petzner sogar die FPK von rechts. Spätestens beim 432. Aufflackern des Ortstafelstreits im Juli 2010 zerstört er mit der rückständigsten Reaktion jede Illusion, mit dem BZÖ könne eine Partei heranreifen, die nicht am Rande des Verfassungsbogens

anstreift. Da entlarvt sich das angeblich liberale Projekt als ausschließlich opportunistische Suche nach Wählernischen. Sie findet er hier nur noch rechts der FPK; dank Landeshauptmann Gerhard Dörflers widerwilliger Umsetzung eines Verfassungsgerichtshof-Erkenntnisses. Das strategische Kalkül der Orangen ist durchschaubar: national in Kärnten, liberal in Österreich. Geht's um *Koroška*, marschiert *Mr. Hyde*, für die Gutmenschen jenseits der Landesgrenzen parliert *Dr. Jekyll*. Doch der hat hier – *daham is daham* – Sendepause.

So handeln die Orangen zunehmend mit Zitronen. Dabei sind sie so hoffnungsvoll gestartet: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Frei nach diesem Motto reagiert Österreichs politischer Mainstream auf die Spaltung von FPK und BZÖ. Seit H. C. Strache sich mit Uwe Scheuch die Rolle des blauen Bösewichts teilt, geht Josef Bucher ungebremst als oranger Gutmensch durch. Er ist bereits die Stammbesetzung des eigentlich ganz netten Kerls für Diskussionen wie "Im Zentrum." Ein Schafspelz für das Wolfsrudel hinter ihm.

6.2 Die Beschädigung aller liberalen Projekte

Doch solch doppelbödige Kommunikation benötigt langfristig ein Chamäleon vom Schlage Haiders. Seine Verlassenschaft aber ist beschränkt: entweder Trachtenanzug oder Lifestyle-Outfit. Mit der jeweils anderen Oberfläche wirkt sie vollkommen unglaubwürdig – also total authentisch. Nicht von ungefähr gibt Lebemensch Petzner seine Ortstafel-Erklärungen gemeinsam mit dem Nationalesoteriker Stadler ab. Dieses endgültige Outing des BZÖ als bloß weitere Spielart eines bedenklichen dritten Lagers mag seine Möglichkeiten in Kärnten erweitern und seine Erfolgsaussichten in Österreich verringern. Doch es minimiert die Chance jedes deklariert liberalen Projekts. Zu sehr ist der Begriff beschädigt. Von scheinliberalen Ausbeutern über vermeintlich liberale Wendehälse bis zum angeblich liberalen Bündnis.

Österreich allgemein und Kärnten besonders könnten aber durch eine Partei wie die deutsche FDP profitieren. In ihrem Programm steht: "Menschen unterschiedlicher Herkunft sind fester Bestandteil einer zukunftsweisenden liberalen Gesellschaft und unserer kulturellen Vielfalt." Im Programm des BZÖ heißt es: "Wir sind für eine heimatverbundene Gesellschaft, denn die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert." Das BZÖ war nie ein liberales Projekt. Es konnte diese Illusion nur erzeugen, weil alle nicht blauen Mitbewerber frei nach dem Motto agierten: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Für solch strategisches Kalkül taugt Liberalismus nicht. Er ist vielleicht keine Ideologie, aber in seinen ehrlichen Ausprägungen ein Ideal.

7. Es is schon still uman See

Ideale prägen auch die Grüppchen und communities, die zumindest bis zum Sommer 2010 den Anschein einer außerparlamentarischen Opposition erwecken. Denn früh bäumt sich auf, was eine Partei werden will. Das gilt sogar für jene, die es wie die überschaubaren Unverdrossenen von LIF und FPÖ offiziell schon sind. Das zeigen überdies Initiativen von solchen, die sich wie die Schriftsteller Josef Winkler und Egyd Gstättner in geradezu Travnicekscher Manier selbst genug sind (TP, die Einmannpartei mit Aufnahmesperre, © Helmut Qualtinger). Flankiert von Kreativbündeln wie Georg Holzer mit der Online-Bewegung k2020 und Reinhard Eberhart mit dem Villacher Widerstandsnest rem. Unterstützt ein paar Wochen von den Klagenfurter Freitag-Demos vor dem Amt der Landesregierung, zu der u. a. die SPÖ aufruft, deren Landesräte dort auch ihre Büros haben. Doch letztlich entpuppt sich die plötzliche politische Vielstimmigkeit wie Klaus Auers zielgerichtetes Schwarz bewegt als Sturm im Wasserglas. Während die Orientierung der Parteien auf sich selbst 2010 kaum Sachpolitik erkennen lässt, verläuft sich die Bürgerbewegung im Strandbad. Der Reiz des Sommers wirkt stärker als der Wille zur Veränderung. Der Herbst gerät landestypisch. Kaum ist der Aufmarsch zum 10. 10. 10 überstanden, da is es schon still uman See. Macher und Widersacher wirken ausgebrannt. Es herrscht wieder Ruhe im Land.

*

Ist da jemand? Parteitage sind ein Instrument zur Täuschung all jener, die nicht dort sind. Ausgenommen die Grünen, geht es immer um interne Zustimmungsquoten, die Diktaturen würdig sind, aber demokratischen Prozessen Hohn sprechen. Das gilt für die blaue Generalvergatterung zu Uwe Scheuch wie für die schwarze Mobilisierung zu Josef Martinz.

Ist da jemand? Dass wir mitspielen bei diesem Ranking von starken und schwachen Führern, ist ein Indiz für ausgeprägten Herdentrieb. Peter Kaiser gilt vor allem deshalb nicht als roter Hoffnungsträger, weil er zu intelligent für diesen Posten wirkt. Letztlich bewirken solche Mechanismen der professionellen Kommunikation eine Massenflucht ins Unpolitische. Landtagswahlbeteiligungen von 60 Prozent, wie sie Vorarlberg und Tirol schon hatten, sind ein Alarmzeichen dafür, dass die Bürger nicht mehr an ihre Macht zur Veränderung glauben.

Ist da jemand? Wir wollen immer mehrere Möglichkeiten haben. Parteitagsquoten von über 90 Prozent dagegen sind ein Ausweis persönlicher Autorität, straffer Hierarchien, des fähigen Apparates, aber nicht von Demokratiefähigkeit. Das Signal der Stärke an alle Außenstehenden wirkt

zugleich abschreckend, sich jemals in dieser Gesinnungsvereinnahmung zu engagieren.

Ist da jemand? Kärntens größter Hoffnungsträger im Herbst 2010 ist Valentin Inzko. Der Hohe Repräsentant und EU-Sonderbeauftragte für Bosnien-Herzegowina fungiert seit Juni auch als Vorsitzender des Rats der Kärntner Slowenen. Seine Rede anlässlich des Jubiläums "90 Jahre Kärntner Volksabstimmung" erntet wegen ihrer Überlänge Kritik von Gerhard Dörfler. Unterdessen darf der wahre Rivale des Spitzendiplomaten schon aus *political correctness* kaum Böses über den heimlichen Widersacher sagen.

Josef Martinz muss schweigen, während nicht nur VP-Anhänger immer öfter den einstigen Botschafter in Ljubljana als idealen Volksparteichef handeln. Da ist der Traum vom Slowenen als Kärntner Landeshauptmann nicht mehr weit. Wer hätte 2007 geglaubt, dass die USA 2009 einen farbigen Präsidenten haben? (Und wer 2008, wie schlecht Obama schon 2010 liegt?)

Ist da jemand? Valentin Inzko strebt offiziell nichts an und schließt nichts aus. Er verkündet optimistische Zukunftsvisionen für seine Region am Schnittpunkt germanischer, romanischer und slawischer Kultur sowie Sprachen. Er zeichnet ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Da ist jemand. Aber viele halten ihn für zu nobel und zu gescheit, sich Kärnten anzutun.²

Anmerkungen

- 1 Pamphlet [das] Kampfschrift; meist abwertend im Sinne von Schmähschrift; ein Schriftstück, in dem sich der Verfasser zwar engagiert, aber zumeist auch spöttisch, überspitzt und polemisch zu einem Thema äußert. Unter Vernachlässigung sachlicher Argumentation (deshalb keine Fußnoten Anm. d. Verfassers) überwiegt eine leidenschaftliche Parteinahme. Die Herabsetzung anderer Personen wird nicht nur gebilligt, sondern ist ein Ziel, dem Beweisführung, Sprachstil und besonders die durchaus verletzende rhetorische Ausgestaltung untergeordnet werden. Ursprünglich bezeichnet "Pamphlet" dennoch wertneutral ein Genre der politisch-religiösen Streitkultur.
- 2 Einige Passagen dieses Beitrags hat der Autor Ende 2009 in einer Reportage für die NZZ am Sonntag der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht, andere 2010 in den Kolumnen "Grenzgänger" für die Kärntner WOCHE.

SCHWERPUNKTTHEMA VISION KÄRNTEN 2020

Von Partikularinteressen und weißen Elefanten

Ein Land auf der Suche nach einem gemeinsamen Gestaltungswillen – Ein Kommentar

Für jemanden, der wie der Autor dieser Zeilen viele Jahre lang aus den USA kommend immer wieder Wochen und manchmal Monate in Kärnten zubrachte, blieb stets das Rätsel, wieso ein Land, das trotzig seine Einheit und Einigkeit betont, im Grunde so uneins scheint. Kein Großprojekt und kein nennenswertes Unterfangen, das nicht zum öffentlichen Zankapfel wird und in dessen Folge – je nach Thematik – nicht Parteien, Regionen, Bevölkerungsgruppen, Firmen, Interessensverbände oder sogar auch einzelne Gemeinden gegeneinander Stellung beziehen. Die Probleme dabei sind nicht die zu erwartenden üblichen Interessensunterschiede, sondern drücken eine tiefe Unzufriedenheit aus und münden in der Regel in folgenden Vorwürfen: unlautere parteipolitische Einflussnahme, die selektive Bevorzugung bestimmter Sonderinteressen, die Aktivierung von politischen Seilschaften für nicht durchdachte Vorhaben, ein intransparentes Vergabewesen, explodierende Kosten ohne ersichtliche Nachhaltigkeit und dergleichen mehr. Kurioserweise führen die Proteststürme dennoch immer wieder ins Leere und ändern an den Praktiken wenig. Kurzum schon lange vor dem Hypo-Alpe-Adria-Desaster konnte ein frühsommerlicher Kärntenbesucher alljährlich den jeweiligen scandal de l'année kennenlernen: einmal Seebühne, einmal Landeskrankenhaus, einmal FC Kärnten, einmal EM-Stadion, einmal Verkauf der Landesbank, um die "klassischen" Beispiele hier zu erwähnen. Es liegt natürlich die Versuchung nahe, diese Affären als Sommertheater abzutun und sich zu sagen: "Glücklich das Land, das sich um eine Seebühne streiten kann." Erst mit dem drohenden Zusammenbruch der Hypo-Alpe-Adria wurde das volle finanzielle Ausmaß dieser Politik für alle erkennbar. Doch soll es hier nicht um diese leidigen und hinlänglich beschriebenen Affären gehen, sondern um die dahintersteckende systemische Komponente.

Österreichs südlichstes Bundesland ist fraglos ein Ort bunter Initiativen, Ideen und Projekte. Es sind jedoch besonders deren Kosten und Sinnhaftigkeit, die seit Jahren die Medien und die Öffentlichkeit beschäftigen. Die Kritik zeigt auch, dass diesen Unterfangen ein Gesamtzusammenhang entweder fehlt oder dieser nicht ausreichend kommuniziert und verstan-

den wird. Der Verdacht liegt somit nahe, dass trotz der Maßnahmenfülle und dadurch verursachten hohen Schulden dem Land ein einigender und übergeordneter Gestaltungswille und somit ein Gesamtkonzept fehlen. Die allgemeine Akzeptanz politischer Lenkungsmaßnahmen und Großinvestitionen steigt dort, wo das Gefühl besteht, dass hinter diesen ein kompetent exekutierter Masterplan oder zumindest eine umfassende gestalterische Vision der Entwicklung des Landes steht. Bei Letzterem besteht auch eine höhere Bereitschaft, eigene Nachteile oder Verluste im Sinne des Gemeinwohls in Kauf zu nehmen. Im Gegenzug dazu leidet die Legitimität öffentlicher Projekte dort, wo diese bestenfalls als Nullsummenspiel wahrgenommen werden und daher jeder versucht, ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein. Was die Gesamtvision der Landespolitik betrifft, so fragt man sich, wo Kärnten hinmöchte. Zu welchen Ufern will das Bundesland in einer sich verändernden Welt aufbrechen?

Nicht nur, dass eine übergeordnete Vision fehlt, es findet auch keine Diskussion darüber mit der Bevölkerung statt. Welche Bedürfnisse haben die Kärntnerinnen und Kärntner? In welchem Kärnten möchten sie in 10 oder 20 Jahren leben? Welche Infrastruktur soll das Land dann haben, welche Verkehrsnetze, welche Gesundheitsversorgung, welche Art des Tourismus? Ist der Bau eines Großstadions das, was sich die Menschen von einer gestaltenden und zukunftsorientierten Politik erwarten, oder gehen ihre Wünsche zum Beispiel eher in Richtung Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs - wir wissen es nicht, weil diese Art des Miteinbeziehens der Bürger in gestaltende Entscheidungsprozesse nicht Teil der politischen Kultur in Kärnten ist. Stattdessen gibt es eine Ankündigungskultur, wobei der Bevölkerung Großprojekte und Einzelaktionen, Programme und Initiativen, manche gewiss durchaus sinnvoll, andere weniger, einfach vorgesetzt werden, nachdem diese Vorhaben in zähen Grabenkämpfen zwischen diversen Partikularinteressen und politischen Insidern aus der Taufe gehoben wurden. Obwohl mit paktierten Lösungen und entsprechenden Gegengeschenken politisch breit abgesichert, ersetzt diese Politik des permanenten Tauschhandels, der sogenannten "transactional politics", keinesfalls ein grundlegendes Nachdenken über die politische Zukunft des Landes. Dabei hätten Parteien und Landeshauptleute, oft genug mit Mehrheiten an der Grenze zur Absoluten im Landtag ausgestattet, durchaus die Möglichkeit gehabt, ganz anders vorzugehen. Konkret hätte man die politische Stärke, Sonderinteressen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, um ein mit Hilfe von Volksbefragungen und in breiten Diskussionen erarbeitetes Gesamtprogramm zu implementieren. Das Volk einzubinden heißt nicht, dem Volk nach dem Mund zu reden, sondern eine verantwortungsvolle Landespolitik ist aufgerufen, den Diskussionsprozess zu leiten, Interessen zu bündeln und Lösungen vorzustellen. Eine Bevölkerung hat Anspruch auf konkrete Alternativen und Entscheidungshilfen¹.

Als Politikwissenschaftler ist man daher versucht zu unterstellen, dass diese Form der Politik nicht bloß die Reste obrigkeitsstaatlichen Denkens und einer autoritäreren Vergangenheit sind, sondern bewusst gewollt und daher stets aufs Neue erzeugt werden. Die Konkurrenz um Einzelprojekte, also darum, diverse "Prunkstücke" der Landespolitik zugeschlagen zu bekommen, erzeugt Abhängigkeiten und spaltet das Land und seine Bevölkerung. Doppelgleisigkeit, Konkurrenzneid und kleinräumiges Denken zu schüren, um politische Folgsamkeit zu belohnen und Ungehorsam zu bestrafen, geschieht natürlich in vielen Demokratien auf der Welt, nur scheint Kärnten hier ein ganz besonderer Fall zu sein.

Beginnen wir mit der Marke Kärnten, deren Wichtigkeit für den heimischen Tourismus außer Zweifel steht. Dennoch muss festgestellt werden, dass ebenso uneinheitlich und beliebig wie die gestaltende Politik des Landes auch dessen Marke ist: Kärnten stand bisher für Urlaub bei Freunden, für ein Seenland, für ein Eventland, für Alpe-Adria und den Schnittpunkt der Kulturen, für den sonnigen Süden und das Mediterrane in Österreich, für Hochkultur im Sommer, und natürlich dürfen auch der Städte- und Kongresstourismus nicht fehlen.

Dass Kärntnerinnen und Kärntner ihre Gäste nicht immer und überall wie Freunde behandeln, dass an den meisten Tagen im Jahr eben keine Events stattfinden, es den Städten an kritischer Größe samt urbaner Infrastruktur fehlt, die Sonne auch im Hochsommer nicht so ausgiebig scheint und für Mediterranophile gleich ein paar Autobahnabfahrten weiter das wirkliche Mittelmeer beginnt, schien lange keinen Anlass zum Nachdenken zu geben – etwa darüber, was denn nun wirklich das für Gäste Unverwechselbare an Kärnten sei. So kommt es dann auch, dass in Wahrheit die Marke Kärnten immer noch mit der Marke Wörthersee konkurriert, von dem man schon bei unseren deutschen Nachbarn nicht mehr so genau weiß, ob dieser nicht doch in Tirol oder Oberösterreich liegt. Sich übrigens der Wichtigkeit der Marke Wörthersee durchaus bewusst, hat die Landeshauptstadt mittlerweile das Gewässer in ihren offiziellen Ortsnamen inkorporiert.

Wer sich um Gesamtkonzepte und Marken Gedanken macht, muss sich auch für Zielgruppen entscheiden. Es geht somit nicht darum, ob an einem GTI- und Harley-Treffen prinzipiell etwas auszusetzen sei, sondern darum, welche Reputation ein Land langfristig bekommt und wie sich solche Ereignisse mit einem durchdachten Gesamtkonzept vertragen. Eine solche Abstimmung der Interessen und Zielgruppen kann nur funktionieren, wenn über die Gemeindegrenzen hinweg koordiniert und vermittelt wird und komplementär Schwerpunkte gesetzt werden. Andernfalls buhlen zu Viele mit demselben Angebot um die gleichen Gäste und können, mangels Alternativen, nur durch ein sich gegenseitiges Unterbieten mehr schlecht als recht wirtschaftlich überleben. Wir wissen aus der Fachlitera-

tur über Wirtschaftsorganisation, dass zur erfolgreichen Etablierung von regionalen Kooperationen, um gemeinsam eine Nischenstrategie zu verfolgen, eine Koordination von oben oder außen notwendig ist. Ziel dabei ist es, die Wertschöpfung der gesamten Region und somit aller Einzelbetriebe zu erhöhen. Solche regionalen Kooperationsnetze entstehen selten von selbst und bottom-up, weil für den einzelnen kleinen Akteur die damit verbundenen Kosten zu groß sind und nie gewährleistet werden kann, dass Vorleistungen nicht von vermeintlichen Partnern im Netzwerk ausgenutzt werden. In einer Situation gegenseitiger Konkurrenz und niedrigen Vertrauens wagt niemand Investitionen in eine gemeinsame Sache. Es ist die Angst vor der klassischen Trittbrettfahrerproblematik. Daher bedarf es übergeordneter und akzeptierter Koordinations- und Schiedsstellen, die transparent für einen Ausgleich und Abtausch der Leistungen und ein Einhalten der Regeln sorgen und gemeinsame Strategien festlegen. Im Kärntner Tourismus kann nur das Land diese Rolle einnehmen. Diesem fehlten bisher jedoch sowohl eine übergeordnete Strategie wie auch ein effektiver Koordinierungswille. Die Landesregierung versteht ihre spezielle Rolle stattdessen darin, selektiv Partikularinteressen zu bedienen; ein Projekt hier, ein anderes dort, was naturgemäß die Konkurrenzsituation noch verstärkt.

Ein Blick nach Tirol, Salzburg oder in das oberösterreichische Salzkammergut lehrt, wie Markenpflege funktioniert und touristische Wertschöpfung gehoben werden kann. Selbst an Wochenenden im Oktober drängen sich Amerikaner, Japaner, Russen und Chinesen busseweise in den Orten um den Mondsee und Wolfgangsee, wobei sich Massenpublikum und betuchte Klientel durchaus integrieren lassen, wenn die Voraussetzungen stimmen. Die Marken Salzburg und Tirol sind nicht einfach ein zufälliges Nebenprodukt diverser Filme – die es übrigens ja auch um den Wörthersee zur Genüge gab -, sondern bedurften entsprechender Konzeptionen und vorausschauender Überlegungen. Anstatt mittels schneller Widmung diesen oder jenen Bau zu ermöglichen und internationale Kontakte für die Verwirklichung diverser Events zu verwenden, hätte eine verantwortlichere Tourismuspolitik auf Nachhaltiges gesetzt: eine umfassende angebotsseitige Qualitätsoffensive, wofür von der Politik die richtigen Anreize und Stützungen hätten kommen müssen; eine nachhaltige Markenentwicklung, die sich an den tatsächlichen Unverwechselbarkeiten Kärntens orientiert; eine Bündelung der knappen Ressourcen durch mehr einheitliches Vorgehen und Auftreten (etwa bei der internationalen Präsentation des Landes und seiner touristischen Angebote), den Ausbau der touristischen Infrastruktur und einen gewissen Ausgleich zwischen Regionen, die von ihrer Lage her bevorzugt sind, und anderen die, oft knapp danebenliegend, dennoch von touristischen Einnahmequellen abgeschnitten sind. Noch aufwändiger und daher noch abhängiger von der gestaltenden Hand des Landes wäre die Schaffung von touristischen Ganzjahreseinrichtungen.

In der jüngsten Strategie Kärntens, die relative geringe Wertschöpfung² aus dem Tourismus zu heben, setzt man zumindest auf unverwechselbar Kärntnerisches, das Erleben zwischen See und Berg sowie der Natur dazwischen. Dieses Bemühen erstaunt zwar ob der späten Erkenntnis, ist aber dennoch lobenswert. Nur werden auch dafür gesamtheitliche Begleitmaßnahmen notwendig sein, die in einzelnen Orten politisches Kapital kosten werden. Einem ausländischen Besucher bekannter Badeseen Kärntens fällt beispielsweise zunächst nicht die vielgerühmte Trinkwasserqualität auf, sondern die mangelnde Zugänglichkeit der Seeufer sowie neu entstehende Wohnanlagen, die dem eigenen Naturerlebnis mit dem See buchstäblich im Wege stehen.

Eine entsprechende Raumordnungspolitik, die Anwendung von Ortsbildpflegegesetzen und Programmen zur Ortskernerhaltung, wie dies in anderen Bundesländern der Fall ist, bleiben in Kärnten weiterhin Wunschzettel an die Politik. Ebenso hat es die Politik versäumt, durch entsprechende Anreize zum Gemeinsamen kleinräumiges und kurzfristiges Denken und Planen zu überwinden.³

Die Problematik der kleinräumigen Tourismuspolitik setzt sich in der Verkehrspolitik nahtlos fort. Das Land hat zwar das Glück, dass der Großteil seiner Bevölkerung in einem Ballungsraum im zentralen Seenbecken um die beiden größten Städte lebt. Doch während sich anderswo Metropolen zu städtischen Großräumen und Ballungsgebieten selbst über Landesgrenzen hinweg zusammenschließen, würde in Kärnten niemand auf die Idee kommen, Klagenfurt und Villach als Einheit zu verstehen, zumindest dort, wo es Sinn macht, wie etwa beim öffentlichen Verkehr. Während man beispielsweise den Salzburger Großraum vom Tennengebirge bis ins deutsche Freilassing problemlos mit der S-Bahn befahren kann, die Salzburger Lokalbahnen selbst Nachtschwärmer aus der Stadt bis ins oberösterreichische Trimmelkam führen und ein dichtes Liniennetz an Bussen diverser Anbieter die Region vom westlichen Oberösterreich und Salzkammergut bis hin in die Bayerische Grenzregion und die City miteinander verknüpfen und auch der Stadtverkehr nahtlos in ein größeres Ganzes integriert ist, bleibt der öffentliche Verkehr in Kärnten auf dem Niveau der 60er-Jahre zurück.⁴ Wer von einem Teil des Zentralraums zu einem anderen möchte. wird nicht quervernetzt bedient, sondern muss zumeist wie eh und je in die beiden Städte hinein und umsteigen. Es verwundert daher auch nicht, dass man selbst im unmittelbareren Villacher und Klagenfurter Umland mit dem Auto am besten aufgehoben ist und Fahrten aus etwas weiter entfernt liegenden Gegenden, etwa aus Sittersdorf nach Klagenfurt oder gar Villach, zum Ganztagsprojekt werden. Klagenfurt und Villach betreiben

zwar, wie seit jeher, radiale Liniensysteme des öffentlichen Nahverkehrs, dessen Ziel es ist, die städtische Peripherie mit dem Zentrum zu verbinden. Wer von einem Punkt der Peripherie zu einem anderen möchte (mit der Stadtflucht in den letzten Jahrzehnten haben sich dort die Wirtschaft und viele Freizeitvergnügungen angesiedelt), wer ins weitere Umland will oder des Nachts unterwegs ist, wird bald an die praktischen Grenzen des öffentlichen Verkehrs stoßen. Die Kärntner Landespolitik scheint der öffentliche Nahverkehr nicht viel anzugehen, und da dies offenbar kein Thema ist, drehten sich Diskussionen um verkehrspolitische Herausforderungen in Kärnten eher um das billige Tanken.

In keinem Bundesland kann der Lokalverkehr zur Gänze vor Ort finanziert und von unten her umfassend organisiert werden. Die Grundinvestitionen und Betriebskosten würden die Gemeindebudgets sprengen. Außerdem kann nur die Landesebene für einen entsprechenden Interessenausgleich sorgen und Gesamtplanungsschritte setzen, wobei das Land durch einen verbesserten Nahverkehr natürlich enorm profitieren würde. Neben den Vorteilen für Umwelt, Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit könnten neue Verbindungen und Quervernetzungen auch strukturbelebend und innovationsfördernd sein. Verkehrspolitik kann sowohl Umweltpolitik wie auch Innovations- und Infrastrukturpolitik in einem sein, wenn etwa die Fachhochschul-Standorte mit der Universität, den Technologieparks sowie bestimmten Industriestandorten verbunden werden. Ähnliches gilt natürlich auch für die Vernetzung touristischer Einrichtungen. All das setzt eine Gesamtvision und eine entsprechende übergeordnete Planung voraus.

Dass es auch anders geht, belegt ein Beispiel aus der Steiermark. Wissend, dass integrierte Verkehrslösungen und eine moderne Beförderungsinfrastruktur die Wertschöpfung in den betroffenen Regionen heben können, begann man 1998 mit der Konzipierung der neuen S-Bahn Steiermark. Eine Teilinbetriebnahme erfolgte 2007 und der Vollausbau wird bis 2016 abgeschlossen sein. Dann werden neun Linien mit 106 Stationen die Mur-Mürz-Furche mit der slowenischen Grenze, Köflach im Westen, Weiz und Bad Gleichenberg im Norden und Osten im 30-Minuten-Takt mittels moderner Niederflurzüge verbinden. So ein umfangreiches Projekt zeugt von einem entsprechend nachhaltigen wie umfassenden Gestaltungswillen von Seiten der steirischen Politik.

Einem Besucher Kärntens fällt dennoch sofort auf, dass das Bundesland aus historischen Gründen vor allem im Großraum Klagenfurt-Villach und entlang der Seen immer noch eine beträchtliche Bahninfrastruktur aufweist, diese jedoch bisher weitgehend ungenützt bleibt. So musste das Land bis zum Jahre 2010 warten, bis man sich an die Umsetzung des Projektes S-Bahn Kärnten machte. Man weiß dabei nicht, ob man den politischen Verantwortlichen dazu gratulieren oder nicht eher ob des Versäum-

ten verzweifeln soll. Es ist ja nicht so, als ob neue Parteien mit einer neuen Agenda in Regierungsverantwortung gekommen wären, sondern es sind dieselben Parteien, die sich heute als Proponenten eines Projektes feiern, dessen Nutzen bereits vor mehr als einem Jahrzehnt auf der Hand lag und man erst darauf einschwenkte, nachdem die angrenzenden Bundesländer diese Vorhaben bereits großteils fertiggestellt hatten. Dem Hinweis, dass Kärnten nicht über die entsprechenden Mittel verfügt hätte, wird man entgegenhalten, dass eben alles eine Frage der Prioritätensetzung und Gesamtkonzeption ist.

Wie man an der Salzburger oder Vorarlberger S-Bahn erkennen kann, bedarf die erfolgreiche Umsetzung nicht nur der Umbenennung von Regionalzügen in S-Bahnen und die entsprechende Kennzeichnung der Bahnhöfe, um dann (zwar im Takt) dieselben alten Nebenbahnlinien abzufahren, sondern es gilt Park & Ride-Gelegenheiten zu schaffen sowie neue Haltestellen einzubauen, die sich als Publikumsmagnete erweisen, weil sie Menschen dorthin bringen, wo sie auch hinwollen. Hier sind viele neue Entwicklungen an den alten Bahnlinien vorbeigegangen und es bedarf dafür eines Gesamtverkehrskonzeptes in Verbindung mit einem Wirtschaftsentwicklungskonzept. In Salzburg beispielsweise hält die S-Bahn jetzt auch in neuen Stadtteilen, beim Landeskrankenhaus sowie beim größten Einkaufszentrum des Landes und ist zudem im städtischen Gebiet und Umland schneller als der Straßenverkehr. Auf Kärnten umgelegt, könnte dies eine Verbindung von Tarvis zum Villacher Atrio-EKZ und weiter zur Fachhochschule und der Universität in Klagenfurt oder gar von Jesenice zu Orten nördlich von Klagenfurt mit einem Stopp möglichst nahe beim Flughafen bedeuten. Auch die Salzburger S-Bahn verkehrt übrigens in internationaler Kooperation bis nach Bayern hinein. Doch die leidige Diskussion um die letztlich nie verwirklichte Bahn-Haltestelle "Universität/Minimundus", die ursprünglich für die EM 2008 geplant war, stimmt wenig optimistisch und bringt uns wieder zum Thema dieses Aufsatzes zurück, der fehlenden Gesamtkonzeption und langfristigen Planung.

Im Land der kleinräumigen Lösungen bleibt es zwangsweise bei einer oberflächlichen Verknüpfung separater Verkehrsanbieter, die, alle auf sich alleingestellt, jeweils ihre eigenen Herausforderungen zu meistern haben. Weder der Postbus noch die Bundesbahn haben die Aufgabe, für eine integrierte Verkehrspolitik in Kärnten zu sorgen. Dafür ist allein die Landesregierung zuständig, und sie wird gewählt, um sich über die großen gestalterischen Aufgaben des Landes Gedanken zu machen.

Die Frage nach einem umfassenden Verkehrskonzept weist auf die viel grundsätzlichere Problematik eines fehlenden wirtschaftlichen Gesamtkonzeptes des Landes hin. Nicht dass es an diesbezüglichen Strategiepapieren und Vorschlägen gemangelt hätte, dennoch muss wohl das Konzept

von "Silicon Alps" als der letzte umfassendere Versuch dieser Art angesehen werden: Ende der 1990er-Jahre entwickelte man unter dem damaligen Landeshauptmann Christof Zernatto die Vision, Kärnten sollte zu einem High-Tech-Land und Player auf dem Mikroelektronik-Sektor werden. Eine bestimmte Standortpolitik der Stadt Villach und die Investitionsfreudigkeit des Weltkonzerns Infineon⁵ hatten dafür gesorgt, dass sich mit der Initiierung des Mikroelektronik-Clusters um das Werk in der Draustadt ein Netzwerk von an die 40 Clusterbetriebe mit etwa 5000 Mitarbeiten bildete. In weiterer Folge jedoch ging die High-Tech-Initiative den Weg vieler Entwicklungen in Kärnten. Der Konkurrenzneid zwischen den Parteien und den Städten einerseits, Dilettantismus und persönliche Eitelkeiten andererseits verhinderten eine erfolgreiche weitere Entwicklung des Projektes. Der nachfolgende Landeshauptmann fand es offenbar schwierig, ein Vorhaben gedeihen zu lassen, das außerhalb seines Wirkungskreises entstanden war.

Es wundert daher auch nicht, dass sich in Villach der Eindruck festigte, die für die damalige Kärntner FPÖ aber auch für die ÖVP wahlpolitische Bedeutung der Landeshauptstadt mache es notwendig, Klagenfurt gegen das "rote" Villach auszuspielen. Gab es in der Draustadt mit Infineon und SEZ Hardware-Produktionen, dann sollte, so schien es, die Software-Entwicklung in Klagenfurt angesiedelt werden. Dies veranlasste Landeshauptmann Haider sogar, in Villacher Medien Inserate zu schalten, um diesen Vorwurf auszuräumen. Dabei hatte sich Villach damals zu der nicht überall populären Gesamtstrategie durchgerungen, statt in die geplanten Olympischen Spiele lieber in Hochtechnologie zu investieren. In Form einer public private partnership verwirklichte die Stadt schließlich einen Technologiepark auf einem neuerschlossenen Gelände entlang der Drau. Kurz darauf entstand dann parallel dazu der Lakeside Science & Technology Park in Klagenfurt, worauf die Frage nach Überkapazitäten sofort virulent wurde und der Umstand bemerkenswert war, dass die Klagenfurter Anlage trotz prekärer Budgetlage mit kräftiger Unterstützung des Landes und des Bundes finanziert wurde. Natürlich lässt sich beinahe jedes Projekt in irgendeiner Form begründen, und die Universitätsnähe und Hauptstadtlage sprechen für das Klagenfurter Ambiente. Doch ohne übergeordnetes Gesamtkonzept im Lichte zur Verfügung stehender Gesamtressourcen, welches über Sinn und Notwendigkeit Auskunft gibt, bleibt der Verdacht der politischen Bevorzugung und vertieft das ohnehin bestehende gegenseitige Misstrauen in einem Raum, der dringend mehr Gemeinsamkeit benötigt.

Beim Klagenfurter Lakeside-Park verstärkt zusätzlich die Art der Betriebsorganisation die so empfundene Ungleichbehandlung, denn dieser Technologiepark wird von der Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft und somit indirekt von dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds in organisatorischer Verknüpfung und Personalunion⁶ gemanagt. Der Interessenskonflikt gegenüber Dritten liegt auf der Hand.⁷ Mitarbeiter des österreichischen Rates für Forschung- und Technologieentwicklung sprachen zudem bei einer Enquete in Alpbach 2005 öffentlich über Druck aus Kärnten, entsprechende Projekte zum Zwecke der raschen räumlichen Nutzung des großen Technologieparks am Wörthersee zu fördern.

Der Technologiepark Villach wiederum wird seit 2001 von der Entwicklungsagentur Kärnten gemanagt, die zudem im Süden von Klagenfurt einen weiteren Technologiepark betreibt, den ältesten Kärntens übrigens. Dort ist auch der Klagenfurter Standort der Fachhochschule Kärnten ansässig. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass Klagenfurt ursprünglich als reine Universitätsstadt positioniert werden sollte und andere Städte Kärntens dagegen als Fachhochschulstandorte vorgesehen waren. Die andauernde Diskussion um die vier Standorte wurde in einer österreichischen Tageszeitung mit folgen Worten kommentiert: "Kärnten hat vier Fachhochschulstandorte und ein Budgetproblem."8 Die Aufteilung von Landesressourcen auf mehrere Orte kann lokal wirtschaftliche Impulse bewirken und ist an sich legitim, bringt aber besonders bei einer Institution höherer Bildung auch große Nachteile mit sich. Denn es liegt auf der Hand, dass eine an einem Standort konzentrierte Fachhochschule eine andere Kostenstruktur. Wahrnehmbarkeit und kritische Masse an Studierenden hätte. Eine solche Grundsatzentscheidung wäre in der Hand des Landes gelegen. Das bewusste In-Kauf-Nehmen dieser Nachteile hätte einer besonders überzeugenden Rechtfertigung durch die Landesregierung bedurft und müsste Teil eines gesamtwirtschaftlichen Modernisierungskonzepts sein. Da dies nicht der Fall war, wurde die Standortfrage zum Politikum und Gegenstand von breiter Kritik.

Nach einer Beanstandung durch den Rechnungshof, dass in Kärnten die Kosten für Fachhochschulen doppelt so hoch wären wie in anderen Bundesländern, kam die Ankündigung von Landesrat Josef Martinz (ÖVP), dass ein Fachhochschulstandort – Klagenfurt – geschlossen werden solle, was (nicht ganz unverständlich) vom dortigen Bürgermeister ebenso wie von FPK-Obmann und Bildungsreferent LHStv. Uwe Scheuch empört zurückgewiesen wurde. Dieser will laut Medienberichten alle Standorte halten und möchte dafür aber bei den Personalkosten einsparen. In einer Aussendung monierte er dezidiert, dass die Kritiker in der Standortauswahl der Kärntner FH die "Gesamtstrategie" nicht entsprechend berücksichtigt hätten. Doch genau dies ist der entscheidende Punkt: Welche Gesamtkonzeption liegt dem Ganzen zu Grunde?

Damit kehren wir zum Ausgangspunkt des hier vorgebrachten Argumentes zurück: die allenthalben fehlende Gesamtkonzeption und der nicht-

existente übergeordnete Gestaltungswille im Kontext einer sich rasch verändernden internationalen Umgebung, in welcher Kärnten seinen Platz suchen muss. Es geht hier nicht darum, dieses oder jenes Tourismusprojekt oder diesen oder jenen Standort der Fachhochschule oder eines Technologieparks zu beurteilen, sondern es soll die Frage nach dem Prozess aufgeworfen werden, wie diese Dinge in Kärnten in der Regel ablaufen und sich in die Gesamtheit einfügen. Es geht auch darum, wie ein politisches System zu seinen Grundsatzentscheidungen gelangt.

In allen Demokratien gibt es Tauschgeschäfte und lokale Standortinteressen - in den USA beispielsweise sagt man "all politics is local". Die Versuchung, aus formal politischer Macht wahlpolitisches Kapital zu schlagen, gibt es somit überall, doch in gut regierten Politiksystemen gibt es Korrektive in Form einer effektiven Opposition, wachsamer Parlamente, Institutionen wie dem Rechnungshof und entsprechender Spielregeln, anhand dieser die Rechnungsabschlüsse nicht erst Jahre später im Landtag debattiert und Rechnungshofberichte und finanzielle Realitäten nicht straflos ignoriert werden können. Aus all diesen Gründen gibt es für die Verwirklichung großer Projekte und Initiativen anderswo einen normalen Ablauf der Dinge. Dieser Prozess beginnt in Demokratien gemeinhin mit einer breiten öffentlichen Diskussion über Prioritäten und langfristige Erfordernisse. Es werden internationale Vergleiche bemüht und wichtige Stakeholder eingebunden. Es folgen Machbarkeitsanalysen basierend auf reellen wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten und einer Umsetzungs- und Finanzierungsstrategie. Normalerweise bemüht man sich um den Ausbau lokaler Stärken, Synergie-Effekte sowie um eine Konsolidierung und Bündelung der Ressourcen, wo immer es möglich ist. Tauschgeschäfte sind auch hier Teil dieses Prozesses, damit jene abgefunden werden können, für die am Ende wenig übrigbleibt. Damit wird quasi von der Gemeinschaft das Opfer oder der Nachteil einzelner Akteure anerkannt und abgegolten. Der "Deal" ist somit ein Akt der Versöhnung und des Ausgleichs.

In Kärnten dagegen steht der "Deal" am Anfang des Prozesses. Irgendwo entsteht irgendwie die Idee zu einem (gesondert betrachtet durchaus oft sinnvollen) Projekt. Doch da das Bundesland und seine Regionen nicht reich sind, läuft fast nichts ohne Einbindung des Landes. Also wenden sich Partikularinteressen gezwungenermaßen an die zentrale politische Macht des Bundeslandes. Diese wiederum kann nehmen oder geben. Mittels des Instruments der Bedarfszuweisung können beispielsweise bestimmte politische, institutionelle oder regionale Akteure belohnt oder bestraft werden. Mit der Strategie des Teilens und Herrschens können Partikularinteressen selektiv bedient werden, um die eigene Vormachtstellung auszubauen. Damit lässt sich nicht nur Wählermobilisierung betreiben, sondern auch Druck auf den eigenen Koalitionspartner oder die Opposition ausüben.

Was jedoch hierbei auf der Strecke bleibt, ist die Entwicklung eines nachhaltigen Gemeinschaftsverständnisses, in dem Kärnten als politische und wirtschaftliche Einheit und dessen Wettbewerbssituation in der nationalen und internationalen Umgebung als solche wahrgenommen wird. In der Politik der Partikularinteressen befindet sich der Gegner stets im nächsten Dorf, dem nächsten regionalen Tourismusverband oder dem nächsten Bezirk.

Eine Politik, welche das Einzelne, Lokale und Besondere vor das Gemeinsame stellt, ist denkbar ungeeignet, Gesamtlösungen und umfassende Konzeptionen anzubieten. Dafür ist sie jedoch geradezu prädestiniert, Großprojekte und Einzelinitiativen hervorzubringen, die sich langfristig als unfinanzierbar und nicht nachhaltig erweisen. Kärnten ist österreichweit geradezu ein Synonym für diese "Politik der weißen Elefanten". Der Begriff der sogenannten White Elephants stammt aus der Fachliteratur zur Entwicklungspolitik, wo er für die Überzeugung von Potentaten und Regierungen steht, durch Großprojekte ökonomische Entwicklung bewirken zu können und sich gleichzeitig ein Denkmal zu setzen.

In Kärnten stellt sich dem Politologen jedoch die Aufgabe, diese Art des *Policy-making* nicht aus dem Blickwinkel der Entwicklungspolitik zu beleuchten, sondern unter dem Begriff *Populist Governance*, wenn man neben den oben erwähnten Großprojekten beispielsweise auch an Initiativen wie billigem Diesel, "Pendlergeld", "Jugendtausender", Teuerungsausgleich sowie deren Finanzierung denkt; gewiss populär und sozialpolitisch argumentierbar, aber langfristig ein Raubbau an der Zukunft.

Diese für Kärnten als typisch einzustufende Politik ist gewiss Ausfluss einer langen Tradition des Paktierens und der Politik von oben zu Gunsten von Partikularinteressen. Voraussetzung für dieses politische Handeln ist die Aufrechterhaltung von Trennlinien, den sogenannten "Cleavages", welche in eine von H. G. Betz (1993) so bezeichneten "Politics of Resentment" gegenüber möglichen Mitbewerbern mündet. Anders ausgedrückt: Nur in einem Land, das in sich so uneins ist, lässt sich diese Politik so konsequent durchziehen.

Beginnend mit dem Konflikt zwischen Sprachen und Kulturen, zwischen den Parteien sowie zwischen Städten und Regionen scheinen rational geplante Gesamtstrategien wie ein Ding aus einer anderen Welt – obwohl gerade ein ressourcenarmes und hoch verschuldetes Land wie Kärnten mehr als reiche Bundesländer wie Tirol, Vorarlberg oder Salzburg auf einen gesamtheitlichen Gestaltungswillen angewiesen wäre. Somit bleibt die Hoffnung, dass das Erreichen der absoluten budgetären Grenzen sowie die nationale und internationale Aufmerksamkeit, die die Kärntner Politik mittlerweile erregt hat, notgedrungen jenes Umdenken bewirkt, das wünschenswert wäre. Erste zarte Anzeichen hierfür zeigen sich immerhin.

Anmerkungen

- 1 Wenn sich etwa im Zusammenhang mit dem Schließen von kaum rentablen medizinischen Zentren in entlegeneren Gegenden breiter Widerstand gegen eine Krankenhauskonsolidierung regt, dann darf die Alternative nicht sein, entweder ändert sich nichts oder man zieht ein paktiertes Projekt durch, komme was wolle; sondern man sieht sich nach weiteren Optionen um, die man der Bevölkerung präsentiert. Vielerorts gibt es entlegene Regionen, die vor ähnlichen Problemen stehen und die moderne Diagnosetechniken und Datenübertragung dazu verwenden, die Patienten zwar physisch vor Ort zu untersuchen, aber die Informationen an Experten in fernen Zentren übermitteln. Bei einem vergleichbaren Unterfangen in Alaska sind sogar österreichische Ärzte mitbeteiligt.
- 2 Die touristische Wertschöpfung des Landes liegt bei mageren 10 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung (vgl. http://wko.at/statistik/bundesland/BWS_K%C3%A4rnten.pdf/Zugriff: 18. 10. 2010).
- 3 Es ist dem neuen Geschäftsführer der Kärnten-Werbung, Christian Kresse, hoch anzurechnen, sich dieser Fragen sowie der Wahrnehmung Kärntens und der Außenwirkung des Auftretens der einzelnen regionalen Tourismusverbände anzunehmen, nur erfolgt dies um viele Jahre verspätet.
- 4 Klagenfurt, wo die Stadtwerke auf die Gewinne der Energieversorgung zugreifen können, ist etwas besser dran und bietet ein dichteres Netz. Die Villacher Stadtbuslinien, die diese Möglichkeit der Querfinanzierung nicht besitzen, bieten sowohl von ihrer Fahrfrequenz wie auch Routenführung lediglich ein Minimalprogramm.
- 5 Seinerzeit Siemens.
- 6 Mag. Hans Schönegger ist Geschäftsführer der Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (BABEG) und fungiert auch als Ko-Geschäftsführer des Lakeside-Technologieparks, welcher wiederum zu zwei Dritteln der BABEG gehört und somit direkt auch mit dem KWF verknüpft ist. Der Lakeside-Park und die BABEG vereinen in Mag. Harald Dobernig auch ihren jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden.
- 7 Mitglieder des Infineon-Konzerns haben dem Autor gegenüber explizit ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass jene für den Villacher Konzern wichtige Hardware/Software-Firmen sowie diverse Forschungseinrichtungen zur Entwicklung von Informations- und Telekommunikationstechnologien ausgerechnet in Klagenfurt angesiedelt wurden.
- 8 Der Standard, 3. 8. 2010, http://derstandard.at/1277339502103/Diskussion-um-Kaernt-ner-Fachhochschullandschaft (Zugriff 18. 10. 2010).
- 9 APA OTS Originaltext-Service, http://www.ihs.ac.at/publications/lib/ots_0108a2010. pdf (Zugriff 18. 10. 2010).
- 10 H. G. Betz, 'The New Politics of Resentment: Radical Right-Wing Populism in Western Europe', Comparative Politics 25 (1993), 413–27.

Die Kärntner SPÖ im Jahr 2020 oder: Die Zeit als Mahner, die Zeit als Chance

1. Status quo

Die Kärntner SPÖ im Jahr 2020? "Strukturell wird sie viel moderner sein; vom Politischen her dürfte sie eine Partei zwischen 30 und 40 Prozent Stimmenanteil werden", prognostiziert ein optimistischer Kärntner SPÖ-Chef Peter Kaiser.

Die Kärntner SPÖ im Jahr 2020? "Sie könnte eine sehr bestimmende Partei sein, doch dafür müsste sie einen Reformprozess durchlaufen, der durchaus schmerzhaft werden kann", warnt Politologe Peter Hajek vom Institut Public Opinion Strategies.

Die Kärntner SPÖ im Jahr 2020? "Gibt's die in zehn Jahren überhaupt noch?", fragt der Zyniker von der Straße.

Nachrichten vom Ableben der SPÖ...

Nachrichten vom Ableben der SPÖ begleiten die Partei, anfangs augenzwinkernd, im Fortlauf der Zeit durchaus und zunehmend ernsthaft-warnend gemeint, seit jenen Tagen, da der 40er-Bereich zu wanken begann: seit 1994 also. Mittlerweile lebt die bis 12. März 1989 absolut regierende Partei mit einem Zweier vorneweg unsicheren Zeiten entgegen: Die Landtagswahl am 1. März 2009 markierte mit 28,8 Prozent den historischen Tiefststand der Kärntner Sozialdemokraten. 9,6 Prozent büßte die Partei gegenüber 2004 ein – ein Absturz, der selbst den Pessimisten unter den Parteigenossen den Atem nahm.

Die Nachrichten vom Ableben der SPÖ – waren sie gar nicht so weit hergeholt?

Ein Sonderfall?

"Kärnten ist und bleibt ein Sonderfall – in jeder Hinsicht." (Zitat Michael Völker, Der Standard, Ausgabe 2. 3. 2009) Kommentatoren im In- und Ausland suchten nach Erklärungen für die rote Talfahrt. Manche glaubten mit der Argumentation, Jörg Haider respektive BZÖ/FPK Kärnten gesondert

betrachten zu dürfen, losgelöst aus dem großen Kontext einer europaweit schwächelnden Sozialdemokratie. Ein statthafter Versuch?

Keine Antworten...

Bundesweit begann die Sozialdemokratie ab den 1990er-Jahren an Boden zu verlieren. Durchaus dramatisch: Die Nationalratswahl 1990 brachte der SPÖ noch 42,8 Prozent der Wählerstimmen ein (1979 waren es 51,0 Prozent).

1994, also vier Jahre später, der Schock: 34,9 Prozent.

1995: 38,1 Prozent.

1999: 33,2 Prozent.

2002: 36,5 Prozent.

2006: 35,3 Prozent.

Die Tatsache, dass sich ab den 90er-Jahren mit den Freiheitlichen eine dritte Kraft jenseits der Kleinparteien etablierte, stutzte die bis dahin dominierenden Großparteien SPÖ und ÖVP zu Mittelparteien zusammen.

Der Schrumpfungsprozess der Sozialdemokratie – ist er ein unaufhaltbarer? Ist die SPÖ der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderung machtlos ausgeliefert? Ausgeliefert, weil sie die Entwicklung weder vorausgesehen noch mitgemacht hat, sondern ihr zeitverzögert hinterhergehechelt ist?

"Die Sozialdemokratie hat keine Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft." Eine These, die ebenso oft zu hören ist wie das Klischee von "einer sich vorwärts in die Vergangenheit bewegenden Partei . . . ".

Zu Tode gesiegt

Was aber glaubt die SPÖ in der Vergangenheit zu finden? Ihre Wurzeln? Ihre Ideologie? Ihre Wählerschaft – die Arbeiter und die kleinen Leute? 1889 als Arbeiterpartei gegründet, ist den Sozialdemokraten im Laufe von 120 Jahren ihre Klientel abhanden gekommen. Heute sind nur noch zwischen 10 und 15 Prozent der roten Wähler Arbeiter. Die klassische Arbeiterschicht, wie sie vor mehr als 100 Jahren dem Bürgertum und Bauernstand gegenüberstand, gibt es in diesem Sinne nicht mehr. Die Ziele des Klassenkampfes sind erreicht. Zumindest weitgehend. Vor allem für das Gros des einstigen kleinen Mannes. Der ist nämlich – dank einer sozialdemokratischen Politik – zum Mittelständler aufgestiegen.

"Das sozialdemokratische Jahrhundert geht zu Ende, weil ein Großteil der politischen Versprechungen des Sozialismus erfüllt ist, der Sozialismus sich zu Tode gesiegt hat und selbst eine Gesellschaft herbeigeführt hat, in der neue Liberalität und neuer Individualismus sich schlecht mit dem alten Staat der Fürsorge und Bevormundung vertragen", prophezeite der Soziologe Ralf Dahrendorf schon in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Die SPÖ selbst bleibt solcherart im Dilemma zurück: Was also tun? Passt die Sozialdemokratie ihre politischen Postulate dem gesellschaftlichen Strukturwandel an, ist sie bereit für einen Wandel mit dem Wandel? Oder gelingt ihr der strategische Spagat: Mit einer Politik, die auf den "roten Grundwerten fußt, zur progressiven, gestaltenden Kraft zu werden?

Neoliberaler Mitläufer

Die Wirtschaftskrise – sie hätte durchaus zu einer reellen Chance für eine wieder erstarkende, weil sich selbst findende SPÖ werden können. Das neoliberale Wirtschaftssystem hat mit seinem Wettbewerbs- und uferlosen Leistungsdenken offensichtlich übertrieben. Der Glaube an die endlose Steigerung (noch mehr, noch besser, noch schneller) scheint an seine Grenzen gestoßen zu sein. Die Krise hätte die Sehnsucht – mehr noch: die Überzeugung – nach einem Wertewandel einläuten können. Als Proponenten dieses Wandels wäre die Sozialdemokratie vorstellbar, prädestiniert gewesen – mit Strategien zur Krisenbewältigung. Strategien, an deren Ende nicht der Erhalt jener Strukturen steht, die uns in die Krise katapultiert haben, vielmehr mit Strategien, die eine Wiederholung der Krise verhindern. Bis zum heutigen Tag wird der Kampf der Sozialdemokratie für eine derartige Krisenbewältigung weitgehend vermisst. Vielmehr scheint sich der Kampf in der halbherzigen Beschwörung von Stabilität und Gerechtigkeit müde zu laufen.

"Kleine Leute wählen normalerweise die SPÖ, doch gerade diese Wählergruppe registriert nun eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und hat sich deshalb für Hans-Peter Martin oder die FPÖ entschieden. Es handelt sich um Wähler, die sich vom Staat etwas erwarten und die mit dem Anwalt, den sie in der Regierung zu haben glauben, unzufrieden sind", analysierte etwa Heinz Kienzel, geschäftsführender Obmann der Lazersfeld-Gesellschaft, das neuerliche Minus der SPÖ bei der Nationalratswahl 2006. Wird also die Sozialdemokratie als Mitläufer des neoliberalen Wirtschaftssystems wahrgenommen?

Zwischen Abgrenzung und Anbiederung

Zu diesem großen Ganzen, in dem die Problematik der SPÖ basiert, kommt für die Kärntner SPÖ im Speziellen der "Sonderfall freiheitliches Lager" als zweites Problemfeld hinzu. Es ist dies eine Herausforderung, auf die

die Sozialdemokraten bis dato keine Antwort gefunden haben. Mehr noch: Man darf die Behauptung wagen, dass die Kärntner SPÖ besagte Herausforderung bis ins Jahr 2004 nicht in ihrem tatsächlichen Ausmaß realisiert hat. Der "Sonderfall" wurde ignoriert, zumindest nicht in all seiner dramatischen Bedeutung registriert. Er hielt als begueme Erklärung für neuerliche Stimmenverluste her. Eine Überheblichkeit? Eine fatalistische Fehleinschätzung? In der Weise, in der man über Jahrzehnte hinweg das Problem nicht erkannt hatte, wurden auch die Probleme, Ängste, Sorgen der Bevölkerung nicht wahrgenommen. So oblag es Jörg Haider und seinem Gefolge, das Ohr beim Volk, beim kleinen Mann, beim Arbeiter zu haben. zudem kommen heftige Zweifel darüber auf, ob die SPÖ jemals die Ursache ihres Machtverlustes ernsthaft analysiert hat." (Trautl Brandstaller in "Ouo vadis, SPÖ? Ein Versuch aus Anlaß zweier Bücher führender Sozialdemokraten") Tatsächlich beschränkte sich die Analyse ernüchternder Wahlergebnisse im Austausch von Köpfen an der Parteispitze. Über Wege, Inhalte, Programme wurde nicht diskutiert. Die SPÖ lavierte über Jahre hinweg "zwischen alter Abgrenzungs- und neuer Anbiederungspolitik" (Brandstaller).

In Kärnten wurde der gesinnungsuchende Schleuderkurs zuletzt mehr als deutlich, als die Partei daranging, Reinhart Rohr als Landesparteivorsitzenden abzulösen und sich auf einen Nachfolger zu einigen. Für welchen ideologischen, für welchen programmatischen, für welchen strategischen Weg sollte der neue Kopf stehen? Man darf behaupten: Erstmals ging es nicht nur um die Person an der Spitze, sondern auch um deren "Marschroute". Und wieder zeigte sich, wie zerrissen, in sich gespalten, zweifelnd, suchend diese Partei ist. Mit Peter Kaiser wurde schlussendlich ein Mann als Vorsitzender der Kärntner Sozialdemokraten gewählt, der für den ideologisch traditionellen Weg steht. Ein Mann, der einen möchte. Ein Mann, der beteuert, die Partei in einem behutsamen Reformprozess in die Zukunft führen zu wollen.

2. Visionen:

2.1 Das sagt der SPÖ-Vorsitzende:

Zwischen 30 und 40 Prozent...

Wo und wie also sieht SPÖ-Chef Peter Kaiser seine Partei im Jahr 2020?

Kaiser: "Die Kärntner SPÖ wird im Jahr 2020 im Vergleich zu heute moderner sein, vor allem im Hinblick auf die Mitgliederbetreuung und in der Kommunikation parteiintern. Vieles von alten traditionellen Bereichen wird hier über Bord zu werfen sein. Auch inhaltlich muss es bei den Themenstellungen in Ortsorganisationen Veränderungen geben. Wir müssen

uns vor Ort vermehrt mit politischen Themen auseinandersetzen, anstelle uns primär auf das Vereinsleben mit Geburtstagen etc. zu stürzen. Vom Politischen her glaube ich, dass die SPÖ Kärnten 2020 eine Partei sein wird, die durchaus zwischen 30 und 40 Prozent der Wähler erreichen kann – das ist mein perspektivischer Blick. Ich denke auch, dass es im Jahr 2020 ein anderes politisches System, was das Wahlrecht und die Zusammensetzung der Opposition betrifft, geben wird."

Eine moderne, nachvollziehbare Definition von Grundwerten

Inhaltlich gesehen werden sich die Sozialdemokraten welches Profil verpassen?

Kaiser: "Politik ist grundsätzlich: Inhalt, Perspektive, Formulierung von Zielen. Die SPÖ wird daher sehr konkret für Inhalte stehen – es wird eine moderne, nachvollziehbare Definition von Grundwerten geben, die heute dieselben sind, wie sie es vor 120 Jahren waren und in zehn Jahren sein werden: Leistungsgerechtigkeit, Solidarität, Freiheit, Toleranz. In den wesentlichen Politikfeldern umgesetzt wäre das für die Kärntner Sozialdemokraten, für Gleichheit, insbesondere für Chancengleichheit zu kämpfen. Die großen Bereiche, die ich dabei meine, sind: Der Kampf um die gleichen Bildungschancen für unsere Kinder; faire Chancen am Arbeitsmarkt mit fairem Einkommen."

Von Wissenswerten und sozialen Werten

Nun machen viele Politologen der SPÖ den Vorwurf, dass sie die gesellschaftlichen Veränderungen ignoriert hätte: Die klassische Arbeiterschaft gäbe es heute nicht mehr. Wer sind die Zielgruppen der SPÖ im Jahr 2020?

Kaiser: "Die SPÖ wird weiterhin die Interessensvertretung der von Arbeit abhängenden und mit Arbeit ihren Lebensunterhalt schaffenden Menschen bleiben. Wobei ich nicht sagen möchte, dass die Sozialdemokraten ausschließlich diesen und jenen Wähler zu vertreten haben. Ich möchte das viel weiter fassen: den klassischen Humanisten, jeden Menschen. Es wird in Zukunft Wissenswerte und sozialer Werte bedürfen, um eine humane Gesellschaft überhaupt noch lenken, steuern und entwickeln zu können. Deshalb sollten wir uns nicht so festlegen auf eine ganz bestimmte Wählergruppe. Heute leben wir – ohne dass es ausgesprochen wird – in einer Konsumideologie: Glück, Werte werden heute damit definiert, was man sich alles leisten kann. Das wird sich ändern (müssen). Daher wird auch die Politik andere Werte in den Mittelpunkt rücken (müssen). Geld allein wird nicht mehr das allein selig Machende sein. Das sollte uns schon die derzeitige Krise angedeutet haben."

Wie konnte es dann passieren, dass sich der kleine Mann, den die SPÖ vorgibt vertreten zu wollen, gerade jetzt in der Krise von der SPÖ ab- und zur FPK hinwendet?

Kaiser: "Ja, hierin muss sich die SPÖ ganz besonders hinterfragen. Wenn etwas nicht so läuft, wie es laufen sollte, sucht man tendenziell die Schuld nicht bei sich. Man sucht ideologisch, parteipolitisch forciert Sündenböcke und Begründungen, die oberflächlich sind und im Grunde von den eigentlichen Ursachen ablenken. Das passiert derzeit vereinfacht, und dort, wo weniger Bildung vorhanden ist, kann es leichter propagiert werden. Das wiederum ist ein wesentliches Plädoyer für die gesamte menschliche Grundbildung bis mindestens zum 15. Lebensjahr. Das muss forciert werden – ansonsten schießen wir uns selbst ins Knie."

Sie haben eingangs gemeint, die Kärntner SPÖ hätte das Potenzial, im Jahr 2020 auf durchaus 30 bis 40 Prozent zu kommen. Wo sehen Sie vice versa die politischen Mitstreiter?

Kaiser: "Neben den traditionellen Parteien – dazu zähle ich die FPK als Gesamtes hinzu – werden die Grünen bestehen bleiben. Vermehrt werden aber auch parteienähnliche Gebilde, die anlass- oder projektbezogen gegründet werden, politisch mitspielen. Ich denke, dass eine solche Entwicklung zu erwarten ist. Ich glaube auch, dass viele Wähler die Wahrung ihrer Interessen in einer FPK nicht mehr in dem Ausmaß wahrgenommen sehen werden, wie sie durch Jörg Haider und seine politische Breite und Faszination abgedeckt waren."

Sich unterscheidbar machen...

Viele Menschen meinen, Parteien seien heute kaum mehr voneinander unterscheidbar. Wie wird sich die SPÖ in zehn Jahren von ihren politischen Mitstreitern abgrenzen bzw. abheben?

Kaiser: "Das Ziel muss sein, die Kärntner SPÖ klar unterscheidbar zu machen – durch ihre Inhalte und dort, wo es notwendig ist. Der erste Bereich ist, wie erwähnt, der Bildungsbereich. Die Sozialdemokratie hat für Chancengleichheit zu stehen.

Bereich zwei: Einkommensrelationen! Das Mindesteinkommen hat in einer bestimmten Relation zum höchsten von der Öffentlichkeit bezahlten Einkommen zu sein. Die Relation setzt sich fort in der Einkommensbesteuerung. Hier hat sich die SPÖ gravierend abzuheben von allen neoliberal angehauchten Vorstellungen.

Bereich drei, der die SPÖ sehr unterscheidbar zu anderen Mitbewerbern macht, ist die Migrationspolitik, Bevölkerungspolitik. Hier ist viel Arbeit zu leisten. Damit verknüpft ist die Überlebensfrage des Landes."

Wäre für Sie im Jahr 2020 eine Koalition SPÖ-FPK vorstellbar?

Kaiser: "Wenn ich das aus der heutigen Sicht mit den heutigen Grundsätzen betrachte, würde es eher unwahrscheinlich sein. Es steht mir nicht zu, die Entwicklung anderer Parteien vorherzusehen. Aber meine persönliche Analyse ergibt, dass sich die FPK und ganz besonders die FPÖ in verschiedenen Bereichen wird ändern müssen. Ich glaube nicht und hoffe nicht, dass man zukünftig mit vereinfachten Formeln wird Politik machen können."

2.2 Das sagt der Politologe:

Gute Chancen, wenn ...

Soweit die Sicht des Kärntner Parteivorsitzenden. Wie aber sieht ein Politologe wie Peter Hajek vom Institut Public Opinion Strategies die Zukunft der Sozialdemokraten? Die Kärntner SPÖ im Jahr 2020 – eine Partei, die sich wieder gefangen hat und erstarkt ist, oder aber eine Partei im Sinkflug, wenn nicht gar schon am Ende? Hajek: "Von der jetzigen Stimmungslage her kann man davon ausgehen, dass die Kärntner SPÖ das Potenzial hat, im Jahr 2020 eine weiterhin bestimmende Kraft im Land zu sein. FPK und ÖVP sind unter Beschuss – Stichwort Hypo Alpe-Adria. Die SPÖ hat eine lange Tradition – sie könnte in zehn Jahren einiges erreichen, sie kann eine Partei mit einem Stimmenanteil jenseits der 30 Prozent werden."

An die Zeit Konzessionen machen

Sie sagen, sie könnte: Das setzt was voraus?

Hajek: "Wenn man eine Partei neu orientieren möchte, geht es nicht zuerst um die Köpfe – das sollten die Kärntner Sozialdemokraten mittlerweile gelernt haben. Vielmehr müssen sie klären: Sind die Werte, die sie vertreten, noch immer aktuell? Wenn man zu der Auffassung kommt: ja, sie sind es, dann müssten die Sozialdemokraten diese Werte fürs Heute adaptieren. Beispiel Arbeitswelt: Mit der Veränderung der Arbeitswelt sind zeitgleich gesellschaftliche Umbrüche einhergegangen. Nun ist die Frage zu stellen: Wo liegen die neuen Problemfelder? Wo die neuen Herausforderungen? Welche Lösungen kann die Sozialdemokratie anbieten? Erst wenn das geklärt ist, kann man die dazu passenden Köpfe suchen. Ganz wichtig ist es auch, die Strukturen der Partei für das 21. Jahrhundert zu adaptieren. Man kann nicht mehr weitermachen wie bisher. Die SPÖ muss auch hier an den Fortlauf der Zeit Konzessionen machen. Wenn das alles passiert, bin ich mir sicher, dass die Sozialdemokratie in Kärnten auch weiterhin erfolgreich sein kann."

Den Blick öffnen...

Man kann nicht so weitermachen wie bisher – in welcher Weise konkret?

Hajek: "Indem man weiterhin sein Programm an Wählerschaften festmacht, die der Partei möglicherweise wegbrechen. Die Sozialdemokratie orientiert sich noch immer sehr stark an der klassischen Arbeiterschaft und sehr stark an der älteren Generation. Die SPÖ muss sich bewusst machen, dass diese Stammwähler abhanden kommen können – sie muss neue Zielgruppen definieren. Und: Mit welchen Themen kann sie diese Zielgruppen ansprechen? Das heißt, die SPÖ muss ihren Blick öffnen. Jetzt ist ihr Blick noch sehr stark an den Traditionen der Vergangenheit festgemacht."

Sollte die Kärntner SPÖ an ihrer klaren Abgrenzung zur FPK weiterhin festhalten?

Hajek: "Sie muss sich in erster Linie über ihre eigenen Werte, über ihre eigenen Ausrichtungen klar werden und sich ein genaues Profil zulegen. Es geht nicht um die Frage: ja oder nein zur FPK – das ist in Wirklichkeit nur eine vorgeschobene Frage. Es ist aber keine inhaltliche Politik . . . dann überlebt sie nicht!"

Jetzt, da die SPÖ mit 28,8 Prozent sehr hart in der Realität gelandet ist – glauben Sie, dass dieser Findungsprozess gelingen wird?

Hajek: "Es gibt keinen Prozentwert, der eine Partei aufrüttelt und zum Aufbruch bewegt. Es bedarf jetzt jedenfalls einer Führung, die es schafft, Funktionäre für diesen unbedingt notwendigen Reformprozess zu gewinnen. Sehr oft geht das nur mit einer neuen Generation. Wenn eine Organisation einen solchen Prozess, der durchaus auch schmerzhaft sein kann (immerhin muss man zuweilen alte Traditionen aufgeben), nicht durchläuft, wird sie schlichtweg nicht überleben. Eine Organisation muss sich immer wieder neu erfinden!"

In der Tradition gefangen

Haben die Kärntner Sozialdemokraten schon zu lange damit gewartet, sich immer wieder neu zu erfinden?

Hajek: "Ja, unbedingt. Ein Beispiel: Die Menschen, die jetzt in den Genuss der Hacklerpension kommen, sind Bauern, Beamte, Angestellte, aber nicht die Arbeiter! Und trotzdem hält die SPÖ daran fest. Sie hätte schon längst sagen müssen: Diese Hacklerregelung schaffen wir ab, wir schaffen eine neue. Da ist sie zu sehr in ihrer Tradition gefangen und getraut sich keinen Befreiungsschlag. Das ist ihr Grundproblem. Man hat Angst vor Veränderung, weil man denkt, Veränderung könnte Fehler mit sich bringen. Deshalb ändert man nichts, und das ist meistens die schlechteste Variante."

In Kärnten ist viel in Bewegung

Wenn die SPÖ, so wie Sie es für durchaus möglich halten, wieder erstarkt, wird dann die FPK schwächer?

Hajek: "In Kärnten ist viel möglich. Da ist so viel in Bewegung. Es könnten sich Parteien auflösen, es könnten neue Parteien gegründet werden oder es könnten sich Parteien neu erfinden – sprich die SPÖ . . . "

Gehen Sie davon aus, dass im Jahr 2020 die Parteienlandschaft eine buntere sein wird oder aber dass eine Partei sehr dominierend das Land regiert?

Hajek: "Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Parteienlandschaft bunter wird. Es könnte schon neue Angebote an die Wähler geben. Ebenso gut kann ich mir vorstellen, dass die Sozialdemokratie sich wieder festigt. Was in Kärnten ganz wichtig ist: Die Abschaffung des Proporzsystems! Das ist das A und O. Dieses System hat der Sozialdemokratie in Wirklichkeit nur Probleme eingebracht. Es hat immer geheißen: Ihr wart ja auch dabei . . .

2.3 Das sagt ein Kärntner mit viel Sympathie für die Sozialdemokraten (männlich, 42 Jahre, selbstständig):

"In ihrer Unbeweglichkeit erstarrt."

Die Kärntner SPÖ im Jahr 2020?

"Es ist durchaus vorstellbar, dass sich die Sozialdemokraten in zehn Jahren zu einer Marginalpartei entwickelt haben werden, sprich zu einer Partei, die kaum mehr existiert, sich mit ein paar wenigen Prozenten Wähleranteil abmüht, so es ihr nicht gelingt, sich ein neues Profil zu geben."

Welches Profil meinen Sie?

"Sie muss die Menschen dort abholen, wo sie in ihren Bedürftigkeiten sind. Damit meine ich nicht, die Ängste der Menschen zu schüren und mit ihnen Vorurteils-Spielchen zu spielen, wie es die Rechte macht. Vielmehr hat die SPÖ eine Politik zu praktizieren, die den Menschen Sicherheit gibt, die ihnen den Mut gibt, zu gestalten, und die ihnen ein Selbstwertgefühl gibt. Wenn wir von Kärnten sprechen, dann sprechen wir von einem Land, in dem die Gesellschaft von Minderwertigkeitsgefühlen geplagt ist. Von einer Gesellschaft, die so ein Bedürfnis nach Sicherheit hat. Die SPÖ sollte sich zu einer Politik bekennen, die Werte vertritt und die Entwicklung von Selbstbewusstsein ermöglicht. Es gibt heute in Kärnten keine Politik, die sich getraut, sich zu etwas zu bekennen. Man bekennt sich ausschließlich gegen etwas."

Ihre Vision für die Kärntner Sozialdemokraten?

"Man muss der SPÖ den Vorwurf machen, dass sie es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verabsäumt hat, sich zu positionieren. Sie hat sich zur Unbeweglichkeit hin entwickelt; sie reagiert nicht – respektive kaum – auf gesellschaftliche Veränderungen, auf Marktentwicklungen. Wenn das ein Betrieb macht – wenn ein Betrieb also erstarrt –, dann ist er weg vom Fenster. Diese Gefahr besteht auch für die SPÖ.

Aber: Sie hat die Chance, sich aus ihrer Starre zu erheben. Kärnten ist – von den Wählerschichten her – ein zu beackerndes Land: Kärnten ist ein Land, dessen Volk Sicherheiten, Visionen und Bildung braucht. So die Kärntner Sozialdemokraten es schaffen, dem Land genau das zu geben, hat die Partei weit über das Jahr 2020 eine Zukunft.

3. Resümee

Entwicklung tut not

Die Nachrichten vom Ableben der SPÖ, wie sie die Partei seit Jahren begleiten, sollten das Potenzial mit sich führen, für die Sozialdemokraten nicht böses Omen, vielmehr gutgemeinter Ansporn zu werden. Der Ansporn, der ZEIT Rechnung zu tragen. Zeit bedeutet Entwicklung, Fortgang, Veränderung. Die Zukunft der Kärntner SPÖ wird sich an ebendiesem Umgang mit der Zeit entscheiden. So sie den notwendigen Aufbruch schafft, der zum einen einhergeht mit der Definition und dem Bekenntnis zu einem klaren Profil, und der zum anderen einhergeht mit der Einsicht, sich immer wieder neu zu erfinden, steht der Sozialdemokratie in Kärnten eine gute Zukunft bevor. So sie aber verharrt in dem Glauben, "es wird eh schon wieder", auf die Schwäche ihrer politischen Mitstreiter hoffend, könnte der Tag kommen, da sich die Partei zurücksehnt nach ihren 28,8 Prozent des Jahres 2009.

Die Hoffnung stirbt zuletzt – eine Weisheit, auf die sich die Kärntner Sozialdemokraten nicht untätig verlassen dürfen. Die Weisheit muss zum Handeln anregen: Hoffnung erfüllt sich nur mit eigenem Zutun. Dann aber ist vieles möglich.

Das rechte Lager in Kärnten 2020

Lagerkoller?

Jahrelang haben der EU-Abgeordnete Andreas Mölzer und ich dasselbe Villacher Kaffeehaus frequentiert. Es war immer ein Vergnügen, ihm dabei zuzusehen, wie er den "Standard" aus dem Zeitungsständer nimmt und ihn anschließend mit deutlich zur Schau getragenem Widerwillen öffnet. Manchmal war Mölzer nicht da, sondern vermutlich in Brüssel oder Strassburg. Dann lag in "unserem" Kaffeehaus irgendwo zwischen "Kleine Zeitung" und "Playboy" wenigstens die vom ihm redigierte Wochenzeitung "Zur Zeit" auf. So rutschte das laut eigenen Angaben konservative, katholische, nationalliberale und rechtsintellektuelle Blatt zumindest fallweise auf meine Leseliste.

Seit März 2010 ist damit allerdings Schluss. Das Kaffeehaus hat einen neuen Pächter und ich habe Mölzer nie mehr gesehen. Betrieben wird das Lokal nun von einem Gastronomen, der in der Kommunalpolitik für die FPK aktiv ist. Wie die meisten anderen nun wieder blauen Kärntner Funktionäre ist der Wirt Jörg Haider 2005 ins BZÖ gefolgt, während Mölzer, der damals schon längst mit Haider gebrochen hatte, der FPÖ treu blieb. Jetzt hat man sich bei der FPK wieder getroffen, wo Mölzer mittlerweile im Landesparteivorstand sitzt und die ehemaligen Feinde – zumindest auf dem Papier – wieder Freunde sind. Im Kaffeehaus wird das aber noch nicht gelebt.

Möglicherweise ist das eine Fehlinterpretation meinerseits (quasi Kaffeesudlesen) und man hat in Brüssel nur die Anwesenheitspflichten für EU-Abgeordnete verschärft. Aber die Beobachtung ist bei aller Mutmaßung, die ihr zu Grunde liegt, einfach zu bezeichnend für den Zustand des dritten Lagers in Kärnten, um es nicht zu erwähnen.

"Besser ein guter Sozi …"

Der Name war sperrig, aber der Erfolg überraschte Beobachter genau so wie Protagonisten: 44,89 Prozent für "Die Freiheitlichen in Kärnten – BZÖ Liste Jörg Haider" (so stand es auf den Stimmzetteln) alias Gerhard, Uwe und Harald (so standen sie auf den Plakaten) bei der Kärntner Landtagswahl am 1. März 2009. "Kärnten hat einen Toten gewählt", stellte

die stellvertretende Chefredakteurin der KTZ, Claudia Grabner, dazu im "Kärntner Jahrbuch für Politik 2009" fest. Die Erben waren damit erfolgreicher als Jörg Haider zu Lebzeiten – ein schöner Polster für Parteichef Uwe Scheuch und Landeshauptmann Gerhard Dörfler. Dazu kam die mangelnde Konkurrenz, vor allem die Kärntner SPÖ befand sich ja wieder einmal auf einem Selbstzerstörungstrip. Die damals noch orange Führungsriege hätte sich also in aller Ruhe zurücklehnen können, was man zunächst auch machte.

Entspannt erteilte Dörfler allen Annäherungsphantasien an die FPÖ im Sommer 2009 eine Absage. Die Abspaltung von den Freiheitlichen im Bund anno 2005 sei für ihn parteipolitisch der schönste Tag seines Lebens gewesen, gab er "WOCHE Kärnten"-Chefredakteur Uwe Sommersguter und mir für unser Buch "Das Jörg Haider-Experiment – Partei der Lebensmenschen, Bündnis mit Zukunft" (Carinthia Verlag, 2009) zu Protokoll. "Wir können uns als Volkspartei nicht auf die Programmatik der Ewiggestrigen festlegen", so Dörfler damals. Und auf die Frage, ob für ihn eine Wiedervereinigung mit der FPÖ, in welcher Form auch immer, vorstellbar sei, antwortete er: "Ich sehe dazu überhaupt keinen Grund."

Ein Streitgespräch Dörflers mit FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache im August 2009 geriet sogar zum politischen Stegreifkabarett. Es fand im VIP-Bereich des Beachvolleyball-Turniers in Klagenfurt vor der Kamera des Privatsenders ATV statt. O-Ton Dörfler: "Besser ein guter Sozi als wie ein schlechter Strache. Das sag ich mit Leidenschaft allen Wienern und Wienerinnen, vor allem besser ein guter, ehrlicher Sozialist wie ein Strache, der Dampfplauderer ist und wirklich eine Art hat Politik zu machen, die nicht meine ist. Das unterscheidet uns zwei ja ganz besonders. Ich bin sozial, aber nicht sozialistisch. Der Herr Strache ist ein großer Dampfplauderer, der ein bisschen mit dem Booterl um den Wörthersee fährt und noch nichts geleistet hat. Das ist die Wahrheit."

Zur selben Zeit schlug Kurt Scheuch, BZÖ-Klubobmann im Kärntner Landtag und Bruder von Parteichef Uwe Scheuch, schon ganz andere Töne an. "Was am Ende des Tages mit dem BZÖ Kärnten passiert, ist ja nicht sicher, vielleicht haben wir schon bald wieder einen einflussreichen Ansprechpartner auf Bundesebene", sagte er in einem Interview für unser Buch. Noch deutlicher verriet Uwe Scheuch, was wenige Monate später passieren sollte: "Es gibt inhaltlich viele Gemeinsamkeiten mit der FPÖ und es wird wichtig sein, aus diesen beiden Gruppierungen so viel Kraft zu schöpfen, dass man regional durchaus einzeln erfolgreich ist und national gemeinsame Erfolge anstreben sollte. Das ist keine Wiedervereinigung, sondern eine sinnvolle Zusammenarbeit, die von Kooperation bis zu enger gemeinsamer Kandidatur reichen kann."

Part of the game

Im Dezember 2009 wurde diese Vision wahr, ausschlaggebend war – wie für den Wahlerfolg – das Erbe Jörg Haiders: Die Affäre um die Hypo Alpe-Adria und die prekäre Budgetsituation des Landes hatten den bis dahin orangen Landespolitikern so zugesetzt, dass Uwe Scheuch die Flucht nach vorne antrat. Er verkündete, dass die Partei zukünftig auf Bundesebene mit der FPÖ von H. C. Strache kooperieren und das Dach des BZÖ verlassen werde. Drei Kärntner Nationalratsabgeordnete – weniger als von Scheuch erhofft – sagten dem BZÖ ebenfalls Adieu. Sofort entbrannte vom Parlament bis in die kleinste Kärntner Gemeindestube der Kampf um die Funktionäre: Wer zählt zum BZÖ von Bündnisobmann Josef Bucher? Wer zu den plötzlich unter der Abkürzung FPK firmierenden "Freiheitlichen in Kärnten" von Uwe Scheuch?

Sieger nach Punkten blieb Scheuch. Beim FPK-Parteitag im Jänner 2010 wurde er mit 90,15 Prozent der Delegiertenstimmen als Parteichef bestätigt, grünes Licht für seinen blauen Kurs also. Der im Vorfeld aufgetauchte Korruptionsverdacht (Stichwort "part of the game") und vom BZÖ erhobene Manipulationsvorwürfe beim Parteitag selbst hatten Uwe Scheuch aber ins Eck gedrängt. Ein klares Wort von Landeshauptmann Gerhard Dörfler, der ja bis zu diesem Zeitpunkt dokumentierterweise kein besonderer Fan einer Wiedervereinigung war, hätte genügt, und der Schwenk zur FPÖ wäre von den Delegierten abgelehnt worden. Das hätte wohl das Aus für die politische Karriere von Kurt und Uwe Scheuch bedeutet.

Aber Dörfler blieb auf Scheuchs Seite. Warum? Vielleicht war es ganz einfach Loyalität, vielleicht aber Kalkül: Dörfler ist nun innerparteilich gestärkt, er agiert seither viel politischer und unabhängiger von den Positionen der Scheuch-Brüder. In der Ortstafelfrage, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen, scheint er sich um ehemals rechte Positionen, die man noch im Landtagswahlkampf 2009 laut propagiert hat, recht wenig zu scheren und ist offenbar wild entschlossen, die leidige Diskussion endlich zu beenden. Während sich Kurt und Uwe Scheuch um die Partei kümmern dürfen/müssen, geht es für Dörfler um eine Erwähnung in den Geschichtsbüchern. Die will er nicht der Konsensgruppe überlassen, was diese jetzt den Platz am Verhandlungstisch gekostet hat.

Außerhalb der Partei, bei seinen Wählern, hat Dörfler durch den Schwenk vom BZÖ zur FPÖ dennoch Sympathien eingebüßt. Der Grund dafür sind Spekulationen im Vorfeld der Kärntner Landtagswahl 2009, für die sich Dörfler als Ziel "einen Vierer vorne" gesetzt hatte. Weil man dies damals für völlig unrealistisch hielt, wurde medial immer wieder gemutmaßt, dass Dörfler nach der Wahl gehen und Uwe Scheuch kommen könnte. Aber genau diese Angst vor einem Landeshauptmann Uwe Scheuch war

es schließlich, die einige Kärntner außerhalb der freiheitlichen Kernwählerschicht ihr Kreuzerl bei den Haider-Erben machen ließ. Man wählte "Die Freiheitlichen in Kärnten – BZÖ Liste Jörg Haider", um den vergleichsweise gemäßigten Dörfler zu behalten und um Scheuch sowie einen dadurch befürchteten Rechtsruck zu verhindern. Diese Wähler haben Dörfler und die FPK durch die Kooperation mit der FPÖ von H. C. Strache verloren – zumindest im Moment.

In einer von der ÖVP in Auftrag gegebenen und im März 2010 in der "WOCHE Kärnten" veröffentlichten Umfrage kommt die FPK auf 19 bis 21 Prozent, während sich das neu gegründete Kärntner BZÖ mit Josef Bucher an der Spitze über 12 bis 14 Prozent freuen dürfte. Das ergibt für das dritte Lager in Summe ein sattes Minus von 10 Prozentpunkten im Vergleich zur Landtagswahl 2009, wo "Die Freiheitlichen in Kärnten – BZÖ Liste Jörg Haider" ja noch knapp 45 Prozent erzielt haben.

Krieger des Lichts

Umfragen wie diese sind allerdings nur Momentaufnahmen mit einer begrenzten Haltbarkeitsdauer. Sie entstanden, als die turbulente Verbrüderung von Scheuch und Dörfler mit Strache in der öffentlichen Wahrnehmung allgegenwärtig war. Mittlerweile interessiert das – bitte verzeihen Sie mir den Sarkasmus in eigener Sache – aber wohl nur noch mich als Autor und Sie als werten Leser dieser Zeilen. Damit schwindet auch das Potenzial, das die Umfragen dem Kärntner BZÖ bescheinigt haben. Es ist mehr als fraglich, ob es die Orangen mittel- bis langfristig heben können, ja möglicherweise ist dieses Potenzial in der Zwischenzeit schon gar nicht mehr vorhanden.

Die Gründe für den Rohrkrepierer des BZÖ sind vielfältig. Da ist zum einen das permanente Verliererimage des Bündnisses. Weder Jörg Haiders Schwester Ursula Haubner in Oberösterreich noch der quirlige Gerald Grosz in der Steiermark haben den Einzug in den Landtag geschafft. In Kärnten hat man mit einem von Stefan Petzner fulminant inszenierten Parteitag im Februar zwar die Euphorie der Funktionäre geweckt, indem man sich dort selbst als "Krieger des Lichts" feierte und die FPK als "Familie Panzerknacker" verteufelte. Doch diese Aufbruchsstimmung ist längst einer brutalen Ernüchterung gewichen. Petzner, der früher als rechte Hand von Jörg Haider finanziell immer aus dem Vollen schöpfen konnte, soll nun ohne Geld eine neue orange Landespartei aufbauen. Das macht keinen Spaß.

Dazu kommt eine hinter den Kulissen heftig geführte Diskussion um Parteichef Josef Bucher. Die Kärntner Anhänger wollen "den Seppi" öfter in

der gemeinsamen Heimat sehen, während im orangen Club im Nationalrat in Wien permanent über den Kurs des Bündnisses diskutiert wird. Bucher, der aus dem bürgerlichen Lager kommt, sieht das BZÖ als "rechtsliberale Wirtschaftspartei", die ideologisch zwischen ÖVP und FPÖ angesiedelt ist. Das mag für ihn maßgeschneidert sein, zu vielen anderen BZÖ-Abgeordneten passt es aber gar nicht. Bucher hat eine bunt zusammengewürfelte Bundespartei geerbt, in der sich der grobe Peter Westenthaler ebenso wie der rechtskatholische Ewald Stadler finden, um nur zwei Beispiele zu nennen. Ihr einziger gemeinsamer Nenner hieß Jörg Haider, und das wissen die orangen Protagonisten auch. Die meisten glauben nicht an eine politische Zukunft nach der nächsten Nationalratswahl und bauen sich mittlerweile ganz offen eine neue Existenz außerhalb des Parlaments auf, Westenthaler beispielsweise als Immobilienmakler oder Petzner als Mitarbeiter einer Werbeagentur.

Zwei blaue Augen

In gewisser Weise teilen die BZÖ-Nationalräte das Schicksal der Kärntner Ur-Freiheitlichen, allerdings mit dem Unterschied, dass die Blauen, die immer blau waren, schon jetzt Geschichte sind. Tapfer hatte die kleine Splittergruppe, die Jörg Haider 2005 nicht ins BZÖ gefolgt war, als FPÖ Kärnten ihr Dasein gefristet, bis sie vom Pakt zwischen Scheuch und Strache überrumpelt wurde. Plötzlich sollten aus den bisherigen Feinden und Verrätern, wie man sich gegenseitig gerne nannte, Parteifreunde werden. Obmann Harald Jannach bemühte sich verzweifelt, die Kärntner FPÖ als eigene Landesgruppe zu erhalten, blitzte jedoch bei Strache ab. Schließlich trat Jannach zurück und für Strache hagelte es bei Veranstaltungen Pfiffe und Buhrufe seiner bisherigen Parteibasis.

Die Irritation über den weiteren und möglicherweise gemeinsamen Weg reicht bis in die Gemeinderäte hinaus, wo sich nun vielerorts FPÖ- und FPK-Mandatare ratlos gegenübersitzen. Auf Dauer werden sich aber wohl nur die beharrlichsten Ur-Freiheitlichen den Umarmungsversuchen von Scheuch entziehen können und wollen. Zu verlockend ist die Aussicht, "part of the game" einer Regierungspartei zu sein. Von Geschenken und Zugeständnissen an kooperationswillige FPÖ-Funktionäre war schon im Zusammenhang mit dem Jannach-Abgang die Rede, wie die "Kleine Zeitung" berichtet hat.

Große Wählerströme können die "echten" Freiheitlichen ohnehin nicht mehr bewegen. Mit 3,8 Prozent hat die FPÖ den Einzug in den Kärntner Landtag bei der Wahl 2009 deutlich verfehlt. Das lag zum Teil sicher an Spitzenkandidat Mario Canori, der im feinen Zwirn ganz und gar nicht zur nationalen Basis im Kärntner Anzug passte. Andererseits spielt wahr-

scheinlich auch die Biologie eine Rolle. Bevor Jörg Haider ab 1983 die Kärntner FPÖ zur Protestbewegung des kleinen Mannes im Kampf gegen die Großparteien machte, hatten die Freiheitlichen 11,7 Prozent (Landtagswahl 1979). Und man kann davon ausgehen, dass die Wähler in dieser nationalen Kernschicht schon damals nicht mehr die jüngsten waren . . .

Natürlich hat das dritte Lager junge Wähler, aber diese befinden sich in Kärnten im luftleeren politischen Raum. Jene, die früher mehr der Show und weniger der Ideologie von Jörg Haider erlegen sind, finden sich zum Teil beim BZÖ von Bucher und Petzner wieder. Die orangen Reihen haben deshalb im Moment die mit Abstand jüngsten Gesichter. Bei der FPK spricht noch am ehesten der selbst weitgehend ideologiefreie Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider junge Wähler an. Das weiß man und bemüht sich entsprechend um diese Zielgruppe – Uwe Scheuch veranstaltet mittlerweile ja sogar Sprechtage auf der Internet-Plattform Facebook.

Verzicht aufs Erbe

Vor der Kärntner Landtagswahl 2009 übertrumpfte man sich noch mit Beteuerungen, die wahren Erben von Jörg Haider zu sein. Scheuch und Dörfler plakatierten "Wir passen auf dein Kärnten auf", während Mario Canori "Kärnten geht SEINEN Weg" lautmalerisch von den Wänden brüllte. Das wird in Zukunft keine große Rolle mehr spielen. Zum einen hat sich Claudia Haider – die Witwe verwaltet auch die Rechte am Markennamen Jörg Haider – klar deklariert. Sie sympathisiert mit dem BZÖ von Josef Bucher, für den steirischen Bündnisobmann Gerald Grosz soll sie sogar im Wahlkampfeinsatz gewesen sein. Zum anderen ist da die untrennbar mit Haider verbundene Affäre um die Hypo Alpe-Adria, die nicht so schnell aus den Schlagzeilen verschwinden wird. Dazu kommen Gerüchte über Gelder des toten irakischen Diktators Saddam Hussein, die angeblich an Haider privat geflossen sein sollen. Und wer weiß, was sonst noch so alles auftaucht . . .

Jörg Haider zieht nicht mehr. Die beängstigend einseitige Ausstellung über den verstorbenen Kärntner Landeshauptmann im Klagenfurter Bergbaumuseum geriet zum peinlichen Flop. Hinter den Kulissen hat die FPK-Führung im Land das Thema Haider deshalb längst abgehakt. Sie setzt auf Zeit. Bis zur nächsten Landtagswahl werden die Turbulenzen um den Wechsel von Orange zu Blau vergessen sein. Konkurrenz droht kaum, denn dem BZÖ könnte schon vorher die Luft ausgehen: Spätestens 2013 findet die nächste Nationalratswahl statt. Dass die Orangen dabei wieder ins Parlament einziehen werden, ist vom heutigen Standpunkt aus mehr als fraglich.

Scheuch und Dörfler wissen um die Sympathien, die sie der Schwenk zur Strache-FPÖ kurzfristig gekostet hat. Dementsprechend emsig kurven sie in einer Art Permanent-Wahlkampf durchs Land. Für sie gilt es, den Status einer "echten Kärntner Volkspartei", wie Dörfler die FPK gerne nennt, zu verteidigen. Schon allein aus diesem Grund wird man ideologisch und personell breit aufgestellt bleiben. Hier der laut Eigendefinition "soziale, aber nicht sozialistische" Dörfler, dort der nationale Scheuch. Wahrscheinlich wird es im Zuge der Listenerstellungen für die Landtagswahl aber noch zu Zugeständnissen an Rechts kommen. Es ist auszuschließen, dass sich jemand wie Andreas Mölzer derzeit gut von einem Harald Dobernig oder Uwe Scheuch vertreten fühlt.

Wackelpudding

Die Geschichte scheint sich zu wiederholen. Wie zu Zeiten Jörg Haiders stellt die FPK für sich selbst die größte Gefahr dar, man hat keine Gegner außer sich selbst. Die Mitbewerber kommen nicht vom Fleck. Diverse Plattformen für Reformen in Kärnten generieren zwar eine hohe mediale Aufmerksamkeit, finden darüber hinaus aber kaum Anklang. Und die größte Oppositionspartei im Land, die "Kleine Zeitung", kann man nur abonnieren und nicht wählen.

Einen weiteren Kurswechsel darf sich die FPK dennoch nicht leisten. Die Kooperation mit der FPÖ muss klappen, sonst grassiert bald wieder der Spaltpilz, diesmal sicher mit schlimmeren Folgen für die Partei. Hinter den Kulissen alle zufrieden zu stellen – das ist für Scheuch und Dörfler in den kommenden Jahren die wahre Herausforderung. Kein schöner Job, aber in diesem Fall der Preis für die Macht.

Als ich mit einer Kollegin am Telefon über das Thema für diese Zeilen ("Das rechte Lager in Kärnten 2020") gesprochen habe, ist mir ein kurioser Vergleich eingefallen: Irgendwie ist die FPK wie ein Wackelpudding. Bei diesem spielt die Farbe auch keine große Rolle und er gibt bereitwillig nach, wenn man hineindrückt. "Ja", war meine viereinhalbjährige Tochter, die das Gespräch verfolgt hatte, ganz begeistert. "Wackelpudding mag ich!" Wahrscheinlich ist genau dieser Umstand das Erfolgsrezept einer Volkspartei rechts der Mitte. Ich esse keinen Wackelpudding, vermute aber, dass er auf Grund seiner Zusammensetzung ziemlich lange haltbar ist. Möglicherweise sogar bis 2020.

Zwanzig schwarze Jahre – Die Kärntner ÖVP während und nach der Ära Jörg Haider

Von der Landeshauptmannpartei zur Marginalie – und wieder zurück? Welche Perspektiven hat die Kärntner Volkspartei? Und: Hat sie aus ihren Fehlern gelernt?

Es war der 26. Juni 1991, also vor knapp 20 Jahren, als im Kärntner Landtag die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP Christof Zernatto zum Landeshauptmann wählten. Der smarte Jurist und Marmeladenfabrikant war gerade einmal 42 Jahre jung, als er den ebenso jungen Jörg Haider ablöste, der über seine lobenden Aussagen zur Beschäftigungspolitik im Dritten Reich im Kärntner Landtag stürzte.

Die drittstärkste Partei im Kärntner Landtag kam zum LH-Sessel wie die Jungfrau zum Kind, nutzte schamlos die verzwickte Lage der Kärntner SPÖ aus und ließ ihren ehemaligen Koalitionspartner FPÖ einfach rechts liegen. Der SPÖ, die 1989 die Absolute nur hauchdünn verpasste und erstmals in der Zweiten Republik den Landeshauptmannstuhl verlor, war es lieber im Spiel zu sein als weiter nur Zuschauer auf der Galerie zu bleiben (und das trotz absoluter Mehrheit an Regierungssitzen) und sich von Haider vorführen zu lassen. Die ÖVP wurde Landeshauptmannpartei – welch Widerspruch in sich, wunderte sich halb Kärnten.

Zernatto war auch sonst eher untypisch für die Kärntner ÖVP: Er postulierte eine Politik der radikalen Mitte, trimmte die bäuerlich geprägte rechte Kärntner ÖVP zu etwas, das sie nie zuvor war: zur Landeshauptmannpartei. Jünger, moderner, schnittiger, mittiger wollte er die Schwarzen machen. Und er feierte beachtliche Teilerfolge auf dem Weg dorthin: 1994 wurden die Kärntner wieder zu den Urnen gerufen, und dank bescheidener Zugewinne, vor allem aber des gescheiterten Versuchs von FPÖ und SPÖ, zu koalieren, stemmte sich Zernatto erneut auf den Landeshauptmann-Sessel. Wieder als Nummer 3.

Fünf weitere Jahre lang sollte Zernatto dem Kärnten der neunziger Jahre seinen Stempel aufdrücken. Immer heftiger wurden in dieser Zeit die Angriffe und Störmanöver Jörg Haiders auf die brüchige ÖVP/SPÖ-Koalition, die allein eines einte: Die Angst vor JH himself. Es war ausgerechnet

das Jahrzehnt, in dem Haider seine größten Wahlerfolge feierte und seine hemmungslosesten politischen Abenteuer ritt. Diese Mengelage katapultierte den FPÖ-Chef schlussendlich 1999 zurück ins LH-Büro am Arnulfplatz 1 und im gleichen Jahr seine Partei in die erste ÖVP/FPÖ-Koalition auf Wiener Parkett.

Zernatto verlor 1999 einige Prozentpunkte und wurde mit (wie man im nachhinein wusste, durchaus beachtlichen) 20 Prozent von seiner Partei wie mit dem sprichwörtlichen Fetzen davongejagt. Was dann folgte, war eine Phase des Trials & Errors an der ÖVP-Spitze. Wobei sich jeder Versuch als Irrtum herausstellte. Aber dazu später.

In den nahezu acht Jahren, als Zernatto Landeshauptmann von SPÖ-Gnaden sein durfte, wurde ihm die Kärntner ÖVP zunehmend zum Anhängsel und Wahlverein. Umgekehrt schulterte Zernatto die ganze Last der Verantwortung mangels charismatischer schwarzer Mitstreiter an vorderster Front. Von den Medien als Buffettiger diffamiert, labten sich Zeitungskommentatoren sogar an Bildvergleichen des jungen, frisch gewählten Landeshauptmannes mit dem mittelalterlichen Zernatto. Sieben anstrengende Jahre lagen dazwischen. Zugenommen habe er, weniger dynamischer wirkt er, der Herr Landeshauptmann, hieß es süffisant. Jörg Haider hatte damit seine Freude.

Zwischen den Mühlsteinen SPÖ – in den neunziger Jahren wurde das Sägen am Stuhl der jeweiligen Vorsitzenden Ambrozy, Ausserwinkler und Manzenreiter weidlich perfektioniert – und FPÖ – Jörg Haider wollte um alles in der Welt seine historische Fehlleistung ungeschehen machen und unter Triumphgeheul wieder auf dem Arnulfplatz einziehen – zerrieb es den klugen, aber für Kärnten wohl zu moderaten Zernatto.

Was in den fünf Jahren ÖVP-Kärnten-Historie danach geschah, wird in den schwarzen Parteiannalen wohl eher ein dünneres Kapitel einnehmen, wenngleich es viel zu sagen gibt. Zernatto wurde also zum Teufel gejagt, wohl in der irrigen Meinung, er wäre der schlimmste aller Wahlverlierer.

Längst hatten "Parteifreunde" im Hintergrund mobilisiert, auf den Tag X wartend, an dem abgerechnet würde. Doch besser wurde es nicht. Ganz im Gegenteil. Zuerst der Versuch, mit Reinhold Lexer einen Lesachtaler zu inthronisieren, der viele Talente mitbrachte, nur Spitzenpolitik gehörte nicht dazu. Die Frage: "Wie halte ich es bloß mit Haider", dürfte den Immobilienexperten lange geplagt haben; bis zum Schluss fand er die richtige Dosis aus Nähe und Distanz nicht. Dass er zum Opfer eines innerparteilichen Putsches wurde, verwundert nicht. Strippenzieher dieser Nacht-und-Nebel-Aktion war kein Geringerer als Georg Wurmitzer, der bauernschlaue VP-Stahlhelm aus der Sirnitz.

Der frühere Hauptschullehrer ließ sich im Oktober 2000 zum Landesparteiobmann wählen. Anders als Lexer, der sich mit einem Nationalratsmandat begnügen musste, war Wurmitzer bereits Landesrat. Kernig, kantig und rural gab sich Wurmitzer, der als listiger Fuchs gilt. Dass er mit solchen nicht unbedingt sympathischen Eigenschaften bei Landtagswahlen wenig zu holen hätte, wusste er – und ließ 2004, ganz Gentleman, einer Frau den Vortritt: Elisabeth Scheucher sollte Haider Paroli bieten und die angeblich so herbe Niederlage Zernattos 1999 wettmachen. Im Wahlkampf ließ vor allem Elisabeth Scheucher kaum ein Fettnäpfchen aus, schloss nach einer Bagdad-Reise Haiders von vornherein dessen Wahl zum Landeshauptmann aus und ruinierte damit eine (in jüngeren Zeiten perfektionierte) Kernkompetenz der Kärntner Volkspartei: die des Beiwagerls der Freiheitlichen.

Als Trittbrettstockerl für die erstarkten Freiheitlichen unter Jörg Haider glänzte man bereits 1989, als der damalige VP-Chef Harald Scheucher zwar die Wahl haushoch verlor (minus sieben Prozent!), aber die anschließenden Verhandlungsrunden mit der FPÖ scheinbar gewann: Schließlich rang man dem blauen Jörg einen Sitz in der Landesregierung ab – mit dem Ergebnis, dass von sieben Regierungssitzen die SPÖ vier inne hatte, die ÖVP zwei statt einen und Jörg Haider als souveräner Solitär dieser Phalanx gegenüberstand.

Zurück in die Zukunft ins Jahr 2004: Scheucher und Wurmitzer zogen Seite an Seite in den Wahlkampf – eine Auseinandersetzung, die eigentlich nicht zu verlieren war. Jörg Haider war Wochen vor der Wahl schwerst angeschlagen – Knittelfeld lässt grüßen ("Bin schon weg, bin wieder da"): "Kaum ein Meinungsforscher gab einen Pfifferling auf den Politiker, der Österreich mit seinen rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Sprüchen im Jahr 2000 die Sanktionen der EU eingebrockt hatte", schrieb der "Spiegel" im März 2004. "Doch den Umschwung brachte ein Wahlkampf, wie ihn Österreich schon lange nicht mehr gesehen hat", staunte der "Spiegel". Jörg Haider machte in diesem Wahlkampf – taktisch, natürlich nicht inhaltlich – alles richtig, die Kärntner Volkspartei alles falsch. Noch 2002 errang die Volkspartei in Kärnten bei den Nationalratswahlen einen historischen Zugewinn, durfte über 30 Prozent Zustimmung jubeln. Die FPÖ sank auf beschämende 23 Prozent der Stimmen. Welch eine Niederlage! Die Latte war also hoch gelegt, als Wurmitzer die elegante Elisabeth Scheucher präsentierte, wohl wissend, dass er nicht als Zugpferd in eine solche Schlacht ziehen konnte; auch, weil die Wiener Parteifreunde dem Hauptschullehrer aus Sirnitz die Rolle des Widersachers des schillernden Haider nicht zutrauten.

Dann ging alles ganz schnell: Das Motto: "Schwach anfangen, stark nachlassen", wurde von den Landesschwarzen perfektioniert. Dem misslungenen Wahlkampfauftakt in einem Zirkuszelt – man wollte witzig sein und die Devise "Schluss mit dem Zirkus" satirisch aufs Korn nehmen – folgte ein Wahlkampf voller Pleiten, Pech und Pannen. Im Jahrbuch für Politik 2004 führen dazu die Autoren Peter Filzmaier/Peter Hajek wie folgt aus: "Zum Symbol für das Versagen der Spitzenkandidatin wurde ihre Aussage, Jörg Haider auf keinen Fall zum Landeshauptmann zu wählen." Am 7. März 2004 erhielten Scheucher und Wurmitzer genau dafür die Rechnung präsentiert: 38.256 Kärntnerinnen und Kärntner stimmten für die ÖVP, ein Minus von 9 Prozentpunkten gegenüber 1999.

11,7 Prozent für eine staatstragende Partei – das war ein blankes Desaster, Wurmitzer und Scheucher mussten abtreten. Die angeblich so schlimme Niederlage Christof Zernattos 1999 entpuppte sich fünf Jahre später als Lercherl gegenüber jener Katastrophe, die das wenig harmonisch wirkende VP-Duett erleben musste. Peter Ambrozy, der die SPÖ 2004 aus dem Tal der Tränen führte (+6,5 Prozent), aber den erhofften ersten Platz verfehlte, wurde so unfreiwillig zum besten Wahlhelfer Jörg Haiders: Weil es die VP-Anhängerschaft vor dem Gedanken, mit einer Stimme für Scheucher eigentlich Ambrozy zu wählen, graute, flüchtete diese in die Arme Jörg Haiders.

Kaum einer, der daraus nicht zwangsläufig den Schluss ziehen musste, dass eine Kärntner ÖVP, die sich gegen Jörg Haider bzw. die FPÖ positioniert, zwangsläufig verlieren muss. Tatsächlich ist die Kärntner VP-Wählerschaft bis heute eine gespaltene: Der vermeintlichen Minderheit der liberal-bürgerlich gesinnten open-minded Klientel steht eine bäuerlich geprägte, rechts-konservativ angesiedelte mutmaßliche Mehrheit gegenüber. Letztere kann mit roten Landeshauptleuten nichts anfangen und fürchtet die SPÖ wie der Teufel das Weihwasser. Der intelligente SP-Chef Ambrozy vermochte die rote Kernklientel perfekt hinter sich zu vereinigen, g'standene VP-ler hatten jedoch allergische Reaktionen beim Gedanken, ausgerechnet ihre Stimme für Scheucher/Wurmitzer würde Ambrozy in den ersten Stock am Arnulfplatz hieven. Dann schon lieber Haider, der einem echten Schwarzen zwar gegen den Strich ging, aber zumindest die Roten genauso wenig ausstehen konnte wie sie selbst. Das verbindet über Parteigrenzen hinweg. Und war es nicht Wolfgang Schüssel, der der FPÖ selbst nach dem Knittelfeld-Putsch 2002 in Wien die Stange hielt?

Wie schon 1999 musste die Kärntner Volkspartei also auch 2004 nach der Wahl ihren Obmann tauschen. Die Tränen flossen ungehemmt, als das volle Ausmaß des Desasters am Wahlabend in der Klagenfurter Bahnhofstraße, der VP-Zentrale, deutlich wurde. Jobs in der Partei waren ebenso weg wie die Mandate. Die einst so stolze Landeshauptmannpartei wurde in nur fünf Jahren unter Lexer/Wurmitzer/Scheucher abgewirtschaftet und dafür vom Wähler abgeurteilt. Ob Zernatto, der von seinen Nach-

folgern, denen durch die Bank dessen Format fehlte, als Loser hingestellt wurde, darob erfreut war, ist nicht überliefert. Hätte er Genugtuung verspürt, wäre das jedenfalls menschlich allzu verständlich gewesen.

Anders als fünf Jahre zuvor, waren diesmal die Veränderungen in der VP-Mannschaft tiefgreifend und ließen keinen Stein auf dem anderen. Unter dem Motto Verjüngung auf allen Linien wurden Sessel gerückt, mussten Funktionäre ihren Stuhl räumen und zog eine neue Generation nach, von der es heißt, Jugendlichkeit sei zuweilen deren größter Verdienst.

An der Spitze wurde der Bürgermeister von Ossiach, Josef Martinz, inthronisiert. Ihm kam die Aufgabe zu, die versprengten Anhänger wieder einzusammeln und aus nahezu unmöglicher Position die ÖVP wieder salonfähig zu machen. Denn nichts mögen VP-Anhänger und -Politiker weniger, als in Opposition zu sein. Das bedeutet Machtverlust; nicht an den Töpfen zu sitzen wird von den Eigenen allzu oft mit Ohnmacht gleichgesetzt; Ohnmacht ist demnach unattraktiv, das politische Dasein verliert für ÖVP-ler in Opposition seinen Sinn.

Doch genau dieses Schicksal widerfuhr der ÖVP gleich fünf Tage nach dem schwarzen Wahlsonntag. Um der ÖVP zuvorzukommen, paktierten Jörg Haider und Peter Ambrozy ein "Arbeitsübereinkommen" vulgo Koalition. Die ÖVP fand sich dort wieder, wo sie nie hinwollte – im Abseits. Es dauerte zwei lange und für die ÖVP staubtrockene Wüsten-Jahre, ehe unverhofft die Ambrozy-Nachfolgerin Gaby Schaunig dem umstrittenen blau-roten Abenteuer ein Ende bereitete und die ÖVP endlich wieder etwas politisches Gewicht bekam.

Schaunig trimmte die SPÖ wieder auf einen strikt Haider-kritischen Kurs – nicht zum Wohlgefallen aller in der machtbewussten Kärntner SPÖ. Was sie jedoch nicht daran hinderte, auch nach dem Koalitions-Aus abwechselnd mit der ÖVP das Budget bzw. Nachtragsbudget des Landesfinanzreferenten Haider abzunicken. Haiders "Spiel der freien Kräfte" dieser Jahre entpuppte sich als fatal für das Kärntner Landesbudget; Haiders abwechselnde Gunstbeweise für Schwarz und Rot rissen nachweislich tiefe Löcher in den Finanzhaushalt des Landes. Alle, ÖVP und SPÖ und vor allem die FPÖ/BZÖ, tragen Schuld daran, dass Kärnten heute schwerst verschuldet ist (wenngleich nicht alle in gleichem Ausmaß).

Die ÖVP, bei der Wahl 2004 von der Volks- zur Völkchenpartei degradiert, war also ab 2006 wieder wer im Land – das wurde am ehesten deutlich, als Jörg Haider nach dem Bruch der Koalition mit der SPÖ Martinz mit höheren Weihen betraute (manche weniger Wohlgesonnene sagen: einkaufte) und ihn zum Vorsitzenden der Kärntner Landesholding emporhob. Deren größtes – vermeintliches – Goldnugget war damals die Landes-Hypo. Martinz war es dann auch, der mit Haider über den Verkauf der "Hypo-

Group Alpe Adria" an die Bayern-LB berichten durfte, Endverhandlungen führte und seither nimmermüde wurde zu betonen, dass der Verkauf der späteren Skandalbank ein Segen für Kärnten war. Wie sehr er recht damit hatte, weiß man spätestens seit dem Dezember 2009, als nur mehr die Notverstaatlichung die Systembank vor der Pleite rettete.

Es war Martinz' Pech oder Ungeschick, dass er und Haider ausgerechnet den Steuerberater des VP-Chefs für die wirtschaftsrechtliche Begleitung des Hypo-Deals engagierte. Legendär sind mittlerweile die Vorkommnisse rund um Dietrich Birnbacher, der zuerst 12, dann nach "Patriotenrabatt" 6 Millionen Euro der Landesholding und damit dem Steuerzahler in Rechnung stellen konnte.

Der Sommer und Herbst 2008 werden reichlich turbulent in Kärnten: Zuerst wirft Gaby Schaunig entnervt das Handtuch und legt ihr Amt als Parteivorsitzende zurück. Ihr Nachfolger, der eher blasse Reinhart Rohr, versucht sein Glück. Im Oktober verstirbt der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, der alkoholisiert und viel zu schnell mit seinem Dienst-Phaeton unterwegs war, bei einem Verkehrsunfall. Ihm folgen Gerhard Dörfler als Landeshauptmann und Uwe Scheuch als Parteichef des damaligen BZÖ nach. Ohne eigenes Zutun wird Josef Martinz plötzlich zur stabilen Größe in der Politlandschaft.

Für diesen wuchs sich die Causa "Birnbacher" zum handfesten Problem aus – so sehr, dass er Fehler eingestanden hat ("Ich gebe zu, dass das für mich persönlich ein Fehler war. Und ich entschuldige mich bei den Kärntnern dafür, aber es war kein Fehler für das Land", sagte er beim Parteitag am 26. Juni 2010). Darüber zu diskutieren, ob und wie sehr dieser Fehltritt Martinz bzw. der ÖVP bei der nächsten Landtagswahl – planmäßig 2014 – noch schaden wird, ist freilich müßig: Der Birnbacher-Deal war bereits vor den Wahlen am 1. März 2009 längst öffentlich bekannt und verhinderte damals nachweislich beträchtliche Stimmenzugewinne nicht.

Die Gefahren lauern woanders: Im Hintergrund werken bei der ÖVP Kräfte, die die Schwarzen verdächtig nahe an das rechtspopulistische freiheitliche Lager heranführen. Allen voran VP-Klubobmann Stephan Tauschitz, der keine Möglichkeit auslässt, die ÖVP rechts zu positionieren. Vor allem in der Ortstafelcausa sucht Tauschitz sein Glück darin, die FPK am Pannenstreifen zu überholen. So reagierte Tauschitz auf Ankündigungen des Landeshauptmannes Dörfler im September 2010, OGH-Urteile rechtskonform umsetzen zu wollen (no na) damit, dass die FPK "Wahlversprechen breche". Und er erntete dafür prompt Kopfschütteln.

Josef Martinz präsentiert sich als Bürgerlicher mit liberalem Einschlag – legendär ist seine "Ulrichsbergrede" 2005, als er mutig die Verbrechen der SS-Totenkopfverbände und Waffen-SS ausgerechnet vor den anwesenden ehemaligen SS-Angehörigen verurteilte. Anders Tauschitz, der sich 2010

in ebendiesem Rahmen beklatschen ließ und über die "dummen Demonstranten draußen" (gegen das umstrittene Ulrichsbergtreffen, das diesmal beim Herzogstuhl stattfand) lamentierte. Auch das ist eher ein politischer Klassenunterschied denn Klassenkampf.

Dabei hat Martinz Potenzial – unter Kärntens Politikern eine echte Rarität. Denn anders als 2004 lief der VP-Wahlkampf 2009 weitgehend fehlerfrei ab. Martinz punktete vor allem in jener Klientel, die 2004 der VP den Rücken kehrte; auf Zeit, wie es sich zeigte. Dass das damalige BZÖ, die heutige FPK, unter Dörfler/Scheuch dennoch überraschende Zugewinne verbuchen konnte, liegt an den starken Verlusten der SPÖ unter Rohr; die ÖVP holte sich Stimmen zurück. Letztlich stand ein Plus von über 21.000 Stimmen zu Buche (+5 Prozent). Mit knapp 17 Prozent ist die Kärntner ÖVP keine politische Marginalie mehr. Mit diesem Ergebnis kamen die Schwarzen auch wieder so richtig ins Spiel – schließlich brauchten die "Freiheitlichen in Kärnten" jemanden, der Dörfler zum Landeshauptmann wählt und die Budgets mitbeschließt. Die ÖVP nahm diese Rolle dankbar an und wurde mit einer Referatsfülle belohnt, die Martinz heute sichtlich ziemlich herausfordert.

Das war in den Jahren 2004 bis 2009 anders: Allzugerne wurde der VP-Chef als Salamikaiser abgetan – als Agrarlandesrat hatte er vor allem in den ersten Jahren kaum Möglichkeiten, öffentlich zu punkten; mittels der Krücke "Genussland" gelang es ihm in dieser Zeit, wertvolle Sympathiepunkte zu sammeln.

Die Wahl 2009 hatte Martinz also gewonnen, er saß wieder zu Tische bei den Mächtigen – und zitterte dennoch im Sommer 2010 um seinen Job: Eine schwere Prüfung musste er im Juni beim Parteitag bestehen, als Klaus Auer, der "Rebell aus dem Metnitztal", eine Martinz-kritische Stimmung in der Partei ortete. In der Tat war der vom Hypo-Skandal gebeutelte Martinz angeschlagen, "Birnbacher/Martinz" wurde zum Synonym für illegale Parteienfinanzierung. Wenngleich bis heute kein Beweis dafür am Tisch liegt, dass im Zuge des Hypo-Verkaufs illegale Parteienfinanzierung stattfand oder stattfinden hätte sollen.

Auer, früherer Nationalratsabgeordneter der Kärntner Volkspartei, nahm den Ball auf und sprach nicht wenigen "Kritikern" aus dem Herzen. Bis zu jenem Zeitpunkt, als es darum ging, dass die Rebellen (sie bezeichneten sich als Plattform "Schwarz bewegt") einen Herausforderer zu nominieren hatten. Es war ein geschickter Schachzug Achill Rumpolds, Landesparteisekretär der ÖVP und selbst ernannter "Vize-Landesrat", als er den für Herbst geplanten Parteitag vorverlegen ließ und damit "Schwarz bewegt" in die Bredouille brachte. Als Auer selbst gegen Martinz in den Kampf zog, rettete Martinz nicht zuletzt sein Eingeständnis, Birnbachers Engagement sei ein Fehler gewesen (siehe oben). Wenig klar blieb bis zum

Schluss die Linie des bei den Wirtschaftskammerwahlen im März erstarkten VP-Wirtschaftsbundes. Insbesondere dessen Präsident Franz Pacher ließ immer wieder Sympathie für den frechen und unkonventionellen Herausforderer Auer erkennen.

Wiggl-Woggl-mäßig applaudierte Pacher dann wieder in Parteipräsidien lautstark für Martinz. Ein Showdown im Wirtschaftsbund Stunden vor dem Parteitag wurde in letzter Minute abgesagt – selbst Bundesparteichef Josef Pröll wusste nicht so recht, was genau am Parteitag dräute, und ließ sich vorsichtshalber entschuldigen. Doch die Parteitagsregie Achill Rumpolds klappte wie am Schnürchen – weder scherte der offenbar in letzter Minute wieder eingefangene Wirtschaftsbund aus, noch folgten viele Parteitagsdelegierten Klaus Auer. Mit über 90 Prozent der Stimmen machte Martinz alles klar. Noch am selben Tag fiel Auer der politischen Versenkung anheim.

Wie steht die ÖVP Kärnten heute da – und vor allem: Wird sie an Bedeutung gewinnen? Ich meine ja. Der Wahlerfolg des Gespanns Dörfler/Scheuch wird kaum zu wiederholen sein. Nicht wenige stimmten am 1. März 2009 tatsächlich "aus Dankbarkeit" für die Nachfolger Jörg Haiders. Skurril, aber wohl wahr. Ein Effekt, der 2014 naturgemäß wegfallen wird. Wenngleich das Ausscheren aus dem BZÖ der nunmehrigen FPK eine bundespolitische Perspektive verleiht, droht den Blauen gleichermaßen eine ideologische Verengung auf traditionell freiheitliche Themen. Uwe Scheuch steht für eine urfreiheitliche Rechtsaußenpolitik, kernig, unverfälscht, aber selbst in Kärnten nicht mehrheitsfähig. Der populäre Gerhard Dörfler grast im sozialdemokratischen Lager durchaus mit Erfolg nach Stimmen – ein Problem für SP-Chef Peter Kaiser.

Was sich schon 2009 abzeichnete, hat sich mit der Gründung der FPK nochmals zugespitzt: Haider, der Gottseibeiuns der ÖVP (zumindest am Wahltag), ist nicht mehr – und seinen Epigonen fehlen dessen Zugänge ins schwarze Lager. Freiberufler, Wirtschaftstreibende, Bauern – vielen von ihnen steht die Martinz-ÖVP näher als die Scheuch/Dörfler-FPK. Ausdruck dessen ist auch eine durchaus liberale und offen gesinnte Politik des Wirtschaftsbundes und seines Präsidenten, der über den Tellerrand des Landes hinausblickt und damit für die Entwicklung des Landes vitale Themen anzusprechen vermag.

Bleibt das in Kärnten zwar nicht allzu weite, aber selbst hier existierende unbeackerte Feld urbaner, bürgerlicher, vielleicht sogar liberaler Wählergruppen. Auch diesen hätte Martinz einiges zu bieten – als Person ist er authentisch bürgerlich, sogar mit urbanem Touch (zumindest im VP-Maßstab gesehen). Doch Martinz' junge "Parteifreunde", die die ÖVP inhaltlich und politisch am Schoß des FPK wähnen, drohen der ÖVP auf Sicht Stimmen, die sich dereinst zur Martinz-VP bekennen könnten, zu kosten. Denn wer wählt schon den Stephan, wenn er den Uwe haben kann?

2020: Welche Rolle wollen die Grünen spielen?

Wenn grüne Politik nicht mehr alternativ ist, müssen die Grünen eine Alternative gefunden haben.

Eine Prognose für die Rolle der Grünen im Jahr 2020 ist wohl nicht durch eine lineare Fortführung ihrer Entwicklung möglich. Zu sehr verändern sich Wirtschaft, Politik und – so sind sich Trendforscher weitgehend einig – auch die Wertevorstellungen der Bevölkerung. Die Grünen selbst müssen sich dem Paradigmenwechsel anschließen und sich eindeutig und unmissverständlich positionieren. Noch immer – oder mehr denn je – steht eine Entscheidung an: zwischen Partei-Apparat und Aktivisten-Gruppe, zwischen massentauglich und alternativ. Womöglich findet sich die Rolle grüner Politik im Jahr 2020 in der Gestaltung alternativer (abseits von Mainstream), aber zugleich lebensnaher (für den kleinen Mann akzeptabel und durchführbar) Szenarien.

Waren das noch Zeiten, in denen man die Grünen eindeutig einordnen konnte: Sie besetzten im Jahr 1984 die Stopfenreuther Au bei Hainburg. Die Proteste gegen die Rodung waren – nach massivem Einschreiten der Exekutive – erfolgreich, das geplante Wasserkraftwerk wurde nie gebaut und die Grüne Partei – sozusagen – geboren. Nach der Nationalratswahl im November 1986 zogen sie als "Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau" erstmalig in das österreichische Parlament ein: mit 4,8 Prozent der Stimmen und acht Mandaten.

Heute – 26 Jahre später – sieht die Welt freilich völlig anders aus. Statt auf Aufsehen erregende Demonstrationen und Protesten, die das Eingreifen von Uniformierten notwendig machen, setzen die Grünen der heutigen Generation auf Sachlichkeit und Argumente. Die Parteiverantwortlichen selbst teilen dies anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums im Nationalrat schon im Titel des "Geburtstagstextes" folgend mit: Von der Protest- zur Gestaltungspartei. Und genau darin liegt das Dilemma; in zweierlei Form.

Zum einen machen Argumente nur dann Sinn, wenn sie auch gehört oder zumindest wahrgenommen werden. Mit bundesweit 10,4 Prozent der Stimmen bei der Nationalratswahl 2008 kein leichtes Unterfangen; in Kärnten – 5,15 Prozent der abgegebenen Stimmen und klar verfehltem

Wahlziel (das "dritte Mandat") bei der Landtagswahl 2009 – ist die Wahrnehmbarkeit der grünen Stimme noch viel weniger gewährleistet.

Zum anderen darf man fundierter Sachpolitik in Zeiten wie diesen nicht gerade eine Hochkonjunktur bescheinigen. Zwar werden weder Politwissenschaftler noch Medien müde, die tatsächlich brennenden Probleme der Nation – und auch des Landes Kärnten – anzusprechen und adäquate, tragfähige Lösungen einzufordern, das hindert die politische Kaste allerdings nicht daran, ihr Spiel weitgehend ungehindert fortzuführen.

Ein Beispiel: So wird die Verzögerung der – für den Steuerzahler mutmaßlich bitteren – Budgetvorlage für 2011 aufgrund von Landtagswahlen in Wien und der Steiermark hinreichend thematisiert und auch scharf kritisiert. Das Kanzlerduo Werner Faymann und Josef Pröll sieht sich dennoch in keiner Weise dazu veranlasst, die Notwendigkeit – sogar die rechtliche, wie es zum Beispiel Nationalratspräsidentin Barbara Prammer wissen ließ – der Hoffnung auf Wählerstimmen vorzuziehen.

Eine Prioritätenliste, die jeglichen Anspruch auf Mittel- oder gar Langfrist verwirkt, kennt man auch in Kärnten zur Genüge und seit mehr als zehn Jahren. Geerbter Populismus ist auch hierzulande Trumpf – bei den letzten Landtagswahlen scheint er es jedenfalls noch gewesen zu sein. Da fließen Unsummen in Events und wirtschaftlich nicht darstellbare Prestigeprojekte, statt tatsächlich die Ärmel hochzukrempeln, die Finanzen in Ordnung zu bringen und an der (Weiter-)Entwicklung des Landes zu arbeiten. Statt mit zukunftsträchtiger und -orientierter Sachpolitik geht man nach wie vor – und nach wie vor erfolgreich – mit 1.000 Euro für Führerschein und Sofa im Studentenzimmer auf Wählerfang. Man ködert Stimmen mit 100 Euro bar auf die Hand und hofft darauf, dass der sozial bedürftige (und nicht nur dieser) Wähler übersieht, dass er mindestens ebenso viel finanzielle Zuwendung der öffentlichen Hand durch diverse Kürzungen bereits verloren hat (ein "kleines" Stichwort: Heizkostenzuschuss).

Die Grünen können davon ein Liedchen singen, und das tun sie auch. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Ihr Landessprecher Rolf Holub geht sogar einen Schritt weiter. Er tut dies im wahrsten Wortsinne. Manchmal garniert er seine Aussagen zusätzlich mit durchaus akzeptablen Pointen. Akzeptabel vor allem im Sinne von lustig. Seiner Glaubwürdigkeit als ernsthafter Politiker ist dies wohl nicht zuträglich. Einem Kabarettisten kauft man beißende Kritik an Machthabern gerne ab, tat- und schlagkräftiges Potenzial zur Veränderung vermutlich deutlich weniger. Sogar Alfred Dorfer darf sich donnerstags im ORF über den ORF lustig machen. Das ist unterhaltsam, aber bar jeder spürbaren Konsequenz für die und von den durch den Kakao Gezogenen.

Ob Holub mit den – nach wie vor – klassischen Politikern assimilieren sollte, darf man dennoch bezweifeln. Angesichts steigender Politikverdrossenheit und damit im Allgemeinen sinkender Wahlbeteiligungen muss man dem gelernten Politiker – und das sind in den so genannten Großparteien wohl nahezu alle in der ersten Reihe Stehenden – die Fähigkeit zunehmend absprechen, den potenziellen Wähler hinterm Ofen hervorzulocken. Eine Antithese zum "gängigen Volksvertreter" scheint also gefragt. Rolf Holub könnte das sein. Betonung auf: könnte. Denn ob sich der sich rasant vermehrende Nicht-Wähler einen Kabarettisten an der Macht wünscht, ist fraglich. Zumal der Wahl-Verweigerer in Kärnten bereits seit 2004 die Möglichkeit hätte, einem seine Stimme zu geben. Das tut er aber nur in geringem Ausmaß. Nachweislich.

Auch aktive Wähler gaben ihm und den Seinen im Jahr 2004 mehr Stimmen als bei den vorerst letzten Landtagswahlen 2009. Der Stimmenanteil der Grünen sank sogar von 6,71 auf 5,15 Prozent – die Wahlbeteiligung entgegen allgemeinen Trends stieg: 2004 lieferten 78,63 Prozent der Berechtigten ihre Stimme ab; fünf Jahre später – bei der vermeintlichen Gedächtniswahl für den verstorbenen Landesfürsten – waren es 81,78 Prozent.

Holub will überzeugen. Mit Argumenten. Selbst bezeichnet er den Wählerfang in Vorwahlzeiten aus eben diesem Grund als "aufwändig und schwierig". Überzeugen mit Argumenten scheint persönliche Gespräche zu erfordern, so die gängige Analyse des Kärntner Grünen-Chefs. Damit wäre alles erklärt: Als "Perpetuum mobile" – wie es besagter Landesfürst war – Hände in rauen Mengen zu schütteln, bedeutet deutlich weniger Aufwand, als Probleme und deren notwendige Lösungen verständlich, überzeugend und noch dazu sympathisch (also: gewinnend) zu erklären.

Dennoch: Rolf Holub setzt konsequent auf Kontrolle der Mächtigen, was den Wahlplakaten mit der Lupe deutlich zu entnehmen war, und auf Kompetenz und sachliche Argumente. Themen, die dies erfordern würden, gibt es in Kärnten freilich genug. Verständlicher Weise setzt Holub große Hoffnung – was seine Positionierung betrifft – in den Untersuchungsausschuss in der Hypo-Causa, dessen Vorsitz er Anfang des Jahres übernommen hat. Er – und damit auch seine Partei – kann Kompetenz und Durchsetzungsvermögen beweisen. Wie sehr ein "zahnloses politisches Instrument", als das der Untersuchungsausschuss gerne und immer wieder bezeichnet wird, sich tatsächlich dazu eignet, eine Partei als Fraktion mit Zähnen und Klauen zu positionieren, sei dahingestellt.

Erfolge scheinen sich dennoch einzustellen. Trotz Absagen wichtiger Zeugen gewährt der Vorsitz im Untersuchungssauschuss in Kärnten dem grünen Landesvorsitzenden mitunter sogar nationale Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt verdankt er dies dem Windschatten des Münchner Pendants: Im bayrischen Untersuchungsausschuss scheint es – zumindest zeit- und teil-

weise – wesentlich härter und konkreter zur Sache zu gehen. Rolf Holub profitiert. Tatsächliche Ergebnisse und damit auch Konsequenzen sind noch nicht in Aussicht.

Die Kärntner Grünen machen 2010 also inhaltlich das, was die Grünen schon vor 26 Jahren getan haben – wenn auch mit anderen Methoden. Sie kritisieren gefallene und anstehende Entscheidungen der Macht habenden Politik, protestieren gegen Entwicklungen in den Reihen der Polit-Elite. Mit ihren Freitags-Demonstrationen vor der Kärntner Landesregierung in Klagenfurt, die man – durchaus bemüht – versucht hat, nicht als grüne Veranstaltung darzustellen, lieferten sie einen weiteren Beweis. Wie viel hat sich also in den letzten 26 Jahren tatsächlich verändert?

So notwendig es aus Sicht der Grünen scheinen mag, Vorgänge hinter verschlossenen Türen an die Öffentlichkeit zu bringen und sie auch entsprechend anzuprangern, so gefährlich könnte eine grüne Federführung im Protest für eben die Grünen werden.

Der Grund liegt auf der Hand: Sie selbst haben hinter verschlossenen Türen einem Beschluss zugestimmt und diesen auch spät abends durch den Landtag gewinkt: der Erhöhung der Parteienförderung. Das war im Juni 2009, und der Schaden, den sich die Grünen damit zugefügt haben, wird wohl lange nachwirken. Die Rücknahme nach massivem Druck mildert ihn nur wenig. Holubs bemühte Erklärungen und Rechtfertigungen für seine Zustimmung machen die Angelegenheit auch kaum besser. Der Verdacht, auch die Grünen nehmen am politischen Spiel der so genannten Großparteien und – vor allem – der Freiheitlichen in Kärnten teil, wiegt schwer. Will er den Schaden bis zu den nächsten Landtagswahlen im Frühjahr 2014 beheben, bedarf es wohl vieler dieser bereits erwähnten Überzeugungsgespräche, unzähliger direkter Kontakte zum Wähler. Und ob dieser ihn vom Verdacht freisprechen wird und die Grünen nach dem Verlust von Prozentpunkten im Jahr 2009 wieder an Stimmen zulegen werden können, bleibt abzuwarten.

Es gibt ein weiteres Indiz dafür, dass sich die Grünen von der Protestgruppe zu einer "normalen" Partei mausern. Im Vorfeld zur Landtagswahl in Wien war weniger von den Inhalten der Grünen als vielmehr von parteiinternen Querelen zu hören. Ein Höhepunkt war der Wechsel des grünen Bundesrates Christian Schennach zur SPÖ, nachdem er nicht als Kandidat für die Wahl aufgestellt worden war. Geht es also auch bei den Grünen bereits um die Verteilung von Posten und Funktionen?

Die Themen schienen im Spätsommer 2010 so latent, dass sich die Bundessprecherin Eva Glawischnig in Interviews bereits darüber beklagte, weniger über ihre Inhalte als vielmehr über Unstimmigkeiten in der Partei sprechen zu müssen. Ihre Wiederwahl zur Chefin mit 98 Prozent beruhigte die Diskussion zumindest oberflächlich. Dass ein Beigeschmack bleibt, darf man aber annehmen.

Die klare Abgrenzung von Parteiapparaten war stets ein Grundsatz der Grünen, und das müsste sie wohl auch bleiben. Was gefragt ist, sind also griffige und wählbare Themen und Inhalte - eine ökologische Politik ist die Kernkompetenz der Grünen. Und eben diese scheint ihnen – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – nach und nach abhanden zu kommen. Zwar setzen die Grünen nach wie vor auf ökologische Inhalte – "Raus aus Öl und Atomkraft" ist eines ihrer obersten Prinzipien –, mittlerweile ist eine zumindest leichte Ökologisierung von Wirtschaft und Politik zu einem durchaus gängigen Modell geworden. Es grünt sozusagen in allen Farben. Die einen fordern ökologische Steuern, die anderen trommeln die Notwendigkeit der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Förderungen für Wohnraum-Sanierung gibt es für ökologische Maßnahmen. Die neue Kärntner Wohnbauförderung, die seit 1. April in Kraft ist, weist ebenfalls grüne Elemente auf. Sogar das liebste Spielzeug der Österreicher, ihr Auto, soll zunehmend mit Strom statt Benzin oder Diesel betrieben werden, so zumindest der einhellige Wunsch so genannter Großparteien. Und Häuslbauer greifen auch wegen der Aussicht auf Geldersparnis zu Maßnahmen des Energiesparens und somit alternativer Energieträger für Wärme- und zunehmend auch Stromerzeugung.

Münden diese Bemühungen in Erfolgen und fahren – zum Beispiel – tatsächlich 20 Prozent der Fahrzeuge im Jahr 2020 mit Elektroantrieb, welche Rolle werden sich die Grünen dann zusprechen? Welche Inhalte werden sie propagieren? Was werden sie fordern, wenn mach- und leistbare Maßnahmen zum Umweltschutz massentauglicher Alltag sind? Sie werden sich wohl nach anderen, neuen Themen umsehen müssen. Und das rechtzeitig. Zu sagen: "Wir haben das ohnehin schon lange gefordert", wird in zehn Jahren vom Wähler wohl kaum honoriert werden. Zu wenig wird es wohl als Thema der Grünen wahrgenommen, solange zum Beispiel der schwarze Umweltminister zur aktiven Bewerbung der E-Mobilität durch die Lande zieht.

Stattdessen werden die Grünen noch immer mit der bereits Jahrzehnte alten Benzinpreis-Forderung von mindestens 20 Schilling pro Liter in Verbindung gebracht. Dass die Preise für Treibstoff im Jahr 2009 zum Teil bereits darüber lagen, scheint erfolgreich ausgeblendet zu werden. Das Stigma haftet an den Grünen; ihre ökologischen Bemühungen gelten zumindest teilweise als unrealistisch oder unwählbar, weil sie mit zu tiefen Einschnitten in die Lebenswelten der Bevölkerung assoziiert werden. Das noch immer vorherrschende Gefühl, dass Umweltschutz genussfeindlich und teuer sein müsse, ist keine Wahlempfehlung für die Grünen.

Die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern bleibt oberstes Ziel der Anstrengungen der Grünen; die Akzeptanz und das Bewusstsein dafür werden steigen. Das prophezeien auch die Trendforscher. Dass diese grüne Vision auch als Thema der Grünen wahrgenommen wird, wird wohl eine der großen Herausforderungen für die Partei. Zu sehr greifen die Inhalte in unterschiedlicher Ausprägung Platz in Programmen anderer Parteien. Themen aber – spätestens nach der umstrittenen Atomkraft-Entscheidung in Deutschland – gibt es genug. Einfach noch alternativer zu sein als die politischen Mitbewerber oder gar härter in den Forderungen, um eine klare Positionierung zu erreichen, wird aber wohl zu wenig sein. Sich als – überspitzt formuliert – radikale Aktivisten oder naive und lebensfremde Weltverbesserer in den Köpfen der Wähler festzusetzen, wird das Stimmenpotenzial – auch bei unumstrittener Wichtigkeit der Themen – kaum heben.

Trotzdem müssen die Grünen alternativ bleiben, auch wenn grüne Politik nicht mehr alternativ, sondern Alltag in Österreich und auch Kärnten ist. Sie müssen also eine Alternative finden zur zunehmend grünen Orientierung der anderen Parteien. Sie müssen eine Alternative zu den so genannten Großparteien bleiben, sein – und in vielen Belangen wieder werden.

Einige Trendforscher kündigen bereits heute das Ende der klassischen Großparteien an. Einer von ihnen ist Peter Zellmann. Vorherrschende Machtstrukturen werden von der Bevölkerung zunehmend negiert; die Informationsflut durch das Internet zieht deutlich mündigere und besser informierte Wähler heran. Sie werden, so der Ausblick Zellmanns, ein vollkommen anderes Wahlverhalten an den Tag legen. Spätestens 2030 wird "niemand mehr den klassischen Parteien folgen", ist er überzeugt. Umso mehr kann es für die Grünen eine Chance sein, als keine dieser klassischen Großparteien wahrgenommen zu werden. Diesbezügliche Anstrengungen sind – nicht zuletzt wegen der Entwicklungen der Partei in den letzten Jahren und Monaten – überfällig.

Dass dies in Kärnten schwer möglich ist, liegt aufgrund des Proporzes auf der Hand. Auch "echte Oppositionspolitik" ist – so lässt es Holub immer wieder wissen – kaum machbar. Zu sehr sind die Grünen ein Teil des Ganzen und nicht ein Gegenpol. Holubs unermüdlicher Ruf nach einem Ende des Proporzes in Kärnten wird bis auf Weiteres wohl unerhört bleiben. Somit liegt die größte Herausforderung seiner Partei nun darin, auch nach der Landtagswahl 2014 im Landtag vertreten zu bleiben. Im Jahr 2009 schaffte er den Wiedereinzug ins Kärntner Parlament denkbar knapp. Dass zu erwarten ist, dass sich die politische Landschaft in Kärnten und auch die Kräfteverteilung in den nächsten zehn Jahren wohl verändern wird, ist noch keine Garantie für die Grünen. Zu sehr findet man ihre Inhalte und Forderungen auch bei der Konkurrenz. Und: Dort sind sie gut aufgehoben, weil es die Konkurrenz ist, die an den Hebeln der Macht sitzt. Nach wie vor.

Vision: Kärnten, eine Modellregion europäischer Identifikation und Identität

Kärnten besitzt das Image, der EU wenig aufgeschlossen und ihr besonders skeptisch gegenüber zu stehen. Die Kärntner Bevölkerung suche ihr "Heil lieber in der Beschwörung der Heimat und des Erdverbundenen". Kärntner/innen, die bereits außerhalb des Landes sesshaft geworden oder vorübergehend außerhalb tätig sind, erfahren dieses Image immer wieder leidlich, obwohl sie selbst mit ihrer Mobilität schon einen Beweis für Europa- und Weltoffenheit liefern.

Basiert dieses Image auf der realen Einstellung der Bevölkerung und baut es auf Fakten auf? Sprechen die Zahlen und Taten nicht eine andere Sprache und handelt es sich nur um ein (weiteres) Vorurteil zu Kärnten? Genau diesen Fragen geht der vorliegende Beitrag nach. Sollte es sich – wie ich vermute – um ein "falsches" Image handeln, ist die Frage anzuhängen, wie dieser falschen Imagebildung begegnet werden könnte, und noch einen Schritt weiter zu gehen: Welche Ideen und Visionen gibt es, um Kärnten als "Modellregion der europäischen Identifikation" faktisch und kommunikationspolitisch zu etablieren?

Einstellung der Kärntner/innen zur EU

Auf Basis abgeleiteter Erkenntnisse von Umfragen¹ gibt es verschiedene Anhaltspunkte, die deutlich gegen eine große EU-Skepsis der Kärntner/innen sprechen. Darüber hinaus finden sich Hinweise darauf, wonach die Kärntner Durchschnittsbürger/innen sogar EU- und Europa-freundlicher als die übrigen Österreicher/innen sind.

Zwar erreicht Kärnten damit nicht die Spitzenwerte in der Zustimmung wie Italien, Belgien, Luxemburg oder auch einige neue Mitgliedstaaten im Osten, aber es liegt im guten Mittelfeld.

Bereits bei der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur EU am 12. Juni 1994 haben die Kärntner/innen mit 68,2 Prozent überdurchschnittlich mit JA gestimmt (Österreich: 66,6 Prozent²). Interessant ist, dass damals gerade die südöstlichen Grenzländer Burgenland (74,7 Prozent) und die Steiermark (68,9 Prozent) stärker für den Beitritt votierten, während z. B. in Tirol nur 56,7 für einen Beitritt waren.

Eine – allerdings wegen ihres geringen Samples nicht repräsentative – Detailauswertung der regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen zum Meinungsklima der Bevölkerung zur EU unterstreicht für die Jahre bis 2000 eine über dem Österreichschnitt liegende Zustimmung der Kärntner/ innen. Auf die Kardinalfrage, ob Österreich Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten sollte, stimmten die Kärntner/innen mit einer bis zu 4 bis 5 Prozent höheren Zustimmung für die weitere Mitgliedschaft³. Zwischen 2000 und 2002 sank die Zustimmungsrate generell leicht, jedoch lag Kärnten weiterhin knapp darüber. Seit 2003 pendelte sich die Zustimmung in Österreich zwischen 68 und 72 Prozent ein. In Kärnten sank sie darunter und schwankte in größeren Ausschlägen nach unten (zwischen 57 und 70 Prozent). Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008) ist die Zustimmung der Österreicher/innen – spezifische Zahlen für Kärnten liegen nicht vor – wieder auf ein Rekordniveau von 79 Prozent angestiegen. Dieses positive Meinungsklima wurde vorher nur noch nach der ersten Österreichischen EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 1998 und nach der Einführung des Euro im Jahr 2002 erreicht⁴. "Die Kärntner haben durchaus Vertrauen in die EU und ihre Institutionen und halten die EU im Großen und Ganzen für eine gute Sache."5

In puncto EU-Erweiterung gilt Österreich als besonders skeptisch. Nur 31 Prozent der Österreicher/innen sprachen sich 2006 für eine weitere Erweiterung der EU aus, damit rangierte Österreich mit Deutschland (30 Prozent)⁶ an vorletzter Stelle. Zudem besteht in Österreich ein starkes West-Ost-Gefälle, wohl bedingt durch die Nähe zu den Beitrittsländern⁷.

Auffallend ist allerdings, dass die Bewohner/innen der unmittelbaren Grenzregion eine überdurchschnittlich positive Haltung einnehmen. Beruhend auf einer Umfrageserie der ÖGfE⁸ zwischen 2001 und 2005 befindet sich diese positive Einstellung gerade zu Slowenien und zur EU-Mitgliedschaft des Nachbarlandes auf einem konstant hohen Niveau. "Wurde der EU-Beitritt Sloweniens im Jahr 2001 von 73 Prozent der Befragten ausdrücklich begrüßt, so liegt dieser Wert nun [2005] bei 69 Prozent. Gleichzeitig ist die ohnehin sehr geringe Zahl jener Kärntnerinnen und Kärntner weiter zurückgegangen, die sich gegen die EU-Mitgliedschaft des Nachbarlandes aussprechen: von 12 Prozent im September 2001 auf 6 Prozent im Oktober 2005."

Diese Erhebung hat auch gezeigt, dass die Kärntner/innen häufiger Kontakte mit Menschen im Nachbarland pflegen (über 70 Prozent), während solche in den ober- und niederösterreichischen Grenzregionen zu Tschechien und der Slowakei nur von 40 bis 50 Prozent der Bewohner/innen erfolgen. Ebenso "besuchen" die Kärntner/innen viel öfter – aus privaten, beruflichen oder touristischen Gründen – ihr Nachbarland. Die Gruppe in Kärnten, die "nie" ins Nachbarland fährt, war 2005 mit 15 Prozent am niedrigsten aller österreichischen Grenzregionen (Nieder-

österreicher/innen zur Slowakei: 46 Prozent; Oberösterreicher/innen zu Tschechien: 35 Prozent). Diesbezüglich übertreffen die Kärntner/innen sogar die Burgenländer/innen mit ihren Beziehungen zu den Ungar/innen (18 Prozent)¹⁰.

Hingegen gelten die Kärntner/innen bei den Europawahlen als wahlmüde: Die Wahlbeteiligung sank seit dem Beitritt stetig ab und liegt deutlich unter dem Österreichschnitt (siehe Tabelle). Bei den letzten beiden Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 (36,02 Prozent) und 2009 (36,10 Prozent)¹¹ wurden Tiefstwerte erzielt. In der Regel machten bei Wahlen in allgemeine Vertretungskörper (Gemeinderat, Landtag, Nationalrat) rund 80 Prozent der Wahlberechtigten in Kärnten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Kärnten mit 36 Prozent Wahlbeteiligung ist damit aktuell in guter Gesellschaft mit Ungarn, Portugal und den Niederlanden. Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist ähnlich hoch bzw. niedrig wie in Österreich.

Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament in Prozent

	1996	1999	2004	2009
Kärnten	64,46	43,15	36,02	36,10
Österreich	67,73	49,40	42,43	46,00
EU*	56,67	49,51	45,47	43,00

^{*} EP-Wahl 1994 - AT erst 1996

Aus meiner langjährigen Erfahrung und Beobachtung dürfen zwei Thesen angeführt werden, die die grundsätzliche und vergleichsweise "positivere Haltung" der Kärntner/innen zur Europäischen Integration begründen vermögen:

- 1. Kärnten ist ein historisch gewachsenes Grenzland. Trotz der belastenden, kriegerischen und feindlichen Ereignisse sind große Teile der Bevölkerung gewohnt und geübt, mit dem "Andersartigen" und Fremdsprachigen jenseits der Grenzen umzugehen. Zudem bestanden und bestehen viele persönliche, verwandtschaftliche und berufliche Beziehungen, die trotz der unterschiedlichen Ideologien nie zur Gänze abrissen.
- 2. Die politische (Parteien-)Landschaft ist durch besonders EU-kritische Gruppen seit der Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft gekennzeichnet gewesen. Diese allgemeine politische Polarisierung hat zu einer tieferen Auseinandersetzung mit EU-Themen im Lande geführt, weil eben dadurch das Lager der EU-Befürworter auf den Plan gerufen und gestärkt wurde.

Das Bild Kärntens in den Medien und außerhalb der Landesgrenzen

Dieses vergleichsweise positive Europabewusstsein entspricht nicht dem Bild und Image, das Kärnten von seinen Landsleuten offensichtlich zuteil wird und noch weniger außerhalb seiner Landesgrenzen. Dort wird Kärnten als besonders "bodenständig", heimatorientiert und traditionsverbunden (Kärntner Gesang) gesehen. Die Kärntner/innen gelten als wenig weltoffen, sollen sich endlos und unerklärlich wegen weniger zweisprachiger Ortstafeln streiten und seien zudem Fremdsprachenmuffel. Wegen der naturgegebenen, schönen Landschaft wird Kärnten als klassisches Tourismusland mit einigen modernen Events (Beachvolleyball-Turnier) auf der anderen Seite durchaus und ob der – echten oder aus wirtschaftlichen Gründen geheuchelten – Freundlichkeit (Werbeslogan "Urlaub bei Freunden") geschätzt. Seine wirtschaftliche Bedeutung dagegen wird stark unterbewertet und ähnlich dem Burgenland als eine Randregion mit niedriger Kaufkraft seiner Bevölkerung eingeordnet.

Das Bild Kärntens nach außen und in der europäischen Offentlichkeit – ohne weitere Rückmeldung nach innen – haben die polarisierenden Auftritte des mittlerweile verstorbenen Landeshauptmanns Dr. Haider nachhaltig geprägt. "Haider stand damals als Synonym für Kärnten."12 Diverse und in ihrem Zusammenhang verkürzte Aussagen (Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches, "Westentaschennapeleon" Jacques Chirac etc.) und Sympathiekundgebungen von Zusammenkünften neonazistischer Gruppen am Rande der Ulrichsbergfeiern haben in Anbetracht der Wahlerfolge Haiders zu einer Pauschalbewertung des Landes als rechtsnational geführt. Der Autor war selbst Zeitzeuge, wie Haider anlässlich einer von ihm gegebenen Pressekonferenz im Parlamentsgebäude der EU in Brüssel öffentlich von einem französischem Kollegen im Ausschuss der Regionen des "Nazitums" mittels einer Karikatur beschimpft wurde. Mit dabei war die europäische Presse mit rund 50 Kamerateams und 80 Journalist/innen. Wegen der tumultartigen Umstände - Sessel stürzten um, Kameraleute stiegen auf die Tische - musste die Pressekonferenz abgebrochen werden. Die umfassenden Berichte in allen europäischen Medien verstärkten nachhaltig ein "eindeutiges" Bild über Kärnten. Selbst wenn der Ausgangspunkt die demokratisch nicht zu rechtfertigenden "Sanktionen" auf die schwarz-blaue Regierungsbildung waren, so wurde durch unprofessionelles Verhalten in der Folge Kärnten imagemäßig zusätzlich Schaden zugefügt.

Die Bereitschaft, mit Kärntner Stellen in EU-relevanten Bereichen zusammenzuarbeiten, sank gegen Null. Soweit es zu verhindern war, durfte Kärnten oder sein oberster Repräsentant namentlich und bildlich nicht bei

gemeinsamen Initiativen aufscheinen¹³. Die für das europäische Lobbying so wichtige Kooperation mit selbst inhaltlich Gleichgesinnten war grundlegend beeinträchtigt.

Aus diversen Gesprächen mit Kärntner/innen in Wien und Brüssel war zu erfahren, dass viele – sicher nicht alle – ihre "Identität" als Kärntner/innen nach Möglichkeit nicht preisgaben. Diese Verhaltensweisen werden, bedingt durch aktuelle politische Ereignisse 2009/2010 (z. B. Notverstaatlichung der ehemals landeseigenen Bank mit großem Geschäftsfeld in Südosteuropa), nach wie vor weiter bevorzugt. Besonders schwierig ist es für jene Personen, die selbstverständlich die emotionalen Bindungen und die Identität/Identifikation mit Kärnten nicht aufgegeben haben, sich jedoch mit den politischen Geschehnissen und Erklärungen nicht einverstanden erklären können und dennoch sich verpflichtet fühlen, "Aufklärung" zu betreiben, so weit es möglich und zumutbar ist. Bedenkt man das grundsätzlich "positive Potenzial" von erfolgreichen Personen für die Imagebildung im Ausland, so ging Kärnten ein erheblicher Anteil davon im letzten Jahrzehnt verloren.¹⁴

EU-Aktivitäten des Landes und anderer Stakeholder

Kärnten erregte mitunter Aufsehen, als es gemeinsam mit Slowenien und Friaul-Julisch Venetien sich um die – erstmalig grenzüberschreitende – Austragung der Olympischen Winterspiele 2006 bewarb. Unter dem Titel "Beyond Borders, Senza confini, Brez meja, ohne Grenzen" wurden in den Jahren 1997 bis 1999 europaweit und international Werbeauftritte organisiert und gleichzeitig landesintern eine Reihe von Kommunikationsmaßnahmen (u. a. eine Volksbefragung am 5. Oktober 1997) durchgeführt. Leider konnte nicht durchgehend jene gehörige Portion an Professionalität von einzelnen Akteuren¹⁵ an den Tag gelegt werden. Eine negative Berichterstattung darüber minderte den Erfolg dieses "europäischen Identifikationsprozesses" wie auch der Umstand, dass letztendlich Turin die Austragung der Spiele zugesprochen wurde.

Bereits 2000 und dann zur Einführung des Euro, der gemeinsamen Währung, wurde unter der Federführung des Vereins Europahaus Klagenfurt jeweils eine großangelegte "Dialogtour" mit Informationsveranstaltungen im ganzen Land durchgeführt. Einzigartig war das Element, Fachleute vor Ort, auf vielfrequentierte Plätze und Einkaufszentren zu schicken und mit der Bevölkerung "in Dialog" zu treten. In über 80 Einsatztagen im Herbst 2000 und 2001 waren die Expert/innen des Landes und der Sozialpartner nur am Rande mit der Aufklärung über die neue Währung bzw. über die Auswirkungen der Erweiterung konfrontiert. Die Kärntner/innen nützten den Dialog, um diverse Fragen zur EU, nicht eingehaltene Versprechen

anlässlich des Beitritts und vielfach den allgemeinen Frust über das ferne Brüssel von der Seele zu reden¹6.

Im Vorfeld und am Vorabend zur großen Ost-Erweiterung mit 1. Mai 2004 hat wiederum das Europahaus Klagenfurt eine eindrucksvolle "Kulturreise" – virtuell über Grenzen führend – organisiert, indem gemeinsam mit dem Kulturevent "Trigonale" eine Konzertreise zwischen Klagenfurt, St. Veit, Althofen, Maria Saal und einem abschließenden Festakt um Mitternacht in St. Georgen am Längsee organisiert wurde.

Unter dem Titel "Europagespräche" startete der seit 2004 mit den EU-Agenden betraute LR Josef Martinz eine neue Veranstaltungsreihe. Spezifische und aktuelle Europathemen, wie Sicherheit, Türkeibeitritt, Europawahlen, wurden mit Vertretern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und in Partnerschaft mit Kärntner Medien zwei- bis viermal pro Jahr öffentlichkeitswirksam diskutiert. Bedauerlicherweise hat die Frequenz dieser gut besuchten Veranstaltung im Laufe der Jahre abgenommen. Generell ist festzuhalten – das ist aber kein Spezifikum für Kärnten –, dass Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für europapolitische Themen immer nur zu besonderen Anlässen gesetzt wurden und werden und die Kontinuität missen lassen.

Die Bemühungen, die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria als "Klein-EU"¹⁷ zu etablieren, sind vorerst ebenso wenig geglückt wie eine vertiefte Zusammenarbeit allein zwischen Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto unter dem Titel "Euregio Senza confini" auf eine juristische Basis eines Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zu stellen. Zwar wurden wiederholt Absichtserklärungen abgegeben und der allfällige Sitz mit Triest hierfür beschlossen, der Gründungsakt wurde infolge wechselnder politischer Führungen immer wieder verzögert.

Die Mitaustragung der Fußball-EM 2008 mit dem Spielort Klagenfurt intendierte selbstverständlich, über den Sport die Kärntner/innen für die Europäische Dimension zu erwärmen. Anders als bei der Olympiabewerbung "Senza Confini" hat man die Bürger/innen nicht oder kaum in das bevorstehende Großereignis miteinbezogen. Im Gegenteil: Mit einer jahrelangen politischen Diskussion über den Sinn der Teilnahme und vor allem über die Sinnhaftigkeit eines neuen, europareifen Stadions und dessen Endlosdiskussionen über Standort, Finanzierung und Bauvergabemodalitäten hat man fußballbegeisterte Kärntner/innen jede Chance genommen, die drei in Kärnten ausgetragenen EM-Spiele positiv mit Europa in Verbindung zu bringen. Jene Bürger/innen, die mit Fußball weniger am Hut haben, wurden indes mit unangekündigten und übertriebenen Verkehrsmaßnahmen in der Landeshauptstadt (allgemeines Fahrverbot für Nichtanrainer innerhalb des Ringes, Einbahnsystem am Ring etc.) brüskiert. Zu guter Letzt blieben auch die erhofften Zuschauermengen aus,

und der Endausbau des Stadions ist nach wie vor nicht zufriedenstellend gelöst. Gut gemeinte "Europa-Aktivitäten" benötigen eben auch richtige Kommunikationsmaßnahmen, um bei den Bürger/innen anzukommen.

EU-bezogene Medienaktivitäten im Land

Zwei wichtigen Kärntner Medien hingegen muss ob ihrer EU-Berichterstattung ein großes Kompliment ausgesprochen werden. Die Kleine Zeitung transportiert durchaus kritisch, aber in nicht unbedeutendem Ausmaß europapolitische Ereignisse und Entscheidungen direkt aus Brüssel oder Straßburg. Ihre direkt vor Ort aktiven Korrespondenten – Michael Jungwirth und zuletzt Stefan Winkler – zeichnet profundes Wiesen, gute Recherche und Talent in der sprachlichen Formulierung und Darstellung der oft komplexen Materie aus. Regionale Berichte und EU-bezogene Aktionen wie "Schüler machen Zeitung" ergänzen die EU-Berichterstattung.

Die verbindende, grenzübergreifende Idee des Signets "Servus – Srečno - Ciao", erfunden in den späten 1990er Jahren für Radio Kärnten (Renate Pfeiffer), entwickelte der ORF Kärnten zu einer der beliebtesten Kärntner TV-Sendungen mit "Servus – Srečno – Ciao"-TV weiter. Diese seit Herbst 2002 laufende Sendereihe jeweils am Samstag im Anschluss an "Kärnten Heute" erzählt Geschichten aus den benachbarten Italien, Slowenien und Kroatien und brachte und bringt so die lieben Nachbarn und die gemeinsamen Aktionen über die Grenze per TV ins eigene Haus. Seit 2002 bringt das Landesstudio Kärnten regelmäßig Beiträge über die EU und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf Kärnten sowie Quizsendungen wie den EU-Treffpunkt¹⁸. Möglich wurden diese Sendungen jeweils durch Anstoßfinanzierungen im Rahmen von EU-Projekten. Sie gelten mittlerweile als beispielgebend für Europa. Für diese mediale EU-Arbeit und das dahintersteckende Konzept von Infotainment wurde der ORF Kärnten 2007 mit dem Award for Communicating Europe der Versammlung der Regionen Europas ausgezeichnet. Mit der überdurchschnittlichen Reichweite des ORF-Radios in Kärnten (77,2 Prozent) und einer um 8 Prozent höheren Reichweite gegenüber Restösterreich, nämlich knapp 71 Prozent¹⁹, wirkt die ORF Berichterstattung generell meinungsbildend, so auch in der kontinuierlichen und einzigartigen EU-Kommunikation.

Das bisherige gemeinsame Programm der Anbieter Radio AGORA und Radio dva und die im Zuge der ORF-Kooperation ausgestrahlten acht Stunden Programm der slowenischen Redaktion des ORF-Landesstudios Kärnten während der Tagesfläche tragen weiters zu einem pluralistischen Programmangebot speziell im Bereich der Volksgruppenmedien bei.

Demgegenüber fährt die Kronen Zeitung, mit 46,7 Prozent nach der Kleinen Zeitung (55,7 Prozent) das in Kärnten an Reichweite zweitstärkste Printmedium, einen klaren und offenen Anti-EU-Kurs. Ihre Argumente und die ganzseitigen an prominenter Stelle veröffentlichten Leserbriefe dürften aber auch in Kärnten nicht auf den Widerhall stoßen, den sich der Herausgeber erwartet. Selbst die offene Unterstützung der Liste Martin und damit die eindeutige Parteinahme für eine wahlwerbende Gruppe mit einem monatelangen Dauertrommelfeuer hätte bei der EU-Wahl 2009 ein viel deutlicheres Ergebnis für die Liste Martin bringen müssen²⁰.

Neben diesen politischen und öffentlich-rechtlichen Engagements tragen viele künstlerische und kulturelle Veranstaltungen, aber auch die Aktivitäten der Kärntner Literaturverlage (insbesondere Carinthia mit touristischen und kulinarischen Büchern über die südlichen Nachbarländer, Drava und Hermagoras/Mohorjeva mit historischer und slowenischer Literatur sowie Wieser mit der Reihe "Europa Erlesen" und der konsequenten Übersetzungstätigkeit aus südosteuropäischen Sprachen) zum intensiven Kennenlernen von Mentalität, Kultur und Natur der Nachbarregionen und Europas bei.

Imagebildende Aktivitäten des Landes außerhalb Kärntens (Wien/Brüssel)

Mit den "Auslandskärntner/innen", initiert von der Kärntner Landesregierung, wurde in den letzten Jahren ein Netzwerk aufgebaut und einige Maßnahmen gesetzt, um diese laufend mit aktuellen Informationen aus der ursprünglichen Heimat zu versorgen.

Eine Wien-Vertretung, die sich laufend um die rund 80.000 Kärntner/innen – zumeist in gehobenen Positionen – kümmert und offene wie indirekte Lobbying-Arbeit für generelle Kärntner Anliegen leistet, gibt es nach zarten Versuchen in den 1990er Jahren nicht (mehr).²¹ Weiterhin organisieren sich jedoch die Kärntner/innen selbst in Chören, Landsmannschaften, Vereinen, betreiben Restaurants mit Kärntner Schmankerln und stellen den Kärntner Ball auf die Beine.

Hingegen besteht seit Juni 1995 ein Verbindungsbüro des Landes Kärnten in Brüssel, das sich mit der gegebenen personellen (zwei Personen) und finanziellen Ausstattung aufs Beste bemüht, "eine wesentliche Schnittstelle im vielschichtigen Entscheidungsnetz der Union"²² zwischen Kärnten und insbesondere zur Europäischen Kommission zu sein. Das Kärnten-Büro in Brüssel besorgt frühzeitig für Kärnten relevante Informationen, betreut Delegationen vor Ort, unterhält zu diesen Zwecken ein weit verzweigtes Netzwerk zu Beamten der EU-Dienststellen und führt Präsentationen zu

Kärntner Anliegen – zumeist auch mit gleichgesinnten Partnern – durch. Letzteres geriet seit 2004/2005 zusehends ins Hintertreffen, weil offensichtlich die Distanz der führenden Kärntner Politik zu Brüssel größer wurde. Die Interessen an zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Koralmbahn haben jedoch in den letzten Jahren beamtete und politische Akteure auf den Plan gerufen, für die baltisch-adriatische Achse wieder verstärkt Lobby-Arbeit direkt vor Ort in Brüssel zu leisten. Das Kärnten-Büro unterhält zudem ein Netzwerk mit den vor Ort tätigen Kärntner/innen und versorgt diese – in organisatorischer Hinsicht – mit Spezialitäten aus der Heimat.

Als wenig nachhaltig entpuppte sich die Initiative Kärntens gemeinsam mit Friaul-Julisch Venetien, die hinterbliebenen Kinder des Terroranschlags vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York auf einige Urlaubswochen in Kärnten und an der Adria einzuladen. Man wollte sich damit als "Friedensregion" international positionieren. Ähnlich auf Hilfe gebend angelegt und auf internationale Aufmerksamkeit ausgerichtet war auch die geplante Errichtung des "Kärnten-Dorfes Banda Aceh" für Waisenkinder nach der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004 in Indonesien. Letztere scheiterte zunächst an der Unprofessionalität der mit dieser Aufgabe betrauten Personen und Organisationen. Beiden Aktionen fehlte die echte und engagierte Kontinuität, um auch nur ansatzweise positiv imagebildend für Kärnten – nach innen und nach außen – zu wirken.

Vom Land Kärnten kann nicht erwartet werden, dass es große Vertretungsbüros im Sinne von Botschaften in zumindest wichtigen Stellen in Europa oder international unterhält. Solche können sich Bayern oder das mittlerweile offen nach einer eigenen Staatsbildung strebende Katalonien mit ca. sieben Millionen Einwohner/innen leisten. In diesen Regionen/Ländern stehen die wirtschafts- und handelspolitischen Interessen im Vordergrund.

Kärnten: geographisch und sprachlich "die kleine EU"

Immer wieder strapaziert – in der Wirkung leider schon abgeklatscht – wird der Begriff des geographischen und historischen Schnittpunkts der drei großen Kulturkreise in Europa, den Kärnten einzigartig auf dem Kontinent verkörpert. Das Romanische – das vor allem das Rechtsgut in Europa prägende Element – vermengt sich mit dem Germanischen und dem Slawischen. Das rechtshistorisch einzigartige Ritual der Herzogseinsetzung seit dem frühen Mittelalter bis in die Neuzeit zwischen Römersteinkapitell bei Karnburg (Fürstenstein), Weihe im Dom zu Maria Saal und der Lehensvergabe am Herzogstuhl im Zollfeld verbindet germanische und slawische Elemente auf historischem "Gestein" aus der Römerzeit.²³ Das Kärntner Lied wird außerhalb Kärntens ob seiner Melancholie und Mehrstimmig-

keit geschätzt. Das Kärntner Lied stellt die innigste Verschmelzung zweier Kulturen dar und besitzt eine Jahrhunderte lange Tradition: hier sind alte slowenische Melodien mit deutschem Text verbunden worden.

Kärnten: ein Grenzraum mit historischen Belastungen

Das 20. Jahrhundert ist – nach Jahrhunderte langem relativen Frieden – durch kriegerische Auseinandersetzungen geprägt. Nach den Kämpfen an den Südgrenzen zu Italien und dem Königreich Serbien waren es vor allem die blutigen Auseinandersetzungen und Säuberungen des Nazi-Regimes mit Racheakten der Gegenseite nach deren Zusammenbruch, die bei den unmittelbar betroffenen Bevölkerungsteilen und deren Familien bis in die Gegenwart Ressentiments bestehen ließen. Je nach "Ideologisierung" der elterlichen bzw. großelterlichen Generation sind häufig Vorbehalte gegen die jeweils andere Volksgruppe erhalten geblieben. Die offizielle Politik hat aus Sicht auf das jeweilige Wählerklientel – z. T. ganz bewusst aus parteitaktischen Gründen – weder eine Strategie entwickelt noch geeignete Maßnahmen (sieht man von der gemeinsamen Olympiabewerbung "Senza confini" ab) bis über die Jahrtausendwende hinweg gesetzt, um diesen historischen Belastungen zu begegnen. Unrühmlicher Restbestand ist die nach wie vor ungeklärte Situation von zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten, die mittlerweile in jeder Richtung als Frage mit höchster Symbolkraft gilt. Auch hier ist die Bevölkerung zum Teil viel weiter und offener als die Politik. Gute Vorstöße und Vorschläge für ein freundliches Miteinander haben neben dem Konsensgruppenvorschlag 2006²⁴ von Privatpersonen initiierte und getragene Aktionen wie "Pro Kärnten/Za Koroško" 2006 oder die Publikation "Grenzfall Kärnten"²⁵ gebracht.

Wirtschaftsgeographisch wurde Kärnten nach dem Mittelalter zu einem Randgebiet und blieb es bis in die jüngste Vergangenheit. Verkehrstechnisch wurde Kärnten erst sehr spät erschlossen – so erfolgte die Eröffnung des letzten Teilstückes der Südautobahn A2 zwischen Völkermarkt West und Klagenfurt erst 1999. Über die Pack bestand bis 2009 eine Sparvariante, nach Nordwesten wird der zweite lange Tunnelabschnitt der mautpflichtigen Tauernautobahn gegenwärtig auf den zweiröhrigen Vollausbau erweitert. Gemeinsam mit der Steiermark teilte Kärnten wirtschaftshistorisch die Situation, zwischen Alpenhauptkamm und der "toten Grenze" im Osten eingeengt zu sein. Derzeit sind die ersten Arbeiten im Gange, eine Eisenbahnhochleistungsstrecke zwischen Graz und Klagenfurt und dann in Fortsetzung nach Wien bzw. Udine und Venedig zu errichten. Kärnten ist zudem nicht mit einem starken Wirtschaftszentrum mit technischen Forschungseinrichtungen (kritische Masse) ausgestattet, sondern verteilt diese auf die zwei Standorte Klagenfurt und Villach.

Ideal: Modellregionen Europäischer Integration und Identifikation

Wenn man auf die Europäische Landkarte blickt und Ausschau hält nach einer Region mit tiefer europäischer Verwurzelung und wo Europa und der Europäische Integrationsprozess im Alltag stark und positiv verankert sind, so fällt der Blick unweigerlich auf das Großherzogtum Luxemburg. Dieses kleine Land, eingerahmt zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland, ist flächenmäßig mit 2.586 km² deutlich und bevölkerungsmäßig mit 502.000 Einwohner/innen (Jänner 2010) etwas kleiner als Kärnten. Politisch in der historischen Entwicklung nicht unbedingt gewollt, kennzeichnet Luxemburg die Vielsprachigkeit und der mit deutlichem Abstand höchste Wohlstand eines Landes bzw. einer Region in Europa (BIP 2009: 268 Prozent des EU-Durchschnitts²⁶) mit einer der niedrigsten Arbeitslosenraten (5,8 Prozent 2009) und deutlich höheren Löhnen. Täglich pendeln rund 148.000 "Grenzgänger"27 aus Deutschland, Belgien und Frankreich ein. Luxemburg ist Mitglied des Europäischen Einigungsprozesses seit Anbeginn in den 1950er Jahren, Gründungsstaat der EWG und von Euratom. Laut Eurobarometer ist die Zustimmung zur EU in der Bevölkerung mit 75 Prozent²⁸ sehr hoch.

Es liegt der Schluss nahe: Ein kleiner Staat (eine überschaubare Region) hat durch seine Europafreundlichkeit und Europaoffenheit gewaltig viel profitiert.

Ein anderes Beispiel einer florierenden Europaregion mag Südtirol sein. Im völkischen Konflikt wider allen Fakten und völkerrechtlichen Regeln dem falschen Staat zugeordnet, hat sich Südtirol beruhend auf mehrfachen Konkurrenzbeziehungen von Minderheitengruppen (Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber der zwangsweise angesiedelten Minderheit der Italiener in Bozen, Mehrheit der Italiener in der Hauptstadt Bozen und generell Minderheit der deutschsprachigen Südtiroler im Staat Italien bzw. der vereinigten Provinz Trentino-Südtirol) zu einer wirtschaftlichen Modellregion Europas entwickelt. Dahinter steckt die starke Autonomiepolitik, immer wieder argumentiert mit der Minderheitensituation in Italien, die dazu geführt hat, dass 90 Prozent der in Südtirol aufgebrachten Steuern der Region der autonomen Verwaltung überlassen bleiben. Die vieldiskutierte Nord-Süd-Verkehrsachse des Brenners hat ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität des Landes beigetragen.

Südtirol ist mit 7.400 km² etwas kleiner als Kärnten (9.536 km²) und mit 499.000 Einwohnern etwa bevölkerungsmäßig gleich groß wie Luxemburg. Die Kaufkraft liegt mit 134,5 Prozent des durchschnittlichen BIP pro Kopf (2007) in der EU um knapp 30 Prozent höher als die von Kärnten

(104,6 Prozent). Die Arbeitslosigkeit ist ebenfalls eine der geringsten in Europa (2,4 Prozent 2008).

Oder Katalonien, der prosperierende Nordosten Spaniens, das allerdings mit über sieben Millionen Einwohner/innen bereits in der Größenordnung von so manchem mittleren EU-Staat steht. Erwähnenswert ist auch die Hauptstadt und Region Bratislava (Pressburg) an der Länderecke Slowakei, Ungarn und Österreich, welche mit der Perspektive des EU-Beitritts eine enorme wirtschaftliche Entwicklung genommen hat. Einer näheren Untersuchung wert wäre weiters die Kooperation Öresund der Städte Kopenhagen (Dänemark) und Malmö (Schweden) mit ihren umliegenden Gemeinden, wie weit diese "europäische Dimension" einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit über eine Meerenge hinweg wirtschaftlich und politisch die jeweiligen Grenzregionen unterstützt hat. "Öresund" wurde mit einer Marke ausgestattet, in vielfältigen Projekten – in loser Partnerschaft ohne große institutionelle Strukturen – vertieft, um so Identität für eine europäische Modellregion auf beiden Seiten der Grenze zu schaffen.

Eine Vision wird Wirklichkeit:

in den Süden (Mittelmeer).

Was benötigt Kärnten, um eine Modellregion Europäischer Integration und Identifikation zu werden?

Kärnten hat geschichtlich, geographisch und lagemäßig, seinen sprachlichen Wurzeln und seiner Verkehrslage wegen viele Parallelitäten zu den oben aufgezeigten Modellregionen "europäischen Zuschnitts".
 Kärnten hat als selbstständige politische Einheit eine Geschichte von bald 14 Jahrhunderten.²⁹
 Kärnten ist wechselvollen, kriegerischen Auseinandersetzungen ausgeliefert gewesen, die gerade in die jüngste Geschichte hineinwirken.
 Kärnten liegt am Schnittpunkt der drei großen europäischen Kulturkreise und damit von drei europäischen Sprachen; nach wie vor ist Kärnten zweisprachig, wenn auch eine der Landessprachen in Folge der jahrzehntelangen politischen und faktischen Verhältnisse stark zurückgedrängt wurde.

☐ Kärnten liegt gleich an zwei wichtigen Verkehrsachsen, die in Zukunft enorm an Bedeutung gewinnen werden: zum einem an der Achse vom Nordwesten in den Südosten, zum anderen vom Nordosten (Baltikum) Es ließen sich zahlreiche Argumente³⁰ anführen, warum Kärnten und seine Menschen diese "naturgegebenen Reichtümer" bislang nur in spärlichen Ansätzen genutzt haben. Nicht diese stehen im Vordergrund – das historische Zeitfenster stand dazu noch nicht weit genug offen –, sondern die Zukunft und die Möglichkeiten und Ansatzpunkte einer Vision für die Zukunft.

Kärntens Vision in der Vielzahl der Regionen Europas ist die einer Modellregion der Europäischen Integration und der Identität: "Die kleine EU in der großen EU."

Das bedeutet nicht nur, die bereits "naturgegebenen Grundlagen" bestmöglich auszuschöpfen sowie alle bereits bestehenden Chancen und Möglichkeiten des Europäischen Einigungsprozesses zu nützen, sondern vor allem bei den aktuellen politischen Herausforderungen beispielgebende Akzente für Europa zu setzen. Neben und parallel zu einem "Aufholprozess" ist Kärnten – Politiker, Wirtschaftstreibende, Wissenschaft und Bevölkerung – gefordert, zu aktuellen Fragen und Trends zeitgemäße Maßnahmen und Aktionen zu setzen, die anderen Regionen in Europa den Weg weisen. Man wird dann nicht nur auf Kärnten neidvoll blicken, Kärnten selbst wird der größte Nutznießer sein.

Die aktuellen politischen und finanziellen Umstände sind derzeit besonders schwierig. Es bedarf aber weniger der großen finanziellen Investitionen, sondern vielmehr einer klugen Politik und einer engagierten Bevölkerung, um die Stimmung im Land und das Image des Landes im Ausland zum Positiven hin zu verändern. Ich bringe hier einige Beispiele für Schritte und Maßnahmen, die dahin gehen.

Als "Schnittpunkt" von Kulturen hat Kärnten zu beweisen, dass es der Mehrsprachigkeit größtes Augenmerk schenkt und beispielgebend agiert. Jede Diskussion um zweisprachige Ortstafeln konterkariert eine Profilierung in dieser Hinsicht. Seit Jahren wird erfolglos an einer zeitgemäßen Lösung der internationalen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag 1955 gebastelt. Diese müssen – als Voraussetzung eines bereinigten, unbelasteten Images nach außen – erfolgreich abgeschlossen werden. Diese müssen – nicht von allen – aber breit nach demokratischen Grundsätzen akzeptiert und somit auch nach innen von der Bevölkerung angenommen werden. Das Thema Ortstafeln sollte zukünftig bei politischen Parteien und Minderheitenorganisationen tabu sein.

Musterland der Mehrsprachigkeit bedeutet, dass die Schulbildung über die lehrplanmäßigen Verpflichtungen hinaus Angebote liefert, die die Jugend zu international fähigen Arbeitskräften macht. Neben der Weltsprache Englisch sollten die Kärntner Jugendlichen generell Grundkenntnisse in Slowenisch und Italienisch erwerben. Dazu ist ein zusätzliches Lehreran-

gebot zu rekrutieren (einschließlich Native-Speaker, gerne in Zusammenarbeit mit der Alpen-Adria-Universität und der Pädagogischen Hochschule) und ein intensives Austausch- und Bildungsprogramm mit Partnern in den Nachbarländern zu organisieren und zu finanzieren.

Internationale Sprachkurse und Sommer-Camps könnten die touristische Infrastruktur (Berge, Seen, mehrsprachiger Grenzraum etc.) nützen und ein ergänzendes Angebot für Jugendliche in Europa – als Alternativen zu England, Malta oder Frankreich – darstellen.

Längerfristig könnte Kärnten damit den Ruf des "Europäischen Sprachenlandes" erhalten, in dem man die Sprachenvielfalt hautnah erleben und erlernen kann. Das vorhandene Potenzial wird für den Aufbau einer modernen Dienstleistungsschiene genützt, Arbeitsplätze und Wertschöpfung werden im Land generiert und gleichzeitig wird der Vielfalt in Europa Rechnung getragen.

Sprachliche und kulturelle Barrieren überwinden heißt das europäische Zukunftsthema schlechthin: Demographisch veraltert die Bevölkerung, besonders ländliche Regionen sind von der Abwanderung betroffen. Ohne (gesteuerte) Zuwanderung verringert sich die Bevölkerung und es folgen massive gesellschaftliche Probleme. Von Überalterung, fehlenden Arbeitskräften und Unfinanzierbarkeit der Sozialsysteme sind bereits viele Regionen Europas betroffen.

Auf Grund der besonderen Problemlage könnte sich Kärnten zum *Musterland der Integration* entwickeln. Beispielgebende Maßnahmen und Anreize des Anwerbens von Fachkräften aus Drittstaaten, deren Motivation zu Unternehmensgründungen, begleitende Maßnahmen zur Einbindung in die Gesellschaft (Kindergärten, Schulwesen, Vereinsorganisation etc.) sollten beispielgebend – z. T. in Kooperation mit anderen Partnern in Europa über EU-Projekte – und proaktiv erarbeitet und umgesetzt werden. Klassische Agglomerationsräume sind ohnehin dem Zuwanderungsdruck ausgeliefert. Weniger wirtschaftlich prosperierende Regionen wie Kärnten eröffnet sich diesbezüglich die Option, mit deutlich weniger Zwang handeln zu müssen. Kärnten könnte sich ein Image für zeitgemäße Lösungen der Integration von Drittstaatsangehörigen aufbauen und gleichzeitig sein Demographieproblem gezielt lösen.

Die wirtschaftspolitische Randlage wird mit dem Vollausbau des hochrangigen Eisenbahn- und Autobahnnetzes endgültig (2020–2025) beseitigt sein. Geopolitisch wurde sie mit dem Beitritt Sloweniens zur EU und der Eurozone bereits 2004 (bzw. 2007) vollzogen und wird mit dem geplanten Beitritt Kroatiens um eine gewaltige Dimension erweitert. Noch ist diese historische Veränderung nicht bei allen Kärntner/innen angekommen.

Dazu sind Grundsatzbekenntnisse und -entscheidungen der Politik sowie gezielte Kommunikationsmaßnahmen erforderlich.

Aufbauend auf Initiativen wie einst "Silicon Alps", Forschungseinrichtungen an der Alpen-Adria-Universität, im "Lakeside Science & Technology Park" und des CTR in Villach ist "die kleine EU" auf die Vertiefung der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn angewiesen. Das Städtevieleck Klagenfurt, Graz, Maribor, Ljubljana, Zagreb, Triest, Venedig, Udine benötigt eine raumplanerische und wirtschaftspolitische Abstimmung, um Forschungsschwerpunkte zu definieren und ein europäisches Exzellenz-Center zu etablieren. Meer und Alpen sind kein Gegensatz. Die Alpen-Adria-Idee muss den weiteren Schritt der Vertiefung ebenso nachvollziehen, wie es die Union selbst tagtäglich und unweigerlich vorführt. Regelmäßige Treffen aller Regierungsspitzen sollten zuoberst auf der Agenda der außenpolitischen Aktivitäten der Regionen und Länder stehen. Die Bürgermeister der wichtigsten Städte sind ebenfalls beizuziehen (Modell der Multilevel Governance).

Kärnten sollte wirtschaftlich für Unternehmer (niedrige Lohnkosten, hohes Bildungsniveau), Investoren (gute Rendite), Arbeitnehmer (gute Arbeitsbedingungen) und Pendler (hohe Entlohnung) attraktiv werden, wobei es nicht leicht ist, die divergierenden "Motive" unter einen Hut zu bringen. Darin konkurriert Kärnten nicht bloß mit anderen Regionen Europas, sondern schlichtweg mit der ganzen Welt. Es wird daher notwendig sein, einen wirtschaftlichen Schwerpunkt mit Zukunftsperspektive zu definieren, der in einem spezifischen Umfang sogar ein "Alleinstellungsmerkmal" vorzuweisen hat. In der Folge gilt es, wirtschaftsfördernde Maßnahmen auf diesen Wirtschaftszweig zu fokussieren und sich nicht zu verzetteln.

In "der kleinen EU" lässt sich ein guter gemeinsamer Arbeitsmarkt entwickeln. Die EU-Freiheiten nehmen vieles bereits vorweg. Dort, wo noch Barrieren auf Grund nationaler Gesetzeshoheit (Sozialbereich, Arbeitnehmerrecht, Sprachen, Gesundheitsversorgung etc.) bestehen, werden pragmatische und für Europa modellhafte Lösungen entwickelt. Die Regionen und Länder "der kleinen EU" sollen uneingeschränkt von der Vielfalt und den Qualitäten der unterschiedlichen Ausbildungssysteme, kulturellen Besonderheiten und Humanressourcen Nutzen ziehen können. Mit der gemeinsamen Sprach- und Fachausbildung für Krankenhauspersonal (Interreg-Projekt Kärnten – Italien) oder grenzübergreifenden, mehrsprachigen Managementlehrgängen (Interreg-Projekt Kärnten – Slowenien) wurden erste Ansätze in Angriff genommen.

Eine Vision ist Wirklichkeit:

Was benötigt Kärnten, um als "Modellregion Europäischer Integration" wahrgenommen zu werden?

Das, was ist, unterscheidet sich von dem, was (von vielen Menschen) wahrgenommen wird.³¹ Es ist zu differenzieren zwischen jenen Bereichen, die tatsächlich schon vorhanden sind und umgesetzt werden, jedoch durch mannigfache Gründe (noch) nicht in die Wahrnehmung der Kärntner Bevölkerung und darüber hinaus gedrungen sind, und jenen Bereichen, deren Wahrnehmung bereits erfolgt ist. Die Kärntner/innen sind beispielhaft mehr Europäer/innen, als sie sich a) selber zutrauen und b) nach außen hin tragen. Die Kärntner/innen haben alle Voraussetzungen für eine "Modellregion der Europäischen Identifikation", und sie leben diese "Europäische Identität" mehr und besser als so manche/r andere Österreicher/in, das beweisen die obigen Ausführungen. Allerdings wurde und wird diese Identifizierung (noch) nicht wahrgenommen, schon gar nicht außerhalb Kärntens.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen gezielt zu setzen, um "die kleine EU" Wirklichkeit werden zu lassen: Dazu bieten sich drei Ansätze:

- 1. Grundbekenntnis zur Vision "die kleine EU" über Gruppen- und insbesondere parteipolitische Interessen hinweg. Ein Leitbild "Kärntens Rolle in der EU", breit von den maßgeblichen Stakeholdern unter Einbeziehung bedeutender Auslandskärntner/innen erarbeitet, wäre in den "staatstragenden Gremien" zu beschließen. Der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess allein wäre ungemein wichtig, weil er "Ownership" bei den Mitwirkenden erzeugt.
- 2. *Symbolträchtige Leitmaßnahmen*, die nach außen sichtbar/wahrnehmbar und imagebildend sind und nach innen Menschen, Unternehmen, Organisationen mobilisieren:
 - a) Intensivierung der Bewerbung um die grenzübergreifende Ski-Weltmeisterschaft;
 - b) Etablierung/Institutionalisierung von Regierungstreffen (ohne Ausklammerung einer Nachbar-Region oder eines Landes);
 - c) Einrichtung einer Kärnten-Vertretung in Wien und Erweiterung der Kärnten-Vertretung in Brüssel (mit regelmäßigen Auftritten gemeinsam mit den Nachbarregionen);
 - d) Aufbau einer Wirtschaftsmarke (nach schwerpunktmäßiger Definition).

3. Informations- und Kommunikationsmaßnahmen nach innen und nach außen: Die von zwei wesentlichen Kärntner Medien durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen (ORF Kärnten und Kleine Zeitung) sowie einschlägiger Organisationen (Verein Europahaus Klagenfurt) sind fortzuführen, weiter zu entwickeln und zu intensivieren. Motto des beidseitig gerichteten Informations- und Dialogstroms wäre "Europa in Kärnten – Kärnten in Europa". Es könnten weitere Medien (Kronen Zeitung, KTZ und Magazine) miteinbezogen und die Kooperation auf Medien der Nachbarregionen und Länder ("Die kleine EU", "Servus – Srečno – Ciao") ausgedehnt werden.

Schlussbemerkung

Einer neorealistischen Betrachtungsweise/Analyse der europäisch-internationalen Position Kärntens – frei nach dem Bachmann`schen Motto "Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar" – ist es angebracht, auch eine Vision zu zeichnen. Diese darf ebenfalls nicht in eine unrealistische Träumerei oder gar Utopie ausarten. Die dargestellte Aussicht auf ein Kärnten, das durch Eigenanstrengung und Eigenkraft seine naturgegebenen Potenziale hebt und eine Modellregion für die Europäische Identität und für die Identifikation ihrer Bürger/innen mit der Europäischen Integration wird, ist machbar. Die Kärntner/innen profitierten am meisten davon. Den Menschen muss diese Vision vermittelt werden und sie müssen an die Vision glauben, denn – wie der Volksmund sagt – der Glaube selbst kann Berge versetzen.

Anmerkungen

- 1 Peter Hajek: *Die Einstellung der Kärntner zur EU*, in Kärntner Jahrbuch für Politik 2006; Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Filzmaier, Karl Hren; Klagenfurt, 2006, S. 137; auf der Basis von Eurobarometer-Umfragen der EU und OGM-Wahltagsbefragungen im Auftrag des ORF werden vergleichende Rückschlüsse der Einstellungen der Bevölkerung der österreichischen Bundesländer gezogen. Eine ausführliche, wissenschaftlich fundierte Studie über die Einstellung der Kärntner/innen gegenüber dem Europäischen Integrationsprojekt steht leider noch aus.
- 2 Ergebnisse Volksbegehren und Europawahlen Österreich: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/start.aspx (3. August 2010).
- 3 In Österreich stieg der Prozentsatz für den Verbleib von 60 auf 82; in Kärnten lag er mit 64 bis 86 jeweils darüber.
- 4 SWS-Telefonumfragen 1995–2007; Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) 2007 Unterlage steht dem Autor zur Verfügung.
- 5 Peter Hajek: *Die Einstellung der Kärntner zur EU*, in Kärntner Jahrbuch für Politik 2006; Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Filzmaier, Karl Hren; Klagenfurt, 2006, S. 145.

- 6 Eurobarometer Nr. 66.1, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_en.htm (7. September 2010).
- 7 Peter Hajek: *Die Einstellung der Kärntner zur EU*, in Kärntner Jahrbuch für Politik 2006; Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Filzmaier, Karl Hren; Klagenfurt, 2006, S. 144 f.: Neben den Niederösterreichern (Saldo –53) und Steirern (–43) sind die Kärntner mit einem Saldo von –45 gegen eine weitere Erweiterung eingestellt. Im Westen halten sich Befürworter und Gegner die Waage.
- 8 Gelebte Nachbarschaft in der Grenzregion Kärnten/Slowenien, SWS-Telefonumfragen im Auftrag der ÖGfE zwischen September 2001 und Oktober 2005; http://cms.euro-info.net/index.php?cat=324&parentcat=6 (7. September 2010).
- 9 Ebenda, Seite 4.
- 10 ÖGfE-Studie Gelebte Nachbarschaft; http://cms.euro-info.net/index.php?cat=2240&parentcat=6 (7. September 2010).
- 11 AKL, Statistik, http://www.info.ktn.gv.at/euwahl2009/ (3. August 2010).
- 12 Michael Jungwirth: *Wie Kärnten in Brüssel wahrgenommen wird*, in Kärntner Jahrbuch für Politik 2006; Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Filzmaier, Karl Hren; Klagenfurt, 2006, Seite 125.
- 13 Bei der von der flämischen Präsidentschaft ausgerichteten Konferenz der Präsidenten der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen (RegLeg) in Liège (Lüttich) im November 2001 wurde selbst dem Kärntner Assistenten trotz ordnungsgemäßer Anmeldung nur nach heftigen Protesten der Zugang gewährt. Auf dem ausgestellten Eintritts-Badge fehlte die sonst übliche Bezeichnung der Herkunftsregion (Kärnten) und als Herkunftsstaat wurde fälschlicherweise DE (für Deutschland) angegeben.
- 14 Vergleiche kleinen Auszug aus Presse: "So leben & leiden Kärntner in Wien", Die Presse, 2. 3. 2009 (http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/457222/index.do); "Als Kärntner in Wien ist man fast eine Randgruppe", Kleine Zeitung, 24. 1. 2010 (http://www.kleinezeitung.at/kaernten/2276834/kaerntner-wien-man-fast-randgruppe.story); "Kärntner in Wien 'anzapfen'", Kärntner Woche, 27. 7. 2010 (http://regionaut.woche. at/klagenfurt/wirtschaft/kaerntner-in-wien-anzapfen-d9678.html); "Die etwas andere Diaspora in Kärnten: kein anderes Land verliert so viele Talente", Profil, 15. 2. 2010 (http://www.profil.at/articles/0907/560/233804/die-diaspora-kaernten-kein-landtalente).
- 15 Von einem unterstützenden Organisator aus Kärnten wurden größere Bargeldbeträge mitgenommen, die Gegenstand eines Diebstahls wurden; eine Gruppe von Bäurinnen konnte die Kärntner Jause nicht rechtzeitig vorbereiten, weil man zu spät am Veranstaltungsort in Brüssel eintraf; beide Vorfälle kursierten wochenlang in den Medien und überschatteten die Kärntner Veranstaltungen in Brüssel.
- 16 Abschlussbericht "Dialogtour: Kärnten in einem erweiterten Europa", Europahaus Klagenfurt, Jänner 2001.
- 17 Johannes Maier: *Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Nutznießer Kärnten,* in Kärntner Jahrbuch für Politik 2006; Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Filzmaier, Karl Hren; Klagenfurt, 2006, S. 129.
- 18 Die diversen Berichte sind mittlerweile im Internet nachlesbar und im Videostream verfolgbar: www.generation-yourope.eu/; http://kaernten.orf.at/magazin/studio/fernsehen/stories/5906/ (6. August 2010).
- 19 Peter Filzmaier/Flooh Perlot: Ticken KärntnerInnen anders?, in Kärntner Jahrbuch für Politik 2009; Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Filzmaier, Karl Hren; Klagenfurt, 2009, Seite 14 f.

- 20 Die Liste Martin erhielt in Österreich wie auch in Kärnten jeweils 17,7 Prozent der Stimmen; Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/start.aspx (6. August 2010).
- 21 Vergleiche Forderung des Club Carinthia in Wien: "70.000 Kärntner in Wien wollen ihren eigenen Bürgermeister", April 1997 http://pressetext.com/news/970401001/70000-kaerntner-in-wien-wollen-ihren-eigenen-buergermeister/
- 22 Martina Rattinger, Leiterin des Kärntner Verbindungsbüros in Brüssel, Vorwort, Tätigkeitsbericht 2004.
- 23 Vergleiche Alfred Ogris: Kärnten und Österreich vor und nach 996, in Kärntner Jahrbuch für Politik – 1996, Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Karpf, Helwig Valentin, Klagenfurt, 2006; S. 41 f.
- 24 www.prokaernten.at, 44.000 Unterschriften.
- 25 Martin Hitz, Karl Stuhlpfarrer (Hg.): Grenzfall Kärnten. Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Klagenfurt 2006.
- 26 Eurostat news release 91/210, 21. Juni 2010, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/publications/collections/news_releases.
- 27 Offizielle Arbeitsstatistik Luxemburgs für 2010: Demnach sind von den insgesamt durchschnittlich in Luxemburg beschäftigten 337.300 Personen rd. 148.000 "Grenzgänger", d. h. pendeln nach Luxemburg ein. http://www.statistiques.public.lu/stat/tableviewer/document.aspx?ReportId=352 (9. August 2010).
- 28 Eurobarometer Nr. 72, Oktober–November 2009, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_en.htm (9. September 2010).
- 29 Alfred Ogris: Kärnten und Österreich vor und nach 996, in Kärntner Jahrbuch für Politik 1996, Herausgeber: Karl Anderwald, Peter Karpf, Helwig Valentin, Klagenfurt, 2006; S. 43.
- 30 Es sind zu erwähnen: die "Kärntner Seele" Ringels als zutreffende Analyse eines stark ausgeprägten Untertänigkeitsverhaltens; die historische Grenzziehung als Kriegsergebnis, die durch wirtschaftliche und politische Wirren/Zweiter Weltkrieg nicht aufgearbeitet, z. T. verstärkt wurden; starke und langandauernde "ideologische Trennung" durch den Eisernen Vorhang; später/verspäteter Ausbau von hochwertigen Verkehrsverbindungen durch und deshalb für das Land; Start der wirtschaftlichen Entwicklung des Südostens und Baltikums nach EU-Beitritt/Öffnung dieser Länder; Ressentiments/Vorbehalte zwischen verschiedensprachigen Bevölkerungsgruppen.
- 31 Vergleiche Simon Anholt: Competitive Identity The New Brand Management for Nations, Cities and Regions, Palgrave Macmillan, Hampshire, 2007; introduction p. xii.

Die Euregio Alpen-Adria im Jahr 2020

Chancen und Zukunftsszenarien

Um sich künftig den Herausforderungen der Europäischen Integration und globaler Phänomene stellen zu können, wird eine verstärkte Institutionalisierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit nötig sein. Auf Grundlage der bereits bestehenden Kooperationen Kärntens mit den benachbarten italienischen Regionen und dem EU-Mitgliedstaat Slowenien wäre die Schaffung eines "Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit" (EVTZ) bis 2020 anzustreben. Durch einen EVTZ könnten bisherige grenzüberschreitende Projekte wie die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria oder die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele "senza confini" formalisiert werden. Eine dadurch auf supranationale Ebene gehobene Zusammenarbeit sollte vor allem in den Bereichen Bildung und Mehrsprachigkeit, Mobilität und nachhaltiges Wirtschaften sowie Lebensqualität und Gesundheit das bestehende Know-how und die Standortvorteile in der Region bündeln.

Der EVTZ als Grundlage einer Euregio "Alpen-Adria"

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg ist es der Europäischen Kommission ein Anliegen, dass die Mitgliedstaaten unter Einbeziehung regionaler und lokaler Akteure aus unterschiedlichen Regionen gemeinsame Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abwickeln. Die daraus erwachsende finanzielle Unterstützung für grenzüberschreitende Tätigkeiten zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durch die EU hat einen wichtigen Anreiz für die Staaten geschaffen, die Zusammenarbeit zwischen den "eigenen" Regionen mit den Regionen anderer Staaten nicht nur zu tolerieren, sondern zum Teil auch zu fördern.¹

Kärnten schloss bereits im Jahr 2001 einen Kooperationsvertrag mit Friaul-Julisch Venetien ab, gefolgt von einem Vertrag mit Veneto im Jahr 2004 und schließlich einem trilateralen Kooperationsvertrag zwischen diesen beiden italienischen Regionen und Kärnten aus dem Jahr 2007. In diesem Rahmen, der weit über die Möglichkeit der Interreg-Programme hinausgeht, konnte mit Zustimmung des italienischen Ministerrates die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den drei Regionen in den letzten Jahren intensiviert werden und die Vorarbeiten zur Gründung einer Euregio auf Grundlage eines EVTZ weitestgehend abgeschlossen werden.²

Einer der noch bestehenden Stolpersteine für die Gründung eines EVTZ von Seiten Österreichs ist der zum Teil konträre Standpunkt des Bundes und der Länder über die Kompetenzen zur Verabschiedung der notwendigen ergänzenden Bestimmungen. Im Herbst 2007 wurde eine Vorlage erarbeitet, nach der die Länder die ergänzenden Bestimmungen zur EVTZ-Verordnung erlassen sollten. Gemäß der Formel 9+1 sollte jeweils ein Anwendungsgesetz durch die neun österreichischen Bundesländer und ein ergänzendes Bundesgesetz erlassen werden.

Der von dieser Formel allerdings abweichende Bundesgesetzentwurf von 2008 vertritt nun wiederum die Rechtsauffassung, dass die Kompetenztatbestände in erster Linie dem Bund obliegen würden. Zwar könnten die Länder gemäß Artikel 16 B-VG in Angelegenheiten, die in ihrem selbstständigen Wirkungsbereich fallen, Staatsverträge mit an Österreich angrenzenden Staaten oder deren Teilstaaten abschließen, doch diese können nur unter enger Zusammenarbeit und mit der Zustimmung der Bundesregierung ausgehandelt werden. Außerdem sieht die österreichische Verfassung nicht vor, dass grenzüberschreitende öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften errichtet werden können.³ Daraus folgt die strittige Annahme, dass laut Bund der EVTZ als privatrechtliche Einrichtung und nicht als Körperschaft öffentlichen Rechts zu bewerten ist.

Der Bundesgesetzentwurf sieht vor, dass ein EVTZ mit Sitz in Österreich von den jeweils zuständigen Bundesministern genehmigt werden muss, in deren Kompetenzbereiche die inhaltliche Ausgestaltung eines EVTZ fallen. Die Registrierung, Auflösung und Finanzkontrolle eines EVTZ fällt dagegen in die Kompetenz des jeweiligen Landeshauptmanns, in dessen Bundesland der Sitz eines EVTZ liegt.

Das bereits vom Kärntner Landtag genehmigte EVTZ-Landesgesetz, das einen künftigen EVTZ als öffentlich-rechtlichen Verbund aufgrund einer unmittelbar wirksamen EU-Verordnung einstuft, räumt im Gegensatz zum Bundesgesetzentwurf der Kärntner Landesregierung die Genehmigungs-, Registrierungs- und Kontrollbefugnisse ein. Damit existieren nun in Österreich sich teilweise überschneidende Gesetze und Gesetzesentwürfe, die unterschiedlichen Behörden dieselben Kompetenzen zuweisen. Bis zur endgültigen Entscheidung über die Kompetenzverteilung arbeiten sowohl Bund als auch Länder gemäß ihrer kompetenzrechtlichen Interpretation an ihren Gesetzen parallel weiter.⁴

Auf italienischer Seite wurde nach jahrelanger Diskussion ein Gesetz zur Implementierung der EVTZ-Verordnung im Juli 2009 angenommen.⁵ Im

Vergleich zum österreichischen EVTZ-Bundesgesetz oder zum Kärntner Landesgesetz sind die im italienischen Gesetz enthaltenen Bestimmungen deutlich detaillierter und restriktiver und tendieren zu einem bürokratischen Spießrutenlauf, insbesondere im Hinblick auf das Genehmigungsverfahren und die Finanzkontrolle:⁶

- Die potentiellen Mitglieder eines EVTZ reichen beim Präsidium des Ministerrats einen Antrag auf Autorisierung der Teilnahme an einem Kooperationsverbund ein. Das Präsidium holt daraufhin die Stellungnahmen des Außenministeriums, des Innenministeriums, des Wirtschafts- und Finanzministeriums, des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und des Ministeriums für regionale Angelegenheiten ein und erteilt (oder verweigert) auf der Grundlage dieser Stellungnahmen die Genehmigung.
- Sobald die Genehmigung erteilt wird, müssen die angehenden EVTZ-Mitglieder innerhalb von sechs Monaten die Eintragung des Kooperationsverbundes in das EVTZ-Register beantragen, ansonsten verliert die Autorisierung ihre Wirkung. Das Präsidium des Ministerrats überprüft innerhalb von 30 Tagen die Einhaltung dieser Frist und trägt den EVTZ in das Register ein.
- Die Finanzkontrolle wird vom Wirtschafts- und Finanzministerium, vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, vom Rechnungshof und von der Finanzpolizei wahrgenommen.

Obwohl oder gerade weil der öffentlich-rechtliche Status eines EVTZ in Italien letztendlich bekräftigt wurde, nehmen die Behörden nach wie vor eine eher restriktive Haltung gegenüber der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ein, wie dies die jüngsten Ereignisse rund um eine geplante Beteiligung der Region Ligurien an einem EVTZ verdeutlicht.⁷

Diese Pläne zur Gründung eines EVTZ "Alpi-Mediterraneo/Alpes-Méditerranée" zwischen den italienischen Regionen Ligurien, Piemont und Aostatal sowie den französischen Regionen Rhône-Alpes und Provence-Alpes-Côte d'Azur wurden im Frühjahr 2009 vom italienischen Ministerrat wegen Verfassungs- und Gemeinschaftsrechtswidrigkeit beim Verfassungsgerichtshof angefochten, dessen Urteil allerdings noch ausständig ist. Weitere Bestrebungen zur Gründung eines EVTZ bestehen zwischen der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, der Autonomen Provinz Trient und dem Land Tirol. Die ersten Maßnahmen zur Schaffung des Kooperationsverbundes werden von einem gemeinsam besetzten Büro aller drei Landesteile des historischen Tirols an der Europäischen Akademie Bozen ausgearbeitet.

In Slowenien dagegen, das für die Einführung eines EVTZ kein nationales Gesetz, sondern nur eine Durchführungsverordnung der Regierung

vorsieht, planen die Gemeinden von Nova Gorica und Šempeter-Vrtojba und die italienische Gemeinde Gorizia die Errichtung eines EVTZ, um die durch die historisch bedingte gewaltsame Grenzziehung bestehende Marginalisierung zu überwinden und um gemeinsam auf künftige sozio-ökonomische Herausforderungen reagieren zu können.⁸ Ein weiterer EVTZ in Gründungsphase mit Schwerpunkt Tourismus, bei dem Slowenien involviert ist, umfasst die Städte Lendva (Slowenien), Osijek (Kroatien) und Pécs (Ungarn; letztere neben dem Ruhrgebiet und Istanbul Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2010).⁹

Im Folgenden sollen nun die Ergebnisse der im Auftrag der Plattform "Nord-Süd – Initiative zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Tirol, Südtirol und Trentino" erstellten Studie des Zukunftsforschers Matthias Horx herangezogen werden, um auf Grundlage einiger von diesem ausgearbeiteten Megatrends und Szenarien die Rahmenbedingungen und möglichen Vorteile für den Standort Euregio "Alpen-Adria" im Jahr 2020 darzustellen:¹⁰

Megatrend Bildung und das Mehrsprachigkeitsszenario für 2020

Die Wettbewerbsfähigkeit hängt – laut Horx¹¹ – immer stärker vom Bildungskapital und vom Innovationspotenzial der Bevölkerung ab. Die Zukunftsregionen, die solche kreativen Schichten anziehen, sind Standorte, die von einem intensiven Dienstleistungssektor und einer Vielzahl von Kulturleistungen geprägt werden. Der Trend zur Abwanderung aus Großstädten liegt darin, dass alte Industrien an Bedeutung verlieren und die Menschen immer mobiler werden. Dieses Phänomen kann durch Investitionen in Bildung, Kultur und Innovation in kreativen Städten und Regionen ausgenutzt werden, um für gut ausgebildete Personen so attraktiv wie möglich zu sein.

Für die Euregio Alpen-Adria wäre ein wichtiger erster Schritt, bestehende und geplante Bildungs- und Wissenskooperationen zwischen den in der Euregio angesiedelten Höheren Schulen auf deren Mehrsprachigkeit als Querschnittsmaterie bei konkreten grenzüberschreitenden Projekten hin zu überprüfen. Besondere Bedeutung käme dabei auf die in der Euregio lebenden Minderheiten zu, die aufgrund ihrer Zwei- bis Dreisprachigkeit und ihrer interkulturellen Kompetenz einen Mehrwert für den Aufbau solcher Netzwerke darstellen würden. Anhand einer Studie sollten daher die Kultur- und Bildungseinrichtungen der in der Euregio lebenden Minderheiten miterfasst werden und aufgrund deren Ausrichtung gemeinsame potentielle strategische Clusterbildungen vorangetrieben werden. Schwerpunkte

etwa im Rahmen des EU-Ziels "Lebenslanges Lernen" für die Euregio sollten dann auf den Gebieten Mehrsprachigkeit, Interkultureller Dialog und Friedenssicherung liegen. Umgehend müssten entsprechende Marketingmaßnahmen gefasst werden, und die politischen Akteure müssten den Mehrwert einer mehrsprachigen, kulturell vielfältigen Region sowohl nach innen als auch nach außen tragen. Eine solche Imagekampagne müsste einerseits die einheimische Bevölkerung davon überzeugen, um dann andererseits in einem zweiten Schritt potentielle Investoren, gefolgt von einer innovativen Bildungsschicht, in die Euregio zu bringen.

Eines der Hauptprobleme der infrastruktur- und wirtschaftsschwachen Grenzregion stellt derzeit gerade die massive Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen dar. Zur Steigerung des Humankapitals der Euregio müssten die pädagogischen Voraussetzungen und Anreize geschaffen werden, dass Jugendliche aller Schulformen neben einer internationalen Sprache zumindest eine zusätzliche Sprache aus der Euregio auf hohem Niveau erlernen. Auf einem Niveau, das einen groß angelegten Schüleraustausch erlaubt und Studierenden ermöglicht, auch das Angebot der Nachbaruniversitäten innerhalb der Euregio jenseits der Grenzen in Anspruch zu nehmen. Stärker und gezielt geförderte Informationsveranstaltungen, Schülkooperationen, Schüleraustauschprogramme, Schülerwettbewerbe, Lehrerfortbildung, Praktika oder spezielle Studiengänge innerhalb der Euregio sollten dazu beitragen, dass gemeinsame Schul- und Studienangebote in der Region angenommen werden und dadurch eine regionale, mehrsprachige Identität entstehen kann.

Als mehrsprachiger Bildungscluster mit einer starken regionalen Identität ihrer Abgänger sollten die Universitäten und andere öffentliche und private Höhere Bildungseinrichtungen der Euregio in einem weiteren Schritt gemeinsam auf dem globalen Bildungsmarkt auftreten. Neben der Mehrsprachigkeit, dem interkulturellen Umfeld und der zweifelsohne attraktiven Studienrahmenbedingungen im Alpen-Adria-Raum sollten noch innovative Studienangebote in Nischenbereichen und in enger Kooperation mit der Wirtschaft herausgearbeitet werden. Der von Richard Florida gebrauchte Ausdruck der "kreativen Klasse"12, nämlich Menschen, die fähig sind, kreativ und innovativ zu denken, umfasst Wissenschaftler, Techniker, Informatiker, Künstler oder Designer, die von der Qualität eines Ortes angezogen werden. Regionen, die mit kultureller Vielfalt, Aufgeschlossenheit, interkulturellem Dialog, einem breiten kulturellen Angebot und einer intakten Umwelt sowie neuester Informationstechnologien werben können, werden hochausgebildete Menschen weltweit anziehen und künftig in den Genuss wirtschaftlicher Prosperität kommen.

Kulturelle Vielfalt, als eines der wichtigsten identitätsbegründenden Merkmale in der EU, entstand und entsteht in Europa zumeist durch Migra-

tion, bei der Menschen aus ihrem angestammten Land in ein neues Gebiet einwandern und so ein Territorium ethnisch oder sprachlich vielfältiger machen. Oder aber es wandern Grenzen und erzeugen damit den gleichen Effekt, wenngleich mit unterschiedlichen politischen Konsequenzen. Die Grenzziehungen im Zuge der Nationalstaatenbildung zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben auch in der Euregio Minderheiten geschaffen, die sich noch im neuen Jahrtausend von den Zuwanderungsgruppen unterscheiden werden. Während die "alten Minderheiten" der Ungarn und Italiener in Slowenien oder der Slowenen in Kärnten und Friaul-Julisch Venetien auch noch in den nächsten Jahren in erster Linie ihre "Andersartigkeit" verteidigen werden, so werden die "neuen Minderheiten" nach Gleichheit mit der Mehrheit streben. Minderheiten sind also keine starre Kategorie, ihre Bedürfnisse unterscheiden sich und ändern sich im Laufe der Zeit. Die Mehrheitsbevölkerung und die Politik wird bei weitem flexibler und pragmatischer als bisher sich an die ständig ändernden Verhältnisse anpassen müssen, um einerseits gelebte Tradition bewahren zu können und andererseits für kulturelle Vielfalt offen zu sein.¹³ Ausgestattet mit dieser Fähigkeit sollte kulturelle Vielfalt künftig nicht als Problem, sondern als soziales Kapital verstanden werden, um sich den Herausforderungen einer globalen Welt überhaupt erst stellen zu können.

Megatrend Mobilität und das Nachhaltigkeitsszenario für 2020

In Zukunftsregionen werden – laut Horx¹⁴ – lokale Stärken global ausgespielt. Mobilität und Vernetzung eröffnen auch Regionen mit kleinen und mittelgroßen urbanen Zentren neue Kooperationsmöglichkeiten mittels Nutzung bereits vorhandener und neuer Infrastrukturen. Solche polyzentrischen Netzwerke bedienen sich der modernsten Kommunikationstechnologie und bauen ihre Verkehrsknotenpunkte aus, um so den Standort sowohl für Unternehmen als auch für kreative Menschen möglichst interessant zu machen.

Eine künftige Euregio Alpen-Adria müsste allen politischen Einfluss bündeln, um an das transeuropäische Verkehrsnetz angebunden zu werden. Neben der geplanten Hochleistungsbahnstrecke von den Baltischen Staaten zur Adria müssten auch die paneuropäischen Korridore vorangetrieben werden. Für die Euregio sind die Korridore Venedig – Kiew und Salzburg – Thessaloniki von entscheidender Bedeutung. Bei Umsetzung dieser EU-Ziele würden mindestens zwei bis drei der wichtigsten Nord-Süd- und Ost-West-Verkehrsverbindungen durch das Gebiet der Euregio gehen und somit diesen neuen Märkten erschlossen werden. Der auch in Slowenien inzwischen zum Großteil abgeschlossene Autobahnausbau

sichert der Euregio ein modernes Straßennetz, das nun an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden müsste. 15 Dafür muss das immer stärker werdende Verkehrsaufkommen in einem der sensibelsten Bergregionen Europas durch Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen ausgeglichen werden. Als konkrete Maßnahme sollten alle Daten zum Verkehrsaufkommen und die direkten Auswirkungen auf Mensch und Umwelt innerhalb der Euregio zentral gesammelt werden. Anhand dieser Informationen und unter Anwendung neuester Technologien sollten jährlich Verkehrspläne und Infrastrukturprojekte darauf abgestimmt werden. Mittel- bis langfristiges Ziel muss es sein, die Rahmenbedingungen für ein CO₂-neutraleres Verkehrsnetz zu schaffen. Durch innovative Kooperationen zwischen Wissenschaft und Unternehmen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie und auf Ebene genau abgestimmter Logistikpläne für den Güterverkehr auf Straße, Schiff und Schiene würde die Euregio zur Herzeigeregion im Alpen-Adria-Raum werden und zöge Technologieunternehmen, hochqualifizierte Arbeitskräfte im Umweltbereich und Öko-Touristen an. Neben innovativer ökologischer Verkehrstechnologie sollte die Euregio außerdem auf einen Verbund aus Biomasse-, Wind-, Wasser- und Solarenergie sowie neuester Klimahaustechnologie sowohl für den alpinen als auch für den mediterranen Raum setzen.

Die gemeinsame Verkehrs- und Energiepolitik, die durch finanzielle Anreize und breit angelegte Informationspolitik unterstützt werden müsste, würde dazu beitragen, dass ein stärkeres regionales ökologisches Bewusstsein in der Euregio entstünde. Bestehende Netzwerke der Minderheiten in der Euregio könnten den Grundstein für innovative Kooperationen in diesem Sektor bilden und somit einen Standortvorteil gegenüber anderen monolingualen Regionen darstellen, die ähnliche grenzüberschreitende Projekte planen und fördern. Sprachliche und interkulturelle Kompetenzen der Minderheitenangehörigen können sowohl in den innovativen Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Euregio eingesetzt werden als auch als Initialzünder für grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und Privaten dienen. Bei Informationsveranstaltungen, Messen, Firmenberatungen oder im Internet sollte immer öfter das gesamte Euregio-Gebiet als einheitlicher Wirtschaftsraum wahrgenommen und auf die Mehrsprachigkeit der Angehörigen von Minderheiten als unbezahlbare Ressource zurückgegriffen werden.

Die dadurch forcierte grenzüberschreitende Mobilität im Alpen-Adria-Raum würde auf jeden Fall das Phänomen von Betriebsansiedlungen jenseits der Grenze verstärken und hätte zur Folge, dass eine ständig wachsende Zahl von Tages- und Wochenpendlern in der jeweiligen Nachbarregion arbeiten würde. Durch enge Kooperation zwischen staatlichen und privaten Arbeitsmarktserviceeinrichtungen sowie den Behörden in der

Euregio sollten Informationen zu den unterschiedlichen Steuer- und Versicherungswesen, Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen oder sonstigen Leistungsansprüchen flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Ein Internetportal, Herzstück einer breit angelegten digitalen Vernetzungsoffensive, könnte schnelle und aktuelle Informationen zum Arbeits- und Wohnungsmarkt garantieren und gebe erste Hilfestellungen zu den oben genannten Problemfeldern. Ein mehrsprachiges online-Wörterbuch und ein audio-visuelles Sprachenspiel sollten helfen, die Anfangsängste abzubauen, und könnte in die Besonderheiten der Kultur und Arbeitswelt des Nachbarn einführen. Diese neue Form mobiler Erwerbstätiger verlangt auch neue Ideen für einen attraktiven Nahverkehr. Durch das Pendleraufkommen könnten auch die Nebenstrecken in der Euregio nicht nur erhalten, sondern sogar ausgebaut werden. Mit einem Halbstundentakt, einem flexiblen Anschlusssystem bei der Bahn und einheitlichen Tarifen für alle öffentlichen Verkehrsmittel sollte die Nutzung des Privatfahrzeugs für den Weg zur Arbeit und in der Freizeit wenn nur irgendwie möglich vermieden werden. Zusätzlichen Anreiz könnten gratis Leihfahrräder und Elektroräder für den städtischen Bereich bieten, die von den Hauptnutznießern dieses neuen Trends - nämlich High-tech-Unternehmen, Tourismus sowie Städte und Gemeinden – zur Verfügung gestellt werden sollten. Die so gewonnenen vielfältigen Synergien würden die Euregio Alpen-Adria zu einer modernen, vielfältigen Lifestyle-Region offen für jeden Lebensstil in jeder Lebensphase machen.

Megatrend Gesundheit und das Tourismusszenario 2020

Eine gut ausgebaute medizinische Infrastruktur und eine intakte Natur wird angesichts der demographischen Entwicklung – laut Horx¹6 – ein weiterer Faktor für den Standortvorteil einer Zukunftsregion sein. Zur Optimierung der eigenen Lebensqualität wird ein gesundheitsorientierter Lebensstil immer entscheidender für die Wahl des Arbeits- und Wohnortes oder der Tourismusdestination. Außerdem muss das Faktum einer immer älter werdenden Gesellschaft auch als ökonomische Chance gesehen werden. Einerseits müsste diese Generation im Sinne des lebenslangen Lernens länger in der Berufswelt integriert bleiben. Andererseits legt diese immer größer werdende kapitalstarke und konsumfreudige Generation Wert auf einen gesunden, nachhaltigen Lebensstil (LOHAS – Lifestyle of Health and Sustainability).

Tourismus ist bereits jetzt einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren im Alpen-Adria-Raum, allerdings leidet die Branche an meist saisonabhängigen Anboten, die entweder auf Sommer- oder Wintertourismus abzielen. Das Image einer klassischen Wander-, Schnee- und Badedestination

müsste sich in den kommenden Jahren zu einem ökologischen und multikulturellen Gesamtpaket ergänzen lassen, das neben unberührter alpinmediterraner Natur auf schadstoffarme Mobilität, kulturelle Vielfalt und besonders auch auf den Gesundheitstourismus abzielt. Die Euregio Alpen-Adria müsste künftig als gemeinsame Tourismus-Dachmarke auftreten und so weltweit auf die touristische Einzigartigkeit des zuvor genannten Gesamtpakets aufmerksam machen.

Diese touristische Einzigartigkeit der Region müsste bereits bei der Anreise für den modernen Gast erlebbar sein. Die vier größten Flughäfen in der Euregio müssten sich durch Kooperationsabkommen vernetzen, wobei die zwei größeren Flughäfen die teureren internationalen Destinationen mit dem entsprechenden Service an Bord und am Boden abwickeln, wohingegen die beiden kleineren Flughäfen die Angebote der Charter- und Billigfluglinien übernehmen sollten. Der Gast müsste durch die direkte Bahnanbindung aller vier Flughäfen der Euregio rasch und mit hohem Komfort an seinen Urlaubsort gebracht werden und erhält dabei die ersten Urlaubsinformationen in der Sprache seiner Wahl, während er bereits das herrliche Naturpanorama stressfrei genießen kann.

Die Vielfalt an der Grenze des germanischen, romanischen und slawischen Kulturraumes wird noch durch die in der Euregio lebenden Minderheiten verstärkt. Das durch die historische Vermischung der drei großen Bevölkerungsgruppen bereits große kulturelle Erbe müsste um die kulturelle Attraktion der Minderheiten noch bereichert werden. 17 Tourismusstudien zeigen, dass Minderheiten insbesondere für den Kulturreisenden eine meist "unberührte" Attraktion sind, die das Potential hat, durch Information und Inszenierung "berührbar" gemacht zu werden. Der Kulturmix und kulturelle Unterschiede sollten also bewusst in die Tourismuswerbung der Euregio mit einfließen, wobei identitätsstiftende Stereotypen der verschiedenen Kulturen durchaus vermarktet werden sollten, ohne jedoch die Minderheiten der Euregio auf folkloristische Darbietungen zu reduzieren. Aufbauend auf eine solche kulturell kontrastreiche Symbiose könnten einzigartige touristische Produkte und vielfältige Angebote in der Euregio entwickelt werden. Der Kulturerlebnistourismus müsste neben Museen und Kulturveranstaltungen der Minderheiten vor allem auch auf deren Sprache, Bräuche und kulinarische Besonderheiten zielen. So könnten etwa biologisch nachhaltig verarbeitete Produkte der Minderheiten, neben Direktvermarktung und Lieferung an die Beherbergungsbetriebe innerhalb der Euregio, ein besonderes Qualitätsmerkmal bekommen und zusätzlich als Markenprodukt mit eigener Geschichte zum Exportschlager über die Region hinaus werden.

Schließlich müsste eine Studie im Auftrag der Euregio das riesige Potential der ausländischen Saisonarbeiter im Tourismus erfassen. Die Ergebnisse

dieser Studie könnten zur Schlussfolgerung führen, dass einerseits sowohl Ausbildung als auch Sprachkenntnisse der Migranten gezielt im Kontakt mit dem Gast eingesetzt werden sollten, anstatt solche immens wichtigen Humanressourcen in Küchen, Wäschereien oder als Stubenmädchen ungenützt zu lassen. Andererseits hat sich auch aufgrund der Arbeitskräfte im Tourismus der Touristenstrom verändert, da diese oft selbst zu Tourismusanbietern werden und so der Euregio aufgrund deren Kontakte helfen müssten, neue Tourismusmärkte zu erschließen.

Eine zusätzliche, immer wichtiger werdende touristische Einzigartigkeit könnte die Euregio auf dem Sektor des Gesundheitstourismus erlangen. Neben den bereits jetzt bestehenden erstklassigen Sport- und Freizeitangeboten bekommt das medizinische Angebot eine immer größere Bedeutung. Der auch in der Euregio boomende Wellnessbereich müsste um Therapiezentren auf dem Gebiet der traditionellen und alternativen Medizin ergänzt werden. Ein ganzheitliches Tourismuskonzept müsste vor allem für den älteren Gast erstklassige therapeutische Betreuung anbieten können. Wie es in der Euregio bereits jetzt Baby- und Kinderhotels auf hohem Niveau gibt, geht der Trend in Richtung erstklassiges Service, um auch den Ansprüchen der älteren Generation gerecht zu werden. Neben der bereits erwähnten medizinischen Betreuung sollten in erster Linie nachhaltige Naturerlebnisse, ein kulturell vielfältiges Programm und eine Spitzengastronomie im Mittelpunkt stehen. Diese kritische, aber auch konsumfreudige Touristengeneration, die auch nachhaltig und gesund leben möchte, wird immer größer und verlangt von der Euregio ein abgestimmtes Freizeit- und Gesundheitsnetzwerk, das die Vielfalt des Alpen-Adria-Raumes widerspiegelt. Gemeinsame mehrsprachige Ausbildung im medizinischen Vorsorge- und Spezialisierungsbereich ist bereits jetzt ein erster Schritt in die richtige Richtung und stärkt die regionale Gesundheitsinfrastruktur.¹⁸

Schlussbemerkung und kurzer Ausblick

Das Erkennen der oben beschriebenen Megatrends und die Umsetzung der schlussfolgernden Szenarien wird zur Attraktivität des Standortes Euregio Alpen-Adria beitragen. Ein hohes Maß an Lebensqualität und eine richtige Balance zwischen Freizeit und Arbeit – mitbedingt durch die genannten Faktoren Gesundheit, Nachhaltigkeit, Umwelt, neue Technologien, Tourismus, Mobilität, Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt – stehen immer mehr im Zentrum der Lebensplanung sowohl von Alt als auch Jung. Ein regionaler Think tank sollte daher diese innovativen Ansätze detailliert ausarbeiten, um so der Region ein klares, unverkennbares Profil zu geben. Medien und bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Sport sollten die Idee der Euregio zuerst den im Alpen-Adria-Raum

lebenden Menschen näher bringen, bevor sie als deren Botschafter weltweit für Werbezwecke eingesetzt werden.

Unter dem Gesichtspunkt der oben dargelegten, oft widersprüchlichen rechtlichen Grundlagen zur Gründung eines EVTZ müssen die zuständigen Behörden aus den drei Ländern mit Hilfe von Experten die Für und Wider eines EVTZ nach italienischem, österreichischem oder slowenischem Recht abwägen. In der darauf folgenden statutarischen Ausarbeitung eines EVTZ müssen außerdem die positiven und negativen Erfahrungen von anderen Gebietskörperschaften mit diesem Instrument genau untersucht werden, um möglichst rasch die rechtlichen Voraussetzungen für diese Art der konkreten Zusammenarbeit zu schaffen.

Literaturverzeichnis

Engl, Alice (2010): Die Nutzung neuer europarechtlicher Instrumente für eine engere Kooperation zwischen Nord- und Südtirol, in: Hilpold, Peter, Perathoner, Christoph, Steinmair, Walter (Hrsg.): Rechtsvergleichung an der Sprachgrenze, Frankfurt: Peter Lang, in Druck.

Europäische Akademie Bozen (2007): Kompetenzanalyse: Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion – "Miteinander, Füreinander", Bozen: EURAC.

Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. And How it's Transforming Work, Leisure and Everyday Life, New York: Basic Books.

Horx, Matthias (2008): Zukunftsszenario, in: Plattform Nord-Süd (Hrsg.): Ecoregio 2020 – Die wirtschaftliche Zukunft von Tirol, Südtirol und Trentino, Innsbruck: Studienverlag.

Platzer, Dieter (2008): Die Kärntner EUREGIO, in: Anderwald, Karl, Filzmaier, Peter, Hren, Karl: Kärntner Jahrbuch für Politik, Klagenfurt: Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft.

Regione Lombardia (2010): Obiettivo Cooperazione Territoriale Europea – Programma Spazio Alpino 2007–2013 – Analisi di medio periodo della partecipazione italiana.

Toggenburg, Gabriel Nikolai und Rautz, Günther (2010): Yin und Yang des Minderheitenschutzes, in: ABC des Minderheitenschutzes in Europa, Wien: Böhlau Verlag.

Anmerkungen

- 1 Engl, A. (2010): Die Nutzung neuer europarechtlicher Instrumente für eine engere Kooperation zwischen Nord- und Südtirol, in: Hilpold, P., Perathoner, C. Steinmair, W. (Hrsg.): Rechtsvergleichung an der Sprachgrenze, Frankfurt, Peter Lang, in Druck.
- 2 Platzer, D. (2008): Die Kärntner EUREGIO, in: Anderwald, K., Filzmaier, P., Hren, K. (Hrsg.): Kärntner Jahrbuch für Politik, Klagenfurt: Kärntner Druck- und Verlagsgesellschaft, 263–276.
- 3 Siehe Vorblatt und Erläuterungen zur Regierungsvorlage Bundesgesetz über Europäische Verbünde für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ-Bundesgesetz), http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/I/I_00175/pmh.shtml (17. 08. 2009), 3.
- 4 Vgl. Engl (2010), Kapitel 5.1.
- 5 Gesetz vom 7. Juli 2009, Nr. 88, Gazzetta Ufficiale, Serie Generale Nr. 161, vom 14. Juli 2009.

- 6 Siehe ausführlich Engl (2010), Kapitel 5.2.
- 7 Genaueres dazu bei Engl (2010), Kapitel 5.2.1.
- 8 http://portal.cor.europa.eu/egtc/en-US/Projects/preparation/Pages/welcome.aspx
- 9 http://www.otm.gov.hu/web/egtc_en.nsf/html/bekoszonto.html
- 10 Horx, M. (2008): Zukunftsszenario, in: Plattform Nord-Süd (Hrsg.): Ecoregio 2020 Die wirtschaftliche Zukunft von Tirol, Südtirol und Trentino, Innsbruck: Studienverlag, 40–71.
- 11 Horx (2008), 56-58.
- 12 Florida, R. (2002): The Rise of the Creative Class. And How it's Transforming Work, Leisure and Everyday Life, New York: Basic Books.
- 13 Toggenburg, G. N. und Rautz, G. (2010): Yin und Yang des Minderheitenschutzes, in: ABC des Minderheitenschutzes in Europa, Wien: Böhlau Verlag, 287–292.
- 14 Horx (2008), 42-44 und 58-62.
- 15 Überblick über die laufenden Kooperationsprojekte im alpinen Bereich in: Regione Lombardia (2010): Obiettivo Cooperazione Territoriale Europea Programma Spazio Alpino 2007–2013 Analisi di medio periodo della partecipazione italiana.
- 16 Horx (2008), 49-56.
- 17 Siehe dazu Europäische Akademie Bozen (2007): Kompetenzanalyse: Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion "Miteinander, Füreinander", Bozen: EURAC, 38–42.
- 18 Siehe dazu zum Beispiel die EU-Projekte DEMOCHANGE Demographic change in the Alps: adaptation strategies to spatial planning and regional development oder ALIAS – Alpine Hospitals Networking for Improved Access to Telemedicine Services, unter anderem in: Obiettivo Cooperazione Territoriale Europea – Programma Spazio Alpino 2007–2013, Regione Lombardia (2010), 44–45 und 60–61.

Schwierigkeiten

Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsförderung durch Entwicklung und Begleitung

Der Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds (KWF) als Institution zur Wirtschaftsförderung

Der KWF wurde 1993 als Wirtschaftsförderungseinrichtung des Landes Kärnten auf rechtlich selbstständiger Basis eingerichtet. Die diesbezüglichen Agenden mehrerer Landesabteilungen und auch 14 Landesbeamte wurden aus der unmittelbaren Landesverwaltung ausgegliedert. Den Organen des KWF (zwei Vorstandsmitglieder und fünf Kuratoriumsmitglieder) wurde eine hohe Eigenverantwortung in Bezug auf die einzelnen Förderentscheidungen übertragen. Wirtschaftspolitischer Hintergrund waren die politischen Folgen der "Magdalen-Pleite", welche zum größten Haftungsfall des Landes Kärnten führte (Schaden mehr als 70 Mio. Euro). Das Drängen der FPÖ, damals in der Rolle der stärksten Oppositionspartei unter Dr. Jörg Haider, die Wirtschaftsförderung politikunabhängig zu gestalten, führte schließlich zur Einrichtung des KWF. Die Finanz- und Wirtschaftsagenden ressortierten damals bei Max Rauscher (SPÖ). Kurz vor seinem Ausscheiden aus der Politik, im Mai 1993, wurde das Gesetz im Kärntner Landtag verabschiedet (15. April 1993).

Die rechtliche Grundlage des KWF ist das K-WFG¹. Es sind dort folgende Aufgaben angeführt:

☐ Förderung der Kärntner Wirtschaft zur Hebung der Leistungskraft und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben

☐ Unterstützung bei der Gründung und beim Ausbau von Unternehmen

☐ Unterstützung von Maßnahmen der regionalen Entwicklung, die nicht auf unmittelbaren Profit orientiert sind (Infrastrukturmaßnahmen)

☐ Förderung von Maßnahmen und Vorhaben zur Verbesserung der Qualität im Tourismus

☐ Eingehen von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Wirtschaftsförderung dienen

☐ Maßnahmen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in

Der im Gesetz verankerte Wirtschaftsförderungsansatz bedeutet, den Fokus auf nachhaltige, ganzheitliche Unternehmensentwicklung zu legen und neben den Investitions- und F&E-Förderungen verstärkte Begleitung der Gesamtentwicklung von Unternehmen und Regionen zu forcieren. Dazu wurden im KWF entsprechende Strategien formuliert, aber auch eine der Aufgabenstellung adäquate Struktur eingerichtet. Die Förderteams gliedern sich in Kleinstförderungen, Wachstum und Finanzierung. Das Supportteam unterstützt die Förderteams und den Vorstand in den Belangen des Qualitätsmanagements und Rechts, der Organisation, des Marketings. Als Verwaltungsbehörde der EU und zur Sicherung der Trennung von Förderentscheidung einerseits und Kontrolle andererseits sind die Abteilungen Rechnungswesen, Projektcontrolling und EU eingerichtet. Der KWF ist zertifiziert nach ISO 2001. Die Unternehmenskultur des KWF basiert auf den Säulen gegenseitiger Wertschätzung (Betriebsklima) und herausragender Expertise (Leistungsklima). Die Vision heißt: Freude, Vertrauen und Stärke.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden durch mehrere Novellen leicht angepasst, die Unabhängigkeit in Teilbereichen verwässert. Der KWF hat kontinuierlich an der Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und an der Weiterentwicklung des Instrumentariums gearbeitet. Als Meilensteine gelten der Beitritt zur EU (1995), die Einrichtung des Technologiefonds (2000), die verstärkte Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen und die Förderung des Bildungsbereiches (ab 1998) mit einem großen Schwerpunkt im Ausbau der technischen Fachbereiche an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und den Ausbau der außeruniversitären Kompetenzzentren (ab 1998). Der KWF hat als erste Wirtschaftsförderung Österreichs im Jahr 2008 die Förderungsspezialisierung zurückgenommen und verstärkt auf Kundenorientierung gesetzt. Es gibt für jedes Unternehmen einen Ansprechpartner bzw. eine Projektmanagerin. Doch der Wunsch vieler Bürger und Interessensorganisationen nach "Gleichbehandlung" Aller widerspricht dem Grundsatz, ein optimal auf den Kunden zugeschnittenes, also ein individuelles Förderprojekt umzusetzen. Und das, obwohl die Bezugsgrößen: Investitionshöhe, Unternehmensgröße, Innovationsgrad, Beschäftigungswirkungen oder strategische Bedeutung für unser Bundesland höchst unterschiedliche Behandlungen und ebensolche Ergebnisse nach sich ziehen, wenn sie die optimale Wirkung erzielen sollen.

Die Ziele sind unumstritten – Interventionen erschweren deren Erreichen

"Die strukturpolitische Unterstützung des KWF für den Wirtschaftsstandort Kärnten läuft Gefahr, durch ineffektive, nicht strukturwirksame

catch all'-Politik inhaltlich verwässert und administrativ blockiert zu werden."2 Das bedeutet im Klartext nichts anderes, als dass in den Richtlinien und Programmen zu viele Kompromisse verpackt sind. Damit ist zwar für die Politik am ehesten sichergestellt, dass die Organisation politisch abgesichert wird. Doch der Dauerkonflikt mit der Wirtschaftskammer zeigt bereits Wirkung. Es werden Teile der Mittel zwar ordnungsgemäß, d. h. gemäß den Richtlinien bestmöglich vergeben, Mitnahmeeffekte bzw. Ersatzinvestitionen sind kein Ausschlusskriterium mehr, und damit ist der strukturpolitische Effekt viel geringer als es möglich wäre. Kärnten hat zwar die höchste Veränderung in der Wirtschaftsstruktur hinter sich gebracht – es ist aber noch viel zu früh, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Die Finanzierung des KWF wurde bewusst auf Mehrjährigkeit ausgelegt, damit bei Mangel an guten Projekten nicht das Geld "beim Fenster hinausgeworfen" wird. Es wird aber von Teilen der Politik und auch einigen Aufsichtsräten kritisch gesehen, wenn der KWF mangels guter Projekte zu hohe Rücklagen bildet, mit der bis dato unberechtigten Sorge, dass dies zu Budgetkürzungen führen könnte. Daraus abgeleitet kann es in Zukunft noch schlimmer kommen. Neue – ich bezeichne sie als noch niedrigschwelligere³ Richtlinien – könnten erlassen werden. Die Ausdehnung der Anspruchsberechtigten und die Interventionen für einzelne Antragsteller aufgrund dieser sehr offenen Richtlinien würden dann ebenso weiter zunehmen wie der Verwaltungsaufwand. Projekte, die sich ohnehin rechnen müssten, werden bei gleichen Budgets dann mit immer kleineren Beträgen gefördert. Die schon mehrmals abgeschaffte Fördergießkanne wurde bereits verstärkt wiedereingeführt. Und wenn Evaluierungen mangelnde Wirksamkeit in Bezug auf strukturelle Verbesserungen ergeben, wird das weitgehend ignoriert und bleibt ohne Folgen. Es erfolgen Eingriffe in Konkurrenzverhältnisse durch Förderungen, nur weil kurzfristig, konjunkturell bedingt, keine guten Projekte in der Pipeline sind. Es entsteht politischer Druck, weil kein vernünftig handelnder Wirtschaftspolitiker gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen sein kann, und seien sie auch nur kurzfristig sicher. Dem Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz wird aufgrund der aktuellen Krise noch höhere Bedeutung zugemessen. Grundsatzüberlegungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit eines Arbeitsplatzes werden nicht akzeptiert, weil mit der Not bzw. der Existenzangst argumentiert wird. In dieser Situation sei kein Platz für Theorien und Analysen und Überlegungen zu alternativen Konzepten. Für die Verbindung von Arbeitsplätzen und Nachhaltigkeit braucht man aber mehr, als Förderungen in kleinen Portionen zu verteilen. 1000 Euro Mitarbeiterbonus sind zwar eine Anerkennung zur Arbeitsplatzschaffung – ein neu geschaffener wettbewerbsfähiger Arbeitsplatz muss aber in den meisten Branchen das 70- bis 200-fache an Betriebleistung generieren.

Eine völlig andere Form, wo Nachhaltigkeitsüberlegungen gerne vernachlässigt werden, ist die Unterstützung von Leuchtturmprojekten. In seiner ursprünglichen Form wurde die Bezeichnung Leuchtturmprojekt verwendet, wenn dieses in eine Region ausstrahlt und weitere Projekte induziert. Es ist aber inzwischen erforscht, dass ohne begleitende Einbindung der Region in Bezug auf die anderen Unternehmen, den Arbeitsmarkt, die Bildungseinrichtungen und ohne die Bereitstellung von komplementären Projektideen und Unterstützungsmöglichkeiten auch diese Projekte Gefahr laufen, nur geringe Nachhaltigkeitseffekte zu erzielen. Viele Beispiele zeigen, dass große Infrastrukturen (Autobahnen, Seilbahnen) oder Bildungseinrichtungen (Universitäten, Fachhochschulen) langfristige Auswirkungen auf die Entwicklung einer Region haben, es aber ohne komplementäre Entwicklungsprogramme und Budgets zu sehr langsamen Ausstrahlungseffekten kommt.

Für die Politik und die von ihr beauftragte Förderorganisation gibt es aber auch noch etwas Verführerisches, nämlich die scheinbar risikolose Variante, ein Mehr Desselben zu fördern – der Erfolg und kein Risiko des Scheiterns beruhigen die Gremien, und dieses Vorgehen erspart allen Beteiligten mediale Kritik, es kann mit diesem Vorgehen – plakativ gesprochen – kein Geld in den Sand gesetzt werden.

Wenn also alle bedient werden und das Geld scheinbar gerecht verteilt wird, sind alle zufrieden und der Markt wird mit viel öffentlichem Aufwand am wenigsten gestört. Die Wettbewerbshüter in Brüssel haben keinen Anlass zu Kritik, und die Nachbarregionen freuen sich auch, weil keine neue Konkurrenz um junge Menschen, Investitionen und Arbeitsplätze entsteht.

Wenn aber eine nachhaltige regionale Wettbewerbsfähigkeit das politische Ziel ist, ist *radikal* an Verbesserungen zu arbeiten. Als erster Schritt ist politischer Konsens anzustreben, den oben beschriebenen *Ort der Entscheidung im KWF einzurichten*, um endlich jene Nachhaltigkeitsthemen, die um die Jahrtausendwende bereits angedacht und an denen zu arbeiten begonnen wurde (Bildung, Forschung, Innovation), umzusetzen. Mein Kollege Hans Schönegger und ich fühlen uns als erfahrenes und kompetentes Team sehr gut in der Lage, uns diesem Ziel mit ganzer Kraft zu widmen.

Doch durch den Druck, einerseits erhöhte Gießkannenförderung in immer größerem Ausmaß zu betreiben und andererseits zusätzlich konjunkturbelebende Maßnahmen zu setzen, könnte es sich ergeben, dass der KWF seinem Auftrag, Strukturpolitik umzusetzen, nur mehr eingeschränkt nachkommen kann. Werden die Programme, die zu keiner strukturellen Verbesserung der regionalen Wirtschaft führen, verstärkt, wird kurzfristig zwar "konjunkturpsychologisch" etwas bewirkt, die strukturpolitischen und technologischen Anstrengungen in den Unternehmen würden jedoch

nicht ausgereizt. Damit wird durch leichter zu erhaltendes Geld der Blick auf die wirklich wichtigen strukturpolitischen Aufgaben verstellt. Kundenbefragungen haben bestätigt, was oberflächlich betrachtet niemand für möglich hält: Mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Kundenzufriedenheit. Die zufriedensten Kunden haben wir in den anspruchsvollsten Programmen, diese benötigen intensive Betreuung durch unsere Mitarbeiter, um die Erfolgsquote zu halten und zu erhöhen. Mitarbeiter, die Kunden im Bereich der Forschung und im Bereich komplexer Investitions- und Finanzierungsprojekte betreuen, benötigen umfassendes Hintergrundwissen und Vermittlungskompetenz. Die langfristige Wirkung einer Richtungsänderung hin zu noch mehr Gießkannenförderung wäre fatal. Innovative Betriebe sind langfristig stabiler und von konjunkturellen Schwankungen weniger betroffen. Die Einkommens- und Ertragsunterschiede zu wenig innovativen Unternehmen und Branchen sind gewaltig.

Durch konjunkturell bedingte zurückgebliebene Anstrengungen zur Stimulierung von Forschung und Innovation kann es passieren, dass zusätzlich Kofinanzierungsmöglichkeiten durch Bundes- und EU-Programme verloren gehen, weil diese Institutionen trotz Wirtschaftskrise auf immer höhere Projektqualität abzielen und damit natürlich auch Geld sparen. So wird der finanzielle Spielraum wiederum kleiner, weil weniger zusätzliche Mittel nach Kärnten kommen. Die Anschlussfähigkeit an EU- und Bundesfinanzierungen ist für nachhaltige Forschung, Innovationen und Investitionen die wichtigste Bedingung. Denn die regionale Wirtschaftskraft und die davon abgeleitete Finanzkraft des Landes allein reichen nicht aus, um mit den Spitzenregionen mitzuhalten. Wir brauchen Mittel von außen. Denn sonst entstehen langfristig größte Schwierigkeiten, Nachhaltigkeit in Bildungs- und Technologiethemen zu erzielen und mit den dynamischen Regionen mitzuhalten.

Die "kurze Geschichte" zu den Nachhaltigkeitskonzepten in der Kärntner Bildungs-, Forschungsund Wirtschaftspolitik

Mit der Einrichtung des wirtschaftspolitischen Beirats unter dem Vorsitz von Franz Joseph Radermacher wurde vor acht Jahren ein Prozess gestartet mit dem *Ziel, Kärnten zur nachhaltigsten Region Europas* zu machen. Dies ist durch mehrere Strategiepapiere dokumentiert, welche als Ergebnis von Gesprächsrunden und Diskussionsprozessen in mehreren Versionen erstellt wurden und in einem einstimmigen Regierungsbeschluss 2003 mündeten. Bildungs- und Technologiethemen wurden umfassend bearbeitet. Doch mit Ausnahme der vom KWF bearbeiteten Projekte sind durch Landesorganisationen kaum Projekte umgesetzt worden. Es sind

keine daraus abgeleiteten Aufträge erteilt worden, die Budgets wurden nicht bereitgestellt.⁴ Weil eine gemeinsame Finanzierung des Bundes (über die BABEG) und des Landes (durch den KWF über die BABEG) verhandelt wurde, konnte der KWF einen regionalen Schwerpunkt setzen.

Als erste Stufe wurden die ersten sechs Gebäude des Lakeside Sciene and Technology Parks errichtet. Die weiteren Gebäude mussten aufgrund der Nachfrage früher gebaut werden, sodass der Lakeside-Park bereits 2010 die für 2015 geplante Kapazität erreicht hat. Die Finanzierung erfolgte auf Eigenkapitalbasis, also durch eine einmalige Gesellschafterzuwendung des Bundes und des KWF und durch die Einbringung des Grundstücks durch die Stadt Klagenfurt - ebenfalls als Gesellschaftereinlage. Durch die Mieteinnahmen ist das Projekt von weiteren öffentlichen Geldern unabhängig und wird nach zehn Jahren Gewinne abwerfen, die jedoch aufgrund der Vereinbarungen nicht an die öffentlichen Eigentümer ausgeschüttet, sondern zur Erweiterung verwendet werden; ein Aspekt der Nachhaltigkeit und der Entscheidungsverantwortung, der damit den Gesellschaftern, dem Aufsichtsrat und dem Management überantwortet wurde. Die Strategie des Lakeside Sience and Technology Parks mit den Schwerpunkten Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Technologien der Nachhaltigkeit steht mit dem Investitionsmodell im völligen Einklang. Beide Technologiebereiche gelten als horizontale Technologien. Mit den im Lakeside Sience & Technology Park angesiedelten Unternehmen sind die entsprechenden Anwendungsbeispiele vorhanden, und damit ist eine vertikale Integration in die Wertschöpfungsketten unterschiedlicher Industrien und Dienstleistungsunternehmen angestrebt und teilweise bereits erreicht worden.

Als weitere umfassende Intervention kann die dauerhafte Einrichtung von sechs Stiftungsprofessuren im Bereich der Anwendungstechnologien angeführt werden. 2007 führte sie zur Herausbildung einer Fakultät für technische Wissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und stellt somit eine Investition und ein innovatives, langfristig sichtbares Angebot des Bildungsstandortes Kärnten dar. Doch auch dieses Angebot ist noch kein Selbstläufer, es muss weiterentwickelt und in Zeiten knapper Bildungsbudgets und dadurch Konkurrenz zwischen Universitätsstandorten auch verteidigt werden. Die Implementierung einer Forschungseinrichtung am Standort der Universität, nämlich den Lakeside Labs, soll zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaft beitragen.

Weitere Projekte, die sich mit inter- und transdisziplinärer Forschung an der Schnittstelle der Fakultäten und an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft "ansiedeln" sollen, sind bereits entwickelt. Solche Initiativen stehen derzeit im Wettbewerb mit den Sparplänen der Universität, aber auch mit dem Ausbau der Gießkannenförderungen. Am Beginn

dieser Entwicklungen stand eine ganz andere Zielrichtung, nämlich der inzwischen etablierte Technologiefonds, welcher ebenfalls eine Idee des KWF-Vorstandes war und gesetzlich verankert wurde⁵. Wie man sieht, können gesetzliche Aufträge sukzessive budgetär ausgehöhlt werden.

Völlig anders sieht es in den anderen Bereichen des Radermacher-Konzepts aus. Die Verhandlungen in Bezug auf die Kofinanzierungen der Programme und Projekte zum massiven Ausbau des Forschungs- und Bildungssektors in Kärnten, welche mit dem Bund geführt hätten werden sollen, wurden nicht weiter betrieben. Inzwischen sind die Überlegungen wieder "in der Schublade" gelandet, d. h. man hat sich von ihnen unbewusst wieder sehr weit entfernt. Nur der KWF möchte sich nicht davon entfernen.

Dem KWF wurde im Regierungsbeschluss 2002, Kärnten zur nachhaltigsten Region zu machen, keine neue Kompetenz zugewiesen und es wurde auch kein Zusatzbudget dotiert. Es blieb also alles beim Alten, und die wenigen nachhaltigen Projekte, die das KWF-Management quasi auf eigene Faust ausgearbeitet und umgesetzt hat, wurden vor allem zu Beginn sehr widersprüchlich aufgenommen, obwohl damit hunderte neue Arbeitsplätze geschaffen und nachhaltige Forschungsprojekte und renditefähige Investitionen umgesetzt wurden. Es traten die bekannten Konflikte zutage: Konflikte mit anderen Landesorganisationen, der permanente Konflikt zwischen Villach und Klagenfurt, welcher eigentlich ein Konflikt zwischen Villach und dem Land Kärnten ist. Manche der vom KWF initiierten Projekte wurden zu früh in andere Organisationen verlagert, wo die ursprüngliche Intention nicht mehr weiterverfolgt wurde. Ich nenne hier ganz bewusst das Logistikzentrum in Fürnitz, wo die OBB als Key-Player den Terminalbau als Nukleus des Projekts von den Prioritäten her weit nach hinten gereiht hat. Damit wird der ursprüngliche Sinn des Projektes, eine Anwendung zum Themenfeld Telematische Systeme als Ergänzung zum Schwerpunkt im Lakeside-Park, nicht weiter bearbeitet.

Eifersucht, Machtverlustängste in Organisationen mit (vermeintlich) ähnlichen Aufgabenstellungen werden von übergeordneten Einrichtungen kaum bearbeitet, obwohl Experten des IHS, welche die gesetzlichen Grundlagen zu prüfen hatten, auf das Erfordernis hingewiesen haben.

Für ein besseres Förderungsportfolio

Das in der Wirtschaftsförderung übliche und gesetzlich vorgeschriebene Förderantragsprinzip führt zu einem, in der Regel, problemgetriebenen Projektportfolio und damit beinahe zwangsläufig zu einem problemgetriebenen Alltag in der Organisation. Die Anträge werden aus Gründen der Fairness nach vollständigem Einlangen der Unterlagen genehmigt

und nach vollständigem Einlangen der Kosten- und Zahlungsnachweise ausbezahlt. Effizienz wird in Durchlaufzeiten gemessen. Als effektiv wird der KWF deshalb gesehen, weil die Kosten der Organisation in Relation zum Förderbudget im Fremdvergleich sehr niedrig sind. Damit dominiert eine betriebswirtschaftliche Betrachtung für eine Organisation, die im gesetzlichen Auftrag auch regional-, also volkswirtschaftliche Aufgaben zu bewerkstelligen hat. Wenn man die Kennziffer Personaleinsatz pro Projekt heranzieht, sind die Auseinandersetzungen mit den folgend aufgezählten wichtigen Themen "zu teuer": Demografie, braindrain, Bildung, Unternehmensentwicklung, technologieorientierte Betriebsgründungen und Neuansiedlungen, welche in die Wertschöpfungskette hineinpassen, Innovationsnetzwerke und (grenzüberschreitende) Kooperationen. Wesentlich besser schneidet der KWF nach denselben Kennziffern ab, wenn er mit kleinen Projekten viele Unternehmen fördert, wo die Durchlaufzeiten kurz sind, wo der Kontrollaufwand gering ist - wo Wirtschaftsgüter statt Projekte gefördert werden und viele Arbeitsplätze statistisch erfasst werden können, also wenig Geld für einfache Investitionen an Unternehmen mit vielen vorhandenen Arbeitsplätzen verwendet wird. Überspitzt formuliert: der KWF als institutionalisierter Ja-Sager. Förderungen können qualitativ und quantitativ unterschiedlich positive Folgen mit sich bringen. Deshalb ist zu hinterfragen, in welcher Rangordnung diese aus Perspektive der Nachhaltigkeit stehen. Denn es ist einfach, nur ein edles Motiv wie Arbeitsplatzerhaltung für Wirtschaftsförderung heranzuziehen; wenn diese Arbeitsplatzsicherung jedoch nur zu Lasten anderer nachhaltig wichtigerer Ziele realisiert werden kann, dann ist es das falsche Motiv. Dies den Betroffenen zu erklären ist aus deren Sicht völlig unzulässig, wenn der Erklärende nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist.

Unter diesen Prämissen wäre es für den KWF beinahe unmöglich, Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsförderung zu etablieren, sein Know-how zu nutzen. Denn die Bearbeitung des Schwerpunktes muss durch Budget und Aufträge legitimiert und damit zum Ort der Entscheidungen gemacht werden, das bedeutet entwickeln, verändern, auslagern, mit anderen Institutionen kooperieren oder in Falle von Erfolglosigkeit auch abbrechen. Erst dann kann der KWF sein Wissen in Bezug auf die oben angesprochenen Themenfelder besser wirksam werden lassen, seine Erfahrung aus unzähligen Projekten und Problemstellungen prozessorientiert mit Visionen und den davon abgeleiteten Strategien verbinden.

Im Wissen um diese Problematiken hat der KWF erstmals 1998 ein internes Projekt KEA (Kärntner Entwicklungsagentur) gestartet. Es wurde ihm jedoch im Rahmen einer Gesetzesnovelle die Kompetenz zur Wirtschaftsentwicklung und Betriebsansiedlung entzogen.

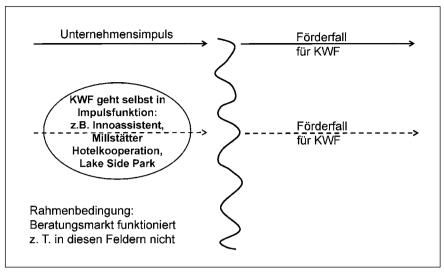
Die große Herausforderung wird sein, mit jenen Organisationen, die derzeit für Regionalentwicklung zuständig sind, in den Bereichen der langfristigen Unternehmensentwicklung, der F&E und der Unternehmenskooperationen, zusammenzuarbeiten und Wissenstransfer und gegenseitiges Verständnis aufzubauen.

Die Problematik liegt überwiegend darin, dass diese Organisationen aufgrund ihrer Aufgabenstellung keinen Zugang zu den inneren Vorgängen und langfristigen Überlegungen eines einzelnen Unternehmens haben – dies ist ausdrücklich nicht als Abqualifizierung dieser Organisationen zu betrachten. Unternehmer und Unternehmerinnen erzählen nicht von sich aus jeder Organisation bzw. Institution in gleicher Weise von ihren Plänen, Projekten und Problemstellungen. Es ist sowohl vom Vertrauen als auch von den entsprechenden Zielsetzungen abhängig, inwieweit "die Bücher geöffnet" und die Pläne hervorgeholt werden. Doch ohne ausreichende Kenntnis einzelbetrieblicher Problemstellungen ist es sehr schwierig, Maßnahmenaggregate für eine Branche oder eine Region zu erstellen. Dazu kommt, dass gesetzliche Aufgabenstellungen mangels praktischer Erfahrungen zu den unternehmensspezifischen Problemlagen zu unnotwendigen und frustrierenden Kompetenzkonflikten führen. Die gesetzlich beauftragten Einrichtungen können solchen Aufträgen nicht zufrieden stellend nachkommen. Dadurch sind neben den notwendigen Redundanzen auch Doppelgleisigkeiten entstanden, die eine unbefriedigende Situation für alle Beteiligten hervorrufen. Es existieren bereits große institutionelle und unternehmenskulturelle Unterschiede in unserem Bundesland. Ein wichtiger Schritt wird daher sein, die institutionellen Konflikte zu thematisieren und zu bearbeiten. Die hier angesprochene Problemlage ist aber keine Kärnten-spezifische.6 Und Unternehmen müssen eingebunden werden, um durch die Bearbeitungsprozesse den Nutzen für alle erkennen zu können. Transparenz entsteht nicht nur durch die Veröffentlichung von Beziehern von Förderbeträgen, sondern auch durch die Einbindung der Bezieher in Entscheidungsprozesse.

Die aktuelle und potentielle Förderpraxis

In der Förderpraxis gibt es zwei mögliche Wege für ein Projekt, zu einem Förderfall zu werden.

- 1. antragsgetriebene Wirtschaftsförderung,
- 2. impulsgetriebene Wirtschaftsförderung.



Quelle: KWF-Workshop, Entwicklungsprojekte, 29. 8. 2009.

Bei der impulsgetriebenen Wirtschaftsförderung soll das Know-how der KWF-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter genutzt werden, um Impulse zu geben; Impulse für Themen, die für eine Region, eine Kooperation, ein Unternehmen, einen neuen Förderbereich etc. interessant sein könnten. Die Idee soll soweit verfolgt werden, bis sie als Förderungsfall weiterbearbeitet wird oder – wenn es nicht gelingt, die vom Projekt Betroffenen zu Beteiligten zu machen, wenn z. B. "die Zeit noch nicht reif ist" oder andere Prioritäten gesetzt werden (müssen) – diese Idee wieder verworfen wird. Bisherige Entwicklungsprojekte wie Unternehmensnachfolge⁷ oder Ausbildung von Kundenbetreuern der Banken zur ganzheitlichen Unternehmensentwicklung führten zwar zu bescheidenen Erfolgen, jedoch nur dann, wenn kein zeitnahes Förderprojekt existiert, wenn also nicht insgesamt die Suche nach schnellen Lösungen dominiert.

Zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung

Die Erfahrung aus vielen Forschungs-, Investitions- und Kooperationsprojekten motiviert uns, einen neuen Anlauf zu nehmen, eine *Kultur nachhaltiger Entscheidungen* im KWF zu verankern. Die politische Entscheidungslage sieht – und das ist keineswegs auf unser Bundesland beschränkt – so aus, dass die Strukturen bei Umsetzung von Projekten mit komplexen wirtschaftlichen Themenstellungen nur sehr schwer umgehen können

und sie dadurch nicht imstande sind, die Integration der "Eigenlogiken" von schnelllebiger Wirtschaft, Umwelt und sozialen Bedürfnissen nachhaltig zu organisieren.⁸ Damit ist bereits offenkundig, dass die erwähnten Begriffe "Langfristigkeit, Dauerhaftigkeit, Kontinuität, [...] Zukunftsverantwortlichkeit über Generationen hinweg" stärker in der Vordergrund zu rücken wären. Wenn der KWF unter diesen Leitthemen seine Entwicklungsprojekte vorentscheidet, wird ihm die Zustimmung des Kollegiums der Kärntner Landesregierung, die des Finanzreferenten und Aufsichtskommissärs, als auch die Zustimmung des Kuratoriums (Aufsichtsrats) nicht versagt bleiben.

Eine der vordringlichen Aufgaben wird es sein, Wissen über Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Alpen-Adria-Raum aufzubauen. Als erstes Projekt ist die Einrichtung einer Technologietransferorganisation begonnen worden. Zu achten wird auf die Form ihres Aufbaus sein. Kooperationsprojekte fordern bei kulturellen, sprachlichen und institutionellen Unterschieden sowohl den Unternehmergeist als auch das Zusammenspiel von Hochschulen mit Unternehmen und mit anderen Bildungseinrichtungen heraus. Nur mit Rückkoppelungen kann das oft beschworene innovative Milieu stimuliert werden. Diese Herausforderungen stecken aber auch die Wirtschaftsförderer an.

Auch Entwicklungsprojekte weisen eine große Bandbreite auf: Auf der einen Seite stehen makroökonomisch gesellschaftspolitisch und langfristig wirkende Programme, die den negativen demografischen Trends⁹ entgegenwirken müssen. Das scheint das meiner Ansicht nach wichtigste Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung zu werden.

Auf der anderen Seite gilt es, auch für vermeintlich kurzfristige und dringende Probleme nicht schnellen Lösungen den Vorzug zu geben, sondern solchen, die eine nachhaltige, durch die regionalen Akteure selbstverantwortende Position einnehmen.

Wollen wir es so? Bedingungen für Möglichkeiten

Das bisher Gesagte kann – bewusst verkürzt – folgendermaßen zusammengefasst werden: Der KWF hat eine Förderungsstrategie, die in der Unternehmensmission verankert ist: "Mit Begeisterung und Kompetenz Menschen und Unternehmen in ihrer Entwicklung zu fördern und zu begleiten." Abgeleitet aus dieser Mission entstanden die Strategie, die Kundenorientierung, die Prozesse, die Methoden und die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Der KWF muss, wie jede andere Institution auch, Antworten auf Widersprüche geben. Insbesondere wenn man den Widersprüch betrachtet, der auf der einen Seite vom Bedarf an

öffentlichem Geld in der regionalen Ökonomie ausgeht und auf der anderen Seite die budgetären Rahmenbedingungen vorgegeben hat. Das führt zwangsläufig auch zur Institutionalisierung des Entscheidens, also der Varianten: ja, nein, später oder weniger. Daher ist nach dem Phänomen des Marktversagens und den Grundsätzen der Transparenz und des Entwicklungsauftrags in Bezug auf die Antrag stellenden Unternehmen eine inhärente Projekt- und Programmqualität erforderlich. Für die einlangenden Förderungsanträge ist also der KWF jener Ort, wo die Entscheidungen in Kenntnis der oben formulierten Widersprüche im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages, seiner Anträge und der gefassten Beschlüsse gefällt werden. Bis heute fehlt ihm aber ein klarer Auftrag, Budget und personelle Ressourcen für jene Bereiche einzusetzen, in denen aktiv Impulse gesetzt werden, in denen beraten und begleitet werden muss, wo die Marktwirtschaft keine Antworten bereithält, wo in sehr schönen Lebens- und Arbeitsräumen die langfristigen Ziele kurzfristigen politischen und wirtschaftlichen Vorteilen geopfert werden. In jenen Bereichen können das Wissen und die Erfahrung der Organisation auch in Entwicklungsthemen wirksam eingesetzt werden. Das Fördergeld wird erst nach der erfolgreichen Entwicklungsphase zugesagt und das Projekt wird begleitet. Das verstehen wir unter Steuerung. "Nicht die plötzliche Änderung, sondern die kontinuierliche Ermöglichung [...]. Leitbildprozesse, Lernprozesse, Kooperationsaufbau [...], Adaptierung an geänderte Rahmenbedingungen. [Sie] generieren in der Regel mehr Nachhaltigkeit als singuläre politische Entscheidungen – diese Prozesse sind jedoch in der Regel zeitintensiv, werfen Widersprüche auf und fördern regionale Konflikte zutage."10

Es werden noch immer wertfreie und "unpolitische" Diskussionen eingefordert, wo eigentlich handfeste Interessen des Bewahrens und Geldverteilens nach alten Regeln dahinter liegen. Denn was der Bedarf in der Wirtschaft bzw. im einzelnen Unternehmen ist, wird nicht durch die Förderungen bestimmt, denn dann wäre ja das kapitalistische Modell in seinen Grundfesten in Frage gestellt. Der Bedarf ist, Entwicklung voranzutreiben, die Jugend für Bildung und Forschung zu begeistern, weil das neben dem Lebenseinkommen und der Lebenserwartung auch die Freude erhöht.

Neue Zeiten erfordern neue Modellbildungen, neue Methoden und auch neue Wissenschaften und neue Unternehmensmodelle, jedenfalls neue Entscheidungsprozesse. Der KWF hat mit seinen selbst in die Hand genommenen Leitprojekten, wie beispielsweise jenen, die zeitlich und strategisch um den Lakeside Science and Technology Park "herum gruppiert und organisiert" wurden, vorgezeigt, wie es möglich ist, in einer einzigartigen Projektlandschaft in fünf Jahren hunderte neue Arbeitsplätze zu schaffen und somit eine neue (teilweise) sich selbst organisierende Forschungs-, Entwicklungs- und Arbeitsumgebung zu generieren, die neben Ansiedlungen neuer Unternehmen weitere endogene Entwicklungen hervorbrin-

gen wird. Dieser Weg kann jetzt verstärkt werden, indem die Rahmenbedingungen in diese Richtung intensiviert werden. Durch unsere Erfahrung – unser Know-how in der Entwicklung – die Freiheit zur Entscheidung zu haben, soll mit der Projektbegleitung der ertragreiche Einsatz öffentlicher Mittel gewährleistet werden. Die Schwierigkeiten sind ja allgemein bekannt, sie sind aber trotzdem immer wieder bewusst zu machen.

Aktive Strukturpolitik hat den Nachteil, dass sie den Etablierten "weh tut". Die Geschichte ganzer Industrien in Europa zeigt, dass hier, global betrachtet, die Marktmechanismen zwar nicht versagen, aber die Arbeitsplätze (in Kärnten 1.000 pro Jahr, sagt Joachim Bodenhöfer in einer Studie¹¹) und die Gewinne in andere Regionen abwandern.¹²

M	it Entwicklung und Begleitung von Projekten soll gewährleistet sein, dass
	sich das Projektportfolio des KWF langfristig wesentlich verbessert,
	Kärnten in bestimmten Nischen Themenführerschaft in puncto technologische Entwicklung weiter zeigen kann,
	die zehnjährige zähe Aufbauarbeit nachhaltig etabliert und nicht verwässert wird,
	Marktversagensbetrachtungen auch auf die oft vernachlässigten Themen Bildung, Ökologie und Demografie ausgedehnt werden,
	die Maßnahmen in Bezug auf die zu erwartenden Ergebnisse auch leistbar sind.
W	as braucht der KWF dafür:
	eine politische Vorentscheidung mit angepassten Richtlinien und Programmen;
	Projektorganisation;
	Nachwuchs an Mitarbeitern für die Förderabwicklung, damit Projektentwickler zeitlichen Spielraum bekommen;
	Budget und interne Entscheidungsregeln, was ein Entwicklungsprojekt mit Nachhaltigkeitscharakter ist (Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen und in Unternehmen, Investitionen und Arbeitsplätze, Innovationsprozesse usw.). ¹³

Als Nachteile dieser Strategieanpassung könnten empfunden werden: Es gibt vorerst weniger Geld, insbesondere weniger Zuschüsse für einfache Investitionsprojekte, und es muss mehr Wissen von den zukünftigen Antragstellerinnen und Antragstellern eingesetzt werden, um an das För-

dergeld heranzukommen. Der KWF erhält eine weitere Kompetenz und damit Machtzuwachs, nachdem zusätzlich zur Wirtschaftsförderung Haftungen für Investitionen und Internationalisierung und vielleicht auch Beteiligungen bereits durch den KWF bearbeitet werden.

Die Vorteile eines solchen Vorgehens sind, dass wieder neuer technologieund investitionsorientierter Schwung in die Regionalentwicklung kommt.

Nachhaltige Entwicklungsprojekte brauchen einen Ort (bzw. Orte) der Entscheidung

Nachhaltigkeit im KWF zu verankern bedeutet eine Investition in ein neues Konzept. Dies führt zu besseren Ergebnissen in unseren Aufgabenfeldern, nämlich Innovationen, Investitionen und Internationalisierung zu fördern und daraus resultierende Arbeitsplätze und Gewinne zu generieren. In diesem Zusammenhang steht personeller und emotionaler Einsatz an Entwicklungs- und Umsetzungsenergie. Die akzeptierte und beauftragte Initiierung und Begleitung von Entwicklungsprojekten als "Investition" kann nicht erfolgreich sein, also keinen Betrag zu nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit in Kärnten leisten, wenn es sich wieder nur um eine kurze einmalige Kraftanstrengung, vergleichbar mit bereits erfolgten Aktionen (Abspaltung EAK, Radermacher 2002 usw.), handelt. Nachhaltigkeit ist also strategisch und organisatorisch als wesentliches Element innerhalb der Wirtschaftsförderung festzulegen. Damit institutionelle und politische Konkurrenz nicht zur Blockade führt, sind verschiedene Plattformen einzurichten, wo Konflikte bearbeitet werden. Das ist die Voraussetzung, um verschiedene Projektträger aus unterschiedlichen Organisationen zusammenzuschweißen. Anders sind so große gesellschaftspolitische Themen wie Abwanderung und Überalterung nicht erfolgreich bearbeitbar. Standortentscheidungen junger Menschen orientieren sich an herausragenden Forschungs- und Bildungseinrichtungen und attraktiven Arbeitgebern.

Literaturverzeichnis

Der Standard, Stärkung der Innovation, Vertiefung des Binnenmarktes und weitere Schritte zur Begrenzung des CO₃-Ausstoßes, 22. 9. 2009, S. 22.

Groß, Horst Peter; Strohmeier, Gerhard; Ukowitz, Martina; (Hrsg.), Zukunftsgestaltung als Prozess, Kulturelle nachhaltige Wirtschafts- und Lebensraumentwicklung am Beispiel des Kärntner Lavanttales, 2009.

Groß, Horst Peter; Universität und Region, Wissenschaft und Wirtschaft. Vom Versuch kulturelle Nachhaltigkeit institutionell zu verankern, in KN, S. 395.

Gruber, Markus; Gerhardter, Gabriele; Zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung – Wachstum und Beschäftigung für Kärnten, 2009.

Heintel, Martin; Regionalentwicklung im Vergleich, oder: Good Practice Lavanttal?, in: Groß, Horst Peter; Strohmeier, Gerhard; Ukowitz, Martina; (Hrsg.), Zukunftsgestaltung als Prozess, Kulturell nachhaltige Wirtschafts- und Lebensraumentwicklung am Beispiel des Kärntner Lavanttales, 2009, S. 173–195.

Heintel, Peter; Philosophie der Nachhaltigkeit, Anmerkungen zur Kultur nachhaltiger Entscheidungen, in: Krainer Larissa (Hrsg.), Kulturelle Nachhaltigkeit, 2007, S. 29–36.

Juritsch, Erhard; Nadvornik, Wolfgang; Gutschelhofer, Alfed; Gern geschehen – Unternehmensnachfolge in Familienbetrieben, Wien, 2007.

Kärntner Sanierungsgesellschaft mbH KSG; Imagebroschüre; 2006.

Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds KWF, Imagebroschüre des KWF, Band 1 – Begleitung, 2006.

Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds KWF; Imagebroschüre des KWF; Band 2 – Es gibt Lösungen: Der KWF ist die Wirtschaftsförderung des Landes Kärnten, 2006.

Krainer, Larissa; Nachhaltige Entscheidungen, in: Krainer Larissa (Hrsg.), Kulturelle Nachhaltigkeit, 2007, S. 169–203.

Land Kärnten und Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds KWF (Hrsg.), Kärnten 2020 – Zukunft durch Innovation, Strategie für Forschung und Technologieentwicklung und Innovation, 2009.

Anmerkungen

- 1 http://www.kwf.at/downloads/deutsch/Rechtsgrundlagen/KWFG.pdf (6. 9. 2010).
- 2 M. Gruber, Zukunftorientierte Wirtschaftsförderung, 2009, S. 1.
- 3 Damit meine ich die Qualität und das Ausmaß der geförderten Investitionsprojekte in Bezug zur jeweiligen Unternehmensgröße.
- 4 H. P. Gross, Universität und Region, Wissenschaft und Wirtschaft. Vom Versuch, kulturelle Nachhaltigkeit institutionell zu verankern, in KN S. 395.
- 5 Der Technologiefonds ist ein Geschäftsfeld des KWF und inzwischen dauerhaft eingerichtet (das Konzept stammt aus dem Jahr 1999).
- 6 Neuerdings sind diese Probleme auch im Bereich der grenzüberschreitenden Programme mit anderen Bundesländern und anderen EU-Mitgliedsstaaten hinzugekommen.
- 7 Vgl. E. Juritsch, W. Nadvornik, A. Gutschelhofer, Gern geschehen, Unternehmensnachfolge in Familienbetrieben, Wien, 2007.
- 8 Vgl. P. Heintel, Philosophie der Nachhaltigkeit, Anmerkungen zur Kultur nachhaltiger Entscheidungen, in L. Krainer, R. Trattnigg (Hrsg.), Kulturelle Nachhaltigkeit, München 2007, S. 29.
- 9 Die Abnahme der Bevölkerung um 25.000 Einwohner in den nächsten 15 Jahren in Kärnten bei gleichzeitiger Überalterung.
- 10 Martin Heintel, Regionalentwicklung im Vergleich, oder: Good Practice Lavanttal?, in H. P. Gross, G. Strohmeier, M. Ukowitz (Hrsg.), Zukunftsgestaltung als Prozess, München 2009, S. 192.
- 11 Studie 1999 im Auftrag des KWF.
- 12 Zuletzt die der vertikal integrierten Musikindustrie.
- 13 Vgl. Kärnten 2020 Zukunft durch Innovation, 2009.

SCHWERPUNKTTHEMA GEMEINDEN

Ein "Konvent" zur Reform der Kärntner Kommunen

1. Einleitung

Versteht man unter Verwaltungsreformen einen stetigen Prozess der organisatorischen, funktionellen und verfahrensmäßigen Anpassung der Verwaltungen an sich ändernde Aufgabenstellungen und Handlungsbedingungen,² dann sind jene Umstände, die die öffentlichen Verwaltungen - und nicht zuletzt die Kommunalverwaltungen - zur Modernisierung und zur permanenten Weiterentwicklung zwingen, keinesfalls exklusive Phänomene der heutigen Zeit. Neu ist allerdings im gegebenen Zusammenhang die Dynamik der Veränderung: Diese wird von einem ungemein schnellen und tiefgehenden Wandel der ökonomischen, technischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Fortschreitende Globalisierungsbestrebungen, demographische Veränderungen, einhergehend mit sich stetig wandelnden KundInnenansprüchen, die Liberalisierung von Märkten, der Wettbewerb in bisher geschützten Sektoren, der tägliche Einsatz neuer Informationstechnologien und letztlich die enger werdenden finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte, um nur einige Parameter zu nennen, zwingen auch die öffentlichen Verwaltungen dazu, ihr Selbstverständnis, ihre Aufgaben und ihre Strukturen in immer kürzeren Zeiträumen zu hinterfragen und entsprechend anzupassen. Vor diesen sich permanent ändernden Hintergründen und damit einhergehend ständig wechselnden Rahmenbedingungen und komplexen Herausforderungen kann es kein ewig gültiges Patentrezept für die Gestaltung einer optimalen (Kommunal-)Verwaltung geben.³

2. Der Konventbegriff und die Konventmethode

Sowohl auf gesamteuropäischer als auch auf nationaler Ebene erleben wir in den letzten Jahren eine Renaissance von Konventen als Instrumente zur Erarbeitung von (Rechts-)Reformprojekten. So wurde etwa durch den "Grundrechtekonvent" eine Europäische Grundrechtcharta geschaffen, die im Dezember 2000 verkündet worden ist. In der Folge wurde im Rahmen des "Europäischen Verfassungskonvents" erfolgreich ein Verfassungsentwurf erarbeitet, der letztlich im Oktober 2004 in Rom – nach

gewissen Adaptierungen durch die politischen Vertreter der Mitgliedsstaaten – als zentraler Verfassungsvertrag der Europäischen Union unterzeichnet worden ist.⁴

Diese erfolgreichen Beispiele für die Anwendung der Konventmethode zur Umsetzung von (Rechts-)Reformen im Rahmen der Europäischen Union haben wesentlich dazu beigetragen, im Jahr 2003 innerstaatlich den "Österreich-Konvent" mit den Vorarbeiten für eine umfassende Bundesverfassungsreform zu betrauen, um das extrem zersplitterte Bundesverfassungsrecht in einer zentralen Verfassungsurkunde zusammenzufassen; unter einem sollten grundlegende Vorschläge für die Reform der Staatsorganisation, die Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern sowie die Modernisierung und die Kompilation der Grundrechte erarbeitet werden.⁵ Ungeachtet weitreichender Vorschläge für eine Bundesverfassungsreform, die im Rahmen des Österreich-Konvents ausgearbeitet worden sind, ist deren Umsetzung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe mangels politischer Courage sowie aus übermäßigem Respekt vor Partialinteressen im Wesentlichen unterblieben.

Ungeachtet dieses Fehlschlages des Österreich-Konventes erscheint es zweckmäßig, allgemeine Überlegungen zur Konventmethode als Instrument zur Erarbeitung von Vorschlägen für (Verfassungs- und Verwaltungs-)Reformen im Rahmen der Kärntner Kommunalpolitik anzustellen. Im Brockhaus⁶ wird unter einem Konvent (kirchenrechtlich im engeren Sinn) "... die Versammlung aller stimmberechtigten Mitglieder des Klosters" verstanden. Einem solchen Konvent kommen Entscheidungszuständigkeiten zu, die grundlegende Fragen des klösterlichen Zusammenlebens betreffen.⁷ Aus diesem ursprünglich kirchenrechtlichen Kontext wurde der Konventbegriff in der Folge in den weltlichen Bereich übernommen und vor allem als Bezeichnung für eine Methode im Zusammenhang mit Rechts- und Verfassungsreformen verwendet.⁸ Ein wesentliches Merkmal der Konventmethode ist die Entscheidungsfindung im Konsenswege, wobei dies nicht als Einstimmigkeitsprinzip missverstanden werden darf. Lienbacher⁹ führt dazu im Zusammenhang mit dem Österreich-Konvent Folgendes aus:

"Im § 3 der GeO des Österreich-Konvents heißt es: "Der Konvent arbeitet nach dem Konsensprinzip. Es werden – außer in Verfahrensfragen und bei der Beschlussfassung der Geschäftsordnung – keine Mehrheitsbeschlüsse gefasst." Wann Konsens vorliegt, bleibt angesichts dieser Bestimmung dunkel. Implizit geht daraus aber hervor, dass Konsens nur bei deutlich mehr Zustimmung als der Mehrheit vorliegen kann. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass ein solcher Konsens explizit nicht durch Beschlussfassung feststellbar ist. Abs. 2 des § 3 GeO bestimmt: "Sofern der Konvent Beschlüsse fasst, erfolgen sie mit ein-

facher Mehrheit der anwesenden Mitglieder, falls die Geschäftsordnung nicht anderes bestimmt.' Im systematischen Zusammenhang mit Abs. 1 kann das nur bedeuten, dass Beschlüsse ausschließlich in Verfahrensfragen und hinsichtlich der Geschäftsordnung gefasst werden dürfen. Wie daher der Konsens in allen anderen Fragen zu erheben sein wird, ist Sache des Vorsitzenden."

Die Ausführungen *Lienbachers* zeigen, dass die Methode der Willensbildung innerhalb eines Konvents von grundlegender Bedeutung dafür ist, ob der einem Konvent gestellte Auftrag erfolgreich bewältigt werden kann. Vereinzelte Ablehnungen von bestimmten Auffassungen durch einzelne Mitglieder des Konvents dürfen nicht dazu führen, dass ein Konsens dadurch verhindert würde, weil es andernfalls jedes Mitglied des Konvents in der Hand hätte, sämtliche Vorschläge durch sein Veto zum Scheitern zu bringen.

Kennzeichnend für die Konventmethode ist weiters, dass die Konventarbeiten auf die Erstellung eines vollständigen Abschlussdokumentes ausgerichtet sind; *Lienbacher*¹⁰ führt dazu im Hinblick auf den "Österreich-Konvent" Folgendes aus:

"Dies schafft einerseits den Druck, der für ein konsentiertes Abschlussverfahren notwendig ist, andererseits bringt das die Gefahr mit sich, dass ein solches Ergebnis angesichts heterogener Zusammensetzung und der Fülle der unterschiedlichen Beratungsgegenstände schwer zu erzielen ist. Aus den Aufträgen an die Konvente der jüngeren Zeit wird deutlich, dass der Konsensdruck scheinbar relativiert wird, weil das Abschlussdokument auch verschiedene Optionen offen lassen kann."

Im Interesse des Gelingens der Konventarbeit erscheint es somit wesentlich, dass auch die Möglichkeit besteht, im Abschlussdokument voneinander abweichende Standpunkte aufzunehmen.

3. Erfolgsfaktoren für die Konventarbeit

Neben einer sinnvollen Ausgestaltung des Konsensprinzips und der Zulässigkeit unterschiedlicher Lösungsoptionen im Abschlussdokument eines Konvents gibt es eine Reihe weiterer kritischer Erfolgsfaktoren für das Gelingen der Konventarbeit, die im Folgenden lediglich überblicksweise skizziert werden sollen:¹¹

	eise skizziert werden sollen: ¹¹
J	Es muss einen ernsthaften und breiten politischen Reformwillen geben.
J	Die entscheidungsverantwortlichen PolitikerInnen müssen sich im Reformprozess ernsthaft engagieren und auch selbst mitwirken.
J	VertreterInnen von Partikularinteressen, Gruppierungen der sogenannten "Bürgergesellschaft" u. dgl. müssen gleichberechtigt in den Prozess derart eingebunden werden, dass sie ihre Vorschläge und Anregungen

umfassend einbringen können und diese auch vom Konvent behandelt werden.

☐ Schließlich ist auch der Blick auf das Ganze notwendig, der bedingt, dass nicht in allen Details jede und jeder überzeugt werden muss.

In Anbetracht der vorab skizzierten Rahmenbedingungen ist die Ankündigung des Gemeindereferenten Landesrat Dr. Josef Martinz im Oktober 2010 zu sehen, in Kärnten einen "Kommunalen Reformkonvent" einzurichten und mit den Vorarbeiten für eine tiefgreifende Reorganisation der Kärntner Kommunalverwaltungen sowie eine umfassende Modernisierung ihrer Aufgabenbesorgung zu betrauen. Der folgende Beitrag wird sich mit einzelnen Fragen im Zusammenhang mit dem in Aussicht genommenen "Kommunalen Reformkonvent" näher auseinandersetzen. Insbesondere sollen

Uberlegungen zum "Konventbegrift" angestellt,
die ihm zu Grunde liegende "Konventmethode" skizziert,
die kritischen Erfolgsfaktoren für das Gelingen von Reformbewegun-
gen im Rahmen eines "Konvents" identifiziert und
das Konzept des konkret in Aussicht genommenen "Kommunalen

4. Der kommunale Konvent in Kärnten

Konvents" in Kärnten in den Grundzügen vorgestellt werden.

Der Konvent. Ein Begriff mit Tradition – man rufe sich etwa die in die Geschichte eingegangenen internationalen Vorbilder in Erinnerung, wie etwa die amerikanische Institution der Konvente "von der puritanischen Idee des göttlichen Bundes mit seiner Praxis, der Kirchenkonvente beeinflusst"¹², welche anstelle der damals rechtlich nicht existierenden Parlamente die Aufgaben legaler gesetzgebender Körperschaften wahrnahmen und 1787 zum verfassunggebenden Instrument der Vereinigten Staaten von Amerika wurde¹³; den französischen Nationalkonvent ("La Convention Nationale"), welcher im Wesentlichen damit die zuvor herrschende Monarchie abschuf und Frankreich als Republik deklarierte¹⁴; oder aber den Europäischen Verfassungskonvent¹⁵ mit dem Ziel der Unterzeichnung eines "Vertrags über eine Verfassung für Europa" von den Staats- und Regierungschefs der damaligen 25 Mitgliedsländer.

4.1 Zentrale Rolle der Gemeinden

Gemeinden stellen jene Verwaltungseinheit dar, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist. Sie sind damit an der "richtigen" Stelle, um Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ehestmöglich zu erfassen und zu

verstehen, Probleme umfassend anzugehen und öffentliche und private Interessen in Einklang zu bringen.

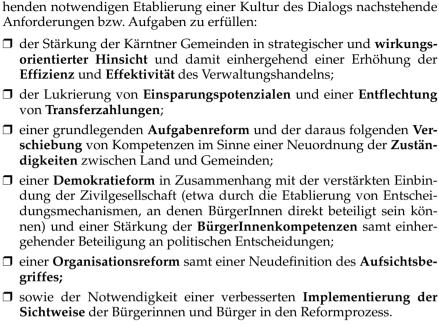
Signifikant bei den Bemühungen zur Steigerung der Dienstleistungsqualität von öffentlichen Verwaltungen ist, dass gerade den Gemeinden – nicht zuletzt aufgrund ihrer räumlichen Nähe und der daraus entstehenden erheblichen Anzahl heterogener Kontakte und an sie gestellter komplexer Anforderungen und Ansprüche seitens der Bürgerinnen und Bürger – eine entsprechend hohe (strategische) Bedeutung beigemessen werden kann. Aufgrund ihrer zentralen Rolle zur Übernahme von wesentlichen Versorgungs-, Fürsorge-, Leistungs-, Vollzugs- und Planungsfunktionen haben Veränderungen der finanziellen, politischen, wirtschaftlichen, aber auch soziodemographischen Rahmenbedingungen entsprechend langfristige Auswirkungen und müssen somit rechtzeitig erkannt werden. Darüber hinaus setzt sich gerade auf Ebene der Bürgerinnen und Bürger vermehrt der Wettbewerbsgedanke durch, in dessen Zentrum nicht vordergründig Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsaspekte stehen, sondern vielmehr Fragen der Umsetzung und umfassenden Erreichung der intendierten (politisch motivierten) Ziele und Wirkungen dominieren und somit die strategische Orientierung des Verwaltungshandelns zusehends an Bedeutung gewinnt.

4.2 Die Erwartungen an einen kommunalen Konvent

Der Konvent – an dieser Stelle wird auf eine begriffliche Abgrenzung vom Kirchenkonvent verzichtet als vielmehr der Terminus lediglich im Verständnis eines Verfassungskonvents verwendet – stellt aber auch ein Konstrukt dar, an welches vermehrt entsprechend hohe Erwartungen gestellt werden: bezeichnet bereits John Alexander *Jameson* in seinem klassischen Werk *The Constitutional Convention* 1873 Verfassungskonvente als "one of the most important and most characteristic of the political institutions [of the United States]" 16, so verwundert die derzeit vermehrt auftretende Verwendung des Begriffes wenig. Ob nun studentischer Konvent, BürgerInnenund/oder BürgermeisterInnen-Konvent, ÄrztInnen-Konvent oder Hochschul-Konvent – der Begriff scheint derzeit fast inflationär zum Einsatz zu kommen und lässt hohe Erwartungen offen.

Folgt man nun diesem ersten (US-amerikanischen) Zugang zum Konventbegriff, so liegt dessen Zweck einzig und allein in der Erarbeitung, Veränderung oder Ergänzung einer Verfassung und nimmt damit weder Regierungsfunktionen wahr, noch erlässt selbiger Gesetze.¹⁷

Umgelegt auf nationale Rahmenbedingungen erscheint nun die Konventmethode durchaus als ein adäquates Instrumentarium, um vor dem Hintergrund der Diversität der Kärntner Gemeinden und der damit einherge-



Der kommunale Konvent soll die essentiellen Vorarbeiten dazu leisten, eine umfassende Reform der Gemeindeaufgaben bzw. der "Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung" zu bewältigen. Wesentliches Kriterium dabei wird die Stärkung des gesellschaftlichen Grundkonsenses sowie die Förderung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen sein. Inhaltlich wird impliziert, dass die Ergebnisse der Beratungen des kommunalen Konvents in einen abgeschlossenen, konsensfähigen Entwurf einfließen. Dieser Entwurf wird in weiterer Folge der Willensbildung der entsprechend zuständigen politischen Gremien unterzogen. Einzelne Pakete können jedoch aufgrund des gesamtheitlichen Charakters des Entwurfes kaum mehr aufgeschnürt werden. Darüber hinaus würden inhaltliche Änderungen den Konventprozess als obsolet erscheinen lassen, da nur der vom Konvent vorgeschlagene Entwurftext auf gemeinsamen Konsens stößt und somit der Gesamttext entweder nur angenommen oder abgelehnt werden kann.¹⁸

Die Erwartungen an die Arbeit eines kommunalen Konvents und seine Rolle für die Weiterentwicklung der Kärntner Gemeinden werden vermutlich sehr unterschiedlich ausfallen und hängen sowohl auf der politischen als auch der den Konvent begleitenden wissenschaftlichen Seite in einem hohen Maß von den jeweiligen Grundannahmen über die Natur und die Aufgaben einer "Mustergemeinde", deren konstitutioneller Qualität sowie deren gewünschter Weiterentwicklung ab.

4.3 Der kommunale Konvent als "Think Tank"

Ein kommunaler Konvent entfacht nicht zuletzt (mediales) Interesse, wenn nicht sogar Euphorie. Trotz der hoch gesteckten Erwartungen (oder gerade dadurch) handelt es sich dabei dennoch um ein "konstitutionelles Experiment", welches zwar Erinnerungen an vorangegangene "große" Konvente wach ruft, ein Vergleich mit diesen jedoch nur sehr begrenzt angestellt werden kann. Erfahrungen anderer Staaten und Länder lassen sich nicht uneingeschränkt auf die Situation der Kärntner Gemeinden übertragen, handelt es sich dabei doch um ein heterogenes Netz von Akteuren, welche sich mit einem mehrdimensionalen System von (politischen) Interessen und Kulturen konfrontiert sehen.

Stellt man sich zwar vor der ersten Sitzung des neu zu etablierenden kommunalen Konvents die Frage nach der Neuartigkeit der Konventarbeit, so liegt dessen innovativer Charakter der Entscheidungsfindung im Konsenswege auf kommunaler Ebene jedenfalls auf der Hand. Andererseits kann – solange der Konvent seine Arbeit nicht abgeschlossen hat – die Frage nach dem von vielen erhofften und sicherlich auch von manchen befürchteten "Paradigmenwechsel" nur auf Basis von Plausibilitätsannahmen und theoretischen Modellen diskutiert werden.¹⁹

Wird einer minimalistischen Auffassung des Konventbegriffs gefolgt, so dient dieser in erster Linie als eine Art "Think Tank" der Landesregierung bzw. der Kärntner Gemeinden, welcher, diesem Modell folgend, verschiedene Reform-Optionen entwickelt und in Form eines Gesamtkonzeptes einem politischen Entscheidungsgremium vorlegt. Ein solches Verfahren hätte insofern den Vorteil, dass im Vorfeld der eigentlichen Entscheidung des Landtages schwierige institutionelle Fragen in einem (un-)verbindlichen Rahmen diskutiert und dadurch die Transaktionskosten für künftige Verhandlungen auf höchster Ebene entsprechend reduziert werden können. Der Konvent dient aber auch in seiner Funktion als "deliberativer Raum" und Ort kommunikativen Handelns, zur Herausbildung und Versicherung gemeinsamer Werte.²⁰

4.4 Die Ausgestaltung und Zusammensetzung eines kommunalen Konvents

Schlüsselfaktoren – um die Konventarbeit und das Resultat dieser Methode interpretieren zu können – stellen jedoch die im kommunalen Konvent agierenden und entscheidenden Personen dar. Dabei ist in erster Linie darauf Bedacht zu nehmen, dass die verschiedenen eingebundenen EntscheidungsträgerInnen und InteressensvertreterInnen den Konvent nicht dazu "missbrauchen", ganz allgemeine und unterschiedliche Vorstellungen einfach zu "deponieren" oder bestimmte unbefriedigende Zustände aus reinem Partikularinteresse heraus in Form des Konvents "regeln zu lassen".²¹

Die "Verankerung" eben dieser Interessenshaltungen im Abschlusspapier mag zwar aus Sicht der handelnden Akteure durchaus im Sinne der Erhöhung der Beständigkeit erstrebenswert erscheinen, dieses jedoch dadurch wiederum nur schwer revidier- und abänderbar werden. Die eigentliche Aufgabe des kommunalen Konvents, einen "Gesamtentwurf" (bzw. einen Entwurf spezifischer Arbeitspakete und Aufgabenschwerpunkte) in Form eines realisierbaren, konsensfähigen Thesenpapieres zu einzelnen Reformschwerpunkten zu erarbeiten, steht solchem jedoch entgegen.

4.4.1 Zusammensetzung: Koordination und Unterstützung

Angriffsfläche für eine kritische Beurteilung wird sicherlich die Zusammensetzung des kommunalen Konvents sowohl hinsichtlich der Größe als auch der (Arbeitsgruppen-)Mitglieder bieten. Kann davon ausgegangen werden, dass jede/r, die/der sich im Konvent wiederfindet, grundsätzlich von der Sinnhaftigkeit des Konvents und der Richtigkeit der eigenen Mitgliedschaft überzeugt sein wird, so werden all jene, die unberücksichtigt blieben, jedoch die eigene Beteiligung für unverzichtbar halten, die Zusammensetzung grundlegend in Frage stellen.²²

In struktureller Hinsicht ist darauf Bedacht zu nehmen, dass im Sinne einer ergebnisorientierten Zusammenarbeit die politischen EntscheidungsträgerInnen hinreichend repräsentiert werden und am Konventgeschehen selbst teilnehmen. Darüber hinaus wird es etwa bei *Lienbacher* für zentral erachtet, dass "... sämtliche Partikularinteressen [...] woher auch immer, [...] an den Konvent heranzutragen sind,[...] aber nicht im Konvent selbst durch Vertreterinnen oder Vertreter repräsentiert [...] werden".²³

Durch die Einrichtung und Finanzierung des Büros des kommunalen Konvents ("Büro für Zukunftsfragen") stellt der Kärntner Gemeindereferent LR Dr. Josef Martinz jene technische Unterstützung und Förderung bereit, die die Instrumente für die Bewertung und Überwachung, Verfahren zur Förderung des Know-how-Austauschs zwischen Kommunen und Mechanismen für eine einfache Reproduktion erfolgreicher Verfahren beinhalten.

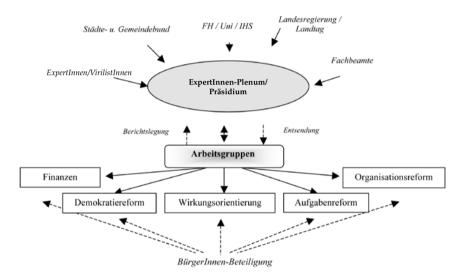
In Verhandlungen muss bzw. sollte die Unterstützung der folgenden Hauptakteure für den Konvent gewonnen werden:

Der Kärntner Gemeindereferent LR Dr. Josef Martinz unterstützt die
Initiative uneingeschränkt, seit sie ins Leben gerufen wurde, und trägt
entscheidend zum Entwurf und zur Förderung des Konvents bei;

der Kärntner Landtag "billigt" den kommunalen Konvent und fungiert
als Gastgeber der ersten Unterzeichnungszeremonie im Sitzungssaal
des Kärntner Landtages;

- ☐ der Kärntner Gemeinde- und Städtebund durch die Entsendung entsprechender Bürgermeisterinnen und Bürgermeister;
- ☐ die Wissenschaft durch RepräsentantInnen seitens der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, der Fachhochschule Technikum Kärnten sowie das IHS – Institut für Höhere Studien durch eine entsprechende wissenschaftliche Begleitung sowie
- ☐ VertreterInnen der Kärntner **AmtsleiterInnen** und **FinanzverwalterInnen**;
- ☐ FachbeamtInnen, ExpertInnen und VirilistInnen.

Abbildung 1: "Struktur des kommunalen Konvents"24



Dem kommunalen Konvent gehören rund 25 VertreterInnen an, welche an regelmäßig stattfindenden Plenumssitzungen teilnehmen. Der kommunale Konvent bestellt den/die Vorsitzende/n und stellvertretende/n Vorsitzende/n sowie eine/n Sprecher/in des Konvents. In der konstituierenden Sitzung des Konvents wird gleichzeitig dessen Geschäftsordnung beschlossen. Neben einem "Ausschuss" des Plenums in Form eines Präsidiums werden je nach gestelltem Aufgaben- und Themengebiet entsprechende Ausschüsse und Arbeitsgruppen gebildet.

4.4.2 Arbeitsgruppen

Liegt die Aufgabe des Plenums in erster Linie in der Bewertung der Tragfähigkeit und Durchführbarkeit der Ergebnisse, so werden zur eigentlichen

"Themenbearbeitung" Fach-Ausschüsse bzw. Arbeitsgruppen gebildet, um in selbigen konkrete textuelle Vorschläge zu erarbeiten. Die Bildung von Arbeitsgruppen bzw. Fach-Ausschüssen kann sich bei der Strukturierung der teilweise komplexen Themenfelder insofern als hilfreich erweisen, als damit einerseits eine entsprechende Dynamik im Konvent erzielt werden kann, andererseits sich im Falle des kommunalen Konvents die Arbeitsgruppen wiederum "externer ExpertInnen" bedienen können, welche damit eine entsprechende fachliche Expertise für konkrete Problemstellungen einbringen sollen.

Kritisch zu betrachten ist dabei sowohl die Größe der einzelnen Arbeitsgruppen, um diese "handlungsfähig" zu halten (je nach Themengebiet 7 bis 10 Personen), als auch die Anzahl der Arbeitsgruppen selbst. Wesentlich dabei ist, eine inhaltliche Überschneidung bzw. eventuelle konkurrierende Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen zu vermeiden, gleichzeitig jedoch alle "wichtigen" Politikfelder in eine entsprechende Betrachtung einzubeziehen.

Die Rolle und Aufgabe der Arbeitsgruppen findet insofern besondere Bedeutung, als seitens der Arbeitsgruppen das "Grundgerüst" an Reformvorschlägen mit "Substanz" gefüllt werden wird und Schlussdokumente der Arbeitsgruppen sowie Ergebnisse aus deren Beratungen im Plenum als elementare Bausteine und Textgrundlagen für zukünftige Reformschwerpunkte bzw. die "Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung" betrachtet werden. Darüber hinaus liegt es auf der Hand, dass im Plenum Vorschläge, welche in den Arbeitsgruppen bereits eine Ablehnung erfahren haben, nur schwerlich wieder aufgegriffen bzw. einer erneuten Diskussion (mit Ausnahme einer gemeinsamen Initiative verschiedener Konventmitglieder) unterzogen werden.²⁵

Zur Vermeidung inhaltlicher Überschneidungen wird es für sinnvoll erachtet, regelmäßige Koordinierungstreffen der Arbeitsgruppensprecher-Innen und -leiterInnen (welche wiederum zwingend Mitglieder des Plenums darstellen) bzw. geordnete Rückkoppelungen an das Plenum zu initiieren. Zu nachstehenden Politik- und Themenfeldern werden seitens des kommunalen Konvents entsprechende Arbeitsgruppen (mit auszugsweise angeführten Themenschwerpunkten) etabliert:

- a) **Finanzen** (Eruierung von Einsparungspotentialen; Umlagenbelastung der Kärntner Gemeinden; Transferzahlungen und deren Entflechtung);
- b) **Demokratiereform** (Bürgerschaftliches Engagement und Formen zivilgesellschaftlicher Einbindung);
- c) **Aufgabenreform** (Verschiebung von Zuständigkeiten; Aufgabenkritik; Erstellung eines Produkt- und Leistungskataloges);

- d) **Organisationsreform** (K-AGO-Reform; Ausgliederungen; Förderung und Etablierung von Strukturen der Interkommunalen Zusammenarbeit; Neudefinition des Aufsichtsbegriffes);
- e) **Wirkungsorientierung** (Steigerung der Effizienz und der Effektivität des Verwaltungshandelns; nachhaltige kommunale Entwicklung; Standortfaktor Gemeinde; Strategische Positionierung; Leitbildentwicklung).

4.4.3 Büro des kommunalen Konvents

Der Kontakt zur Zivilgesellschaft sowie die Einbeziehung von Gemeindenetzen stellt die Kernaufgabe des Büros des kommunalen Konvents ("Büro für Zukunftsfragen") dar. Das Büro wird mit einem eigenen Team von Fachleuten für folgende Aufgaben besetzt:

Erleichterung des Aufbaus und die Pflege von Beziehungen im Rahmen des kommunalen Konvents;
Unterstützung der Förderung des kommunalen Konvents;
Unterstützung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Konvent;
Sicherstellung der Informationsflüsse zu den Medien;
Wissenstransfer und Einbezug der Zivilgesellschaft.

Die Ausarbeitung von Aktionsplänen und Berichten wird sich hinsichtlich der technischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen für Konventmitglieder entsprechend schwierig gestalten. Das "Büro für Zukunftsfragen" unterstützt den Konvent, indem es insbesondere die Moderation der bürgerschaftlichen Beteiligung und deren technische Unterstützung übernimmt.

4.4.4 Unterstützende Strukturen ("supporting structures") und wissenschaftliche Begleitung

Unterstützende Strukturen sind öffentliche Verwaltungen, aber auch Forschungseinrichtungen (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, IHS – Institut für Höhere Studien sowie Fachhochschule Technikum Kärnten), welche strategische Beratung und technische Unterstützung bieten können. Netze von Interessensvertretungen und Kommunalbehörden, die sich verpflichten, die Wirkung des Konvents zu verstärken, können ebenfalls unterstützende Strukturen werden, die engen Kontakt halten, um die bestmögliche Umsetzung des Konvents sicherzustellen.

4.4.5 BürgerInnenbeteiligung

Um einerseits bereits im Vorfeld den Vorwurf der "fehlenden BürgerInnennähe" bzw. den mangelnden "Bezug zur Öffentlichkeit" abzuwehren, etabliert der kommunale Konvent einen "bottom-up"-Ansatz mit einer Stärkung des Mitgliedereinsatzes bei der Vorschlagsfindung. Mit dem Fokus auf die lokale Ebene bei gleichzeitiger Beibehaltung landesweit relevanter Themenstellungen kann in der Konventmethode erstmals die Möglichkeit gesehen werden, zu einer substantiell neuen Diskussions- bzw. Konsensform zu gelangen. Damit ist selbstverständlich die Erwartungshaltung verbunden, einen möglichst großen Teil (bzw. eine entsprechend repräsentative Auswahl daraus) der Kärntner Bevölkerung in die Debatte um die Reform der Kärntner Gemeinden und deren -politik einzubinden.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, durch eine Art "Multiplikatoreffekt" die Präsenz des kommunalen Konvents durch diverse dezentral organisierte Dialoggruppen und damit der stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft zu erhöhen.

Diese explizite BürgerInnenorientierung (sowohl von Politik als auch Verwaltung) soll in Form eines zeitlich vorgelagerten bzw. parallel dazu stattfindenden Konsultationsmechanismus erfolgen und im Wesentlichen (moderierte) Dialoggruppen, Debatten auf lokaler/kommunaler Ebene und Kontaktgruppen umfassen. Offen und im Zentrum stehen bis dato die Fragen nach dem, "was" unter dieser Zivilgesellschaft zu verstehen ist; "wie" diese Zivilgesellschaft entsprechend einbezogen werden kann und "welche" Hauptanliegen dieser VertreterInnen der BürgerInnengruppen an die "Mustergemeinde" im Allgemeinen und den kommunalen Konvent im Speziellen herangetragen werden.²⁶

5. Resümee und Ausblick

Entscheidend für das Gelingen eines jeglichen und insbesondere des kommunalen Konvents wird es sein, ein Gesamtpaket an Maßnahmen und Reformvorschlägen vorzulegen, welches – einen entsprechenden politischen Reformwillen vorausgesetzt – von einem breiten Grundkonsens getragen wird und im Wesentlichen die vom Konvent erteilten Aufträge erfüllt. Dieses Abschlusspapier sollte sich in seiner Geschlossenheit als tragfähiger Kompromiss erweisen, der nicht im anschließenden Verfahren von den entsprechend zuständigen politischen Gremien in Einzelteile zerlegt wird. Darüber hinaus erscheinen einzelne Aufgabengebiete und Themenstellungen (wie etwa die Entflechtung von Transferzahlungen) aus momentaner Sicht noch als "Gewaltakte" und teilweise nicht konsensfähig. Eine zeitliche Verlängerung des kommunalen Konvents sollte aber

nur dann ins Auge gefasst werden, wenn grundsätzlich eine realistische Chance auf ein konsensuales Gesamtpaket besteht und die notwendigen grundsätzlichen Entscheidungen dafür von den politisch Entscheidungsverantwortlichen auf politischer Ebene getroffen werden.

Einzelne Teilerfolge (wie etwa das Ansinnen, die Zivilgesellschaft verstärkt in die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung mit einzubeziehen) werden zwar entsprechende (mediale) Aufmerksamkeit erzielen und als solche verbucht werden, das wesentliche Merkmal des kommunalen Konvents bleibt jedoch die Verfassung eines konsensfähigen "Gesamtwerkes" an Reformvorschlägen.

Eines muss jedoch vermieden werden: dem kommunalen Konvent darf nicht die Bürde auferlegt werden, mit Vorbildern verglichen zu werden, welche unter völlig anderen Rahmenbedingungen gearbeitet haben und erfolgreich waren, da er diesen (historischen) Vorbildern kaum gerecht wird werden können. Was auch immer das Ergebnis des kommunalen Konvents darstellen wird: es wird in jedem Fall Grundlage für weitere Reformschritte in die Richtung einer nachhaltigen Entwicklung der Kärntner Gemeinden sein.²⁷

Anmerkungen

- 1 Ungeachtet des Umstandes, dass die Autoren der Leiter bzw. eine Mitarbeiterin der Abteilung 3 Gemeinden des Amtes der K\u00e4rntner Landesregierung sind, gibt der Beitrag ausschlie\u00e4lich ihre pers\u00f6nlichen Auffassungen wieder.
- 2 Vgl. Holzinger, G.: Leitlinien der Verwaltungsreform, Analyse und Ausblicke, ZfV 1982, S. 125 ff., hier S. 126.
- 3 Siehe dazu näher Sturm F.: Strategisches Verwaltungsmanagement im Rahmen der Kärntner Landes- und Gemeindeverwaltung, Kärntner Jahrbuch für Politik 2009, S. 175 ff.
- 4 Siehe dazu im Einzelnen Dossi, Der EU-Grundrechtekonvent und der EU-Verfassungskonvent Erfahrungen und Einsichten, JRP 2003, S. 39 ff.
- 5 Siehe dazu etwa Funk, B.-C.: Der Österreich-Konvent in der Halbzeit, JRP 2004, S. 1 ff.; Berger, M.: Der Europäische und der Österreich-Konvent – Versuch eines Vergleichs, ÖGZ 2004, S. 12 f.; Kohl-Konrath: Der Österreich-Konvent, in: Mantl-Festschrift, 2004, S. 559 ff.
- 6 Brockhaus, Die Enzyklopädie, 20. Auflage, 1977.
- 7 Siehe dazu näher Neisser, H.: Die Konventidee im Lichte soziokulturellen Wandels, in: Mantl-Festschrift, 2004, S. 103 ff.
- 8 Siehe dazu die jüngsten Beispiele aus dem letzten Jahrzehnt, etwa den "Europäischen Grundrechtekonvent", den "Europäischen Verfassungskonvent" sowie den "Österreich-Konvent", oben unter Pkt. 2.
- 9 Vgl. Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, JRP 2005, S. 43 ff., hier S. 46.
- 10 Vgl. Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, JRP 2005, S. 43 ff., hier S. 46.

- 11 Die folgende Aufzählung ist den abschließenden Ausfertigungen Lienbachers, a. a. O. (Anm. 9), S. 51, entnommen worden, wobei die für den "Österreich-Konvent" spezifischen Erfolgsfaktoren weggelassen wurden.
- 12 Häberle, P.: "Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart", Tübingen 2000, S. 3.
- 13 Vgl.: Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, in: Journal für Rechtspolitik 13, 2005, S. 42 f.
- 14 Vgl. Haensch, G./Tümmers, H. J.: Frankreich; Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, München, 1998, S. 27 ff.
- 15 Vgl. Oppermann. T.: Konventsmethode und "gemischte" Entstehung der Unionsverfassung in: Beckmann, K./Hufeld, U.: Eine Verfassung für Europa, Tübingen 2005, S. 72.
- 16 Vgl. Häberle, P.: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Tübingen 2000, S. 2 f.
- 17 Vgl. Häberle, P.: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Tübingen, 2000 S. 2 f.
- 18 Vgl.: Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, in: Journal für Rechtspolitik 13, 2005, S. 45 f.
- 19 Vgl. Hüttmann, M. G.: Eine Analyse der Konventsmethode in: Beckmann, K./Hufeld, U.: Eine Verfassung für Europa, Tübingen 2005, S. 228.
- 20 Vgl. Hüttmann, M. G.: Eine Analyse der Konventsmethode in: Beckmann, K./Hufeld, U.: Eine Verfassung für Europa, Tübingen 2005, S. 228.
- 21 Vgl.: Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, in: Journal für Rechtspolitik 13, 2005, S. 47.
- 22 Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, in: Journal für Rechtspolitik 13, 2005, S. 47 f.
- 23 Vgl. dazu die Ausführungen zur Problematik der Zusammensetzung des Österreich-Konvents von Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, in: Journal für Rechtspolitik 13, 2005, S. 47 f.
- 24 Quelle: eigene Darstellung.
- 25 Vgl. Kleger, H.: Der Konvent als Labor: Texte und Dokumente zum europäischen Verfassungsprozess, (2004), S. 80.
- 26 Vgl. dazu die Ausführungen von Kleger, H.: Der Konvent als Labor: Texte und Dokumente zum europäischen Verfassungsprozess, (2004), S. 108.
- 27 Vgl. dazu die Schlussfolgerungen zum Österreich-Konvent von Lienbacher, G.: Verfassungsreform durch Konventsmethode, in: Journal für Rechtspolitik 13, 2005, S. 51.

Beschwerdemanagement in den Kärntner Gemeinden

Seit Jahren wird der Begriff von der "Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen" zumindest dann gerne propagiert, wenn Reformüberlegungen im öffentlichen Dienst diskutiert werden. Bürgernähe, Kundenorientierung, One-Stop-Shop-Prinzip sind da nur einige der gängigsten Schlagworte. Die "Verwaltungsreform" schlechthin soll auch einen entscheidenden Beitrag leisten, um in Zeiten von Budgetknappheit die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu sanieren.

Eine Maßnahme, wie in einer Organisation mehr Bürger- bzw. Kundennähe und damit Dienstleistungsorientierung hergestellt werden können, ohne dafür massiv zusätzliche Ressourcen einsetzen zu müssen, stellt die Implementierung eines zentralen Beschwerdemanagements dar. Am Beispiel der Gemeindeabteilung und anhand erster Pilotprojekte in den Gemeinden soll dazu eine neue Initiative in Kärnten vorgestellt werden.

1. Einleitung

Das klassische Beschwerdemanagement gehört nach der betriebswirtschaftlichen Lehre zum Marketing und stellt ein wichtiges Element in der Pflege der Beziehung zwischen Unternehmen und ihren KundInnen dar.² Unter dem Schlagwort "CRM – Customer-Relationship-Management" wurden umfangreiche Programme zur Kundenbindung und Kundenpflege entwickelt. Ist es doch leichter und kostengünstiger, bestehende KundInnen zu halten als neue zu gewinnen. Zahlreiche Studien haben ergeben, dass KundInnen, die einmal schon in Form einer Beschwerde ihren Unmut geäußert haben und letztlich zufriedengestellt werden konnten, eine wesentlich höhere Loyalität zu einem Unternehmen bzw. Produkt aufweisen als solche Personen, die keinerlei Grund zur Beschwerde hatten.³

Warum sollen wir dann gerade im Öffentlichen Dienst ein Beschwerdemanagement einrichten? Sind wir nicht froh, wenn unzufriedene und aufgebrachte BürgerInnen unsere Ämter wieder verlassen und möglichst nicht so schnell wieder zurückkommen? "Kundenbindung" in Form von häufigen Kontakten mit BeschwerdeführerInnen? Nein Danke!

2. Beschwerdemanagement in der Verwaltung – wozu?

Selbstverständlich stellt sich die Situation in Organisationen der öffentlichen Verwaltung und erst recht in den Gemeinden etwas anders dar als in der Privatwirtschaft. Dennoch würde man einer sehr verkürzten Sicht der Dinge das Wort reden, wenn man behauptet, dass es in der Verwaltung ausschließlich darum geht, BeschwerdeführerInnen wieder loszuwerden.

Öffentliche Einrichtungen und Gebietskörperschaften sind auf Feedback der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Gesetze und die Richtlinien, die sie zu vollziehen haben, dienen in erster Linie einem geordneten Zusammenleben der Menschen und erfüllen keinen Selbstzweck. Wer das berücksichtigt, benötigt Rückmeldungen für sein Handeln! Im Fall von Beschwerden erhält eine Einrichtung eben eine kritische Form einer solchen Rückmeldung. Auf diese Informationen sind Verwaltung und Politik gleichermaßen angewiesen.

Ein weiterer Vorteil des Beschwerdemanagements besteht darin, dass für diese kritischen Rückmeldungen eine zentrale Anlaufstelle zur Verfügung steht, so dass sich die BürgerInnen nicht durch verschiedene Zuständigkeiten arbeiten müssen oder mit dem selben Anliegen mehrere Stellen zugleich befasst und belastet werden.

3. Was ist eine Beschwerde? Wer sind die KundInnen?

Bevor man weiter ins Thema einsteigt, ist zu klären, wann überhaupt eine Beschwerde vorliegt. Nach der gängigsten Definition⁴ ist eine Beschwerde jedenfalls

- eine Artikulation von Unzufriedenheit,
 geäußert durch KundInnen, durch Dritte oder durch Institutionen,
 gegenüber einem Unternehmen oder einer Institution selbst oder gegenüber anderen (z. B. Aufsichtsbehörde)
- ☐ mit dem Ziel,
 - auf ein subjektiv als schädigend empfundenes Verhalten aufmerksam zu machen.
 - eine Wiedergutmachung für erlittene Beeinträchtigung zu erreichen oder
 - eine Änderung des kritisierten Verhaltens zu bewirken.

Wer sich mit Beschwerdemanagement beschäftigt, sollte sich auch mit seinen "KundInnen" befassen. Anders als bei einem Unternehmen oder Produkt lässt sich der Kreis der KundInnen einer Gemeinde nicht so einfach definieren.

KundInnen in diesem Zusammenhang sind jedenfalls die Bürgerinnen und Bürger, können Unternehmen sein, können Institutionen, andere Ämter, Behörden, Nachbargemeinden sein, die einen Bezug zur Gemeinde haben und hier als sogenannte "Stakeholder" auftreten.

KundInnen einer Gemeindeverwaltung sind selbstverständlich auch die PolitikerInnen innerhalb und außerhalb der Gemeinde, an die Gemeindethemen herangetragen werden.

4. Beschwerden sind grundsätzlich wünschenswert!

Eines gleich vorweg: Beim Beschwerdemanagement geht es regelmäßig **nicht** darum, Beschwerden zu vermeiden. Am Ende kann das Ziel nur lauten, wohl die Ursachen für Beschwerdefälle zu beseitigen oder zu reduzieren, aber gleichzeitig dafür zu sorgen, dass möglichst viele Betroffene ihre vorhandene Unzufriedenheit artikulieren. Nur dann besteht die Chance, in der Organisation darauf zu reagieren und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Großteil der Unzufriedenen beschwert sich nicht. Wenige Beschwerden zu haben heißt oft nur, dass unsere KundInnen sich nicht artikulieren konnten und andere Möglichkeiten für den Umgang mit ihrer Unzufriedenheit gewählt haben.

Welche Reaktionsmöglichkeiten des Kunden gibt es bei Unzufriedenheit?

Bei einem **Produkt** ist es relativ einfach:

☐ **Inaktivität:** Ein Kunde nimmt resigniert einen Fehler bei einem Produkt zur Kenntnis.

☐ **Abwanderung:** Ein Kunde wechselt das Produkt bei nächster Gelegenheit.

☐ **Negative Mundkommunikation:** Ein Kunde macht seinem Ärger dadurch Luft, dass er anderen von seinem negativen Produkterlebnis berichtet.

☐ **Beschwerde:** Erst als letzte Möglichkeit wird ein Kunde sich bei einem Unternehmen über das Produkt beschweren. Erst jetzt bekommt das Unternehmen die Chance, einen Fehler wieder gutzumachen.

Erbringt eine **Behörde** eine Dienstleistung, so sind die Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger etwas anders, aber in vielfacher

Sie können eine Entscheidung resignierend zur Kenntnis nehmen.
 Sie haben eher selten die Wahl, woanders hin abzuwandern, wenn sie mit einem Bescheid nicht zufrieden sind. Im Falle einer Betriebsansie-

Hinsicht ähnlich:

	delung hingegen hätte ein Unternehmen durchaus die Möglichkeit, in eine Gemeinde zu wechseln, in der es sich besser behandelt fühlt.
	Selbstverständlich können die BürgerInnen ihre Erlebnisse relativ rasch in Form von negativer Mundkommunikation weitertransportieren, sie können in ihrem privaten Bereich darüber reden, aber auch ihren Ärger an PolitikerInnen ihrer Region herantragen.
	Auch in diesem Fall bietet eine Beschwerde die Chance , dass eine Entscheidung oder eine Verhaltensweise noch einmal überprüft wird und die Unzufriedenheit kanalisiert werden kann.
5.	Beschwerdemanagement im engeren Sinn
	as gehört nun zum Beschwerdemanagement im engeren Sinn? Welche emente sollten auf jeden Fall enthalten sein?
	er kann auch für den Einsatz in der Verwaltung auf die Erkenntnisse in r Marketing-Literatur ⁵ zurückgegriffen werden.
	n Beschwerdemanagement ist gekennzeichnet durch die folgenden vier usteine:
	Beschwerdestimulierung
	Beschwerdeannahme
	Beschwerdebearbeitung
	Beschwerdereaktion

Beschwerdestimulierung

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein wirksames Beschwerdemanagement ist, dass ein großer Teil der vorhandenen Unzufriedenheit auch in Form von Beschwerden artikuliert wird. Darum geht es bei der Beschwerdestimulierung.

Selbstverständlich gibt es auch bei öffentlichen Einrichtungen sogenannte "StammkundInnen". Wenn man diese jetzt auch noch "stimuliert", besteht die Gefahr, dass sie dazu ermuntert werden, noch aktiver als bisher ihre oft schwer fassbaren Anliegen einzubringen. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass es sich hier stets um einen äußerst geringen Anteil der Betroffenen handelt.⁶ Dieser hat sich schon bisher kaum davon abhalten lassen, regelmäßig soweit vorzudringen, um eine Beschwerde möglichst wirksam loszuwerden.

Vor jeder Art von Öffentlichkeitsarbeit muss eine Entscheidung über den bevorzugten Beschwerdekanal getroffen werden. Zum einen geht es darum, die Hürden für die BürgerInnen möglichst niedrig zu gestalten, zum anderen ist ein Weg zu finden, der für die Organisation am besten zu bewältigen ist. Dieser Beschwerdeweg und die Kontaktdaten der Beschwerdestelle müssen jedenfalls aktiv kommuniziert und den Betroffenen nähergebracht werden.

Beschwerdeannahme

Bei der Beschwerdeannahme geht es um die "Erstversorgung" im Beschwerdemanagement, die bestmöglich zu gestalten ist. Dieser Erstkontakt ist für die KundInnen und BürgerInnen ein Schlüsselerlebnis, egal ob dies schriftlich, am Telefon oder in einem persönlichen Gespräch erfolgt. Hier ist es von größter Bedeutung, geeignete MitarbeiterInnen einzusetzen, die schon am Beginn dazu beitragen können, dass die Beschwerdebehandlung in der Folge zufriedenstellend verläuft. Hauptaufgabe der Beschwerdeannahme ist es, die Beschwerdeninformation zu erfassen: Was ist genau der Inhalt der Beschwerde? Welche Person ist Beschwerdeführerin? Welche Kontaktdaten stehen zur Verfügung?

In der Beschwerdeannahme werden erste Verantwortlichkeiten für die weitere Bearbeitung festgelegt. Von besonderer Bedeutung ist es, dass die BeschwerdeführerInnen eine rasche Rückmeldung erhalten und erfahren, dass ihr Anliegen angekommen ist und nun von der zuständigen Stelle bearbeitet wird. Jeder Zweifel darüber, ob die Beschwerde angenommen wurde, führt dazu, dass weitere Telefonate und Schreiben gesendet und bearbeitet werden müssen.

Beschwerdebearbeitung

Für diese Phase des Beschwerdemanagementprozesses sind die unterschiedlichen Arten von Beschwerdebearbeitungsprozessen zu identifizieren. Die Verantwortlichkeiten für die weitere Bearbeitung sind festzulegen, wenn diese nicht in der Beschwerdestelle erfolgt. Bearbeitungstermine und -zeiten müssen definiert und kontrolliert werden. In der Verwaltung könnten für diese Phase **Mindeststandards** für die Bearbeitung der nachstehenden Typen von Beschwerden entwickelt werden:

Mündliche oder telefonische Beschwerden
Schriftliche Beschwerden
Fehlgeleitete Beschwerden
Anonyme Beschwerden usw.
•

Die Beschwerdebearbeitung ist gut zu **dokumentieren**, damit sie später jederzeit mit wenig Aufwand nachvollzogen werden kann.

Beschwerdereaktion

Bei der Beschwerdereaktion handelt es sich um das Endprodukt des Beschwerdemanagementprozesses aus Sicht der BeschwerdeführerInnen. Hier bewegt man sich in einem Spannungsfeld: für standardisierte und qualitativ hochwertige Erledigungen sorgen und gleichzeitig ein möglichst individuelles Eingehen auf ganz unterschiedliche Anliegen sicherstellen!

Als Ergebnis muss jedenfalls eine angemessene Reaktion gefunden werden. Wenn eine einfache Erledigung dazu führt, dass ein Beschwerdeführer dadurch nachher unzufriedener ist als vor seiner Beschwerde, so ist das ebenso wenig wünschenswert wie der gegenteilige Fall, dass eine Beschwerde die Arbeitskapazität einer ganzen Abteilung für längere Zeit lahmlegt.

Wann spricht man von Beschwerdezufriedenheit?

Ziel des Beschwerdemanagements ist es, bei den KundInnen die sogenannte Beschwerdezufriedenheit zu erreichen. Ausschlaggebend dafür, dass die ursprüngliche Unzufriedenheit mit der Dienstleistung im Beschwerdeverfahren behoben werden kann, sind vor allem die nachstehenden Kriterien⁷:

Zugänglichkeit:

Wie einfach kann man seine Beschwerde bei der zuständigen Stelle einbringen?

Oualität der Kommunikation:

Freundlichkeit u	und	Höflichkeit,	Einfühlungsvermögen	und	Verständ-
nis,					

☐ Bemühen und Hilfsbereitschaft, Aktivität und Initiative, Verlässlichkeit.

Reaktionsschnelligkeit:

Ein ganz zentraler Punkt ist die Schnelligkeit der Reaktion.

Angemessenheit und Fairness des Ergebnisses:

Am Ende steht natürlich das Ergebnis im Mittelpunkt des Interesses: Passt diese Lösung mit den ursprünglichen Erwartungen zusammen oder nicht?

Besonderheit im öffentlichen Dienst

Gerade im öffentlichen Dienst und in der Hoheitsverwaltung wird das Ergebnis des Beschwerdeverfahrens dem Anliegen des Bürgers regelmäßig nicht vollinhaltlich Rechnung tragen (können). Die Leistung einer Behörde kann daher nur in einer fristgerechten, nachvollziehbaren Erledigung und in einer guten Kommunikation bestehen und nicht darin, dem ursprünglichen Wunsch zur Gänze Rechnung zu tragen.

6. Beschwerdeauswertung – Feedback

Nach dem eigentlichen Beschwerdemanagementprozess beginnt der Teil des Beschwerdemanagements, der für die BürgerInnen kaum sichtbar, aber für die Organisation von größter Bedeutung ist. Das Beschwerdemanagement dient auch dazu, Feedback über die eigene Organisation und ihre Produkte zu erhalten. Die dadurch gewonnenen Informationen sollen in künftige Aktivitäten der Organisation einfließen.

Beschwerdeauswertung

Die quantitative Beschwerdeauswertung stellt die Anzahl der Beschwerden fest und gibt einen Überblick darüber, welche Produkte, Dienstleistungen oder Themenbereiche in einem besonderen Ausmaß zu Beschwerden geführt haben.

In der qualitativen Beschwerdeauswertung ist zu prüfen, welche Auffälligkeiten und welche Besonderheiten in den einzelnen Beschwerden sichtbar wurden und wie das Beschwerdethema letztlich gelöst werden konnte.

Im Beschwerdecontrolling werden wiederum Fragen nach der Artikulationsquote bei Beschwerden, nach der Beschwerdezufriedenheit insgesamt, aber auch nach Kosten und Nutzen des Beschwerdemanagements gestellt.

Beschwerdedokumentation

Ein zentraler Punkt im Beschwerdemanagement ist die Frage der Dokumentation. Alle Daten sind in einer Form zu erfassen, dass sie auch nach einem längeren Zeitraum noch genützt werden können. Sowohl die Bearbeitung als auch die Ergebnisse und die wesentlichen Beschwerdeinhalte sollen in einer einfachen Form abgefragt werden können.

Während des Beschwerdemanagementprozesses wird dadurch der Bearbeitungsstatus und die Anzahl der Erledigungen transparent. In einer späteren Phase hilft die Dokumentation, die enthaltenen Informationen mit Hilfe einer geeigneten Software rasch aufbereiten zu können.

Gewonnene Information nützen

Die Nachbearbeitung von Beschwerden sorgt dafür, dass die gewonnenen Informationen nutzbar und für sämtliche Betroffene zugänglich bleiben. Jetzt gilt es, die Anlässe und Ursachen für Beschwerden in Zukunft zu beseitigen oder zumindest zu reduzieren. Erst dann ist es gelungen, das Beschwerdemanagement in einer Verwaltungsorganisation erfolgreich zu verankern.

7. Knackpunkte im Beschwerdeverfahren

Welche Kriterien entscheiden über Erfolg oder Misserfolg im Beschwerdeverfahren?

Am Beginn des Prozesses ist die **Auffindbarkeit und die Erreichbarkeit** der Beschwerdestelle von größter Bedeutung.

Zweites wesentliches Kriterium für die Zufriedenheit der Betroffenen ist das **Bearbeitungstempo**.

Bei mündlich bzw. telefonisch eingebrachten Beschwerden zählt – wie so oft – **der erste Eindruck:** Wirkt die zuständige Person kompetent, freundlich und bemüht oder ist das eher nicht der Fall?

Bei schriftlichen Beschwerden wiederum sind die Kriterien eines modernen Schriftverkehrs zu beachten: Findet sich in der Stellungnahme eine Aneinanderreihung von Gesetzestexten und von Amtsdeutsch oder wird die Problematik in kompakter und leicht verständlicher Weise erläutert?

Ein weiterer Knackpunkt im Beschwerdeverfahren ist die Tatsache, dass eine **zufriedenstellende Lösung** im Sinne der BeschwerdeführerInnen schon aus rechtlichen Gründen **nicht immer möglich** ist. In einer Angelegenheit, in der mehrere Parteien betroffen sind, werden nicht alle Wünsche zufriedenstellend erfüllt werden können. Die Erwartungshaltung muss oft enttäuscht werden. Bei der Erledigung und der Beschwerdebearbeitung kann man in diesen Fällen nur darauf achten, dass auch ein unerwünschtes Ergebnis in einem überschaubaren Zeitraum verständlich und nachvollziehbar kommuniziert wird.

8. Start des Beschwerdemanagements in der Gemeindeabteilung

Das Projekt eines zentralen Beschwerdemanagements wurde vor zwei Jahren in der Gemeindeabteilung für sämtliche Beschwerden im Bereich der eigenen Organisation gestartet. Die wichtigsten Merkmale dieses zentralen Beschwerdemanagements sind die folgenden:

☐ Es gibt eine zentrale Anlaufstelle für Beschwerden
☐ Klare Verantwortung für die Beschwerdebehandlung
☐ Mindeststandards für die Erledigung
☐ Übersichtliche Dokumentation sämtlicher Beschwerdevorbringen
Durch diese organisatorische Maßnahme konnten Doppelgleisigkeiten vermieden und eine raschere Rückmeldung für die Betroffenen gewährleistet werden. Die laufende zentrale Dokumentation schafft einen guten Überblick über sämtliche offenen und abgeschlossenen Beschwerdeverfahren.

In einem nächsten Schritt ging es darum, möglichst viele Kärntner Gemeinden dazu zu motivieren, in ihrer eigenen Organisation ebenfalls ein zentrales Beschwerdemanagement bzw. Bürgerservice einzurichten.

9. Umsetzung Beschwerdemanagement in den Gemeinden

Zur Ausgangslage ist festzustellen, dass es sich hier um keine völlig neue Einrichtung handelt, gab es doch schon in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts erste Diskussionen in den Städten über Organisationsreformen in Richtung mehr Bürgernähe.⁸ Spätestens in den 90er-Jahren haben zahlreiche größere Kommunen nach dem "One-Stop-Shop-Prinzip" eigene Bürgerservicestellen eingerichtet, die durch den Einfluss des "New Public Management" noch weiterentwickelt wurden.

Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, zu denen die meisten im Bundesland Kärnten zählen, haben bisher eher selten die Notwendigkeit für solche Einrichtungen gesehen. Kleinstgemeinden mit wenigen MitarbeiterInnen wiederum sind ohnehin völlig anders organisiert.

In Kärnten haben in einer Umfrage im Frühjahr 2010 insgesamt 23 Gemeinden ihr Interesse bekundet, an einem Pilotversuch "Beschwerdemanagement" teilzunehmen. Diese Resonanz zeigt, dass es doch ein stärkeres Bedürfnis als in der Vergangenheit gibt, sich des Themas Beschwerdemanagement anzunehmen.

Dieses Projekt ist eines von mehreren Reformprojekten der Gemeindeabteilung. Das entspricht auch einem geänderten Selbstverständnis über die klassische Rolle der Gemeindeaufsicht hinaus zu einer Dienstleistungseinrichtung für BürgerInnen und Gemeinden.

Die Einrichtung und Umsetzung des Projektes Beschwerdemanagement in den Kärntner Gemeinden ist in **drei Phasen** geplant:

☐ Schulungs- und Fortbildungsangebote

J	Einrichtung von Beschwerdestellen in der Gemeindeorganisation, Bera-
	tungsangebot durch die Gemeindeabteilung des Landes

☐ Kostengünstige Softwarelösung zur Dokumentation von Beschwerden

Der Nutzen für die Gemeinden besteht darin, dass einerseits die Gemeindeverwaltung näher an den Bürgerinnen und Bürgern organisiert wird. Für sämtliche Beschwerden steht eine Anlaufstelle zur Verfügung, was eine wesentlich raschere Reaktion auf verschiedene Anliegen ermöglicht. Auf Sicht können auch Mehrfacheingaben an verschiedenen Stellen des Gemeindeamtes deutlich reduziert werden.

Andererseits sollen sowohl die BürgermeisterInnen als auch die BehördenleiterInnen entlastet werden, indem eben nicht stets der direkte Weg zur Gemeindespitze gewählt wird, wenn zahlreiche Anliegen an anderer Stelle besser aufgehoben wären.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass möglicherweise öfter eine Lösung vor Ort gefunden wird, bevor BürgerInnen zu einer Aufsichtsbeschwerde greifen. Wenn aber jemand mit seinem Anliegen zu einer anderen Institution (Gemeindeaufsicht oder Volksanwaltschaft) weitergeht, so besteht der Vorteil darin, dass es in der Gemeinde bereits gut aufbereitete Unterlagen gibt, die relativ rasch zur Verfügung stehen.

Erste Schulungsmaßnahmen und Softwarelösung

Die ersten Schulungsmaßnahmen haben im Sommer 2010 stattgefunden. Im Herbst 2010 wurde die vorhandene Software für die Bedürfnisse der Gemeinden weiterentwickelt, wobei besonders auf die einfache Anwendung, eine übersichtliche Beschwerdedokumentation und einen geringen Schulungsaufwand geachtet wurde.

Diese Softwarelösung wird bereits in der ersten Gemeinde eingerichtet, was dort zu interessanten Überlegungen und Diskussionen führt, wie die Gemeindeverwaltung am Beispiel des Beschwerdemanagements so bürgernah und effizient wie möglich gestaltet werden kann.

Diese relativ kleine organisatorische Maßnahme fordert von den Beteiligten zahlreiche Entscheidungen und Weichenstellungen: Organisatorische Abläufe werden bewusst überprüft und neu gestaltet. Die Frage nach dem optimalen Einsatz und der Zufriedenheit der MitarbeiterInnen im Gemeindeamt wird neu gestellt. Vor allem aber rücken die Bedürfnisse der KundInnen und BürgerInnen in den Mittelpunkt der Überlegungen. Schließlich sollen ja deren Kommunikationsmöglichkeiten mit der Gemeinde verbessert werden. Im System Gemeindeorganisation entstehen daher schon bei der Einrichtung des Beschwerdemanagements positive Impulse für die Weiterentwicklung der Organisation.

Ein dynamischer Prozess

Nach der Einführung des Beschwerdemanagements wird darauf zu achten sein, dass dieses als dynamischer Prozess und als Chance für künftige Verbesserungen und Veränderungen genutzt wird. Dieser Informationsfluss, dieses Feedback und ein laufender Verbesserungsprozess sind mit geeigneten organisatorischen Maßnahmen durch die Gemeindeführung sicherzustellen.

10. Resümee und Ausblick

Am Ende dieses Beitrages stellt sich die berechtigte Frage, warum die Initiative, auch in kleineren und mittelgroßen Gemeinden ein zentrales Beschwerdemanagement einzurichten, zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt. Dafür gibt es mehrere Gründe:

Zum einen zeigen die Erfahrungen in größeren Städten, dass sich die Einrichtung eines zentralen Bürgerservices trotz mancher Anlaufschwierigkeiten bewährt hat. Auch im Bürgerservice der Gemeindeabteilung der Kärntner Landesregierung ist zu erkennen, dass z. B. aus den Bezirksstädten nur wenige Beschwerden an die Gemeindeaufsicht herangetragen werden.

Sämtliche Überlegungen zum Reformmodell des New Public Managements beinhalten eine stärkere Kunden- und Bürgerorientierung, die auch in kleineren Organisationseinheiten ein zentrales Beschwerdemanagement voraussetzt.

Ein weiterer Grund ist im gestiegenen Selbstbewusstsein der BürgerInnen gegenüber jeder Art von Behörden zu finden: Zunehmend verstehen sich die Menschen als "Auftraggeber", schließlich sind sie Steuerzahler und finanzieren mit ihrem Geld öffentliche Einrichtungen mit. Staatliche Stellen werden als Dienstleister empfunden, die ein gutes Service für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen haben. Diese Haltung trifft auf ein Umfeld, in dem bereits seit Jahrzehnten von Einsparpotentialen und notwendigen Effizienzsteigerungen der öffentlichen Hand die Rede ist. Ein gut organisiertes Beschwerdemanagement kann für die öffentliche Verwaltung ein wichtiges Bindeglied zu diesen KundInnen sein, das einen regelmäßigen Informationsaustausch unterstützt und damit die Qualität der Dienstleistung und der Kommunikation einer Behörde verbessert.

Bisher war diese Notwendigkeit in den Gemeinden nicht so stark gegeben. Schließlich agieren sie näher am Bürger als fast alle anderen öffentlichen Einrichtungen. Doch auch hier sind in den letzten Jahren viele Abläufe und Entscheidungen komplexer geworden und die Kommunikationsbedürfnisse der BürgerInnen gestiegen.

Bei der Einrichtung eines zentralen Beschwerdemanagements in der Gemeindeorganisation handelt es sich sowohl vom finanziellen als auch organisatorischen Aufwand her um eine Maßnahme, die sich mit relativ geringen Ressourcen einrichten lässt. Im Gegenzug dafür kann sie einen wichtigen Schritt Richtung mehr Bürgernähe, besserer Kommunikation und einer Entlastung der Gemeindespitze darstellen.

Anmerkungen

- 1 Ungeachtet dessen, dass der Verfasser im Rahmen seiner T\u00e4tigkeit in der Abteilung 3 Gemeinden mit dem Projekt Beschwerdemanagement betraut ist, gibt der gegenst\u00e4ndliche Beitrag die pers\u00f6nliche Meinung des Verfassers wieder.
- 2 Vgl. Bernd Stauss/Wolfgang Seidel: Beschwerdemanagement, 3. Auflage, München 2002, S. 34.
- 3 Vgl. Paratsch, Frank/Theymann, Wolfram (2002): Die Chancen des Beschwerdemanagements, in: Innovative Verwaltung 1–2/2002, S. 21.
- 4 Vgl. Bernd Stauss/Wolfgang Seidel: Beschwerdemanagement, 3. Auflage, München 2002, S. 47.
- 5 Vgl. ebenda, S. 84 ff., oder Heribert Meffert/Manfred Bruhn: Dienstleistungsmarketing, 5. Auflage, Wiesbaden 2006, S. 457 f.
- 6 Vgl. Christian Herling (2009): Die Zahl der Beschwerden erhöhen, in: Training Nr. 3/2009, S. 30 ff.
- 7 Vgl. Bernd Stauss/Wolfgang Seidel: Beschwerdemanagement, 3. Auflage, München 2002, S. 71 f.
- 8 Vgl. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (2007): Bürgerservice, in: Report Nr. 2/2007, Köln, S. 3.

Erfolg und Erfolgsfaktoren der interkommunalen Zusammenarbeit

1. Erfolg und Erfolgsfaktoren

Der Begriff Erfolg bedeutet im wirtschaftlichen Sinn "das idR in monetären Größen erfasste bzw. ausgedrückte Ergebnis des Wirtschaftens, ermittelt durch die Erfolgsrechnung".¹ Die Formulierung ist wertneutral, üblicherweise wird allerdings von einem positiven Ergebnis ausgegangen.²

Als Investment betrachtet ist eine interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) dann erfolgreich, wenn jeder Partner mit Hilfe der Kooperation die damit verbundenen Kosten (Anbahnungskosten, Koordinationskosten usw.) und eine adäquate Rendite erwirtschaftet. In Anlehnung an das Shareholder Value-Konzept setzt sich die Höhe der Rendite aus der alternativ erzielbaren risikofreien Rendite (unsystematisches Risiko, z. B. zehnjährige Staatsanleihen) und dem individuellen Risiko der Kooperation (politisches Risiko, Marktrisiko) zusammen.³

Zwar zeigt sich der Erfolg einer interkommunalen Zusammenarbeit in monetären Größen bei den beteiligten Partnern, aber die der Kooperation zugrunde liegenden Fakten und Motive der Gemeinden sind vielschichtig und finanziell nicht unmittelbar greifbar.⁴

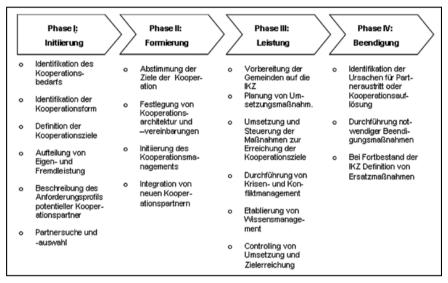
Eine interkommunale Zusammenarbeit wird daher dann als erfolgreich anzusehen sein, wenn sie (langfristigen) Bestand hat und sie die an sie gerichteten, gemeinsam formulierten Zielsetzungen erfüllt. Dies impliziert u. a., dass es keine anderen Organisationsformen (z. B. Eigenerstellung) gibt, mit denen diese Zielsetzungen wirksamer und wirtschaftlicher verfolgt werden könnten und dass die individuellen Zielsetzungen der Partnergemeinden dauerhaft erfüllt werden.

Erfolgsfaktoren stellen dabei diejenigen Einzelelemente dar, die in ihrem Zusammenspiel den Erfolg der interkommunalen Zusammenarbeit bestimmen.⁵ Dabei wird angenommen, dass die Faktoren durch Maßnahmen entsprechend ihrer Wirkungsweise beeinflusst werden können. Der Erfolg der interkommunalen Zusammenarbeit beruht damit neben zufälligen Komponenten auf der Summe richtiger Entscheidungen und Handlungen.

In den publizierten Arbeiten zu Erfolgsfaktoren findet man des Öfteren eine Gliederung der Faktoren anhand der Lebensphasen.⁶ Die zugrunde

liegende Annahme ist, dass Faktoren in bestimmten Phasen besonders beeinflussbar oder aber besonders wirksam sind. Der Zeitraum dieser Zustände kann zeitlich allerdings divergieren. So wird beispielsweise der Faktor "Qualität der Partner" häufig der Initiierungsphase zugerechnet,⁷ da hier die Partnerauswahl erfolgt. Der Nutzen der Zusammenarbeit mit qualitativ hochwertigen Partnern macht sich allerdings wahrscheinlicher erst in den folgenden Phasen und dabei insbesondere bei der Leistungserstellung bemerkbar. Von einer Gliederung der Faktoren nach Lebensphasen wird daher Abstand genommen.⁸

Abbildung 1: Maßnahmen der Lebensphasen in der IKZ



Quelle: Rautenstrauch (2003), S. 101, adaptiert auf IKZ.

2. Konzepte zur Klassifikation von Erfolgsfaktoren

2.1 7-S-Modell

2.1.1 7-S-Konzept:

In ihrer Untersuchung über den Erfolg von US-Großunternehmen Anfang der achtziger Jahre identifizierten die Autoren Peters und Waterman acht Merkmale, welche die "exzellenten" Unternehmen von anderen unterscheiden: Primat des Handelns, Nähe zum Kunden, Freiraum für Unternehmertum, Produktivität durch Menschen, sichtbar gelebtes Wertesys-

tem, Bindung an das angestammte Geschäft, einfacher flexibler Aufbau und strafflockere Führung. ¹⁰ Zusammengefasst zeichnen sich die exzellenten Unternehmen durch die Beherrschung der einfachen Grundtugenden unternehmerischen Handelns auf allen Ebenen aus. ¹¹

Standen im Vorfeld ihrer Untersuchung vor allem die "harten" Strukturmerkmale wie die Unternehmensstrategie und -struktur im Vordergrund von Wissenschaft und Praxis, lenkten Peters und Waterman die Aufmerksamkeit auf die Beeinflussung der "weichen" Strukturmerkmale wie z. B. die Unternehmenskultur, die laut den Autoren ebenso wichtig, wenn nicht gar wichtiger für den Unternehmenserfolg sind. ¹² Die Autoren sehen es als notwendig an, dass mindestens sieben Elemente aufeinander abgestimmt werden müssen, damit ein Unternehmen langfristig erfolgreich am Markt agieren kann. ¹³ Zu den "harten" Elementen zählen Strategie, Struktur und Systeme. Gemeinsame Werte, Führungsstil, Mitarbeiter und Fähigkeiten gehören zu den "weichen" Elementen. Um das Konzept einfach erklären zu können, entwarfen die Autoren mit Unterstützung der Alliteration – alle Variablen fangen im Englischen mit einem "S" an – ein einprägsames grafisches Symbol für ihr Modell, welches an ein Atom (siehe Abbildung 2) erinnert:

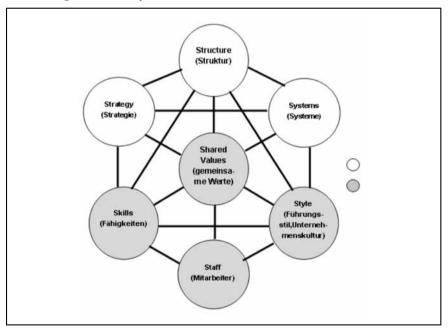


Abbildung 2: McKinsey-7-S-Modell

Quelle: Peters/Waterman (1984), S. 32, adaptiert.

Die Strategie gibt die langfristigen Ziele der Unternehmung vor und gibt Aufschluss über die Maßnahmen und Ressourcen, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. ¹⁴ Mit Struktur ist die formelle Organisationsstruktur gemeint. Sie gibt vor, wie die Aufgaben und Tätigkeiten aufgeteilt, strukturiert und koordiniert werden. ¹⁵ Unter den Systemen sind die unterstützenden Systeme wie Managementsysteme und Herstellungssysteme subsumiert. ¹⁶

Das Element "gemeinsame Werte" ist der Kern der Unternehmung und befindet sich daher im Mittelpunkt des Modells. Es umfasst alle zentralen Erwartungen, Überzeugungen, Werte und Normen der Unternehmung im Sinne einer Unternehmensphilosophie.¹⁷ Der Führungsstil bezieht sich auf die stillschweigende, kulturell geprägte Vorgehensweise der Unternehmensführung, wie beispielsweise symbolisches Verhalten.¹⁸ Eine Abgrenzung zu den gemeinsamen Werten ist nur schwer möglich.¹⁹ Das Element Mitarbeiter beinhaltet das Personal, die Ausgestaltung des Personalwesens und den Einsatz von Personalführungsinstrumenten. ²⁰ Die Fähigkeiten umfassen schließlich alle außerordentlichen Fertigkeiten der Unternehmung auf der organisatorischen und zwischenmenschlichen Ebene.²¹

Die Untersuchung von Peters und Waterman und ihr Werk "In Search of Excellence" führten in Wissenschaft und Praxis zu großer Beachtung. Als problematisch werden u. a. die fehlende Behandlung der Abhängigkeiten der Faktoren untereinander, die fehlende Aufschlüsselung in konkret handhabbare Komponenten, die unsystematische Abgrenzung der Erfolgsfaktoren, die Unvollständigkeit und die fehlende Behandlung von Misserfolgsfaktoren gesehen.²²

2.1.2 Klassifikation der IKZ-Erfolgsfaktoren nach 7-S

Das 7-S-Modell weist drei Eigenschaften auf, die es für die Klassifikation von IKZ-Erfolgsfaktoren als besonders geeignet erscheinen lassen. Das Modell ist im Rahmen einer Erfolgsfaktorenforschung entstanden und beinhaltet mit sieben zu differenzierenden Bereichen ein solides Grundgerüst. Weiterhin berücksichtigt es bereits im Ansatz die Interdependenz von Erfolgsfaktoren.

2.1.2.1 Faktoren im Bereich Struktur und Organisation

Hohe Oualität der Partner:

Der Faktor "Qualität der Partner"²³ bezieht sich auf den Umstand, dass mehrere Kranke keinen Gesunden machen oder, bezogen auf die Kooperation, dass der Zusammenschluss erfolgloser Partner eher unwahrscheinlich zu einer erfolgreichen interkommunalen Zusammenarbeit führt.²⁴

Struktureller Fit:

Der "strukturelle Fit" bezieht sich auf das Zusammenpassen der Partner vor dem Hintergrund der strukturellen Eigenschaften wie Kooperationsfeld, Ressourcen-Potential und Gemeindegröße. Je ungleichgewichtiger die Verteilung in der interkommunalen Zusammenarbeit ist, desto eher ist mit Dominanzstreben²⁵ einzelner Partner zu rechnen. Mit der Dominanz einher geht der Einsatz von Macht anstelle von gegenseitigem Vertrauen.

Kooperationsumfang und Anzahl der Partner:

Die Anzahl der Partner²⁶ bestimmt über das Ausmaß an Möglichkeiten und Ressourcen auf der einen und Koordinations- und Abstimmungsaufwand auf der anderen Seite. Je geringer die Anzahl der Partner, desto geringer sind die Mittel bzw. Potentiale der Kooperation, aber auch der Koordinationsaufwand. Für eine interkommunale Zusammenarbeit mit einer Vielzahl an Partnern gilt das Umgekehrte.²⁷ Obwohl eine optimale Anzahl der Partner in der interkommunalen Zusammenarbeit stark vom Kooperationskonzept und -ziel (z. B. Beschaffungskooperation mit möglichst vielen Partnern vs. Know-how-Austausch mit wenigen Partnern) abhängt und zudem situationsspezifisch ist, erscheint bei interkommunaler Zusammenarbeit eine überschaubare Anzahl an Partnern am ehesten erfolgversprechend.

Schriftliche Verträge als Kooperationsgrundlage:

Ein lateinisches Sprichwort besagt: "Am Anfang an das Ende denken." Die schriftliche Fixierung der Zusammenarbeit, sofern sie nicht zu detailliert erfolgt und damit die Flexibilität der Akteure zu stark einschränkt, wird empfohlen.²⁸ Der Kooperationsvertrag sollte u. a. Ziele, Form und Bedingungen der Zusammenarbeit, Verantwortlichkeiten, Aufgaben-, Kosten- und Ergebnisverteilung sowie Umgang mit Konfliktfällen und deren Sanktionierung enthalten.²⁹ Der Nutzen des Vertrages ergibt sich vor allem aus der Vorbeugung von Konfliktsituationen bzw. deren effizienten Lösung.

Rechtlicher Status:

Bei der Gestaltung der interkommunalen Zusammenarbeit sind die Gemeinden grundsätzlich frei in ihrer Entscheidung, ob ein neuer gemeinsamer Rechtsträger gegründet werden soll. Prinzipiell wird empfohlen, bei niedriger Intensität zunächst die Kooperation mit Einzelverträgen zu fixieren. Erst bei hoher Intensität sollte eine gemeinsame Organisationsform in Betracht gezogen werden. Der Vorteil der gemeinsamen Organi-

sationsform³⁰ kann in einer klaren Zuordnung der Ressourcen und der Rechte und Pflichten liegen. Vorteile einer gemeinsamen Organisationsform können auch steuerrechtlicher Natur sein.³¹

Aufgabenfokussierte Organisation:

Eine aufgabenfokussierte Organisation³² trägt der Tatsache Rechnung, dass die Partner nicht nur innerhalb ihrer Organisation effizient mit den Ressourcen umgehen, sondern dies auch in der Kooperation tun müssen. Eine effiziente Organisation zeichnet sich dadurch aus, dass sie stringent dem Leitsatz "Structure follows Strategy" folgt. Fokus der Organisationsgestaltung ist demnach nicht das Erfüllen der Partikularinteressen der Partner, sondern die Kooperationsstrategie.

Zügige Leistungsfähigkeit der Kooperation:

Die Bildung oder Erweiterung einer interkommunalen Zusammenarbeit ist mit erheblichem Zeit- und Finanzaufwand verbunden. In der Initierungs- und Gründungsphase treten erhebliche Kosten in Form von Analyse-, Such- und Anbahnungskosten auf, denen zunächst kein oder kaum (monetärer) Nutzen gegenübersteht. Da die Ressourcen der Partner meist begrenzt sind, eine lange Aufbauphase das Erreichen der Kooperationsziele verzögert, kann das zügige Erreichen der Leistungsfähigkeit³³ einen bedeutenden Erfolgsfaktor darstellen. Der Faktor Zeit – auch im politischen Kontext – führt dazu, dass einem allzu langsamen, gründlichen Aufbau der Kooperation Grenzen gesetzt sind.

Gemeinsames Management und Controlling:

Der Faktor (politisches) Management und Controlling³⁴ bezieht sich auf die wechselseitige, notwendige Abstimmung auf der Sach- und der sozialen Ebene. Das Controlling dient der gemeinsamen Überprüfung der Zielerreichung. Eine von den Partnern allgemein akzeptierte Teilung des Erfolgs wird sich, nicht zuletzt wegen der individuellen Bewertung des eigenen Inputs, häufig als schwierige Operation erweisen.

2.1.2.2 Faktoren im Bereich Strategie

Dauerhafte Win-Win-Situation:

Eine interkommunale Zusammenarbeit wird nur (erfolgreich) Bestand haben, wenn sie so konzipiert und geführt wird, dass eine dauerhafte Win-Win-Situation für alle Beteiligten³⁵ entsteht. Die Summe aus demokratiepolitischen, produktionswirtschaftlichen und organisatorischen Kosten für die individuelle Zielerreichung muss geringer sein als bei einem Alleingang

und im Vergleich zu anderen Organisationsformen. Außerdem müssen die mit der Kooperation verbundenen individuellen Ziele nachhaltig sein.

Strategischer Fit:

Der "strategische Fit"³⁶ gibt darüber Aufschluss, ob die Strategien der Kooperationspartner kompatibel und ergänzend sind. Der strategische Fit ist insbesondere vom Zweck der Kooperation abhängig. Besteht das Ziel z. B. in der Bündelung der Ressourcen zur Versorgung eines gemeinsamen Bereiches mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, ist eine übereinstimmende Strategie der Partner notwendig. Besteht das Ziel hingegen in dem Know-how-Zugewinn bezüglich Kostensenkung auf der einen und Qualitätssteigerung auf der anderen Seite, dürfte eine entsprechend unterschiedlich ausgeprägte Strategie der Partner eher zum Kooperationserfolg führen. Der strategische Fit impliziert in diesem Zusammenhang, dass die Partner auch bezüglich der zugrunde liegenden Kernkompetenzen zusammenpassen und politisch kompatibel sind.

Frühzeitig vereinbarte gemeinsame Ziele:

Die limitierte Verfügbarkeit von Ressourcen bei den Partnern bedingt die Konzentration der Kräfte für den Kooperationserfolg. Dies wird nur möglich, wenn aus der Vielfalt individueller Zielbündel frühzeitig gemeinsame Ziele³⁷ abgeleitet werden. Qualitativ hochwertige Ziele zeichnen sich dadurch aus, dass sie die wesentlichen Interessen der Partner reflektieren, ambitiös aber erreichbar sowie klar und verständlich sind. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, ist mit einem hohen Engagement der Partner zu rechnen.

Qualität der Kooperationsstrategie:

Die Kooperationsstrategie gibt den Weg vor, wie die gemeinsam vereinbarten Ziele erreicht werden sollen. Eine qualitativ hochwertige Strategie ist u. a. dadurch gekennzeichnet, dass sie direkt aus den Zielen abgeleitet ist, eine unter Rendite- und Risikogesichtspunkten effiziente und effektive Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele darstellt, leicht verständlich und kommunizierbar ist sowie unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen operationalisierbar, steuerbar und messbar ist.

2.1.2.3 Faktoren im Bereich Systeme und Ressourcen:

Moderne Informations- und Kommunikationssysteme:

Informations- und Kommunikationsbeziehungen erfolgen in der interkommunalen Zusammenarbeit auf drei Ebenen: auf der Partner-, der Kooperations- und Umweltebene (Bürger, Kunden, politische Parteien, usw.).³⁸ Die

größte Herausforderung stellt die Kooperationsebene dar, da durch die Aufteilung des Entscheidungs-, Herstellungs- und/oder Dienstleistungsprozesses auf mehrere Partner ein hoher Abstimmungs- und Koordinationsbedarf entsteht. Moderne Informations- und Kommunikationssysteme bieten in diesem Zusammenhang Kostenvorteile, indem Durchlaufzeiten reduziert und Medienbrüche vermieden werden; Informations- und Kommunikationsvorteile, indem räumliche Distanzen schnell und transparent überbrückt werden können, sowie Integrationsvorteile, da der Informationsaustausch idR formalisiert und standardisiert wird und somit eine effizientere Koordination ermöglicht wird.³⁹

Quantität hochwertiger Ressourcen:

Der Faktor Quantität der Ressourcen⁴⁰ bezeichnet den Umfang der von den Kooperationspartnern eingebrachten qualitativ hochwertigen Ressourcen, darunter u. a. Mitarbeiter, Know-how, Produktionsanlagen und Kapital. Der Nutzen der interkommunalen Zusammenarbeit aus der Bündelung der Ressourcen ist umso höher, je größer der Pool ist, aus dem die Partner auswählen können.

2.1.2.4 Faktoren im Bereich Fähigkeiten

<u>Vernetzungskompetenz:</u>

Die Vernetzungskompetenz⁴¹ bestimmt, ob die Ressourcen und Fähigkeiten effizient verbunden werden. Dabei bezieht sich die Kompetenz zum einen auf die bestehende interkommunale Zusammenarbeit, zum anderen auf den Pool potentieller weiterer Kooperationspartner.

Infrastrukturkompetenz:

Die Infrastrukturkompetenz⁴² bezeichnet die Fähigkeit zur bedarfsgerechten und effizienten Bereitstellung der benötigten Infrastrukturen. Durch die Kooperation ergeben sich neue Fragen und Herausforderungen. Dabei ist vorteilhaft, wenn die Infrastrukturen und Dienste von den Kooperationspartnern entsprechend ihrer Kompetenz bereitgestellt bzw. erbracht werden.

Change-Management-Kompetenz:

Ein zentrales Spannungsfeld der interkommunalen Zusammenarbeit besteht im Ausgleich zwischen der notwendigen Stabilität und Dynamik der Kooperation. Das Change Management bzw. die Wandlungskompetenz⁴³ ist die Kompetenz, sich dynamischen Herausforderungen zu stellen und Innovationen hervorzubringen. Elemente der Wandlungsfähigkeit in der Kooperation sind strategische und politische Beweglichkeit, mitarbeiterbedingte Vielseitigkeit, ressourcenseitige Wandelbarkeit und strukturelle Anpassungsfähigkeit.⁴⁴

2.1.2.5 Faktoren im Bereich gemeinsame Werte

Kultureller Fit:

Der kulturelle Fit⁴⁵ gibt Auskunft darüber, ob die jeweiligen Organisationskulturen der Partner kompatibel sind. Unter Organisationskultur wird in diesem Zusammenhang die "Gesamtheit der in der Organisation gemeinsam gelebten Wert- und Normenvorstellungen sowie der allgemein geteilten Denk- und Verhaltensmuster, welche die Entscheidungen, Handlungen bzw. Unterlassungen der Organisationsmitglieder determinieren",⁴⁶ verstanden.

Die Kultur erfüllt in der Organisation vier Funktionen: eine Integrationsfunktion durch die Schaffung eines Konsenses, eine Koordinationsfunktion als Ersatz für strukturelle und personale Führung, eine Motivationsfunktion durch die Vermittlung von Sinnhaftigkeit und eine Identifikationsfunktion durch die Schaffung eines gemeinsamen "Wir-Gefühls".⁴⁷ Die Organisationskulturen in Kooperationen sollten möglichst ähnlich sein.

Zwischenmenschliche Chemie:

Die zwischenmenschliche Chemie⁴⁸ zielt in Zusammenhang mit der interkommunalen Zusammenarbeit auf das persönliche Verhältnis der Repräsentanten der Partner ab. Persönlichkeiten, die sich menschlich (und politisch) gut verstehen oder durch freundschaftliche Erfahrungen verbunden sind, haben es leichter, die notwendige Vertrauensbildung zu bewerkstelligen.

Vertrauen:

Gegenseitiges Vertrauen⁴⁹ wird in Literatur und Praxis sehr häufig als eine der wichtigsten Komponenten des Kooperationserfolgs betrachtet.⁵⁰ Vertrauen erleichtert das Handeln und die soziale Interaktion unter Unsicherheit und führt somit zu einer erheblichen Komplexitätsreduktion. Dabei führt Vertrauen nicht zu einer Reduktion der Unsicherheit oder Herstellung von Sicherheit. Es basiert vielmehr auf der Zuversicht, dass die eigenen Erwartungen nicht oder nur mäßig enttäuscht werden.⁵¹ Zu unterscheiden sind in diesem Zusammenhang das Vertrauen in den jeweiligen

Partner (Fremdvertrauen) und das Systemvertrauen bzw. das Vertrauen in die Kooperationsorganisation.⁵² Mit Hilfe von vertrauensbildenden Maßnahmen ist es möglich, den Aufbau von Vertrauen zu beeinflussen.

2.1.2.6 Faktoren im Bereich Stil

Hohe Intensität des Engagements:

Der Kooperationserfolg lebt von der Initiative und dem Engagement⁵³ seiner Partner. Die besondere Verantwortung dafür liegt bei den Bürgermeistern, Gemeindeorganen, Verwaltungsspitzen, Kooperationsorganen und Geschäftsführungen. Aufbau, Pflege und Förderung von Zusammenarbeit und Vertrauen müssen kontinuierlich betrieben werden. Die Chancen des langfristigen Bestandes schwinden, wenn Partner nur passiv auf Krisen und Probleme reagieren. Ein hohes Engagement ist vor allem dann zu erwarten, wenn die Partner gemeinsame und (beidseitig) lukrative Ziele verfolgen können.

Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Kooperationspartnern:

Der Faktor Verantwortungsbewusstsein⁵⁴ oder Commitment bestimmt die Loyalität des Verhaltens untereinander. Eine hohe Verbundenheit der Partner trägt dazu bei, dass (persönliche und/oder politische) Konflikte oder wirtschaftliche Engpässe (besser) überbrückt und Partner nicht (absichtlich) benachteiligt werden.

Offene und häufige Kommunikation:

Um Missverständnisse zu vermeiden und Konflikten vorzubeugen, ist eine offene und häufige Kommunikation⁵⁵ förderlich. Dies gilt zwar im besonderen Maße zwischen den Kooperationspartnern, doch auch innerhalb der Partner sollten die Gemeindemandatare, Gemeindemitarbeiter und interessierten BürgerInnen über den Stand der Zusammenarbeit in Kenntnis gesetzt sein. Der Faktor Kommunikation beinhaltet die Informationsbeschaffung, -übermittlung, -verarbeitung und -speicherung.

2.1.2.7 Faktoren im Bereich soziale Kompetenz und Umfeld

Reifegrad der Gemeindemandatare und Gemeindemitarbeiter:

Der Faktor Reifegrad der Gemeindemandatare und Gemeindemitarbeiter zielt darauf ab, ob die politische und verwaltungsmäßige Gemeindeführung fähig ist, sich den zwischenmenschlichen Erfordernissen der Kooperation anzupassen, d. h., ob sie zum Wohle der Kooperation fähig

sind, zu teilen, zu vertrauen und eigene Interessen zurückzustellen. Diese Herausforderung ist besonders hoch in von "Gemeindefürsten" dominant geführten Gemeinden.

Konfliktmanagementkompetenz:

Die interkommunale Zusammenarbeit befindet sich stets im Spannungsfeld organisationsimmanenter Widersprüche. Anzuführen sind die Koexistenz von Kooperation und Konkurrenz, der Ausgleich zwischen Interdependenz und Unabhängigkeit der Partner sowie das Wechselspiel zwischen Autonomie und Kontrolle. Er Lösung dieser "Dauerirritationen" bedarf es der Kompetenz des Konfliktmanagements. Ziel des Konfliktmanagements ist die konstruktive Handhabung auftretender Konflikte bei minimalem Reibungsverlust. Die Konfliktlösung wird durch kommunikative Kompetenz und Verhandlungsführung herbeigeführt.

Umweltfaktoren:

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen des Umfelds⁵⁹ der kooperationswilligen Partner haben vor allem in der Anfangsphase Einfluss auf die erfolgreiche Gründung einer interkommunalen Zusammenarbeit. Die Wahl eines attraktiven Kooperationsfeldes hat großen Einfluss auf die Effektivität der interkommunalen Zusammenarbeit.

2.2 Kano-Modell

2.2.1 Kano-Konzept

Das Kano-Modell ist eine Methodik, um Eigenschaften eines Produktes anhand des Beitrags zur Kundenzufriedenheit zu klassifizieren. Die Methode wurde von Prof. Noriaki Kano ab Ende der siebziger Jahre entwickelt⁶⁰ und basiert auf den Erkenntnissen von Herzbergs Motivationstheorie.

Herzberg kam in seiner Untersuchung über die Zufriedenheit und Unzufriedenheit von Mitarbeitern zu dem Ergebnis, dass sich zwei Gruppen von Faktoren unterscheiden lassen: Motivatoren, die bei Erfüllung zu Arbeitszufriedenheit führen, und Hygienefaktoren, die bei Abwesenheit zur Unzufriedenheit, bei Anwesenheit aber nicht zur Zufriedenheit führen.⁶¹ Die Motivatoren sind primär in der Psyche verankert und werden daher auch intrinsische Faktoren genannt. Beispiele sind Arbeitsinhalte, Leistung und Lob. Die Hygienefaktoren stellen hingegen Faktoren des Arbeitsumfelds dar, als Beispiele sind Bezahlung, Arbeitsbedingungen

und Administration anzuführen. 62 Eine wesentliche Erkenntnis der "Zwei-Faktoren-" bzw. Motivator-Hygiene-Theorie von Herzberg ist, dass beide Faktoren unipolar und voneinander unabhängig sind und dass somit Arbeitszufriedenheit und Arbeitsunzufriedenheit gleichzeitig auftreten kann. 63

Das Kano-Modell erweitert den Ansatz von Herzberg und überträgt ihn auf die Kundenzufriedenheit.⁶⁴ In diesem Modell werden drei Arten an Produktanforderungen unterschieden, welche unterschiedlichen Einfluss auf die Kundenzufriedenheit ausüben: Basisfaktoren, Leistungsfaktoren und Begeisterungsfaktoren.

Basisfaktoren stellen Mussanforderungen an ein Produkt dar, die vom Kunden erwartet und daher nicht explizit verlangt werden. Bei Abwesenheit führen sie zu Kundenunzufriedenheit, bei Anwesenheit nicht zur Zufriedenheit. Über die Leistungsfaktoren wird der Wettbewerb ausgetragen. Es handelt sich um diejenigen Faktoren, die vom Kunden erwartet und ausdrücklich verlangt werden. Je besser die Anforderungen erfüllt werden, umso höher steigt die Kundenzufriedenheit. Werden die Anforderungen nur wenig oder gar nicht erfüllt, führt dies zu Kundenunzufriedenheit. Bei den Begeisterungsfaktoren handelt es sich um Faktoren, die vom Kunden weder vorausgesetzt noch erwartet werden. Sie sind dem Kunden gegebenenfalls nicht einmal bekannt, sondern lösen versteckte Probleme. Begeisterungsfaktoren leisten bei Vorhandensein den höchsten Beitrag zur Kundenzufriedenheit, die Abwesenheit hat keinen Einfluss auf die Kundenunzufriedenheit.

Reliabilität und Validität des Modells sind in der Wissenschaft zumindest weitgehend bestätigt, problematisch ist die Tatsache, dass es bisher an einfach anzuwendenden Methoden fehlt, die Zufriedenheitsfaktoren zu identifizieren.⁶⁶

2.2.2 Klassifikation der IKZ-Erfolgsfaktoren nach Kano

Die Anwendung des Kano-Modells bietet den Vorteil in der Differenzierung der Mussfaktoren (Basisfaktoren) und der Durchbruchsfaktoren (Leistungsfaktoren). Die Basisfaktoren stellen in diesem Sinne Erfolgsbarrieren für die interkommunale Zusammenarbeit dar. Ohne sie ist der Kooperationserfolg ausgeschlossen oder stark beeinträchtigt. Reiß unterscheidet zwischen Erfolgsfaktoren, Misserfolgsfaktoren, Erfolgsbarrieren und Misserfolgsbarrieren (siehe Modell der Erfolgsdeterminanten).⁶⁷

Zu den Basisfaktoren zählt die Mehrheit der Faktoren aus den Bereichen Struktur, gemeinsame Werte, Stil und Personen (soziale Kompetenz), also u. a. Zusammenpassen der Partner (struktureller und kultureller Fit), Anzahl der Partner, schriftlicher Vertrag, gegenseitiges Vertrauen,

Kooperationskultur und Reifegrad der Partnerpersönlichkeiten. Diese Faktoren haben gemeinsam, dass sie keinen Wert an sich schaffen, sondern lediglich Voraussetzungen für eine leistungsfähige Zusammenarbeit darstellen.

Einen Grenzfall stellt die Win-Win-Situation dar. Sie ist einerseits Voraussetzung, andererseits kann eine überdurchschnittlich attraktive interkommunale Zusammenarbeit einen Durchbruchsfaktor darstellen, der andere Faktoren kompensieren kann. Weitere Durchbruchsfaktoren sind die Qualität der Partner und die aufgabenfokussierte Organisation.

Die Begeisterungsfaktoren können besonders hohe, unerwartete Ausprägungen der Leistungs- und Basisfaktoren darstellen. Anzuführen sind besonders kommunikative und integrationsbegabte Partnerpersönlichkeiten, die die interkommunale Zusammenarbeit nach Innen zusammenhalten und zum Umfeld hin überdurchschnittlich gut kommunizieren.

2.3 Strategische Erfolgspositionen

2.3.1 SEP - Konzept

Strategische Erfolgspositionen (SEP) sind durch den Aufbau von wichtigen und dominierenden Fähigkeiten bewusst geschaffene Voraussetzungen, die es der Unternehmung erlauben, im Vergleich zur Konkurrenz "längerfristig mit Produkten in Märkten überdurchschnittliche Ergebnisse zu erzielen". SEP stellen somit die Grundlage des Unternehmenserfolgs dar.⁶⁸

SEP können in Bezug auf jedes Nutzenpotential aufgebaut werden.⁶⁹ Bezogen auf das Marktpotential können SEP z. B. eine besonders gute Fähigkeit der Erkennung von Kundenbedürfnissen oder ein umfassendes Distributionsnetz darstellen. Bezogen auf das Technologiepotential kann es sich um eine besonders gute Beherrschung einer Schüsseltechnologie handeln.

SEP entstehen nicht zufällig, sondern bedürfen eines strukturierten Aufbaus und einer sorgfältigen Pflege und Nutzenüberprüfung.⁷⁰ Die Entscheidung für den Aufbau bestimmter SEP ist eine fundamental unternehmerische. Da SEP auf dem Wettbewerb überlegenen und nicht ohne weiteres nachahmbaren Fähigkeiten basieren, ist deren Aufbau mit erheblichen Ressourcen und einer Konzentration der Kräfte verbunden.

Das Konzept der strategischen Erfolgspositionen wurde von Pümpin entwickelt, der sich ab Anfang der achtziger Jahre mit der Thematik auseinandersetzte und das Modell später auch unter dynamischen Gesichtspunkten weiterentwickelte. Der Ansatz weist eine hohe Ähnlichkeit mit dem Konzept der Kernkompetenzen von Prahalad und Hamel aus den neunzi-

ger Jahren auf. Kernkompetenzen sind diejenigen Kompetenzen, die von besonderer strategischer Bedeutung für das Unternehmen sind, simultan den Aufbau mehrerer Erfolgspotentiale unterstützen und eine überlegene Leistung ermöglichen.⁷¹

2.3.2 Klassifikation der IKZ-Erfolgsfaktoren nach SEP

Mit dem Konzept der strategischen Erfolgspositionen (SEP) kann verdeutlicht werden, dass sich die Erfolgspositionen oder Erfolgsfaktoren auf unterschiedlichen Ebenen in der interkommunalen Zusammenarbeit abspielen. In diesem Zusammenhang sollten unterschieden werden:

- 1. SEP, die die Partner individuell aufbauen müssen;
- SEP, die gemeinschaftlich mit dem Partner aufgebaut werden müssen, sowie
- 3. SEP, die an der Schnittstelle zum Umfeld notwendig sind.

Die beiden erstgenannten SEP betreffen vor allem die Effizienz der interkommunalen Zusammenarbeit. Zum Erfolg sollte die Kooperation sowohl die effizienteste Organisationsform bilden als auch eine Koordination realisieren, die möglichst wenige Ressourcen bindet. Die letztgenannte SEP zielt, insbesondere auf die politischen Umfeldbedingungen gerichtet, auf die Effektivität der interkommunalen Zusammenarbeit ab. Nur wenn es für das Angebot der Kooperation auch interne und externe Abnehmer gibt, für die die Kooperation einen hohen Nutzen stiftet, wird die interkommunale Zusammenarbeit erfolgreich sein.

Bespiele für wesentliche kooperationsinterne SEP stellen die Qualität der Partner und der Reifegrad der Partnerpersönlichkeiten dar. Zentrale kooperationsbezogene SEP sind die aufgabenfokussierte Organisation und fast alle oben angeführten Fähigkeiten. Die Wandlungskompetenz bzw. das Change Management ist im Sinne des "Grenzmanagements" eher bei den umfeldbezogenen SEP zu sehen. Zu diesen gehört sicher auch eine gute Befriedigung der Kunden-(Bürger-)bedürfnisse.

2.4 Balanced Scorecard

Die Balanced Scorecard (BSC) stellt als "ausgewogener Berichtsbogen"⁷² ein Werkzeug dar, auf dem die zentralen Kennzahlen des Unternehmens und ihre Entwicklung im Zeitablauf abgebildet werden. In aggregierter Form dient die BSC dem Top-Management vergleichbar wie das Cockpit eines Flugpiloten als Zentrale zur Unternehmenssteuerung.⁷³ Das Konzept der BSC wurde Anfang der neunziger Jahre von Robert Kaplan vor dem

Hintergrund der Kritik an den traditionellen Kennzahlensystemen entwickelt.

Die Kennzahlen der BSC werden direkt aus der Unternehmensstrategie abgeleitet und spiegeln damit die zentralen Ziele der Unternehmung wider. Für jede Kennzahl werden ambitionierte, aber erreichbare Vorgaben definiert, welche die Zielerreichung reflektieren.⁷⁴ Jede Kennzahl muss dabei durch unterstützende Maßnahmen beeinflussbar sein, wobei darauf zu achten ist, dass die Kennzahlen aufeinander abgestimmt sind und sich nicht widersprechen. Bei den Kennzahlen handelt sich um eine ausgewogene Auswahl der wichtigsten Zielgrößen, wobei neben finanzwirtschaftlichen auch kunden-, organisations- und prozessspezifische Kennzahlen erhoben werden.⁷⁵ Damit wird sichergestellt, dass neben Ergebniskennzahlen (vergangenheitsorientierte Kennzahlen) auch die Leistungstreiber (zeitlich vorlaufende Kennzahlen) gemessen werden.⁷⁶

Bei der Kennzahlenerhebung handelt es sich nicht um eine einmalige Initiative, sondern um einen umfassenden, fortlaufenden Managementprozess. Im Rahmen eines Kreislaufprozesses werden zunächst die Ziele aus der Strategie abgeleitet und operationalisiert, d. h. handhabbar, mess- und steuerbar gemacht. Die Strategie und die zu erreichenden Soll-Größen werden daraufhin kommuniziert und durch Maßnahmen hinterlegt. Die Umsetzung der Maßnahmen und die Zielerreichung werden kontinuierlich gemessen. Die Führung nutzt das Feedback aus der Kennzahlenkontrolle schließlich für Anpassungen der Kennzahlen, der zugrunde liegenden Maßnahmen oder auch der Strategie und initiiert den Kreislauf von neuem.

Die BSC hat sich in der Praxis insbesondere bei Großunternehmen erfolgreich etabliert, wird aber auch zunehmend von Verwaltungen genutzt. Der Vorteil der Methode liegt vor allem darin, dass Führungskräfte und Mitarbeiter gezwungen werden, sich regelmäßig mit der strategischen Zielrichtung des Unternehmens zu befassen. Durch die Möglichkeit, die Scorecard z. B. auf den Funktionsbereich oder auf die Ebene der Führungskraft bzw. des Mitarbeiters herunter zu brechen und anzupassen, stellt die BSC ein universell einsetzbares Führungssystem dar.

Die BSC eignet sich nur begrenzt für die Erfolgsfaktorenforschung von interkommunaler Zusammenarbeit. Von einer Klassifikation in Anlehnung an das BSC-Konzept wird daher abgesehen. Zweckmäßiger erscheint es, das Konzept auf die Bedürfnisse der interkommunalen Zusammenarbeit anzupassen und in der Organisation als Werkzeug einzusetzen, mit dem die Kooperationsziele geplant, gesteuert und kontrolliert werden können.

Schlussfolgerungen für die Sicherung von Erfolgsfaktoren

Die Untersuchung macht deutlich, dass es eine Vielzahl an Faktoren gibt, die den Erfolg einer interkommunalen Zusammenarbeit beeinflussen können. Die Ursache ist darin zu sehen, dass es sich bei der interkommunalen Zusammenarbeit politischer Gemeinden um eine besonders komplexe Form der Kooperation handelt.

Dabei ist der Katalog der Faktoren nicht nur länger als beispielsweise bei einer zwischenbetrieblichen Kooperation. Die Bedeutung aller Faktoren kann sich bedingt durch die Partner politische Gemeinden und die Komplexität der Beziehungsmöglichkeiten sehr unterscheiden.

Ob alle angeführten Faktoren erfüllt werden müssen, um erfolgreich zu sein, ist spezifisch und daher zu bezweifeln. Die Anforderungen an das Gelingen der Organisationsform wären schlichtweg zu hoch. In der Literatur wird häufig die Bedeutung der weichen Faktoren herausgestrichen, wobei einige sicher besser als Erfolgsbarrieren bzw. Basisfaktoren klassifiziert werden sollten. Bei Kooperationspartnern, die nicht zusammen passen und die nicht über den nötigen Reifegrad für die Kooperation verfügen, werden auch sehr attraktive Kooperationsmodelle scheitern.

Der Erfolg der interkommunalen Zusammenarbeit setzt sich letztendlich aus einer sehr individuellen Kombination effektivitäts- und effizienzspezifischer Faktoren zusammen, wobei die wesentlichen, generellen Misserfolgsfaktoren bzw. Erfolgsbarrieren zu vermeiden sind. Mit anderen Worten: Auch in der interkommunalen Zusammenarbeit führen viele Wege zum Erfolg.

Tabelle: Erfolgsfaktoren der interkommunalen Zusammenarbeit

Wertung	Erfolgsfaktoren
1	Wechselseitiges Vertrauen als Kooperationsbasis
2	Positiver Kooperationssaldo für alle Beteiligten/"win-win- Situation"
3	Ziele der Kooperation frühzeitig bestimmen und formulieren
4	Kommunikation innerhalb der Kooperation
5	Wahl des Kooperationspartners
6	Ähnlichkeit der Organisationskulturen
7	Kontinuierlich Ressourcen hoher Qualität in die Kooperation einbringen
8	Qualität und Intensität der Kooperation

Wertung	Erfolgsfaktoren
9	Vertrauen als Erfolgsfaktor für die Kooperation
10	Unterschiedliches, sich ergänzendes Wissen der Partner
11	Gemeinsames Management und Controlling der Kooperation
12	Standort des Kooperationspartners
13	Commitment gegenüber dem Kooperationspartner
14	Kompetenz der Kooperationspartner
15	Vertrag als Kooperationsgrundlage
16	Kooperationseffiziente Organisationsform und partnerspezi- fische Anpassungen
17	Flexibilität bleibt erhalten

Quelle: Meyer/Lorenzen (2002), S. 190, adaptiert.

Literaturverzeichnis

Alisch, K. et al. (Hrsg.) (2000):

Alisch, K./Winter, E./Arentzen, U. (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon. Wiesbaden 2000.

Blecker, T. (1999):

Blecker, Th.: Unternehmung ohne Grenzen: Konzepte, Strategien und Gestaltungsempfehlungen für das Strategische Management. Wiesbaden 1999.

Büchel, B. (1997):

Büchel, B.: Joint-Venture-Management – Aus Kooperationen lernen. Stuttgart 1997.

Eisele, J. (1995):

Eisele, J.: Erfolgsfaktoren des Joint-Venture-Management. Wiesbaden 1995.

Herzberg et al. (1993):

Herzberg, F./Mausner, B./Snyderman, B.: The motivation to work. New York 1993.

Hirsch-Kreinsen, H. (2003):

Hirsch-Kreinsen, H.: Internationale Netzwerke kleiner und mittlerer Unternehmen. In: Hirsch-Kreinsen, H./Wannlöffel, M. (Hrsg.): Netzwerke kleiner Unternehmen – Praktiken und Besonderheiten internationaler Zusammenarbeit. Berlin 2003.

Kaplan, R./Norton, D. (1997):

Kaplan, R./Norton, D.: Balanced Scorecard – Strategien erfolgreich umsetzen. Stuttgart 1997.

Krüger, W. (1989):

Krüger, Wilfried: Hier irrten Peters und Waterman. Ein Beststeller wird entzaubert. In: Harvard Manager. Heft 1/1989, S. 13-18.

Krystek, U. (1992):

Krystek, U.: Unternehmenskultur und Akquisition. In: Zeitschrift Führung und Organisation. Heft 5/1992, S. 539–565.

Liebhart, U. (2002):

Liebhart, U.: Strategische Kooperationsnetzwerke – Entwicklung. Gestaltung und Steuerung. Wiesbaden 2002.

Matzler, K. et al. (2004):

Matzler, K./Sauerwein, E./Stark, Ch.: Methoden zur Identifikation von Basis-, Leistungsund Begeisterungsfaktoren. In: Kundenorientierte Unternehmensführung – Kundenorientierung – Kundenzufriedenheit – Kundenbindung, 4. Auflage. Wiesbaden 2004.

Meyer, J.-A./Lorenzen, K. (2002):

Meyer, J.-A./Lorenzen, K.: Internationale Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen – dargestellt am Beispiel deutsch-dänischer Unternehmen. Lohmar 2002.

Müller, M. (1999):

Müller, M.: Erfolgsfaktoren und Management strategischer Allianzen und Netzwerke: Gestaltungshinweise für erfolgreiche Kooperationen – mit Fallbeispielen internationaler Transportdienstleistungsnetzwerke. Rostock 1999.

Peters, J./Waterman, R. (1984):

Peters, J./Waterman, R.: Auf der Suche nach Spitzenleistungen – Was man von den bestgeführten US-Unternehmen lernen kann, 7. Auflage. Landsberg 1984.

Pilz, P. (1998):

Pilz, P.: Die Gemeinde als Unternehmer – Eine steuerrechtliche Analyse anhand von vier Fallbeispielen. In: Öffentliche Wirtschaftsführung. Bildungsprotokolle, Band 3. Klagenfurt 1998, S. 107–132.

Prahalad, C./Hamel, G. (1990):

Prahalad, C./Hamel, G.: The Core Competence of the Corporation. In: Harvard Business Review. Vol 68 No. 3, May/June 1990, S. 79–91.

Pümpin, C. (1992):

Pümpin, C.: Strategische Erfolgspositionen – Methodik der dynamischen Unternehmensführung. Bern 1992.

Rautenstrauch, Th. et al. (2003):

Rautenstrauch, Th./Generotzky, L./Bigalke, T.: Kooperationen und Netzwerke – Grundlagen und empirische Ergebnisse. Lohmar-Köln 2003.

Reiß, M. (Hrsg.) (2000):

Reiß, M.: Change Management als Herausforderung. In Reiß, M./von Rosenstiel, L./Lanz, A. (Hrsg.): Change Management – Programme, Projekte, Prozesse. Stuttgart 1997.

Reiß, M./Beck, T. C. (1998):

Reiß, M./Beck, T. C.: Richtig kooperieren im Neuen Mittelstand. Ein Effizienzsteigerungskonzept für das unternehmensübergreifende Kooperationsmanagement. In: Reiß, M. (Hrsg.): Der Neue Mittelstand – Start up-Unternehmer in agilen Netzwerken. Frankfurt 1998.

Sauerwein, E. (2000):

Sauerwein, Elmar: Das Kano-Modell der Kundenzufriedenheit – Realibilität und Validität einer Methode zur Klassifizierung von Produkteigenschaften. Wiesbaden 2000.

Schäfer, H. (2002):

Schäfer, H.: Unternehmensfinanzen – Grundzüge in Theorie und Management. Heidelberg 2002.

Schwarz, Ch. (2004):

Schwarz, Ch.: Erfolgsfaktoren im Post-Merger Management – Zielorientierte Unternehmensintegration nach M&A mittels Integrationsscorecard. Dissertation. Klagenfurt 2004.

Schwarz, G. (2001):

Schwarz, G.: Konfliktmanagement – Konflikte erkennen, analysieren, lösen. Wiesbaden 2001.

Semlinger, K. (2003):

Semlinger, K.: Vertrauen als Kooperationshemmnis – Kooperationsprobleme von kleinen und mittleren Unternehmen und Auswege aus der Vertrauensfalle. Berlin 2003.

Tjaden, G. (2003):

Tjaden, G.: Erfolgsfaktoren virtueller Unternehmen – eine theoretische und empirische Untersuchung. Rostock 2002.

Waterman, R. et al. (1980):

Waterman, R./Peters, Th./Phillips, J.: Structure is not Organization. In: Business Horizons, 23. Jg., Juni 1980, S. 14–26.

Zahn, E. (2003):

Zahn, E.: Strategien beurteilen und erneuern. In: Zahn, E./Foschiani, St. (Hrsg.): Strategien auf dem Prüfstand – Innovative Antworten auf neue Herausforderungen. Aachen 2003.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Alisch et al. (2000), o. S.
- 2 Vgl. Meyer/Lorenzen (2002), S. 47.
- 3 Vgl. zum Shareholder Value-Ansatz z. B. Schäfer (2002), S. 84 ff.
- 4 Vgl. Rautenstrauch et al. (2003), S. 48.
- 5 Vgl. Meyer/Lorenzen (2002), S. 49.
- 6 Vgl. z. B. Tjaden (2003), Eisele (1995), Müller (1999).
- 7 Vgl. z. B. Tjaden (2003), S. 225.
- 8 So die Vorgehensweise bei Rautenstrauch et al. (2003), S. 100 ff.
- 9 Die Bezeichnung "exzellent" ist eine Anspielung auf den Originaltitel des Bestsellers der Autoren: "In Search of Excellence".
- 10 Vgl. Peters/Waterman (1984), S. 36 und Anhang.
- 11 Vgl. Peters/Waterman (1984), S. 117.
- 12 Vgl. Peters/Waterman (1984), S. 33.
- 13 Vgl. Peters/Waterman (1984), S. 31 f.
- 14 Vgl. Waterman et al. (1980), S. 20 f.
- 15 Vgl. Waterman et al. (1980), S.19 f.
- 16 Vgl. Waterman et al. (1980), S. 21.
- 17 Vgl. Waterman et al. (1980), S. 24 f.
- 18 Vgl. Waterman et al. (1980), S. 21 ff.
- 19 Vgl. Schwarz (2004), S. 54.
- 20 Vgl. Waterman et al. (1980), S. 23 f.
- 21 Vgl. Waterman et al. (1980), S. 24.
- 22 Vgl. Krüger (1989), S. 13.
- 23 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 61 (Wahl der Kooperationspartner); Liebhart (2002), S. 202 (Partnerwahl); Tjaden (2003), S. 225, Eisele (1995), S. 101 ff.
- 24 Die vom Autor 2005 und 2008 durchgeführten Studien zur interkommunalen Zusammenarbeit belegen, dass es eher die größeren und finanzstärkeren Gemeinden sind, die sich zur Zusammenarbeit entschließen.

- 25 Faktor angeführt bei Tjaden (2003), S. 225; Liebhart (2002), S. 54.
- 26 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 67.
- 27 Vgl. Rautenstrauch et al. (2003), S. 67.
- 28 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 55; Rautenstrauch et al. (2003), S. 118.
- 29 Vgl. Rautenstrauch et al. (2003), S. 117.
- 30 Faktor angeführt bei Liebhart (2002), S. 230.
- 31 Vgl. dazu näher Pilz (1998), S.107 ff.
- 32 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 60 (kooperationseffiziente Organisationsform und partnerspezifische Anpassungen); vgl. Reiß (2000), S. 20.
- 33 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 59 f. (effektives Zeitmanagement).
- 34 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 55 f.
- 35 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 55; Tjaden (2003), S. 225; Rautenstrauch et al. (2003), S. 82 (gegenseitiger Nutzen).
- 36 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 57 f. (unterschiedliches, sich ergänzendes Wissen).
- 37 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 54; Tjaden (2003), S. 225; Rautenstrauch et al. (2003), S. 82 (Konvergenz der Ziele und Interessen).
- 38 Vgl. Blecker (1999), S. 46.
- 39 Vgl. Blecker (1999), S. 50 f.
- 40 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 62.
- 41 Faktor angeführt bei Reiß/Beck (1998), S. 57 ff.
- 42 Faktor angeführt bei Reiß/Beck (1998), S. 61 ff.; Reiß (2000), S. 21.
- 43 Faktor angeführt bei. Hirsch-Kreinsen (2003), S. 13; Reiß (2000), S. 21.
- 44 Vgl. Zahn (2003), S. 3; Reiß (1997), S. 6 ff.
- 45 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 64; Tjaden (2003), S. 225.
- 46 Krystek (1992), S. 541.
- 47 Vgl. Büchel (1997), S. 119.
- 48 Faktor angeführt bei Liebhart (2002), S. 200.
- 49 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 63; Tjaden (2003), S. 225; Eisele (1995), S. 151; Rautenstrauch et al. (2003), S. 82.
- 50 Dies zeigen auch die Ergebnisse der IKZ-Studien 2005 und 2008.
- 51 Vgl. Semlinger (2003), S. 69.
- 52 Vgl. Liebhart (2002), S. 213 ff.; Semlinger (2003), S. 70 ff.
- 53 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 62 f.
- 54 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 63 (Commitment gegenüber dem Kooperationspartner).
- 55 Faktor angeführt bei Meyer/Lorenzen (2002), S. 64; Rautenstrauch et al. (2003), S. 84.
- 56 Vgl. Hirsch-Kreinsen (2003), S. 12 f.
- 57 Vgl. Faktor angeführt bei Hirsch-Kreinsen (2003), S. 13.
- 58 Vgl. Schwarz (2001), S. 42.
- 59 Faktor angeführt bei Liebhart (2002), S. 190 f.
- 60 Vgl. Sauerwein (2000), S. 1 und die dort angegebene Literatur.

- 61 Vgl. Sauerwein (2000), S. 29.
- 62 Vgl. zu Faktoren und Implikationen Herzberg et. al (1993), S. 113 ff.
- 63 Zur Kritik an Herzbergs Theorie siehe Sauerwein (2000), S. 30 und die dort angegebene Literatur.
- 64 Zu Parallelitäten und Unterschieden zwischen den Modellen von Herzberg und Kano vgl. Sauerwein (2000), S. 31 f.
- 65 Vgl. zur Beschreibung der Faktoren Sauerwein (2000), S. 25 ff.
- 66 Vgl. Matzler et al. (2004), S. 317. Zu den untersuchten Methoden gehören die Critical Incident Technique (CIT), die Lob- und Beschwerdeanalyse, die "Kano-Methode", die Regressionsanalyse mit Dummy-Variablen sowie das Importance Grid.
- 67 Vgl. Reiß (2000), S. 19 f.
- 68 Vgl. Pümpin (1992), S. 28.
- 69 Vgl. Pümpin (1992), S. 31 f.
- 70 Vgl. Pümpin (1992), S. 36 ff.
- 71 Vgl. Prahalad/Hamel (1990), S. 79 ff.
- 72 Vgl. Kaplan/Norton (1997), S. 10.
- 73 Vgl. Kaplan/Norton (1997), S. 1.
- 74 Vgl. Kaplan/Norton (1997), S. 210.
- 75 Zu den bereichspezifischen Kennzahlen vgl. Kaplan/Norton (1997), S. 46 ff.
- 76 Vgl. Kaplan/Norton (1997), S. 30.
- 77 Vgl. Kaplan/Norton (1997), S. 8 ff.

Wirtschaftliche Standortentwicklung Kärntens

Unter besonderer Berücksichtigung der Städte Klagenfurt und Villach

1. Theoretischer Bezugsrahmen und Ableitung untersuchungsleitender Fragestellungen für die Fallanalyse

Im Zuge einer voranschreitenden Globalisierung der wirtschaftlichen Verflechtungen und einer damit verbundenen Intensivierung der internationalen wie der nationalen Arbeitsteilung, aber auch im Rahmen des Strukturwandels hin zur Informations- und Wissensökonomie ebenso wie zur Dienstleistungsgesellschaft sehen sich Kommunen wie Regionen einem verstärkten Wettbewerb als Standorte von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen ausgesetzt. 1 Die zunehmende Intensität des Standortwettbewerbs geht mit einem wachsenden Ausmaß an Standortbewegungen von Unternehmen einher, die wiederum Auswirkungen auf die Bedeutung von lokalen Standortbedingungen haben. Empirische Untersuchungen in Ländern wie Deutschland oder Österreich auf Basis von Unternehmensbefragungen kommen zu dem Ergebnis, dass mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen in den zurückliegenden fünf Jahren vor der Befragung standortrelevante Entscheidungen getroffen haben.² In Zukunft muss aufgrund diverser Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft, wie beispielsweise der Einführung von neuen Produktionskonzepten, der Internationalisierung von Vorleistungsverflechtungen, der Verkürzung von Produktzyklen im Produktions- wie im Dienstleistungssektor oder der zunehmenden Bedeutung des firmeninternen Flächenmanagements, mit einer noch stärker wachsenden Dynamik bei standortrelevanten Unternehmensentscheidungen gerechnet werden. Mit Blick auf den Standortwettbewerb von Kommunen und Regionen ist dabei entscheidend, dass die Ursachen unternehmerischer Standortentscheidungen vorwiegend lokaler und regionaler Natur und damit ortsbezogen sind.3 D. h. spezifische Vor- und Nachteile der jeweiligen Standorte in Städten, Gemeinden, Kreisen und Regionen sind in der überwiegenden Zahl der Fälle für Standortbewegungen ausschlaggebend.

Soweit Prozesse des Standortwettbewerbs aus der traditionellen Perspektive von ökonomischen Ansätzen der klassischen Standorttheorie analy-

siert wurden, stand vor allem die unterschiedliche Kostenwirksamkeit von Standorten im Zentrum der Betrachtung.⁴ Ausgangspunkt der Analysen war die Annahme, dass sich Unternehmen bei ihrer Standortwahl von Marktzugangsmöglichkeiten, Kostenminimierungskalkülen und somit letztlich dem Motiv der Gewinnsteigerung leiten lassen. Die Orte, an denen sich Betriebe ansiedeln, wurden folglich aus räumlich veranlassten Produktions- und Vertriebskosten abgeleitet, welche die Preise ihrer Produkte und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinflussten. Danach lassen sich etwa die Differenzen in Hinblick auf die Attraktivität eines Standortes zwischen Stadt und Land, zwischen stark und schwach verdichteten Räumen, durch Kostendifferenzen für Unternehmen erklären. Mit Blick auf das Verhalten von Regionen und Kommunen im Standortwettbewerb lautet die implizite Botschaft der klassischen Standorttheorien: Städte und Gemeinden können dann erfolgreich sein, wenn sie Unternehmen Standortfaktoren anbieten, die zu einer Kostensenkung führen. Der Fokus lag damit auf den so genannten harten Standortfaktoren wie der Verkehrsinfrastruktur, der Höhe von lokalen Steuern und Abgaben, dem kommunalen Flächen- und Büroangebot, standortrelevanten Produktionsauflagen oder auch der Höhe von gewährten Fördermitteln.

Die Sichtweise der klassischen Standorttheorien und der aus ihnen abgeleiteten Handlungsempfehlungen für ein erfolgreiches Verhalten von lokalen und regionalen Akteuren im Standortwettbewerb ist in den zurückliegenden Jahren zunehmend in Frage gestellt worden. Zum einen hat hierzu die schlichte Erfahrung beigetragen, dass - anders als von den klassischen Standorttheorien propagiert – die Ballung von Unternehmen im Raum und – damit verbunden – lokales wie regionales wirtschaftliches Wachstum dort am höchsten waren, wo Lebenshaltungs- und Bürokosten hoch, Flächenreserven gering, Fördermittel kaum oder nicht gewährt wurden sowie Belastungen durch kommunale Steuern und Abgaben vergleichsweise groß waren. Zum anderen haben Erkenntnisse aus den Bereichen der neuen Wachstumstheorie⁵ sowie der Regionalökonomik⁶ zu einer veränderten ökonomischen Bewertung von Standortwettbewerb und relevanten Standortfaktoren geführt. Aus wachstumstheoretischer Sicht ist danach insbesondere in Industrieländern nicht die hinreichende Ausstattung mit und Bereitstellung von Kapital und Arbeit für die erfolgreiche Entwicklung von Standorten entscheidend. Vielmehr wird der überwiegende Anteil eines dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums auf den Produktionsfaktor "Technischer Fortschritt" zurückgeführt. Entsprechend liegt das Hauptanliegen dieser wachstumstheoretischen Ansätze darin, die Determinanten des technischen Fortschritts näher zu spezifizieren, wobei der Entstehung und Ausbreitung neuen Wissens sowie einem damit verbundenen Innovationsverhalten, aber auch der Akkumulation von Humankapital in Form von hoch qualifizierten Arbeitskräften eine Schlüsselrolle beigemessen wird.

Aus den zurückliegend skizzierten theoretischen Überlegungen lassen sich bezogen auf den regionalen und kommunalen Standortwettbewerb zweierlei Schlussfolgerungen ableiten:

- □ Zum einen scheint für Prozesse des Standortwettbewerbs unter gewandelten Rahmenbedingungen nicht mehr (oder zumindest nicht mehr alleinig) die Erreichung der Kostenführerschaft die entscheidende Zielgröße zu sein. An deren Stelle tritt vielmehr das Erfordernis der Realisierung einer "wissensbasierten" Regionalentwicklung, die auf die Bewältigung des allgegenwärtigen Wandels durch Steigerung der unternehmerischen Innovationsfähigkeit setzt. Damit einher geht eine Gewichtsverschiebung innerhalb der "harten" Standortfaktoren von den eher statischen (Verkehrsinfrastruktur, lokale Steuern und Abgaben etc.) hin zu den als dynamisch bezeichneten Faktoren. Zu letzteren zählen beispielsweise Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor Ort, die Schaffung innovativer Milieus und kooperativer Netzwerke zur Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Unternehmen, ebenso wie die Anziehung hoch qualifizierter und kreativer Arbeitskräfte.
- □ Zum anderen wird weichen Standortfaktoren eine zunehmend größere Rolle zugesprochen, welche für die Leistungsfähigkeit von Unternehmen mit wissensorientierten Arbeitsplätzen bedeutsam sind.⁸ Sie gelten als bestimmend für die Qualität eines Standortes und damit als entscheidend dafür, wo sich Unternehmen ansiedeln und wo qualifizierte und kreative Arbeitskräfte ihre Leistungen anbieten. Zu den weichen Standortfaktoren zählen dabei einerseits unternehmensbezogene Faktoren wie die Effektivität und Effizienz der kommunalen Verwaltung, das Image von Stadt und Gemeinde, das "Wirtschaftsklima" vor Ort ebenso wie die sich bietenden individuellen Karrierechancen. Hierzu gerechnet werden andererseits aber auch personenbezogene Faktoren wie Wohnen und Wohnumfeld, die lokale Umweltqualität, der Freizeitwert und Reiz einer Stadt ebenso wie Quantität und Qualität von Kulturangeboten und sozialen Einrichtungen.

Bezogen auf den Standortwettbewerb von Kommunen und Regionen resultieren aus dieser Sichtweise neue Möglichkeiten, aber auch neue Herausforderungen. So scheinen die klassischen Instrumente kommunaler Wirtschaftsförderung an Wirkungskraft zu verlieren, um unter den gewandelten Rahmenbedingungen im Standortwettbewerb erfolgreich zu sein. Zugleich erhöht sich durch die zunehmende Pluralität an relevanten Standortfaktoren aber auch die Zahl der Wettbewerbsparameter, mit denen Kommunen die eigene Attraktivität in Konkurrenz zu anderen Standorten steigern können. Daraus lassen sich für eine Fallanalyse des

Bundeslandes Kärnten die folgenden untersuchungsleitenden Fragestellungen formulieren:

- ☐ Sind bezogen auf die ausgewählte Untersuchungsregion empirische Anhaltspunkte dafür zu finden, dass es mit Blick auf die aus theoretischer Sicht propagierte These von der Verschiebung innerhalb der "harten" Standortfaktoren, aber auch zwischen "harten" und "weichen" Standortfaktoren tatsächlich zu einer entsprechenden Gewichtsverlagerung gekommen ist?
- □ Bestehen fallbezogen Hinweise auf einen Bedeutungsverlust der klassischen Instrumente der regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung (z. B. Flächenmanagement, Steuererleichterungen etc.) zugunsten von "neuen" Instrumenten zur Verbesserung der Standortqualität (z. B. verstärkte Kooperation zwischen Ämtern und Behörden, Organisation des Stadtmarketings, Verbesserung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, effektivere Verwaltungsstrukturen etc.)?

Als empirischer Bezugspunkt für die skizzierten theoretischen Überlegungen und die aus ihnen abgeleiteten Fragestellungen dienen häufig städtische Ballungsräume mit einer vergleichsweise hohen Wirtschaftsleistung. Mit dem Bundesland Kärnten wurde für die Fallanalyse demgegenüber eine Region ausgewählt, die – gemessen an anderen Regionen Österreichs – als vergleichsweise ländlich strukturiert und in wirtschaftlicher Hinsicht eher strukturschwach charakterisiert werden kann. Der in den zurückliegenden Jahren nicht zuletzt durch massive wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen des Landes eingeleitete Strukturwandel in Richtung einer stärker auf Technologie und Wissen ausgerichteten Produktions- und Dienstleistungsstruktur deutet jedoch darauf hin, dass auch in einem durch komparative Strukturschwäche und nachholende Entwicklung geprägten Wirtschaftsraum, wie dies für Kärnten über lange Jahre der Fall war und nach wie vor ist, die aus theoretischer Sicht beschriebenen Veränderungen und Gewichtsverlagerungen innerhalb von Prozessen des Standortwettbewerbs erkennbar sind. Dies gilt insbesondere für die beiden Städte Klagenfurt und Villach, die als regionale Ballungszentren kleineren Maßstabs eine bedeutende Funktion als Entwicklungsmotor für den Gesamtraum Kärntens wahrnehmen. Hinzu kommt darüber hinaus, dass sich Kärnten – nach Jahrzehnten der wenig vorteilhaften Grenzlage im europäischen Binnenmarkt – aufgrund der EU-Osterweiterung sowohl mit neuen Chancen für die Standortentwicklung als auch mit gestiegenen Herausforderungen im Wettbewerb mit mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsstandorten konfrontiert sieht. Schließlich ist Kärnten auch insofern ein interessantes Fallbeispiel, wie jenseits der Konkurrenzstellung des Bundeslandes gegenüber anderen Regionen das Verhältnis zwischen Klagenfurt und Villach durch eine historisch weit zurück reichende Rivalität gekennzeichnet ist, die auch in der Gegenwart in unverminderter Form wirksam scheint und für einen intensiven Standortwettbewerb zwischen beiden städtischen Zentren sorgt.

Vor diesem Hintergrund ist die nachfolgende Fallanalyse in zwei Untersuchungsebenen geteilt: In einem ersten Schritt (Kapitel 2) erfolgt eine gesamthafte Analyse der Standortmerkmale und der Wettbewerbsposition Kärntens im Vergleich zu anderen Regionen. Neben der Darstellung der aktuellen Situation anhand ausgewählter ökonomischer Strukturdaten (2.1) sowie einem historisch ausgerichteten Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens (2.2) wird zudem auf die Grundmerkmale der gegenwärtig verfolgten Entwicklungsstrategie des Landes sowie der verschiedenen regionalpolitischen Entscheidungsträger eingegangen (2.3), um abschließend der Frage nach den bestehenden Hemmfaktoren für die zukünftige Standortentwicklung Kärntens nachzugehen (2.4). Dabei wird über alle genannten Abschnitte des 2. Kapitels hinweg immer wieder ein Bezug zu den untersuchungsleitenden Fragestellungen hergestellt. In einem zweiten Schritt (Kapitel 3) richtet sich der Blick auf die kommunale Ebene und damit die beiden Kärntner Ballungszentren. Dabei wird zunächst für die beiden Städte Klagenfurt (3.1) und Villach (3.2) getrennt anhand von ökonomischen Strukturdaten die gegenwärtige Standortsituation dargelegt. Anschließend erfolgt eine vergleichende Betrachtung der Wirtschaftsförderungsstrategie beider Städte (3.3). Dazu komplementär wird darüber hinaus darauf eingegangen, wie die Standortbedingungen in beiden Städten aus Sicht der ortsansässigen Unternehmen bewertet werden (3.4). Den Abschluss bildet eine Zusammenfassung der auf regionaler wie auf kommunaler Ebene gewonnenen Ergebnisse (Kapitel 4).

2. Zum wirtschaftlichen Entwicklungsmuster Kärntens – Wandel von einer strukturschwachen Randregion zum aufholenden Wirtschaftsstandort

2.1 Ausgewählte Strukturdaten zu Entwicklungsstand und Entwicklungsdynamik

Das insgesamt eher ländlich strukturierte Bundesland Kärnten zählt bezogen auf Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliche Entwicklung mit Blick auf die zurückliegenden Jahre zu den ökonomisch schwächeren Regionen Österreichs. Sowohl gemessen am Bruttoregionalprodukt pro Kopf (27.800 Euro in 2007) als auch hinsichtlich des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens (18.600 Euro in 2007) belegt Kärnten hintere Plätze im Vergleich der Bundesländer untereinander (siehe die Abbildungen 1 und 2). Während 2006 der Anteil Kärntens an der gesamten Wohnbevölkerung Österreichs 6,8 % betrug, belief sich der Anteil am österreichischen BIP auf lediglich 5,8 %.

Zum Vergleich: Die entsprechenden BIP-Anteilswerte von Bundesländern wie Salzburg (7,2 %) oder Tirol (8,8 %) liegen deutlich über ihren jeweiligen Bevölkerungsanteilen (Salzburg: 6,4 %; Tirol: 8,4 %), im Fall von Wien – nicht zuletzt aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Agglomerationseffekte – sogar erheblich darüber (BIP-Anteil: 26,7 %, Bevölkerungsanteil: 20,0 %).

Abbildung 1: Bruttoregionalprodukt je Einwohner 2007 nach Bundesländern

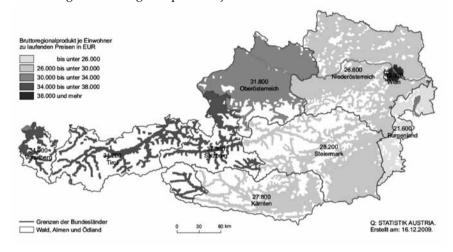


Abbildung 2: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2007 nach Bundesländern

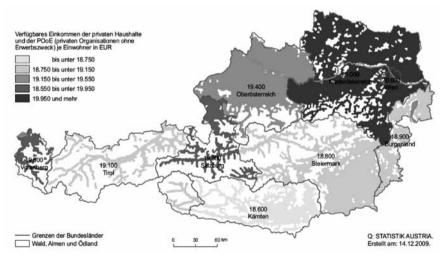


Tabelle 1: Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten (Veränderung zum Vorjahreswert)

	Kärnten	Österreich
Wachstum 2002 bis 2008	8,44 %	8,37 %
2002	193.003	3.155.161
2003	194.686	3.184.759
2004	196.111	3.198.591
2005	198.132	3.228.777
2006	201.239	3.278.444
2007	205.225	3.340.999
2008	209.291	3.419.350

Quelle: Institut für Höhere Studien Kärnten (2009); Statistik Austria.

Tabelle 2: Arbeitslosenquote nach Alter und insgesamt (2007/2008) im Bundesländervergleich (in %)

	Jugen (15 bis 2	dliche 24 Jahre)	Ältere (50 Jahre und älter)		insge	esamt
	2007	2008	2007	2007 2008		2008
Burgenland	9,6	9,3	8,6	8,5	7,6	7,4
Kärnten	7,6	7,5	7,8	7,7	7,3	7,2
Niederösterreich	7,5	7,0	7,1	6,6	6,3	5,9
Oberösterreich	4,5	4,3	3,3	3,2	3,6	3,5
Salzburg	4,5	4,4	4,0	4,0	4,0	3,9
Steiermark	7,0	6,8	6,3	6,1	6,4	6,1
Tirol	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,2
Vorarlberg	6,1	5,9	5,9	5,9	5,7	5,5
Wien	10,3	9,8	8,3	8,1	8,5	7,8
Österreich	6,9	6,6	6,4	6,2	6,2	5,8

Quelle: Institut für Höhere Studien Kärnten (2009); Statistik Austria.

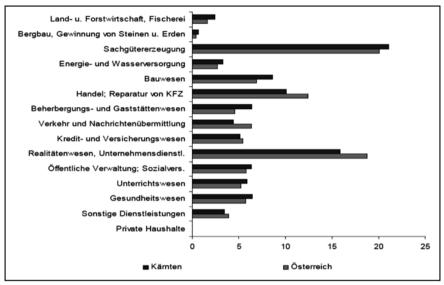
Während bezogen auf die Kaufkraft (94,9 % des Durchschnitts) Kärnten 2008 deutlich unter dem Mittelwert der österreichischen Bundesländer lag, entspricht die langfristige Beschäftigungsentwicklung Kärntens im Wesentlichen dem Bundestrend. So stieg 2008 die Beschäftigung um 2 % an, womit Kärnten nur knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts (2,3 %) rangierte.

Seit 2002 stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 8,44 %, womit Kärnten sich leicht über dem entsprechenden Wert für Gesamtösterreich (8,37 %) bewegte (siehe Tabelle 1). Trotz dieser positiven Entwicklung weist Kärnten 2008 eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenrate auf (7,2 %), mit der es im Vergleich aller Flächenländer lediglich den 7. Platz belegte (siehe Tabelle 2). Während aufgrund einer im Jahr 2008 noch kräftig steigenden Beschäftigung die Arbeitslosigkeit in Österreich insgesamt merklich zurückging (Reduzierung um 0,4 %), verzeichnete Kärnten demgegenüber für denselben Zeitraum eine stagnierende Entwicklung (Reduzierung um lediglich 0,1 %). In 2009 wies Kärnten aufgrund der negativen Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenrate von 9,3 % den bundesweit höchsten Wert auf, während für 2010 eine weitere Steigerung erwartet wird.

Bezogen auf die Wirtschaftsstruktur ist Kärnten – ähnlich wie Österreich insgesamt – durch ein hohes Gewicht der Sachgüterproduktion gekennzeichnet, die 2006 mit mehr als 20 % zur regionalen Wertschöpfung beigetragen hat (siehe Abbildung 3).9 Während im Vergleich der Jahre 1995 und 2006 für Österreich insgesamt ein Strukturwandel vom produzierenden Bereich hin zum Dienstleistungssektor festgestellt werden kann, ist in Kärnten der Anteil der Industrie innerhalb des Betrachtungszeitraums um knapp drei Prozentpunkte gestiegen. Damit fällt der Wertschöpfungsbeitrag des Dienstleistungsbereichs in Kärnten kleiner als im restlichen Bundesgebiet aus, was aufgrund der im Regelfall positiveren Beschäftigungseffekte dieses Sektors im Vergleich zum Bereich der Sachgüterproduktion nicht unproblematisch ist. Zugleich deutet dies darauf hin, dass sich der Strukturwandel in Kärnten langsamer als im übrigen Österreich vollzieht. Die Daten zeigen schließlich auch, dass das Wachstum der Bruttowertschöpfung über alle Branchen hinweg zwischen 1995 und 2006 in Kärnten (3,8 % pro Jahr) niedriger als in Gesamtösterreich (4,0 %) ausgefallen ist.

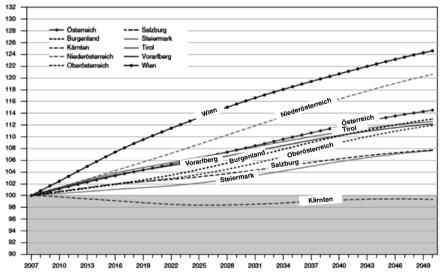
Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung Kärntens seit 1991, zeigt sich bis zur Jahrtausendwende ein Anstieg um 2,1 % (Österreich insgesamt: 3,0 %). Seit 2002 zeigt die weitere Entwicklung für Kärnten einen stagnierenden Verlauf, während für Gesamtösterreich im Zeitraum 2002 bis 2008 eine Steigerung von 3,3 % zu verzeichnen war. Von den 561.094 Einwohnern Kärntens im Jahr 2008 waren 14,8 % jünger als 15 Jahre, was unter dem österreichischen Durchschnitt (15,3 %) lag. Mit einem Anteil der über 65-Jährigen von 18,6 % bewegte sich Kärnten demgegenüber über dem entsprechenden Durchschnittswert für Gesamtösterreich (17,1 %). Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung erreichte in Kärnten im Jahr 2008 6,5 % und lag damit ebenfalls unter dem österreichweiten Vergleichswert von 10,3 %. Für die Zukunft sagt die aktuelle Bevölkerungsprognose von Statistik Austria für Kärnten als einziges Bundesland bis 2050 einen Rückgang um rund 2 % voraus (siehe Abbildung 4). 11

Abbildung 3: Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen in Kärnten und Österreich (2006)



Quelle: Institut für Höhere Studien Kärnten (2009); Statistik Austria.

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung 2007 bis 2050 nach Bundesländern (2007 = 100)



Quelle: Statistik Austria (2008).

Die Auswahl der dargestellten Strukturdaten weist Kärnten bezogen auf seine bisherige Wirtschaftsentwicklung und gemessen am Durchschnitt Österreichs als ein vergleichsweise strukturschwaches Bundesland aus. Bevor der Frage nachgegangen wird, wie Kärnten angesichts dieser eher ungünstigen Rahmenbedingungen auf die veränderten Herausforderungen eines intensiver gewordenen Standortwettbewerbs reagiert, sind zunächst die Bestimmungsfaktoren für die bisherige Wirtschaftsentwicklung Kärntens näher zu betrachten.

2.2 Bestimmungsfaktoren der Wirtschaftsentwicklung Kärntens in historischer Sicht

Bis zu Beginn der 1990er Jahre befand sich Kärnten sowohl wirtschaftlich als auch geographisch in einer Randlage. Wie anhand der aktuellen Strukturdaten nachvollziehbar ist, sind die Folgen dieser jahrelangen wirtschaftlichen Randlage auch gegenwärtig noch zu erkennen. Erst mit der EU-Osterweiterung und der damit verbundenen Integration der südlichen Nachbarn in den europäischen Binnenmarkt verfügt Kärnten wieder über eine raumwirtschaftlich vorteilhafte Lage. 12 Aus ökonomischer Sicht trägt dazu nicht nur die unmittelbare Nachbarschaft zu Südosteuropa als wachstumsstarker Markt im Süden bei. Auch die räumliche Nähe zu Oberitalien ebenso wie dem slowenischen Zentralraum (Ljubljana) als sehr forschungs- und innovationsintensive Nachbarregionen haben hier zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Standortbedingungen Kärntens beigetragen. In Anbetracht dessen kann es nicht überraschen, wenn Kärnten im Rahmen regionaler Standortanalysen jüngst ein vergleichsweise positives Zeugnis bezüglich der bestehenden Standortvorteile und der damit verknüpften zukünftigen Entwicklungspotenziale ausgestellt wurde. 13

Diese aus gegenwärtiger Sicht positive Bewertung trifft jedoch nicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens seit der Nachkriegszeit zu. ¹⁴ Zwar war Kärnten – anders etwa als die Steiermark – nur in geringfügiger Form von sektoralen oder regionalen Monostrukturen geprägt, was dazu geführt hat, dass Strukturkrisen in vormals wachstumsträchtigen Branchen wie der Textil-, Eisen- oder Stahlindustrie in Kärnten nur wenig merklich waren. Allerdings war auch der Technologiesektor als Träger des wirtschaftlichen Wachstums in der Nachkriegszeit nur unterdurchschnittlich repräsentiert, was insbesondere zu einer Strukturschwäche des Kärntner Zentralraums (Klagenfurt und Villach) führte, wodurch auf längere Sicht keine den anderen Bundesländern vergleichbare wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entwickelt werden konnte. Belastet wurde die frühe Phase der wirtschaftlichen Entwicklung darüber hinaus durch Faktoren wie die Kriegszerstörung, die neuerlich umstrittene Südgrenze des Landes, eine

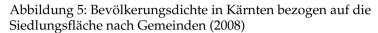
unzureichend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sowie die ökonomisch wenig vorteilhafte Grenzlage am Rande des westlichen Europas. ¹⁵

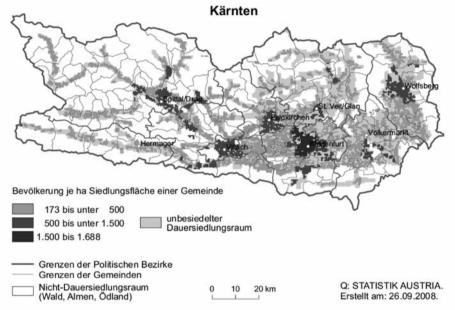
Aber auch die in den 1960er Jahren einsetzende dynamischere Entwicklung (Intensivierung der Industrieansiedlungen, Ausbau der Wasserkräfte, Wachstum des Fremdenverkehrs, Expansion der Bauwirtschaft) erfolgte weniger auf der Grundlage von spezifischen Wettbewerbsvorteilen der ortsansässigen Unternehmen, sondern war besonders stark von Standortfaktoren wie natürlichen Ressourcen (Bodenschätze, Landschaft) und kostengünstigen Arbeitskräften geprägt. Die bestehende Abhängigkeit von bestimmten Schlüsselstandortfaktoren hat die Kärntner Wirtschaft dabei in eine Lage gebracht, in der sie Entwicklungstrends weniger beeinflussen konnte, als vielmehr hinnehmen musste. Die Folge dieses Mangels an eigener Wettbewerbsstärke und strategischer Kompetenz der Unternehmen war eine mittel- bis langfristige "Ausdünnung" der regionalen Produktionsstrukturen. Oder anders formuliert: In der Vergangenheit nahm "Kärnten [...] meist früh an Entwicklungen teil, die mit der Ressourcenausstattung zusammenhingen und von Rohstoffstandorten ausgingen, und spät an solchen, die von Basisinnovationen ausgelöst wurden". 16

Dies führte dazu, dass Kärnten – anders als noch in den 1960er und 1970er Jahren, wo das regionale Wirtschaftswachstum oberhalb oder zumindest im österreichweiten Durchschnitt lag – spätestens ab den 1980er Jahren durch eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik gekennzeichnet war, die mehr oder weniger deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate zurückblieb. Dabei ist festzustellen, dass im Vergleich zur österreichischen Wirtschaftsstruktur im Wachstum zurückbleibende Wirtschaftsbranchen wie beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau, die Holzwirtschaft oder auch die Stein- und Glaswarenindustrie in Kärnten überproportional vertreten waren. Gleiches gilt für den Bereich des öffentlichen Dienstes in Kärnten, dessen Anteil deutlich über dem Wert für das restliche Österreich lag (und nach wie vor liegt). ¹⁷

Auch in den 1980er und 1990er Jahren erweisen sich die naturräumlichen Gegebenheiten des Landes nach wie vor von Nachteil für die regionalwirtschaftliche Entwicklung Kärntens. So entfällt der Großteil des Landes auf langgestreckte Täler mit schmalen Talsohlen und starken Steigungen, deren verkehrsbezogene und damit ökonomische Integration durch die gegenseitige Abgeschlossenheit ebenso wie die weite Entfernung zum wirtschaftlichen Zentrum teilweise bis in die Gegenwart erschwert wird. Demgegenüber war und ist lediglich in den wenigen Beckenlandschaften (wie dem Klagenfurter Becken oder dem unteren Lavanttal) eine gewisse Siedlungsbreite möglich, wobei selbst im Kärntner Zentralraum die gegebene Agglomerationsdichte als vergleichsweise gering bewertet werden kann. An der im Vergleich zu anderen Bundesländern wenig ausgepräg-

ten, weitgehend polyzentrischen Agglomerationsstruktur hat sich somit auch in den späteren Entwicklungsphasen des Landes nur geringfügig etwas geändert mit der Konsequenz, dass wirtschaftliche Verdichtungsund Agglomerationsvorteile als Grundlage einer positiven regionalen Wirtschaftsentwicklung nur in begrenztem Maße genutzt werden konnten (siehe hierzu auch Abbildung 5).¹⁸





Siedlungsflächen sind all jene 250m-Rasterzellen, in denen die kombinierte Einwohner- und Arbeitsplatzdichte je ha über 1 ist.

Schließlich ist ebenso darauf hinzuweisen, dass fast schon traditionell in der Kärntner Wirtschaft weniger höher qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt sind, als innerhalb der Landesgrenzen ausgebildet werden. Die Folge ist ein mehr oder weniger stark ausgeprägter "Brain-Drain", d. h. bereits seit Jahren kommt es zu einer Abwanderung oder zu einem Auspendeln des qualifizierten Humankapitals in Regionen mit hohen Einkommenschancen.¹⁹ Dies ist bezogen auf das regionalwirtschaftliche Entwicklungspotenzial Kärntens insofern negativ zu bewerten, wie im Vergleich zu anderen Bundesländern (Steiermark, Niederösterreich, aber auch Tirol oder Vorarlberg) der Anteil der Bevölkerung, der über einen Hochschulabschluss verfügt (Akademikerquote), keineswegs gering ist. Mit Blick auf die Vergangenheit haben jedoch insbesondere die ortsansässigen Einzel-

unternehmen nur in geringem Umfang hoch qualifizierte Arbeitskräfte nachgefragt. Damit einher ging auch ein vergleichsweise geringer Bedarf an produktionsnahen Dienstleistungen. Soweit entsprechende Leistungen nachgefragt wurden, war dies vorrangig auf "wissensarme" Bereiche wie etwa Reinigungs- und Sicherheitsdienste und eher selten auf "wissensintensive" strategische Dienste bezogen.

2.3 Gegenwärtige Ausrichtung der regionalen Wirtschaftspolitik

Um sich den steigenden Herausforderungen, die von Globalisierung und EU-Osterweiterung ausgehen, als Wirtschaftsstandort zu stellen, aber auch um die in der Vergangenheit wirksamen wirtschaftsstrukturellen Defizite zu kompensieren, zielt die aktuelle Entwicklungsstrategie des Landes Kärnten darauf ab, vorrangig die Innovationsneigung in Verbund mit der Quote für Forschung und Entwicklung auf betrieblicher Ebene zu erhöhen, wobei das Augenmerk vor allem auf den kleinen und mittelständischen Betrieben liegt.²⁰ Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen und durch eine entsprechende Ausgestaltung des regionalen Innovationssystems in ausgewählten Bereichen die Technologieführerschaft zu erlangen. Die Fördermaßnahmen sind dabei vor allem in drei Schwerpunktbranchen (Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikroelektronik und Erneuerbare Energie) angesiedelt. Angestrebt wird zudem eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung sowie eine gezielte Bewerbung Kärntens als Standort für forschungsintensive Betriebe. Integriert in diese Strategie ist ein Ausbau des seit 2005 bestehenden "Lakeside Sciences & Technology Park" in Klagenfurt, der ab 2010 Kapazitäten für mehr als 2000 Mitarbeiter bieten wird. Auch die schon länger existierenden Technologieparks in Villach und St. Veit sollen weiter ausgebaut werden.

Erste Erfolge dieser Entwicklungsstrategie können durchaus schon verzeichnet werden. Während 2000 noch lediglich 23,7 Mio. Euro an Landesmitteln für Forschung und Forschungsförderung aufgewendet wurden, hat sich dieser Betrag bis 2006 mit 41,1 Mio. Euro fast verdoppelt. Bezogen auf die Bevölkerung Kärntens ergibt dies Pro-Kopf-Förderausgaben in Höhe von 73,3 Euro, was deutlich über dem österreichischen Durchschnittswert in Höhe von 40,5 Euro liegt.²¹ Dieser positive Entwicklungstrend wird auch mit Blick auf die entsprechenden Daten zur FuE-Quote des Landes bestätigt. Während die Forschungsquote Kärntens 1998 noch bei lediglich 1,08 % lag, hat sich dieser Wert bis 2006 mit 2,55 % mehr als verdoppelt und liegt damit erstmals über dem österreichischen Bundesdurchschnitt von 2,46 % (siehe Tabelle 3).²² Mit der hohen Forschungsquote und den Zuwachsraten der zurückliegenden Jahre von über 19 % bewegt sich Kärnten damit nicht allein im innerösterreichischen Vergleich auf vor-

deren Rängen, sondern zählt auch in der EU zu jenen Top-30-Regionen mit den höchsten FuE-Ouoten.²³

Tabelle 3: Entwicklung der FuE-Quote im Bundesländervergleich (1993–2006)

F & E Quote (% BRP)	1993	1998	2002	2004	2006
Österreich	1,49	1,79	2,12	2,21	2,46
Burgenland	0,35	0,19	0,64	0,46	0,53
Kärnten	0,42	1,08	1,83	2,11	2,55
Niederösterreich	0,43	0,64	0,84	0,99	1,28
Oberösterreich	1,01	1,27	1,71	1,96	2,34
Salzburg	0,77	0,66	0,88	1,09	1,25
Steiermark	1,87	2,53	3,33	3,55	3,91
Tirol	1,51	1,64	1,80	2,05	2,45
Vorarlberg	0,74	0,91	1,34	2,05	1,31
Wien	2,70	3,24	3,36	3,13	3,19

Quelle: Institut für Höhere Studien Kärnten (2009), Statistik Austria.

Im Kern ist die regionale Wirtschaftspolitik in Kärnten seit der Jahrtausendwende durch eine Entwicklungsstrategie geprägt, wie sie bereits zu Beginn der 1990er Jahre auf der Grundlage einer Standortanalyse vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) der Landesregierung im Rahmen eines entsprechenden Wirtschafts- und Entwicklungskonzeptes für Kärnten vorgeschlagen wurde.²⁴ Danach sollte die Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Wirtschaft dadurch gesteigert werden, dass "an hochrangigen Standorten des Zentralraums [...] in einigen Spezialbereichen jene Kernkompetenz"25 erzeugt wird, welche zur Erhöhung der "technologischen Konkurrenzfähigkeit" der ortsansässigen Unternehmen erforderlich ist. Den Städten Klagenfurt und Villach kommt dabei die Rolle von "wissenschaftsorientierten Entwicklungspolen" als Grundlage einer stärker innovations- und wissensorientierten Regionalentwicklung mit entsprechenden räumlichen Ausbreitungseffekten zu. Da von den Marktkräften allein keine Überwindung der Strukturschwäche des Kärntner Wirtschaftsstandortes zu erwarten sei, wird in der WIFO-Studie - in Anlehnung an das Konzept der "competitive advantages" – dafür votiert, dass die Akteure der Regionalpolitik die Wirtschaftsstruktur Kärntens durch strategische Entscheidungen und langfristige Planungen nachhaltig in die skizzierte Richtung umgestalten sollten.

Mit der jüngst vom Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF) vorgelegten Studie, die den Titel "FTI-Strategie Kärnten 2020" trägt²⁷, wird in zeitgemäßer Form an dieses frühe Strategiekonzept angeknüpft. Unter der grundlegenden Zielsetzung der Bereitstellung einer attraktiven Infrastruktur für Forschung, Technologie und Innovation soll der verstärkt seit 2001 eingeschlagene Entwicklungspfad auch für die weitere Zukunft festgeschrieben und entsprechend umgesetzt werden. Die Schwerpunktfelder der Strategie liegen in den Bereichen "Bildung", "Forschung" und "Innovation", wobei neben einer Stärkung des Hochschulsektors im Sinne einer technikorientierten Standortentwicklung einschließlich einer Intensivierung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft (vornehmlich in den Bereichen Elektronik, Informationstechnologien, regenerative Energien sowie im branchenübergreifenden Bereich der Produkt- und Prozesstechnologie) auch die Zahl der FuE-betreibenden Unternehmen erhöht werden soll. Zugleich gelte es, die Schnittstellen zu anderen Politikbereichen (vor allem der Familien-, Bildungs- und Verkehrspolitik) noch weiter zu verbessern, um Kärnten zu einem attraktiven Innovationsraum für Unternehmen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit internationaler Kompetenz zu machen. Die Studie bestätigt damit zum einen die bisherige strategische Orientierung der Struktur- und Technologiepolitik des Landes sowie die Ausrichtung der regionalen Wirtschaftsförderungspolitik auf den so genannten Technologie- und Wissenssektor einschließlich der damit verbundenen Unterstützung von FuE-Aktivitäten und Innovationsprozessen.²⁸ Sie verweist zum anderen aber auch auf die - im Vergleich zu anderen Bundesländern - relativ zentralistische Organisationsstruktur der Kärntner Wirtschaftsförderungs- und Technologiepolitik, in der dem bereits erwähnten KWF im Zusammenspiel mit der Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft (BABEG) sowie der Entwicklungsagentur Kärnten (EAK) eine Schlüsselrolle innerhalb des Konzepts des politisch gesteuerten Strukturwandels zukommt.²⁹

Mit Blick auf die im Rahmen der theoretischen Vorüberlegungen (Kapitel 1) formulierten Hypothesen bezüglich der (Neu-)Positionierung von Regionen und Kommunen unter den gewandelten Kontextbedingungen des Standortwettbewerbs (Globalisierung der Märkte, EU-Osterweiterung, Entwicklung in Richtung Informations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft) zeigen sich im Fall Kärntens klare Anhaltspunkte dafür, dass die These von der Gewichtsverschiebung innerhalb der Gesamtheit der als entwicklungsrelevant anzusehenden Standortfaktoren zutreffend ist. So zeigt sich in der skizzierten Entwicklungsstrategie des Landes ebenso wie in der Praxis der regionalen Wirtschaftspolitik einerseits eine klare Betonung der dynamischen Standortfaktoren (Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Schaffung innovativer Cluster und kooperativer Netzwerke, Anziehung

hoch qualifizierter Arbeitskräfte etc.) in Ergänzung zur Pflege der traditionellen Faktoren (Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, günstige Bereitstellung von Gewerbeflächen etc.).

Andererseits ist aber auch die Bedeutung weicher Standortfaktoren erkannt und diese stärker ins Zentrum von Strategie und Praxis der Kärntner Wirtschaftsförderung gerückt worden. Exemplarisch können hier die Bereiche der Familien- und Bildungspolitik genannt werden, in denen Kärnten etwa beim Ausbau der Betreuungseinrichtungen³⁰ ebenso wie bei der Etablierung von neuen Schulkonzepten³¹ österreichweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Entsprechende Maßnahmen der Familien- und Bildungsförderung werden dabei – nicht allein, aber auch – als ein bewusster Beitrag zur Erhöhung der regionalen Standortattraktivität angesehen. Gleiches gilt für den Ausbau der kulturellen Angebote (wie z. B. das Wörtherseestadion) in den zurückliegenden Jahren, welche über den engeren Bereich der Tourismusförderung hinaus auch als Instrument zur allgemeinen Steigerung der regionalen Lebensqualität und damit einer Verbesserung der Wettbewerbsposition von Kärnten als Wirtschaftsstandort dienen sollen.

2.4 Bestehende Hemmfaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung

Vor dem Hintergrund der zurückliegenden Ausführungen und präsentierten Daten ist das gegenwärtige Erscheinungsbild des Wirtschaftsstandorts Kärnten ambivalent zu bewerten. So ist zum einen bezogen auf den Strukturwandel in Richtung technologie- und wissensintensive Produktionsund Dienstleistungsaktivitäten unverkennbar, dass die Wirtschaftsförderungspolitik des Landes erste Früchte zu tragen scheint. Zum anderen muss mit Blick auf zentrale ökonomische Strukturindikatoren (Bruttoregionalprodukt, Kaufkraft, Arbeitslosenrate etc.) jedoch ebenso festgestellt werden, dass Kärnten im innerösterreichischen Vergleich nach wie vor durch eine persistente Schwäche seiner Wirtschaftsleistung gekennzeichnet ist. Die positive Entwicklung im Bereich der technologieorientierten Branchen ebenso wie die wirtschaftspolitischen Bemühungen um eine Erhöhung der Wissens- und Innovationsintensität der Kärntner Wirtschaft scheinen darüber hinaus bislang noch nicht flächendeckend wirksam zu sein.

Jenseits des grundlegenden Arguments, dass jede Politik des aktiven Strukturwandels mit mehr oder weniger ausgeprägten Wirkungsverzögerungen einhergeht³², lassen sich im Fall Kärntens aber auch spezifische Hemmfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung identifizieren, von denen nachfolgend zumindest einige genannt werden sollen:

☐ So ist zum einen festzustellen, dass selbst innerhalb des sich dynamisch entwickelnden Technologiesektors Entwicklungsdefizite bestehen. Zwar ist etwa der Anteil der FuE durchführenden Einheiten von 162 (2004) auf 184 (2006) gestiegen.³³ Dies entspricht jedoch lediglich einem österreichweiten Anteil an allen FuE durchführenden Einheiten von 4,72 %, womit Kärnten im Bundesländervergleich die drittletzte Stelle einnimmt. Auch bezogen auf die Patentaktivitäten als einem weiteren Indikator für die Innovations- und Wissensintensität einer Region liegt Kärnten mit 1.782 angemeldeten Patenten pro einer Million Einwohner für den Betrachtungszeitraum 1999 bis 2008 an vorletzter Stelle.34 Betrachtet man schließlich die Gründungsaktivitäten als einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik, zeigt sich, dass Kärnten innerhalb des Zeitraums 1993 bis 2008 – mit einer Ausnahme (1995) – durchgehend deutlich unter dem österreichweiten Durchschnitt lag. Dies hat unter anderen zur Konsequenz, dass sich der Bestand an Unternehmen in Kärnten und in Österreich insgesamt in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich auseinander entwickelt hat. Jenseits der Kärntner Besonderheiten bezüglich der unternehmensbezogenen Organisationsstrukturen scheinen die genannten Daten die grundlegende ökonomische Einsicht zu bestätigen, dass staatliche Technologie- und Strukturpolitik zwar einen Teil der notwendigen Rahmenbedingungen für innovatives Verhalten und eine dynamische Wirtschaftsentwicklung schaffen, diese jedoch nicht selbst hervorbringen kann.

☐ Auffällig ist des Weiteren, dass – konträr zum forcierten und stattfindenden Strukturwandel in Richtung Hochtechnologie auf Unternehmensseite - die Verbreitung von Zukunftstechnologien innerhalb des privaten Sektors in Kärnten erheblich unterhalb des österreichischen Durchschnitts liegt. So gibt es gegenwärtig in ganz Österreich nur in der Steiermark (2009: 63 %) weniger Haushalte mit Internetzugang als in Kärnten (2009: 64 %). Dies gilt in gleicher Weise für das Vorhandensein von PCs in den Haushalten, wo Kärnten (72 %) ebenfalls nur knapp vor der Steiermark (70 %) liegt.³⁶ Die Daten verweisen zumindest implizit auf ein alltagsbezogenes Wahrnehmungs- bzw. Mentalitätsproblem, welches jedoch auch Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Verhalten haben dürfte: So wird im ländlich strukturierten Kärnten modernen Technologien innerhalb der Bevölkerung offenkundig nicht jener Stellenwert beigemessen, den sie aktuell ebenso wie vor dem Hintergrund zukünftiger Entwicklungstrends verdienen. Damit entsteht jedoch ein latentes Spannungsverhältnis zwischen der vom Land betriebenen Struktur- und Technologiepolitik und den alltagsweltlichen Verhaltensmustern der Adressaten dieser Politik, was – wenn dies von Dauer ist – zu politischen Durchsetzungsproblemen und damit Wirkungsdefiziten führen kann.

- ☐ Ein weiterer Punkt betrifft die Außenhandelsverflechtungen der Region, was insbesondere mit Blick auf die EU-Osterweiterung und die Erschließung der damit verbundenen Marktpotentiale für den Wirtschaftsstandort Kärnten von Bedeutung ist. Zwar sind innerhalb des Zeitraums von 1998 bis 2008 die Ausfuhren Kärntens um rund 132 % und damit stärker als in Österreich insgesamt (108 %) gestiegen. Demgegenüber fällt die Exportquote der Kärntner Wirtschaft mit 32 % (2006) vergleichsweise niedrig aus (Bundesdurchschnitt: 40,3 %). Ebenfalls gestiegen ist der wirtschaftliche Offenheitsgrad des Landes von 37,2 % (1998) auf aktuell 60,8 % (2006), wobei allerdings auch dies lediglich einen Wert unterhalb des österreichweiten Durchschnitts (2006: 80,8 %) darstellt.37 Die Daten zeigen einerseits, dass die Außenhandelsverflechtung intensiviert werden konnte. Andererseits verdeutlichen sie aber auch, dass Kärnten hinsichtlich der Internationalisierung seiner Wirtschaft nach wie vor durch einen Nachholbedarf gekennzeichnet ist. Neben wirtschaftsstrukturellen Faktoren in Gestalt einer zum Teil mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der ortsansässigen Unternehmen mögen hier aber wiederum regionale Besonderheiten in den individuellen Einstellungsmustern von Bedeutung sein. So lässt sich mit Blick auf die Kärntner Bevölkerung eine "stark ausgeprägte Verbundenheit mit dem Bundesland und allen regionalen Aspekten sowie eine mit der geographischen Distanz wachsende Skepsis "38 feststellen. Es muss in diesem Zusammenhang nicht gesondert betont werden, dass eine starke regionale Selbstbezüglichkeit in Verbindung mit einem zumindest latenten Misstrauen gegenüber "Fremden" keine ideale Voraussetzung für eine Intensivierung von Internationalisierungsprozessen darstellt.
- ☐ Schließlich stellen die vom öffentlichen Sektor ausgehenden Aktivitäten und Effekte einen Hemmfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Kärntens dar. Dies betrifft zum einen die Schwerpunktsetzungen innerhalb der Wirtschaftsförderung des Landes. So floss im Jahr 2008 - trotz einer entsprechenden strategischen Ausrichtung auf den Hochtechnologie-Sektor – der größte Anteil der monetären Fördermittel des KWF in den Tourismussektor und damit in einen Bereich, dem für die regionale Wirtschaft Kärntens zwar ein gewichtiger, aber seit Jahren klar rückläufiger Stellenwert zukommt.³⁹ Auch beansprucht der öffentliche Sektor in Kärnten im Vergleich zu anderen Bundesländern einen überdurchschnittlichen Anteil der insgesamt zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Ressourcen, was nicht zuletzt darin seinen Ausdruck findet, dass der regionale Staatsanteil Kärntens mit 22,86 % (2006) deutlich über dem Durchschnittswert für alle Flächenländer (20,84 %) liegt. Lediglich das Burgenland und Niederösterreich weisen für 2006 einen höheren Wert auf. 40 Dafür verantwortlich ist nicht allein eine in den

zurückliegenden Jahren über dem Länderdurchschnitt liegende Ausgabenentwicklung, die österreichweit zu den höchsten Landesausgaben pro Kopf geführt hat. 41 In Relation zur Bevölkerung wurden in Kärnten in der Vergangenheit zudem mehr Budgetmittel als im Länderdurchschnitt für wirtschaftliche Angelegenheiten, vor allem aber für die allgemeine öffentliche Verwaltung und für die soziale Sicherung verausgabt. Die beiden zuletzt genannten Bereiche sind jedoch weitgehend "konsumtiver Natur" und reduzieren damit - bei gegebenem Haushaltsvolumen – die für investive Zwecke verfügbaren Mittel. Ebenfalls als problematisch muss die hohe Umlagebelastung der Kärntner Kommunen bewertet werden. In keinem anderen Bundesland müssen Städte und Gemeinden pro Kopf mehr Transferzahlungen an den Landeshaushalt als in Kärnten abführen. 42 Da regionales Wirtschaftswachstum jedoch nichts anderes als die Summe lokalen Wirtschaftswachstums ist, bedeuten hohe Umlagebelastungen, dass der finanzielle Selbstbehalt der Kommunen sich reduziert und damit vergleichsweise weniger Mittel für die Wirtschafts- und Wachstumsförderung vor Ort zur Verfügung stehen. Die hohe Umlagebelastung spiegelt letztlich die kritische Haushaltssituation des Landes wider. So ist Kärnten zurzeit österreichweit jenes Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung (2009: 3.885 Euro), was nicht nur gegenwärtig, sondern mehr noch für die Zukunft eine Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes darstellen dürfte.

3. Der Kärntner Zentralraum: Die Städte Klagenfurt und Villach

Soweit positive Trends bezogen auf die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens in der Vergangenheit zu verzeichnen waren, wurden diese meist entscheidend durch die beiden Städte Klagenfurt und Villach bestimmt, die unter Einbezug des jeweiligen Umlandes mit circa 280.000 Einwohnern rund die Hälfte der Kärntner Bevölkerung auf sich vereinigen. Beide Stadtregionen eingehender zu betrachten ist insofern lohnend, wie sich in beiden Regionen in den zurückliegenden Jahren ein grundlegender Wandel in der Wirtschaftsstruktur vollzogen hat, der den einleitend dargelegten theoretischen Überlegungen zu den gewandelten Rahmenbedingungen des regionalen wie lokalen Standortwettbewerbs zu folgen scheint. Die Entwicklung in beiden Stadtregionen ist darüber hinaus durch eine starke und historisch weit zurückreichende Rivalität zwischen beiden Standorten geprägt, d. h. beide Stadtregionen befinden sich untereinander in einem intensiven Konkurrenzverhältnis, bei dem mit Blick auf die Gegenwart Klagenfurt unter anderen die räumliche Nähe zur Landesre-

gierung für die eigene Standortentwicklung zu nutzen versteht, demgegenüber aber Villach in den zurückliegenden Jahren den vergleichsweise dynamischeren Entwicklungsverlauf genommen hat.

3.1 Standortentwicklung und ausgewählte Strukturdaten - Villach

In den zurückliegenden Jahren hat Villach einen grundlegenden Transformationsprozess bezogen auf Standort- und Wirtschaftsstruktur durchlaufen – von einer "Eisenbahnerstadt"44 (zentraler Logistik- und Knotenpunkt der ÖBB im südlichen Österreich) zu einem modernen Hochschul- und High-Tech-Standort, der – neben einer unterstützend wirkenden Wirtschaftsförderungspolitik des Landes – vor allem durch entsprechende Entscheidungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene vor rund zehn Jahren aktiv eingeleitet und seitdem systematisch vorangetrieben bzw. begleitet wurde. Villach ist - neben Klagenfurt - einer der wenigen Wirtschafts- und Technologiestandorte in Kärnten, die über eine hochwertige und international wettbewerbsfähige Industriestruktur verfügen. Hinzu kommt eine besondere Lagegunst der Stadt: Sie bildet geographisch den südlichsten Verkehrsknotenpunkt Österreichs in unmittelbarer Nähe zur italienischen und slowenischen Grenze und liegt damit im Zentrum des Alpen-Adria-Raumes mit räumlichem Anschluss an die neuen Wachstumsmärkte in Südost-Europa. Mit knapp 60.000 Einwohnern ist Villach die siebtgrößte Stadt Österreichs, wobei die Bevölkerungsentwicklung seit dem 19. Jahrhundert nicht nur einen kontinuierlichen Anstieg aufweist, sondern das Wachstum auch weit über demjenigen der Landesbevölkerung lag. 45 Gemäß der gemeinsamen Bevölkerungsprognose von Statistik Austria und ÖROK wird Villach bis 2031 eine von zwei Kommunen in Kärnten sein, die – entgegen dem Landestrend – noch mit einem leichten Bevölkerungszugewinn rechnen können, der allerdings hinter dem zurückbleibt, was andere Ballungsräume Österreichs innerhalb der nächsten 20 Jahre an Bevölkerungswachstum erwarten dürfen.

Bezogen auf die Situation der öffentlichen Finanzen zählt Villach zu jenen Kommunen Österreichs, die durch ein hohes Einnahmepotenzial gekennzeichnet sind. So belief sich die Finanzkraft pro Einwohner in 2007 auf 1.508 Euro. Dem stehen allerdings auch Finanzschulden pro Einwohner in Höhe von 1.811 Euro gegenüber, die allerdings ausschließlich auf finanzielle Altlasten der Stadt zurückzuführen sind. In den zurückliegenden zehn Jahren wurden jedoch regelmäßig Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, die zur Schuldentilgung eingesetzt wurden. Erst jüngst wurde das Schulden- und Finanzmanagement der Stadt Villach vom Rechnungshof als vorbildlich für alle österreichischen Kommunen bewertet.⁴⁶

Mit Blick auf wirtschaftsstrukturbezogene Kennzahlen ist festzustellen, dass an keinem anderen Standort in Kärnten der Anteil an Beschäftigten im sekundären Sektor so hoch wie in Villach ist (siehe Tabelle 4). Während 2007 im Landesdurchschnitt 28,5 % aller Beschäftigten in diesem Bereich zu finden sind, beläuft sich der Anteilswert für Villach auf 38,2 %. Innerhalb des sekundären Sektors liegt auch der Beschäftigtenanteil in der Sachgütererzeugung mit 74,6 % deutlich über dem Landeswert (61,0 %). Am markantesten fallen jedoch die Abweichungen zwischen den jeweiligen Anteilswerten der Beschäftigten für jene Branchen innerhalb der Sachgütererzeugung aus, die dem Technologiebereich zugerechnet werden können. Beträgt der Wert für Kärnten hier 42,5 %, so ist für Villach ein Anteil von 70,9 % ausgewiesen. Aus der Binnenperspektive der städtischen Branchenstruktur zeigt sich zudem, dass im Zeitraum 2003 bis 2007 die absolute Zahl der Beschäftigten im Technologiebereich kontinuierlich angestiegen ist (von 3.803 auf 4.112), während die Gesamtbeschäftigung im Bereich der Sachgütererzeugung mehr oder weniger stagnierte (5.809 im Vergleich zu 5.797). Besonders auffällig ist darüber hinaus der Unterschied bezüglich der Beschäftigtenanteile in der Elektrotechnik/Elektronik-Branche (Kärnten: 18,2 %; Villach: 56,9 %). Damit weist Villach im Bereich der forschungsintensiven Industrie auch im innerösterreichischen Vergleich einen Spitzenwert auf.

Demgegenüber liegt der Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor für Villach mit 61,1 % unter dem entsprechenden Wert für Gesamtkärnten (70,5 %). Dabei fällt allerdings auch hier auf, dass der Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Wirtschaftsdienste) anteilsmäßig (17,9 %) vor dem Wert für Gesamtkärnten (10,1 %) rangiert. Dies gilt insbesondere für die sogenannten wissensintensiven Dienstleistungen (50,9 % im Vergleich zu 41,2 %). Lediglich bei jenen unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit Bezug zu Forschung und Entwicklung liegt der Anteilswert für Villach (79,6 %) leicht unter dem Wert für Kärnten insgesamt (81,8 %).

Die auffallend positive Entwicklung des Standortes im Bereich von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen mit hoher Technologie- und Wissensintensität ist das Ergebnis einer gezielten Förderpolitik zum Aufbau von Netzwerk- und Clusterstrukturen im High-Tech-Segment. Seit 2001 kommt dabei dem neu aufgebauten Technologiepark Villach die Rolle eines Katalysators für die Verknüpfung von Forschung, Entwicklung und akademischer Ausbildung an einem Standort zu. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung umfasst die Bereiche Mikroelektronik, Erneuerbare Energien, Geoinformatik, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die dazugehörigen Zulieferer und Dienstleister. Als tragende Säulen fungieren hierbei etwa das sogenannte Mikroelektronik-Cluster (me2c)⁴⁷, das Forschungs- und Kompetenzzentrum Carinthian Tech Research (CTR), das Kompetenzzentrum für Automobil- und Industrieelektronik (KAI), aber auch ortsansässige Unternehmen wie Infineon Technologies Austria, Micronas-Halbleiterentwicklung GmbH oder Lam Research Corporation

sind hier zu nennen. Hinzu kommen die Fachhochschule Kärnten und das Gründerzentrum Kärnten, die für eine entsprechende Ausbildungsqualität sowie einen institutionalisierten Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft sorgen sollen.

Tabelle 4: Beschäftigte nach Branchen in Villach (2003–2007)

							Kärnten
							anteilig
	2003	2004	2005	2006	2007	2007	2007
Insgesamt Villach	20.105	20.420	19.867	19.995	20.321	100,0	100,0
Primärer Sektor: A/B Land-/Forstwirtschaft	146	135	137	142	144	0,7	1,0
Sekundärer Sektor gesamt (= 100 %): Davon	7.580	7.906	7.632	7.586	7.771	38,2	28,5
C) Bergbau, E) Energie	1	23	25	26	24	0,3	7,7
D) Sachgütererzeugung	5.809	5.983	5.657	5.650	5.797	74,6	61,0
davon Technologiebereich	3.803	4.133	3.858	3.900	4.112	70,9	42,5
15/16: Nahrungs- und Genußmittel und Getränke	593	569	577	570	532	9,2	12,4
17/18: Textilien und Textilwaren: Bekleidung	29	27	26	21	18	0,3	1,1
19: Ledererzeugung und -verarbeitung	18	20	22	22	19	0,3	2,5
20: Be- und Verarbeitung von Holz	6	8	8	9	6	0,1	7,5
21: Herstellung und Verarb. von Papier und Pappe	0	0	0	0	0	0,0	2,4
22: Verlagswesen und Druckerei	103	31	30	33	32	0,6	4,1
23/24: Chemikalien und chem. Erz.; Kokerei	170	172	171	170	173	3,0	5,4
25: Gummi- und Kunststoffwaren	55	55	49	52	51	0,9	2,3
26: Baustoffe – Glas, Waren aus Steinen und Erden	614	605	604	605	584	10,1	6,8
27/28: Metallerzeugung und -bearbeitung; Metallwaren	309	290	283	294	311	5,4	11,7
29: Maschinenbau	452	448	445	445	499	8,6	13,3
30–33: Elektrotechnik/Elektronik	2.735	3.065	3.038	3.096	3.299	56,9	18,2
34/35: Fahrzeugbau, Sonstiger Fahrzeugbau	446	448	204	189	141	2,4	5,6
36/37: Sonstige Erzeugung: Möbel, etc.; Recycling	279	245	200	144	132	2,3	6,7
F) Bauwesen	1.770	1.900	1.950	1.910	1.950	25,1	31,3
Teritärer Sektor Gesamt (= 100 %): Davon	12.382	12.380	12.098	12.269	12.409	61,1	70,5
G) Handel, Reparatur	3.254	3.359	3.511	3.658	3.688	29,7	24,1
H) Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.668	1.570	1.573	1.563	1.620	13,1	8,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.122	2.082	1.627	1.536	1.384	11,2	8,0
J) Kredit- und Versicherungswesen	226	230	229	261	264	2,1	5,0
K) Wirtschaftsdienste	2.026	1.856	2.015	2.081	2.218	17,9	10,1
Wissensintensive UDL (Ö-NACE-No. 72, 73, 74.1–74.4)	1.257	1.007	1.117	1.130	1.128	50,9	41,2
70/71: Realitätenwesen; Vermietung	266	267	260	266	277	12,5	11,7
72: Datenverarbeitung und Datenbanken	113	136	194	181	176	7,9	6,5
73/74: unternehmensbez. DL; Forschung/Entwicklung	1.647	1.453	1.561	1.634	1.765	79,6	81,8
L-Q) Öff. Verwaltung, Unterrichtswesen,							
Gesundheits/Sozialwesen, Sonst. Dienstleistungen	3.086	3.283	3.143	3.170	3.235	26,1	43,8
Branchengruppe KWF Technologiefonds	5.563	5.722	5.613	5.715	6.053	29,8	13,7

Quelle: WIBIS Kärnten.

3.2 Standortentwicklung und ausgewählte Strukturdaten - Klagenfurt

Vergleichbar der Entwicklung von Villach kann auch für Klagenfurt in den zurückliegenden Jahren ein grundlegender Wandel festgestellt werden. Als Kärntner Landeshauptstadt nicht zuletzt durch Merkmale eines klassischen Verwaltungsstandortes charakterisiert, ist auch im Fall von Klagenfurt in der jüngeren Vergangenheit eine (politisch aktiv begleitete) Transformation in Richtung wissensintensiverer Produktions- und Dienstleistungsstrukturen zu verzeichnen. Eingebettet in die Entwicklungsstrategie des gesamten Bundeslandes repräsentiert die Stadt einen von zwei Technologiestandorten mit hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Soweit man auch im Fall von Klagenfurt von einer besonderen Lagegunst sprechen kann, betrifft diese allerdings nicht allein die geographische Nähe zu den norditalienischen und südosteuropäischen Märkten. Hinzu kommt die räumliche Nähe zur Landesregierung, ohne deren massive finanzielle Unterstützung der Strukturwandel der jüngeren Vergangenheit nicht hätte vollzogen werden können.

Mit knapp 100.000 Einwohnern ist Klagenfurt die sechstgrößte Stadt Österreichs, wobei die Bevölkerungsentwicklung seit dem 19. Jahrhundert nicht nur einen kontinuierlichen Anstieg aufweist, sondern das Wachstum - wenn auch nicht ganz so ausgeprägt, wie dies für Villach der Fall war – auch weit über demjenigen der Landesbevölkerung lag. 49 Ebenso wie Villach kann nach aktueller Bevölkerungsprognose bis 2031 nur Klagenfurt innerhalb Kärntens noch mit einem leichten Bevölkerungszugewinn rechnen, wenngleich auch im Fall der Landeshauptstadt das erwartete Bevölkerungswachstum hinter jenem anderer Ballungsräume Österreichs zurückbleiben wird. Mit Blick auf die öffentlichen Finanzen und bezogen auf das Einnahmepotenzial ergibt sich für Klagenfurt ein im Vergleich zu Villach analoges Bild. So verfügt auch Klagenfurt mit 1.520 Euro pro Einwohner im Jahr 2007 über eine weit überdurchschnittliche Finanzkraft.⁵⁰ Dem stehen wiederum Finanzschulden pro Einwohner in Höhe von 1.129 Euro gegenüber, womit die Pro-Kopf-Belastung unterhalb derjenigen von Villach liegt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass – anders als im Fall von Villach – der "rentierliche Anteil" der Pro-Kopf-Verschuldung, d. h. jener über Beiträge, Zuschüsse, Gebühren und Mieteinnahmen gedeckte Teil, in den zurückliegenden Jahren von vormals 68,2 % (1990) auf mittlerweile 31,3 % (2007) gesunken ist.51

Bezogen auf die relevanten wirtschaftsstrukturbezogenen Kennzahlen zeigt sich, dass an keinem anderen Standort in Kärnten der Anteil an Beschäftigten im tertiären Sektor so hoch wie in Klagenfurt ist (siehe Tabelle 5). Während 2007 im Landesdurchschnitt 70,5 % aller Beschäftigten in diesem Bereich zu finden waren, beläuft sich der Anteilswert für Klagenfurt auf 86,5 %. Innerhalb des tertiären Sektors ist es dabei in erster Linie der Beschäftigtenanteil im Bereich der öffentlichen Verwaltung und sonstigen Dienstleistungen (einschließlich Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen) mit einem Anteilswert von 54,6 %, der deutlich über dem Landeswert (43,8 %) liegt. In diesen Werten spiegelt sich vor allem die Funktion von Klagenfurt als zentraler Standort der Landesverwaltung, aber auch als maßgeblicher Standort für das Angebot von Gesundheits- (Landeskranken-

haus Klagenfurt) und Bildungsdienstleistungen (Schulbehörden, aber auch einziger Universitätsstandort des Landes). Anders als in Villach liegt demgegenüber der Beschäftigtenanteil im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen ("Wirtschaftsdienste") mit lediglich 9,3 % unterhalb des Landesdurchschnitts (10,1 %), wobei hier insbesondere die Anteilswerte im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen (36,8 % im Vergleich zu 41,2 %), aber auch jene im Bereich der FuE-bezogenen Dienstleistungen (80,4 % im Vergleich zu 81,8 %) ebenso wie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (5,5 % im Vergleich zu 8,0 %) teilweise deutlich vom Landesdurchschnitt abweichen. Bezogen auf die absolute Zahl der Beschäftigten im tertiären Sektor stieg diese in Klagenfurt im Zeitraum von 2003 bis 2007 von 73.174 auf 80.816 an. Im Vergleich dazu zeigte sich bei der entsprechenden Beschäftigtenzahl für Villach ein lediglich marginaler Anstieg von 12.382 auf 12.409. Damit scheint der Wandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft mit Blick auf die Landeshauptstadt in den zurückliegenden Jahren merklich ausgeprägter erfolgt zu sein, als dies im Gegenzug für Villach geltend gemacht werden kann.

Demgegenüber liegt der Beschäftigtenanteil im sekundären Sektor für Klagenfurt mit lediglich 13,1 % deutlich unter dem entsprechenden Wert für Kärnten insgesamt (28,5 %). Damit einher geht eine Reduzierung der absoluten Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich im Zeitraum von 2003 bis 2007 von 13.519 auf 12.191. Damit unterscheidet sich die Entwicklung in Klagenfurt von der in Villach, wo innerhalb des Betrachtungszeitraums für den sekundären Bereich ein Anstieg der absoluten Beschäftigtenzahl von 7.580 auf 7.771 festgestellt werden konnte. Deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Beschäftigtenanteile finden sich in Klagenfurt innerhalb des sekundären Sektors lediglich für die Bereiche Maschinenbau (19,6 % im Vergleich zu 13,3 %), Verlags- und Druckereiwesen (13,2 % im Vergleich zu 4,1 %) sowie Nahrungs- und Genussmittel (16,1 % im Vergleich zu 12,4 %). Trotz dieser überdurchschnittlichen Anteilswerte stagnierte im Zeitraum von 2003 bis 2007 die absolute Beschäftigtenzahl in den genannten Bereichen oder war sogar leicht rückläufig. Ebenfalls auffällig – wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen – fällt der Vergleich der Beschäftigtenanteile für jene Branchen innerhalb der Sachgütererzeugung aus, die dem Technologiebereich zugerechnet werden können. Klagenfurt liegt hier – deutlich abweichend von den entsprechenden Werten für Villach – lediglich im Landesdurchschnitt (42,0 % im Vergleich zu 42,5 %). Für den Zeitraum 2003 bis 2007 zeigt sich darüber hinaus, dass die absolute Zahl der Beschäftigten im Technologiebereich kontinuierlich gesunken ist (von 3.410 auf 2.894), was einen markanten Unterschied zur Entwicklung in Villach darstellt. In Anbetracht dessen kann kaum noch überraschen, dass der Unterschied bei den Beschäftigtenanteilen in der Elektrotechnik/ Elektronik-Branche im Vergleich zum Land, vor allem aber im Vergleich zu Villach sehr deutlich ausfällt (Kärnten: 18,2 %; Klagenfurt: 15,9 %; Villach: 56,9 %). Damit ist das Spezialisierungsmuster im Bereich der technologieund forschungsintensiven Industrie in Villach mit Abstand ausgeprägter, als dies mit Blick auf Klagenfurt der Fall ist.

Tabelle 5: Beschäftigte nach Branchen in Klagenfurt (2003–2007)

							Kärnten
	•	****	****	****		anteilig	U
Y 170 ()	2003	2004	2005	2006	2007	2007	2007
Insgesamt Klagenfurt	87.124	88.373	89.363	92.008	93.399	100,0	100,0
Primärer Sektor: A/B Land-/Forstwirtschaft	428	456	447	434	392	0,4	1,0
Sekundärer Sektor gesamt (= 100 %): Davon	13.519	13.018	12.544	12.714	12.191	13,1	28,5
C) Bergbau, E) Energie	2.842	2.830	2.774	2.756	2.433	20,0	7,7
D) Sachgütererzeugung	7.726	7.534	7.039	7.026	6.890	56,5	61,0
davon Technologiebereich	3.410	3.183	3.008	2.971	2.894	42,0	42,5
15/16: Nahrungs- und Genußmittel und Getränke	1.294	1.300	1.170	1.168	1.107	16,1	12,4
17/18: Textilien und Textilwaren: Bekleidung	61	60	60	63	74	1,1	1,1
19: Ledererzeugung und -verarbeitung	331	291	289	303	312	4,5	2,5
20: Be- und Verarbeitung von Holz	86	84	88	99	102	1,5	7,5
21: Herstellung und Verarb. von Papier und Pappe	47	44	46	49	58	0,8	2,4
22: Verlagswesen und Druckerei	909	948	932	936	911	13,2	4,1
23/24: Chemikalien und chem. Erz.; Kokerei	406	390	392	387	390	5,7	5,4
25: Gummi- und Kunststoffwaren	185	171	31	21	22	0,3	2,3
26: Baustoffe – Glas, Waren aus Steinen und Erden	424	428	406	396	408	5,9	6,8
27/28: Metallerzeugung und -bearbeitung; Metallwaren	510	530	525	548	564	8,2	11,7
29: Maschinenbau	1.431	1.440	1.449	1.479	1.350	19,6	13,3
30–33: Elektrotechnik/Elektronik	1.108	1.023	1.059	1.041	1.094	15,9	18,2
34/35: Fahrzeugbau, Sonstiger Fahrzeugbau	465	330	108	64	60	0,9	5,6
36/37: Sonstige Erzeugung: Möbel, etc.; Recycling	469	495	484	472	438	6,4	6,7
F) Bauwesen	2.951	2.654	2.731	2.932	2.868	23,5	31,3
Tertiärer Sektor Gesamt (= 100 %): Davon	73.174	74.897	76.370	78.860	80.816	86,5	70,5
G) Handel, Reparatur	14.552	14.827	15.624	16.298	16.863	20,9	24,1
H) Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.974	2.124	2.266	2.433	2.530	3,1	8,9
I) Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5.504	5.237	4.573	4.473	4.442	5,5	8,0
J) Kredit- und Versicherungswesen	5.228	5.235	5.315	5.399	5.350	6,6	5,0
K) Wirtschaftsdienste	5.382	6.189	6.504	6.920	7.511	9,3	10,1
Wissensintensive UDL (Ö-NACE-No. 72, 73, 74.1–74.4)	2.333	2.353	2.517	2.598	2.736	36,8	41,2
70/71: Realitätenwesen; Vermietung	761	797	844	919	969	12,9	11,7
72: Datenverarbeitung und Datenbanken	462	428	437	432	506	6,7	6,5
73/74: unternehmensbez. DL; Forschung/Entwicklung	4.159	4.964	5.223	5.569	6.036	80,4	81,8
L–Q) Öff. Verwaltung, Unterrichtswesen,	1.107	1.701	0.220	5.507	0.050	00,1	01,0
Gesundheits/Sozialwesen, Sonst. Dienstleistungen	40.534	41.285	42.088	43.337	44.120	54,6	43,8
Branchengruppe KWF Technologiefonds	8.020	8.564	8.657	8.962	9.426	10,1	13,7

Quelle: WIBIS Kärnten.

Das ausgeprägte Spezialisierungsmuster im Bereich der technologie- und forschungsintensiven Industrie in Villach ist insofern bemerkenswert, wie bezogen auf die Standortentwicklung in den zurückliegenden Jahren sowohl im Rahmen der Struktur- und Technologiepolitik des Landes als auch innerhalb der Stadtentwicklungspolitik enorme Anstrengungen unternommen wurden, um Klagenfurt – analog zu Villach – als High-Tech-Standort zu

etablieren. Zwar war die Stadt neben ihrer Funktion als Zentrum für Verwaltungsdienstleistungen immer schon auch Heimat für eine Vielzahl mittelständischer Handels- und Gewerbebetriebe ebenso wie für Unternehmen aus den Bereichen der Leichtindustrie, des Fremdenverkehrs sowie des Banken- und Versicherungswesens. Zudem gibt es eine langjährige Tradition als Messeplatz mit einem holzwirtschaftlichen Schwerpunkt sowie als Produktions- oder Vertriebsstandort international tätiger Unternehmen wie Philips, Siemens oder auch Mazda. Im Mittelpunkt der Entwicklungsanstrengungen der jüngeren Vergangenheit steht demgegenüber jedoch die Etablierung eines IT-Clusters zur Bündelung der regionalen Kompetenzen im Software- und IT-Bereich. So verfügt Klagenfurt seit 1992 nicht allein über den seinerzeit ersten Technologiepark des Bundeslandes, der in unmittelbarer Nachbarschaft zur ortsansässigen Fachhochschule und komplementär zu den dort bestehenden Studien- und Forschungskompetenzen über einen Firmenschwerpunkt im Bereich von Telematik, Informatik, Medizintechnik sowie Neue Medien verfügt. Mit dem in 2005 eröffneten "Lakeside Science und Technology Park" (LSTP) wurde zudem ein Forschungs- und Entwicklungszentrum unter der Zielsetzung geschaffen, in räumlicher Nähe zur Universität Klagenfurt eine Plattform für den Wissenstransfer und damit die Verknüpfung von Forschungsaktivitäten, der Ausbildung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Ansiedlung entwicklungsorientierter Unternehmen zu schaffen. Ergänzend hierzu wurden 2008 sowohl die sogenannten Lakeside Labs gegründet, die auf Grundlagenforschung wie angewandte Forschung im Bereich von "Selbstorganisierenden vernetzten Systemen" ausgerichtet sind, als auch aus Landesmitteln sechs technisch orientierte Lehrstühle an der Uni Klagenfurt zur Unterstützung des angestrebten IT-Clusters neu eingerichtet. Vervollständigt wird diese auf Technologieförderung ausgerichtete Infrastruktur durch ein mit Universität, Technologie- und Wissenschaftspark vernetztes Gründerzentrum zur Stimulierung von innovativen Geschäftsideen im Bereich akademischer Ausgründungen. Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Jahren auch in Klagenfurt die Bedeutung des Technologiesektors ansteigen wird, wie dies für Villach bereits in den zurückliegenden Jahren festgestellt werden konnte. Ein besonderes Gewicht kommt hierbei der lokalen Wirtschaftsförderungspolitik zu, auf die für beide Städte nachfolgend näher eingegangen werden soll.

3.3 Ausgestaltung der Wirtschaftsförderungspolitik in beiden Städten

Zur Überprüfung der im Rahmen der theoretischen Vorüberlegungen zur Fallstudie entwickelten Hypothesen kann zusätzlich zur Auswertung der verfügbaren Daten der amtlichen Statistik auf die Ergebnisse von Interviews mit Schlüsselpersonen der kommunalen Wirtschaftsförderung bei-

der Städte zurückgegriffen werden. Die Befragungen wurden Ende 2008 bzw. Anfang 2009 auf der Grundlage eines strukturierten Interviewleitfadens durchgeführt⁵³, der neben einer allgemeinen Bewertung standortrelevanter Entwicklungstrends auch Fragen zu den Zielen und Strategien, der Organisationsstruktur sowie dem Instrumenteneinsatz der jeweiligen Wirtschaftsförderungspolitik umfasste. Die Befragungsergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- □ Hinsichtlich der für die zukünftige Standortentwicklung als relevant anzusehenden Veränderungen in den grundlegenden Rahmenbedingungen wird aus Sicht der Befragten in beiden Städten unisono auf die Öffnung der Ostgrenzen und die damit verbundene Erweiterung des europäischen Binnenmarktes verwiesen, was im Ergebnis als eine "größere Standortkonkurrenz" bzw. als eine im Vergleich zu früheren Jahren "schwierigere Konkurrenzsituation" aufgrund "billigerer Arbeitskräfte und Produktionsstandorte" wahrgenommen wird. Als Mittel, um in diesem intensiveren Wettbewerbsumfeld bestehen zu können, wird vor allem auf das "Vorhandensein von speziellem Know-how und einzigartigen Produkten", die Mitarbeiter als das "Hauptkapital" der ortsansässigen Unternehmen, aber auch die durch die Grenzöffnung in der Region "höhere Kaufkraft" ebenso wie die "Schnelligkeit von Entscheidungen" im Bereich der kommunalen Verwaltungen verwiesen.
- ☐ Mit Blick auf die innerhalb der Wirtschaftsförderung verfolgten Ziele und Strategien wird aus Villacher Sicht - neben der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur vor Ort – der "Qualifizierung von Arbeitskräften und unternehmenseigenen Mitarbeitern" ein besonderes Gewicht beigemessen. Während in den zurückliegenden Jahren unter Verweis auf den Auf- und Ausbau des Technologieparks eine strategische Schwerpunktsetzung zur Steigerung der Standortattraktivität "im Bereich High Tech" lag, wird aktuell der Innenstadtentwicklung ebenfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aus Klagenfurter Sicht wird als vorrangiges Ziel der Wirtschaftsförderung die "Forcierung von Clustern" im universitären Umfeld "mit dem Schwerpunkt IT und Forschung und Entwicklung" genannt. Anstelle der Entwicklung einer eigenen Standortstrategie bedient sich die Stadt "hauptsächlich der bereits vorhandenen Programme des Kärntner Wirtschaftsfonds" und folgt somit den durch die Landesebene vorgegebenen Schwerpunktsetzungen.
- ☐ Die vor allem im Fall Klagenfurts bestehende enge Verzahnung zwischen Strukturpolitik des Landes und städtischer Wirtschaftsförderungspolitik kommt auch bei jenem Fragenkomplex zum Ausdruck, der auf die Organisationsstruktur und damit die Zuständigkeitsverteilung im Bereich der kommunalen Wirtschaftsförderung ausgerichtet ist. So wird nicht allein darauf verwiesen, dass insbesondere "die För-

derung von Großprojekten eher auf der politischen Ebene mit dem Landeshauptmann und dem Bürgermeister" erfolgt. Zudem bestehe "generell [...] eine enge Zusammenarbeit mit dem KWF durch Schnürung gemeinsamer Förderpakete". Schließlich wird auch der landeseigenen Entwicklungsagentur (EAK) eine bedeutende Rolle bei der Förderung von Innovationen, Kooperationen sowie der Ansiedlung von Unternehmen beigemessen: "Ihre Zuständigkeiten gelten für Stadt und Land." Dies bestätigt noch einmal die für Kärnten charakteristische, stark zentralistische Programmierung der Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik des Landes, welche die kommunale Ebene mit umfasst und am deutlichsten in Klagenfurt zur Geltung kommt.⁵⁴ Im Unterschied dazu scheint die politische Einflussnahme des Landes im Fall von Villach weit weniger ausgeprägt zu sein, was erklären würde, dass bei den Fragen zur Zuständigkeitsverteilung im Bereich der Wirtschaftsförderung (fast) ausschließlich auf stadteigene Abteilungen, Initiativen und Trägerschaften verwiesen wurde.55

☐ Bezogen auf die als relevant anzusehenden Standortfaktoren und die diesbezüglich bestehende Gewichtung der zum Einsatz kommenden Förderinstrumente zeigt sich im Fall von Klagenfurt sowohl eine Ausrichtung auf die klassischen "harten" Standortfaktoren – genannt werden Investitionen in die Erweiterung der städtischen Energieversorgung, des Verkehrsnetzes ebenso wie die Erweiterung des Flughafens als auch die dynamischen Faktoren (Förderung von Lakeside Park, Gründerzentrum etc.). Die Förderung von "weichen" Standortfaktoren (z. B. Ausbau und Bestandspflege der vorhandenen Kulturangebote wie Stadttheater, Stadtgalerien, Jazzclub etc.) wird demgegenüber nur am Rande genannt. Im Unterschied dazu kann mit Blick auf Villach eine weitaus klarere Gewichtsverschiebung der zur Anwendung kommenden Förderinstrumente in Richtung dynamischer ebenso wie weicher Standortfaktoren festgestellt werden. Sieht man einmal vom klassischen Instrument des Flächenmanagements ab, werden ausschließlich diesen beiden Determinanten der Standortattraktivität zurechenbare Projekte und Aktivitäten der Wirtschaftsförderung genannt. Exemplarisch sei auf die Verbesserung der Lebensqualität durch vielfältige Kultur- und Freizeitangebote (Carinthischer Sommer, Jazz Over Villach, Ausbau des Radwegenetzes etc.), Investitionen in den Ausbau von Ausbildungsund Betreuungseinrichtungen (Fachhochschule, Neue Mittelschule, Musikschule, Kindergärten) oder eine verbesserte Serviceorientierung der städtischen Verwaltung (z. B. Einrichtung eines "Runden Tisches" als One-Stop-Shop für ansiedlungswillige Unternehmen) verwiesen.

Die zurückliegenden Ausführungen machen deutlich, dass sich für beide Städte sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede im Umgang mit jenen neuen Herausforderungen zeigen, die mit der Öffnung der Grenzen im Rahmen der EU-Osterweiterung verbunden waren und nach wie vor sind. So versuchen Villach wie Klagenfurt unter anderem mit einer verstärkten Ausrichtung auf dienstleistungsorientierte und wissensintensive Wirtschaftsbereiche sowie einer besseren Vermarktung der vor Ort vorhandenen Lebensqualität auf die Intensivierung des Standortwettbewerbs zu reagieren. Neben den traditionellen "harten" Standortfaktoren (Verkehrsinfrastruktur, Flächenmanagement, Subventionen), welche auch weiterhin als relevant angesehen werden, wird dabei "weichen" Standortfaktoren eine zunehmende Bedeutung insbesondere im Wettbewerb mit osteuropäischen Standorten zuerkannt. Auch wenn sich damit bezogen auf Zielsetzung und Instrumenteneinsatz der Wirtschaftsförderung ein ähnliches Bild für beide Städte abzeichnet, ist jedoch ebenso festzustellen, dass lediglich im Fall von Villach von einer umfassenden und systematischen Einbeziehung dynamischer wie weicher Standortfaktoren in Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes ausgegangen werden kann. So setzt Villach weitaus stärker als Klagenfurt auf eine erhöhte Serviceorientierung gegenüber Unternehmen. Zudem werden neben einer expliziten Schwerpunktsetzung im Bereich Umweltorientierung auch systematisch Fördermaßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur sowie zur Freizeit-, Kultur- und Wohnwertsteigerung durchgeführt, womit die Standortpolitik in Villach ausgeprägter als jene in Klagenfurt im Einklang mit der Hypothese vom Bedeutungsverlust der traditionell als relevant angesehenen Standortfaktoren zu stehen scheint.

3.4 Standortbedingungen aus Sicht der ortsansässigen Unternehmen

Die Überprüfung der "Verschiebungsthese" wäre unvollständig, wenn nicht auch die Perspektive der ortsansässigen Unternehmen in die Betrachtung mit einbezogen würde. Zu diesem Zweck erfolgte im Zeitraum von Anfang November 2009 bis Ende Januar 2010 ergänzend zu den Interviews mit Schlüsselpersonen der kommunalen Wirtschaftsförderung eine standardisierte Befragung von 106 Unternehmen. Die befragten Unternehmen verteilen sich annähernd hälftig auf beide Städte und umfassen sowohl Dienstleistungs- als auch Industriebetriebe unterschiedlicher Größe. Neben der generellen Zufriedenheit mit dem jeweiligen Standort sowie den aus Unternehmenssicht als relevant anzusehenden Veränderungen in den sozioökonomischen Rahmenbedingungen wurde schwerpunktmäßig nach der Relevanz einzelner Standortfaktoren für die eigene Standortwahl einschließlich deren Bedeutungsveränderung im Zeitablauf gefragt. Die Befragungsergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

□ Mit Blick auf die als relevant anzusehenden Veränderungen in den sozioökonomischen Rahmenbedingungen der zurückliegenden 15 Jahre wird von den befragten Unternehmen in beiden Städten unisono Österreichs Integration in den europäischen Binnenmarkt in all seinen Facetten (EU-Beitritt, Einführung des Euro, Grenzöffnung nach Osten, Erhöhung der Wettbewerbsintensität) mit 55 % aller Nennungen als die zentrale Herausforderung der jüngeren Vergangenheit bewertet. Auf den Strukturwandel hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft entfallen demgegenüber 29 % aller Nennungen, während bei den restlichen 16 % Aspekte wie etwa die (eingeschränkte) Verfügbarkeit benötigten Humankapitals genannt werden.

- □ Hinsichtlich der Frage nach der Standortzufriedenheit zeigt sich ein leicht unterschiedliches Bild zwischen beiden Städten. So bekunden 91 % der befragten Unternehmen in Villach eine "sehr hohe" bzw. eine "hohe" Zufriedenheit mit den gegebenen Standortbedingungen vor Ort (bei 4 % mit "niedriger" und 5 % mit "sehr niedriger" Zufriedenheit). Demgegenüber äußerten nur 81 % der befragten Klagenfurter Unternehmen eine sehr hohe bzw. eine hohe Standortzufriedenheit (bei zugleich 19 % mit niedrigen Zufriedenheitswerten). Die Ursache für diese unterschiedliche Bewertung könnte unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Experteninterviews darin bestehen, dass Villach sich in den zurückliegenden Jahren konsequenter als Klagenfurt auf die Bewältigung der neuen Herausforderungen, die aus dem allgemeinen Strukturwandel für den eigenen Wirtschaftstandort erwachsen, eingestellt hat.
- ☐ Bezüglich der aus unternehmerischer Sicht für die eigene Standortwahl als bedeutsam angesehenen Standortfaktoren zeigt sich in der gemeinsamen Auswertung der Befragungsergebnisse für beide Städte, dass - wie aus Tabelle 6 ersichtlich - traditionelle (bzw. harte) Standortfaktoren (wie die Nähe zu den Absatzmärkten, der Ausbau und Erhalt des Straßennetzes oder auch die Höhe von Gewerbemieten und Grundstückskosten) nach wie vor als relevant angesehen werden. Daneben wird aber auch deutlich, dass dynamischen Faktoren (vor allem die Kommunikations- und Informationsinfrastruktur, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte oder auch bestehende Weiterbildungsangebote) ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Auffällig ist allerdings auch, dass – sieht man einmal von der Kooperation mit anderen Unternehmen und öffentlichen Behörden ab - die Relevanz von weichen Standortfaktoren als nachrangig angesehen wird. Betrachtet man die Ergebnisse für beide Städte getrennt, ist zudem hervorzuheben, dass die in Villach befragten Unternehmen den harten Standortfaktoren ein im Vergleich zu den Klagenfurter Unternehmen geringeres Gewicht beimessen. Diese Bewertung korreliert jedoch nicht mit einer höheren Gewichtung der dynamischen oder gar der weichen Standortfaktoren.
- ☐ Richtet man den Blick schließlich auf die Frage nach dem Bedeutungswandel einzelner Standortfaktoren im Zeitablauf, geht für beide Städte aus Tabelle 6 hervor, dass traditionelle Faktoren wie etwa Kosten- und

Abgabenbelastungen stärker in den Fokus der Unternehmen rücken.⁵⁷ Daneben werden aber auch jene Determinanten der Standortqualität als zunehmend bedeutsamer eingestuft, die wie die Kommunikations- und Informationsinfrastruktur, die Qualität der Arbeitskräfte oder auch die vor Ort verfügbaren Fort- und Weiterbildungsprogramme den dynamischen Faktoren zugerechnet werden können. Demgegenüber wird die Relevanz weicher Standortfaktoren auch für die Zukunft als vergleichsweise niedrig eingestuft.

Tabelle 6: Bedeutung von Standortfaktoren und deren Veränderung im Zeitablauf aus Sicht von Unternehmen der Städte Klagenfurt und Villach

	Relevanz der Standortfaktoren			Bedeutungsveränderung			
	Gesamt	Klagenfurt	Villach	Gesamt	Klagenfurt	Villach	
Nähe zu Absatzmärkten/Kunden	1,61	1,72	1,50	0,50	0,48	0,52	
Kommunikations- und Informationsinfrastruktur	1,63	1,44	1,85	0,66	0,76	0,55	
Zusammenarbeit mit Unternehmen und Behörden	1,71	1,67	1,74	0,43	0,44	0,42	
Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften	1,81	1,77	1,90	0,54	0,65	0,42	
Ausbau und Erhalt des Straßennetzes	1,94	1,85	2,02	0,39	0,41	0,37	
Gewerbemieten, Grundstückskosten	1,96	1,89	2,06	0,44	0,44	0,44	
Parkraum für Kunden- und Lieferverkehr	2,02	2,09	1,92	0,35	0,24	0,47	
Steuer- und Abgabenbelastung	2,03	1,85	2,22	0,50	0,62	0,37	
Arbeits-, Energie- und Materialkosten	2,08	2,00	2,14	0,60	0,67	0,52	
Weiterbildungsangebote	2,09	1,91	2,31	0,50	0,63	0,35	
Naherholungsgebiete, landschaftliche Attraktivität	2,10	2,08	2,14	0,22	0,21	0,23	
Wohnraumangebot	2,11	2,02	2,22	0,26	0,34	0,17	
Standortmarketing	2,27	2,32	2,21	0,36	0,35	0,37	
Nähe zu Beschaffungsmärkten/ Zulieferern/Dienstleistern	2,30	2,33	2,27	0,22	0,22	0,21	
Hochschulen und Forschungseinrichtungen	2,34	2,23	2,51	0,44	0,54	0,33	
Räumliche Nähe zu öffentlichen Einrichtungen	2,36	2,32	2,40	0,11	0,15	0,08	
Subventionen	2,37	2,33	2,45	0,43	0,51	0,35	
Verfügbarkeit von Gewerbeflächen	2,40	2,35	2,44	0,28	0,24	0,31	
Kulturelles Angebot	2,42	2,42	2,46	0,12	0,06	0,18	
Öffentliches Personennahverkehrsnetz	2,47	2,48	2,44	0,23	0,19	0,28	
Nähe zu Italien und Slowenien	2,48	2,56	2,37	0,28	0,30	0,26	

Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: Insgesamt wurden 106 Unternehmen befragt. Für die Berechnung der Mittelwerte wurden folgende Skalen herangezogen: Relevanz der Standortfaktoren: 1 = sehr wichtig, 4 = unwichtig; Veränderung der Relevanz: 1 = an Bedeutung gewonnen, 0 = in Bedeutung unverändert, -1 = an Bedeutung verloren.

Vor dem Hintergrund der beiden letzten Punkte muss zumindest mit Blick auf Klagenfurt und Villach festgestellt werden, dass – abweichend von der Ausgangsthese einer doppelten Gewichtsverschiebung von den traditionellen (harten) hin zu den dynamischen ebenso wie zu den weichen Standortfaktoren – die Ergebnisse der Unternehmensbefragung lediglich auf eine gestiegene Bedeutung der dynamischen Faktoren hindeuten. Eine ebensolche Gewichtsverschiebung in Richtung der weichen Standortfaktoren, wie dies aus theoretischer Sicht ebenfalls zu erwarten gewesen wäre, ist demgegenüber allerdings nicht eindeutig zu erkennen.

4. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

Kärnten kann in wirtschaftlicher Hinsicht – gemessen an anderen Regionen Österreichs – als strukturschwach charakterisiert werden. Der in den zurückliegenden Jahren durch massive wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen auf Landesebene eingeleitete technologieorientierte Strukturwandel deutet jedoch darauf hin, dass auch in einem durch Stagnation und nachholende Entwicklung geprägten Wirtschaftsraum die beschriebenen Veränderungen von Prozessen des Standortwettbewerbs deutlich erkennbar sind. Dies gilt insbesondere für die beiden Städte Klagenfurt und Villach, die als regionale Ballungszentren einen Entwicklungsmotor für das gesamte Bundesland darstellen. Nach Jahrzehnten der wenig vorteilhaften Grenzlage im europäischen Binnenmarkt sieht sich Kärnten aufgrund der EU-Osterweiterung sowohl mit neuen Chancen für die Standortentwicklung als auch mit gestiegenen Herausforderungen im Wettbewerb mit mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsstandorten konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund war es das Ziel des vorliegenden Beitrags, die Anpassungsstrategien an diese veränderten Rahmenbedingungen – sowohl auf regionaler (Bundesland Kärnten) als auch auf lokaler Ebene (Städte Klagenfurt und Villach) – eingehender zu betrachten. Die dabei gewonnenen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

□ Um sich den Herausforderungen von Globalisierung und EU-Osterweiterung als Wirtschaftsstandort zu stellen, zielt die aktuelle Entwicklungsstrategie des Landes Kärnten darauf ab, das Innovationspotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen und die Technologieführerschaft in ausgewählten Bereichen durch eine entsprechende Ausgestaltung des regionalen Innovationssystems zu erlangen. Die Fördermaßnahmen sind dabei vor allem auf drei Schwerpunktbranchen (Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikroelektronik und Erneuerbare Energie) konzentriert. Angestrebt wird zudem eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwick-

lung sowie eine gezielte Bewerbung Kärntens als Standort für forschungsintensive Betriebe.

- □ Erste Erfolge dieser zentralistisch programmierten Förderstrategie zeigen sich vor allem bei der Entwicklung der FuE-Quote, bei der Kärnten mittlerweile zu den Top-30-Regionen der Europäischen Union zählt. Bezogen auf die Wirtschaftsförderung des Landes ist dabei vor allem eine Konzentration auf jene Standortfaktoren zu erkennen, die herkömmlicherweise als dynamische Determinanten der Standortentwicklung (Steigerung der Ausbildungsqualität, Förderung von Bildungseinrichtungen, Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Hochschulsektor und Wirtschaft, Aufbau technologieorientierter Cluster etc.) eingestuft werden. Klassische "harte" Standortfaktoren treten demgegenüber in den Hintergrund, auch wenn sie nicht gänzlich an Bedeutung verlieren (wie etwa das Koralmbahnprojekt zur Verbindung der Zentralräume Klagenfurt und Graz zeigt).
- □ Die positive Entwicklung im Bereich des Technologiesektors darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Maßnahmen der regionalen Struktur- und Technologiepolitik zur Erhöhung der Standortattraktivität bislang noch keinen nachhaltigen Niederschlag in den relevanten makroökonomischen Daten gefunden haben. So nimmt Kärnten bei Indikatoren wie der regionalen Wertschöpfung, dem verfügbaren Einkommen, der regionalen Kaufkraft, der Entwicklung der Beschäftigtenzahl oder auch der Arbeitslosenrate im Bundesländervergleich nach wie vor hintere Ränge ein. Die Neupositionierung als ein High-Tech orientierter Wirtschaftsstandort mit entsprechenden Ausstrahleffekten in die Region steht also noch am Anfang.
- □ Hemmfaktoren für die regionale Wirtschaftsförderungspolitik sind einerseits im öffentlichen Sektor selbst zu verorten, der gemessen an einschlägigen Indikatoren (regionale Staatsquote, Höhe der Verwaltungs- und Sozialausgaben pro Kopf, Schuldenstand etc.) einen überdurchschnittlich hohen Anteil der verfügbaren Ressourcen des Landes bindet, die damit nicht für produktive Maßnahmen der Standortentwicklung zur Verfügung stehen. Andererseits sorgt eine ausgeprägte "regionale Selbstbezüglichkeit" der Bevölkerung des Landes dafür, dass nicht immer jene "mentale Offenheit für alles Neue" vorhanden ist, wie dies aufgrund der zunehmenden Internationalisierung des Standortwettbewerbs notwendig wäre.

Soweit positive Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung Kärntens in der Vergangenheit zu verzeichnen waren, wurden diese meist durch den Kärntner Zentralraum und damit die Städte Klagenfurt und Villach bestimmt. Beide Stadtregionen waren in den zurückliegenden Jahren

durch einen Wandel ihrer Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet, wenngleich diesbezüglich Unterschiede zwischen beiden Städten zu erkennen sind:

- □ Beide Städte verfolgten in der jüngeren Vergangenheit eine Entwicklungsstrategie, bei der der Ausbau zum Hochtechnologiestandort auf der Grundlage einer entsprechenden Infrastruktur (Lakeside Science and Technology Park in Klagenfurt, Technologiepark Villach etc.) im Vordergrund stand. Während Klagenfurt hierbei die räumliche Nähe zur Landesregierung und damit die Partizipation an den landeseigenen Förderinstrumenten für die eigene Standortentwicklung genutzt hat, musste Villach weitaus stärker auf eigene Strategiekonzepte und Ressourcen zur Steigerung der Standortattraktivität zurückgreifen.
- □ Bezogen auf die Wirtschaftsstruktur und deren Wandel in Richtung einer stärkeren Wissens- und Technologieorientierung ist festzustellen, dass in den zurückliegenden Jahren die Entwicklung von Villach im Unterschied zu Klagenfurt vergleichsweise dynamischer verlaufen ist. So ist Villach etwa bezogen auf die Beschäftigtenanteile der Industriebranchen mit hohem Technologiebezug (insbesondere im Bereich Elektronik/Mikroelektronik), aber auch bei den wissensintensiven Unternehmensdienstleistungen durch weit über dem Landesdurchschnitt liegende Werte gekennzeichnet. Demgegenüber weist Klagenfurt lediglich im Dienstleistungsbereich und hier in erster Linie im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie der sonstigen Dienstleistungen (Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen) überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile auf.
- □ Bezogen auf die zum Einsatz kommenden Förderinstrumente lassen die mit Vertretern der kommunalen Wirtschaftsförderung beider Städte durchgeführten Interviews im Fall von Klagenfurt eine mehr oder weniger gleichgewichtige Ausrichtung auf harte wie weiche Standortfaktoren erkennen. Im Unterschied dazu kann für Villach eine weitaus klarere Gewichtsverschiebung der zur Anwendung kommenden Förderinstrumente in Richtung dynamischer (Ausbildungseinrichtungen, Facharbeiterverfügbarkeit, Clusterbildung etc.) ebenso wie weicher Determinanten (Wirtschaftsklima, schnelles Verwaltungshandeln, Lebensqualität, Wohnumfeld, Kulturprogramme) der Standortentwicklung festgestellt werden. Damit scheint Villach in der Neuausrichtung seiner Wirtschaftsförderungspolitik konsequenter als Klagenfurt auf die neuen Herausforderungen im Standortwettbewerb zu reagieren.

Literaturverzeichnis

Antonelli, Ch. (2000): Collective Knowledge, Communication and Innovation. In: Regional Studies 34, 535–547.

Arbeitsmarktservice Österreich (2009): Graphisches Arbeitsmarkt Informationssystem – Bundeslandprofile 2008 (Kärnten). Wien.

Arthur, W. B. (1994): Increasing returns and path dependency in the economy. Ann Arbor.

Bainschab, J.; Oberlechner, K. (2009): Kärnten verliert clevere Junge. In: Kleine Zeitung, 17. 02.2009, 16-17.

BAKBASEL (2009): Benchmarking Report for the Villa Manin Euroregion. Basel.

Barro, R. J. (1990): Government spending in a simple model of endogenous growth. In: Journal of Political Economy 98, 103–125.

Bauer, H.; Mitterer, K. (2009): Zum Abbau von Transferverflechtungen. Wien.

Beckmann, M. (1968): Location theory. New York.

Beise, M.; Gehrke, B.; Legler, H. (1999): Attraktivität Deutschlands und seiner Regionen für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. In: Informationen zur Raumentwicklung 25, 31–44.

Blume, L. (2006): Local Economic Policies as Determinants of the Local Business Climate. In: Regional Studies 40, 312–333.

Blume, L. (2009): Regionale Institutionen und Wachstum. Marburg.

Bodenhöfer, H.-J.; Hüttner; G. (1989): Wirtschaftliche Entwicklung und Industrielles Wachstum in Kärnten. Klagenfurt.

Bodenhöfer, H.-J.; Hüttner; G. (1992): Wirtschaftskonzept Kärnten, Band I: Wachstum und Strukturwandel. Wien.

Breinbauer, A.; Haslehner F.; Wala, T. (2008): Internationale Produktionsverlagerungen österreichischer Industrieunternehmen. Wien.

Bundeskanzleramt Österreich (2007): Innovative Strategien – Regionalentwicklung und EU-Strukturpolitik in Österreich. Wien.

Caniëls, M. C. J. (2000): Knowledge Spillovers and Economic Growth. Cheltenham.

Cappellin, R. (2001): Urban Agglomeration and Regional Development Policies in an Enlarged Europe. In: Bröcker, J.; Herrmann, H. (Hrsg.): Spatial Change and Interregional Flows in the Integrating Europe. Heidelberg/New York, 117–129.

Christaller, W. (1933): Die zentralen Orte in Süddeutschland. Jena.

Döring, T. (2007): Kommunen und Regionen im Standortwettbewerb. In: Brodel, D. (Hrsg.): Handbuch Kommunales Management. Wien, 345–362.

Döring, T. (2008): Neue Herausforderungen im kommunalen Standortwettbewerb und ihre Konsequenzen für die lokale Wirtschaftspolitik. In: Biwald, P. et al. (Hrsg.): Innovation im öffentlichen Sektor – Festschrift für Helfried Bauer. Wien/Graz, 62–71.

Döring, T.; Aigner, B. (2010): Standortwettbewerb, unternehmerische Standortentscheidungen und lokale Wirtschaftsförderung – Zum Stand der theoretischen und empirischen Forschung aus ökonomischer Sicht. In: Van der Beek, G.; Korn, T. (Hrsg.): Kommunale Wirtschaftsförderung. Lohmar (im Druck).

Döring, T.; Blume, L.; Türck, M. (2008): Ursachen der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der deutschen Länder – Gute Politik oder Resultat günstiger Rahmenbedingungen. Baden-Baden.

Filzmaier, P.; Perlot, F. (2009): Ticken KärntnerInnen anders? – Meinungen zu Österreich und EU-ropa. In: Kärntner Jahrbuch für Politik 16, 9–26.

Fritz, O. (2009): Die Regionale Dimension der Bevölkerungsentwicklung in Österreich. In: Rechts- und Finanzierungspraxis für Gemeinden (RFG) 3, 8–13.

Grabow, B. (2005): Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick. In: Thießen, F. et al. (Hrsg.): Weiche Standortfaktoren. Berlin, 37–52.

Greenhunt, M. L. (1956): Plant location in theory and practice: the economics of space. Chapel Hill.

Grossman G.; Helpman, E. (1991): Innovation and growth in the global economy. Cambridge (MA).

Grossmann, B.; Hauth, E. (2006): Die Budgetpolitik der Bundesländer im Lichte der Maastrichtvorgaben 2001 bis 2004. Wien.

Harhoff, D. (1995): Agglomerationen und regionale Spillovereffekte. In: Gahlen, B. (Hrsg.): Standort und Region. Tübingen, 83–115.

Holzer, G. (2008): Kärnten trägt rote Laterne in der Technik. In: Kleine Zeitung, 23. 07. 2008, 14–15.

Hoover, E. M. (1948): The location of economic activity. New York.

Institut für Höhere Studien Kärnten (2008): Wirtschaftsbericht 2007. Klagenfurt.

Institut für Höhere Studien Kärnten (2009): Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2008. Klagenfurt.

Jausz, F. (1985): Geld und Wirtschaftsentwicklung in Kärnten seit dem Vormärz. Klagenfurt.

Kazianka, C. (2008): Die künftigen Entwicklungschancen Kärntens aus wirtschaftsgeographischer und regionalpolitischer Sicht. Klagenfurt.

Kahnert, R. (1998): Wirtschaftsentwicklung, Sub- und Desuburbanisierung. In: Informationen zur Raumentwicklung 24, 509–520.

Keating, M. (2001): Rethinking the region: Culture, Institutions and Economic Development in Catalonia and Galicia. In: European Urban and Regional Studies 8, 217–234.

Keilbach, M. (2000): Spatial Knowledge Spillovers and the Dynamics of Agglomeration and Regional Growth. Heidelberg/New York.

Kinkel, S.; Dachs, B.; Ebersberger, B. (2007): Produktionsverlagerungen und Rückverlagerungen im europäischen Vergleich. In: Industrie Management 23, 47–51.

 $\mathsf{KWF}-\mathsf{K\"{a}}$ rntner Wirtschaftsförderungsfonds (2008): K\"{a}rnten 2020 – die FTI-Strategie. Klagenfurt.

Lackner, H. (2008): Armer Süden. In: Profil (38), 15. 09. 2008, 34-35.

Läpple, D. (2001): City and Region in an Age of Globalisation and Digitization. In: German Journal of Urban Studies 40 (2).

Lazerson, M. (1993): Factory or Putting-out? Knitting Networks in Modena. In: Grabher, G. (Hrsg.): The Embedded Firm: On the Socioeconomics of Industrial Networks. London/New York, 203–226.

Logan, J. R.; Swanstrom, T. (1990): Urban restructuring – a critical review. In: Logan, J. R.; Swanstrom, T. (Hrsg.): Beyond the City Limits: Urban Policy and Economic Restructuring in Comparative Perspective. Philadelphia, 3–24.

Lösch, A. (1944): Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 2. Auflage. Jena.

Mitterer, K. (2006): Demographische Bezirksprognosen bis 2031 – Kärnten. Wien.

Palme, G. (1992): Entwurf zu einem Wirtschaftskonzept für Kärnten. In: WIFO Monatsberichte 8, 438–446.

Porter, M. E. (1990): The Competitive Advantage of Nations. London.

Rebelo, S. (1991): Long run policy analysis and long run growth. In: Journal of Political Economy 98, 71–102.

Rechnungshof (2009): Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Stadt Villach, Bericht des Rechungshofs, Reihe Kärnten 6. Wien.

Rodiga-Laßnig, P. (2009a): FTI-Strategie Kärnten 2020. In: IHS Kärnten Konjunkturreport 9 (2), 4–5.

Rodiga-Laßnig, P. (2009b): Wirtschaftliche Entwicklung Kärntens – Bilanz 1999 bis 2008. In: Kärntner Jahrbuch für Politik 16, 253–288.

Romer, P. M. (1986): Increasing Returns and Long-Run Growth. In: Journal of Political Economy 94, 1002–1037.

Schrom, A. (1980): Die regionale Entwicklung in Kärnten aus sozioökonomischer Sicht. Klagenfurt.

Smilor, R. W.; Wakelin, M. (1990): Smart infrastructure and economic development. In: Kosmetsky, G.; Smilor, R. W. (Hrsg.): The technopolis phenomenon. Austin (TX), 53–75.

Smith, D. M. (1971): Industrial Location. New York.

Statistik Austria (2009): Gebarungen und Sektor Staat – Teil II. Wien.

Statistik Austria und Österreichischer Städtebund (2008): Österreichs Städte in Zahlen 2008. Wien.

Steiner, M. (1991): Wirtschaftskonzept Kärnten, Band II: Innovations- und Technologieaktivitäten. Wien.

Stimson, R. J., Stough, R.; Brian, B. H. (2006): Regional Economic Development. New York et al.

Tertschnig, W. (1994): Klagenfurt – Strukturwandel und Entwicklungstendenzen der Arbeitsstätten und der Beschäftigungsgruppengrößen an den Ausfallstraßen, der Südumfahrung und den angrenzenden Industriezonen. Klagenfurt.

Thießen, F. (2005): Zum Geleit: Weiche Standortfaktoren – die fünf Sichtweisen. In: Thießen, F. et al. (Hrsg.): Weiche Standortfaktoren. Berlin, 9–34.

Thünen, J. H. v. (1875): Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. Berlin.

Vogel, A. (2001): Internationale Wettbewerbsfähigkeit durch technologieorientierte Regionalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Strukturen und Entwicklungen in sowie der Konzepte, Strategien und Initiativen für Kärnten. Klagenfurt.

Zotter, Ch. (2009): Gönner und Pleitier. In: Die Zeit (42), 8. 10. 2009, 15.

Anmerkungen:

- 1 Siehe hierzu etwa Keating (2001), Stimson et al. (2006) oder auch Läpple (2001).
- 2 Siehe für Deutschland etwa Grabow (2005). Siehe für Österreich Kinkel et al. (2007) sowie Breinbauer et al. (2008), die zeigen, dass sogar knapp 48 % aller befragten Unternehmen in den Jahren 2007 und 2008 Entscheidungen zu Standortverlagerungen getroffen haben.
- 3 Siehe für diese Feststellung stellvertretend Blume (2006).
- 4 Siehe zu den klassischen Standorttheorien die Beiträge von Thünen (1875), Lösch (1944) oder auch Christaller (1933). Siehe auch Hoover (1948), Greenhunt (1956), Beckmann (1968)

- sowie Smith (1971). Für eine Zusammenfassung der Kernaussagen siehe Döring (2007 sowie 2009) sowie Döring/Aigner (2010).
- 5 Siehe Romer (1986) sowie Lucas (1988). Siehe auch Barro (1990), Rebelo (1991), Grossman/Helpman (1991) ebenso wie Arthur (1994).
- 6 Hier ist vor allem auf jene Beiträge zu verweisen, die zu einer regionalökonomischen Neuinterpretation der Lehre von den Agglomerationsvorteilen geführt haben. Danach spielen weniger die noch in den Ansätzen der klassischen Standorttheorie hervorgehobenen direkten Produktions- und Vertriebskostenvorteile eine entscheidende Rolle bei der unternehmerischen Standortwahl. Der Fokus liegt vielmehr auf solchen positiven Skaleneffekten, die durch wechselseitiges Lernen und "Wissen-Spillovers" hervorgerufen werden. Siehe hierzu etwa Beise et al. (1999) oder auch Kahnert (1998). Siehe ebenso Cappelin (2001), Antonelli (2000), Caniëls (2000), Keilbach (2000), Harhoff (1995) oder auch Glaeser et al. (1992).
- 7 Siehe hierzu etwa Thießen (2005) oder auch Döring (2008) sowie Döring/Aigner (2010).
- 8 Siehe stellvertretend Logan/Swanstrom (1990) sowie Smilor/Wakelin (1990).
- 9 Siehe hierzu auch Institut für Höhere Studien Kärnten (2008: 28 ff.).
- 10 Siehe zu den entsprechenden Daten Arbeitsmarktservice Österreich (2009).
- 11 Folgt man der Bevölkerungsprognose des KDZ, so ist für den Gesamtzeitraum von 2001 bis 2031 mit Blick auf Kärnten mit einem Rückgang der Bevölkerung um 4 % zu rechnen. Siehe hierzu Mitterer (2006). Siehe ebenso zur regionalen Bevölkerungsentwicklung in Österreich den Beitrag von Fritz (2009).
- 12 Siehe hierzu auch Bundeskanzleramt Österreich (2007) sowie auch Kazianka (2008).
- 13 Siehe hierzu die aktuelle Studie von BAKBASEL (2009), die allerdings lediglich für die Indikatoren "Arbeitsproduktivität" sowie "FuE-Ausgaben" eine Spitzenposition Kärntens in Relation zu den in die Untersuchung einbezogenen Vergleichsregionen (die italienischen Provinzen Emilia-Romagna, Venetien, Friaul-Julisch Venezien und Marche, die kroatischen Bezirke Istrien und Primorsko-Goranska sowie Slowenien als Ganzes) aufweist und die genannten Regionen zudem gemessen an westeuropäischen Standards in der Summe als unterdurchschnittlich entwickelt eingestuft werden können.
- 14 Siehe hierzu und zu den nachfolgenden Ausführungen Palme (1992) sowie Bodenhöfer (1997). Siehe darüber hinaus auch Steiner (1991) mit besonderem Fokus auf die Innovationsaktivitäten der Kärntner Wirtschaft.
- 15 Siehe auch Bodenhöfer/Hüttner (1989: 8) sowie Vogel (2001: 147 ff.). Siehe ebenso Schrom (1980).
- 16 Palme (1992, S. 438). Zudem wird festgestellt, dass Kärnten aufgrund seiner Randlage bezogen auf Größendegressionseffekte der heimischen Industrie "zu wenig zentral im Hinblick auf Bezugs- und Absatzmärkte" und hinsichtlich der Zentrifugalkräfte von Arbeitskostenvorteilen "zu wenig randlich" lag, "um entwicklungsschwach im globalen Maßstab zu sein" (ebenda). Siehe auch Bodenhöfer/Hüttner (1992: 6 ff.).
- 17 Siehe Bodenhöfer/Hüttner (1989: 11 ff.).
- 18 Siehe etwa Jausz (1984: 389) oder auch Bodenhöfer/Hüttner (1989: 10).
- 19 So weisen Bainschab/Oberlechner (2009: 16) darauf hin, dass von den aktuell rund 15.000 Studierenden mit K\u00e4rntner Herkunft 2008 lediglich etwas mehr als 8.000 im Land verblieben sind. Auch verlassen knapp die H\u00e4lfte aller K\u00e4rntner Sch\u00fcler mit Hochschulzugangsberechtigung (Maturanten), die ein Studium beginnen, das eigene Bundesland. Umgekehrt liegt jedoch der Anteil an Studierenden an den heimischen Hochschulen (Universit\u00e4t Klagenfurt, Fachhochschule K\u00e4rnten) mit rund drei Viertel sehr hoch, was bedeutet, dass es nur wenige Studierende von au\u00eden nach K\u00e4rnten zieht.

- 20 Siehe Bundeskanzleramt Österreich (2007: 22).
- 21 Siehe Bundeskanzleramt Österreich (2007: 22).
- 22 Siehe Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 9 und 69). Kärnten belegt damit 2006 im Bundesländervergleich hinter der Steiermark und Wien den dritten Rang.
- 23 Siehe Rodiga-Laßnig (2009a: 4). Siehe ebenso Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 71 ff.). Bezogen auf die verschiedenen Forschungsarten weist Kärnten dabei mit 77,1 % im Bereich der experimentellen Forschung den österreichweit größten Anteil aus, mit lediglich 17,1 % im Bereich der angewandten Forschung zugleich aber auch den niedrigsten. Auf die Grundlagenforschung entfallen demgegenüber 5,2 %.
- 24 Siehe ausführlich Palme (1992). Siehe ebenso die Studie von Steiner (1991).
- 25 Palme (1992: 443). In instrumenteller Hinsicht wird hierzu unter anderen die Einrichtung von Wissenschafts- und Technologieparks ebenso wie die Etablierung von Innovations- und Gründerzentren im Hochschulumfeld empfohlen.
- 26 Siehe hierzu Porter (1990), auf dessen Ansatz in diesem Zusammenhang explizit Bezug genommen wird.
- 27 Siehe ausführlich KWF (2008).
- 28 Siehe zu dieser Einschätzung auch Rodiga-Laßnig (2009a: 5), die allerdings für "eine noch konsequentere Umsetzung dieser Politik mit einer stärkeren Konzentration der verfügbaren Ressourcen auf die Förderung des eingeschlagenen Weges eines Strukturwandels der Kärntner Wirtschaft und der Verbesserung von Standortbedingungen" votiert.
- 29 Neben den genannten Einrichtungen des Landes sind hier zudem der sogenannte Technologiefonds Kärnten ebenso wie der Zukunftsfonds Kärnten zu nennen, denen beiden eine Unterstützungsfunktion im Rahmen der Umstrukturierung der Kärntner Wirtschaft in Richtung wachtsumsorientierter Branchen zukommt. Siehe zur Charakterisierung der Aufgaben der genannten Fördereinrichtungen des Landes auch Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 18 ff.).
- 30 So gibt es beispielsweise nach Lackner (2008: 35) gegenwärtig nur im ungleich bevölkerungsreicheren Wien mehr Betreuungsplätze als in Kärnten. Siehe zu den verschiedenen Maßnahmen Kärntens im Bereich der Familienpolitik auch Rodiga-Laßnig (2009b: 274 f.).
- 31 Hier kann für Kärnten exemplarisch auf die flächendeckende Einführung der "Neuen Mittelschule" ebenso wie das österreichweit einzigartige Ausbildungsmodell "Lehre mit Matura" verwiesen werden. Siehe für Details die Ausführungen von Rodiga-Laßnig (2009b: 268 ff.).
- 32 Siehe hierzu etwa Döring et al. (2008: 39) mit weiteren Literaturverweisen.
- 33 Siehe Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 74). Die Anzahl der "technologieaffinen" Unternehmen wird vom KWF (2008: 6) für 2008 sogar auf 280 geschätzt.
- 34 Die Position Kärntens verbessert sich nur um einen Platz, wenn man anstelle der angemeldeten Patente die Zahl der erteilten Patente als entsprechenden Indikator verwendet. Danach entfallen auf Kärnten 3 % aller vom Österreichischen Patentamt erteilten Patente. Siehe Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 82 ff).
- 35 So kann mit Palme (1992: 441) darauf hingewiesen werden, dass in Kärnten in Hinblick auf Mehrbetriebsunternehmen der Anteil der Zweig- und Tochterunternehmen mit Stammsitz der Muttergesellschaften außerhalb der Landesgrenzen vergleichsweise hoch ist. Dies dürfte zumindest mit Blick auf die räumliche Zuordnung von Patentanmeldungen von Bedeutung sein.
- 36 Den Spitzenwert in den beiden Kategorien weist jeweils Salzburg mit 75 % bzw. 78 % auf, dicht gefolgt von Wien mit 73 % bzw. 77 %. Bezogen auf Kärnten stellt hierzu auch Holzer

- (2008: 14 f.) fest: "Politiker geben sich nicht nur, aber besonders in Kärnten lieber volkstümlich in Tracht, bei Blasmusik und Bierkrug als modern mit Laptop."
- 37 Siehe hierzu Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 50 f.). Die Exportquote wird definiert als Summe der Warenexporte im Verhältnis zum Bruttoregionalprodukt. Der Offenheitsgrad wird bestimmt als Summe aus Warenexporten und -importen im Verhältnis zum Bruttoregionalprodukt.
- 38 Filzmaier/Perlot (2009: 16). Individuelle Werthalten und Einstellungen werden zu den Bestandteilen des Sozialkapitals einer Region gerechnet, welchem aus ökonomischer Sicht wiederum eine bedeutsame Rolle im Rahmen der regionalwirtschaftlichen Entwicklung beigemessen wird. Siehe hierzu stellvertretend Blume (2009). Siehe ebenso Döring et al. (2008: 92 ff.).
- 39 So hat sich die Bedeutung Kärntens an den großen Tourismusregionen Österreichs stetig vermindert, wobei der Anteil Kärntens an den österreichweiten Nächtigungen von vormals 15,5 % (1980) auf aktuell 10,3 % (2008) zurückgegangen ist. Hierbei unterliegt insbesondere der Sommertourismus in Kärnten in langfristiger Sicht einem erheblichen Bedeutungsverlust (Rückgang der Nächtigungen im Zeitraum 1980–2008: 45,5 %). Bei den Förderbarwerten in 2008 liegt der Tourismusbereich mit einem Anteilswert von 31 % jedoch deutlich vor den Anteilswerten des Gewerbes (21 %) sowie der Industrie (19 %). Siehe zu den Daten die Angaben in Institut für Höhere Studien Kärnten (2009: 86 ff. und 109 f.).
- 40 Die niedrigsten regionalen Staatsquoten wiesen 2006 die Länder Oberösterreich (17,18 %), Salzburg (17,32 %), Tirol (18,34 %) und Vorarlberg (19,16 %) auf. Zu den Daten siehe Statistik Austria Regionale Gesamtrechnung vom 22. 12. 2008.
- 41 So sind die Landesausgaben in Kärnten im Zeitraum zwischen 2001 und 2004 etwa um 10,9 % gestiegen, während im Durchschnitt aller Länder lediglich ein Wachstum von 7,3 % zu verzeichnen war. Das Ausgabenvolumen pro Kopf betrug 2004 in Kärnten 3.600 Euro im Vergleich zu länderdurchschnittlich 3.300 Euro. Siehe zu den Angaben die ländervergleichende Untersuchung von Grossmann/Hauth (2006).
- 42 Siehe hierzu Bauer/Mitterer (2009). Danach beläuft sich die Pro-Kopf-Umlagebelastung der Kärntner Kommunen auf 311 Euro, während der Durchschnittswert für alle Länder gerade einmal 234 Euro beträgt.
- 43 Siehe zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kärntner Zentralraums auch Vogel (2001). Siehe zudem stärker historisch orientiert und mit alleinigem Fokus auf Klagenfurt ebenso Tertschnig (1994). Siehe ebenso Statisitik Austria und Österreichischer Städtebund (2008).
- 44 Insbesondere in der k.u.k-Monarchie hatte Villach diesbezüglich einen hohen Stellenwert: Mit der Fertigstellung der Tauernbahn vor genau 100 Jahren wurde die Stadt zu einer der wichtigsten Drehscheiben im internationalen Bahnverkehr. Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Stadtentwickler noch davon ausgegangen, dass Villach aufgrund seiner Funktion als Verkehrsknotenpunkt bis 1950 bereits 100.000 Einwohner haben würde. Seinerzeit wurde jedoch noch davon ausgegangen, dass es zeitnah zu einer Verlängerung der Tauernbahnstrecke in Richtung Süden bis nach Triest kommt. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges fand dieses Bahnprojekt jedoch ein frühes Ende.
- 45 Wählt man 1869 als Basisjahr (Indexwert = 100), hat sich bis in die Gegenwart der entsprechende Wert für Villach knapp verfünffacht (Indexwert für 2008 = 498), während er im gleichen Betrachtungszeitraum für Kärnten insgesamt gerade einmal um den Faktor 1,5 gestiegen ist (Indexwert für 2008: 151).
- 46 Siehe Rechnungshof (2009), wo insbesondere die Veranlagungspolitik der Einnahmen aus Veräußerungserlösen besonders positiv hervorgehoben wird. Siehe zu den Daten des öffentlichen Haushalts der Kommune auch Statistisches Jahrbuch der Stadt Villach (2007: 73 ff.).

- 47 Zum Mikroelektronik-Cluster zählen allerdings nicht allein Villacher Unternehmen. Vielmehr handelt es sich um ein Netzwerk aus rund 80 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Ausbildungsanbietern aus ganz Kärnten, aber auch der Steiermark und dem Burgenland.
- 48 Während für Villach hierbei die Funktion als Straßen- und Schienenverkehrsknotenpunkt einen Standortvorteil markiert, spricht diesbezüglich für Klagenfurt der aufgrund des Flughafens vorhandene Anschluss an das internationale Flugverkehrsnetz, was zur Erhöhung der Standortattraktivität beitragen dürfte.
- 49 Wählt man wiederum 1869 als Basisjahr (Indexwert = 100), hat sich der entsprechende Wert für Klagenfurt bis in die Gegenwart knapp vervierfacht (Indexwert für 2008 = 398).
- 50 Beide Städte Klagenfurt wie Villach zählen damit allerdings nicht zu jenen Kommunen, die insgesamt die höchste Finanzkraft (= Summe der Einnahmen aus Grundsteuer, Kommunalsteuer, Gewerbesteuer, Getränkesteuer und der den Gemeinden zukommenden Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben) pro Kopf aufweisen. Österreichweit waren dies in 2007 die Gemeinden Lech (5940 Euro pro Kopf) und Warth (5269 Euro pro Kopf) beide Vorarlberg und in Kärnten die Gemeinde Bad Kleinkirchheim (2457 Euro pro Kopf). Gemeinsam ist allen drei genannten Kommunen, dass sie anders als Klagenfurt oder Villach erhebliche Einnahmen aus dem Tourismusbereich generieren.
- 51 Siehe hierzu Statistisches Jahrbuch der Stadt Klagenfurt (2008: 199 ff.).
- 52 Folgt man Rodiga-Laßnig (2009b: 267), handelt es sich beim LSTP um das derzeit größte Technologieprojekt Österreichs, das zudem den europäischen Status eines Business Innovation Centers (BIC) hat. In der Endausbaustufe, die im Frühjahr 2009 begonnen wurde, soll der Park über zehn Gebäude mit einer Gesamtnutzungsfläche von 28.000 qm verfügen.
- 53 Das Interview in Villach wurde mit der für den Bereich Wirtschaft und Finanzen verantwortlichen Stadträtin, Frau Mag. Schaumberger, sowie der zuständigen Wirtschaftsreferentin, Frau Mag. Hadwiger, am 18. Dezember 2008 durchgeführt. Das Interview in Klagenfurt wurde mit dem Wirtschaftskoordinator der Stadt als Anlaufstelle für alle Unternehmen, Herrn Ing. Taschek, am 20. Januar 2009 durchgeführt.
- 54 Für die nähere Zukunft ist zu erwarten, dass diese enge Verzahnung von Stadt- und Landespolitik sich noch weiter intensivieren wird, da in Folge der jüngsten Kommunalwahlergebnisse vom März 2009 nun sowohl Landeshauptmann als auch Klagenfurter Bürgermeister von derselben Partei (BZÖ bzw. seit Dezember 2009 FPK) gestellt werden.
- 55 Lediglich im Zusammenhang mit dem Technologiepark Villach erfolgt ein Hinweis auf die für das Standortmanagement zuständige EAK.
- 56 Von den 106 befragten Unternehmen stammen 54 aus Klagenfurt und 52 aus Villach, wobei wiederum 58 Unternehmen dem Dienstleistungsbereich (davon 30 aus Klagenfurt) und 48 dem Industriebereich (davon 24 aus Klagenfurt) zugerechnet werden können. Von den insgesamt befragten Unternehmen hatten 51 Betriebe bis zu 10 Beschäftigte, 26 Betriebe zwischen 11 und 50 Beschäftigte, 18 Betriebe zwischen 51 und 250 Beschäftigte, 2 Betriebe zwischen 251 und 500 Beschäftigte, 4 Betriebe zwischen 501 und 1000 Beschäftigte sowie 5 Betriebe mehr als 1000 Beschäftigte.
- 57 Es kann hierbei allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass dieses aus theoretischer Sicht etwas überraschende Ergebnis auf den Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, die aufgrund einer einbrechenden Nachfrage an den Märkten bei den befragten Unternehmen einen Bedarf für Kostenreduktion entstehen lässt.

Integrationspolitik in Kärnten?!

Stand und Perspektiven

1. Das Böse kommt von außen

Die Politik zur Integration¹ von Migrantinnen und Migranten in Kärnten, genauer gesagt von Menschen mit einem so genannten Migrationshintergrund, ist bislang ein kaum beleuchtetes Feld. Findet sich doch auf den ersten Blick von außen nichts Positives, das diesbezüglich näher analysiert werden könnte. Kärnten tut sich schwer mit dem/den Fremden. So scheint es zumindest, nachdem heftig kritisierte Aktionen durch Kärntner Politiker stattfanden und es wiederholt besonders scharfe Töne gegenüber Zuwanderinnen und Zuwanderern aus Kärnten hallte. Das Tauziehen um die Errichtung von zweisprachigen Ortstafeln in Kärntner Gemeinden² oder die Berichte³ rund um die "Sonderanstalt"⁴ auf der Saualm für straffällige Asylwerber/innen, die sich – wie medial und politisch allzu gerne dargestellt – besonders gerne in Kärnten niederzulassen scheinen, gehören zu diesen Aktionen. Die vom Verfassungsgerichtshof als rechtswidrig beurteilte Abschiebung (ORF Kärnten 2009) von drei Flüchtlingsfamilien aus der Kärntner Grundversorgung in das Flüchtlingsheim nach Traiskirchen, nachdem Jugendliche der Familien beschuldigt wurden, in Schlägereien verwickelt gewesen zu sein (Der Standard 2008a), ist ein weiteres politisches Negativ-Beispiel. Die darauf folgende Aufforderung der Villacher Bevölkerung mittels Postwurf durch den damaligen Landeshauptmann Jörg Haider, straffällige Asylwerber/innen zu melden, ist ein Abbild des politischen Umgangs mit Fremden in Kärnten. Der Villacher Bürgermeister bezeichnete diese Aktion als "Menschenhatz" (ORF Kärnten 2008). Diese Vorgehensweisen brachten für Kärnten ein Negativ-Image im Bereich Migration und Integration. Kärnten sei ein Integrationsnachzügler, ein schwarzes Schaf, heißt es.

All diese beispielhaft genannten Aktionen veranlassen zum Schluss: Kärnten verhält sich zu Integration wie ein Antonym. Ein Umstand, der zugegebenermaßen kein guter Nährboden für Integrationsarbeit ist. Demzufolge liegt die Annahme nahe, dass Kärnten ein weißer Fleck auf der Landkarte der Integrationspolitik und -arbeit in Österreich ist.

Als Gegenpol eines zunehmend "rauen" und häufig mit Ablehnung und Ressentiments besetzen "Klimas" gegenüber Zuwanderinnen und

Zuwanderern im Land (Österreich, Kärnten), hat sich gerade in Kärnten das "Aktionskomitee für mehr Menschlichkeit und Toleranz in Kärnten" formiert. Gegründet 2007, am internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dezember), hat das Aktionskomitee zum Ziel, ein "offenes, tolerantes und menschliches Kärnten zu repräsentieren und gegen unmenschliche Härtefälle vor allem im Asylbereich aufzutreten" (im Original fett; Aktionskomitee Kärnten 2009). Das Aktionskomitee mit Sprecher Rolf Holub (Obmann und Landessprecher der Grünen in Kärnten) richtet politische Forderungen gezielt an die Bundesregierung und die Kärntner Landesregierung. Diese Forderungen betreffen beispielsweise ein Bleiberecht für Menschen, die bereits mehr als fünf Jahre in Kärnten leben und "gut integriert" sind, die Entwicklung eines Kärntner Integrationskonzeptes oder die Einsetzung eines/einer unabhängig arbeitenden Beauftragten für Integrationsfragen (Aktionskomitee Kärnten 2009). In Kärnten sind also beide Denkhaltungen anzutreffen.

Das letzte Beispiel wiederum lässt vermuten, dass in Kärnten doch für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gearbeitet wird. Inwiefern die zweite oder doch die anfängliche These zutreffend ist, wird im folgenden Beitrag untersucht. Anhand der Integrationsaktivitäten des Landes Kärnten und der drei Bezirksstädte mit dem höchsten Ausländeranteil in Kärnten – Villach, Spittal an der Drau und Klagenfurt – wird versucht, ein Bild über Beispiele und Lücken einer Kärntner Integrationspolitik und -arbeit zu zeichnen.

2. Demographischer Befund – oder: Warum Kärnten die Ausländer/innen braucht

2.1 Kärnten in der Gegenwart

In Kärnten lebten zu Beginn des Jahres 2010 rund 559.300 Einwohner/innen. Davon hatten etwas mehr als 38.400 Personen einen ausländischen Pass. Das entspricht einem Anteil von 6,9 Prozent Ausländer/innen. Der überwiegende Teil der Ausländer/innen sind Drittstaatsangehörige (rund 53,9 Prozent). Sie haben mehrheitlich (ca. 71,6 Prozent) eine Staatsangehörigkeit des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien). Nur rund 4,4 Prozent der Drittstaatsangehörigen in Kärnten sind türkische Staatsbürger/innen. Ausländische Staatsbürger/innen aus Staaten der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und der Schweiz sind seit dem Jahr 2002 kontinuierlich gestiegen (rund 11.500 Personen im Jahr 2002, 17.700 Personen im Jahr 2010). Die Zahl der Drittstaatsangehörigen schwankte in den letzten Jahren und war von geringfügigen Anstiegen und Rückgängen gekennzeichnet. Ingesamt reduzierte sich die Zahl

der Drittstaatsangehörigen in Kärnten um rund 900 Personen. Während die Staatsangehörigen Afrikas, Asiens und Amerikas zunahmen, reduzierten sich die Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien) und der Türkei. Seit 2002 erhöhte sich die Zahl der Ausländer/innen in Kärnten um fast 5.300 Personen. Über die Jahre leicht (1 Prozent), aber fortlaufend gestiegen ist auch der Anteil der Ausländer/innen in Kärnten insgesamt – von 5,9 Prozent im Jahr 2002 auf 6,9 Prozent im Jahr 2010 (Statistik Austria 2010a, Statistik des Bevölkerungsstandes vom 19. Mai 2010, und eigene Berechnungen). Der Ausländeranteil für Österreich gesamt lag zu Beginn des Jahres 2010 bei 10,7 Prozent (Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres 2010, S. 20).

Die Verteilung der Ausländer/innen in den Kärntner Bezirksstädten ist sehr unterschiedlich und reicht von 4,7 Prozent in Wolfsberg bis 12,2 Prozent in Villach.

Ausländeranteil in den Kärntner Bezirksstädten am 1, 1, 2010

Gemeinde	Ausländeranteil am 1. 1. 2010
Villach	12,2 %
Spittal an der Drau	11,2 %
Klagenfurt am Wörthersee	10,4 %
St. Veit an der Glan	7,3 %
Hermagor-Pressegger See	6,5 %
Feldkirchen	5,8 %
Völkermarkt	5,5 %
Wolfsberg	4,7 %

Quelle: Eigene Berechnung; Zahlen basieren auf: Statistik Austria 2010c, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Vom Ausländeranteil nicht umfasst sind jene Personen, die bereits eingebürgert sind. Denn ob jemand – rechtlich gesehen – als Ausländer/in gilt, hängt von der Staatsbürgerschaft ab. Mit Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft verschwinden diese Personen aus der Ausländerstatistik. Daher gibt die Zahl bzw. der Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung nur unzureichend Auskunft über den Anteil der Personen, der einen "Migrationshintergrund" besitzt. Bei der Bestimmung der Personen mit Migrationshintergrund greift die Statistik Austria (2010b, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009, erstellt am 25. März

2010) auf die Definition der United Nations Economic Commisson for Europe (UNECE) zurück, die all jene Personen unter das Merkmal Migrationshintergrund subsumiert, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Personen, die selbst im Ausland geboren wurden, werden als Zuwanderinnen und Zuwanderer der so genannten "Ersten Generation" bezeichnet. Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören auch jene der "Zweiten Generation", deren Eltern zwar im Ausland, sie selbst jedoch bereits in Österreich geboren wurden.

Gemäß dieser Definition hatten zum Erstellungszeitraum der Statistik im März 2010 ca. 17,8 Prozent der in Österreich gemeldeten Personen einen Migrationshintergrund. Das Bundesland Wien verzeichnete mit rund 35,8 Prozent den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Kärntens Anteil lag bei 9,8 Prozent und damit nach dem Burgenland (8,8 Prozent) und der Steiermark (9,7 Prozent) an drittniedrigster Stelle (Statistik Austria 2010b, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009, erstellt am 25. März 2010).

2.2 Blick in die Zukunft: Kärntens Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungszahl Kärntens wird mittelfristig noch konstant bleiben, langfristig wird die Bevölkerungsentwicklung aber negativ sein. Bis zum Jahr 2050 werden rund 9.000 Menschen (ca. 1,5 Prozent) weniger in Kärnten leben als noch im Jahr 2008. Kärnten ist das einzige Bundesland Österreichs, dessen Bevölkerung langfristig schrumpft. Binnenwanderungsverluste und negative Geburtenbilanzen (mehr Sterbefälle als Geburten) können durch internationale Zuwanderung nicht wettgemacht werden (Hanika/Klotz/ Marik-Lebeck 2009, S. 979). Bereits seit einigen Jahren (betrachtet ab dem Jahr 2002) verzeichnet Kärnten Binnenwanderungsverluste (mehr Wegzüge aus Kärnten in ein anderes österreichisches Bundesland als Zuzüge innerhalb Österreichs nach Kärnten). Allein die Zuzüge aus dem Ausland durch ausländische Staatsangehörige brachten bisher noch positive Wanderungssalden (Statistik Austria 2009a, S. 54 f.). Die Erwerbsbevölkerung Kärntens im Alter zwischen 15 und 60 Jahren wird von 2008 bis 2050 um rund 70.300 Personen zurückgehen. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung wird im Jahr 2050 rund 49,4 Prozent statt rund 61,2 Prozent im Jahr 2008 betragen (Statistik Austria 2009b, S. 7 f., und eigene Berechnung). Damit wird in Kärnten der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter unter dem Österreich-Wert (2008: 62,2 Prozent; 2050: 52,4 Prozent) liegen (Hanika/Klotz/Marik-Lebeck 2009, S. 974). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren betrug im Jahr 2008 noch rund 14,7 Prozent und wird im Jahr 2050 bei 12 Prozent liegen. Der Anteil der über 60-Jährigen belief sich im Jahr 2008 auf rund 24,2 Prozent und wird bis 2050 auf 38,6 Prozent anwachsen (Statistik Austria 2009b, S. 7 f., und eigene Berechnung). Für Österreich gesamt wird sich der Anteil der unter 15-Jährigen von 15,2 Prozent (2008) auf 13,4 Prozent (2050) reduzieren, und der Anteil der über 60-Jährigen wird von 22,6 Prozent (2008) auf 34,2 Prozent (2050) anwachsen. Sowohl der Rückgang der unter 15-Jährigen als auch der Anstieg der über 60-Jährigen fällt in Kärnten stärker aus als für Österreich gesamt (Hanika/Klotz/Marik-Lebeck 2009, S. 974).

2.3 Wirtschaftliche Notwendigkeit der Integration

Die Ergebnisse der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose (Szenario, das die wahrscheinlichste zukünftige Entwicklung angibt; Hanika/Klotz/Marik-Lebeck 2009, S. 971) zeigen langfristig einen Rückgang der Geburtenzahlen. Auch der Außenwanderungssaldo wird im Vergleich zum Referenzjahr 2008 nicht zunehmen (Statistik Austria 2009b, S. 1 ff.). Wirtschaftswachstum oder Innovation können jedoch bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung nur schwerer erreicht werden. Umso mehr ist Kärnten auf das Potential seiner bereits im Land lebenden Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen.

Gerade in Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit Kärntens ist die Integration des schon ansässigen Bevölkerungsteils mit Migrationshintergrund eminent wichtig. Darüber hinaus trägt Integration zu einer positiven Regional- und Standortentwicklung bei. Menschen mit Migrationshintergrund können nach Schäfer (2006, S. 348) die heimische Wirtschaft in doppelter Weise, als Konsument/in und Produzent/in, stärken. Die Verfügbarkeit von mehrsprachigen Arbeitskräften und eine offene Haltung (von Politik und Gesellschaft) gegenüber anderen Kulturen sind zudem wichtige Entscheidungsfaktoren bei der Wahl des Standorts für Betriebsansiedlungen (Landsberg 2004, S. 1).

Abgesehen von den monetären und nicht-monetären Kosten, die Nicht-Integration hervorruft, kann es sich eine Gesellschaft längst nicht mehr leisten, auf das Potential ihrer Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie deren Kinder zu verzichten. Schon gar nicht, wenn es – wie Kärnten – dieses für seine wirtschaftliche Entwicklung brauchen wird.

3. Integrationspolitische Handlungsspielräume eines Bundeslandes

Integration ist eine Querschnittsmaterie, sowohl auf vertikaler (EU, Bund, Länder, Gemeinden) als auch auf horizontaler Ebene (beispielsweise innerhalb verschiedener Abteilungen der Landesverwaltung). Integration ist damit eine vielschichtige Thematik, die alle Lebensbereiche eines Menschen betrifft – von der Sprachaneignung und der Frühförderung im Kin-

dergarten über die Beteiligung am Arbeitsmarkt und dem Wohnen bis zur Bestattung. Die Bundesländer trifft jedoch genauso wenig wie Gemeinden eine gesetzliche Verpflichtung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Der Handlungsspielraum und die Möglichkeiten eines Bundeslandes, die Integration von Menschen mit Zuwanderungsbiographie zu fördern, sind vielfältig. Einige Aktionsfelder der Integration liegen dezidiert im Kompetenzbereich des Landes, wie zum Beispiel das Kindergarten- und Hortwesen.⁵ Das Land kann daher gezielt steuernd in die vorschulische Erziehung von Kindern eingreifen, beispielsweise im Rahmen der pädagogischen Aufsicht über die Kinderbetreuungseinrichtungen. Damit kann auch frühzeitig die Sprachkompetenz von Kindern (Muttersprache sowie Deutsch als Zweitsprache) gefördert werden. Außerdem hat ein Bundesland die Möglichkeit, aktiv die Beschäftigung von muttersprachlichem Kindergartenpersonal zu forcieren und damit ein klares politisches Statement abzugeben.

Häufig üben Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt Tätigkeiten mit niedrigem öffentlichem Ansehen aus. Umso bedeutender ist daher, die Bildung von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern und die ausbildungsadäquate Beschäftigung dieser Menschen zu unterstützen. Dann erst "lohnt" sich die Investition in die Aus- und Weiterbildung der Menschen mit Migrationshintergrund auch für den Arbeitsmarkt. Herzog-Punzenberger (2003, S. 26 f.) bekräftigt die Bedeutung von Lehrpersonal mit Migrationshintergrund für Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Sie bräuchten zum einen Personen, die ihre Fähigkeiten und Schwächen gut einschätzen und in einem interkulturellen Kontext verstehen, und die ihnen zum anderen ein Vorbild sein können und ihnen signalisieren: Ihr könnt es in Österreich auch schaffen.

Eine weitere Steuerungsmöglichkeit hat das Land z. B. in der Jugendarbeit. Außerdem räumt die Generalsklausel des Art. 15 Abs. 1 B-VG den Ländern in all jenen Bereichen Kompetenz ein, welche nicht ausdrücklich in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen. Darüber hinaus hat das Land die Möglichkeit, im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung ohne hoheitlichen Auftrag tätig zu werden. Dies erlaubt beispielsweise den Ländern, im Rahmen einer strategischen Förderpolitik Integration in den Bereichen Kultur, Sport, Arbeitsmarkt oder Wohnungswesen zu unterstützen.

Die Integrationsarbeit des Landes hat aber auch die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung zu umfassen. Das bedeutet, nicht nur für die Sicherstellung des Zugangs zu den Dienstleistungsangeboten für alle zu sorgen, sondern auch Interkulturalität und Diversity im Personalmanage-

ment zu verankern. Dies inkludiert zudem die Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen der Verwaltung.

Die Integrationskonzepte bzw. -leitbilder einiger Bundesländer zeigen vor, wie weit der Handlungsspielraum für Länder geht. Mit der Regelung der Ein- und Auswanderungsbestimmungen und des gesamten Fremdenpolizeiwesens obliegt dem Bund zwar zugegebenermaßen ein großes Kompetenz- und Aufgabenfeld, welches auch die übrigen Handlungsfelder der Integration beeinflusst. Allzu gerne und rasch wird jedoch oft die Zuständigkeit für die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen auf die jeweils übergeordnete staatliche Ebene des föderalistischen Systems geschoben: Gemeinden auf das Land, Land auf den Bund und Bund auf die EU, die häufig als geografisch weit entfernte Schuldige für das ganze Übel übrig bleibt. Eine andere Strategie ist der Antritt eines vorschnellen Rückzugs aufgrund eines vermeintlichen "Nichts-ändern-Könnens".

Unbeschadet aller Kompetenzen, die ein Bundesland nicht hat, liegt eine wesentliche Aufgabe des Landes in der Koordination von übergeordneten und/oder übergreifenden Aufgaben, wie es Integrationsaktivitäten darstellen. Ein Bundesland trifft jedoch nicht nur die Aufgabe der Koordination und operativen Umsetzung von Maßnahmen. Dieses hat vielmehr die Aufgabe, die zukünftige Entwicklungsstrategie des Bundeslandes in Kooperation mit anderen Stakeholdern und Akteuren festzulegen. – Diese Strategie hat ebenso den Umgang mit Migration und Integration zu enthalten. Das ist eine große Aufgabe, aber auch eine Chance, der das Bundesland mit Weitsicht begegnen muss.

4. Integrationspolitik im Land Kärnten

4.1 Politische und institutionelle Verankerung

Die politische Ressortzuständigkeit für das Flüchtlingswesen und den mit diesem Bereich verbundenen (Integrations-)Maßnahmen ist beim Landeshauptmann angesiedelt. Die Materie der Zuwanderung und Integration beschränkt sich jedoch nicht nur auf das Flüchtlingswesen. Asylwerber/innen sind nur eine Gruppe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die umfassende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist im Land Kärnten – abgesehen von Asylsuchenden und Personen, die einen positiven Asylbescheid erhalten haben – politisch nicht verankert. Weder ein/e zuständige/r Landesrat/Landesrätin noch ein eigener Ausschuss im Landtag, der sich mit Integrationsfragen befasst, lässt sich finden.

Im Unterschied zu anderen Bundesländern fehlt auch auf Verwaltungsebene, z. B. in Form eines Referats, das Integrationsfragen auf Landesebene koordinieren würde, die organisatorische Verankerung. Beispiele dafür haben die Länder Salzburg oder Tirol, wo der Fachbereich "Integration" gleichberechtigt angesiedelt ist wie die Fachbereiche Kultur oder Bildung. Ein Integrationskonzept bzw. -leitbild, wie es von den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg, Salzburg und Tirol bereits erarbeitet wurde, existiert in Kärnten nicht.

Im Vergleich zu Kärnten hat das Land Steiermark mit einem etwas geringeren Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund als Kärnten im April 2008 eine Integrationsplattform eingerichtet. Diese verfolgt als ein Ziel die Entwicklung eines steirischen Integrationsleitbildes (Land Steiermark – Amt der Steiermärkischen Landesregierung 2008).

4.2 Integrationsaktivitäten auf Landesebene

Ein Schwerpunkt im Regierungsprogramm des Landes Kärnten für die Regierungsperiode 2009–2014 bildet das Versprechen, das Kärntner Grundversorgungsgesetz für straffällige Asylwerber/innen zu verschärfen. Gleichzeitig wird auch vom Bund eine noch restriktivere Politik für diese Personen gefordert (Kärntner Landesregierung 2009, S. 5 f.). Integrationsfördernde Maßnahmen, speziell für Menschen mit Migrationshintergrund, werden im Regierungsprogramm nicht angesprochen. Angekündigt wird jedoch eine Beratungs- und Bildungsoffensive im Vorschulbereich mit beispielsweise den Schwerpunkten Sprache und Integration, die jedoch nicht näher erläutert werden (Kärntner Landesregierung 2009, S. 10). Sprachliche (Früh-)Förderungsangebote kämen insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund zugute.

Kärnten hat es geschafft, mit "OSETO" ein finanziell gut dotiertes Integrationsprojekt, das vom Europäischen Integrationsfonds, dem Bundesministerium für Inneres und dem Land Kärnten kofinanziert wird, zugesprochen zu bekommen. Durch dieses Projekt, das 2009 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wurde und mit Ende August 2010 endet (Bundesministerium für Inneres 2010a, S. 2), soll u. a. nach eigener Beschreibung durch die Projektverantwortliche ein Integrationsführerschein für Drittstaatsangehörige entwickelt werden, der Sprach- und interkulturelle Trainings sowie die Vermittlung von Lesen, Schreiben, Rechnen und EDV als auch "Arbeitskultur" umfassen soll. Inhalt des Projektes sollen auch Schulungen und "bewusstseinsbildende Maßnahmen" für Mitarbeiter/innen sein, die mit Integrationsfragen befasst sind (u. a. aus dem öffentlichen Bereich), sowie die Bildung von "Integrationsnetzwerken" in allen Bezirksstädten (Projekt OSETO o. J.). Im August 2010 läuft der Betrieb jedoch erst in einem Büro. Die Projektwebsite, die optisch Mehrsprachigkeit signalisiert (die Inhalte

sollen in sechs Sprachen angeboten werden, von Englisch über Türkisch bis Arabisch), beschränkt sich noch auf Deutsch.

Das Projekt löste bereits zwei parlamentarische Anfragen durch den Nationalratsabgeordneten und Bürgermeister der Stadtgemeinde Spittal an der Drau und seine Kolleginnen und Kollegen aus. Die Anfragen⁶ beziehen sich u. a. auf die Finanzierung (Höhe der öffentlichen Fördermittel), Projektinhalte und -evaluation oder auf den Output des Projektes.

Seit Jänner 2010 laufen in Kärnten außerdem vier Projekte (MoWiJob – Modularer Wiedereinstieg in den Job, Works Wolfsberg, Gartenprojekt Froh Natur, Radwegpflege⁷), welche die Integration von arbeitsmarktfernen Menschen (z. B. Langzeitarbeitslose) und u. a. Personen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt fördern sollen. Die Laufzeit der Projekte ist bis Dezember 2011 beschränkt. Operationell werden die Projekte von unterschiedlichen Projektträgern (z. B. Kärntner Volkshochschulen) durchgeführt. Die Finanzierung erfolgt neben Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Arbeitsmarktservice (AMS) u. a. durch das Land Kärnten. Die Abteilung 6 – Bildung und Generationen der Kärntner Landesregierung fungiert bei den Projekten als eine zwischengeschaltete und verwaltende Stelle (Zentrum für Soziale Innovation 2010a). Diese Projekte sind im Rahmen des Territorialen Beschäftigungspakts (TEP) Kärnten entstanden. TEPs sind auf Vertrag basierende Regionalpartnerschaften, die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Fragestellungen und Herausforderungen in Zusammenschau mit anderen Bereichen der Politik betrachten. Die Zusammenarbeit soll außerdem zur Steigerung des wirksamen und effizienten Mitteleinsatzes beitragen (Zentrum für Soziale Innovation 2010b).

Ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Angebot bietet das Institut für Arbeitsmigration (IAM). Kärntenweit wird durch das IAM in allen Bezirksstädten (u. a. aufsuchend und mobil; Institut für Arbeitsmigration 2010a) Beratung und Betreuung für Personen mit Migrationshintergrund angeboten. Ziel dabei ist, bei der Integration in die Gesellschaft und das soziale Leben Hilfestellung zu geben, die Integration in das Erwerbsleben zu unterstützen und die Öffentlichkeit auf Probleme von Ausländerinnen und Ausländern aufmerksam zu machen (Institut für Arbeitsmigration 2010b). Die Beratung erfolgt u. a. in den Bereichen Arbeit und Bildung, Soziales sowie Aufenthalt und Staatsbürgerschaft (Institut für Arbeitsmigration 2010c). Finanziert wird diese Initiative durch das AMS, das Land Kärnten und den ESF.

Wie oben dargestellt, werden im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Integration durch finanzielle Förderung u. a. durch das Land Kärnten einige Projekte und Maßnahmen durchgeführt. Dies kann als Ausdruck der Relevanz dieses Integrationshandlungsfeldes für das Land Kärnten verstanden werden.

Ungeachtet der Landespolitik zu Migration und Integration zeigen in Kärnten vor allem die Kommunen bzw. die in Kommunen tätigen Ehrenamtlichen, Initiativen und Vereine besondere Bemühungen zur Integration von Menschen mit Migrationsbiographie. Im nächsten Kapitel wird die Integrationspolitik und -arbeit in den drei Kärntner Bezirksstädten mit dem höchsten Anteil an Ausländerinnen und Ausländern näher betrachtet.

5. Integrationspolitik und -arbeit in Kärntner Kommunen

5.1 Villach

Villach ist die Kommune mit dem höchsten Ausländeranteil in Kärnten. 12,2 Prozent Ausländer/innen lebten zum 1. 1. 2010 in der Draustadt. Bemühungen zur Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden von verschiedenen Seiten erbracht. Stadtverwaltung, Vereine und viele ehrenamtlich Engagierte setzen sich für ein stärkeres "Miteinander" ein. Im Folgenden werden die Integrationsbemühungen in Villach detailliert dargestellt⁸.

Kommunalpolitische Verankerung

Seit der letzten Gemeinderatswahl im Jahr 2009 hat Villach eine Integrationsstadträtin. Damit erhielt das Thema Integration politische Verankerung in der Stadtregierung. Ein Zeichen der Relevanz, die dieses Thema für die Stadt bereits erreicht hat. Villachs Integrationsstadträtin Gerda Sandriesser nennt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Symposium "Gemeinden und Integration", das vom Studienbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kärnten veranstaltet wurde, als eine der "wichtigsten gesellschaftlichen Themenstellungen unserer Zeit". In diesen Kontext können auch Villachs Bestrebungen eingeordnet werden, eine Integrationsstrategie für die Stadt zu entwickeln. Den wesentlichen Anstoß zu einem solchen gesamtstädtischen Prozess gab in Villach die Plattform "Migration – ein Menschenrecht", mit der gemeinsam an diesem Prozess gearbeitet wird.

Stadtverwaltung

Auch die Villacher Stadtverwaltung ist in den unterschiedlichen Bereichen (z. B. Soziales, Jugendarbeit, Kindergärten, Schulen, Wohnungswesen) mit

Fragen der Integration befasst. Das Jugendreferat veranstaltet beispielsweise bereits seit dem Jahr 2002 jährlich ein "Interkulturelles Straßenfest", das mit einem "bunten" Programm für die ganze Familie Begegnungsmöglichkeiten für in Villach lebende Menschen unterschiedlicher Herkunft bietet.

Plattform "Migration – ein Menschenrecht"

Die Plattform "Migration – ein Menschenrecht" wurde im Jahr 2008 aus bürgerschaftlichem Engagement heraus gegründet. Anlass für deren Gründung war die Abschiebung von vermeintlich kriminellen jugendlichen Flüchtlingen samt deren Familien aus Villach.

Träger der Plattform sind Vereine, Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und sich für die Integration einsetzende aktive Einzelpersonen. Ziel der Plattform ist - nach eigener Definition der Plattformträger -Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt Villach und Umgebung zur Migrationsthematik zu betreiben und eine positive Stimmung im Wirkungsbereich für ein gutes Miteinander zwischen bereits ansässiger und zugewanderter Bevölkerung zu schaffen. Damit soll fremdenfeindlichem Verhalten bereits vor dem Entstehen der Nährboden entzogen werden. Die Plattform versucht ihr Ziel z.B. durch Informationsveranstaltungen, Medienarbeit, Dialog mit Villacher Kulturvereinen oder gemeinsamen Projekten mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu erreichen (Bündnis für eine Welt/ÖIE-Kärnten 2009). Außerdem arbeitet die Plattform gemeinsam mit der Stadt an der Entwicklung einer Integrationsstrategie für Villach. Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien in Villach sowie regelmäßige Jour Fixe mit der Stadt sollen zur Sensibilisierung für die Thematik Migration und den damit zusammenhängenden Herausforderungen und Chancen sowie zu einem wechselseitigen Austausch darüber beitragen.

PIVA – Projektgruppe Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Vor knapp 20 Jahren (1991) formierte sich ebenfalls aus bürgerschaftlichem Engagement in Villach die "Projektgruppe Integration von Ausländerinnen und Ausländern" (PIVA). Seit 1996 wird die Projektgruppe als Verein mit dem Ziel geführt, Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge und anerkannte Asylwerber/innen bei der Integration in das soziale und kulturelle Leben in Österreich zu unterstützen. Darüber hinaus sollen Begegnungsmöglichkeiten zwischen In- sowie Ausländerinnen und Ausländern geschaffen werden. Damit sollen mögliche Ängste und Vorteile verringert sowie ein öffentliches Bewusstsein für Probleme von Migrantinnen und Migranten erreicht werden. Die Arbeit von PIVA richtet sich nicht nur an

die zugewanderte, sondern auch an die bereits ansässige Bevölkerung sowie an Institutionen und Einrichtungen, welche im Bereich der Integration arbeiten. PIVA ist seit 2007 als Erwachsenenbildungseinrichtung anerkannt und zertifizierter Anbieter von Deutsch-Integrationskursen. Die Finanzierung erfolgt u. a. durch Mittel der Stadt Villach, des Landes Kärnten, des AMS, des Bundesministerium für Inneres, des EIF und ESF sowie über Spenden durch Privatpersonen. PIVA erhielt für seine Arbeit 2003 den Kärntner Menschenrechtspreis, 2006 die "SozialMarie" und 2009 das Ehrenzeichen von Villach. Diverse Preisgelder werden wiederum für die Finanzierung der Aufgaben verwendet (PIVA 2010a).

PIVA bietet seit 2001 speziell für Migrantinnen kostenlose Deutschkurse mit Kinderbetreuung (u. a. Hausübungs- und Lernbetreuung) an. Diese Kurse bringen für die Frauen zusätzlich die Gelegenheit, Kontakte außerhalb der Familie zu knüpfen (PIVA 2010b). In den "integrativen Deutschkursen", die sich an Frauen und Männer richten, erfolgt der Erwerb der deutschen Sprache durch einen Austausch von Informationen und Erfahrungen in der Gruppe. Auch diese Kurse werden für die Teilnehmenden kostenlos und mit Kinderbetreuung angeboten (PIVA 2010c). Außer den Bildungsangeboten und der Möglichkeit, die Deutsch-Integrationsprüfung zur Erfüllung der Integrationsvereinbarung abzulegen, werden Beratung (seit 2007 Beratungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund und Institutionen, die mit Migrantinnen und Migranten arbeiten; PIVA 2010d) und Betreuung (Kinder- und Lernbetreuung) angeboten. Darüber hinaus ist PIVA in Form von Projekten mit Schulen und mit einer internationalen Kindertheatergruppe aktiv (PIVA 2010e). Im Rahmen des "Clubs der Begegnung", den PIVA 1994 einrichtete, werden außer den integrativen Deutschkursen Beratung und Erfahrungsaustausch geboten oder Feste veranstaltet (PIVA 2010f).

Willkommen Nachbarn

Seit dem Jahr 2004 führen die Grünen Villach die Initiative "Willkommen Nachbarn" durch. Die Grünen Villach wollten damit Asylwerberfamilien, die in der Nähe des Büros der Grünen untergebracht waren, willkommen heißen. Anfangs luden die Grünen Villach einige Asylwerberfamilien zu Kaffee und Kuchen in ihr Büro ein. – Gelebte Integration wollten die Grünen in Villach damit zeigen. Die Grünen erweiterten die Initiative um gemeinsame Ausflüge wie auch Veranstaltungen (u. a. am Österreichischen Nationalfeiertag) und interkulturelles Kochen "Grenzenlos Kochen und Essen" (Grüne Villach 2006). Mittlerweile wird "Willkommen Nachbarn" als Verein geführt. Die Mitarbeiter/innen des Vereins bieten darüber hinaus Deutschkurse und Lernbetreuung, beraten und helfen beispiels-

weise bei der Wohnungssuche und beim Ausfüllen von Formularen oder begleiten zum Elternsprechtag (Willkommen Nachbarn o. J.).

Abgesehen von PIVA oder "Willkommen Nachbarn" ist beispielsweise auch das Kloster Wernberg bzw. die Pfarre St. Nikolai in Form von Lernbetreuung, Sprachkursen und Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund in Villach aktiv. Im Bildungshaus Kloster Wernberg fand 2009 bis 2010 die Seminarreihe "Integration und Dialog" statt, die zu einem guten Umgang mit den Fremden bzw. dem Fremden beitragen soll. Die interkulturelle Eltern-Kind-Gruppe "Kunterbunt", die sich regelmäßig im Evangelischen Pfarrheim trifft, bildete sich beispielsweise aufgrund ehrenamtlicher Initiative aus einer bestehenden Eltern-Kind-Gruppe.

Viele integrationsfördernde Aktivitäten in Villach basieren auf ehrenamtlichem Engagement aktiver Bürger/innen, die den Entschluss gefasst haben: Wir müssen für Integration etwas tun. Ohne sie gäbe es z. B. kein interkulturelles Kochen und einige Lernbetreuungsangebote weniger.

5.2 Spittal an der Drau

In der Stadt Spittal an der Drau waren zu Beginn des Jahres 2010 11,2 Prozent Ausländer/innen gemeldet. Nach Villach ist Spittal an der Drau die Bezirksstadt mit dem zweithöchsten Ausländeranteil in Kärnten.

Kommunalpolitische Strategien

"(. . .) Problemen vorzubeugen, die viele Städte haben", ist für den Spittaler VP-Stadtrat Stadler (2009, S. 2) Grund genug, auch in Spittal an der Drau in diesem Politikfeld aktiv zu werden. Die Spittaler Volkspartei beschäftigte sich mit den Fragen des Zusammenlebens zwischen der bereits ansässigen Bevölkerung und den Menschen mit Migrationshintergrund. Entstanden ist ein Integrationskonzept mit Handlungsfeldern und ersten Ansätzen bzw. Maßnahmen, welche die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund u. a. in den Arbeitsmarkt, in Bildungsmaßnahmen, Kultur oder Sport fördern soll. Das Integrationskonzept wurde im Dezember 2009 der Öffentlichkeit präsentiert. Mit dem Integrationskonzept sollen einzelne bestehende positive Ansätze und Maßnahmen gebündelt werden.

Eine kommunalpolitische Maßnahme, welche im Integrationskonzept vorgesehen wird, ist die Einrichtung eines Migranten- bzw. Integrationsbeirates. Ausländerbeiräte wurden bereits in einigen österreichischen Städten eingerichtet. In steirischen Kommunen beispielsweise ist laut Landesgesetz (§ 38 b LGBl. 82/1999) ein Ausländerbeirat einzurichten, wenn mehr als 1.000 Ausländer/innen in dieser Kommune ihren Hauptwohnsitz

gemeldet haben. Spittal an der Drau wäre mit einem solchen Beirat, der zwar primär "nur" beratende Funktion in der Kommunalpolitik hat, Vorreiter in Kärnten.

Den Vertreterinnen und Vertretern der Spittaler Volkspartei ist bewusst, dass die politische Durchsetzung und Umsetzung dieses Integrationskonzeptes kein Alleingang der ÖVP werden kann. Ein städtisches Integrationskonzept muss von allen politischen Kräften in der Stadt mitgetragen werden. Die Volkspartei will für ihr Konzept "Überparteilichkeit" erreichen (Oberkärntner Volltreffer 2009, S. 2).

Migrantinnenberatung

Eine Initiative, die sich bereits operativ mit Integrationsarbeit beschäftigt, ist die Migrantinnenberatung in Spittal an der Drau. Der Verein Oberkärntner Frauenhaus, Oberkärntner Mädchen- und Frauenberatung und Berufliche Mädchen- und Frauenberatung, erweiterte im November 2009 sein Angebot um eine Migrantinnenberatung. Da Frauen durch Migration oder Flucht mit spezifischen Herausforderungen in der neuen Umgebung konfrontiert sind, versucht diese Maßnahme die Integration von Migrantinnen zu unterstützen. Ein eigenes Büro wurde dazu in Spittal an der Drau eingerichtet. Die Migrantinnenberatung hilft bei Alltagsproblemen, bietet Vernetzungsmöglichkeiten und versucht die Position der Frau grundsätzlich zu stärken. Die Beratungsstelle ist beispielsweise Anlaufpunkt bei Problemen in der Familie, in der Arbeitsstelle oder Schule oder bietet professionelle Rechtsberatung und Meditation bei Konfliktfällen. Eine Begleitung zu Arztbesuchen oder Ämtern gehört ebenso zum Leistungsspektrum der Migrantinnenberatung wie die Beratung von binationalen Partnerschaften. Die Migrantinnenberatung fördert außerdem den Austausch zwischen den Frauen, sowohl mit österreichischem als auch mit ausländischem Pass. Dadurch soll ein Netzwerk aufgebaut werden, das wechselseitige Unterstützung in schwierigen beruflichen oder privaten Situationen bieten kann. Ein monatlicher Frauentreffpunkt soll die Vernetzung zwischen den Frauen fördern (Verein Oberkärntner Frauenhaus, Mädchen- und Frauenberatung, berufliche Mädchen- und Frauenberatung 2009, S. 53).

Finanziert wird der Verein u. a. durch Bund, Land Kärnten und Stadtgemeinde Spittal an der Drau sowie durch Umlandgemeinden des Bezirks Spittal an der Drau und Spenden (Verein Oberkärntner Frauenhaus, Mädchen- und Frauenberatung, berufliche Mädchen- und Frauenberatung 2009, S. 56).

In Spittal an der Drau wird auch die integrative Wirkung des Sports genutzt. Für seine engagierte Nachwuchs- sowie Integrations- und AntiRassismusarbeit wurde der SV Spittal an der Drau bereits 2008 als "Super-klub" Österreichs ausgezeichnet.

Auch die aktuelle Veranstaltungsreihe in Spittal an der Drau mit dem Titel "Integration: viele reden davon – tua ma wos!" des *Katholischen Bildungswerks* in Oberkärnten beschäftigt sich mit den verschiedenen Facetten von Integration (Katholisches Bildungswerk o. J.).

5.3 Klagenfurt am Wörthersee

Die Landeshauptstadt verzeichnet mit 10,4 Prozent "nur" den dritthöchsten Ausländeranteil unter Kärntens Bezirksstädten. Die Bedeutung der Thematik Integration von Menschen mit Migrationshintergrund scheint dennoch der Stadtpolitik bewusst zu sein.

Kommunalpolitische Strategien

Im November 2008 ist bereits der Beschluss zur Entwicklung eines Integrationsleitbildes im Klagenfurter Stadtsenat gefallen. Die Familienund Gleichbehandlungsbeauftragte des Magistrats Klagenfurt wurde mit der Koordination und Leitung dieses Prozesses beauftragt. Eine/n Integrationsbeauftrage/n gibt es in der Stadt nicht. Dafür fehlen die finanziellen Mittel. Dennoch herrsche laut Prozesskoordinatorin eine aufgeschlossene Grundhaltung in Politik und Stadtverwaltung gegenüber dem Leitbildprozess. Das Leitbild soll vor allem der Förderung und besseren Koordination der Integrationsaktivitäten in der Stadt dienen. Zur Entwicklung des Integrationsleitbildes wurde eine Begleitgruppe eingerichtet, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Magistratsabteilungen, die mit Fragen der Integration konfrontiert sind, sowie Ansprechpersonen von NGOs zusammensetzt, welche in diesem Bereich arbeiten. Das Integrationsleitbild soll eine Art "Zukunftsfahrplan" für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Klagenfurt werden; kein umfassender, klein strukturierter Maßnahmenplan, stattdessen eine Stärken-Schwächen-Analyse enthalten, die veranschaulicht, was im Bereich der Integration bereits gemacht wird und von welchen Organisationen sowie wo noch Handlungsbedarf besteht. Die Fertigstellung des Integrationsleitbildes für Klagenfurt ist noch für 2010 geplant. Ein positiver Effekt, der laut Prozesskoordinatorin aus dem Leitbildentwicklungsprozess bereits resultiert, ist, dass erstmals ein übergreifendes Arbeiten der in diesem Bereich Tätigen realisiert werden konnte (Obiltschnig 2010).

Stadtverwaltung

Die Stadt Klagenfurt bietet außerdem ein Familienservice an, das ein umfangreiches Angebot im Bereich Elternbildung enthält. Dieses soll zukünftig noch um gezielte Angebote für Migrantinnen und Migranten ausgebaut werden (Obiltschnig 2010). Schulen und Kindergärten leben bereits wie in Villach oder Spittal an der Drau täglich in ihrer Arbeit Integration.

ASPIS

Der Verein ASPIS in Klagenfurt (angesiedelt am Institut für Psychologie der Universität Klagenfurt) ist ein Forschungs- und Beratungszentrum für Opfer von Gewalt. ASPIS bietet Hilfe u. a. in Form von psychologischer Beratung und Therapie wie auch psychosozialer Betreuung für traumatisierte Menschen (z. B. Opfer von Krieg und Vertreibung) – für In- und Ausländer/innen (ASPIS 2009a). Die psychologische Betreuung, die um Maßnahmen wie Deutschkurse, Kinderbetreuung oder Sport ergänzt wird, soll die Integration der Flüchtlinge in Kärnten fördern (ASPIS 2009b).

APSIS organisierte 2010 bereits zum dritten Mal die "Licht ins Dunkel Sommerschule" für Flüchtlinge und Asylwerber/innen, bei der sowohl Gegenstände wie Deutsch oder Mathematik unterrichtet, aber auch beispielsweise Sport (Fußballtrainings) angeboten wird (Stupnig 2010). Finanziert wird der Verein durch den Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) und das Bundesministerium für Inneres sowie durch Subventionen der Stadt Klagenfurt und des Landes Kärnten als auch durch Mitgliedsbeiträge und Spenden (ASPIS 2009c). Die Arbeit von ASPIS wurde bereits 1999, ein Jahr nach der Vereinsgründung, mit dem Kärntner Menschenrechtspreis ausgezeichnet (Fertschey 1999).

Bis Ende Dezember 2009 wurde von ASPIS das Projekt "TschetschenInnen – EuropäerInnen wie wir" durchgeführt, das durch den EFF und das Bundesministerium für Inneres kofinanziert wurde. Im Rahmen dieses Projektes wurden Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Workshops für Schulen und Gemeinden zum Thema Tschetschenien (z. B. Krieg, Kultur, Situation von tschetschenischen Flüchtlingen in Österreich) angeboten. Das Projektangebot richtete sich darüber hinaus an alle, die mit Flüchtlingen (insbesondere Tschetscheninnen und Tschetschenen) arbeiten oder an dieser Thematik interessiert sind. Im Zuge des Projekts wurden außerdem regelmäßig Fußballturniere (Sport als Integrationsmaßnahme) zwischen Tschetschenen ("FC Tschetschenien") und Kärntnern organisiert (Stupnig o. J.a). Das Projekt sollte die "Kluft zwischen Tschetschenen und Kärntnern (. . .) verringern" (Novak 2009, S. 2).

Nachdem das geförderte Projekt ausgelaufen war, setzte ASPIS im Mai 2010 das Projekt unter dem Namen "TschetschenInnen – Menschen wie wir" auf ehrenamtlicher Basis fort. An den Zielen, Vorurteile und Ängste abzubauen und Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Flüchtlingen und der ansässigen Bevölkerung zu schaffen, wird auch ohne finanzielle Förderung weitergearbeitet. Durch das Projekt wird außerdem Hilfestellung bei der Arbeits- und Wohnungssuche geboten und die Tschetscheninnen und Tschetschenen werden bei notwendigen finanziellen Ausgaben durch Einnahmen von Bücherflohmärkten unterstützt. Das Projekt läuft noch bis Ende 2010 (Stupnig o. J.b).

Projektgruppe Frauen

Eine spezielle Zielgruppe unter den Menschen mit Migrationshintergrund - Migrantinnen - unterstützt die "Projektgruppe Frauen" in Klagenfurt. Die Projektgruppe Frauen wurde 1984 als Verein gegründet. Sie ist nach eigener Beschreibung durch den Verein eine non-profit organisierte Erwachsenenbildungseinrichtung. Der konstruktive Umgang mit dem Fremden und "den Anderen" ist auch im Vereinsleitbild niedergeschrieben. Ihre Angebote, wie berufliche und persönlichkeitsbildende Weiterbildungen, Vernetzung oder Vermittlung von unterschiedlichen Kulturen, richten sich an alle Frauen, Inländerinnen und Ausländerinnen (Projektgruppe Frauen 2010a). Frauen verschiedener Herkunft treffen sich bei der Projektgruppe in Klagenfurt, die den Anspruch erhebt, ein internationales Kommunikationszentrum zu sein. Die Aktivitäten des Vereins liegen großteils im Bereich Integration. Eine interne Auswertung der Projektgruppe zeigt, dass dieser Bereich sehr stark nachgefragt wird. Die Projektgruppe Frauen folgert daraus, dass in Klagenfurt ein großer Nachholbedarf an Angeboten besteht, die gezielt auch Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen. Zu den Aktivitäten im Bereich Integration zählen z. B. die Deutschkurse, die für ein unterschiedliches Qualifikationsniveau angeboten werden (Kurse von der Alphabetisierung bis zu Konversationskursen für Fortgeschrittene). Die Projektgruppe Frauen wurde 2007 als Deutschkurs-Anbieter zertifiziert und darf die Integrationsprüfung abnehmen. Für diese Leistung erhält der Verein vom Bundesministerium für Inneres Subventionen (Projektgruppe Frauen 2007).

Eine weitere Integrationsaktivität ist "XENIA – Netzwerk von Frauen aus aller Welt". Diese Maßnahme soll insbesondere die Begegnung zwischen Frauen unterschiedlicher Herkunft, deren Vernetzung und Erfahrungsaustausch fördern. Dazu werden regelmäßige Treffen oder gemeinsame Ausflüge und Veranstaltungen angeboten (Projektgruppe Frauen 2010b). Im Rahmen des Projektes entstand ein Buch mit internationalen Kochrezepten und persönlichen Geschichten der Frauen (Projektgruppe Frauen

2010c). Die Idee zu dieser Aktivität wurde gemeinsam mit Studierenden der Fachhochschule Kärnten entwickelt. XENIA, "Infopool", in dessen Rahmen Migrantinnen hinsichtlich Ansprechpartner und Angebote zu Fragestellungen rund um das Leben in Österreich beraten werden, und die Deutschkurse sind Aktivitäten, die im Zuge des Projektes "KommunikationsKultur" angeboten werden (Projektgruppe Frauen 2010e). Außerdem ist die Projektgruppe Frauen Träger eines Integrationsprojektes im Klagenfurter Stadtteil St. Ruprecht. Das Projekt soll die soziale Integration sowie die sprachliche der Kinder und deren Eltern, die Migration in ihrer Biographie stehen haben, fördern. Deutschkurse mit Kinderbetreuung werden in den Kindergärten und Horten der Kinder angeboten. Finanziert wird diese Maßnahme durch die Stadt Klagenfurt (Projektgruppe Frauen o. J.). Die Arbeit des Vereins wurde 2006 mit dem Kärntner Menschenrechtspreis ausgezeichnet (Projektgruppe Frauen 2010d).

VOBIS - Verein für offene Begegnung und Integration durch Sprache

Eine weitere Integrationsinitiative in Klagenfurt ist der Verein für offene Begegnung und Integration durch Sprache (VOBIS). 2008 wurde VOBIS von Studierenden in Klagenfurt gegründet. Gänzlich ehrenamtlich bieten die Vereinsmitarbeiter/innen Deutschkurse für Asylwerber/innen hauptsächlich in den Flüchtlingspensionen an. VOBIS bringt damit den Deutschunterricht zu den Schülerinnen und Schülern, was den Zugang zum Deutschunterricht vereinfacht. Durch interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten zwischen Asylwerberinnen und Asylwerbern und der bereits ansässigen Bevölkerung, beispielsweise im Rahmen von organisierten Veranstaltungen, sollen "Berührungsängste" vermindert werden. Mit ihren Aktivitäten will VOBIS die Situation von in Kärnten stationierten Asylwerberinnen und Asylwerbern verbessern (VOBIS - Verein für offene Begegnung und Sprache 2010a). Die engagierte Arbeit von VOBIS wurde 2009 zwei Mal durch Auszeichnungen belohnt. VOBIS erhielt den dritten Preis der "SozialMarie" und erreichte den dritten Platz beim Sozialpreis "Helfende Hände" der Stadt Klagenfurt (VOBIS - Verein für offene Begegnung und Sprache 2010b).

A*stern – Interkulturelle und nachhaltige Projekte

Der Verein A*stern mit Sitz in Klagenfurt versteht sich als Drehscheibe für interkulturelle und nachhaltige Projekte. Der Verein hat u. a. zum Ziel, die interkulturelle Kommunikation zwischen Menschen verschiedener Herkunft zu fördern, die Eigeninitiative und Selbsthilfefähigkeit von Frauen zu stärken oder präventiv Friedensarbeit zu leisten (Astern 2010a).

Seit 2008 wird in Ebenthal bei Klagenfurt von A*stern ein interkultureller Frauengarten geleitet, an dem sich rund 10 Frauen aus fünf Nationen beteiligen (Astern 2010b, Hochsteiner 2010). Bei Gemeinschaftsgärten steht nicht nur das Gärtnern von einer Gruppe von Menschen im Vordergrund, sondern gemeinsam zu arbeiten, den eigenen Stadtteil mitzugestalten und vor allem das kommunikative Beisammensein (Gartenpolylog 2010). A*stern möchte mit dem interkulturellen Frauengarten u. a. Menschen, die oft als Randgruppen gesehen werden, wie z. B. Migrantinnen, stärken, ein Selbsthilfenetzwerk bilden, demokratische und ökologische Prinzipien praktizieren. Durch das gemeinsame Gärtnern soll über Sprache und soziale Aspekte Integration gelebt werden (Astern 2010b). Der interkulturelle Frauengarten in Ebenthal bei Klagenfurt entstand aus Eigeninitiative der Projektverantwortlichen. Die Finanzierung der Sachkosten (beispielsweise Grundstückspacht, Gartengeräte, Saat- und Pflanzgut) erfolgt primär durch Sponsorenbeiträge oder Einnahmen von Marktverkäufen. Lediglich die Personalkosten einer der drei Mitarbeiter/innen dieser Initiative können zeitweise durch das AMS und das Land Kärnten gefördert werden. Geplant ist die Errichtung von weiteren Gemeinschaftsgärten in anderen Kärntner Kommunen (Hochsteiner 2010).

Carinthian International Club - CIC

Zu erwähnen ist auch der 2009 gegründete Carinthian International Club (CIC) mit Sitz in Klagenfurt. CIC bietet qualifizierten internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (und deren Familien), die in Industrie oder Wissenschaftseinrichtungen in Kärnten tätig sind, z. B. Information über das Leben und Arbeiten in Kärnten, Vernetzungstreffen und persönliche Beratung in Klagenfurt und Villach. Damit sollen verbesserte Rahmenbedingungen für den Aufenthalt in Kärnten geschaffen und die Integration erleichtert werden (CIC 2010a). Der CIC wurde von Unternehmen der Industrie und Wissenschaft gegründet und setzt sich mittlerweile (Stand Juli 2010) aus rund 20 Mitgliedsorganisationen zusammen, denen u. a. Flextronics, die Fachhochschule Kärnten und Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, die Industriellenvereinigung Kärnten oder die Kärntner Sparkasse angehören (CIC 2010b). CIC wurde bereits für den Österreichischen Integrationspreis 2010 und den Trigos Österreich nominiert (CIC 2010a).

6. Der weite Weg zur Integrationspolitik

Die im Beitrag angeführten Beispiele zeugen von einem breiten und vielfältigen Bemühen in der operativen Integrationsarbeit, die Integration von Menschen mit Migrationsbiographie und ein konstruktives Miteinander in Kärnten zu fördern. Angebote reichen von sprachlichen über arbeits-

marktpolitische bis zu sozialen Integrationsmaßnahmen. Die Beispiele zeigen jedoch ferner, dass die meisten Integrationsaktivitäten in Kärnten nicht aufgrund einer politischen Willensbildung oder Strategie entstanden sind. Mehrheitlich etablierten sich die vorhandenen Integrationsinitiativen aus Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement der Zivilbevölkerung, die den "Mensch" und seine Bedürfnisse hinter dem Label "Migrant/in" sah.

Die Politik erkennt erst langsam, dass Migration kein vorübergehendes Ereignis, sondern gesellschaftliche Realität ist. Daraus resultiert das große Loch im Bereich Integrationspolitik. Dieses Politikfeld wurde über Jahrzehnte weder durch den Bund (eine erster Ausdruck über die Anerkenntnis der Wichtigkeit dieses Themas war die Einrichtung einer Integrationsplattform im Jahr 2007) noch durch das Land Kärnten politisch gestaltet. Stattdessen wurde dieses Politikfeld als Wahlkampfthema und Betätigungsfeld für Instrumentalisierung genutzt. Bis heute fehlt für das Land Kärnten ein integrationspolitisches Konzept. Die relevanten Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit in Kärnten wurden über weite Strecken in ihrem Bemühen um Integration alleine gelassen. Die Kommunalpolitik, die in Österreich vielfach Vorreiter ist, was die politische Gestaltung der Integrationsthematik betrifft (siehe dazu die vielen Beispiele für kommunale Integrationsleitbilder in Österreich), wird in Kärnten ebenfalls erst langsam aktiv. Und es braucht auch hier einzelne Kämpfer/ innen, die sich an das Thema heranwagen und zu einem Handlungsfeld der Kommunalpolitik machen wollen. Das politische Übereinkommen, parteigrenzenüberschreitend die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gestalten und fördern zu wollen und als Aufgabe der Politik wahrzunehmen, wurde bis dato aber weder in den Kommunen noch auf Landesebene ausgesprochen. Die vielfältigen Integrationsinitiativen, die in Kärnten bestehen, können daher nicht als Verdienst einer Kärntner Integrationspolitik gewertet werden.

Der Umstand, dass einzelne Maßnahmen vom Land und/oder der betreffenden Kommune finanziell unterstützt werden, ist als Anerkenntnis der Bedeutung dieser Thematik zu werten, kann jedoch nicht die fehlende integrationspolitische Strategie ersetzen, die für ein zielgerichtetes und ganzheitliches Vorgehen in diesem Bereich notwendig wäre. Daraus resultiert auch eine mangelnde Aufgabenverteilung der Integrationsmaßnahmen zwischen den staatlichen Ebenen (Land und Kommunen). Dies würde einerseits einem Sichtbarmachen und einem systematischen Erfassen (wer leistet was für Integration) der einzelnen Integrationsaktivitäten dienen. Dies war beispielsweise auch ein Ziel des Maßnahmenkatalogs des Nationalen Aktionsplans für Integration (Bundesministerium für Inneres 2010b, S. 3). Außerdem würde erst eine alle Player der Integrationsarbeit miteinbeziehende Integrationsstrategie für das Land Kärnten eine zielorientierte

und koordinierte Weiterentwicklung der Integrationsaktivitäten ermöglichen. Im Jahr 2010 laufen daher die einzelnen Integrationsaktivitäten noch unkoordiniert nebeneinander.

In den Kommunen werden einerseits von NGOs, Vereinen und Ehrenamtlichen integrationsfördernde Maßnahmen angeboten, andererseits beschäftigen sich Mitarbeiter/innen in den Kommunalverwaltungen in unterschiedlichen Abteilungen ebenfalls mit Fragen der Integration. Die in der Integrationsarbeit aktiven Akteurinnen und Akteure in den NGOs und Vereinen sind zwar teilweise untereinander vernetzt bzw. die einzelnen Homepages zueinander verlinkt. Beide Akteure, NGOs/Vereine und öffentliche Verwaltung, wissen allerdings wenig über Angebote oder hilfreiche Netzwerke des jeweils anderen Akteurs Bescheid. Die Vernetzung und Koordination der einzelnen Initiativen und deren Maßnahmen (von privaten Integrationsvereinen über Dienststellen der Kommunal- und Landesverwaltung, über Krankenhäuser und Polizei bis zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen in Kärnten) wären sinnvoll. Die fehlende Koordination führt deshalb zu vielen Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfern. Synergien werden dadurch nicht genutzt.

Eine weitere wesentliche Aufgabe der Landes- und Kommunalpolitik wäre die Bevölkerung über wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Folgen des Bevölkerungsrückgangs, der Zuwanderung oder (Nicht-)Integration zu informieren. Um eine erfolgreiche Integrationsarbeit im Land zu ermöglichen, in die auch die Kärntner/innen einbezogen werden, ist eine sachliche Information über diese Thematik wichtig.

In der Kärntner Integrationspolitik lassen sich also noch mehrere Lücken konstatieren. Einige Schritte sind aber bereits getan. Immerhin lassen sich im Jahr 2010 erste (kommunal-)politische Gestaltungsansätze und Strategien erkennen. Der Weg zu einer gelebten Integrationspolitik, die einen gleichen Stellenwert einnimmt wie beispielsweise Wirtschaftspolitik oder Tourismus in Kärnten, ist allerdings noch ein langer.

Anmerkungen

- 1 Wird in diesem Zusammenhang von Integration gesprochen, wird stets von beiderseitigen Integrationsleistungen, sowohl von den Menschen mit Migrationshintergrund als auch von der bereits ansässigen Bevölkerung, ausgegangen.
- 2 Die Vorgehensweise der Landespolitik wurde vom Verfassungsgerichtshof mehrmals gerügt und die verschiedenen Varianten der aufgestellten "zweisprachigen" Ortstafeln (beispielsweise wurden kleinere Zusatztafeln mit der slowenischen Gemeindebezeichnung unterhalb der Ortstafel angebracht oder in deutschsprachige Ortstafeln hineingeschraubt) für verfassungswidrig erklärt (vgl. dazu z. B. Die Presse 2010).

- 3 Die Presse.com beispielsweise titelte am 29. Dezember 2008 mit "Wenn Flüchtlinge flüchten", nachdem vor Weihnachten mit dem Vorwurf der Straffälligkeit konfrontierte Asylwerber die Sonderanstalt auf der Saualm verließen, um sich über die dortigen Bedingungen zu beschweren. Kritik an dieser Einrichtung übte auch das UN-Hochkommissariat (UNHCR) (Die Presse 2008).
- 4 Für straffällige, nicht rechtskräftig verurteilte, daher "mutmaßlich kriminelle" (Der Standard 2008b) Asylwerber/innen wurde auf der Saualm eine "Sonderanstalt" eingerichtet.
- 5 Gemäß Art. 14 Abs. 4 lit. b B-VG ist sowohl die Gesetzgebung als auch die Vollziehung Landessache.
- 6 Die erste Anfrage (3588/J XXIV. GP) wurde im November 2009 gerichtet, die zweite (6103/J XXIV. GP) im Juli 2010.

Eine Beschreibung der einzelnen Projekte kann online nachgelesen werden unter http://www.pakte.at/projekte/2932/list?land=2&project_status=2&save=Suchen&sort=title.

- 8 Auf dieselbe Weise werden in weiterer Folge auch die Beispiele für Integrationsaktivitäten in den Städten Spittal an der Drau und Klagenfurt am Wörthersee dargestellt.
- 9 Das Symposium fand am 7. Mai 2010 in Villach statt.

Ouellenverzeichnis

Aktionskomitee Kärnten (2009): Forderungen.

URL: http://www.aktionskomitee-kaernten.at/?page_id=104 [Download am 13. Juli 2010].

ASPIS (2009a): Über ASPIS. URL: http://aspis.uni-klu.ac.at/ueberuns.html [Download am 15. September 2010].

APSIS (2009b): Projekte. URL: http://aspis.uni-klu.ac.at/projekte.html [Download am 15. September 2010].

ASPIS (2009c): Finanzen. URL: http://aspis.uni-klu.ac.at/spenden.html [Download am 15. September 2010].

Astern (2010a): Vereinsziele. URL: http://astern.matslats.net/de/node/2 [Download am 23. September 2010].

Astern (2010b): Interkultureller Frauengarten. URL: http://astern.matslats.net/de/node/3 [Download am 23. September 2010].

Bundesministerium für Inneres (2010b): Beantwortung der parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten zum Nationalrat Bürgermeister Gerhard Köfer und Kolleginnen und Kollegen vom 9. Juli 2010 am 8. September 2010. 6131/AB XXIV. GP. Wien. URL: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_06131/imfname_195205.pdf [Download am 27. September 2010].

Bundesministerium für Inneres (2010a): Nationaler Aktionsplan für Integration. Maßnahmen. Wien.

Bündnis für eine Welt/ÖIW-Kärnten (Hrsg., 2009): Migration – ein Menschenrecht. Plattform Migration-Villach, Gründungsdeklaration. Informationsfolder. Villach.

CIC (2010a): CIC setzt den Integrationsgedanken um! URL: http://www.cic-network.at/index.php?id=140&tx_ttnews[tt_news]=27&cHash=2f4c689883b00583b638bf8ff84cebaf [Download am 30. September 2010].

CIC (2010b): CIC Mitgliedsunternehmen.

URL: http://www.cic-network.at/index.php?id=173 [Download am 30. September 2010].

Der Standard (2008a): Flüchtlings-Rauswurf "nicht rechtmäßig".

URL: http://derstandard.at/3177815 [Download am 13. September 2010].

Der Standard (2008b): "Sonderanstalt" für straffällig gewordene Asylwerber. URL: http://derstandard.at/1220459990910 [Download am 13. Juli 2010].

Die Presse (2008): Asyl: UNO übt scharfe Kritik an "Sonderanstalt" in Kärnten. URL: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/421676/index.do?from=suche.intern.portal [Download am 13. Juli 2010].

Die Presse (2010): Ortstafeln: Rüffel für Dörfler. URL: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/580149/index.do?from=suche.intern.portal [Download am 13. Juli 2010].

Fertschey, Elke (1999): Damit die Menschen Ja zum Leben sagen. In: Kleine Zeitung, 11. Dezember 1999. URL: http://aspis.uni-klu.ac.at/menschenrechtspreis/Menschenrechtspreis.htm [Download am 15. September 2010].

Gartenpolylog (2010): Was sind Gemeinschaftsgärten?

URL: http://www.gartenpolylog.org/1/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten [Download am 23. September 2010].

Grüne Villach (2006): Grenzenlos – Gemeinsam – Kochen. Presseaussendung der Grünen Villach vom 3. Juni 2006.

Hanika, Alexander/Klotz, Johannes/Marik-Lebeck, Stephan (2009): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2009 bis 2050 (2075). Neue Bevölkerungsprognose für Österreich und die Bundesländer. In: Statistische Nachrichten, 64. Jg., Nr. 11, S. 963–985.

Hochsteiner, Christine (2010): Interview. Verein A*stern – Interkulturelle und nachhaltige Projekte, Tarviser Straße 106, 9020 Klagenfurt, 28. September 2010, 12.00–12.20 Uhr.

Institut für Arbeitsmigration (2010a): Beratungsorte.

URL: http://www.iam.co.at/beratungsorte.html [Download am 13. Juli 2010].

Institut für Arbeitsmigration (2010b): Ziele. URL: http://www.iam.co.at/ziele.html [Download am 13. Juli 2010].

Institut für Arbeitsmigration (2010c): Beratungsangebot.

URL: http://www.iam.co.at/beratungsangebot.html [Download am 13. Juli 2010].

Kärntner Landesregierung (2009): Regierungsprogramm für Kärnten. 2009–2014. Klagenfurt.

Katholisches Bildungswerk (o. J.): Integration: viele reden davon – tua ma wos! Informationsflyer.

Land Steiermark – Amt der Steiermärkischen Landesregierung (2008): Steirische Integrationsplattform. Verwaltung und NGO's werden in einer gemeinsamen Plattform an Strategien für Integration arbeiten, die Politik beraten und gesellschaftliche Prozesse initiieren. URL: http://www.soziales.steiermark.at/cms/beitrag/10925927/5408/ [Download am 27. Mai 2010].

Landsberg, Gerd (2004): 10 Punkte zu "Zuwanderung und Integration". Berlin: Deutscher Städte- und Gemeindebund. URL: http://www.netzwerk-zukunftsstaedte.de/dstgb/homepage/kommunalreport/archiv2004/newsitem00997/997_2_3295.pdf [Download am 7. September 2010].

Novak, Philipp (2009): Doppelpass mit Asylwerbern. In: Kleine Zeitung, 30. August 2009, S. 2–3.

Oberkärntner Volltreffer (2009): Spittaler Volkspartei präsentierte Integrationskonzept. 23. Dezember 2009, S. 2.

Obiltschnig, Daniela (2010): Interview. Magistrat Klagenfurt, Kumpfgasse 20, 9010 Klagenfurt, 13. Juli 2010, 8.45–11.45 Uhr.

ORF Kärnten (2008): Villacher sollen gewalttätige Asylwerber melden.

URL: http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/250481 [Download am 13. September 2010].

ORF Kärnten (2009): "Abschiebung" nach Traiskirchen rechtswidrig".

URL: http://kaernten.orf.at/stories/381305/ [Download am 13. September 2010].

PIVA (2010a): Über uns. http://www.piva.or.at/1_DEUTSCH/infos.htm [Download am 21. Juli 2010].

PIVA (2010b): Integrative Deutschkurse speziell für Frauen: mit Kinder-, Hausübungs- und Lernbetreuung. URL: http://www.piva.or.at/1_DEUTSCH/bereiche/bildung/deutschF. htm [Download am 21. Juli 2010].

PIVA (2010c): Bildung. URL: http://www.piva.or.at/1_DEUTSCH/bereiche/bildung.htm [Download am 21. Juli 2010].

PIVA (2010d): Beratungsstelle. URL: http://www.piva.or.at/1_DEUTSCH/bereiche/beratung.htm [Download am 21. Juli 2010].

PIVA (2010e): Arbeitsbereiche. URL: http://www.piva.or.at/1_DEUTSCH/arbeitsbereiche. htm [Download am 21. Juli 2010].

PIVA (2010f): Club der Begegnung. URL: http://www.piva.or.at/1_DEUTSCH/bereiche/club.htm [Download am 21. Juli 2010].

Projekt OSETO (o. J.): OSETO. Miteinander leben in Österreich. Informationsfolder.

Projektgruppe Frauen (o. J.): Integrationsprojekt St. Ruprecht/Annabichl.

URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/images/stories/Berichte/st._ruprecht_1.pdf [Download am 27. September 2010].

Projektgruppe Frauen (2007): Jahresbericht. Klagenfurt. URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/images/stories/Berichte/jahresbericht_2007_1.pdf [Download am 27. September 2010].

Projektgruppe Frauen (2010a): Wer sind wir. URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/index.php?option=com_content&task=view&id=16&Itemid=37 [Download am 9. September 2010].

Projektgruppe Frauen (2010b): Projekt XENIA. URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/index.php?option=com_content&task=view&id=19&Itemid=40 [Download am 9. September 2010].

Projektgruppe Frauen (2010c): Wir laden euch zu unserem Tisch. URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/index.php?option=com_content&task=view&id=42&Itemid=61 [Download am 10. September 2010].

Projektgruppe Frauen (2010d): Projektgruppe Frauen – Kärntner Menschenrechtspreis 2006. URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/index.php?option=com_content&task=view&id=37&Itemid=61 [Download am 10. September 2010].

Projektgruppe Frauen (2010e): Kommunikationskultur Projektbeschreibung. URL: http://www.projektgruppe-frauen.at/index.php?option=com_content&task=view&id=45&Itemid=69&limit=1&limitstart=1 [Download am 9. September 2010].

Schäfer, Roland (2006): Integration beginnt vor Ort. Rolle von Städten und Gemeinden in der Integrationspolitik. In: Stadt und Gemeinde interaktiv, 61. Jg., Nr. 9, S. 347–350.

Stadler, Robert (2009): Spittaler Volkspartei präsentierte Integrationskonzept. In: Oberkärntner Volltreffer, 23. Dezember 2009, S. 2.

Statistik Austria (2009a): Wanderungsstatistik inkl. Revision für 2002–2007. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2009b): Bevölkerungsvorausschätzung 2009–2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Kärnten (Hauptszenario). Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2010a): Bevölkerung zu Jahresbeginn seit 2002 nach zusammengefasster Staatsangehörigkeit – Kärnten. Statistik des Bevölkerungsstandes. Erstellt am 19. Mai 2010.

Statistik Austria (2010b): Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009. Erstellt am 25. März 2010.

Statistik Austria (2010c): Statistik des Bevölkerungsstandes. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria/Bundesministerium für Inneres (2010): Migration & Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2010. Wien.

Stupnig, Siegfried (o. J.a): Informationsblatt zum Projekt "TschetschenInnen – EuropäerInnen wie wir". Klagenfurt.

Stupnig, Siegfried (o. J.b): Informationsblatt zum Projekt "Tschetschen Innen – Menschen wie wir". Klagenfurt.

Stupnig, Siegfried (2010): Infomail vom 5. September 2010. Klagenfurt.

Verein Oberkärntner Frauenhaus, Mädchen- und Frauenberatung, berufliche Mädchen- und Frauenberatung (2009): Jahresbericht 2009. Spittal an der Drau.

VOBIS – Verein für offene Begegnung und Sprache (2010a): Herzlich willkommen. URL: http://www.verein-vobis.com/ [Download am 15. September 2010].

VOBIS – Verein für offene Begegnung und Sprache (2010b): Vom Beginn 2007 bis heute. URL: http://www.verein-vobis.com/verein-vobis_1_14_0_0_s_1_chronologie-/ [Download am 15. September 2010].

Willkommen Nachbarn (o. J.): Vereinsinformation. Villach.

Zentrum für Soziale Innovation (2010a): Bedarfsorientierte Arbeitsintegration in Kärnten. URL: http://www.pakte.at/teps/sp3b/2/4867.html?template=print [Download am 7. September 2010].

Zentrum für Soziale Innovation (2010b): Territoriale Beschäftigungspakte in Österreich. URL: http://www.pakte.at/ [Download am 7. September 2010]

Politische Bildung von Jugendlichen am Beispiel der interkommunalen Lehrlingsausbildung in Kärnten

1. Einleitung

"Figl, Raab, Gorbach, Klaus, Kreisky, Sinowatz, Vranitzky" – Die Namen dieser sieben Herren kann ich zu jeder Tages- und Nachtzeit aufsagen. Warum ist das so? Ich durfte – oder sagen wir es so: ich musste – diese während meiner Schulzeit in den frühen 1990er Jahren auswendig lernen und bei der Prüfung wiedergeben. Wer – bis auf die Tatsache, dass es sich dabei um österreichische Bundeskanzler handelte – diese Persönlichkeiten waren bzw. was diese für Österreich geleistet haben, war mir zur damaligen Zeit schleierhaft. Trotzdem habe ich in "Geschichte" ein Gut bekommen. Mein Schulzeugnis – der "österreichische Bundesadler" im Hintergrund ist mein Zeuge – dokumentiert das. War ich aber deshalb zum damaligen Zeitpunkt ein politisch gebildeter Jugendlicher?

Nun zu den beginnenden 2010er Jahren: "Die heutige Jugend interessiert sich nicht für Politik!" oder "16jährige verstehen das noch nicht!" Solche und ähnliche Parolen werden öfters an Stammtischen losgelassen bzw. – was meiner Ansicht nach noch viel schlimmer ist – in den Medien publiziert und von großen Bevölkerungsteilen als Wahrheit hingenommen. Aber können wir tatsächlich von einer Politikverdrossenheit der Jugendlichen sprechen bzw. sind die jungen Menschen wirklich zu blöd, um politisch partizipieren zu können?

Peter Filzmaier vertritt in diesem Kontext folgende Position: "Euphorie über das Politikinteresse der Jugendlichen ist unangebracht. Schreckensszenarien sind jedoch gleichfalls lächerlich. Vor allem unterscheiden sich junge Menschen mit ihren halbherzigen Bezügen zur Politik kaum von den Erwachsenen. Der entscheidende Unterschied ist ihre Bereitschaft, noch etwas zu lernen. (...) Es geht demnach darum, durch Politische Bildung gezielt das Interesse zu fördern. Vor allem bei Lehrlingen, die diesbezüglich abfallen."

Um den gerade aufgeworfenen sowie weiteren Fragen auf den Grund gehen zu können, sollen in einem ersten Schritt ausgewählte Erkenntnisse von zwei durchgeführten Studien ("Jugend und Politische Bildung" sowie "Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl") präsentiert werden. Darauf aufbauend wird der Frage nachgegangen, was unter Politischer Bildung zu verstehen ist und welche Kompetenzen vermittelt werden sollen. Zu diesem Zweck sollen zwei Kompetenzmodelle (jenes der GPJE und das Kompetenz-Strukturmodell) vorgestellt werden. Wie die darin enthaltenen Kompetenzbereiche mit Leben gefüllt werden können, dem widmet sich das darauffolgende Kapitel. Exemplarisch sei in diesem Kontext auf das außerschulische Lernen, das regionale Lernen oder die Projektarbeit verwiesen.

In einem nächsten Schritt wird auf die interkommunale Lehrlingsausbildung in Kärnten näher eingegangen. Der Schwerpunkt der Ausführungen soll dabei auf Bildungsmaßnahmen gelegt werden, die darauf abzielen, die Politische Bildung der Lehrlinge in den Gemeindeämtern und -betrieben zu fördern. Den Abschluss des vorliegenden Beitrages bildet ein Resümee mit einer Zusammenfassung der zentralen Erkenntnisse.

2. Studien zum Thema

2.1 Pilotstudie: "Jugend und Politische Bildung" (2007)

Vom Department für Politische Kommunikation der Donau-Universität Krems wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung eine Pilotstudie zum Thema "Einstellungen von Jugendlichen zu Politik und Politischer Bildung" durchgeführt und im Jahr 2007 präsentiert.² "Die Ergebnisse der Studie räumten zum einen mit dem Märchen von der politikverdrossenen Jugend auf und zum anderen zeigten sie, dass im Bereich der schulischen Politischen Bildung in Österreich einiges im Argen liegt (...).", so Cornelia Klepp in ihrer Analyse.³

An dieser Stelle soll auf ausgewählte Detailergebnisse der Studie eingegangen werden: $^{\rm 4}$

- ☐ Die jugendlichen ÖsterreicherInnen zwischen 14 und 24 Jahren sind tendenziell gleich zufrieden bzw. unzufrieden mit der österreichischen Demokratie wie die Bevölkerung über 18 Jahre. So sind etwas mehr als zwei Drittel mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden.
- ☐ Gegenüber PolitikerInnen und Parteien sind die Jugendlichen kritisch eingestellt. Etwas weniger als zwei Drittel beklagten, dass sich Politiker-Innen nicht um die Meinungen junger Menschen kümmern würden.
- ☐ Knapp zwei Drittel der Jugendlichen meinten auch, dass im Bereich der Politischen Bildung zu wenig getan wird. Insbesondere Lehrlinge und Berufstätige orten "Wissensdefizite über den Staat und seine Organisationen".

2.2 Post-Election-Studie: "Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl" (2009)

Im Jahr 2009 haben das SORA-Institut, das Institut für Strategieanalysen und Ulrike Kozeluch gemeinsam eine Post-Election-Studie unter 16- bis 18jährigen durchgeführt. Diese gibt einen tieferen Einblick in die politischen Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen der österreichischen Jugendlichen. Neben dem Wahlverhalten bei den Nationalratswahlen 2008 ging es auch um die Sichtweisen der jugendlichen ErstwählerInnen zu Politik, Demokratie und Wahlen.⁵ Diese Studie kommt zur Erkenntnis, dass Jugendliche in Österreich keineswegs politikverdrossen sind. "Viele zeigen sich interessiert an Politik und nehmen ihr neu gewonnenes Wahlrecht sehr ernst. Sie sind selbstkritisch und erkennen Wissensdefizite, die sie aber auszugleichen versuchen", präzisiert Steve Schwarzer vom SORA-Institut.⁶

An dieser Stelle soll auf ausgewählte Detailergebnisse der Studie verwiesen werden:⁷

- ☐ Die Jugendlichen formulieren ein deutliches Interesse an Politik und politischer Beteiligung. Knapp zwei Drittel sind mit dem politischen System "Demokratie" zufrieden.
- ☐ Jedoch herrscht eine große Unzufriedenheit mit der Performance der politischen AkteurInnen. D. h. die Jugendlichen haben wenig Vertrauen in die Parteien und die PolitikerInnen. Nur rund 20 Prozent vertrauen ihnen.
- ☐ Eine wichtige Rolle in der politischen Wissensvermittlung hat neben den Gesprächen in der Familie die Schule. Die Jugendlichen wünschen sich, dass sie in der Schule mehr über die Parteien und deren Programme aufgeklärt werden.

2.3 Anmerkungen zu den beiden Studien

Vergleichen wir ausgewählte Ergebnisse der beiden Studien miteinander, so fallen einige Parallelen auf. In etwa zwei Drittel der Jugendlichen sind mit der Demokratie zufrieden. Auch kann keineswegs von einer politisch uninteressierten Jugend gesprochen werden. So sind die Jugendlichen nicht politikverdrossen, sondern vielmehr mit den politischen Parteien und den PolitikerInnen unzufrieden. Zu diesem Ergebnis gelangen beide Studien. Und zu guter Letzt merkten die jungen ÖsterreicherInnen an, dass sie über Wissensdefizite verfügen und sich eine verstärkte Politische Bildung wünschen.

3. Politische Bildung: Was ist das?

Kathrin Hämmerle verweist darauf, "(...) dass es den meisten an einer Vorstellung über den Inhalt, die Aufgaben und die Ziele der Politischen Bildung mangelt. Selbst ExpertInnen können sich auf keine allgemeingültigen Definitionen von zentralen Begriffen der Politischen Bildung einigen. Noch fehlen Standards, die festlegen, was in Politischer Bildung für wen auf welche Weise vermittelt werden soll. Und vor allem auch von wem."8

Folgen wir an dieser Stelle Peter Filzmaier: Der Politikwissenschafter merkt an, dass kaum ein Begriff mehr der Gefahr der Verallgemeinerung ausgesetzt ist, als die Politische Bildung. "Alles ist Politik, fast alles hat mit Bildung zu tun. Also ist Politische Bildung das, was sich jeder darunter vorstellt. Das ist nicht einmal falsch. Zur Politik zählen Institutionen, Prozesse und Inhalte für die Regelung gesellschaftlichen Zusammenlebens. Bildung beinhaltet sämtliche Formen der Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten. (...) Das gegenteilige Extrem zur grenzenlosen Vielfalt ist eine Beschränkung der Politischen Bildung auf die pure Institutionenlehre. Wer die Baugesetze der österreichischen Bundesverfassung oder nur die Zahl der Nationalratsabgeordneten nach Parteien aufsagen kann, ist weder sonderlich politisch noch sehr gebildet. Sondern bestenfalls ein Fachidiot."

Meine These lautet daher wie folgt: "Es ist erforderlich, der Politischen Bildung der Jugendlichen – insbesondere jener der Lehrlinge – einen zentralen Stellenwert zu geben. Wir müssen weg von der Wissensvermittlung in Form der reinen Institutionenlehre und hin zur aktiven Beteiligung der jungen Menschen."¹⁰

4. Kompetenzen in der Politischen Bildung

4.1 Anmerkungen zum Kompetenz-Begriff

In einem ersten Schritt soll geklärt werden, was unter dem Begriff "Kompetenz" zu verstehen ist. Die OECD hat 2005 folgende Definition publiziert: "Eine Kompetenz ist mehr als nur Wissen und kognitive Fähigkeiten. Es geht um die Fähigkeit der Bewältigung komplexer Anforderungen, indem in einem bestimmten Kontext psychosoziale Ressourcen (einschließlich kognitive Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen) herangezogen und eingesetzt werden."¹¹

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass es kein einheitliches Kompetenzmodell gibt. Exemplarisch wird nachfolgend auf zwei Modelle näher eingegangen.

4.2 Kompetenzmodell der GPJE (Deutschland)

Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) verweist darauf, dass Kompetenzentwicklung im Politikunterricht nicht am Nullpunkt beginnt, sondern an bereits vorhandene Fähigkeiten anknüpft und auf deren Erweiterung und qualitative Verbesserung abzielt. Vorausschickend ist zu erwähnen, dass diese Kompetenzbereiche nicht nebeneinander stehen, sondern deren wechselseitige Zusammenhänge gesehen werden müssen.¹²

Es wird davon gesprochen, dass diese Kompetenzentwicklung in drei Bereichen stattfindet:¹³

☐ Politische Urteilsfähigkeit

In diesem Zusammenhang geht es darum, politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten analysieren und beurteilen zu können.

☐ Politische Handlungsfähigkeit

Hier geht es darum, Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen zu können.

Methodische Fähigkeit

Damit ist gemeint, sich selbständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren zu können sowie fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren zu können.

4.3 Kompetenz-Strukturmodell Politische Bildung (Österreich)

Eine vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur eingesetzte Kommission hat von Dezember 2007 bis März 2008 ein Kompetenz-Strukturmodell erarbeitet. Der Leiter der Kommission, Reinhard Krammer von der Universität Salzburg, hält in diesem Kontext Folgendes fest: "Jugendliche sollten durch Politische Bildung in die Lage versetzt werden, jene Kompetenzen zu erwerben, die es ihnen erlauben, selbstbestimmtes politisches Denken zu entwickeln und aufrechtzuerhalten sowie an politischen Prozessen eigenverantwortlich und aktiv teilzunehmen."¹⁴

Das vorliegende Kompetenz-Strukturmodell umfasst vier Kompetenzbereiche, welche sich teilweise überschneiden. Dabei handelt es sich um die Urteils-, die Handlungs-, die Methoden- und die Sachkompetenz. ¹⁵

Auf diese Kompetenzen wird in weiterer Folge näher eingegangen:¹⁶

☐ *Urteilskompetenz*

Dabei handelt es sich um die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft, eine selbstständige, begründete und möglichst sach- und/oder wertorientierte Beurteilung politischer Entscheidungen, Probleme und Kontroversen vornehmen zu können.

□ Handlungskompetenz

Darunter ist die Fähigkeit, Fertigkeit und Bereitschaft zu verstehen, eigene Positionen in politischen Fragen zu formulieren und zu artikulieren, politische Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen sowie an der Lösung von Problemen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter Berücksichtigung eigener und fremder Bedürfnisse mitzuwirken.

□ *Methodenkompetenz*

Damit gemeint ist die Verfügbarkeit über Verfahren und Methoden, die es ermöglichen, sich mündlich, schriftlich, visuell und/oder in modernen Medien politisch zu artikulieren und im Idealfall – auf reflektierte und (selbst-)reflexive Weise – eigene Manifestationen zu schaffen. Weiters sind darunter auch Fähigkeiten, Fertigkeiten und die Bereitschaft zu verstehen, fertige politische Manifestationen zu entschlüsseln.

□ Sachkompetenz

Diese umfasst jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und die Bereitschaft, die erforderlich sind, um die Begriffe, Kategorien bzw. die Konzepte des Politischen zu verstehen, über diese zu verfügen und sie kritisch weiterentwickeln zu können.

4.4 Anmerkungen zu den beiden Kompetenzmodellen

Vergleichen wir beide Modelle miteinander, so fällt auf, dass jeweils von der Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz bzw. -fähigkeit gesprochen wird. Das österreichische Modell umfasst zusätzlich die Sachkompetenz. Dieser Aspekt ist als besonders positiv hervorzuheben.

5. Politische Bildung: Aber wie?

5.1 Einführende Bemerkungen zu einer schwierigen Frage

Nachdem geklärt, wurde, welche Kompetenzen in der Politischen Bildung gefördert werden sollen, stellt sich jetzt die Frage, wie dies erfolgen kann. Oder anders gefragt: Wie können die dargestellten Kompetenzbereiche

mit Leben gefüllt werden? Zu diesem Zweck werden nachfolgend drei exemplarisch ausgewählte Bereiche skizziert. Dabei handelt es sich um das außerschulische Lernen, das regionale Lernen und die Projektarbeit.

5.2 Außerschulisches Lernen

Was ist unter diesem Begriff zu verstehen? "Außerschulisches Lernen im hier gemeinten Sinn bezieht sich auf die Überschreitung herkömmlicher Grenzen des Unterrichts, den Gang aus dem Klassenzimmer und Schulgebäude zur Nutzung so genannter außerschulischer Lernorte." Außerdem wird zwischen verschiedenen Typen unterschieden. Dabei handelt es sich um die Besichtigung, die Erkundung und die Sozialstudie.¹⁷

Zur Besichtigung zählen Besuche von Institutionen, wie zum Beispiel eines Gerichtes oder eines Parlaments. Dabei steht die Informationsbeschaffung im Vordergrund. Kritisch angemerkt wird, dass die Lernenden meist passiv bleiben und auf Beobachtungen angewiesen sind. Die Erkundung ist wesentlich anspruchsvoller, denn dabei treten die Lernenden untereinander und mit den Menschen am Erkundungsort in Kontakt. Schließlich geht es bei der Sozialstudie um den Erwerb methodischer Kompetenzen. Dieser Typ eignet sich zur Erforschung von gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen der näheren Umgebung oder eines überschaubaren Raumes. Eine andere Bezeichnung lautet auch Regionalstudien.¹⁸

Wenn von der Nutzung außerschulischer Lernorte gesprochen wird, sollte damit eine forschende Grundhaltung verbunden sein. Das prozessorientierte und das entdeckende Lernen ermöglichen die Entwicklung von Methodenkompetenz. In der Praxis finden wir einige bevorzugte Formen außerschulischen Lernens. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Parlaments- und Gerichtsbesuche.¹⁹

5.3 Regionales Lernen

Wenn Jugendliche in ihrer unmittelbaren Lebenswelt ernst genommen werden und die Möglichkeit haben, diese mitzugestalten, steigt auch die Bereitschaft, dass sie sich als Erwachsene gesellschaftlich bzw. politisch engagieren.²⁰

Yvonne Leimgruber bringt dies folgendermaßen auf den Punkt: "Politische Bildung soll die Bereitschaft von (…) Jugendlichen wecken und fördern, sich politisch zu engagieren. Daher eignet sich die regionale Ebene besonders gut, um persönliche Einmischung und Mitgestaltung zu erproben und eigene Handlungsmöglichkeiten real zu erfahren. Anders als im Klassenzimmer besteht keine "Laborsituation", der Kontakt mit der "Wirklichkeit" ist viel direkter und ungeschminkter. Die regionale Ebene kann

so zu einem zukunftsgerichteten, bedeutsamen und wirksamen Lernraum werden."²¹

In welcher Form kann regionales Lernen stattfinden? Beispielhaft sei auf den Besuch von Einrichtungen der Verwaltung, von Gerichtssitzungen oder öffentlichen Beratungen der lokalen Legislative verwiesen. Auch können Gespräche mit PolitikerInnen oder BeamtInnen zu Sachfragen oder zum Arbeitsalltag stattfinden. Damit solche Exkursionen nicht episodenhaft bleiben ist es sinnvoll, dass diese in den Unterricht eingebettet werden. Solche Veranstaltungen mögen mit einem hohen Erlebniswert verbunden sein, jedoch eine Möglichkeit, selbst mitzuwirken, gibt es nicht.²²

Nun stellt sich die Frage, ob Exkursionen ausreichen, wenn von regionalem Lernen und Politischer Bildung die Rede ist? Um diese Frage zu beantworten, empfiehlt sich ein Blick in den Grundsatzerlass zum Unterrichtsprinzip "Politische Bildung in den Schulen" des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten aus dem Jahr 1994. Unter anderem heißt es darin: "Politische Bildung vollzieht sich (…) in drei Bereichen, die einander wechselseitig bedingen (…)." Es wird davon gesprochen, dass politische Bildung die "Vermittlung von Wissen und Kenntnissen", die "Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten" sowie die "Weckung von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln" ist.²³

Durch die vorangegangenen Ausführungen – in Verbindung mit den beschriebenen Kompetenzmodellen – wird deutlich, dass in der Politischen Bildung mehr notwendig ist, als "nur" Exkursionen. Wenn ein Kompetenzaufbau angestrebt wird, eignen sich dafür Projektarbeiten. Dazu Yvonne Leimgruber: "Um Politische Bildung auf regionaler Ebene wirkungsvoll umzusetzen, ist die Arbeitsform der Projektarbeit daher ausgesprochen sinnvoll."²⁴

5.4 Projektarbeit

Primär soll der Frage nachgegangen werden, welche Merkmale ein Projekt aufweist. Grundsätzlich ist anzumerken, dass es sich um eine Aufgabenstellung mit Risiko handelt und einmalig ist, d. h. dass es sich dabei um keine Routinetätigkeit handelt. Weiters sind eine eindeutige Aufgabenstellung und Verantwortung sowie eine Zielsetzung für ein Gesamtergebnis erforderlich. Die zeitliche Befristung – mit einem Anfangs- und Endtermin –, verschiedenartige Teilaufgaben, ein begrenzter Ressourceneinsatz und eine abgestimmte Organisation sind weitere Merkmale eines Projektes.²⁵

Bei der Projektarbeit führt eine problemhaltige Sachlage dazu, dass man sich dieser Sache annimmt, das weitere Vorgehen zur Problemlösung gemeinsam plant und schlussendlich ein Produkt erstellt, mit dem das Ergebnis präsentiert wird. Damit verbunden ist die Auflösung des lehrgangs- und lehrerInnenorientierten Lernens. Dies führt dazu, dass alle am Prozess Beteiligten gemeinsam lernen.²⁶

Ähnlich argumentiert auch Erich Ribolits: Über einen themen- bzw. problemorientierten Weg soll ein Zugang zu Lerninhalten vermittelt werden. Im Mittelpunkt steht die Herstellung eines konkreten, für die Lernenden sinnvollen und brauchbaren Produktes. In diesem Kontext geht es vor allem um die Überwindung von Lernformen, die auf die isolierte Bewältigung von Teilaufgaben gerichtet sind.²⁷

Im Rahmen der Projektarbeit kommen auch zwei wichtige Prinzipien zur Anwendung, nämlich das Prinzip des Erfahrungslernens und das des Gruppenlernens. Beim Erfahrungslernen geht es darum, "Lernen als aktiven Prozess in dem Sinne zu gestalten, dass Lernen mit dem Sammeln und Reflektieren von praktischen Erfahrungen verknüpft wird (...). Darüber hinaus sollen die Lehrlinge dazu befähigt werden, Interpretationen von komplexen Anforderungen und eigenständige Ideen zur Problemlösung zu entwickeln und in den gemeinsamen Lernprozesse einzubringen (Prinzip des Gruppenlernens)." Die Rolle des Lehrenden besteht dabei in der Begleitung und Moderation des Lernprozesses.²⁸

An dieser Stelle soll der Frage nachgegangen werden, über welche Phasen eine Projektarbeit idealtypisch verfügen sollte. Nachfolgend werden fünf Schritte beschrieben:²⁹

1. Initiierung

Im Rahmen der ersten Phase geht es um die Findung von Projektideen und des Projektthemas. Auch sollen die Rollen der Lehrenden und Lernenden reflektiert werden.

2. Projekt einleiten und planen

In der zweiten Phase kommt es zur Planung und Einleitung der Projektarbeit. Dies muss mit allen ProjektteilnehmerInnen besprochen werden. Die Aufgabe der Lehrenden besteht darin, die Arbeit durch vorausgehende Planung (Arbeitsmethoden, Gruppenkonstitution, Materialien, Produkt usw.) zu strukturieren. Das ist deshalb notwendig, um die TeilnehmerInnen nicht zu überfordern.

3. Projekte durchführen und begleiten

Die ProjektteilnehmerInnen beschaffen das Material, bearbeiten und erstellen in weiterer Folge das Produkt. Von entscheidender Bedeutung ist in dieser Phase die Reflexion des Arbeitsprozesses.

4. Projekte präsentieren

Die vierte Phase ist von zentraler Bedeutung. Dabei sind alle Beteiligten stark gefordert, insbesondere kommt es dabei auf deren Koordinierungsfähigkeiten an, müssen doch Ort, Zeit, Aufbau und Produktform geklärt werden. Vor allem geht es auch um die kommunikative Vermittlung des Produktes, wie zum Beispiel durch ein Theaterstück, eine Ausstellung oder eine Powerpoint-Präsentation.

5. Projekte auswerten und weiterführen

Häufig wird auf diese Phase vergessen, weil viele Projekte mit der Präsentation der Arbeit enden, ohne ausgewertet zu werden. Zu diesem Zweck gibt es verschiedene Feedback-Methoden in Form von Selbstund Fremdbefragungen. Oft wirken Projekte auch noch weiter und können vielleicht in anderer Form fortgeführt werden.

Schließlich soll noch diskutiert werden, welche Projekte sich für diese Form des Lernens eignen. Grundsätzlich ist anzumerken, dass beinahe jedes Thema und jedes Problem eine politische Bedeutung erlangen können. Daher kann auch von einer großen Themenvielfalt ausgegangen werden.³⁰

6. Von der Theorie in die Praxis

6.1 Interkommunale Lehrlingsausbildung in Kärnten im Überblick31

Im Sommer 2004 wurde vom damaligen Gemeindereferenten des Landes Kärnten, Landesrat Reinhart Rohr, und vom St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock eine Initiative zur Förderung der Lehrlingsausbildung in Kärntner Gemeinden ins Leben gerufen. Einerseits wird jede zusätzliche Lehrstelle in einem Gemeindeamt bzw. -betrieb finanziell gefördert. Andererseits wurde – auf der Grundlage des St. Veiter Modells der Lehrlingsausbildung – der Interkommunale Ausbildungsverbund Kärnten (IKAV Kärnten) geschaffen. Vom (neuen) Gemeindereferenten des Landes Kärnten, Landesrat Josef Martinz, wurde im Sommer 2009 das Angebot ausgebaut und die finanziellen Förderungen erhöht.

Wer ist der IKAV Kärnten? Es handelt sich dabei um einen freiwilligen Ausbildungsverbund für Lehrlinge in Kärntner Gemeinden sowie um eine Beratungs- und Serviceeinrichtung für Gemeinden in Sachen Lehrlingsausbildung. Auf der Grundlage der einzelnen Berufsbilder findet die Ausbildung der Jugendlichen in den jeweiligen Gemeindeämtern und -betrieben statt. Die Aufgabe des IKAV Kärnten ist die Vermittlung spezieller und darüber hinausgehender Kompetenzen in Form von Bildungs-

maßnahmen. Dieser Ausbildungsverbund definiert sich insbesondere als Netzwerk jener Gemeinden, die sich bereits in der Lehrlingsausbildung engagieren bzw. engagieren wollen.

Die Zielsetzungen dieses Netzwerkes bestehen in der Schaffung von Lehrstellen in den Kärntner Gemeindeämtern und -betrieben, der Optimierung der Qualität der Ausbildung, der Förderung des interkommunalen Lernens und in der Schaffung eines Netzwerkes für kommunale LehrlingsausbilderInnen.

Bei den Projekt- bzw. NetzwerkpartnerInnen handelt es sich um den Kärntner Gemeindereferenten Landesrat Josef Martinz (Projektfinanzierung), das Amt der Kärntner Landesregierung/Abteilung 3 – Gemeinden, die Stadtgemeinde St. Veit/Glan (Projektleitung), zahlreiche Kärntner Gemeinden, die Fachhochschule Kärnten/Studienbereich Soziales, die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Abteilung für Erwachsenen- und Berufsbildung, die Kärntner Verwaltungsakademie, den Österreichischen Städtebund/Landesgruppe Kärnten, den Kärntner Gemeindebund und die Fachberufsschule St. Veit/Glan.

Die Leistungen des IKAV Kärnten können wie folgt definiert werden:
 □ Beratung und Service insbesondere hinsichtlich der rechtlichen Fragen und der Personalentwicklung in der Lehrlingsausbildung
 □ Konzeption, Organisation und Durchführung von Bildungsmaßnahmen – in den Bereichen Fach- und Sozialkompetenz – für Lehrlinge
 □ Projektorientiertes Lernen für Lehrlinge in Form von Lehrlingsprojekten
 □ Praxisorientiertes Lernen für Lehrlinge mittels Exkursionen
 □ Angebote für AusbilderInnen in Form von Praxistagen zu rechtlichen, pädagogischen und psychologischen Themen
 □ Zusätzliche Leistungen (Herausgabe von Bildungsprogrammen, Dokumentation in Form von individuellen Bildungspässen, Führung einer Bildungsdatenbank, Durchführung von Evaluierungen, usw.)

6.2 Politische Bildungsangebote für Lehrlinge in Kärntner Gemeinden³²

Die Politische Bildung nimmt bei den Aktivitäten des IKAV Kärnten einen wichtigen Stellenwert ein, sowohl bei den Bildungsmaßnahmen im Bereich der Fachkompetenz als auch beim praxis- und projektorientierten Lernen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass diese Bereiche nicht explizit von einander getrennt werden können und auch nicht sollen. So gibt es zum

Beispiel thematische Überschneidungen zwischen dem Bereich der Fachkompetenz und dem praxisorientierten Lernen.

nd mit den Bildungsmaßnahmen im Bereich der Fachkompetenz:
Im Rahmen des "Einführungsseminars für neue Lehrlinge" erfolgt eine Schwerpunktsetzung auf das politische Systems Österreichs. Zusätzlich zur Diskussion von Staats- und Regierungsformen wird auf Formen der direkten und indirekten Demokratie und auf politische Parteien näher eingegangen. In diesem Kontext werden insbesondere die politischen Ebenen Bund, Länder und Gemeinden hinsichtlich ihrer spezifischen Ausprägungen näher behandelt.
Eine weitere Bildungsmaßnahme trägt den Titel "Politik und Wahlen auf Gemeindeebene". Primär wird dabei auf Wahlen eingegangen. Darauf aufbauend werden die Aufgaben und die Organe einer Gemeinde besprochen. Schlussendlich erfolgt die Simulation einer BürgermeisterInnen- und Gemeinderatswahl sowie die Reflexion der gewonnenen Erkenntnisse.
Im Seminar "Gesetze, Verordnungen und Bescheide" geht es um den Stufenbau der Rechtsordnung. Im Fokus der Betrachtungen stehen dabei die Baugesetze der Verfassung und – wie der Titel schon sagt – Gesetze, Verordnungen und Bescheide. Viele praktische Beispiele runden dieses Seminar ab.
Bei der Bildungsmaßnahme "BürgerInnenorientierung in der Gemeindeverwaltung" stellen neue Felder des BürgerInnenservice bzw. die Partizipation von BürgerInnen einen Schwerpunkt dar. Ein Rollenspiel mit dem Titel "Bau eines Jugendzentrums: Pro und Kontra" rundet diese Veranstaltung ab. Die Jugendlichen nehmen dabei unterschiedliche Rollen und Positionen ein – wie zum Beispiel jene einer Gruppe von BürgerInnen, die sich gegen den Bau eines Jugendzentrums aussprechen –, argumentieren unterschiedliche Sichtweisen und versuchen zu einem Konsens zu gelangen.
Nachdem im März 2009 Landtags-, Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen auf dem Programm standen, wurde zu Beginn des Jahres 2009 ein spezielles Bildungsangebot organisiert und durchgeführt. Im Rahmen des Seminars "Das Wahljahr 2009" erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit diesen Wahlen. Die Lehrlinge erhielten theoretische Hintergrundinformationen und es wurden Fragen zur praktischen Abwicklung der Wahlen thematisiert.

- ☐ Im Rahmen der Bildungsmaßnahme "Gemeindepolitik (k)ein Thema für Jugendliche?" lernen die Lehrlinge unter anderem die unterschiedlichen Handlungsfelder der Gemeindepolitik kennen. Im Mittelpunkt steht dabei eine Diskussion mit dem St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock. Die Lehrlinge sammeln im Vorfeld Fragen, die diskutiert und beantwortet werden. Eine Reflexion stellt den Abschluss der Veranstaltung dar.
- □ Auch speziell für die Kärntner Gemeindelehrlinge wurde der Kurzlehrgang "Politik und Verwaltung" entwickelt, der aus drei Modulen besteht und mit dem "Zertifikat für Fachkompetenz" abgeschlossen wird. In einem ersten Schritt erfolgt die Vermittlung von Basiswissen über die Europäische Union, den Bund, die Länder und die Gemeinden (Abbildung 1). Darauf aufbauend haben die Jugendlichen die Möglichkeit, mit PolitikerInnen direkt in Kontakt zu kommen und zu diskutieren. Dabei handelt es sich um den Gemeindereferenten des Landes Kärnten, Landesrat Josef Martinz, bzw. die Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Elisabeth Köstinger. Zusätzlich wird in Form von Einzel- und Gruppenarbeiten das erworbene Wissen angewendet und vertieft.

Abbildung 1: Ausschreibung der Inhalte des Kurzlehrganges "Politik und Verwaltung"

Kurzlehrgang "Politik und Verwaltung"

Modul 1 – Europäische Union

Europäischer Integrationsprozess: Von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Europäischen Union; Struktur und Funktionsweise der EU; Organe der EU (Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union/Ministerrat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Gerichtshof, Europäischer Rechnungshof)

Modul 2 – Bund und Länder

Staatsgewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) und Verfassungswirklichkeit; Interessensvertretungen (Parteien, Kammern und Verbände); Parlament, Bundesregierung und BundespräsidentIn; Landtage und Landesregierungen

Modul 3 – Gemeinden

Aufgaben (eigener und übertragener Wirkungsbereich); Gemeinderat, Gemeindevorstand/Stadtrat/Stadtsenat, BürgermeisterIn; Gemeindeamt; Gesetze, Verordnungen und Bescheide

An dieser Stelle soll auf das praxisorientierte Lernen näher eingegangen werden. Dabei handelt es sich vor allem um Exkursionen, wie zum Beispiel den Besuch des Kärntner Landtages oder der Kärntner Landesregierung. Neben der Teilnahme an der Sitzung des Landtages stehen auch Gespräche mit LandespolitikerInnen auf dem Programm. Hierbei besteht eine Verflechtung mit dem Kurzlehrgang "Politik und Verwaltung". Die Jugendlichen nehmen aber auch an einer Sitzung des St. Veiter Gemeinderates teil oder besuchen verschiedene kommunale Verwaltungen und Betriebe. In diesem Zusammenhang erklären die zuständigen Mitarbeiter-Innen die Arbeitsabläufe.

Kommen wir nun zum projektorientierten Lernen. In diesem Kontext finden sogenannte Lehrlingsprojekte statt. In der Vergangenheit wurden zum Beispiel Gemeindevergleiche – mit selbst gewählten Kriterien – durchgeführt oder Broschüren erarbeitet. Im Detail soll auf das "Lehrlingsprojekt: Was erwarten sich Jugendliche von der Kommunalpolitik?" näher eingegangen werden (Abbildung 2).

Abbildung 2: Ausschreibung der Inhalte des "Lehrlingsprojektes: Was erwarten sich Jugendliche von der Kommunalpolitik?"

"Was erwarten sich Jugendliche von der Kommunalpolitik?"

Mit dieser Fragestellung werden wir uns in Form eines Lehrlingsprojekts beschäftigen.

Ausgehend von den Grundlagen des Projektmanagements, sollen die Lehrlinge ein konkretes Projekt planen, durchführen und evaluieren. Begleitet werden die Lehrlinge dabei von Martin Klemenjak.

Um dies so praxisnah wie möglich zu gestalten, finden im Zeitraum von September 2007 bis Jänner 2008 fünf Termine statt. Die Anmeldung zum Lehrlingsprojekt ist auch dann möglich, wenn z. B. aufgrund von Berufsschulzeiten eine Teilnahme nicht an jedem Termin erfolgen kann.

Methodisch ist angedacht, dass die Lehrlinge eine kleine Feldforschung – z. B. in Form von Fragebögen – durchführen und erheben, was sich Jugendliche von der Kommunalpolitik erwarten.

Die fünf Termine – die jeweils einen ganzen Tag dauerten – beinhalteten sowohl theoretische als auch praktische Einheiten, wobei Letztere überwogen. Im Rahmen der theoretischen Einheiten erhielten die Lehrlinge unter anderem Inputs zu folgenden Themen: Jugendliche und Politik, Grundlagen des Projektmanagements, Basiswissen zur Befragung, insbesondere

zur Fragebogenerstellung sowie zur Öffentlichkeitsarbeit. In den praktischen Einheiten wurden mögliche Themen gesammelt, ein Fragebogen erstellt – sowie ein Pre-Test durchgeführt – und überarbeitet. Danach kam es zur Durchführung der Befragung, zur Auswertung und zur Reflexion. Die so gewonnenen Erkenntnisse wurden zusammengefasst, dokumentiert und präsentiert.

Abschließend kann angemerkt werden, dass die beschriebenen Angebote im Bereich der Politischen Bildung sehr vielfältig sind: Beginnend bei der klassischen Wissenvermittlung in Form von Vorträgen und Seminaren, über die Teilnahme an Exkursionen, bis hin zu Lehrlingsprojekten. Ich bin der Überzeugung, dass es in diesem Bereich nicht ein "entweder – oder" geben kann, sondern dass unterschiedliche Formen zum Einsatz kommen sollten, damit von Politischer Bildung gesprochen werden kann. So stellen die gerade beschriebenen Bildungsmaßnahmen des IKAV Kärnten einen Versuch dar, die Empfehlungen der eingangs skizzierten Kompetenzmodelle in die Praxis umzusetzen.

7. Resümee

Im vorliegenden Beitrag wurde der Versuch unternehmen, anhand eines konkreten Beispiels – nämlich der interkommunalen Lehrlingsausbildung in Kärnten – zu beschreiben, wie die Politische Bildung von Jugendlichen gefördert werden kann. Losgelöst von persönlichen Schulerfahrungen und Stammtischparolen wurden in einem ersten Schritt zwei Studien präsentiert, die belegen, dass die österreichischen Jugendlichen keineswegs politikverdrossen, sondern an Politik und Politischer Bildung interessiert sind. Darauf aufbauend erfolgte eine Annäherung an den Begriff "Politische Bildung" und die Formulierung folgender These:

Es ist erforderlich, der Politischen Bildung der Jugendlichen – insbesondere jener der Lehrlinge – einen zentralen Stellenwert zu geben. Wir müssen weg von der Wissensvermittlung in Form der reinen Institutionenlehre und hin zur aktiven Beteiligung der jungen Menschen.

Vor diesem Hintergrund wurde in weiterer Folge der Frage nachgegangen, welche Kompetenzen Politische Bildung vermitteln sollte. Zu diesem Zweck erfolgte die Beschreibung des (deutschen) Kompetenzmodells der GPJE und des (österreichischen) Kompetenz-Strukturmodells, das unter der Leitung von Reinhard Krammer entwickelt wurde. Vergleichen wir beide Modelle miteinander, so gilt es festzustellen, dass jeweils von der Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz bzw. -fähigkeit gesprochen wird. Das österreichische Modell umfasst zusätzlich die Sachkompetenz. Wie diese Kompetenzmodelle mit Leben gefüllt werden können,

dem widmete sich das darauffolgende Kapitel mit der Beschreibung des außerschulischen Lernens, des regionalen Lernens und der Projektarbeit.

Im Kapitel "Von der Theorie in die Praxis" wurde schließlich dargelegt, wie – im Rahmen der interkommunalen Lehrlingsausbildung in Kärnten – die Politische Bildung von Jugendlichen gefördert wird. Zu diesem Zweck sind einzelne Bildungsmaßnahmen – wie zum Beispiel der Kurzlehrgang "Politik und Verwaltung", eine Diskussionsveranstaltung mit dem St. Veiter Bürgermeister Gerhard Mock oder das "Lehrlingsprojekt: Was erwarten sich Jugendliche von der Kommunalpolitik?" – vorgestellt worden. Auf den Punkt gebracht heißt das: Neben der Vermittlung von Wissen über einzelne Institutionen steht die Erlangung politischer Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz im Mittelpunkt. Dies wäre ganz im Sinn der Kompetenzbereiche, die in der Politischen Bildung vermittelt werden sollten.

Schließen möchte ich mit den Worten von Peter Filzmaier: "Das Klischee einer jungen Generation, die generell politisch verdrossen oder unwissend ist, stimmt so nicht. Zusammenfassend gilt, dass Jugendliche erstens mehr Politische Bildung wollen – in der Schule und überhaupt. Zweitens sind Jugendliche vielfältigen Themen der Politik aufgeschlossen – Anti-Diskriminierung inklusive. Drittens wollen Jugendliche in der Schule und an den Universitäten Politische Bildung lernen. Diese sind als neutraler Ort für Politikvermittlung anerkannt. Das macht Hoffnung, oder? Mir jedenfalls schon."³³

Und noch eine Anmerkung zum Schluss: Ich lasse die Kärntner Gemeindelehrlinge nicht die Namen der österreichischen Bundeskanzler auswendig lernen! Nur am Rande: Mittlerweile wären es bereits die Namen von elf Herren. Die erste Dame ist übrigens längst fällig! Dies zu fördern, wäre meines Erachtens auch eine Aufgabe von Politischer Bildung!

Literaturverzeichnis

Boy, Jacques/Dudek, Christian/Kuschel, Sabine: Projektmanagement. Grundlagen, Methoden und Techniken, Zusammenhänge. Offenbach 2002.

Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten BMUK: Politische Bildung in den Schulen. Grundsatzerlass zum Unterrichtsprinzip. Wien 1994. (Online unter: http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15683/pb_grundsatzerlass.pdf [29. Juli 2010]).

Filzmaier, Peter: Wie wir politisch ticken \dots Öffentliche und veröffentlichte Meinung in Österreich. Wien 2007.

Filzmaier, Peter: Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen. Wien 2007. (Kurzbericht online unter: http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/department/pk/pilotstudie_jugend_polbil.pdf [27. Juli 2010]).

Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung GPJE: Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen

Bildung an Schulen. Ein Entwurf. Schwalbach/Ts 2004. (Online unter: http://www.bayern-in-europa.de/userfiles/KompetenzmodellderGPJE.pdf [29. Juli 2010]).

Goll, Thomas: Außerschulisches Lernen. In: Reinhardt, Volker/Lange, Dirk (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Band 4: Forschung und Bildungsbedingungen. Baltmannsweiler 2007, S. 205 bis 214.

Hämmerle, Kathrin: Politische Bildung in Österreich – Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Gruber, Bettina/Hämmerle, Kathrin (Hrsg.): Demokratie lernen – Politische Bildung am Wendepunkt. Wien/Köln/Weimar 2008, S. 93 bis 112.

Klemenjak, Martin: Die Lehrlingsausbildung (k)ein Zukunftsthema? Das innovative Netzwerk "Interkommunaler Ausbildungsverbund Kärnten". Klagenfurt 2006.

Klemenjak, Martin: Politische Bildung in der interkommunalen Lehrlingsausbildung Kärntens. In: Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 7–8/2008, S. 47 bis 49.

Klemenjak, Martin: Förderung fachlicher Kompetenz in der Ausbildung kommunaler Lehrlinge. In: Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 3/2010, S. 27 bis 29.

Klepp, Cornelia: Lei losn – Politische Bildung in Kärnten aus Sicht einer Kärntnerin. In: Anderwald, Karl/Filzmaier, Peter/Hren, Karl (Hrsg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2008. Klagenfurt 2008, S. 84 bis 101.

Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung – Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29, Innsbruck/Bozen/Wien 2008. (Online unter: //www.politischebildung.com/pdfs/29_basis.pdf [27. Juli 2010]).

Leimgruber, Yvonne: Regionales Lernen. In: Reinhardt, Volker/Lange, Dirk (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Band 3: Inhaltsfelder der Politischen Bildung. Baltmannsweiler 2007, S. 161 bis 169.

Puhl, Bibiane/Glöckl, Gerhard: Lehrlingsausbildung im Qualifizierungsnetzwerk Mittelburgenland – eine innovative Lösung eröffnet zukunftsorientierte Perspektiven für junge Menschen. In: Verzetnitsch, Fritz/Schlögl, Peter/Prischl, Alexander/Wieser, Regine (Hrsg.): Jugendliche zwischen Karriere und Misere. Die Lehrausbildung in Österreich, Innovationen und Herausforderungen. Wien 2004, S. 183 bis 189.

Reinhardt, Volker: Projektarbeit. In: Reinhardt, Volker/Lange, Dirk (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Band 6: Methoden Politischer Bildung. Baltmannsweiler 2007, S. 100 bis 106.

Ribolits, Erich: Neue Methoden in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. In: Gruber, Elke/Ribolits, Erich (Hrsg.): Bildung ist mehr ... Aufsätze zur beruflichen Qualifizierung. München/Wien 1992, S. 145 bis 162.

Schiersmann, Christiane: Berufliche Weiterbildung. Wiesbaden 2007.

SORA/Institut für Strategieanalysen/Kozeluch, Ulrike (2009): Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl. (Zusammenfassung online unter: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_waehlen-mit-16_zusammenfassung.pdf [28. Juli 2010]).

Anmerkungen

- 1 Filzmaier 2007a, S. 187.
- 2 Vgl. Filzmaier 2007b.
- 3 Vgl. Klepp 2008, S. 85.
- 4 Vgl. Filzmaier 2007b, S. 8 ff.
- 5 Vgl. SORA et al. 2009.

- 6 Vgl. http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/waehlen-mit-16.html (28. Juli 2010).
- 7 Vgl. SORA et al. 2009, o. S.
- 8 Hämmerle 2008, S. 96.
- 9 Filzmaier 2007a, S. 179 f.
- 10 Klemenjak 2008, S. 47.
- 11 Schiersmann 2007, S. 53.
- 12 Vgl. GPJE 2004, S. 13.
- 13 Vgl. ebd., S. 13.
- 14 Krammer 2008, S. 5.
- 15 Vgl. ebd., S. 6.
- 16 Vgl. ebd., S. 6.
- 17 Vgl. Goll 2007, S. 205 ff.
- 18 Vgl. ebd., S. 206 f.
- 19 Vgl. ebd., S. 209 f.
- 20 Vgl. Leimgruber 2007, S. 162.
- 21 Ebd., S. 162.
- 22 Vgl. ebd., S. 162.
- 23 Vgl. BMUK 1994, S. 1 f.
- 24 Leimgruber 2007, S. 162 f.
- 25 Vgl. Boy et al. 2002, S. 20.
- 26 Vgl. Reinhardt 2007, S. 100.
- 27 Vgl. Ribolits 1992, S. 156.
- 28 Vgl. Puhl/Glöckl 2004, S. 188.
- 29 Vgl. Emer/Lenzen 2005, S. 120 ff., zit. nach Reinhardt 2007, S. 103 f.
- 30 Vgl. Leimgruber 2007, S. 164.
- 31 In Anlehnung an Klemenjak 2006, S. 88 ff.
- 32 In Anlehnung an Klemenjak 2008, S. 48 f; Klemenjak 2010, S. 28 f.
- 33 Filzmaier 2007a, S. 189.



Die Reform der österreichischen Finanzverwaltung

Auswirkungen auf Kärnten

1. Einführung

In Österreich gibt es derzeit 41 Finanzämter mit insgesamt 80 Standorten. Die meisten Finanzämter haben einen, zwei oder drei Standorte¹ und meist 150 bis 200 Mitarbeiter/innen. Das Finanzamt ist Teil einer Gesamtstruktur: Finanz- und Zollämter einer Region (insgesamt gibt es fünf Regionen) unterstehen dem Regionalmanagement als Teil der Steuer- und Zollkoordination, die wiederum im Bundesministerium für Finanzen der Sektion IV², die für Zölle und internationale sowie organisatorische Steuerangelegenheiten zuständig ist, untersteht. Das Aufgabengebiet der Sektion IV ist thematisch breit gefächert. Es umfasst die Angelegenheiten der Bereiche Steuern und Zölle sowie die Vertretung in internationalen Organisationen. Kernaufgabe der Sektion IV ist neben der Sicherung des Abgabenaufkommens und der praktischen Umsetzung des Steuerrechts vor allem auch die Organisation und Steuerung der nachgeordneten Finanz- und Zollämter.³

2. Ausgangssituation

Anfang 2001 wurde unter der damaligen schwarz-blauen Regierung in der österreichischen Finanzverwaltung mit ihren damals 7 Finanzlandes-direktionen und 81 Finanzämtern ein tief greifender Veränderungsprozess begonnen, der später auch die Zollämter (ursprünglich 65, dann 15 und zuletzt 9 Zollämter), 8 Großbetriebsprüfungen und 7 Prüfungsabteilungen für Strafsachen (später Steuerfahndung) umfasste. Somit wurde im Grund genommen die gesamte österreichische Bundesfinanzverwaltung inklusive der Spitzenbehörden, dem Bundesministerium für Finanzen, in einen Reformprozess versetzt. Ausgangspunkt für diesen Prozess war die Analyse einer Unternehmensberatung, die Anfang 2001 sowohl interne als auch externe Faktoren als Notwendigkeit für Veränderungen diagnostizierte.

Die internen Rahmenbedingungen der Finanzverwaltung waren vor allem davon geprägt, dass aufgrund des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst der Personalstand dramatisch zurückging. Ungeachtet dessen war die Aufbau- und Ablauforganisation der Finanzverwaltung im Wesentlichen seit Jahrzehnten unverändert geblieben. Sie war streng hierarchisch organisiert, sah lange Abstimmungswege vor und bestand aus stark fragmentierten Einheiten mit großen Leistungsunterschieden. Dazu kam, dass die Abgabengesetze im Vollzug (nach wie vor) kompliziert sind, die Technologie verbesserungswürdig war und neue Instrumente im Verwaltungsmanagement, wie z. B. Personalentwicklung und Controlling, zu diesem Zeitpunkt unterentwickelt waren.

Zu diesem Umfeld kam hinzu, dass die Bürger aufgrund des Wertewandels mehr Dienstleistung und Transparenz erwarteten, die internationale Verflechtung zunahm, Grundsätze des New Public Management in vielen Verwaltungen Europas als Vorbild herhielten und die Internet-Technologie die Abläufe neu definierte. Und schließlich war und ist die Verwaltungsreform auch ein (stetiger) Schwerpunkt der Politik.

3. Zielsetzung

Die Reform der Finanzverwaltung war und ist ein auf mehrere Jahre ausgedehntes, tief greifendes Veränderungsprojekt. Primäre Zielsetzung war die Schaffung einer serviceorientierten, kostengünstigen, flexiblen und effizienten Organisation, die die Aufgabe der Aufkommenssicherung optimal erfüllt und den sich rasch ändernden Anforderungen der Zukunft gewachsen ist. Diese Zielsetzung würde ich heute in der österreichischen Finanzverwaltung als eine Selbstverständlichkeit, als einen Standard bezeichnen, denn mit dieser Zielsetzung konnte sich die österreichische Finanzverwaltung im internationalen Vergleich als eine Topverwaltung positionieren.

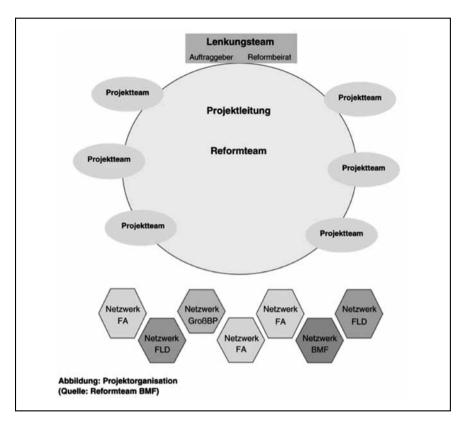
Im Fokus der Veränderung standen daher Vorteile für den Bürger, den Staat und die Mitarbeiter. Die Maximierung des Nutzens für Staat und Bürger sollte dabei in den Dimensionen Zeit, Kosten und Qualität erfolgen. Bei den Mitarbeiter/innen sollte die höhere Eigenverantwortung für entsprechende Motivation und damit Leistung sorgen.

Am Anfang der Zielausrichtung stand die Arbeit an einem tragfähigen Zukunftsbild, das als gemeinsame Vision der politischen und beamteten Entscheidungsträger der Finanzverwaltung handlungsleitend sein sollte. Die wesentlichen Eckpunkte dieses Zukunftsbildes waren folgende:

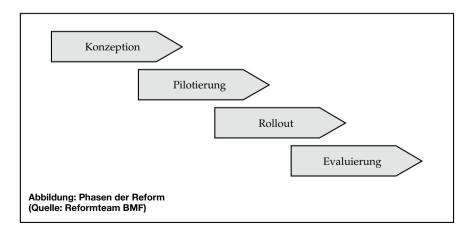
- ☐ Eigenverantwortung und Mitarbeiterorientierung (Delegation von Verantwortung, Flexibilität, transparente Information, gezielte Personalentwicklung)
- ☐ Leistungsorientierung (Ergebnis- und Ressourcenverantwortung für die einzelnen Organisationseinheiten, Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Einsatz von Controllinginstrumenten)

	Bürgernähe und Bürgerorientierung (definierte Qualitäts- und Leistungsstandards, bedarfsgerechte Zugänge, Serviceorientierung)
	Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung (einheitliche Rechtsauslegung, gerechte Prüfungsdichte, wirksame Betrugsbekämpfung)
	Wirtschaftlichkeit (Automatisierung von Massenverfahren, flache Hierarchien, Nutzung von Synergien)
4.	Entwicklungsorientierter Weg in der Organisations- reform der Finanzverwaltung
or di ha Aı	te Reform der Finanzverwaltung stand im Zeichen eines entwicklungs- ientierten Ansatzes, ging also davon aus, dass Lösungsfähigkeiten für e notwendigen Veränderungen bei den Mitarbeiter/innen bereits vor- inden sind oder entwickelt werden können. Schon in den Phasen der halyse und der Konzeption wurde Wert darauf gelegt, ein zukunftstaug- ihes Konzept mit starker Einbindung der Bediensteten zu entwerfen. ⁴
	er entwicklungsorientierte Ansatz für die Reform der Finanzverwaltung ote u.a. über folgende Grundsätze:
	Sorgfältige Analyse: Voraussetzung jeder Maßnahme im Zuge der Reform war die sorgfältige Analyse der Ausgangssituation gemeinsam mit den Betroffenen.
	Zielorientierung: Ausgehend von der Analyse der Ausgangslage wurden die Ziele des Projektes erarbeitet und die Erfolgskriterien für die Zielerfüllung gemeinsam mit den Betroffenen festgelegt.
	Prozessverständnis: Erfolgreiche Veränderungsprojekte passieren nicht durch "Schalterumlegen", sondern verlaufen in Phasen. Die bewusste Einplanung dieser Phasen – von der Analyse und Diagnose über die Konzeption und Pilotierung bis zur Umsetzung – war der Grundstein für die Akzeptanz der Veränderung.
	Beteiligung der Betroffenen: Die Betroffenen zu Beteiligten machen brachte bessere und praxisgerechtere Lösungen, erzeugte Motivation und führte zur Identifikation mit der Finanzverwaltung.
	Hilfe bei der Selbstorganisation: Man weiß, dass der Erfolg von Veränderungsprojekten – bei aller notwendigen Planung – wesentlich von der dezentralen Selbstorganisation abhängt. Diese Fähigkeit zur Selbstorganisation musste daher innerhalb der Finanzverwaltung durch Ausund Fortbildung, Moderation bei Arbeitsklausuren, Coaching von Führungskräften und Teams, Feedback über den Arbeitsfortschritt sowie Freigabe der erforderlichen Ressourcen unterstützt werden.

	Prozessorientierte Steuerung: In Veränderungsprojekten ist nicht nur auf Arbeitsprozesse, sondern auch auf Lernprozesse Bedacht zu nehmen. Im Rahmen der prozessorientierten Steuerung waren daher Widerstände und Konflikte zu bearbeiten, Zwischenbilanzen zu ziehen und die Feinplanungen flexibel an situative Gegebenheiten anzupassen.
	Sorgfältige Auswahl von Schlüsselpersonen: Da Prozesse immer über Personen laufen, war im Zuge der Reform bei der Auswahl der Schlüsselpersonen auf deren Akzeptanz, Offenheit, Teamfähigkeit und Entscheidungsfähigkeit zu achten.
	Kommunikation: Voraussetzung für jede erfolgreiche Veränderung ist die Überzeugung bei den Mitarbeiter/innen. Eine lebendige Kommunikation – interaktiv, basisnah und offen – war daher auch die Grundlage für die erfolgreiche Reform der Finanzverwaltung.
5.	Phasen der Reform
5. 1	1 Projektorganisation
	lese komplexen Reformvorhaben erforderten auch eine komplexe Pro- ktstruktur, die sich aus folgenden Bereichen zusammensetzte:
	Lenkungsteam: Bestehend aus der politischen Ressortleitung als Auftraggeber und einem Reformbeirat, in dem Führungskräfte aus dem Bundesministerium für Finanzen, den damals noch bestehenden Finanzlandesdirektionen, den Finanzämtern, der Großbetriebsprüfung sowie die Personalvertretung vertreten waren.
	Reformteam: Das von einer Doppelführung geleitete Reformteam bestand aus einem permanenten Kernteam von vier bis maximal zehn Mitarbeiter/innen.
	Projektteams: Für Teilprojekte mit längerfristigen und komplexen Aufgabenstellungen wurden eigene Projektteams gebildet, die mit dem Reformteam eng verbunden waren bzw. zum Großteil von Mitgliedern des Reformteams geleitet wurden.
	Netzwerker: Zur Unterstützung der Kommunikation in, von und zu den Dienststellen wurden in den einzelnen Dienststellen Netzwerker eingesetzt.
	Change Agents: Im Veränderungsprozess wurden interne Berater ausgebildet und im Rollout als Betreuer für die Finanzämter eingesetzt.
	Linienorganisation: Insbesondere bei der flächendeckenden Umsetzung der Reform wurde auf die (neu geschaffenen) Linienstrukturen (Regionalmanagements, Geschäftsleitungen der Ämter) zurückgegriffen.



Die Arbeit im Projekt (bzw. den Teilprojekten) verlief idealtypisch in folgenden Phasen:



W	as passierte in den einzelnen Phasen: ⁵
	Konzeption: Sammlung von Ideen, Anregungen, Varianten und Verdichtung zu Sollkonzepten
	Pilotierung: Erprobung der Sollkonzepte unter "Laborbedingungen" in ausgewählten Einheiten und daraus resultierend die Erstellung von Detailkonzepten
	Rollout: Übertragung und damit Umsetzung der Detailkonzepte auf alle Einheiten
	Evaluierung: Evaluierung der Ergebnisse der Umsetzung als Grundlage für die Weiterentwicklung
5.2	2 Der Rollout-Ablauf in der Praxis
un so	er endgültige Veränderungsprozess, der alle Bereiche des Finanzamtes nfasste (Aufbauorganisation, Prozesse, Beziehungen usw.) erfolgte im genannten Rollout. Aus Kapazitätsgründen wurde der Rollout in drei gionalen Wellen durchgeführt:
	Die Rollout-Welle 1 begann im April 2004 mit den Finanzämtern in der Steiermark, in Kärnten sowie zwei bundesweit federführenden Finanzämtern in Burgenland und Oberösterreich. Erwähnenswert ist jedoch, dass Kärntner Finanzämter federführend an der Umsetzung der Reform beteiligt waren.
	Von der Rollout-Welle 2 waren ab Oktober 2004 die Finanzämter Niederösterreichs und Salzburgs sowie jeweils ein Finanzamt in Wien und in Tirol erfasst.
	Die Rollout-Welle 3 bildete ab April 2005 den Abschluss und umfasste alle übrigen Finanzämter, also Wien, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg.
Jeo	de Rollout-Welle verlief in genau geplanten Phasen:
	Konzeption: Hier ging es um die Konzepterstellung bzw. Anpassung an die individuelle Situation des Finanzamtes vor Ort. Das Ergebnis waren neue Strukturen (Anzahl der Teams, Größe der Teams, Anzahl der Akten usw.).
	Betriebsvorbereitungsphase (ca. vier Monate):
	Diese Phase war geprägt von den Vorbereitungsarbeiten für den Normalbetrieb. Das Ergebnis waren ausgewählte Führungskräfte und Teammitarbeiter, zugeordnete Arbeitsbereiche (Geschäftsverteilungspläne) und entsprechende Berechtigungen (IT-Start) usw.

☐ Betriebsphase (ca. fünf Monate):

In dieser Phase erfolgte die Beobachtung des Normalbetriebes. Das Ergebnis waren Auswahl von Mitarbeitern für höherqualifizierte Tätigkeiten (und entsprechende Qualifizierungspläne), Start für die Vorbereitung der Zielvereinbarungen, Stabilisierung der Steuerungsprozesse.

6. Ergebnisse der Reform

6.1 Allgemeines

Die Grundlage für die organisatorische Gliederung der Finanzverwaltung bildet das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz (AVOG). Spitzenbehörde der österreichischen Finanzverwaltung ist das Bundesministerium für Finanzen (§ 8 Abs. 1 AVOG). Dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) obliegt die Besorgung der Geschäfte der obersten Verwaltung des Bundes nach Maßgabe des Bundesministeriengesetzes 1973.

Der Bundesminister für Finanzen kann mit Verordnung besondere Organisationseinheiten in organisatorisch zweckmäßiger, einer einfachen und Kosten sparenden Vollziehung wie auch den Bedürfnissen einer bürgernahen Verwaltung dienenden Weise mit bundesweitem und/oder regionalem Wirkungsbereich einrichten (§ 8 Abs. 2 AVOG). Diese Organisationseinheiten werden bei Erfüllung ihrer Aufgaben für den Bundesminister für Finanzen tätig.

Auf Grundlage dieser Bestimmung wurde die Steuer- und Zollkoordination (SZK) mit u. a. fünf Regionalmanagements eingerichtet.

6.2 Umfang des Reformprozesses

Der gesamte Reformprozess erfasst nicht nur die Finanzämter, sondern in der Erstphase auch die bis dahin bestehenden bundesweiten sieben Finanzlandesdirektionen, die im Zuge der Reform ersatzlos wegfielen.

Durch die Einrichtung des Unabhängigen Finanzsenates (UFS) wurde eines der großen Reformvorhaben der Finanzverwaltung bereits mit 1. Jänner 2003 verwirklicht⁶. Mit der Schaffung dieser unabhängigen Verwaltungsbehörde (eine Behörde mit Sitz in Wien und Außenstellen an den bisherigen FLD-Standorten, daher auch in Kärnten) für die gesamten zweitinstanzlichen Rechtsmittelverfahren (Berufungen in Abgabensachen, Beschwerden in Zollangelegenheiten und Rechtsmittel in Finanzstrafverfahren) wurde ein wesentlicher Modernisierungsprozess abgeschlossen, da dadurch eine verstärkte Angleichung der Rechtsschutzstandards an jene des Unabhängigen Bundesasylsenates (UBAS) und der Unabhän-

gigen Verwaltungssenate der Länder (UVS) geschaffen wurde. Erwirkt wurde dadurch eine verstärkte Angleichung der Rechtsschutzstandards an die für civil rights maßgebenden Grundsätze des Art. 6 Abs. 1 MRK, eine Erfüllung der Kriterien eines Gerichtes iSd. Art. 234 EGV (Vorabentscheidungen) bzw. iSd Art. 47 Abs. 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, aber auch eine Stärkung der Bürgerrechte (Unabhängigkeit der Rechtsmittelbehörde, faire und schnelle Verfahren vor unabhängigen Organen).

Später folgten der Reform der Finanzlandesdirektionen und der Finanzämter auch die Reform der Zollämter, der Großbetriebsprüfungen und nicht zuletzt auch der Steuerfahndung.

6.3 Implementierung von Regionen

Der Regionsgedanke wurde im Rahmen der Reform, wie bereits erwähnt, in den Vordergrund gerückt, und es entstanden in der Steuer- und Zollkoordination (SZK)⁷ im Jahr 2004 die im Folgenden genannten fünf Regionen:

Die SZK ist in fünf Regionen gegliedert



- Region Mitte f
 ür Oberösterreich und Salzburg
- Region Ost für Burgenland und Niederösterreich
- Region Süd für Kärnten und Steiermark



In den Regionen übernahm die Steuerung der Finanzämter und Zollämter nach modernen Managementmethoden das Regionalmanagement (RM), welches ein Teil der Steuer- und Zollkoordination ist.



Die Reformprozesse erfassten nicht nur die Finanzämter, sondern auch die Zollämter, die Großbetriebsprüfungen sowie die Prüfungsabteilungen für Strafsachen, aus denen die Steuerfahndung hervorging. Seit dem Frühjahr 2007 gibt es nur noch 9 Zollämter (davor wurden die Zollämter in wenigen Jahren durch organisatorische und legistische Maßnahmen von 65 auf 15 reduziert). Von diesen 9 Zollämtern befindet sich eines in Kärnten (nämlich das Zollamt Klagenfurt/Villach mit mehreren Außenstellen).

Zu erwähnen ist, dass aus den vormals acht Großbetriebsprüfungen ab 1. Jänner 2009 eine bundesweite Großbetriebsprüfung geformt wurde, aus den Prüfungsabteilungen für Strafsachen ging – wie bereits erwähnt – eine bundesweit agierende Steuerfahndung hervor.

Die Großbetriebsprüfung ist auf die steuerliche Überprüfung von Großbetrieben (derzeit Jahresumsatz ab 9,68 Mio Euro) sowie von Banken, Versicherungen etc. konzentriert.⁸ Bei der Großbetriebsprüfung handelt es sich um kein separates Finanzamt, sie nimmt die Prüfungen und alle damit zusammenhängenden Verfahrenshandlungen ausschließlich im Namen und Auftrag des jeweils sachlich und örtlich zuständigen Finanzamtes wahr.

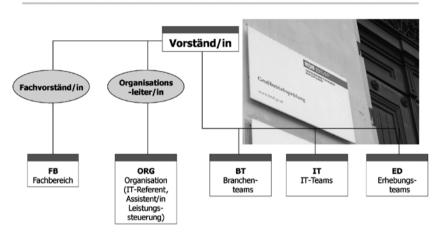
Die Steuerfahndung ist eine eigenständige Organisationseinheit innerhalb des Bundesministeriums für Finanzen, deren primärer Zweck es ist, den Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen und zu verfolgen. Beide bundesweit

agierenden Organisationseinheiten, sowohl die Großbetriebsprüfung als auch die Steuerfahndung, sind im Bundesland Kärnten mit einem Standort vertreten.

Aus der nachfolgenden Grafik sind die Aufbauorganisationen der Großbetriebsprüfung sowie der Steuerfahndung zu ersehen:

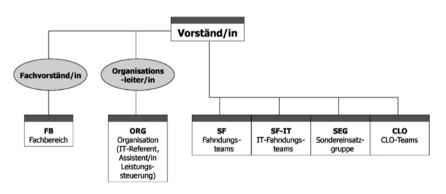
Wie ist die Großbetriebsprüfung aufgebaut?





Wie ist die Steuerfahndung aufgebaut?





Quelle: Organisationshandbuch (Version 08. 10. 2008)

Aufgrund der "regionsübergreifenden" Kompetenz und Bedeutung werden sowohl die Großbetriebsprüfung als auch die Steuerfahndung nicht von den Regionalmanagements, sondern von der zuständigen Abteilung im Bundesministerium für Finanzen gesteuert.

Zusammenfassend:

Aus heutiger Sicht ergibt sich daher nachfolgende grafische Darstellung, hiebei die Anzahl der MitarbeiterInnen, die Verteilung auf das Geschlecht und das Durchschnittsalter berücksichtigend (Stand 1. 1. 2009)



Quelle: BMF I/20, Stand 1. 1. 2009

6.4.1 Finanzamt neu

Da der Großteil der Bediensteten in der österreichischen Finanzverwaltung den Dienst in den 41 bundesweit verteilten Finanzämtern und 9 Zollämtern verrichtet, werden im nachfolgenden lediglich die Auswirkungen des Reformprozesses auf die Aufbau- und Ablauforganisation der Finanzämter bzw Zollämter aufgezeigt.

Im Mittelpunkt der Organisationsreform zu Beginn stand zweifellos das Projekt "Finanzamt neu". In einer ersten Phase wurden zur Gewährleistung zukunftsträchtiger vergleichbarer Größenstrukturen so genannte Wirtschaftsräume definiert.⁹

Gı	rundlegende Anderungen in allen Bereichen ergeben sich daraus, dass
	bisher getrennte Arbeitsabläufe zusammengeführt wurden (Teamarbeit),
	die einzelnen Teams Autonomien bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe erhielten,
	die Arbeit "vom Stapel" und ein Kontraktmanagement zwischen den Teams den Ausgleich von Arbeitsspitzen erleichtern,
	die flexible Handhabung von Innen- und Außendienstagenden eine bessere Fallauswahl und eine höhere Prüfungsvielfalt ermöglicht,
	Generalisten für flexible Arbeitsgestaltung und hohe Qualität durch Zusatzfunktionen und -qualifikationen sorgen,
	durch Abbau von Hierarchien eine bessere Abstimmung möglich wurde und Kapazitäten für den Fachbereich frei wurden,
	die Wirtschaftsräume als größere Einheiten Synergien insbesondere in der internen Verwaltung ergaben sowie
	höhere Eigenverantwortung und flexible Arbeitsverteilung Motivation und Leistung gleichermaßen förderten.

6.4.2 Zollamt neu

Im Wesentlichen wurden die unter 6.4.1.vorgenommenen Ausführungen auch bei der Reform des Zollamtes herangezogen; selbstverständlich wurden dabei die Spezifika der Zollverwaltung berücksichtigt. Die daraus gewonnenen Erfahrungen wurden in weiterer Folge auch bei den Reorganisationen der Großbetriebsprüfung und der Steuerfahndung berücksichtigt.

6.4.3 Finanzamts- und Zollamtslandschaft in Kärnten

Von den derzeit 41 in Österreichs befindlichen Finanzämtern sowie 9 Zollämtern, die zu Wirtschaftsräumen zusammengefasst wurden, befinden sich 3 Finanzämter und 1 Zollamt im Bundesland Kärnten (siehe nachfolgende tabellarische Übersicht):

Bundesland	Finanzämter	Zollämter
Wien	9	1
Oberösterreich	6	1
Kärnten	3	1
Niederösterreich	7	1
Salzburg	3	1
Tirol	4	1
Burgenland	1	1
Steiermark	6	1
Vorarlberg	2	1
Gesamt	41	9

Mittels Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes 2010 (AVOG 2010-DV), BGBl. II, 165/2010, wurden in den §§ 4 und 11 der genannten Verordnung in Kärnten folgende Finanzämter und Zollämter eingerichtet:

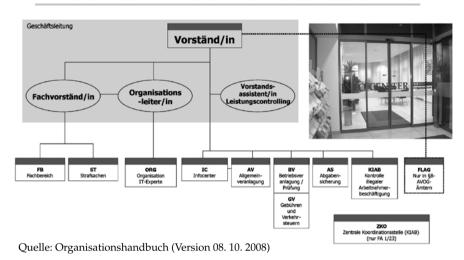
- ☐ Finanzamt Klagenfurt für die politischen Bezirke Klagenfurt-Land und Völkermarkt und für das Gebiet der Stadt Klagenfurt mit Sitz in Klagenfurt,
- ☐ Finanzamt Spittal/Villach für die politischen Bezirke Hermagor, Spittal a. d. Drau und Villach-Land sowie für das Gebiet der Stadt Villach mit Sitz in Spittal a. d. Drau und in Villach,
- ☐ Finanzamt St. Veit/Wolfsberg für die politischen Bezirke Feldkirchen, St. Veit a. d. Glan und Wolfsberg mit Sitz in St. Veit a. d. Glan und in Wolfsberg,
- Zollamt Klagenfurt/Villach mit Sitz in Klagenfurt und in Villach für das Bundesland Kärnten.

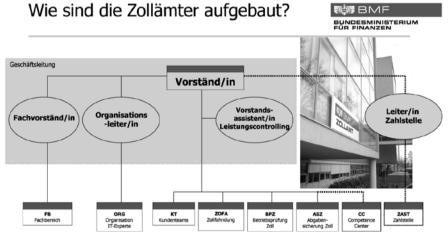
6.4.4 Aufbauorganisationen des Finanzamtes bzw. des Zollamtes

Aus den nachfolgenden Grafiken sind die Aufbauorganisationen des Finanzamtes bzw. des Zollamtes zu ersehen (dieser Aufbau ist bundesweit ident):

Wie sind die Finanzämter aufgebaut?







Quelle: Organisationshandbuch (Version 08. 10. 2008)

Der/die "Vorstandsassistent/in Leistungscontrolling" wird nunmehr als "Assistent/in Leistungssteuerung" bezeichnet.

7. Resümee:

Die österreichische Finanzverwaltung hat durch die Reformmaßnahmen einen wesentlichen Schritt zu einer lernenden, aber vor allem zu einer flexiblen und die Herausforderungen der Zeit annehmenden Organisation geschafft. Der Reformprozess erfasste gleichermaßen alle Organisationseinheiten in allen Bundesländern. Aus den obigen Ausführungen konnten auch die organisatorischen Veränderungen in Kärnten, insbesondere im Bereich der Finanz- und Zollämter, dargestellt werden.

Die österreichische Finanzverwaltung steht für Transparenz, Sparsamkeit, Offenheit, Wirtschaftlichkeit, Fairness sowie die Nachvollziehbarkeit der geleisteten Arbeit, unabhängig davon, ob diese Arbeit in Kärnten oder in einem anderen Bundesland verrichtet wird.

In diesem Verständnis werden aber auch Einflüsse von außen (z. B. die weiter gehende Internationalisierung der Wirtschaft, Technologiesprünge, Vernetzungen von Verwaltungen untereinander, Vernetzungen von Verwaltungen und Wirtschaft, Kostendruck) ebenso wie interne Veränderungen (z. B. Altersstrukturen, Ansprüche der Mitarbeiter) als Herausforderung und Chance für Weiterentwicklungen verstanden.

Anmerkungen:

- 1 Eine Besonderheit bildet das Finanzamt Waldviertel in der Region Ost, welches für fünf Standorte zuständig ist.
- 2 Im BMF gibt es derzeit sechs Sektionen.
- 3 https://www.bmf.gv.at/Finanzministerium/DieAufgabendesBMF/SektionIVZl-leundint_4553/_start.htm
- 4 Im Detail dazu siehe Müller, Finanzwegweiser, Linde, Wien 2006, Seite 12 ff.
- 5 Siehe auch Müller/Gottholmseder, Die österreichische Finanzverwaltung im internationalen Kontext, Festschrift für Wolfgang Nolz, Lexis Nexis, Wien 2008, S. 437 ff.
- 6 Abgaben-Rechtsmittel-Reformgesetz, BGBl. I 2002/97.
- 7 Die Steuer- und Zollkoordination wurde durch die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zum Zwecke der Steuerung und Unterstützung der nachgeordneten Dienststellen des Bundesministeriums für Finanzen und zur Sicherstellung einer gesetzmäßigen Vollziehung sowie einer sparsamen und zweckmäßigen Gebarung im Jahr 2004 eingerichtet (siehe auch BGBl. II, 168/2004). Auf Basis des § 8 AVOG 2010 wurde Einrichtung der Steuer- und Zollkoordination im Wege des § 1 der Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des AVOG prolongiert (siehe auch BGBl. II, 165/2010).
- 8 Im Detail zur Zuständigkeit der Großbetriebsprüfung siehe Blazina in: Wakounig u. a., Betriebsprüfung in der Praxis; Manz Verlag, Wien, 2010, 12. Ergänzungslieferung, A.3.1.
- 9 Dazu siehe auch Wakounig/Kahr/Trauner, Finanzverwaltung und Abgabenverfahren in: Kofler/Urnik, Handbuch der österreichischen Steuerlehre, Theorien und Methoden, Steuerarten und Abgabenverfahren, LexisNexis, Wien, 2

Selbsthilfegruppen als Chance für die Gesundheitspolitik und das Gesundheitssystem

Drei Dinge sind gesund: Fülle nicht den Schlund, übe dich all Stund, lauf nicht wie ein Hund. Sprichwort

Gesundheit ist allen Menschen ein wichtiges Anliegen, das spiegelt sich in der regionalen, nationalen und internationalen politischen Diskussion wider. Während aber das Schwergewicht der politischen Argumentation und Diskussion auf ökonomischen Fragen liegt, hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten ein bemerkenswerter Wandel der Rolle der Patienten vollzogen. Ihnen kommt immer mehr die Aufgabe von pro-aktiv Handelnden zu, die sich um ihre Gesundheit und Gesunderhaltung bemühen (müssen). Im Folgenden versuche ich an Beispielen, nach einigen allgemeinen Bemerkungen zum Gesundheitswesen, den Wert der zunehmend stärker werdenden Selbsthilfebewegung für das Gesundheitssystem und ihre Bedeutung für die Gesundheitspolitik zu beleuchten.

Die Veränderung der Patientenrolle

Mit der Feststellung "Exit the 'grateful generation' of Europeans, taking doctors' words for granted and trusting every hospital to be the best. Enter the 'demanding generation' of active patients and health consumers, looking at healthcare with the same eyes as they watch all other services. This is a revolution of cultures" (1, S. 3) beginnt der Bericht über "The Empowerment of the European Patient". Patienten übernehmen immer mehr Verantwortung für ihre Gesundheit, werden zu Konsumenten von Leistungen, die sie stärker denn je einfordern. Alternde Gesellschaften und die zunehmende ökonomische Betrachtung von Gesundheit und Gesundheitsversorgung erfordern einen Ausgleich zwischen den individuellen Anforderungen und den vorhandenen Ressourcen.

Gesundheit ist für alle Menschen ein wichtiges persönliches Gut. Der WHO-Report (2) zeigt auf, dass Menschen, die nach den wichtigsten Themen befragt werden, welche sie und ihre Familie beschäftigen, finanzielle Probleme angeben, knapp gefolgt von jenen die Gesundheit betreffend. In jedem zweiten Land stellen Krankheit, Gesundheitskosten, ungenügende Gesundheitsversorgung oder andere Gesundheitsthemen die wichtigsten Themen für über ein Drittel der Bevölkerung dar (2). Auch in hochentwickelten, reichen Ländern mit einem gut ausgebauten Gesundheitssystem – wie in Österreich – ist das Anliegen, gesund zu sein oder es mit Unterstützung einer professionellen Gesundheitsversorgung zu werden, für die Menschen von großer Bedeutung.

Drei von vier Österreichern schätzen ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut ein, Männer, jüngere und gebildetere besser. Nur 6 Prozent beurteilen ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht (3, 5). Es zeigt sich aber auch, dass im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte die Österreicher ihren subjektiven Gesundheitszustand zunehmend besser einschätzen, das subjektive Wohlbefinden – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern – gestiegen ist (3, 4).

Als Beleg für die Qualität der Gesundheitsversorgung – und wohl auch für das verbesserte Gesundheitsverhalten vieler Österreicher (4) – können die seit Jahrzehnten sinkenden Mortalitätsraten bei Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems, bösartigen Neubildungen, Krankheiten des Verdauungssystems und vieler anderer dienen. Ihnen gegenüber stehen jedoch steigende Mortalitätsraten bei Ernährungs- und Stoffwechselerkrankungen (Diabetes) und psychischen Erkrankungen (4). Rund drei von vier Österreichern hatten in ihrem Leben zumindest schon eine chronische Erkrankung oder ein ernsthaftes gesundheitliches Problem, zwei Drittel hatten dies innerhalb der letzten zwölf Monate (6).

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Gesundheitsversorgung massiv verbessert, das lässt sich an den unterschiedlichen Programmen, die in der Folge der WHO-Kampagne "Gesundheit für alle" entstanden sind, an den Gesundheitsreformen der letzten Jahre und den politischen Bemühungen um eine verbesserte Strukturplanung ablesen. Die gestiegene Zahl der Beschäftigten in den Gesundheitsberufen kann ebenfalls als Zeichen intensiven Bemühens um die Gesundheit der Bevölkerung gedeutet werden: 1970 betrug die Zahl der berufsausübenden Ärzte über 13.000, 2007 waren es über 42.000. Die Zahl der in den Krankenanstalten angestellten Ärzte stieg von 1980 mit rund 8.000 auf über 19.000 im Jahr 2003, bei gleichzeitig gesunkener Bettenzahl und gesunkener Zahl der Krankenanstalten. Die Zahl der Beschäftigten in der diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege stieg von 1970 auf 2003 von über 14.000 auf über 47.000 (mehr als das Dreifache), und die Anzahl der Beschäftigten in den geho-

benen medizinisch-technischen Diensten verfünffachte sich fast, und mehr als siebenmal so viele Beschäftigte in den medizinisch-technischen Fachdiensten gibt es heute im Vergleich zum Jahr 1970 (4). Österreich liegt mit einer Ärztedichte von 3,52 pro 1000 Einwohner knapp über dem EU-Durchschnitt, etwa gleichauf mit Deutschland, aber weit hinter Belgien, Italien, Griechenland. Anders sieht es bei den Krankenpflegerinnen aus: hier liegt Österreich mit 6,32 pro 1000 Einwohner weit unter dem Durchschnitt der EU-Länder (4).

Die Österreicher sind auch mit ihrem Gesundheitswesen sehr zufrieden: Laut Euro Health Consumer Index lag Österreich bei der Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem 2007 an erster, 2008 an dritter und 2009 an vierter Stelle (10). Ein funktionierendes Gesundheitssystem mit einer universellen Gesundheitsversorgung und umfangreichem Leistungskatalog, wie wir dies in Österreich kennen, hat offensichtlich auch seinen Preis: Die gesamten Gesundheitsausgaben liegen in Österreich zwischen 9,8 und 10,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was einen Spitzenplatz innerhalb der europäischen Länder darstellt (4, 7). Österreicher lieben offenbar ihre Spitäler – nur die Schweiz, Frankreich und Italien geben mehr für ihre Spitäler aus –, Österreich hat die zweithöchste Akutbettendichte und die höchste Zahl an Aufnahmeraten in Europa, was Krankenhäusern auch den Vorwurf der Ineffizienz einbringt (8, 9).

Die vergangenen Reformen im Gesundheitswesen haben sich mit dem Erschließen von Wirtschaftlichkeitsreserven, der Einnahmesteigerung, der Kapazitätsplanung und Kooperationsfragen befasst - wichtige Fragen sind noch offen. Dazu gehört die Schaffung einer transparenten und bedarfsorientierten Krankenhausfinanzierung (wie überhaupt "die Fragmentierung der Finanzierung im österreichischen Gesundheitswesen . . . als die Hauptursache für die Probleme im österreichischen Gesundheitswesen" [9, S. 1] erkannt wird – Schlagwort: "Finanzierung aus einer Hand"), Verbesserung der Standortstruktur, Betriebsgrößenoptimierung, innerbetriebliche Effizienzsteigerungen und Oualitätssicherung. Liberalisierung, Privatisierung und wettbewerbsorientierte Patientenversorgung sind wichtige Themen solcher Reformbemühungen, bergen aber massives Angstpotential für verunsicherte und an dichte Krankenhausversorgung gewohnte österreichische Patienten (4, 7, 12, 13, 14). Die Forderung nach mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen meint einen zwischen den Kassen um Versicherte und einen zwischen Leistungserbringern und Kassen, ohne hinreichend den Wettbewerb der Leistungserbringer um die Patienten zu beachten, welcher für die medizinisch-pflegerische Qualität wichtig ist (16).

In der regionalen politischen Diskussion spielen wirtschaftliche Argumente – Kaufkrafteffekte der Existenz von Krankenanstalten, Arbeits-

platzgarantien, Vorleistungseffekte –, aber auch solche der Qualität der medizinischen Versorgung "auf hohem Niveau" sowie die Sicherstellung des freien Zugangs zu medizinischen und pflegerischen Leistungen eine große Rolle. Immer wieder klingen auch Appelle an die (potentiellen) Patienten an, Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen: Als Maßnahmen dazu werden Aktionen, die in der Folge der WHO-Initiative "Gesundheit für alle" entstanden sind, wie etwa die "Gesunde Gemeinde" oder Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung, genannt.

Während also die Behandlung ökonomischer Fragen zu einem Makrothema der Gesundheitsreformen geworden ist, spielt sich gleichsam im Mikrobereich – mit nachhaltigen Wirkungen – Bemerkenswertes ab: In den letzten drei Jahrzehnten ist in den westlichen europäischen Ländern ein deutlicher Wertewandel hin zu Selbstbestimmung und Beteiligung in allen Lebensbereichen festzustellen (11, 17). Aus Patienten werden mehr und mehr Anspruchsberechtigte, Fordernde und Konsumenten. Die Übertragung von Verantwortung auf die Patienten – Empowerment – gewinnt zunehmend an Bedeutung. Österreich liegt im "Euro Patient Empowerment Index 2009", der die Einschätzung der Patientenrechte, die Qualität der Patienteninformation und die finanzielle Beteiligung der Patienten misst, an zehnter Stelle, hinter etwa Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Slowenien, der Schweiz und Deutschland (1).

Eigeninitiative, Rechte und Selbstverantwortung der Patienten gewinnen zunehmend öffentliche Anerkennung. 1993 wurden in Österreich erstmals in einer Novelle des Krankenanstaltengesetzes die Patientenrechte formuliert und 1999 in einer Patientencharta zusammengefasst (BGBl. I 1999, 195 nach [4], S. 68 f.). Somit haben Patienten das Recht auf Gesundheitsfürsorge und gleichen Zugang zur Behandlung und Pflege, das Recht auf Achtung und Würde und Unversehrtheit, das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf ausreichende ärztliche und medizinische Information, das Recht auf sachgerechte medizinische Behandlung und das Recht auf Nachbehandlung. Es ist dies eine Vereinbarung, die zwischen dem Bund und den Bundesländern abgeschlossen wurde. In allen Bundesländern wurden in der Folge Patientenanwaltschaften eingerichtet.

Parallel dazu fand auf zivilgesellschaftlicher Ebene die Gründung vieler Selbsthilfegruppen statt. Das österreichweite Selbsthilfeunterstützungsprojekt SIGIS (Service und Information für Gesundheitsinitiativen und Selbsthilfeorganisationen) wurde 1993 gegründet und im Fonds Gesundes Österreich angesiedelt. Die ArGe Selbsthilfe, ein Zusammenschluss der regionalen Selbsthilfedachverbände und -kontaktstellen, welcher die Anliegen und Interessen vieler Organisationen bündelt und in bundesweiten Gremien vertreten will, wurde eingerichtet (18). In Kärnten genießt der Dachverband Selbsthilfe Kärnten, der derzeit mit steigender Tendenz

rund 160 Gruppen, Verbände und Kontaktstellen umfasst, seit Jahren hohe politische Anerkennung. Das zeigt sich etwa in der seit 2002 bestehenden Vereinbarung zum Selbsthilfe-Fördertopf oder an den Beiträgen der Landespolitiker anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Dachverbandes. Hier heißt es u. a., dass die Selbsthilfebewegung "unverzichtbarer Partner des Sozial- und Gesundheitswesens" sei, "wertvolle Ergänzung der ambulanten, stationären sowie rehabilitativen professionellen Leistungen" biete, "unverzichtbare Hilfestellung für Betroffene und Angehörige" leiste und überhaupt "wichtiger Bestandteil des Kärntner Gesundheitswesens" sei.

Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen

Selbsthilfe durch natürliche oder organisierte Gruppen oder Netzwerke von Laien stellt die älteste und am weitesten verbreitete Form der Fürsorge für Kranke dar (19). Sie "umfasst alle individuellen und gemeinschaftlichen Handlungsformen, die sich auf die Bewältigung eines gesundheitlichen oder sozialen Problems (Coping) durch die jeweils Betroffenen beziehen. Fremdhilfe bezeichnet demgegenüber sowohl die bezahlte als auch die unbezahlte Hilfe von nicht betroffenen Laien oder Fachleuten/Experten" (15, S. 80). Leitgedanke der Selbsthilfe ist das Expertentum in eigener Sache. Die Erkrankung, Behinderung, Betroffenheit macht das Handeln Einzelner kompetent, wirksam, einfühlsam und unterscheidet sich so von Fremdhilfe durch professionelle Gesundheitsdienstleister und auch von bürgerschaftlichem Engagement.

Die Anfänge der Selbsthilfebewegung sind u. a. in der Genossenschaftsund Gewerkschaftsbewegung zu finden. Die Versicherungssysteme, wie Unfalls, Renten-, Waisen- und Witwenversorgung, sind aus Bemühungen der Selbsthilfe Betroffener entstanden. Infolge zunehmender Professionalisierung der Gesundheitsberufe (Medizin, Pflege u. a. Gesundheitsberufe) ist es im Laufe der letzten Jahrhunderte zu einer immer stärkeren Konzentration des Wissens über Gesundheit und Krankheit vor allem durch den Berufsstand der Ärzte gekommen. Im Laufe des 19. und besonders des 20. Jahrhunderts hat sich um sie herum ein Expertensystem der Medizin ausgebildet, das Wissen um Krankheit und deren Behandlung einseitig für sich angenommen hat. Eine strenge Trennung zwischen Laien und Experten war die Folge.

Das ist die Basis, auf welcher sich die Entstehung von Selbsthilfezusammenschlüssen erklären lässt. Die Selbsthilfebewegung kann als Gegenbewegung zur Anonymität und Fremdbestimmung in der professionellen Gesundheitsversorgung gesehen werden (15, 24) und ist als typisches "spätmodernes" Phänomen anzusehen (25). Als wesentliche Entstehungsbedingungen sind erstens "die Veränderung der vorherrschenden Krank-

heitsbelastung in den hoch entwickelten Gesellschaften hin zu chronischen Erkrankungen" (26, S. 468) zu sehen. Diese hat schwerwiegende Folgen für das Selbstverständnis der Patienten, ihre Lebensentwürfe, sie ändern ihre Beziehungen grundlegend und erleben oftmals Diskriminierung und Ablehnung; ihr Leben ist weitgehend durch das "Krankheitsmanagement" bestimmt. Zweitens liegt ein wesentlicher Ursachenkomplex in der schon erwähnten Technisierung und Spezialisierung der Arbeitsvorgänge innerhalb der Medizin, was vielfach zu Mängeln in der Kommunikation zwischen Patienten und Gesundheitsexperten führt, wobei das Erfahrungswissen Betroffener vernachlässigt wird (25, 26). Nicht zu vergessen sind die Veränderung der verwandtschaftlichen Beziehungen, verbunden mit der Individualisierung und den kleiner werdenden Haushalten, das gestiegene Selbstbewusstsein der Frauen, ihr geändertes Rollenbewusstsein, was auch dazu führt, dass sie nicht mehr wie selbstverständlich für Versorgungs- und Betreuungsaufgaben zur Verfügung stehen (vgl. 27).

Ein hoch technisiertes, ökonomisch orientiertes Gesundheitswesen erfüllt zwar die Erwartungen, die an qualifizierte Spitzenmedizin gestellt werden, erbringt in vielen Fällen unerwartete und unglaubliche Leistungen, kann aber andererseits nicht bei allen Menschen die Wünsche nach Information, Geborgenheit, Zuwendung, Angstreduktion und Hilfestellung bei der Krankheitsbewältigung zufrieden stellen. Höhere Überlebenschancen, verlängerte Lebenserwartung und Multimorbidität fordern die individuelle Verarbeitungskapazität jedes Einzelnen heraus. Patienten, die mit einer chronischen Krankheit oder Behinderung (über-)leben, brauchen psychologische, soziale und mitmenschliche Unterstützung. Sie brauchen Ansprechpartner, die ihnen helfen, die Veränderungen und Beeinträchtigungen zu bewältigen und eine annehmbare Lebensqualität zu erreichen, abseits therapeutischer Professionalität.

Selbsthilfegruppen stellen immer noch eine Provokation – eine Herausund Aufforderung – für das Gesundheits- und Sozialsystem dar. Selbsthilfegruppen und ihr Wirken machen uns auf unsere Krankheitsanfälligkeit, Verletzlichkeit, Unvollkommenheit, ja Endlichkeit aufmerksam. Sie sind aber auch Hoffnungsträger, zeigen sie doch, welche Ressourcen der Selbstheilung, der Stärkung von (Rest-)Funktionen jeder in sich trägt.

Selbsthilfegruppen künden eine neue Patientengeneration an, welche die Rollenverteilung neu definiert. Der Patient wird zum Handelnden, der Verantwortung für sich und seine Gesundheit übernimmt. Krankheitsbewältigung und -verarbeitung muss weitgehend in Eigeninitiative unter Nutzung privater Netzwerke erfolgen. Je eindrucksvoller sich medizinische Leistungen darstellen, desto dringlicher muss an die Eigenverantwortung von Patienten appelliert werden.

Von den gegenwärtig in Österreich 1654 bestehenden Selbsthilfegruppen befassen sich 34 Prozent mit psychischen Krankheiten, psychosozialen Belastungen oder Suchtkrankheiten. 66 Prozent befassen sich mit somatischen Erkrankungen (Nervensystem, Neubildungen, Muskel-Skelett-System, Kreislaufsystem, Stoffwechselerkrankungen u. a. (21, S. 12 ff.).

In Deutschland existiert – verglichen mit der Schweiz und Österreich – eine sehr umfangreiche, differenzierte Selbsthilfebewegung. Man unterscheidet Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfekontaktstellen. Schätzungen verweisen auf eine Zahl von 70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen, die auf lokaler Ebene arbeiten, in speziellen Fällen auch auf Landes- und Bundesebene ausstrahlen. "Selbsthilfeorganisationen sind ... Organisationen mit überregionaler Interessenvertretung, meist größeren Mitgliederzahlen, formalisierten Arbeits- und Verwaltungsabläufen, bestimmten Rechtsformen und meist ausgeprägten Kontakten zu professionellen Systemen." Solche Organisationen, die von Betroffenen geleitet werden, wirken durch ihre Beratungs-, Informationstätigkeit und Interessenvertretung weit über ihre Mitglieder hinaus (15, S. 85). Die rund 360 Selbsthilfeorganisationen sind auf Landes- und Bundesebene aktiv. Auf vorwiegend lokaler Ebene sind die rund 270 Selbsthilfekontaktstellen mit übergeordneten Arbeitsgemeinschaften aktiv (20).

Wiewohl die Selbsthilfegruppen heute längst den kämpferischen und oftmals gegen professionelle Behandlung gerichteten Pionierzeiten der sechziger und siebziger Jahre entwachsen sind, benötigen sie dennoch Bestätigung durch öffentliche Anerkennung bei Patienten, Krankenkassen und
bei den Gesundheitsberufen. Selbsthilfe muss deutlich machen, dass sie
auch jenseits des subjektiven Wohlbefindens wissenschaftlich nachweisbare gesundheitsrelevante Leistungen zu erbringen imstande ist (vgl. 22).
In der Anfangszeit der Selbsthilfebewegung wurden Gruppen vielfach
angefeindet, diskreditiert und als Konkurrenz empfunden. Unrealistische
Erwartungen mancher Selbsthilfevertreter, aber auch schlichtes Unverständnis seitens vieler Gesundheitsprofis waren dafür verantwortlich. Bis
heute hat sich das grundlegend geändert, die Arbeit der Selbsthilfegruppen wird weitgehend anerkannt und respektiert (vgl. 22).

Selbsthilfegruppen müssen in kommerziellen und schlecht organisierten Gesundheitssystemen Ersatzleistungen übernehmen. In stabilen Versorgungssystemen, in welchen der Solidargedanke das medizinische und pflegerische Bemühen leitet, sind die Leistungen der Selbsthilfegruppen wertvolle Ergänzung, gleichsam "add on" zur Tätigkeit der Professionellen. Auch hier zeigt sich aber, dass die Selbsthilfegruppen stetig mehr Kompetenzen zugewinnen und zunehmend akzeptiert werden, es zu einem Interessensaustausch kommt zwischen den betroffenen Patienten, in deren Interesse es ist, gesund zu werden und zu bleiben, und den Gesundheitsberufen, deren Interesse im kompetenten Helfen besteht.

Zur Funktion von Selbsthilfegruppen – Was sagen Betroffene?

Welche subjektiven Funktionen haben Selbsthilfegruppen für ihre Teilnehmer, welche Aufgaben erfüllen sie aus deren Sicht? Die Funktion von Selbsthilfegruppen für ihre Mitglieder lässt sich mit dem Akronym AEIOU, welches aus den fünf Begriffen Auffangen, Ermutigen, Informieren, Orientieren und Unterhalten gebildet ist, darstellen (29):

A – Auffangen: Neue Gruppenteilnehmer, die oft deprimiert, desorientiert sind und sich allein gelassen fühlen, können in der Gruppe gleich Betroffener ihr Leid schildern und erhalten das Gefühl, nicht allein gelassen zu sein. ("... In der Selbsthilfegruppe sind die einzigen Menschen, die einen richtig verstehen, weil man nur was man selbst erlebt hat, auch richtig 'versteht'.")

E – Ermutigen: Teilnehmer gewinnen die Überzeugung, die neue Situation auch bewältigen zu können. ("Na ja, die Selbsthilfegruppe hat primär die Aufgabe, dem Patienten klar zu machen, dass er sich eigentlich selber helfen muss, dass man sich wirklich gegenseitig selber hilft.")

I – Informieren: Teilnehmer erhalten professionelle Informationen, Vorträge von Fachleuten, Literaturhinweise, Behandlungsmöglichkeiten. ("... und vor allem das Wichtigste war natürlich die Information,... was man dagegen tun kann, welche medizinischen Möglichkeiten es gibt, vor allem die Aufklärung.")

O – SelbsthilfegruppenteilnehmerInnen können ihr Leben neu orientieren, erhalten Modelle und Vorbilder und können ihre Erwartungen an sich, ihre Mitmenschen und an die Gesundheitsprofis neu ausrichten. ("O. k., ich habe die Krankheit angenommen, … sterben tut man daran nicht, ich muss leben damit… Es gibt nur zwei Varianten: Entweder ich sage 'ja' zur Krankheit, ich nehme sie an, dann geht's. Aber wenn wer das weit wegschiebt …, dann kommen Depressionen.")

U – Unterhalten: Neben den "fachlichen" Kontakten in der Selbsthilfegruppe entwickeln sich gesellschaftliche Kontakte und freundschaftliche Beziehungen, die eine wichtige indirekte Stützfunktion darstellen. ("Ja, ich habe sehr viele Freunde gewonnen in der Gruppe, was dann auch psychisch wieder gut verarbeitet wird und ich mich dann auch wohler fühle.")

Individuelle und gesellschaftliche Wirkungen von Selbsthilfegruppen

Eine der wichtigsten Fragen sowohl für Teilnehmer als auch für das Gesundheitssystem insgesamt scheint die nach der Wirkung der Teilnahme an Selbsthilfegruppen zu sein. Das Engagement in Selbsthilfegruppen nimmt in dreifacher Weise Einfluss auf ihre Mitglieder (vgl. 30): auf die Beziehung des Betroffenen zu seiner Erkrankung und seinem Lebensschicksal (durch Krankheitsverarbeitung, Coping, Einsicht), auf die Beziehung zu den professionellen Behandlern (Ärzte, Pflegende, Therapeuten) und auf die Beziehung zwischen den Versorgten zum Versorgungssystem (Qualitätssicherung, Patientenrechte, ökonomische Aspekte).

Traditionelle psychotherapeutische Gruppen wurden schon häufig wissenschaftlich auf ihre Wirksamkeit untersucht, nicht so Selbsthilfegruppen. Diese Gruppen werden aber immer wieder als mögliche Alternative oder zumindest Ergänzung zur professionellen Behandlung gesehen. Die Zahl an aussagekräftigen Studien hat in den letzten Jahren zugenommen. Metaanalysen und Überblicksdarstellungen über die Wirkungen von Selbsthilfegruppen (15, 31, 32, 46) belegen mehr oder weniger starke positive Effekte von Selbsthilfegruppen für die Teilnehmer und weisen auf die zunehmende Bedeutung der Selbsthilfegruppen und ihre Wirkungen hin.

Für den einzelnen Teilnehmer können der Informationsgewinn, die allgemein gesundheitsförderliche Wirkung der Selbsthilfegruppenteilnahme, aber auch sekundär- und tertiärpräventive Wirkungen empirisch nachgewiesen werden. Der Informationszuwachs, der sich durch das Engagement in Selbsthilfegruppen einstellt, hat sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesundheitsversorgung insgesamt große Bedeutung. Volkswirtschaftlich betrachtet gibt es Belege, die auf die Kostenersparnis verweisen. Einige Beispiele sollen im Folgenden diese Wirkungen illustrieren.

Informationsgewinn

Selbsthilfegruppenteilnehmer erleben die Tatsache, dass sie mehr über ihre Krankheit und über ihre Behandlungsmöglichkeiten wissen, als die stärkste Veränderung. Sie haben im Vergleich zu Nichtteilnehmern ein umfangreicheres Wissen über ihre Erkrankung, die Prävention und die Nachsorge und sie sind auch offener für neue Erfahrungen (35, 36). Die Veränderungen sind umso stärker, je rascher sie nach der Diagnose zur Selbsthilfegruppe beitreten, je positiver sie sich aufgenommen fühlen und je regelmäßiger sie die Gruppen besuchen (33). Das Angebot an Erfahrungswissen durch gleich betroffene Teilnehmer und der Informationszufluss durch eingeladene Experten scheinen auch der wichtigste Beitrag zu sein, den Selbsthilfegruppen anbieten können. Der Mix aus Erfahrungswissen durch Betroffene und dem theoriebasierten Wissen der Gesundheitsprofis ergibt für die Teilnehmer ein differenziertes, vielschichtiges und umfassendes Bild über Diagnosestellungen, Behandlungsmöglichkei-

ten, neueste wissenschaftliche Erkenntnisse und lebensnahe Situationsbeschreibungen, wie es mit anderen Settings nicht erzielbar wäre (vgl. 34).

Gesundheitsförderung und Salutogenese

Gesundheitsförderung zielt auf ganzheitliches Wohlbefinden für alle, indem entsprechende Verhalts- und Verhältnisänderung angestrebt wird. Selbsthilfegruppen verfügen über viele gesundheitsförderliche Ressourcen, indem sie z. B. ein gesellschaftlich anerkanntes, relativ stabiles Umfeld gewährleisten und dem einzelnen Gruppenmitglied Anerkennung, Hilfeleistung und Rückversicherung bieten. Selbsthilfegruppen werden als gleich wichtig für das Wohlbefinden und die Lebensqualität angesehen wie die eigenen Kinder oder die Partner. Diese drei Bezugsgruppen/-personen sind mit Abstand die wichtigsten für die Selbsthilfegruppenteilnehmer (29).

Die in der salutogenetischen Sichtweise wichtigsten Schutzfaktoren Transparenz, Aktivierung und Partizipation kommen in Selbsthilfegruppen in besonderer Weise zum Tragen: durch den Austausch der persönlichen Erfahrungen der Gruppenteilnehmer untereinander, das persönliche Vertrauensverhältnis, das in der Gruppe entsteht, die Offenheit in der wechselseitigen Darstellung der persönlichen Krankheitssituation helfen, die eigene Lebenssituation durchschaubar und verstehbar zu machen. Die Gruppenteilnehmer werden durch die gruppendynamische Situation aktiviert, sich für sich selbst zu engagieren, Verantwortung für sich zu übernehmen ("Empowerment"). Und drittens werden die Teilnehmer an Selbsthilfegruppen angehalten, teilzuhaben an ihrer eigenen Entwicklung und an jener der anderen Gruppenteilnehmer.

Teilnehmer an einer Selbsthilfegruppe für Arbeitslose zeigten Monate nach ihrer Teilnahme signifikante Verbesserungen ihrer subjektiven Lebensqualität und Selbstsicherheit bezüglich ihrer Kontaktangst (37). Patienten mit Angststörungen, die sich an Selbsthilfegruppen beteiligten, haben diese als hilfreich erlebt, zugleich verringerten sich die Angstsymptome, aber auch die Aggressivität und Zwanghaftigkeit ließen nach (38).

Eine inhaltsanalytische Auswertung einer Befragung von (selbst betroffenen) Leitern von Selbsthilfegruppen kam zu dem Ergebnis, dass die Teilnahme an Selbsthilfegruppen zu einer Einstellungsänderung gegenüber sich selbst und anderen Menschen führt, die vorhandenen Ressourcen, sich für sich selbst zu engagieren, weckt bzw. steigert und in manchen Fällen nach Ansicht der Befragten sogar zu Persönlichkeitsänderungen führen kann. Insgesamt erleben die so Betroffenen trotz ihres chronischen Leidens eine höhere Lebensqualität, was wiederum ihre Lebenszufriedenheit steigert (39).

Selbsthilfegruppenteilnehmer fühlen sich durch ihre Beteiligung weniger isoliert, sind der Überzeugung, dass sie besser als andere mit ihrer Erkrankung umgehen können, haben mehr Freude am Leben und Lebensmut und erleben geringere Angst vor der Krankheit (41). Im Anschluss an eine Bypass-Operation oder einen Herzinfarkt erhielten Patienten die Gelegenheit, durch drei Jahre hindurch eine Selbsthilfe-Unterstützungsgruppe zu besuchen. Patienten, die von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben, rauchten weniger, übten regelmäßiger Bewegung aus, hatten ein engeres soziales Netzwerk und erhielten mehr soziale Unterstützung von Personen außerhalb ihrer Familie als jene Patienten, die dieses Angebot nicht angenommen haben (40).

Sekundär- und tertiärpräventive Wirkungen

Bei Teilnehmerinnen einer angeleiteten Selbsthilfegruppe für bulimische Frauen konnten nach 15 Monaten signifikante Verbesserungen der Essstörungen und reduziertes zwischenmenschliches Misstrauen, verringerte Depressionswerte, bessere psychologische und soziale Anpassung im Gegensatz zur herkömmlich behandelten Kontrollgruppe beobachtet werden (42).

Eine Web-basierte Selbsthilfeintervention wurde hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bei Depression und Angststörungen untersucht (43). Diese Interventionen hatten statistisch signifikante und klinisch relevante Erfolge, besonders bei jenen Teilnehmern, die anfangs schlechtere Werte hatten und das Angebot regelmäßig annahmen. Zu ähnlichen Ergebnissen ist auch eine Studie bei Web-basierten Unterstützungsgruppen bei Brustkrebspatientinnen gekommen: Depressionswerte haben sich verringert, Stress und die krebsbedingten traumatischen Erfahrungen wurden besser verarbeitet (44).

Selbsthilfegruppen zur Gewichtsreduktion waren nicht nur für die eigentliche Gewichtsreduktion von Bedeutung, sondern die Teilnehmer haben auch gelernt, ihren Lebensstil, ihre Ernährungsgewohnheiten zu ändern, ihren Alkoholkonsum zu reduzieren und ihren Bewegungsmangel zu vermeiden (45).

Patienten mit Alkohol- und Drogenmissbrauch, die sich neben der professionellen Entzugsbehandlung regelmäßig an Selbsthilfegruppen beteiligten, wiesen langfristig die geringsten Missbrauchswerte auf – verglichen mit jenen, die zwar die Behandlung erhielten, nicht aber zugleich die Selbsthilfegruppen aufsuchten. In einer anderen Studie konnte gezeigt werden, dass Selbsthilfegruppenteilnehmer im Vergleich zu Nichtteilnehmern eine siebenfach höhere Wahrscheinlichkeit haben, abstinent zu bleiben (47), oder zumindest kann die Teilnahme an diesen Gruppen die

Patienten dazu bringen, die Behandlung zu akzeptieren und länger in Behandlung zu bleiben, als dies für andere Maßnahmen gilt.

In einem "expert consensus statement" (48) verweisen die Autoren auf den reduzierten Drogenkonsum, den verbesserten psychischen Gesundheitszustand und die geringeren Gesundheitskosten durch die Teilnahme an entsprechenden Selbsthilfegruppen. Selbsthilfegruppen und professionelle Behandlung werden von vielen Patienten gerne gemeinsam in Anspruch genommen, und keinesfalls sollte die professionelle Behandlung wegen der Teilnahme an Selbsthilfegruppen reduziert oder gar sistiert werden.

Beziehung Selbsthilfe – Gesundheitssystem

Vor dem Hintergrund der schon erwähnten Entstehungsbedingungen von Selbsthilfegruppen – der Technisierung und Spezialisierung in der modernen Medizin, der Diskrepanz zwischen Experten und Laien, der daraus folgenden Sprachlosigkeit und Kommunikationsdiskrepanzen zwischen Patienten und Gesundheitsprofis – finden Patienten in Selbsthilfegruppen Ansprechpartner zum Austausch ihres Erfahrungswissens, können kompensieren, was im professionellen Gesundheitssystem zu kurz gekommen ist. So gesehen stellen Selbsthilfegruppen komplementäre Leistungen zur Verfügung, ergänzen, was andernorts nicht geleistet werden kann.

Selbsthilfegruppenteilnehmer lernen durch ihr Engagement in der Gruppe mit Ärzten und anderen Gesundheitsprofis selbstbewusster umzugehen. Zum überwiegenden Teil schätzen und suchen Selbsthilfegruppenteilnehmer die Kompetenz von Ärzten für Diagnosen, Informationen über die Erkrankung und ihre Behandlung. Zum anderen ärgern sich Selbsthilfegruppenteilnehmer über mangelnde Gesprächskultur, zu geringe Erfahrungen in Spezialfragen oder mangelndes Einfühlungsvermögen. Eine Selbsthilfegruppen-Teilnahme hilft, sich auch im Umgang mit Ärzten stärker und selbstbewusster zu fühlen (33).

Ärzte schätzen an Selbsthilfegruppen, dass sie die medizinische Arbeit ergänzen können und die Patienten lernen können, sich mit ihrer Krankheit auseinanderzusetzen und sie anzunehmen. Ärzte, die Kooperationserfahrungen mit Selbsthilfegruppen haben, wissen um deren die Lebensqualität der Patienten fördernde, gesundheitsförderliche und stützende Bedeutung (50). In einer Befragung von Moderatoren ärztlicher Qualitätszirkel wurden die Leistungen der Selbsthilfegruppen sehr positiv gesehen (49). 96 Prozent der Befragten kannten Selbsthilfegruppen. 88 Prozent schätzten an den Selbsthilfegruppen, dass diese Patienten mehr Fachwissen über ihre Krankheit haben als üblich, Informationen sammeln, die auch für Professionelle relevant sind und die Gruppen ihre Teilnehmer und andere

Betroffene kompetent beraten. Die Aktivität in der Gruppe hilft, psychosoziale Begleitsymptome aufzufangen, stärkt die Patientenkompetenz im Umgang mit der Erkrankung und wird als sinnvolle Ergänzung zur professionellen Therapie angesehen.

Mit zunehmender Teilnahmedauer an Selbsthilfegruppen ändert sich die relative Bedeutung von Ärzten und Angehörigen anderer Gesundheitsberufe. Die Tätigkeit des Facharztes und des Arztes für Allgemeinmedizin zur Erhaltung des eigenen Wohlbefindens wird im Allgemeinen recht hoch bewertet und ihre Bedeutung bleibt auch bei längerer Erkrankungsdauer gleich hoch. Hingegen wird die Bedeutung von Krankenhäusern, Beratungsstellen, Psychologen und Psychotherapeuten für das Wohlbefinden und die Lebensqualität geringer eingeschätzt und nimmt auch noch mit zunehmender Erkrankungsdauer ab (33, 41).

Ein konkretes Beispiel für gelingende Kooperation zwischen Selbsthilfegruppen und Krankenhäusern ist die Aktion "Selbsthilfefreundliches Krankenhaus", welche in Kärnten – und nun auch im Bundesland Salzburg – gestartet wurde. Ende 2007 wurde mit dem Vorhaben begonnen und im Juni 2009 konnten fünf Landeskrankenhäuser mit der Auszeichnung "Selbsthilfefreundliches Krankenhaus" bedacht werden. Das Ziel, das der Dachverband Selbsthilfe Kärnten mit diesem Vorhaben verfolgt, ist das Bewusstmachen von Patientenanliegen bei den Bediensteten in den Krankenhäusern, die verstärkte Präsenz der Anliegen der Selbsthilfegruppen und der Dachorganisation in den Krankenhäusern, ein respektvoller wechselseitiger Umgang von Ärzten, Pflegepersonal und Patienten miteinander, eine Einbindung von Patientenerfahrungen bei diversen Entscheidungen und nicht zuletzt eine schriftliche Festlegung der gegenseitigen Kooperation und deren öffentliche Sichtbarmachung durch eine Auszeichnung des Krankenhauses. Das Projekt wurde analog dem Modellprojekt, welches zwischen 2004 und 2006 von der KISS Hamburg entwickelt wurde, gestaltet, jedoch für die österreichischen Verhältnisse adaptiert.

Die Krankenhäuser, welche die Auszeichnung erhalten wollten, mussten sich einem Qualitätsprüfungsverfahren unterziehen. Zu insgesamt acht Qualitätskriterien mussten die Fakten in einem Selbstevaluierungsbericht dargestellt werden. In einem anschließenden Audit durch ein unabhängiges Prüfungsteam wurden diese vor Ort geprüft.

Die acht Qualitätskriterien beziehen sich

☐ auf die Infrastruktur im Krankenhaus, ob entsprechende Präsentationsmöglichkeiten und Räume für die Tätigkeit der Selbsthilfegruppen vorhanden sind;

auf die aktive Informationspolitik des Hauses, ob Patienten oder deren Angehörige vom Krankenhaus aktiv, etwa im Rahmen der hausinternen Patienteninformation, über die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe informiert werden;
auf die Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation, ob der Dachverband Selbsthilfe Kärnten und themenbezogene Selbsthilfegruppen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Krankenhauses unterstützt werden;
auf die Benennung eines Selbsthilfebeauftragten, ob das Krankenhaus eine/n hochrangigen Selbsthilfebeauftragte/n als Ansprechperson für den Dachverband und die themenbezogenen Selbsthilfegruppen zur Koordination selbsthilferelevanter Angelegenheiten benennt;
auf den regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch, ob zwischen dem Dachverband Selbsthilfe Kärnten bzw. themenbezogenen Selbsthilfegruppen und dem Krankenhaus ein regelmäßiger – mindestens einmal jährlicher – Informations- und Erfahrungsaustausch stattfindet;
auf die Fort- und Weiterbildung zum Thema Selbsthilfe im Krankenhaus für die unterschiedlichen Berufsgruppen;
auf die Mitwirkung an Projekten, ob themenbezogene Selbsthilfegruppen die Mitarbeit an Projekten und Qualitätszirkeln angeboten wird;
schließlich darauf, dass eine schriftliche Vereinbarung zur Kooperation mit dem Dachverband Selbsthilfe Kärnten bzw. mit einzelnen themenbezogenen Selbsthilfegruppen formal beschlossen und dokumentiert wird

Erste Erfahrungen zeigen, dass bereits in der Vorbereitungs- und Selbstevaluierungsphase wertvolle Schritte zu einer verbesserten Kooperation gesetzt werden konnten.

Volkswirtschaftlicher Nutzen

Angesichts der Bedeutung ökonomischer Gesichtspunkte kann es nicht ausbleiben, auch die der Arbeit der Selbsthilfegruppen ökonomisch zu bewerten, was vor allem in der sozial- und gesundheitspolitischen Argumentation um die Förderung der Selbsthilfegruppenarbeit verlangt wird. Die Erfassung des monetären Werts der Selbsthilfegruppenarbeit ist aber aus unterschiedlichen Gründen schwierig, etwa durch das Fehlen von Marktpreisen für ihre Tätigkeiten. Auch entzieht sich ihre Arbeit in vielen Fällen einer quantitativen Beurteilung. Die Anwendung üblicher gesundheitsökonomischer Parameter (z. B. QALYS – quality-adjustet life-years) ist für die Tätigkeit der Selbsthilfegruppen kaum anwendbar, weil es ers-

tens praktisch unmöglich ist, den durch die komplementäre Arbeit der Selbsthilfegruppen entstehenden Zugewinn an Lebensjahren zu bestimmen, zweitens der Gewinn an Lebensqualität trotz geringer "objektiver" Gesundheit durch die QALYS faktisch nicht berücksichtigt wird und drittens, weil der Aufwand pro Selbsthilfegruppenteilnehmer nicht verlässlich zu erfassen ist (51, S. 69). Entsprechende Instrumente müssen erst entwickelt werden.

Teilnehmer an Gruppen der Anonymen Alkoholiker verursachten um 45 Prozent geringere Behandlungskosten als Patienten, die sich einer ambulanten Behandlung unterzogen haben. Neben den geringeren Kosten erlebten die Selbsthilfegruppenteilnehmer eine deutliche Reduktion des Alkoholkonsums, der negativen Begleiterscheinungen und depressiver Symptome, was sie nicht von den professionell Behandelten unterschied (48). In einer Studie an Selbsthilfegruppen für Angstpatienten zeigte sich, dass die Behandlungskosten für diese durch die Reduktion der Arztbesuche und der Notarzteinsätze geringer waren als für Patienten, die sich nicht an Selbsthilfegruppen beteiligten. Gleichzeitig bildeten sie Telefonketten, konnte die Aufenthaltsdauer in psychosomatischen Kliniken reduziert und Medikamente kritischer genutzt werden. Die durch Selbsthilfegruppen erbrachten Leistungen stellten monetär gesehen ein Mehrfaches der Förderungen durch die öffentliche Hand dar (52).

In Deutschland wurde in bislang vier Studien versucht, den monetären Wert der Selbsthilfegruppenarbeit zu bestimmen (51, 53). Demnach lohnt sich die Tätigkeit der Selbsthilfegruppen nicht nur für ihre Mitglieder durch den - vorhin ausführlich dargestellten - gesundheitlichen Benefit, sondern auch monetär. Insbesondere bei den noch nicht systematisch untersuchten Selbsthilfegruppen und -initiativen im Sozialbereich, die oftmals innovative, die professionelle Arbeit ersetzende Aktivitäten setzen, sind sie in Geldwert zu benennen. Die Autoren stellen fest, dass der Wert der von ihnen geleisteten Arbeit pro Mitglied der Selbsthilfezusammenschlüsse und Jahr zwischen ca. 700 und 900 Euro liegt (51, S. 67). Allein für die Selbsthilfegruppen in der Region Hamburg ergibt sich eine produktive Arbeitsleistung von über 20 Millionen Euro pro Jahr (53). Würde man diese Berechnungsmethode – mit all ihren Unsicherheiten – auf die Kärntner Selbsthilfeszene anwenden, käme man auf einen monetären Wert ihrer Arbeit von ca. 11 Millionen Euro. Für Österreich und Kärnten fehlt eine solche Berechnung noch, sie wäre aber ein taugliches Argument, um die Tätigkeit der Selbsthilfegruppen und -verbände in einem anderen Licht zu sehen und ihre Anliegen leichter transportieren zu können. Die mögliche Euphorie über eine solche Nutzwertberechnung der Selbsthilfegruppen-Tätigkeit darf freilich nicht dazu verführen, diese gar noch als alleinigen Wertmaßstab anzusehen und Leistungen von Selbsthilfegruppen, die nicht ökonomisch bezifferbar sind, gering zu achten!

Ausblick

Vor dem Hintergrund der Bemühungen in den Gesundheitssystemen eine Schwerpunktverlagerung von medizinischer Intervention zur Gesundheitsförderung (shift from medical intervention to health promotion) vorzunehmen, kommt dem Selbsthilfegedanken und den Selbsthilfegruppen eine besondere Bedeutung zu: Das Gesundheitssystem wird sich mehr in Richtung einer salutogenen Grundhaltung entwickeln, die Eigeninitiative von Patienten wird bedeutsamer werden. Anhand von vielen Beispielen kann gezeigt werden, dass die Arbeit der Selbsthilfegruppen vielfältige Wirkungen für ihre Teilnehmer, aber auch für das Gesundheitssystem insgesamt hat. Die Teilnehmer an Selbsthilfegruppen sind durchwegs informierte Patienten, die zusätzlich reiches krankheitsbezogenes Erfahrungswissen besitzen, das sie zu Partnern der Gesundheitsprofis macht. Selbsthilfegruppen animieren ihre Teilnehmer, die eigene Lebenssituation verstehbar zu machen, sich für sich selbst zu engagieren und teilzuhaben an der eigenen und der Entwicklung der anderen, was zu Angstreduktion und mehr Freude und Lebensmut führt. In der Zwischenzeit gibt es auch schon viele Beispiele, dass das Selbsthilfegruppen-Engagement die diagnosebezogenen Symptome reduzieren hilft. Die Beziehungen zwischen Selbsthilfegruppen und Angehörigen von Gesundheitsberufen sind zunehmend von Professionalität gekennzeichnet und auf dem besten Weg zu einer Beziehung auf "Augenhöhe" zu werden. Nicht zuletzt stellen Schätzungen zum monetären Wert der Selbsthilfegruppenarbeit klar, dass sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht Bedeutendes leistet. Alles in allem ein klarer Auftrag für die regionale und nationale Gesundheitspolitik, sich noch mehr als bisher mit der Einbindung und Förderung der Selbsthilfe im Gesundheitssystem zu befassen.

Ouellen

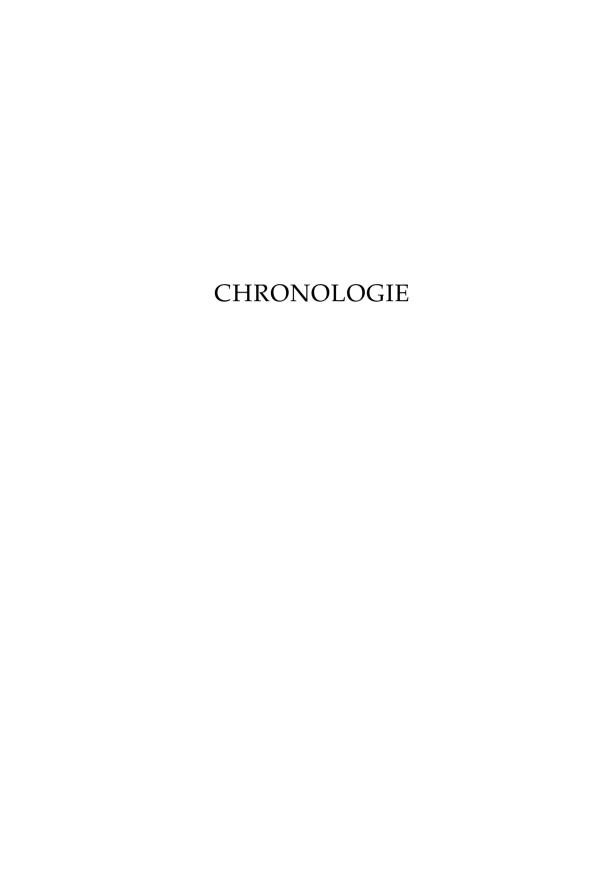
- Health Consumer Powerhouse (2009). The Empowerment of the European Patient 2009

 options and implications. Report. brussels@healthpowerhouse.com, 20. 9. 2010.
- (2) http://www.who.int/whr/2008/whr08_en.pdf, 20. 9. 2010.
- (3) http://www.bmg.gv.at/cms/site/attachments/1/1/8/CH0713/CMS1187768952223/oesterr_gesundheitsbefragung_2006_20071.pdf, 20. 9. 2010.
- (4) Hofmarcher, H. M., Rack, H. M. (2006). Gesundheitssysteme im Wandel: Österreich. Kopenhagen: WHO-Regionalbüro für Europa im Auftrag des Europäischen Observatoriums für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik.
- (5) WHO-Regionalbüro für Europa (2006). Gesundheit im Schlaglicht: Österreich 2004. http://www.euro.who.int/highlights, 20. 9. 2010.
- (6) Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/07. Wien. http://www.bmg.gv.at/cms/site/attachments/1/1/8/CH0713/CMS1187768952223/oesterr_gesundheitsbefragung_2006_20071.pdf, 20. 9. 2010.

- (7) http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/kernaussagen/gesundheitswesen/allgemeines-und-begriffsbestimmung.html, 20. 9. 2010.
- (8) Institut für Höhere Studien (2008). Effizienz im Gesundheitswesen. RdM 10, S. 6.
- (9) Czypionka, T., Kraus, M. & Röhrling, G. (2008). Messung von Effizienz und Qualität im Spitalswesen. Internationale Aspekte. IHS, Wien. http://www.ihs.ac.at/publications/lib/esd2008.pdf, 9. 10. 2010.
- (10) Björnberg, A., Garoffé, B. C. & Lindblad, S. (2009). Euro Health Consumer Index 2009, Report, Health Consumer Powerhouse. http://www.medical-tribune.at/dynasite.cfm?dsmid=100715&dspaid=822953, 2. 9. 2010.
- (11) World Health Organization (WHO) (2008). The world health report 2008: primary health care now more than ever. Genf.
- (12) Czypionka, T., Riedel, M., Röhrling, G. & Eichwalder, S. (2008). Health System Watch. Jahresthema: Finanzierung aus einer Hand. Beilage zur Fachzeitschrift Soziale Sicherheit. Erstellt durch das IHS, hg. vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. IV/Winter 08.
- (13) Hofbauer, I. (2007). Österreich. In: Ivansits, H. & Filipič, U. (Hrsg.). Privatisierung von Gesundheit Blick über die Grenzen. Wien, S. 22–35.
- (14) Laimböck, M. (2009). Die Zukunft des österreichischen Gesundheitssystems. Wien, New York: Springer.
- (15) Borgetto, B. (2004). Selbsthilfe und Gesundheit. Analysen, Forschungsergebnisse und Perspektiven. Buchreihe des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums. Bern u. a.: Verlag Hans Huber.
- (16) Kumpmann, I. (2008) http://www.sozialerfortschritt.de/wp-content/uploads/2008/07/Kumpmann_abstract.pdf, 8. 10. 2010.
- (17) Welzel, C. (2006). A Human Development View on Value Change Trends 1981–2006. Ppt-presentation, Istanbul. http://www.worldvaluessurvey.org/, 9. 10. 2010.
- (18) http://www.fgoe.org/aktivitaeten/selbsthilfe, 9. 10. 2010.
- (19) Katz, A. H. (1981). Self-Help and Mutual Aid: An Emerging Social Movement? Annual Review of Sociology, 7, 129–155.
- (20) Hundertmark-Mayser, J. (2004). Selbsthilfe im Gesundheitsbereich. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 23. http://www.gbe-bund.de/gbe10/ergebnisse.prc_tab?fid=9269&suchstring=selbsthilfe (2. 3. 2009).
- (21) Braunegger-Kalleger, G. et al. (2009). PatientInnen- und Angehörigenorganisationen in Österreich Ergebnisse einer österreichweiten Fragebogenerhebung, überarb. Version 06/09, Wien: Institut für Soziologie.
- (22) Janig, H. (2002). Was bewirken Selbsthilfegruppen? Wirkungen der Teilnahme an Selbsthilfegruppen auf die gesundheitliche Lebensqualität bei MS-Patienten. In: Meggeneder, O. & Hengl, W. (Hrsg.). Der informierte Patient. Schriftenreihe Gesundheitswissenschaften, Band 21. Linz: Oberösterreichische Gebietskrankenkasse, 97–111.
- (23) Moeller, M. L. (1996). Selbsthilfegruppen. Anleitungen und Hintergründe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- (24) von Ferber, C. (1983). Laienpotential, Patientenaktivierung und Gesundheitsselbsthilfe. Zur Soziologie des Laien vor den Ansprüchen der Medizin. In: von Ferber, C. & Badura, B. (Hrsg.). Laienpotential, Patientenaktivierung und Gesundheitsselbsthilfe. München: Oldenbourg, 265–294.

- (25) Kelleher, D. (2006). Self-help groups and their relationship to medicine. In: Kelleher, D. et al. (Ed.). Challenging Medicine. 2nd ed. London & New York: Routledge, 104–121.
- (26) Forster, R. (2007). Selbsthilfebewegung: Chancen und Herausforderungen für das Gesundheitssystem und die Gesundheitspolitik. Soziale Sicherheit, Oktober, 468–473.
- (27) Braun, J., & Greiwe, A. (1989). Kontaktstellen und Selbsthilfe. Köln: ISAB Institut für Sozialwissenschaftliche Analyse und Beratung.
- (28) Kofahl, C. (2007). Selbsthilfe und Selbsthilfe-Forschung: Eine ambivalente Beziehung? BApK-Werkstatt-Tag 13. 10. 2007, www.uke.uni-hamburg.de/extern/asp/, 26. 7. 2010.
- (29) Janig, H. (2005). Wirkungen von Selbsthilfegruppen auf Persönlichkeit und Lebensqualität. Sigis-Doku, Fonds Gesundes Österreich, 4. Aufl., Wien.
- (30) Matzat, J. (2003). Die Selbsthilfe als Korrektiv und "vierte Säule" im Gesundheitswesen. In: Stärkung und Förderung der Selbsthilfe. Stuttgarter Fachtag, 21. 5. 2003. http://www.kiss-stuttgart.de/down/doku_fachtagung.pdf, 26. 7. 2010.
- (31) Klytta, C. & Wilz G. (2007). Selbstbestimmt aber professionell geleitet? Zur Effektivität und Definition von Selbsthilfegruppen. Gesundheitswesen, 69, 88–97.
- (32) Kyrouz E. M. et al. (2002). A review of research on the effectiveness of self-help mutual aid groups. In: White, B. J. & Madara, E. J. American self-help group source book. Chapter, 7th ed.
- (33) Janig, H. (1999). Wirkung von Selbsthilfegruppen auf Persönlichkeit und Lebensqualität. Forschungsbericht im Auftrag des Fonds Gesundes Österreich, Teil 1. Bericht, Klagenfurt
- (34) Hey, M. & Stötzner, K. (Hrsg.). Selbsthilfeinitiativen als Instanzen der Patienten- und Versicherteninformation. Dokumentation von leistungs- und Qualitätsaspekten der Selbsthilfe für Informationssysteme. Sekis, Berlin.
- (35) Kühner, S. et al. (2006). Wissen Mitglieder von Selbsthilfegruppen mehr über Brustkrebs? Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie, 56, 11, 432–437.
- (36) Höflich, A. et al. (2007). Inanspruchnahme von Selbsthilfegruppen und Psychotherapie im Anschluss an eine stationäre psychosomatisch-psychotherapeutische Behandlung. Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie, 57, 5, 213–220.
- (37) Kager, A. & Haslinger-Baumann, E. (2003). Selbsthilfegruppen für Arbeitslose: Eine Wiener Evaluierungsstudie. Psychologie in Österreich, 23, 1, 70–75.
- (38) Taubmann, B. & von Wietersheim (2008). Die Wirksamkeit von Angst-Selbsthilfegruppen aus Patienten- und Expertensicht. Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, 54, 3, 263–276.
- (39) Miklautz, M. (2000). Wirkungen von Selbsthilfegruppen Eine qualitative Datenanalyse explorativer Interviews. Diplomarbeit, Univ. Klagenfurt.
- (40) Hildingh, C. & Friedlund, B. (2004). A 3-year follow-up of participation in peer support groups after a cardiac event. European Journal of Cardiovascular Nursing 3, 315–320.
- (41) Janig, H. (2000). Bedeutung von Selbsthilfegruppen für Wohlbefinden und Lebensqualität. In: Zapotoczky, K., Grausgruber, A. & Mechtler, R. (Hrsg.). Gesundheit im Brennpunkt. Eigeninitiative und gesellschaftliche Verantwortung. Linz: Universitätsverlag Rudolf Trauner, 350–360.
- (42) Rathner, G. et al. (1993). The impact of a 'guided self-help group' on bulimic women: A pros-pective 15 month study of attenders and non-attenders. Journal of Psychosomatic Research, 37, 4, 389–396.

- (43) Van Straten, A., Cuijpers, P., Smits, N. (2008). Effectiveness of an Web-Based Self-Help Intervention for Symptoms of Depression, Anxiety, and Stress: Randomized Controlled Trial. Journal of Medical Internet Research, Jan-Mar; 10, 1, e7.
- (44) Winzelberg, A. J. (2003). Evaluation of an internet support group for women with primary breast cancer. Cancer, 97, 5, 1164–1173.
- (45) Grimsmo, A., Helgesen, G. & Borchgrevink, C. (1981). British Medical Journal, 283, 24 Oct.,1093–1095.
- (46) Franzoni, E.M. (1992). A meta-analysis of self-help group effectiveness. Ph. D. Fordham University, Dissertation Abstracts International, Ann Arbor, Mich., 1993, 53, 9, 4931-B.
- (47) Bottlender, M. Soyka, M. (2005). Prädiktion des Behandlungserfolges 24 Monate nach ambulanter Alkoholentwöhnungstherapie: Die Bedeutung von Selbsthilfegruppen. Fortschritte der Neurologie Psychiatrie, 73, 3, 150–155.
- (48) Humphreys, K. et al. (2004). Self-help organizations for alcohol and drug problems: Toward evidence-based practice and policy. Journal of Substance Abuse Treatment, 26, 151–158.
- (49) Bogenschütz, A. (2006). Eine praxisrelevante Kooperationsstudie. Die KOSA der ärztlichen Qualitätssicherung in Hessen bringt Ärzte und Psychologen mit Selbsthilfegruppen zusammen. DAG SHG (Hrsg.). Selbsthilfegruppenjahrbuch, 157–165.
- (50) Janig, H. (1996). Kooperation zwischen Selbsthilfegruppen und Gesundheitsberufen in Kärnten. In: Lobnig, H. & Pelikan, J. M. (Hrsg.). Gesundheitsförderung in Settings. Eine österreichische Forschungsbilanz. Wien: Facultas Universitätsverlag, 353–361.
- (51) Engelhardt, H. D., Trojan, A. & Nickel, S. (2009). Leistungen von Selbsthilfegruppen und deren ökonomische Bewertung. Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz, 52, 64–70.
- (52) Engelhardt, H. D. et al. (Hrsg.) (1995). Was Selbsthilfe leistet. Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg i. B.: Lambertus.
- (53) Trojan, A., Nickel, S. & Engelhardt, H. D. (2008). Zur Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens der Leistungen von Selbsthilfegruppen. Gesundheitswesen, 70, 4, 219–230.
- (54) Matzat, J. (1999). Selbsthilfe als therapeutisches Prinzip. Therapeutische Wirkungen der Selbsthilfe. In: Günther. P. & Rohrmann, E. (Hrsg.). Soziale Selbsthilfe: Alternative, Ergänzung oder Methode sozialer Arbeit? Heidelberg: Edition S, 105–126.



Chronologie der Ereignisse in Kärnten November 2009 bis Oktober 2010

November 2009

- 2. Der Kärntner Abwehrkämpferbund nimmt nicht an der militärischen Allerseelen-Feier am Friedhof Annabichl teil.
- 3. Mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP beschließt die Landesregierung die Zusammenlegung von acht Abteilungen zu drei Kompetenzzentren ab 1. Jänner 2010. Die beiden SPÖ-Regierungsmitglieder verlassen aus Protest die Sitzung.
- 4. Das Verbot von Kreuzen in Schulklassen, wie es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vorsieht, stößt auch in Kärnten auf Ablehnung.
- 6. EU-Abgeordneter Andreas Mölzer (FPÖ) will mit Anfragen im EU-Parlament die europäischen Institutionen aktivieren, den "Fall Hypo" aufzuklären. Die Vorgänge rund um den Verkauf der ehemaligen Landesbank seien ein Skandal, der Konsequenzen haben müsse.
- 7. Die Kärntner Parteien erhöhen die Zahl ihrer Mitarbeiter in den vier Landtagsklubs von vier Akademiker-Posten auf acht und von bisher vier Maturanten-Stellen auf zwölf.
- 10. Die Kärntner Hypo Group Alpe Adria gibt bekannt, dass für 2009 voraussichtlich ein Verlust von über einer Milliarde Euro erwartet wird.
 - Der Aufsichtsrat der Landesholding bestellt Christian Kresse, zuletzt Tourismuschef in Saalfelden/Leogang, zum neuen Chef der Kärnten Werbung.
 - Bundespräsident Heinz Fischer eröffnet in Klagenfurt den 20. Volksgruppenkongress des Landes Kärnten.
- 12. Der frühere Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Heinz Stritzl, wird beim Empfang des Militärkommandos Kärnten als "Wehrpolitischer Kärntner 2009" geehrt.
 - Bei den PV-Wahlen in den Landeskrankenhäusern behauptet die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter ihre dominierende Position. In Wolfsberg, Laas und Hermagor traten nur FSG-Listen an. In

Klagenfurt erreicht die FSG 80,8 Prozent (BZÖ: 11,5, Grüne: 6,8 Prozent) und 20 Mandate (BZÖ: zwei, Grüne: ein Mandat). Mit 78,8 Prozent und 16 Mandaten gibt es auch in Villach einen Wahlsieg der FSG. Hier kommt das BZÖ auf 21,2 Prozent und erreicht drei Mandate. Da BZÖ-Mann Peter Spiess nur allein kandidiert hatte, kann davon aber nur ein Mandat in Anspruch genommen werden. Das BZÖ verfehlt damit auch den Einzug in den Zentralbetriebsrat, der nun ausschließlich von der FSG beschickt wird.

- 14. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) nimmt an der Illuminierung des von Kärnten gespendeten Christbaumes am Wiener Rathausplatz teil.
- 16. Nach langen, heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, ob die Zulagen des Klagenfurter Magistratsdirektors Peter Jost gerechtfertigt sind, zieht Bürgermeister Christian Scheider (BZÖ) die Konsequenz und stoppt die Auszahlung.
- 19. Der Klagenfurter Magistratsdirektor verzichtet nun auf die umstrittene Zulage und auf zwei Nebenbeschäftigungen. Der Stadtsenat stellt ihm mit Ulf Scheriau einen gleichberechtigten Vertreter zur Seite.
- 22. Beim Landesparteitag der FPÖ in St. Veit wird Nationalratsabgeordneter Harald Jannach mit 78,6 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landesobmann gewählt.
- 23. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) beruft ein Festkomitee "90 Jahre Volksabstimmung" ein. Nicht dazu eingeladen ist der Kärntner Heimatdienst.
- 24. Mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP beschließt die Landesregierung den Entwurf für das Budget 2010.
 - Landesrat Josef Martinz (ÖVP) protestiert gegen die Nichtberücksichtigung des KHD im Festkomitee zur Feier der Volksabstimmung.
- Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) gibt bekannt, dass zehn Kärntner Gemeinden ernsthaft an einem Schubhaft- oder einem Erstaufnahme-Zentrum interessiert sind.
- 26. Budgetrede von Landesrat Harald Dobernig (BZÖ) im Landtag. Der Finanzreferent nennt das Landesbudget einen "Dampfer, den man nur schwer steuern kann". Mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP wird eine Novelle zum Mindestsicherungsgesetz beschlossen. SPÖ und Grüne sprechen sich dagegen aus.
 - Auch in Kärnten siegt bei den Personalvertretungswahlen des Bundes die ÖVP-nahe Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG). Wahlberechtigt waren 15.000 öffentlich Bedienstete (Lehrer, Exekutive, Bundesheer und Verwaltungsbeamte von Finanz und Justiz). Landesweit

- verliert die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) ihre absolute Mehrheit und erreicht nur mehr 48 Prozent. Die FCG kommt auf einen Anteil von 42 Prozent. Die BZÖ-nahe Liste "AUF" erreicht acht Prozent.
- 30. Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP) lehnt eine weitere Bundeshilfe für die Hypo Group Alpe Adria ab.

Dezember 2009

- In Völkermarkt wird das "Kärntner Jahrbuch für Politik 2009" präsentiert.
 - Mit den Stimmen von BZÖ und ÖVP wird in der Sitzung der Landesregierung die Arbeitnehmerförderung reduziert. Künftig werden nur mehr Wege über 15 Kilometer gefördert.
 - Durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon steht nun auch dem BZÖ ein Mandat im EU-Parlament zu. Dafür vorgesehen ist der frühere Landtagspräsident Jörg Freunschlag.
- 2. BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher kritisiert die "derzeit laufende Kampagne gegen Kärnten" und spricht von einer "Hetzjagd gegen die Hypo Group Alpe Adria".
- 3. Bei einem Treffen mit dem neuen EU-Kommissar für Regionalpolitik, Gio Hahn, fordert Landesrat Josef Martinz (ÖVP), dass Kärntens EU-Gelder gesichert werden müssen.
 - Arbeiterkammer und ÖGB protestieren gegen die von der Landesregierung beschlossene Kürzung der Arbeitnehmerförderung.
- 4. Ein Senat des Landesgerichts Klagenfurt lehnt einen Antrag des Rates der Kärntner Slowenen auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens gegen Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) in der Causa Ortstafelverrückung ab.
- 5. Erstmals wird in St. Veit an der Glan ein Projekt des Management-Experten Fredmund Malik mit einer österreichischen Gemeinde in Angriff genommen.
- 7. Die Studentenvertreter der FH Kärnten verlassen die Fachhochschul-Fraktion in der Österreichischen Hochschülerschaft (FEST) und agieren nun in der ÖH eigenständig.
- 9. Laut Bericht des Staatsschuldenausschusses ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Kärnten seit 2007 von 1.549 Euro auf ein Rekordniveau von 2.254 Euro explodiert. Das ist der höchste Wert von allen Bundesländern.

- Nach einer Aufsichtsratssitzung der Kärntner Landesholding schließt Landesrat Josef Martinz (ÖVP) nunmehr ein Mitgehen des Landes bei der notwendigen Kapitalerhöhung für die Hypo Group Alpe Adria nicht mehr kategorisch aus.
- 10. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) sprechen sich gegen den im deutschen "Handelsblatt" kolportierten Vorschlag Bayerns aus, die Hypo mitsamt ihrem Sanierungsbedarf dem Land Kärnten zu schenken.
- 11. Die Kärntner Staatsanwaltschaft nimmt von Amts wegen neuerlich Ermittlungen zum Verkauf der Hypo an Bayern auf.
- 14. Erst in den Morgenstunden endet der dramatische Verhandlungsmarathon zur Rettung der Hypo Group Alpe Adria. Im Finanzministerium einigen sich Vizekanzler Josef Pröll, der bayrische Finanzminister Georg Fahrenschon, die Vertreter Kärntens (LH Gerhard Dörfler, LR Josef Martinz, LR Harald Dobernig) sowie Bankenchefs auf eine Verstaatlichung. Das Land Kärnten muss zur Sanierung 200 Millionen Euro beitragen.
- Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) spricht von erfolgreichen Verhandlungen. Die SPÖ-Bürgermeister der Kärntner Bezirksstädte fordern hingegen Neuwahlen zum Kärntner Landtag.
 - Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) setzt eine "Soko-Hypo" zur Überprüfung der Vorgänge bei der Bank ein, die vom Kärntner Bernhard Gaber geleitet wird.
- 16. Innenpolitischer Knalleffekt: Uwe Scheuch gibt bekannt, dass die Landesgruppe Kärnten des BZÖ wieder in den Schoß der FPÖ zurückkehrt. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache wird ein CDU/CSU-Modell vereinbart. Die bisherige BZÖ-Landesgruppe Kärnten nennt sich ab sofort "Freiheitliche Partei Kärntens (FPK)". Laut Uwe Scheuch wird mit fünf Abgeordneten eine eigene Fraktion im Nationalrat gebildet. Dabei seien nur Kärntner erwünscht. Der EU-Spitzenkandidat des BZÖ, Ewald Stadler, erklärt daraufhin, dass er nun nicht mehr auf sein Mandat zu Gunsten von Jörg Freunschlag verzichten werde.
- 17. BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher spricht von einem "kalten Putsch" und von "überfallsartigem Abspalten", bei dem "nur die Stiefel gefehlt" hätten. Bucher, die Schwester Haiders, Ursula Haubner, sowie die weiteren Kärntner Abgeordneten Stefan Petzner und Stefan Markowitz bleiben beim BZÖ. Da somit nur vier Kärntner Nationalräte zur FPK wechseln, ist ein eigener Klub nicht mehr möglich.

Die Beratungen zum Budget im Kärntner Landtag sind vom Desaster um die Hypo und von dem Parteiwechsel des Kärntner BZÖ überlagert. Ein Antrag der SPÖ auf einen nochmaligen Untersuchungsausschuss in der Causa Hypo findet auch die Zustimmung von FPK und ÖVP. Ein Neuwahlantrag der SPÖ wird an den Verfassungsausschuss weitergeleitet. Misstrauensanträge der Grünen gegen Finanzlandesrat Harald Dobernig (FPK) und LR Josef Martinz (ÖVP) bleiben ohne Mehrheit. In den späten Abendstunden werden die Voranschläge für 2010 und 2011 mit den Stimmen von FPK und ÖVP beschlossen.

18. Zur nächtlichen Stunde findet eine weitere Sitzung des Landtages statt, bei der gegen die Stimmen von SPÖ und Grünen beschlossen wird, den Beitrag von 200 Millionen Euro zur Rettung der Hypo vorerst aus den im Zukunftsfonds für den Bau des Koralmtunnels reservierten Mitteln zu entnehmen.

Die Grünen veranstalten in Klagenfurt eine Demonstration für ein "anderes Kärnten".

- 19. BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher stellt ein "Ultimatum", dass Uwe Scheuch binnen 96 Stunden einen außerordentlichen Parteitag einberuft. Uwe Scheuch lehnt dies ab.
- ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger dementiert, dass er Josef Martinz als ÖVP-Landesobmann ablösen wird.
- 21. Nun bleibt auch der frühere Staatssekretär und nunmehrige Abgeordnete zum Nationalrat Sigisbert Dolinschek dem BZÖ treu. Laut BZÖ-Obmann Josef Bucher sei damit "der Putsch der Brüder Scheuch gescheitert". Die restlichen drei Kärntner Abgeordneten Martin Strutz, Josef Jury und Maximilian Linder wolle er gar nicht zum Bleiben überreden.

Turbulenzen auch bei der Kärntner "Strache-FPÖ": Der Bezirksobmann von Völkermarkt, Franz Jamnig, legt gemeinsam mit elf weiteren Parteifreunden seine Mitgliedschaft zurück. Landesobmann Harald Jannach will die Landesgruppe nicht auflösen und beruft für den 3. Jänner eine Mitgliederversammlung in Krumpendorf ein.

22. SPÖ, Grüne, ÖGB und Arbeiterkammer protestieren gegen die "blau-schwarze" Landesregierung. Ca. 1000 Demonstranten ziehen vom Klagenfurter Hauptbahnhof zum Sitz der Landesregierung am Arnulfplatz.

FPK-Landesobmann LHStv. Uwe Scheuch kündigt für 16. Jänner einen Parteitag im Klagenfurter Konzerthaus an.

- 23. BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher fordert von der abgespaltenen FPK einen "demokratischen Parteitag" mit geheimer Urabstimmung der Basis.
 - Landesrat Peter Kaiser, der die SPÖ-Reformarbeit leitet, schlägt für die Wahl des Kärntner Parteichefs eine Urabstimmung unter den 20.000 Mitgliedern vor. Der Parteichef müsse auch nicht automatisch Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl sein.
- 24. Kardinal Christoph Schönborn übt in der ORF-Sendung "Licht ins Dunkel" scharfe Kritik an den Vorgängen um die Hypo.
- 27. Die Kronenzeitung bringt ein Interview mit der Mutter und der Schwester Jörg Haiders. Dorothea Haider und Ursula Haubner zeigen sich darin über die Vorgangsweise der Brüder Scheuch tief enttäuscht.
- 29. Kärntens FPÖ-Obmann, Nationalrat Harald Jannach, verschiebt die am 3. Jänner geplante Mitgliederversammlung, um das Ergebnis des Parteitages der "Blau/Orangen" vom 16. Jänner abzuwarten.
- 30. Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) spricht sich gegen die geplante Kärntner Landesbank aus. Der entsprechende Antrag bei der Finanzmarktaufsicht sei "eine Verhöhnung der Steuerzahler".
- 31. Die Klagenfurter Rathausfraktion des BZÖ befürwortet eine Kooperation mit der FPÖ. Vizebürgermeister Albert Gunzer hält allerdings die Aktion nur dann für legitim, wenn Uwe Scheuch als Parteichef ein Ergebnis von "80 Prozent aufwärts" erzielt. Man werde sich von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache nicht fernsteuern lassen.

Jänner 2010

- 1. Landesrat Josef Martinz (ÖVP) spricht sich nun gegen eine Landesbank aus. Nach den Erfahrungen mit der Hypo wäre eine Bankkonzession für Kärnten "unverantwortlich".
- Der Villacher Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) fordert eine Vorverlegung des Landesparteitages zur Lösung der Führungsfrage in der Kärntner SPÖ.
- In einem Interview mit der Kleinen Zeitung zum Zusammenschluss FPÖ-Kärntner BZÖ regt Claudia Haider eine Urabstimmung unter den Kärntner BZÖ-Mitgliedern an.
 - Der bayrische Ministerpräsident Horst Seelhofer (CSU) will laut Bericht der "Presse am Sonntag" vom Land Kärnten einen Betrag von 650 Millionen Euro fordern.

- 4. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) und Landesrat Josef Martinz (ÖVP) bestreiten energisch, dass beim Verkauf der Hypo-Bank auch Parteispenden geflossen sind.
- 5. Protestaktion der "Grünen Andersrum" in Klagenfurt für einen feierlichen Rahmen bei der "Homo-Ehe". Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider verspricht die Prüfung von angemessenen Alternativen.
- 7. Laut Bericht der Kleinen Zeitung wurde die lange blockierte Parteienförderung der Kärntner FPÖ Ende November beendet. Plötzlich sei die ausständige Tranche von 1,2 Millionen Euro überwiesen worden. Kurz vor dem Treffen Heinz-Christian Strache/Uwe Scheuch habe die FPÖ-Landesgruppe Kärnten davon eine Million Euro nach Wien weitergeleitet.
 - Die Junge ÖVP Kärnten spricht sich gegen den "Jugendtausender" aus.
- 8. Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider lädt Josef Bucher, Stefan Petzner und Uwe Scheuch zu einer Aussprache ein. Zwischen BZÖ und FPK wird aber kein Konsens erzielt.
- Nach einer Krisensitzung der Kärntner SPÖ in Villach kündigt Parteiobmann Reinhart Rohr seinen baldigen Rücktritt an. Der Landesparteitag soll nun vorverlegt werden.
- 10. Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) kritisiert in einem Interview mit dem "Kurier" ungewohnt scharf seinen Kärntner Amtskollegen Gerhard Dörfler (FPK).
 - In der ORF-Sendung "Im Zentrum" diskutieren Heinz-Christian Strache, Uwe Scheuch, Josef Bucher und Stefan Petzner heftig über das "dritte Lager in Österreich".
- 11. Der Parteivorstand der FPK beschließt einstimmig einen Wahlvorschlag für den Parteitag. Landeshauptmann Gerhard Dörfler ist als Stellvertreter von Parteiobmann Uwe Scheuch vorgesehen.
- 13. Peter Mitterer (FPK) übernimmt turnusmäßig für Kärnten den Vorsitz im Bundesrat.
 - Das Nachrichtenmagazin "News" veröffentlicht einen Tonbandmitschnitt, wonach Uwe Scheuch russischen Investoren Hilfe bei der Einbürgerung versprochen und eine Parteispende verlangt haben soll.
 - Der Parteitag der SPÖ zur Wahl des neuen Landesobmannes wird mit 27. März 2010 festgelegt. Am 15. Feber soll im Rahmen einer Arbeitsklausur des Parteipräsidiums eine Wahlempfehlung für den künftigen SPÖ-Chef beschlossen werden.

- 14. ÖVP-Obmann Landesrat Josef Martinz stellt wegen der Korruptionsvorwürfe gegen Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch (FPK) die Koalition in Frage.
- 15. EU-Abgeordneter Andreas Mölzer (FPÖ) äußerst sich in einem Beitrag in der Kleinen Zeitung kritisch zur Politik Jörg Haiders und des BZÖ. Die Hypo sei nur "die Spitze jenes Scherbenhaufens, den Haider hinterlassen" habe.
- 16. Die Kleine Zeitung veröffentlicht eine OGM-Umfrage, wonach die neue FPK in Kärnten nur mehr eine Zustimmung von 22 Prozent hätte. Triumph für Uwe Scheuch beim turbulenten Parteitag der FPK in Klagenfurt: Scheuch erhält bei der Obmannwahl 311 der 345 abgegebenen Delegiertenstimmen und damit eine Zustimmung von 90,15 Prozent. Als Parteichef-Stellvertreter werden LH Gerhard Dörfler, Landtagspräsident Josef Lobnig, die Landesräte Harald Dobernig und Christian Ragger, Nationalratsabgeordneter Martin Strutz sowie die Landtagsabgeordnete Wilma Warmuth gewählt. Mit offener Abstimmung werden einstimmig Abkehr vom BZÖ und Zusammenarbeit mit der Bundes-FPÖ beschlossen.
- 17. BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher präsentiert eine neue Landesgruppe für Kärnten. Obmann soll Stefan Petzner werden.
- 18. Die Kärntner ÖVP will die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FPK fortsetzen, stellt aber Bedingungen. Der Landesparteivorstand spricht Josef Martinz das Vertrauen aus.
- 19. Eine Mitgliederversammlung der Kärntner FPÖ in Krumpendorf spricht sich für die Bewahrung der Eigenständigkeit der Partei auch in Kärnten aus. Landesobmann Nationalrat Harald Jannach betont, dass Vorbehalte gegen Uwe Scheuch bestehen.
 - FPK-Landesparteiobmann Uwe Scheuch lehnt die Forderung von FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache nach Rücknahme der erhöhten Kärntner Parteienförderung ab: "In Kärnten habe ich das Sagen."
 - ÖVP-Obmann Josef Martinz spricht sich für eine Lösung der Ortstafelfrage im Jahr 2010 als "Imagekorrektur" für Kärnten aus. Eine Minderheitenfeststellung sei "kein Thema".
- 20. Der Wolfsberger Gemeinderat Ulrich Habsburg-Lothringen (Grüne) will die notwendigen 6000 Unterstützungserklärungen sammeln, um für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren zu können. Er will dann das Kandidaturverbot für Mitglieder ehemals regierender Häuser anfechten.

- 21. Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) drängt auf eine Lösung der Kärntner Ortstafelfrage bis zum Nationalfeiertag im Jahre 2010.
- 22. Landesparteiobmann Landesrat Josef Martinz legt eine vom Wirtschaftsprüfer Wolfgang Rossbacher attestierte Aufstellung über die Parteifinanzen der Kärntner Volkspartei und deren Verwendung im Zeitraum der letzten drei Jahre vor. Martinz fordert die anderen Parteien auf, ebenfalls die Finanzen offen zu legen.
- 25. Gedenkstunde der BZÖ-Spitze am Grab Jörg Haiders, der 60 Jahre alt geworden wäre.
- 26. Wolfsbergs Bürgermeister Gerhard Seifried lehnt via E-Mail an den ORF Kärnten eine Kandidatur zum SPÖ-Landesparteiobmann ab.
- 27. Landesrat Harald Dobernig kündigt gegenüber der Kronenzeitung das Aus für die Wörtherseebühne an.
- 28. Nach einer Kritik am "Haider-Kult" durch Udo Jürgens im Magazin "News" fordert FPK-Klubobmann Kurt Scheuch den Künstler auf, den Landesorden in Gold zurück zu geben.
 - 250 Teilnehmer folgen einem Anruf des "Netzwerkes gegen Armut" und demonstrieren in der Klagenfurter Innenstadt.
- 29. Rund 200 Personen nehmen an der "Freitagsdemo" der Grünen im Klagenfurter Landhaushof teil.
- 30. Zum "Gründungskonvent" des BZÖ in St. Veit kommen 222 wahlberechtigte Mitglieder aus ganz Kärnten. Josef Bucher wird mit 99,6 Prozent (221 Stimmen) zum Kärntner BZÖ-Chef gewählt. Stefan Petzner wird geschäftsführender BZÖ-Landesobmann.
 - Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) besucht die Klagenfurter Agrarmesse.
- 31. Über Einladung von Kulturlandesrat Harald Dobernig (FPK) wird im Gurker Dom eine Gedenkmesse für Jörg Haider zelebriert.

Februar 2010

- 1. Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) bezeichnet in einem Gespräch mit der Kleinen Zeitung seinen Spittaler Amtskollegen Gerhard Köfer "aus verschiedenen Gründen als keinen geeigneten Kandidaten für die SPÖ und das Land".
- 3. Der Spittaler Bürgermeister und Abgeordnete zum Nationalrat Gerhard Köfer zieht seine Bewerbung für die Funktion des Kärntner SPÖ-

- Vorsitzenden zurück, da es für "einzelne Funktionäre eine unüberwindbare Hürde ist, ihn zu unterstützen".
- 4. ÖVP-Klubchef Stephan Tauschitz verzichtet auf den Vorsitz im Hypo-Untersuchungsausschuss des Kärntner Landtages. Zum neuen Vorsitzenden wird Rolf Holub (Grüne) gewählt.
- 5. Unterschiedliche Positionen zur Erfüllung der Asylquote. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) begründet den Umstand, dass Kärnten weniger Asylanten aufnimmt, mit einem Übereinkommen aus dem Jahr 2005. Ein Sprecher des Innenministeriums bestreitet die Gültigkeit dieses Dokuments.
- 6. Der italienische Außenminister Franco Frattini erklärt in Triest, seine Regierung würde Druck auf Österreich für einen raschen Bau des Semmering- und des Koralmtunnels machen.
 - In einem Interview mit der Kronenzeitung äußert sich Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider kritisch zum Parteienzusammenschluss und zur Bezeichnung FPK.
- 7. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) kündigt im Rahmen der ORF-Pressestunde ein Sparprogramm für Kärnten an.
- Das Land K\u00e4rnten zieht den Antrag auf Erteilung einer Bankkonzession wieder zur\u00fcck.
- Die Zahl der "Zuschussgemeinden" in Kärnten wird sich heuer von 18 auf 64 erhöhen.
- 11. Gemeindereferent Landesrat Josef Martinz (ÖVP) stockt die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden um 8 Millionen Euro auf.
- 15. Das Präsidium der Kärntner SPÖ kann sich auf keinen gemeinsamen Obmannkandidaten einigen. Beim Parteitag am 27. März werden sich daher Landesrat Peter Kaiser und der Villacher Bürgermeister Helmut Manzenreiter zur Wahl stellen.
 - Kärntens FPÖ-Chef Nationalrat Harald Jannach besteht laut Kleine Zeitung auf der Eigenständigkeit seiner Landesgruppe: "Wir werden sicher nicht die Steigbügelhalter für Scheuch in Kärnten sein."
 - Landesrat Josef Martinz (ÖVP) fordert die Prüfung der Finanzen des SK Austria Kärnten im Hinblick auf den in Bayern geäußerten Verdacht, dass als Begleitung des Hypo-Verkaufs Geld an den Kärntner Bundesligisten geflossen ist.
- Die Landesregierung nimmt einstimmig Kürzungen bei der Pendlerpauschale wieder zurück.

- Aschermittwoch-Veranstaltung der Grünen mit Peter Pilz und Rolf Holub im Veranstaltungscenter der Hypo Alpe Adria Bank in Klagenfurt.
 - Kärnten verzeichnet gegenüber dem Vorjahr einen Bevölkerungsrückgang von 1397 Personen (- 0,2 Prozent).
- 18. Bischof Alois Schwarz übt bei einer Diskussion in Klagenfurt scharfe Kritik an der Landespolitik.
- 19. Landesobmann NR Harald Jannach schließt den einzigen Klagenfurter FPÖ-Gemeinderat Stefan Petschnig mündlich aus der Partei aus, weil er dem Klub der FPK-Gemeinderäte beigetreten ist.
- 20. Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) und ÖVP-Landesparteisekretär Achill Rumpold kritisieren, dass der Landespressedienst bei Aussendungen aus parteipolitischen Rücksichten Zensur ausübt.
- 22. BZÖ-Bundesobmann Josef Bucher will mit einer Volksbefragung Neuwahlen in Kärnten erzwingen.
- 24. Die Industriellenvereinigung Kärnten stellt eine Studie der Karmasin-Marktforschung vor, wonach das Image Kärntens durch die hohe Verschuldung des Landes negativ beeinflusst wird.
 - Einer Einladung der Kärntner ÖVP zu einem runden Tisch über die Senkung der Wahlkampfkosten leisten SPÖ und Grüne Folge. Die FPK lässt sich entschuldigen.
- 25. Abermals Razzia bei der Hypo Group Alpe Adria unter der Leitung von drei Staatsanwälten. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt begründet die Aktion mit fehlender Kooperationsbereitschaft der Bank.
- 26. Der Fachbeirat für Baukultur fordert die Landesregierung auf, Schritte zu Beseitigung der "schäbigen Bauruine" Wörthersee-Bühne in die Wege zu leiten.

März 2010

- 1. Der SPÖ-Landesparteivorstand beschließt Änderungen des Statuts. Künftig dürfen Bürgermeister von Gemeinden über 10.000 Einwohnern keine weitere Funktion in einer gesetzgebenden Körperschaft haben. Die 40-%-Frauenquote soll auch bei wählbaren Listenplätzen gewährleistet sein.
- 3. Nach Auszählung der Stimmen der Wirtschaftskammerwahl steht folgendes Ergebnis fest: Wirtschaftsbund 61,7 Prozent (+8,6), Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender 21,1 Prozent (-7,8), Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband 11,8 Prozent (-0,2), Grüne 4,0 Prozent (+1,0)

- und Namens- bzw. Fachlisten 1,3 Prozent (−1,6). Die Wahlbeteiligung betrug nur 35,9 Prozent gegenüber 46 Prozent vor fünf Jahren.
- 4. Nach einem Schiunfall zieht der Villacher Bürgermeister Helmut Manzenreiter auf ärztliches Anraten seine Kandidatur um den Vorsitz in der Kärntner SPÖ wieder zurück. Klubobmann Herwig Seiser und der Obmann des Wirtschaftsverbandes Leopold Sever melden nun ebenfalls ihre Bewerbungen an.
 - Abschluss einer zweitägigen Klausur der Spitzen von FPK und ÖVP. Für Ende März wird eine "Budget-Fastenwoche" angekündigt.
- Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) erläutert im Rahmen einer Pressekonferenz in München seine Sicht des Hypo-Deals.
 - Die Klagenfurter Sportpark GmbH legt die Zahlen für die Fertigstellung des Fußballstadions in der derzeitigen Größe vor. Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) fordert nun den Rückbau.
- 6. Nun verlangt auch ÖVP-Landesobmann LR Josef Martinz den Rückbau des Klagenfurter Fußballstadions.
- 8. Mit einer Veranstaltung im Landesarchiv wird in Klagenfurt der "Frauentag" begangen.
 - EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger (ÖVP) qualifiziert die nur aus Männern bestehende Kärntner Landesregierung als "mittelalterlich".
- 9. Überraschend wird am Rande einer Pressekonferenz in Laibach bekannt, dass das Präsidium des Rates der Kärntner Slowenen die Auflösung dieser Volksgruppenorganisation beschlossen hat. Die Entscheidung muss noch durch den "Volksgruppentag" bestätigt werden.
- 10. Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft zu einem zweitägigen Kärnten-Besuch ein.
- 11. Auf Grund der Diskussionen über Vorfälle innerhalb der katholischen Kirche richtet das Land Kärnten eine Ombudsstelle für jugendliche Missbrauchsopfer sowohl im kirchlichen als auch im weltlichen Bereich ein.
- 14. In Klagenfurt wird die Tourismusfachmesse "Gast 2010" eröffnet.
 - Der amtierende Präsident des Bundesrates, Peter Mitterer (FPK), trifft sich zu Wirtschaftsgesprächen mit dem Präsidenten des slowenischen Staatsrates, Blaz Kavčič.
- 15. Durch die Schließung der Schuhfabrik Gabor in Spittal an der Drau verlieren 170 Mitarbeiter mit Jahresende ihren Arbeitsplatz.

- 16. Sloweniens Außenminister Samuel Zlogar spricht sich bei einem Treffen in Wien mit dem österreichischen Außenminister Michael Spindelegger für eine einheitliche Vertretung der Kärntner Slowenen aus.
- 17. Rat-Obmann Karel Smolle kritisiert die Kürzung der Förderung aus Slowenien und wirft anderen Volksgruppenorganisationen "Korruption" vor.
- 18. Der Landtag beschließt mit der Mehrheit von FPK und ÖVP eine Verschärfung des Kärntner Grundversorgungsgesetzes. Asylwerber können demnach nicht mehr die ihnen zugewiesenen Quartiere ablehnen.
- 19. BZÖ-Obmann Josef Bucher fordert die Kärntner Parteien zur Rücknahme der "skandalösen Erhöhung" der Parteienförderung auf.
- 22. Der Spittaler Bürgermeister und NR-Abgeordnete Gerhard Köfer gibt in einem Exklusivinterview mit der "Woche" bekannt, dass auch er für den Parteivorsitz der SPÖ in den Ring steigen wird.
 - In Klagenfurt beginnt der "Budget-Konvent" der Landesregierung. Die SPÖ-Regierungsmitglieder beklagen sich, dass sie nur eine Einladung zur "stundenweisen Teilnahme" erhalten hätten.
- 24. Der Hypo-Untersuchungsausschuss des Kärntner Landtages nimmt seine Arbeit auf.
 - Der Aufsichtsrat der Hypo Group Alpe Adria bestellt Gottwald Kranebitter zum neuen Vorstandsvorsitzenden.
 - Der Rat der Kärntner Slowenen fordert nun auch den Kärntner Heimatdienst auf, sich aufzulösen und sein Vermögen an slowenische Einrichtungen zu übertragen.
- 25. Sloweniens Botschafter in Wien, Aleksander Gerzina, erwartet heuer eine Lösung in der Kärntner Ortstafelfrage. Slowenien werde andernfalls seine bilateralen Beziehungen neu definieren müssen.
- 26. Landesrat Josef Martinz (ÖVP) gibt als Ergebnis des "Budget-Konvents" die Einsparung von 53 Millionen Euro für das Budget 2011 bekannt. Die FPK-ÖVP-Koalition fixiert ab dem nächsten Jahr auch die Rücknahme der Erhöhung der Parteienförderung.
- 27. Bei dem mit Spannung erwarteten Landesparteitag der SPÖ gibt es bei der Wahl des neuen Parteichefs eine klare Entscheidung: Landesrat Peter Kaiser setzt sich mit 78,83 Prozent gleich im ersten Wahlgang gegen seine Mitbewerber Herwig Seiser (17,88 Prozent) und Leopold Sever (3,75 Prozent) durch. Gerhard Köfer verfehlt mit nur 59,73 Prozent der Delegiertenstimmen die zur verspäteten Kandidatur notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit. Für ihn sowie für Maria-Luise

- Matthiaschitz und Helmut Manzenreiter gibt es bei der Wahl in den Parteivorstand Streichungen.
- 29. Wirtschaftskammer-Präsident Franz Pacher zeigt sich im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ÖVP-Obmann Josef Martinz mit den Ergebnissen des Budget-Konvents zufrieden.
 - Der Volksgruppentag des Rates der Kärntner Slowenen lehnt die von seinem Präsidium geforderte Selbstauflösung der Organisation ab.
- 31. Der Antrag des Abgeordneten Rudolf Schober (SPÖ), ein Gutachten über den Imageverlust des Landes in Auftrag zu geben, findet im Tourismusausschuss des Landtages keine Zustimmung von FPK und ÖVP.

April 2010

- 1. Diskussionen über den Neubau des Aussichtsturmes auf dem Pyramidenkogel. Der Landesrechnungshof verspricht eine rasche Prüfung.
- 2. Landesrat Josef Martinz (ÖVP) reagiert auf die Proteste gegen die geplante Schließung der landwirtschaftlichen Fachschule Eberndorf mit der Ankündigung eines "Schulgipfels".
- 4. Der frühere ÖVP-Landeshauptmann-Stellvertreter Herbert Bacher feiert seinen 80. Geburtstag.
- 6. Personelle Weichenstellungen bei der Klausur des neuen SPÖ-Landesvorstandes in Velden: Peter Kaiser wird Landeshauptmann-Stellvertreter, Reinhart Rohr wechselt als Klubchef in den Landtag. Neue Landesrätin wird die Villacher Ärztin Beate Prettner. Zu Stellvertretern des Landesparteiobmannes werden Ana Blatnik, Günther Goach, Jakob Strauß, Herwig Seiser und Gerhard Köfer bestellt.
- 7. Die Landesregierung beschließt nun doch eine Gehaltserhöhung für den Landesdienst in der Höhe von 0,6 Prozent ab 1. April 2010.
- Kärnten-Besuch der FPÖ-Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz.
- 9. Stefan Petzner legt seine Funktion als Bundesgeschäftsführer des BZÖ zurück und will sich künftig auf Kärnten konzentrieren.
- ÖVP-Bundesrat Karl Petritz feiert sein 25-Jahr-Jubiläum als Bürgermeister von Steuerberg.
- Die Umfahrung Völkermarkt mit dem 1134 Meter langen Lilienbergtunnel wird eröffnet.
- 12. Beate Prettner wird im Landtag als neue SPÖ-Landesrätin angelobt.

- Der "Kärnten-Tag" von Bundespräsidentschafts-Kandidat Rudolf Gehring bleibt in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet.
- 13. LHStv. Peter Kaiser (SPÖ) schlägt die Installierung einer Ethikkommission für die Landespolitik vor.
- 15. Bundespräsident Heinz Fischer kommt im Rahmen des Wahlkampfes nach Kärnten. Er erwartet für sich auch in diesem Bundesland eine absolute Mehrheit.
 - Die Rating-Agentur Moody's setzt die Einstufung der Bonität für die vom Land Kärnten garantierten Schulden der Hypo-Bank herab und begründet dies mit einer schlechteren Kreditwürdigkeit des Landes.
- 18. Der ehemalige FPÖ-Politiker Mathias Reichold berät nun "auf informeller Ebene" den Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider.
- 19. Bürgermeister Christian Scheider (FPK) suspendiert den Klagenfurter Magistratsdirektor Peter Jost wegen "schwerwiegender Dienstverletzung und Vertrauensbruch".
- 20. Magistratsdirektor Peter Jost weigert sich, seine Suspendierung anzuerkennen.
 - Valentin Inzko, der Hohe Beauftragte für Bosnien, ist als neuer Obmann beim Rat der Kärntner Slowenen im Gespräch.
- 21. Gemeindereferent Landesrat Josef Martinz (ÖVP) einigt sich mit den Vertretern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten auf eine Reform des Dienstrechtes. Ab Jänner 2011 wird es keine Pragmatisierungen mehr geben.
- 24. Trauer um den Exbürgermeister von Grafenstein Valentin Deutschmann. Der frühere ÖVP-Nationalrat und längstdienende österreichische Bürgermeister stirbt in seinem Heimatort.
 - Der Kärntner Heimatdienst feiert mit einem Festakt im Wappensaal des Landhauses sein 90-Jahr-Jubiläum.
- 25. Das vorläufige Ergebnis der Bundespräsidentenwahl in Kärnten: Die Wahlbeteiligung betrug nur 46,4 Prozent. Von den gültigen Stimmen entfallen 73,4 Prozent auf Heinz Fischer, 30,8 Prozent auf Barbara Rosenkranz und 5,8 Prozent auf Rudolf Gehring.
- 27. Das Land Kärnten bietet wieder Darlehen der Wohnbauförderung zum Kauf an. Finanzreferent Landesrat Harald Dobernig (FPK) erwartet einen Erlös von 60 Millionen Euro.
- 28. Die ÖVP-interne Kritik-Plattform mit dem früheren Nationalratsabgeordneten Klaus Auer fordert die Beendigung der Kärntner Regierungskoalition und Erneuerungen an der Parteispitze.

- Im Rahmen seines Kärnten-Tages erteilt ÖVP-Bundesobmann Vizekanzler Josef Pröll bei einer Pressekonferenz in Klagenfurt den Forderungen der Parteikritiker eine Absage.
 - Der Kärntner Landtag beschließt einstimmig die Forderung nach einer lückenlosen Aufklärung der Sprengstoffanschläge der 1970er-Jahre. Der entsprechende Antrag wurde von der FPK eingebracht.
- 30. Die von den Grünen, der KPÖ und weiteren Organisationen seit Dezember 2009 veranstalteten "Freitagsdemos" gegen die Regierungskoalition werden nicht mehr fortgesetzt.

Mai 2010

- 1. Die Kärntner SPÖ begeht den 1. Mai mit ihrer traditionellen Veranstaltung in Völkermarkt.
- 3. Antonia Gössinger, die Politik-Chefin der "Kleinen Zeitung", wird in Wien mit dem Concordia-Preis für Pressefreiheit ausgezeichnet.
- 4. Streit um die Finanzierung des Festprogramms zur 10.-Oktober-Feier in der Landesregierung. Achill Rumpold (ÖVP) verlangt, dass die Kosten unter einer Million Euro liegen müssen.
- Peter Jost wird in einer nicht öffentlichen Sitzung des Klagenfurter Gemeinderates von seiner Funktion als Magistratsdirektor abberufen. Die ÖVP-Fraktion zieht – mit Ausnahme einer Gemeinderätin – als Protest aus der Sitzung aus.
- Kärntens ÖGB-Chef Hermann Lipitsch wird mit 98 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum Vorsitzenden der Teilgewerkschaft Vida gewählt.
- 8. Mit einem Festakt vor 600 geladenen Gästen wird das neue LKH Klagenfurt eröffnet.
- An den Gedenkfeiern anlässlich des 65. Jahrestages des Massakers am Loibacher Feld bei Bleiburg nimmt auch die kroatische Ministerpräsidentin Jadranka Kosor teil.
- 11. Eine Aussprache der ÖVP-Parteispitze mit den Kritikern um Ex-Nationalrat Klaus Auer in Klagenfurt bringt kein konkretes Ergebnis. WK-Obmann Franz Pacher mahnt, dass Kärnten derzeit "andere Sorgen als parteiinterne Debatten" habe.
- 13. Das GTI-Treffen in Reifnitz bringt auch Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates von Volkswagen, Audi, Seat und Škoda nach Kärnten.

- Landesrat Josef Martinz und VP-Klubobmann Stephan Tauschitz nehmen im slowenischen Liescha an der Gedenkfeier an die im Mai 1945 verschleppten und ermordeten Kärntner teil.
- 14. Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet unter Berufung auf bayrische Regierungskreise, dass der Freistaat Bayern gegen das Land Kärnten Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe prüfe.
 - Laut Finanzlandesrat Harald Dobernig (FPK) beträgt die Gesamtverschuldung des Landes 2,13 Milliarden Euro.
- 16. Der Geschäftsführer der Kärntner Tourismusholding und frühere Büroleiter von Ex-Landesrat Karl Pfeifenberger, Friedrich Morri, erklärt gegenüber der Kleinen Zeitung, dass das "Projekt Tibethotel russischer Investoren gestorben" sei.
- 17. Finanzlandesrat Harald Dobernig (FPK) dementiert die Aussage Morris. Das Projekt in Hüttenberg sei "wohlauf".
- Dieter Platzer wird in der Sitzung der Landesregierung zum Landesamtsdirektor von Kärnten bestellt. Gegen die Stimmen der SPÖ beschließt die Landesregierung den Landesrechnungsabschluss für das Jahr 2009.
 - Bei der Wahl zum Präsidenten der Wirtschaftskammer Kammer stimmen 69 der Delegierten des "Wirtschaftsparlaments" für Franz Pacher. Sein Gegenkandidat der Grünen, Albrecht Grießhammer, kommt nur auf zwei Stimmen.
- 19. In Klagenfurt beginnt eine zweitägige Landeshauptleutekonferenz.
- 21. Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) erhält für ihren Vorstoß "Gymnasium für alle" Zustimmung aus Kärnten durch die Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch (FPK) und Peter Kaiser (SPÖ).
 - SPÖ-Obmann LHStv. Peter Kaiser kritisiert die Eigenwerbung von FPK-Chef Uwe Scheuch in Kärntens Pflichtschulen.
- 22. FPK-Klubobmann Kurt Scheuch fordert die lückenlose Aufklärung der Sprengstoffanschläge in den 1970er-Jahren. Bis dahin sei die "Ortstafelfrage aufs Eis zu legen".
- 25. ÖVP-Obmann Landesrat Josef Martinz reagiert auf seine Kritiker. Laut Beschluss des Parteivorstandes findet der erst im Herbst vorgesehene Landesparteitag bereits am 26. Juni statt.
- 26. Bundespräsident Heinz Fischer kommt zur Eröffnung des 60. Städtetages nach Villach.

- 27. In einem von allen Regierungsmitgliedern unterzeichneten Brief an Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) protestiert das Land Kärnten gegen geplante Kürzungen beim Bau des Koralmtunnels.
- 31. In Villach beginnt ein dreitägiges "Fest gegen Korruption", veranstaltet vom "Verein des Neuen Kärnten".

Der Vorstand der Kärntner Landesholding lehnt in der Causa Hypo-Verkauf Gespräche mit der Bayern-Landesbank ab und prüft eine Schadenersatzklage gegen Bayern.

Juni 2010

Diskussion um Einsparungen bei den Landeskrankenanstalten. Nachdem die FPK-ÖVP-Koalition der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft für 2011 im Stellenplan eine Reduktion um 107 Dienstposten vorgeschrieben hat, sorgt sich Gesundheitsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser (SPÖ) um die Betreuungs- und Versorgungsqualität.

Angelika Mlinar, Generalsekretärin des Rates der Kärntner Slowenen mit Wohnsitz in Wien, wird Spitzenkandidatin des Liberalen Forums bei den Gemeinderatswahlen in der Bundeshauptstadt.

Die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten war im Mai 2010 um 7,9 Prozent niedriger als im Vorjahr.

- 4. In Seeboden beginnt ein dreitägiger Zukunftskongress der Kärntner Jungen ÖVP.
 - Der Bürgermeister von Diex, Anton Polessnig (ÖVP), kritisiert, dass seine Gemeinde noch immer auf die Auszahlung der "Abstimmungsspende 2005" warte. Der Bund sollte künftig Abstimmungsspenden nicht an das Land, sondern direkt an die Südkärntner Gemeinden auszahlen.
- 5. Stefan Petzner (BZÖ) bemängelt, dass Landesrat Christian Ragger (FPK) seine Beteiligung an der Rechtsanwaltskanzlei in Wolfsberg nicht dem Landtag gemeldet habe.
 - Nach einer Übersiedlungsaktion der über 500 Patienten nimmt das "LKH neu" in Klagenfurt seinen Betrieb auf.
- Die kritische ÖVP-Plattform "Schwarz bewegt" will beim Landesparteitag der Volkspartei den ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat Klaus Auer als Kandidaten für den Parteiobmann ins Rennen schicken.

- 8. Auf die Forderung von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ), kleine Krankenhäuser zu schließen, antwortet Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser (SPÖ) mit einer "Standorte-Garantie" für Kärntens Spitäler.
- 10. Treffen der früheren ÖVP-Landeshauptleute in St. Georgen am Längsee. Christof Zernatto spricht sich gegen die derzeitige Koalition mit der FPK aus.
- 11. Die Klubobleute der ÖVP tagen in Pörtschach. Karlheinz Kopf erklärt, dass eine Lösung in der Ortstafelproblematik ohne Zustimmung der FPK nicht in Frage komme.
- 12. Diskussionen um den ungeklärten Verbleib von 190.000 Euro aus dem verbliebenen Budget eines russischen Geldgebers für die Formel-1-Karriere des Rennfahrers Patrick Friesacher.
- 14. ÖVP-Landesparteisekretär Achill Rumpold tritt für eine Abschaffung der Konzentrationsregierung in Kärnten ein.
- 15. Der Landesschulrat setzt eine Arbeitsgruppe ein, die Verbesserungsvorschläge beim Objektivierungsverfahren für die Bestellung von Schuldirektoren erarbeiten soll.
- 17. Das Nachrichtenmagazin "Format" berichtet, dass die Kärntner Tourismusholding 300.000 Euro in Fonds des Milliarden-Betrügers Bernard Madoff verzockt hat und nun die Bank Austria auf Schadenersatz verklagt.
- 18. Feierstunde zum 40-Jahr-Jubiläum der Gründung der Universität Klagenfurt.
- 20. Am "Tag des Kampfes gegen den Faschismus" besucht Kroatiens Staatspräsident Ivo Josipovic die Stationen des Leidensweges der kurz nach dem 2. Weltkrieg von den Tito-Truppen in den Tod getriebenen Kroaten und legt auch an der Gedenkstätte am Loibacher Feld bei Bleiburg einen Kranz nieder.
 - Der "Volksgruppentag" des Rates der Kärntner Slowenen wählt Valentin Inzko zum neuen Obmann.
- 22. Heinz-Christian Strache und Uwe Scheuch einigen sich in Klagenfurt auf eine enge Kooperation von FPÖ und FPK, die nun mit Mehrheitsbeschluss auch von der Landesgruppe der FPÖ abgesegnet wird. FPÖ-Landesobmann Harald Jannach tritt aus Protest zurück, will aber im Nationalrat verbleiben.
- 23. Erst um 19 Uhr beginnt eine von der SPÖ beantragte Sondersitzung des Landtages zu den Themen Budget 2011 und Hypo. Beschlossen

- wird nur eine neuerliche Nullrunde für die Bezüge der Landes- und Gemeindepolitiker.
- 25. Landeshauptmann Gerhard Dörfler nimmt gemeinsam mit Bundeskanzler Werner Faymann, Ministerin Doris Bures und seinem steirischen Amtskollegen Franz Voves an einer "Baustellenbesichtigung" beim Koralmtunnel in der Steiermark teil.
- 26. Beim vorgezogenen Landesparteitag der ÖVP setzt sich Landesrat Josef Martinz durch. Bei der Wahl zum Landesparteiobmann stimmen 382 Delegierte (90,3 Prozent) für Martinz. Sein Gegenkandidat Klaus Auer kann nur 41 Stimmen für sich verbuchen. 14 Stimmen waren ungültig. Martin Gruber, Michael Krall, Barbara Kogler, Markus Malle, Julia Schaar und Karl Petritz werden in den verjüngten Parteivorstand gewählt.
- 28. Auf Grund des Kooperationsvertrages zwischen FPÖ und FPK werden Andreas Mölzer, der geschäftsführende FPÖ-Landesobmann Christian Leyroutz und dessen Stellvertreter Bernd Brandner in den FPK-Vorstand kooptiert.
 - Diskussionen über den Fortbestand der im SPÖ-Eigentum stehenden Kärntner Druckerei. Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser spricht von 50 notwendigen Kündigungen.

Juli 2010

- Der ORF Kärnten zitiert die Berechnung eines Personalvertreters des Landes, wonach die siebenköpfige Landesregierung im Jahr 2009 zehn Millionen Euro für Eigenwerbung ausgegeben hat.
 - Landeshauptmann Gerhard Dörfler besucht an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation Bosnien-Herzegowina.
 - Der Arbeitsmarkt hat sich nach der Krise in Kärnten kräftiger erholt als im Österreich-Schnitt. Der Rückgang an Arbeitslosen betrug im Juni 10,9 Prozent.
- Die Landesräte Harald Dobernig (FPK) und Josef Martinz (ÖVP) präsentieren im Spiegelsaal der Landesregierung die Eckdaten zum Landesbudget 2011.
- Der Rechnungshof äußert Zweifel an der Refinanzierung des "LKHneu".
- Rund 700 Mitarbeiter des LKH demonstrieren im Landhaushof gegen das von FPK und ÖVP geplante neue Kabeg-Gesetz.

- 7. Heftiger Schlagaustausch zum strittigen Kabeg-Gesetz. SPÖ, Grüne, Bürgermeister der Standortgemeinden und Belegschaftsvertreter lehnen den Entwurf ab.
- 8. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) erklärt gegenüber dem Kurier, dass er sich zweisprachige Ortstafeln vorstellen könne, wenn sich in einem Ort ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung dafür ausspricht. FPK-Parteichef Uwe Scheuch sagt, dass dies nicht Parteimeinung sei, und beharrt auf einer Minderheitenfeststellung.
 - Der Kärntner Landtag beschließt nach langen Debatten mit den Stimmen von FPK und ÖVP die Novelle zum Kabeg-Gesetz. Zentralbetriebsratsobmann Arnold Auer sieht vorerst von weiteren Kampfmaßnahmen ab, weil "auf Vorschlag der Belegschaft Änderungen vorgenommen wurden".
- 9. Landeshauptmann Gerhard Dörfler stellt sich in München einer Befragung durch den Hypo-Untersuchungsausschuss des bayrischen Landtages.
 - Der Verfassungsgerichtshof findet auch die kleinen Zusatztafeln für die slowenischen Ortsnamen verfassungswidrig.
- 12. Der Bundesvorstand der FPÖ tagt im Schlosshotel Velden. Die kooptierten Mitglieder Landeshauptmann Gerhard Dörfler und Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch können aus Termingründen nicht teilnehmen.
- 13. Über Auftrag von Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) werden nun in Bleiburg, Ebersdorf und Schwabegg korrekte zweisprachige Ortstafeln montiert.
- 15. Der Gemeinderat von Feldkirchen fordert die Wiedereinführung von Studiengebühren an der Fachhochschule Kärnten.
- 16. ÖVP-Obmann Landesrat Josef Martinz bekennt sich in der Ortstafelfrage zum Konsens aus dem Jahr 2006 mit 141 zweisprachig beschrifteten Ortschaften.
 - Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) weist die Landesschulräte an, bei der Erstellung von Dreiervorschlägen für Direktorenstellen keine Reihung mehr vorzunehmen.
- 19. Die Grünen verlieren in der Oberkärntner Bezirksstadt ihren einzigen Gemeinderat: Roland Mathiesl, der schon zu Beginn der Gemeinderatsperiode mit der SPÖ ein Arbeitsübereinkommen geschlossen hatte, teilt in einer Presseaussendung mit, dass "die Grüne Gemeinderatsfraktion der Stadt Spittal der eigenen Partei den Rücken kehrt".

- 20. Der Grazer Universitätsprofessor Dieter Mandl, der 2008 nur drei Monate im LKH als Spitalsmanager tätig war, macht im anhängigen Zivilprozess ein Vergleichsangebot in der Höhe von 750.000 Euro.
- 21. Klubobmann Kurt Scheuch (FPK) spricht sich im Rahmen einer Pressekonferenz gegen das von der ÖVP für die Landesregierung vorgeschlagene Koalitionsmodell aus.
- 22. Diskussion in der Basis der Kärntner FPÖ über die Kooperation mit der FPK. Der geschäftsführende Parteiobmann Christian Leyroutz kündigt dazu einen Parteitag für den 14. November an.
- Im Konkursverfahren gegen den Fußballklub Austria Kärnten werden Forderungen in der Höhe von insgesamt sieben Millionen Euro angemeldet.
- 27. Der Landesrechnungshof kritisiert den hohen Zinsaufwand bei der Finanzierung von Kärntner Straßenbauprojekten.
 - Landesrat Josef Martinz (ÖVP) fordert die Einbindung des Kärntner Heimatdienstes in die Vorbereitungen zu den 10.-Oktober-Feiern.
- 28. FPÖ-Bundesobmann Heinz-Christian Strache und BZÖ-Funktionär Gerald Grosz dementierten Berichte, dass bei Privatisierungen unter dem damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser systematisch Geld zu Parteien geflossen sei.
 - Die Kärntner FPÖ-Funktionäre Werner Maichin und Fritz Gitschthaler bringen einen Antrag auf rasche Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages mit Neuwahlen ein, der von 65 der 120 Delegierten unterschrieben ist. Parteiobmann Christian Leyroutz will aber am Termin 14. November festhalten.
- 29. Nach Bekanntwerden eines 60.000-Euro-Beratervertrages zwischen der Hypo und Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer berichtet EU-Abgeordneter Andreas Mölzer (FPÖ) auch über Interventionen Gusenbauers im Herbst 2009 im blauen Parlamentsklub.
- Villachs Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ) verteidigt eine Förderung der Stadt für das Museum "REM" gegen kritische Angriffe aus den Reihen der FPK.
- 31. Heftige Diskussionen gibt es zu einen Bericht im Nachrichtenmagazin Profil, wonach die Fahnder in der Buwog- und Hypo-Affäre in Liechtenstein auf Konten in der Höhe von fünf Millionen Euro gestoßen seien, die dem verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider zuzurechnen sind.

August 2010

- 1. Die Zeitung "Österreich" behauptet, Rechnungshofpräsident Josef Moser früher Direktor des FPÖ-Parlamentsclubs sei einer der Zeichnungsberechtigten für die zwölf Haider-Konten in Liechtenstein gewesen. Moser dementiert und droht mit rechtlichen Schritten.
- 2. Die Staatsanwaltschaft in Vaduz stellt fest, dass in Liechtenstein keine Haider-Konten gefunden worden sind.
- 3. In einem Interview mit der Kronenzeitung erklärt Justizministerin Claudia Bandion-Ortner, dass es keine Beweise für Haider-Konten im Ausland gibt.
- 9. Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser (SPÖ) fordert ein Maßnahmenpaket, um der Abwanderung zu begegnen. Seine Partei plant dazu eine Enquete im Landtag.
- 10. Bei einer Gedenkfeier des Kärntner Abwehrkämpferbundes bezeichnet Landesrat Harald Dobernig (FPK) das Vorgehen der Konsensgruppe als "absolut entbehrlich".
 - Die Klagenfurter Grünen fordern eine Änderung des Stadtrechtes. Mitglieder des Stadtsenats sollen keinen zusätzlichen Erwerbstätigkeiten nachgehen dürfen.
- 11. Der frühere Bundesminister und Landeshauptmann-Stellvertreter Erwin Frühbauer stirbt im 85. Lebensjahr in Villach.
- 13. Knalleffekt in der Causa Hypo: Ex-Vorstand Wolfgang Kulterer wird wegen Untreueverdachts verhaftet.
 - Gedenkfeier in Kötschach-Mauthen für den früheren Bundeskanzler Josef Klaus, der seinen 100. Geburtstag begangen hätte.
- 14. Über Wolfgang Kulterer wird die Untersuchungshaft verhängt.
- 17. Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) sondiert in Kärnten in der Ortstafelfrage. Zur Koordinierung ihrer gemeinsamen Positionen sitzen nach drei Jahren die drei Obleute der Volksgruppenorganisationen wieder an einem Tisch.
- 18. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ersucht das Parlament um die Auslieferung des Kärntner BZÖ-Chefs Stefan Petzner im Zusammenhang mit der vor der Landtagswahl 2009 versendeten Hochglanzbroschüre.
- 19. Greenpeace demonstriert am Klagenfurter Neuen Platz gegen geplante italienische Atomkraftwerke nahe der Kärntner Grenze.
 - Im Vorfeld der Landarbeiterkammerwahl gibt es Kontroversen um die Höhe des Verwaltungsbeitrags des Landes.

- 20. In einer Sondersitzung beschließt die Landesregierung einstimmig eine Pensionsreform für den öffentlichen Dienst.
- 23. In einem APA-Interview spricht sich SPÖ-Obmann Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser für eine "Soko-Kärnten" aus, damit "das System Haider schonungslos aufgeklärt wird".
- 24. Landesrat Christian Ragger (FPK) betont, er werde als zuständiges Mitglied der Landesregierung "jeden baurechtlich möglichen Widerstand" gegen die Errichtung von Minaretten leisten.
- Die Korruptionsstaatsanwaltschaft will die missbräuchliche Verwendung von Kärntner Gemeindezeitungen zur Parteiwerbung untersuchen.
- 29. Landesrat Christian Ragger (FPK) startet in Globasnitz ein gemeinsames Projekt der Behindertenbetreuung für Kärntner und Slowenen.
- 31. Klagenfurts Bürgermeister Christian Scheider schlägt seinen Bad Kleinkirchheimer Amtskollegen Matthias Krenn als neuen Messe-Präsidenten vor.
 - ÖVP-Obmann Landesrat Josef Martinz verlangt, dass das Land Kärnten die Bayern-Landesbank auf Schadenersatz klagen soll.

September 2010

- 1. Kritik von SPÖ und Grünen an der geplanten Bestellung des Bad Kleinkirchheimer FPK-Bürgermeisters Matthias Kren zum neuen Präsidenten der Klagenfurter Messe.
- 3. Im Klagenfurter Stadtsenat zeichnet sich keine Mehrheit für die Bestellung von Matthias Krenn zum Messe-Präsidenten ab. Vizebürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ), Stadtrat Peter Steinkellner (ÖVP) und Stadträtin Andrea Wulz (Grüne) verweigern ihre Zustimmung.
 - Der Kärntner Heimatdienst sagt seine Teilnahme an den offiziellen 10.-Okober-Feiern ab. Anlass ist die Nominierung des früheren SPÖ-Landeshauptmannstellvertreters Rudolf Gallob als Sprecher der Heimatverbände in der Ortstafelfrage.
- 4. Kulturreferent Landesrat Harald Dobernig (FPK) hält die Absage des KHD für ein Zeichen der "Abgehobenheit und Selbstgefälligkeit des Herrn Feldner".
- 7. Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch (FPK) legt ein Konzept über eine Reform des Schulwesens vor. Durch die Zusammenlegung

- von Landesschulrat und Schulabteilung beim Amt der Kärntner Landesregierung sollen jährlich drei Millionen Euro eingespart werden.
- 9. Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) wirbt in Venedig für die Baltisch-Adriatische Achse und für das Logistikzentrum "Alplog" in Fürnitz als "Hinterland-Hub" für die oberadriatischen Häfen.
- 12. Wirtschaftskammer-Präsident Franz Pacher schlägt vor, dass die Stadt Klagenfurt ihren 48-Prozent-Anteil an der Messebetriebsgesellschaft an die Wirtschaft abgibt.
 - Die Kärntnerin Eva Glawischnig wird beim Bundeskongress der Grünen in Graz mit einer Zustimmung von 96 Prozent wieder zur Bundessprecherin gewählt.
- 14. FPK und ÖVP beschließen in der Sitzung der Landesregierung wesentliche Einschränkungen bei der Zuständigkeit von Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser (SPÖ).
 - Die Landesregierung stellt einstimmig die Weichen für den Bau des Gaskraftwerkes in Ebenthal.
 - Der Finanzierungsbeschluss des Gemeinderates von Keutschach für den Aussichtsturm auf dem Pyramidenkogel ist laut Gemeindereferent Landesrat Josef Martinz (ÖVP) ungültig, da bei der Abstimmung nicht genügend Gemeinderäte anwesend waren.
- 15. Die Kärntner SPÖ will der FPK-ÖVP-Regierungskoalition ein Schattenkabinett gegenüberstellen.
- 16. Das Ergebnis der Briefwahl zur Landarbeiterkammer: Wahlberechtigt waren 3.913 Personen, gegenüber 2.900 vor fünf Jahren. Die Wahlbeteiligung betrug 47,7 Prozent. ÖAAB: 60,4 Prozent (-2,0), FSG: 26,9 Prozent (+1,3), Freiheitliche und Unabhängige: 12,7 Prozent (+0,7). Für die Vollversammlung stellt der ÖAAB 13 (-1), die FSG sechs (+1), Freiheitliche und Unabhängige wie bisher zwei Kammerräte.
 - Landesrat Josef Martinz (ÖVP) will das vom Villacher VP-Stadtrat Peter Weidinger konzipierte Projekt "City-Streife" auf ganz Kärnten ausweiten.
- 17. Kärntens Grünen-Chef Rolf Holub untersucht gemeinsam mit Peter Pilz in Kroatien aufklärungsbedürftige Tourismusprojekte der Hypo.
- 19. Das vom Ulrichsberg zum Herzogstuhl verlegte 50. Heimkehrertreffen verläuft ohne Zwischenfälle.
- Klagenfurts Parteien und die Wirtschaftskammer einigen sich auf Rechtsanwalt Gerd Seeber als neuen Präsidenten der Kärntner Messen.

- 23. Erfolg der Fraktion Christlicher Gewerkschafter bei den Personalvertretungswahlen der Post: FCG: 606 Stimmen und 52,65 Prozent (+12,13). FSG: 545 Stimmen und 47,35 Prozent (-9,04). FCG-Spitzenkandidat Bernhard Koppitsch löst damit Helmut Omotta (Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter) als Obmann des Post-Personalausschusses ab.
- 24. Die SPÖ verkauft ihre Anteile an der Kärntner Druckerei an den steirischen Investor Alfred Anawitt.
- 28. Für Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) ist ab einem slowenischsprachigen Bevölkerungsanteil von zehn Prozent in der Gesamtgemeinde die Grundlage für das Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln gegeben.
- Trotz Protestaktionen von über 1.000 Landes- und Gemeindebeamten beschließt der Landtag mit den Stimmen von FPK und ÖVP eine verschärfte Pensionsreform.

Oktober 2010

- 1. Die 30-jährige Juristin Claudia Koroschetz wird zur neuen Magistratsdirektorin der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee bestellt.
- Die Belegschaft der Kärntner Tageszeitung wendet sich in einem offenen Brief an die "Mächtigen im Land" und protestiert gegen den Versuch, die Zeitung "totzureden".
- 5. Pressekonferenz des Landeshauptmannes in Wien. Gerhard Dörfler hofft auf eine baldige Lösung der Ortstafelfrage und hält dabei sowohl eine Minderheitenfeststellung als auch eine "Öffnungsklausel" für nicht mehrheitsfähig.
 - Die Bundesregierung beschließt für das Jubiläumsjahr 2010 eine "Abstimmungsspende" in der Höhe von vier Millionen Euro.
- 8. Beim 10.-Oktober-Festakt im Wappensaal des Landhauses hält Valentin Inzko die Festrede für die Kärntner Slowenen. Friauls Regionspräsident Renzo Tondo übermittelt eine Grußbotschaft. Höchster Vertreter der Bundespolitik ist der Dritte Nationalratspräsident Martin Graf.
- 10. Abschluss und Höhepunkt der Feiern zum 90-Jahr-Jubiläum: 16.000 Kärntnerinnen und Kärntner nehmen am Festzug durch die Landeshauptstadt teil. Auf der Ehrentribüne auch Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Umweltminister Niki Berlakovich.

- 11. Landeshauptmannstellvertreter Uwe Scheuch (FPK) kritisiert Valentin Inzko: Mit seiner Rede im Landhaus habe Inzko der slowenischen Volksgruppe einen Bärendienst erwiesen.
 - Bei der konstituierenden Vollversammlung der Landarbeiterkammer wird Harald Sucher (ÖAAB) als Präsident wiedergewählt und von Landeshauptmann Gerhard Dörfler angelobt.
- 12. Die Kleine Zeitung berichtet über einen Rohbericht des Landesrechnungshofes zur Fußball-EM 2008. Demnach seien 20,7 Millionen Euro Steuergelder ohne nachhaltigen Effekt verschwendet worden.
- 13. Der frühere bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber weist vor dem Münchner Untersuchungsausschuss zum Hypo-Desaster jede Verantwortung zurück. Er habe auch nie Jörg Haider getroffen.
 - Der Unternehmer Hansjörg Berger ist ab sofort Alleineigentümer der Kärntner Tageszeitung. Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser begründet die Abgabe der SPÖ-Anteile mit der Einstellung der Landespresseförderung.
- 17. WIFO-Chef Karl Aiginger fordert im Rahmen der ORF-Pressestunde, den Bau des "schwarz-blauen Gedächtnisstollens Koralmtunnel" einzustellen. Trotz der bereits angefallenen Kosten von einer Milliarde Euro sei "ein Ende mit Schrecken" besser.
- 18. Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon teilt mit, dass eine Wiener Rechtsanwaltskanzlei in der Hypo-Angelegenheit Schadenersatzklagen gegen Kärnten vorbereite. Es gehe um Verstöße gegen das Bilanzrecht.
- 19. FPÖ-Landesobmann Christian Leyroutz bestätigt, dass sieben Funktionäre von der Partei ausgeschlossen wurden. Dies sei der Grund für die Verschiebung des für 14. November geplanten Parteitages mit Obmannwahl.
 - Landesrat Josef Martinz (ÖVP) fordert die Offenlegung der Kosten für die 10.-Oktober-Feiern.
- 22. Auf Verlangen der ÖVP findet im Büro von Landesrat Josef Martinz eine Sitzung des Koalitionsausschusses statt, um in Zukunft "Missverständnisse" über den Kurs auszuschließen. FPK-Obmann Uwe Scheuch erklärt anschließend, man wolle künftig im Umgang sensibler sein.
- 24. Finanzlandesrat Harald Dobernig (FPK) wird laut Kleine Zeitung heuer doch ein Nachtragsbudget einbringen.
- 27. Die Kärntner Landesregierung beschließt in einer außerordentlichen Sitzung mit den Stimmen von FPK und ÖVP ein Nachtragsbudget

von 658 Millionen Euro. Schulden der Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft (Kabeg) in der Höhe von 568 Millionen Euro werden vom ausgegliederten Rechtsträger des Landes nun wieder in das Landesbudget zurückgeholt. Durch das Nachtragsbudget reduziert sich die Nettoneuverschuldung von 256 Millionen auf 221 Millionen Euro.

Landesrat Josef Martinz (ÖVP) stellt den Kärntner Bürgermeistern das Vorhaben "Kärntner Gemeindekonvent" vor.

- 28. Eklat im Klagenfurter Klinikum. Nach einer Resolution der Ärztebelegschaft gegen die Personalnot spricht Kabeg-Chefin Ines Manegold die fristlose Entlassung des medizinischen Direktors Mathias Angrés aus. Landesrat Peter Kaiser (SPÖ) fordert FPK und ÖVP als Verantwortliche für die Kabeg auf, "Manegold zur Vernunft zu bringen" und die Abberufung rückgängig zu machen.
- 29. FPK-Klubobmann Kurt Scheuch stellt sich hinter Ines Manegold und verteidigt die Entlassung.
- 31. Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser (SPÖ) kündigt in einem Interview in der Kleinen Zeitung ein Gesetzprüfungsverfahren beim Verfassungsgerichtshof gegen das Kabeg-Gesetz an.

Autoren

Birgit AIGNER, Mag. (FH), geb. 1983 in Himmelberg, Österreich. Von 2001 bis 2005 Studium Public Management an der Fachhochschule Kärnten sowie an der Hochschule Harz. Seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studienbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kärnten mit den Publikations- und Forschungsschwerpunkten in den Bereichen Bevölkerungsökonomik, Privatisierung sowie Stadt- und Regionalökonomik. Seit 2009 Doktorandin an der Universität Klagenfurt mit dem Dissertationsvorhaben zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den privaten Konsum. Damit verbunden waren bislang zwei Forschungsaufenthalte an der University of Illinois at Urbana-Champaign.

Karl ANDERWALD, Dr. jur. et Dr. phil. (Politikwissenschaft/Publizistik und Kommunikationswissenschaft), Dr. h. c. (Universität Czernowitz), geb. am 26. Juni 1940 in Spittal an er Drau; Gemeinderat und Stadtrat in Spittal an der Drau (1973–1984); stellvertretender Landesamtsdirektor von Kärnten (1992–2002). Arbeitsschwerpunkte. Ethnische Minderheiten, Kommunalpolitik, Wahlkampfbeobachtung.

Karin CVRTILA, geboren 1972 in Wien, Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, seit 1990 bei OGM beschäftigt, seit 2009 Prokuristin bei OGM; Hauptbereich bei OGM sind Politik und Medien.

Thomas DÖRING, Dipl.-Volksw., Dipl.-Soz., FH-Prof., Dr. habil., geb. 1963 in Heringen, Deutschland. Von 1982 bis 1992 Studium der Soziologie sowie Studium der Volkswirtschaftslehre, beides an der Philipps-Universität Marburg. 1993 bis 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. 1994 bis 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter (Promotion) sowie 1998 bis 2002 wissenschaftlicher Assistent (Habilitation) am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. 2003 bis 2006 Planungsreferent für Lehre und Forschung des Präsidiums der Universität Kassel. Seit 2006 Professor für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt öffentliche Finanzwirtschaft am Studienbereich Wirtschaft sowie seit 2008 Leiter des Forschungszentrums für Interregionale Studien und Internationales Management (isma) der Fachhochschule Kärnten. Die Publikations- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Föderalismus, Finanzausgleich, Kommunalfinanzen sowie Regional- und Umweltökonomik.

Daniela EBNER, Mag. Dr., geboren 1975 in Villach/Kärnten; Studium der Angewandten Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten des Public Managements sowie der Organisations-, Personal- und Managemententwicklung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Derzeitiges Beschäftigungsverhältnis: Amt der Kärntner Landesregierung; Abteilung 3 – Gemeinden – Innovationsmanagement; Arbeitsschwerpunkte: Initiierung, Abwicklung und Koordination von kommunalen Reformprojekten, Innovations- und Projektmanagement, Personalentwicklung in der Öffentlichen Verwaltung, Verwaltungscontrolling und Benchmarking.

Peter FILZMAIER, Dr., Univ.-Prof., geboren 1967 in Wien, Politikwissenschaftler, Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems, geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik- und Wahlanalysen, Politische Bildung und Partizipationsforschung, Politik und Medien bzw. Internet und Demokratie sowie Vergleich politischer Systeme (insbesondere politisches System und politischer Prozess in den USA).

Claudia GRABNER, Mag. phil., geboren 1967 in Klagenfurt, studierte an der heimischen Universität Germanistik, Philosophie, Pädagogik. Nach Lehrtätigkeit an der HBLA St. Veit/Glan und Auslandsaufenthalt (Rom) seit 1993 Redakteurin der neuen "Kärntner Tageszeitung". Als stellvertretende Chefredakteurin leitet sie das Politik-Ressort. Lektorin für Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Marika GRUBER, Mag. (FH), geb. 1984, Studium Public Management mit den Studienschwerpunkten Europäische Wirtschaftspolitik und Umweltwirtschaft. Begabtenstipendium des Landes Steiermark, Diplomarbeit zur Integrationspolitik und dem Integrationsmanagement in österreichischen Kommunen (unterstützt durch ein Diplomarbeitsstipendium des Österreichischen Integrationsfonds, BM.I). Seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungs- und Lehrbetrieb am Studienbereich Wirtschaft der FH Kärnten.

Reinhard HEINISCH ist seit September 2009 Universitätsprofessor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg, wo er auch als Leiter der Abteilung Politikwissenschaft fungiert. Von 1986 bis 2009 lebte und arbeitete Reinhard Heinisch in den Vereinigten Staaten (Virginia Tech: M.A./Michigan State U.: Ph. D.), wobei er zuletzt an der University of Pittsburgh als Professor of Political Science tätig war. In Wissenschaft und Lehre beschäftigt sich Reinhard Heinisch mit Fragen der österreichischen Politik im europäischen Kontext, der vergleichenden Arbeitsmarktpolitik sowie der vergleichenden Populismusforschung. Neben einer regen internationalen Publikations- sowie Vortrags- und Lehrtätigkeit fungiert er auch als Konsulent für diverse Organisationen und Regierungsstelen (u. a. das US-Außenministerium). Reinhard Heinisch ist auch Mitinitiator und akademischer Leiter der International Summer University Carinthia. Gegenwärtig leitet er ein aus EU-Mitteln finanziertes Forschungsprojekt zum Euroskeptizismus in Mitteleuropa und führt zudem eine interdisziplinäre und interuniversitäre Arbeitsgruppe der Österreichischen Forschungsgemeinschaft zum Thema Zukunft der Demokratie in Österreich.

Karl HREN, Dr., geb. 1973 in Klagenfurt; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 1998 Sponsion; 1998–1999 Praktikum/Assistent beim Europäischen Parlament in Brüssel; 2002–2001 Leiter des Volksgruppenbüros beim Amt der Kärntner Landesregierung; 2002 Promotion und Dissertation zur Thematik der Koordinierung von EU-Angelegenheiten auf nationaler Ebene; von 2003 bis 2007 Geschäftsführer des Slowenischen Wirtschaftsverbandes Kärnten. Seit Anfang 2008 beschäftigt beim Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF); dort zuständig für die Koordination der EU-Angelegenheiten.

Herbert JANIG, Dr. phil., Univ.-Prof., geb. 1948; Studium der Psychologie und Pädagogik an der Universität Wien, Habilitation für Psychologie 1984 an der Universität Klagenfurt. Gastprofessuren an den Universitäten Graz und Wien. 2000–2002 Vorstand des Instituts für Psychologie an der Universität Klagenfurt, 2002–2008 Leiter des Studienbereichs "Gesundheit und Pflege" an der Fachhochschule Kärnten. E-mail: herbert.janig@uni-klu.ac.at

Erhard JURITSCH, Dr. Mag., geboren 1957 in Hergiswil (CH), studierte Volkswirtschaftslehre an der Karl-Franzens-Universität Graz und Philosophie an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Seine Berufslaufbahn begann er als Controller im Joanneum Research. Danach war er im Rechnungswesen/Controlling einer Unternehmensgruppe aus dem Medien- und Immobilienbereich tätig. In seiner nächsten beruflichen Aufgabe fungierte er als kaufmännischer Geschäftsführer eines mittelgroßen, international tätigen Softwareunternehmens und zeichnete dort für die erfolgreiche Restrukturierung verantwortlich. 1993 trat er in den KWF Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds ein und war anfänglich für den Bereich Unternehmenssanierung und Restrukturierung zuständig. Seit 1998 ist er Vorstand des KWF Kärntner Wirtschaftsförderungs-Fonds. Aufgrund dieser Funktion und den Tätigkeiten als Geschäftsführer der Kärntner Sanierungsgesellschaft mbH und der Lakeside Science & Technology Park GmbH verfügt er über langjährige Erfahrung in Unternehmensentwicklungsprojekten und in der Förderung und Begleitung von Investitions- und Sanierungsprojekten. - Autor diverser fachlicher Beiträge sowie Mitherausgeber folgender Buchpublikationen: "Gern geschehen – Unternehmensnachfolge in Familienbetrieben"; "Managementpartner Bank – Der neue Dialog zwischen Banken und KMU".

Martin KLEMENJAK, Mag. (FH) Mag. phil., geb. 1977 in Klagenfurt; studierte Kommunales Management an der Fachhochschule Kärnten in Spittal/Drau und Pädagogik im Stu-

dienzweig Erwachsenen- und Berufsbildung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; seit 2002 Mitarbeiter der Stadtgemeinde St. Veit/Glan in den Bereichen Organisations- und Personalentwicklung, Projektmanagement sowie Lehrlingsausbildung; leitet seit 2005 das Kärntner Gemeinde-Lehrlingsnetzwerk; lehrt seit 2008 an der Fachhochschule Kärnten im Studienbereich Soziales in Feldkirchen; seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Lehrlingsausbildung, Erwachsenen- und Berufsbildung sowie Politische Bildung.

Gerd LEITNER, geboren 1975 in Klagenfurt, wohnhaft in St. Veit; Gymnasium und Internat in Tanzenberg (Matura 1993), Studium der Anglistik und Amerikanistik sowie Medienkommunikation in Klagenfurt (nicht abgeschlossen). Für verschiedene Medien tätig seit 1993, darunter: Jugendredaktion ORF, Kärntner Monat, Steirer Monat und WOCHE (seit April 2006 durchgehend).

Georg LUX, geb. 1974 in Villach, betreut für die Styria Media Group AG Projekte in Wien, Graz und Klagenfurt und ist als Kolumnist für die "WOCHE Kärnten" sowie als Blogger tätig. Er begann seine journalistische Laufbahn 1990 als freier Mitarbeiter bei der "Kärntner Kirchenzeitung" und der "Kleinen Zeitung". Nach einem Jahr als Redakteur bei "täglich ALLES" kehrte er 1994 zur "Kleinen Zeitung" nach Kärnten zurück, wo er von 2000 bis Frühjahr 2006 die Lokalredaktion leitete. Bis Juli 2007 war Lux Chefredakteur der Gratis-Tageszeitungen "ok Graz" und "ok Kärnten". – Veröffentlichungen: "Jörg Haider – Mensch, Mythos, Medienstar" (2008, gemeinsam mit Uwe Sommersguter und Arno Wiedergut), "Das Jörg Haider-Experiment" (2009, gemeinsam mit Uwe Sommersguter)

Johannes MAIER, Mag. Dr. jur., M.E.S.; geb. 1961 in St. Andrä, Österreich; Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre in Graz. Master of European Studies 2008; seit 1986 Beamter der Kärntner Landesregierung; 1986–1994 Sekretär und politischer Berater der Landesräte und des Landeshauptmannes für Landwirtschaft, Finanzen, Wirtschaft, Infrastrukturen und EU-Angelegenheiten; seit 1994 Leiter der Koordinationsstelle für EU-Angelegenheiten (interne und externe Koordination und Organisation EU-relevanter Themen); verschiedene Artikel in Büchern und Fachzeitschriften.

Markus MATSCHEK; Mag. Dr. iur., Dr. rer. soc. oec., MAS (Public Management); geb. 1962 in Aich bei Bleiburg; ist stellvertretender Abteilungsleiter der Gemeindeabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung mit den Arbeitsschwerpunkten: Dienstrecht, Organisationsrecht, Gemeindewirtschaft, Verwaltungsreform und interkommunale Zusammenarbeit; FH-Lektor für Öffentliches Recht (Gemeinderecht, Öffentliches Dienstrecht, Interkommunale Zusammenarbeit und Kooperationsmanagement, Gemeindeverwaltungsrecht) und langjähriger Leiter von Fachseminaren aus dem Gemeindebereich. – Adresse: Amt der Kärntner Landesregierung, Mießtaler Straße 1, 9021 Klagenfurt am Wörthersee – E-Mail: markus.matschek@ktn.gv.at

Heinz ORTNER, Dr. iur., MBA (Public Management), geboren 1965 in Zell am See, Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg, Gerichtspraktikum, seit 1992 Jurist in der Kärntner Landesregierung (Schul- bzw. später Bildungsabteilung), 1994 bis 2000 karenziert – Leitung des Renner-Institutes Kärnten, 2004 bis 2008 Büroleiter von LH-Stv. Dr. Gaby Schaunig, seit 2008 Unterabteilungsleiter "Kommunales Bürgerservice und Beschwerdemanagement" in der Abteilung 3 – Gemeinden des Amtes der Kärntner Landesregierung. – Adresse: Amt der Kärntner Landesregierung, Mießtaler Straße 1, 9021 Klagenfurt – E-Mail: heinz.ortner@ktn.gv.at

Flooh PERLOT, Dr., geboren 1979 in Innsbruck, Politikwissenschafter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Arbeitsschwerpunkte sind Politik und Medien, Internet und Demokratie, politische Kommunikation und Wahlforschung.

Jürgen PIRKER, geb.1985, Mag. iur. et Mag. phil. (Rechtwissenschaften und Geschichte), Systemischer Coach (ECA, ICI), derzeit tätig als Universitätsassistent am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft, Karl-Franzens-Universität Graz.

Peter PLAIKNER, geb. 1960, Medienberater, Politikanalyst, Publizist; 1981–2005 Tiroler Tageszeitung, dort ab 1995 stv. Chefredakteur; seit 2005 selbständig mit plaiknerpublic medienarbeit – Innsbruck/Wien/Klagenfurt, strategische Kommunikationsberatung; politischer Wochenkolumnist der Tiroler Tageszeitung und der Kärntner WOCHE; Medienkolumnist der Wochenzeitung Die Furche; Lehrgangsmanager für politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems; Moderationen, Vorträge, Lehrtätigkeit u. a. an der österreichischen Medienakademie/Kuratorium für Journalistenausbildung Salzburg, am Management Center Innsbruck, an der Universität Graz, an den Fachhochschulen Vorarlberg, Salzburg und Kärnten und der Pädagogischen Hochschule Kärnten; Herausgeber Vorarlberger Jahrbuch für Politik (Facultas 2010), Tiroler Jahrbuch für Politik (Athesia 2003, Facultas 2008), Edition Politische Kommunikation (Böhlau 2006, 2008), Ecoregio 2020 – Die wirtschaftliche Zukunft von Tirol, Südtirol und Trentino (Studienverlag 2008).

Günther RAUTZ, Koordinator des Instituts für Minderheitenrecht an der Europäischen Akademie Bolzano/Bozen (EURAC), Generalsekretär der Europäischen Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (MIDAS), unterrichtet an der Fakultät für Politikwissenschaften, Philosophie und Kommunikationswissenschaften an der Universität Timisoara/Temeswar.

Uwe SOMMERSGUTER (40), Bakk. rer. soc. oec., ist Chefredakteur der zum Styria-Konzern gehörenden Wochenzeitung "Woche". Sommersguter, geboren in Klagenfurt, studierte Angewandte Betriebswirtschaft in Klagenfurt (nicht abgeschlossen) und verbrachte von 1990 bis 1995 "Lehrjahre" bei den Tageszeitungen "Der Standard" und "Kleine Zeitung". 1996 bis 1997 war Sommersguter Chefredakteur des Magazines "Kärntner Monat". Chefredaktion der "Woche" von 1997 bis 2000 und wieder seit 2003. Von 2000 bis 2003 leitete Sommersguter in Graz die Redaktion des "Steirer Monat". Lektor für Publizistik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Sommersguter lebt in Feistritz/Rosental. – E-Mail: uwe.sommersguter@ woche.at. – Veröffentlichungen: "Jörg Haider – Mensch, Mythos, Medienstar" (2008, gemeinsam mit Arno Wiedergut und Georg Lux); "Das Jörg-Haider-Experiment" (2009, gemeinsam mit Georg Lux).

Kathrin STAINER-HÄMMERLE, Mag. phil. Mag. iur. Dr. iur., geb. 1969 in Hohenems/Vorarlberg, ist Professorin für Politikwissenschaft an der FH Kärnten. Lehraufträge an den Universitäten Innsbruck und Klagenfurt sowie an der Pädagogischen Hochschule Kärnten. Forschungsschwerpunkt: Politische Bildung, Demokratie und Partizipation, Verfassungs- und Wahlrecht. Kontakt: k.stainer-haemmerle@fh-kaernten.at

Franz STURM, Dr.

1980-1984 Studium der Rechtswissenschaften in Wien

1984–1985 Gerichtspraxis in Wien

1985–1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Verfassungsgerichtshof in Wien

1991–2003 Mitarbeiter der Abteilung 2/Verfassungsdienst beim Amt der Kärntner Landesregierung

Seit 2003 Leiter der Abteilung 3 – Gemeinden beim Amt der Kärntner Landesregierung

Marian WAKOUNIG, DDr., ein gebürtiger Kärntner, ist seit 2004 Regionalmanager in der Steuer- und Zollkoordination des Bundesministeriums für Finanzen. In seiner Funktion als Regionalmanager der Region Ost (zuständig für die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland) war er von Anfang an wesentlich an der Umsetzung der Reformmaßnahmen beteiligt. Der Autor dankt für wertvolle Diskussionsbeiträge und Unterstützung seiner Regionalmanagerkollegin und seiner Regionalmanagerkollegen, insbesondere aber dem stellvertretenden Sektionschef im BMF, Gruppenleiter Dkfm. Eduard Müller, den man (neben

Regionalmanagerin Mag. Ilse Schmalz und Sektionschef Dr. Wolfgang Nolz) ohne weiteres als einen der Väter der Reform der Finanzverwaltung bezeichnen kann.

Michael WEINGÄRTLER, seit 1998 am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung im Forschungsbereich Strukturwandel und Regionalentwicklung; Arbeitsschwerpunkte sind Bau- und Infrastrukturforschung sowie Wohnungspolitik. Seit mehr als 10 Jahren Tätigkeit im europäischen Bauforschungsnetzwerk EUROCONSTRUCT, seit 2003 Mitglied der "Marketing and Strategic Group". Forschungsaufenthalte bei der Europäischen Kommission und am VTT, dem technischen Forschungsinstitut von Finnland; Publikationen in Fachjournalen und Mitglied des Initiativkomitees Brain. Bau der Forschungsförderungsgesellschaft FFG.



ISBN 978-3-7086-0583-8

